

VOLUN TARIS MUS

Hans-Hermann Hoppe
Stefan Molyneux
Walter E. Williams
Roderick T. Long
Murray Rothbard
Frédéric Bastiat
Robert Murphy
Lew Rockwell
James Corbett
Henry Hazlitt
Larken Rose
u. v. m.

Aufsätze, Texte und Zitate über die

F R E I H E I T

zusammengestellt und herausgegeben von Keith Knight

Voluntarismus

Aufsätze, Texte und Zitate
über die Freiheit

zusammengestellt und herausgegeben von

KEITH KNIGHT

Titel der amerikanischen Originalausgabe aus dem Jahr 2022:

The Voluntaryist Handbook
A Collection Of Essays, Excerpts And Quotes
organized by Keith Knight

Copyright © 2022 Keith Knight
Alle Rechte vorbehalten.

Keith Knight (Hrsg.)
c/o AutorenServices.de
Birkenallee 24
36037 Fulda

Übersetzung: Peter Müller
Druck: Amazon Media S.á.r.l., 5 Rue Plaetis, L-2338 Luxembourg

ISBN: 979-8-37-804435-1

*Für Edward Stringham, Ph.D.,
einen Menschen, der Wahrheit, Freiheit und Moral schätzt
und mit gutem Beispiel vorangeht.*

INHALT

Einleitung	11
Begriffe	13
1 Was ist der Freie Markt? <i>Murray N. Rothbard, Ph.D.</i>	17
2 Ein moralischer Standard für alle <i>Sheldon Richman</i>	23
3 Zwangsapostel und Voluntaristen <i>Donald J. Boudreaux, Ph.D.</i>	27
4 Drei Gedankenexperimente <i>Jason Brennan, Ph.D.</i>	31
5 Werden wir die Anarchie jemals los? <i>Alfred G. Cuzán, Ph.D.</i>	33
6 Was es bedeutet, ein Anarcho-Kapitalist zu sein <i>Stephan Kinsella, J.D.</i>	45
7 Sechs Fragen an Etatisten <i>Stefan Molyneux, M.A.</i>	49
8 Das Argument für freie Märkte: Moral vs. Effizienz <i>Walter E. Williams, Ph.D.</i>	53
9 Soziale Kooperation <i>Sheldon Richman</i>	67
10 Der Betrug der Zentralbanken <i>Patrick MacFarlane, J.D.</i>	71
11 Obdachlosigkeit, Regulierung und Mindestlohn	75
12 Recht und Unrecht des staatlichen Zwangs (Auszüge) <i>Auberon Herberg</i>	89

13 Krieg, Frieden und der Staat <i>Murray N. Rothbard, Ph.D.</i>	95
14 Kein Verrat (Auszüge) <i>Lysander Spooner</i>	111
15 Wie private Organisation die moderne Welt ermöglicht hat <i>Edward P. Stringham, Ph.D.</i>	117
16 Die unbegründete Angst vor dem „Monopol“ <i>Thomas E. Woods, Jr., Ph.D.</i>	125
17 Privatisiert die Straßen <i>Walter Block, Ph.D.</i>	133
18 Utilitarismus und Voluntarismus <i>Danny Duchamp</i>	139
19 Marxistische und österreichische Klassenanalyse <i>Hans-Hermann Hoppe, Ph.D.</i>	143
20 Ist „Gleichheit“ ein erstrebenswertes Ziel? <i>Bradley Thomas</i>	165
21 Wie ich meine Meinung über geistiges Eigentum änderte <i>Isaac Morehouse</i>	169
22 Argumente für den libertären Anarchismus: Antworten auf zehn Einwände <i>Roderick T. Long, Ph.D.</i>	174
23 Der widerwillige Anarchist <i>Joseph Sobran, B.A.</i>	197
24 Individualismus vs. Krieg <i>Scott Horton</i>	207
25 Ich war Polizist, jetzt bin ich Voluntarist <i>Shepard Oakley</i>	211
26 Über die ultimative Begründung der Ethik des Privateigentums <i>Hans-Hermann Hoppe, Ph.D.</i>	215
27 Überzeugung vs. Gewalt <i>Mark Skousen, Ph.D. und Jo Ann Skousen</i>	223

28 Die gefährlichste aller Religionen (Auszüge)	233
<i>Larken Rose</i>	
29 Kann der Anarchokapitalismus funktionieren?	235
<i>Llewellyn H. Rockwell, Jr.</i>	
30 Chaostheorie (Auszüge)	241
<i>Robert P. Murphy, Ph.D.</i>	
31 Das „Machtvakuum“-Argument	245
<i>Larken Rose</i>	
32 Sag mal, hasst du den Staat?	249
<i>Peter R. Quiñones</i>	
33 Der Staat an sich ist unmoralisch	253
<i>James Corbett</i>	
34 Die Allgegenwärtigkeit der Anarchie	257
<i>John Hasnas, Ph.D.</i>	
35 Wirtschaft in einer Lektion (Auszüge)	289
<i>Henry Hazlitt</i>	
36 Wie Märkte zu mehr wirtschaftlicher Gleichheit geführt haben	293
<i>Antony Sammeroff</i>	
37 Der Staat ist zu gefährlich, um ihn zu tolerieren (Auszüge)	297
<i>Robert Higgs, Ph.D.</i>	
38 Der unsichtbare innere Feind	301
<i>Clint Russell</i>	
39 Eine rechtsgerichtete Kritik am Polizeistaat	303
<i>Llewellyn H. Rockwell, Jr.</i>	
40 Die einzig sinnvolle Polizeireform	307
<i>Jason Brennan, Ph.D.</i>	
41 Wohlfahrt in der Zeit vor dem Wohlfahrtsstaat	309
<i>Joshua Fulton, B. A.</i>	
42 Beliebte Fehlschlüsse	315
<i>Michael Huemer, Ph.D.</i>	
43 Die antikapitalistische Ideologie der Sklaverei	329
<i>Phillip W. Magness</i>	

44	Vom Marinesoldaten zum Voluntaristen <i>Shane Hazel</i>	335
45	Das Gesetz (Auszüge) <i>Frédéric Bastiat</i>	337
46	Wie die Regierung die Krise im Gesundheitswesen beendet hat <i>Roderick T. Long, Ph.D.</i>	341
47	Die Unterdrücker und die Unterdrückten <i>Jeff Deist</i>	347
48	Agorismus (Zitate)	361
49	Was getan werden muss (Auszug) <i>Hans-Hermann Hoppe, Ph.D.</i>	365
50	Zitate	381
	Nachwort	423
	Genehmigungen	426
	Danksagung	427

EINLEITUNG

Etwa 99 Prozent der Intellektuellen, Journalisten und Wähler sind von zwei eklatanten und offensichtlichen Widersprüchen vollkommen überzeugt:

Erstens denken sie, dass der freie Markt reguliert werden muss, um Monopole zu verhindern. Diese Monopole haben schließlich eine so große Marktmacht, dass sie ihre Kunden dazu zwingen können, Produkte in Anspruch zu nehmen, die weitaus teurer und schlechter sind, als diejenigen, die Markt und Wettbewerb hervorbringen würden. Gleichzeitig glauben sie aber, dass das Geldwesen, polizeiliche Aufgaben, das Rechtssystem, die Rechtsprechung, die Finanzierung gemeinschaftlich genutzter Güter und Dienstleistungen, das Bildungswesen und unzählige lebenswichtige Dinge unbedingt in den Händen einiger weniger Menschen, die sie Regierung nennen, monopolisiert werden müssen.

Zweitens hält die große Mehrheit der Menschen die biblischen Gebote „Du sollst nicht stehlen“ und „Du sollst nicht töten“ für moralisch legitim. Aber bei Steuern und Krieg ist plötzlich alles ganz anders. Wenn Besteuerung kein Raub ist, warum haben dann nur Regierungen das Recht, andere zu besteuern? Warum dürfen nicht auch Unternehmen, Vereine, Kirchen oder Einzelpersonen andere besteuern? Durch ihre Monopolstellung ist es kein Wunder, dass Regierungen ausgesprochen schlechte Qualität – oder gar nichts – liefern. Stelle dir ein Restaurant vor, in dem du unabhängig davon, ob und wenn ja, was für ein Essen auf deinen Tisch kommt, bezahlen musst. Auch Krieg ist nicht einfach nur ein Euphemismus für durch Raub und Erpressung finanzierten Massenmord. Krieg ist ein kapitalales Verbrechen, das wir niemals tolerieren würden, wenn sich nichtstaatliche Akteure daran beteiligen würden.

Was wäre, wenn die Rechtsprechung von uns verlangen würde, nicht mit zweierlei Maß zu messen? Dieses Buch will mit dem Glauben aufräumen, dass für Staatsbedienstete andere moralische Prinzipien gelten, wie für Normalsterbliche. Wenn ich etwas Unmoralisches tue, dann bleibt es unmoralisch, wenn ich einen Vertreter damit beauftrage, es in meinem Namen zu tun. Wenn ich zum Beispiel jemanden dazu zwingen, für mich zu arbeiten, dann ist das unmoralisch. Warum sollte sich das plötzlich ändern, wenn ich irgendjemanden wähle, der das in meinem Auftrag tut?

Es gibt viel berechtigte Kritik an der freien Marktwirtschaft: Gier, Neid, Konkurrenzdenken, Kurzsichtigkeit usw. Alle diese Punkte treffen um ein Vielfaches stärker auf den Staat zu. Dieser steht per definitionem *nicht im Wettbewerb* und *man kann sich nicht gegen seine Finanzierung bzw. für die Finanzierung einer besseren Alternative* entscheiden. Freiwillig finanzierte Organisationen, die untereinander im Wettbewerb stehen, sind sicher nicht immer perfekt. Aber sie sind deutlich besser als die zwangsfinanzierten Monopole des Staates.

Diese Sammlung von Aufsätzen, Texten und Zitaten hat mir dabei geholfen, Menschen nicht mehr willkürlich in Schubladen zu stecken, sondern mich auf das zu konzentrieren, was wirklich zählt: Soll ich meine Ziele im Leben gewaltsam mit Drohungen oder freiwillig mit Überzeugungsarbeit erreichen? Die Systemmedien werden immer wieder versuchen, Menschen mit guten Absichten anhand von Geschlecht, Einkommen, Rasse, Nationalität und zahlreichen anderen austauschbaren Unterscheidungsmerkmalen zu spalten, wenn es ihrer Agenda dient. Wir sollten das nicht länger tolerieren. Diese Beiträge, die in beliebiger Reihenfolge gelesen werden können, haben mich überzeugt, meine Staatsgläubigkeit aufzugeben und den Voluntarismus anzunehmen.

BEGRIFFE

Voluntarismus

Moralische Position, nach der es Unrecht ist, Menschen, die sich friedlich verhalten, ohne ihre freiwillige Zustimmung zu etwas zu zwingen.

Libertarismus

Moralische Position, nach der es illegitim ist, Aggressionen gegen Nicht-Aggressoren zu initiieren.

Anarchie

Verbindung aus griechisch *an*, „ohne, in Abwesenheit von“ und griechisch *archon*, „Herr, Herrscher“. Anarchie bedeutet nicht „ohne Regeln“, sondern wörtlich „ohne Herrscher“ bzw. „Abwesenheit von Herrschaft“.

Kommunismus

Abschaffung des Privateigentums.

Sozialismus

Institutionalisierte Einmischung in bzw. Aggression gegen Privateigentum und private Eigentumsansprüche.

Kapitalismus

Gesellschaftssystem, das auf der ausdrücklichen Anerkennung von Privateigentum und einem nicht-aggressiven vertraglichen Austausch zwischen Privateigentümern beruht.

Freier Markt

Zusammenfassende Beschreibung aller freiwilligen Tauschvorgänge, die in einem bestimmten wirtschaftlichen Umfeld stattfinden.

Erste Aneignung

Ein Prozess, durch den zuvor herrenlose natürliche Ressourcen, insbesondere Land, in das Eigentum einer Person oder einer Gruppe von Personen übergehen.

Vertrag

Einvernehmliche Eigentumsübertragung zwischen zwei oder mehreren Parteien.

Tausch

Freiwillige Interaktion zwischen zwei Personen, bei der beide das Eigentum an einem Objekt an die andere Partei abtreten, was beiden zugutekommt.

Ökonomie

Die Lehre vom zielgerichteten Verhalten bei der Nutzung knapper Ressourcen, für die es alternative Verwendungsmöglichkeiten gibt.

Knappheit

Begrenztheit im Hinblick auf die Zwecke, denen die Ressourcen möglicherweise dienen können.

Eigentum

Begriff, der alles beschreibt, worüber eine Partei einen Rechtstitel besitzt, der den Eigentümern bestimmte einklagbare Rechte über die knappen Ressourcen verleiht.

Politische Autorität

Die hypothetische moralische Eigenschaft, aufgrund derer Regierungen Menschen auf bestimmte Arten zwingen können, die niemandem sonst erlaubt sind und aufgrund derer Bürger Regierungen in Situationen gehorchen müssen, in denen sie nicht verpflichtet wären, jemand anderem zu gehorchen.

Nichtaggressionsprinzip

Eine ethische Haltung, die besagt, dass Aggression von Natur aus illegitim ist. Aggression wird definiert als die Anwendung von physischer Gewalt gegen Personen oder Eigentum, die Androhung solcher Gewalt oder der Betrug an Personen oder deren Eigentum. Im Gegensatz zum Pazifismus schließt der Grundsatz der Nicht-Aggression eine gewaltsame Selbstverteidigung nicht aus. Das Prinzip ist eine deontologische (oder regelbasierte) ethische Haltung.

Selbsteigentum

Auch bekannt als „Souveränität des Individuums“ oder „individuelle Souveränität“; das Konzept des Eigentums an der eigenen Person, ausgedrückt als das moralische oder natürliche Recht einer Person auf körperliche Unversehrtheit und die ausschließliche Verfügungsgewalt über ihren eigenen Körper und ihr Leben.

Eigentumsrecht

Das anerkannte Recht einer Partei, eine andere von knappen Ressourcen auszuschließen.

Staat

Organisation in der Gesellschaft, die versucht, das Monopol für die Anwendung von Zwang und Gewalt in einem bestimmten Gebiet aufrechtzuerhalten; insbesondere ist sie die einzige Organisation in der Gesellschaft, die ihre Einkünfte nicht durch freiwillige Beiträge oder Zahlungen für erbrachte Leistungen, sondern durch Zwang erhält.

WAS IST DER FREIE MARKT?

Murray N. Rothbard, Ph.D.

Murray Newton Rothbard (1926–1995) war ein Wirtschaftswissenschaftler, Intellektueller und Universalgelehrter, der wichtige Beiträge zur Ökonomie, politischen Philosophie (insbesondere Libertarismus), Wirtschaftsgeschichte und Rechtstheorie leistete. Er entwickelte und erweiterte die Österreichische Schule der Nationalökonomie auf der Grundlage basierend auf den früheren Pionierarbeiten von Ludwig von Mises, Ph.D.

„Freier Markt“ ist ein Überbegriff für die Summe von Tauschvorgängen, die in der Gesellschaft stattfinden. Jeder Austausch ist eine freiwillige Vereinbarung zwischen zwei Personen, zwischen Gruppen oder ihren Vertretern. Die Beteiligten tauschen wirtschaftliche Güter aus, entweder materielle Gegenstände oder immaterielle Dienstleistungen.

Wenn ich also eine Zeitung von einem Zeitungshändler für fünfzig Cent kaufe, tauschen der Zeitungshändler und ich zwei Güter: Ich gebe ihm die fünfzig Cent und der Zeitungshändler gibt mir die Zeitung. Oder wenn ich für ein Unternehmen arbeite, tausche ich meine Arbeitsleistung in gegenseitigem Einvernehmen gegen ein monetäres Gehalt ein; in diesem Fall treffe ich die Vereinbarung mit einem Mitarbeiter des Unternehmens, der die Befugnis hat, mich einzustellen, also einem Vertreter.

Beide Parteien lassen sich auf den Tausch ein, weil sie sich einen Nutzen davon versprechen. Hat sich diese Erwartung als richtig herausgestellt, wird der Tausch wiederholt. Hat sie sich für eine oder beide Parteien als falsch erwiesen, wird der Tausch in Zukunft von einer oder beiden Seiten abgelehnt. Der Handel bzw. Tausch wird gerade deshalb betrieben, weil beide Parteien davon profitieren; würden sie nicht erwarten, dass sie davon profitieren, würden sie dem Tausch nicht zustimmen.

Diese einfache Argumentation widerlegt das Argument gegen den Freihandel, das für die „merkantilistische“ Periode im Europa des 16. bis 18.

Jahrhunderts typisch war und immer wieder vom berühmten französischen Essayisten Montaigne vorgebracht wurde. Die Merkantilisten argumentierten, dass beim Tausch eine Partei nur dann profitieren kann, wenn er auf Kosten der anderen Partei geht. Bei jeder Transaktion gäbe es demgemäß einen Gewinner und einen Verlierer, einen „Ausbeuter“ und einen „Ausgebeuteten“. Dass es sich dabei um einen Trugschluss handelt, ist sofort erkennbar: Die Bereitschaft und das große Bestreben zum Handel bedeutet, dass beide Parteien davon profitieren. Im Jargon der modernen Spieltheorie ist der Handel eine Win-win-Situation, also ein „Positivsummenspiel“ und kein „Nullsummenspiel“ oder „Negativsummenspiel“.

Wie können beide Parteien von einem Tausch profitieren? Jeder schätzt die beiden Waren oder Dienstleistungen unterschiedlich ein und diese Unterschiede bilden den Rahmen für einen Austausch. Ich zum Beispiel habe Geld in der Tasche, aber keine Zeitung; der Zeitungshändler hingegen hat einen Stapel Zeitungen, möchte aber Geld dafür bekommen. Und so finden wir zueinander und machen ein Geschäft.

Zwei Faktoren bestimmen die Bedingungen jeder Vereinbarung: die Bewertung des Tauschgutes durch die Beteiligten und deren Verhandlungsgeschick. Wie viele Cent gegen eine Zeitung getauscht werden oder wie viele Mickey-Mantle-Baseballkarten gegen eine von Babe Ruth, hängt von den Beteiligten am Zeitungsmarkt oder am Baseballkartenmarkt ab – von ihrer Bewertung der Güter im Vergleich zu anderen Gütern, die dafür eintauschen könnten. Diese Bewertungen werden als „Preise“ bezeichnet. In den beiden Beispielen erfolgt die „Bepreisung“ von Zeitungen in Form von Geld und die von Babe-Ruth-Baseballkarten in Form von Mickey-Mantles-Karten. Die Preise werden letztlich dadurch bestimmt, wie viele Zeitungen oder Baseball-Karten auf dem Markt verfügbar sind und wie die Käufer und Verkäufer sie bewerten, also durch Angebot und Nachfrage.

Steigt der Wert eines Gutes in den Augen der Käufer, so erhöht sich die Nachfrage. Es wird mehr Geld dafür geboten und der Preis steigt. Das Gegenteil ist der Fall, wenn der Wert und damit die Nachfrage nach dem Gut sinkt. Steigt das Angebot, weil die Käufer das Gut niedriger bewerten oder es weniger stark nachfragen, verliert jede Angebotseinheit – jede Baseballkarte oder jeder Laib Brot – an Wert, so dass der Preis des Gutes sinkt. Der umgekehrte Fall tritt ein, wenn das Angebot der Ware abnimmt.

Der Markt ist also nicht eine einfache Abfolge von Tauschvorgängen, sondern ein hochkomplexes Gebilde unzähliger miteinander verbundener Bewertungs- und Tauschvorgänge. In primitiven Gesellschaften erfolgen alle Tauschgeschäfte durch direkten Tausch: Zwei Menschen tauschen

zwei unmittelbar für sie nützliche Güter, z. B. Pferde gegen Kühe oder Mickey-Mantles- gegen Babe-Ruth-Karten. Wenn sich eine Gesellschaft jedoch weiterentwickelt, führt ein schrittweiser Prozess dazu, dass ein oder zwei im Großen und Ganzen als nützlich und wertvoll bewertete Güter auf dem Markt zu einem allgemeinen Medium des indirekten Austauschs werden. Diese „Geldware“, die oft, aber nicht immer aus Gold oder Silber besteht, wird dann nicht nur um ihrer selbst willen nachgefragt, sondern vor allem, um einen Rücktausch gegen eine andere gewünschte Ware zu erleichtern. Es ist viel einfacher, einen Stahlarbeiter statt mit Stahl mit Geld zu bezahlen, mit dem dieser dann andere Güter kaufen kann. Er ist dazu bereit, das Geld anzunehmen, weil er aus Erfahrung und Einsicht weiß, dass jeder andere in der Gesellschaft dieses Geld auch als Bezahlung akzeptieren wird.

Der Markt, also das moderne, schier unendliche Geflecht aus Tauschvorgängen, wird durch die Verwendung von Geld ermöglicht. Die Menschen spezialisieren sich, d. h. die Arbeit wird aufgeteilt und jeder tut das, was er am besten kann. Die Produktion beginnt mit der Gewinnung natürlicher Ressourcen, es folgen verschiedene Maschinen und Kapitalgüter, bis schließlich die Waren produziert und an den Verbraucher verkauft werden. Auf jeder Produktionsstufe, von der natürlichen Ressource bis zum Konsumgut, wird Geld freiwillig gegen Kapitalgüter, Arbeitsleistungen und Bodenressourcen getauscht. Bei jedem einzelnen Schritt werden die Tauschbedingungen oder Preise durch die freiwilligen Interaktionen von Anbietern und Nachfragern bestimmt. Solche Märkte sind „frei“, weil die Entscheidungen bei jedem Schritt frei und freiwillig getroffen werden.

Der freie Markt und das freie Preissystem machen Waren aus aller Welt für die Verbraucher verfügbar. Der freie Markt bietet auch den Unternehmen den größtmöglichen Spielraum, in dem sie ihr Kapital investieren können, um die Ressourcen so zu verteilen, dass die zukünftigen Wünsche möglichst vieler Verbraucher so effizient wie möglich erfüllt werden. Durch Sparen und Investieren können sie Investitionsgüter entwickeln, die Produktivität erhöhen und höhere Löhne an die Arbeitnehmer auszahlen, die diesen einen höheren Lebensstandard ermöglichen. Der freie wettbewerbsorientierte Markt belohnt und stimuliert auch neue kreative technologische Innovationen, mit denen der Innovator einen Vorsprung bei der Erfüllung der Verbraucherwünsche erzielen kann.

Das Preissystem und die Gewinn- und Verlustanreize des Marktes lenken die Kapitalinvestitionen und die Produktion in die richtigen Bahnen. Das ist vielleicht noch wichtiger als die Investitionsanreize. Das komplizier-

te Geflecht aus Tauschvorgängen und Preisfindungen kann alle Märkte miteinander verbinden und transparent machen, so dass nirgendwo im Produktionssystem plötzliche, unvorhergesehene und unerklärliche Engpässe oder Überschüsse entstehen.

Soweit die Theorie. In der Realität erfolgen die Tauschvorgänge nicht alle freiwillig. Viele von ihnen werden erzwungen. Wenn dir ein Räuber mit „Geld oder Leben“ droht, wirst du dazu gezwungen, ihm dein Geld zu übergeben und er profitiert auf deine Kosten. Das Merkmal des merkantilistischen Prinzips ist Raub, nicht der freie Markt: Der Räuber profitiert auf Kosten desjenigen, den er zur Herausgabe eines Gutes zwingt. Ausbeutung findet nicht auf dem freien Markt statt, sondern immer dann, wenn Täter ihre Opfer gewaltsam ausbeuten. Langfristig führt Zwang zu einem Negativsummenspiel, das zum Rückgang der Produktion, des Sparens und der Investitionen, zu aufgebrauchten Kapitalreserven und zur Verringerung der Produktivität und des Lebensstandards für alle, am Ende wahrscheinlich sogar für die Täter selbst.

Der Staat ist in jeder Gesellschaft das einzige rechtmäßige Zwangssystem. Steuern sind ein erzwungener Tausch und je höher die Produktion besteuert wird, desto wahrscheinlicher ist es, dass das Wirtschaftswachstum ins Stocken gerät und zurückgeht. Andere Formen staatlichen Zwangs (z. B. Preiskontrollen oder Markteintrittsbarrieren) behindern und lähmen den Markt, während andere (Betrugsverbot, Durchsetzung von Verträgen) den freiwilligen Austausch erleichtern können.

Die stärkste Ausprägung staatlicher Zwangsmaßnahmen ist der Sozialismus. Eine sozialistische Zentralplanung kennt kein Preissystem für Grundstücke oder Investitionsgüter. Wie selbst Sozialisten wie Robert Heilbroner zugeben müssen, hat die sozialistische Planungsbehörde keine Möglichkeit, Preise oder Kosten so zu kalkulieren oder Kapital so zu investieren, dass das Produktionsgeflecht transparent ist und reibungslos funktioniert. Die Erfahrung aus der Sowjetunion, wo eine Rekordernte von Weizen irgendwie nicht den Weg in den Einzelhandel findet, ist ein lehrreiches Beispiel dafür, dass eine komplexe, moderne Wirtschaft ohne einen freien Markt unmöglich ist. Es gab keinerlei Anreiz und Möglichkeit, die Preise und Kosten hierfür zu ermitteln. Nicht für den Transport des Weizens, nicht für die Annahme und Verarbeitung des Getreides in den Mühlen und nicht für die zahlreichen weiteren Zwischenschritte bis zum Endverbraucher in Moskau oder Swerdlowsk. Die Investition in Weizen war fast völlig umsonst.

Der Marktsozialismus ist ein Widerspruch in sich. In den üblichen Diskussionen darüber wird oft ein entscheidender Aspekt des Marktes übersehen. Wenn zwei Güter tatsächlich getauscht werden, werden in Wirklichkeit die Eigentumsrechte an diesen Gütern getauscht. Wenn ich eine Zeitung für fünfzig Cent kaufe, tauschen der Verkäufer und ich Eigentumsrechte aus: Ich gebe das Eigentum an den fünfzig Cent auf und übertrage es dem Zeitungshändler und er überlässt mir das Eigentum an der Zeitung. Es handelt sich um denselben Vorgang wie beim Kauf eines Hauses, nur dass der Zeitungskauf viel informeller abläuft und der komplizierte Prozess mit Urkunden, notariellen Verträgen, Maklern, Anwälten, Hypotheken usw. entfällt. Der wirtschaftliche Charakter der beiden Transaktionen bleibt jedoch derselbe.

Das bedeutet, dass der Schlüssel zum Entstehen und Florieren des freien Marktes eine Gesellschaft ist, in der das Recht auf Privateigentum respektiert, verteidigt und gesichert wird. Der Schlüssel zum Sozialismus hingegen ist das Eigentum der Regierung an den Produktionsmitteln, den Grundstücken und den Investitionsgütern. Daher kann es im Sozialismus keinen Markt für Grundstücke oder Investitionsgüter geben, der diesen Namen verdient.

Einige Kritiker des freien Marktes argumentieren, dass Eigentumsrechte im Widerspruch zu den „Menschenrechten“ stehen. Sie verkennen jedoch, dass in einem marktwirtschaftlichen System jeder Mensch ein Eigentumsrecht an seinem eigenen Körper und an seiner eigenen Arbeitskraft hat und dass er dafür freie Verträge abschließen kann. Sklaverei verletzt das grundlegende Eigentumsrecht des Menschen an seinem eigenen Körper und dadurch das Recht, das das Eigentum jedes Menschen an nichtmenschlichen materiellen Objekten begründet. Darüber hinaus sind alle Rechte Menschenrechte, sei es das Recht auf freie Meinungsäußerung oder das Eigentumsrecht an seinem Haus.

Ein gängiger Einwand gegen den freien Markt ist, dass dieser zum „Gesetz des Dschungels“ führt, das menschliche Zusammenarbeit dem Wettbewerb unterordnet und das den materiellen Erfolg über geistige Werte, Philosophie oder Freizeitaktivitäten stellt. In der Realität sehen wir das genaue Gegenteil: Zwang, Diebstahl und Parasitentum führen zu diesem Dschungel, in dem Leben und Wohlstand zerstört werden. Der friedliche Wettbewerb unter Produzenten und Anbietern eines Marktes ist ein zutiefst kooperativer Prozess, von dem alle profitieren und in dem der Lebensstandard aller um ein Vielfaches stärker steigt, wie in einer unfreien Gesellschaft. Der unbestreitbare materielle Erfolg freier Gesellschaften

sorgt für den allgemeinen Wohlstand, der es uns erlaubt, im Vergleich zu anderen Gesellschaften ein enormes Maß an Freizeit zu genießen und geistigen Dingen nachzugehen. In Ländern, in denen es keine oder nur geringe Marktaktivitäten gibt, insbesondere im Kommunismus, verarmt der Alltag die Menschen materiell und lässt ihren Geist erstarren.

Weiterführende Literatur

Ballvé, Faustino, *Essentials of Economics*, 1963.

Hazlitt, Henry, *Economics in One Lesson*, 1946.

Mises, Ludwig von, *Economic Freedom and Interventionism*, edited by Bettina Greaves, 1990.

Rockwell, Llewellyn, Jr. (Ed.), *The Economics of Liberty*, 1990.

Rockwell, Llewellyn, Jr. (Ed.), *The Free Market Reader*, 1988.

Rothbard, Murray N., *Power and Market: Government and the Economy*, 2nd ed., 1977.

Rothbard, Murray N., *What Has Government Done to Our Money*, 4th ed., 1990.

EIN MORALISCHER STANDARD FÜR ALLE

Sheldon Richman

The Future of Freedom Foundation

Sheldon Richman ist leitender Redakteur des Libertarian Institute und mitwirkender Redakteur bei Antiwar.com.

Libertäre begehen einen selbstzerstörerischen Fehler, wenn sie davon ausgehen, dass sich ihre Prinzipien radikal von denen der meisten anderen Menschen unterscheiden. Stellen Sie sich vor, wie viel einfacher es wäre, andere für die libertäre Position zu gewinnen, wenn wir erkennen würden, dass sie bereits in wesentlichen Punkten mit uns übereinstimmen.

Wovon ich spreche? Ganz einfach: Libertäre glauben, dass die Anwendung von Gewalt falsch ist. Das tut auch die überwältigende Mehrheit der Nicht-Libertären. Auch sie halten es für falsch, Straftaten gegen Personen und Eigentum zu begehen. Ich glaube nicht, dass sie solche Taten nur deshalb nicht begehen, weil sie Konsequenzen wie Vergeltung, Strafverfolgung, Geldstrafen, Gefängnis oder wirtschaftliche Probleme befürchten. Sie unterlassen diese Straftaten, weil sie tief im Inneren spüren, dass es falsch, ungerecht und unangemessen ist, sie zu begehen. Mit anderen Worten: Sie glauben, auch wenn sie es nie aussprechen, dass der Mensch in erster Linie seine eigenen Ziele verfolgen sollte und nicht ausschließlich Mittel zum Zweck für andere Menschen sein dürfen. Sie glauben an die Würde des Einzelnen. Dementsprechend nehmen sie den moralischen Raum um andere herum wahr und respektieren ihn. (Das heißt nicht, dass sie das in aller Konsequenz tun, aber wenn sie es nicht tun, fühlen sie sich zumindest dazu gezwungen, dieses zu rationalisieren.)

Zumindest aus meiner Sicht ist das der Ausgangspunkt der libertären Philosophie. (Ich bin kein berechnender Konsequentialist oder Utilitarist, aber ich bin auch kein regelverachtender Deontologe. Vielmehr fühle ich mich mit dem griechischen Ansatz zur Moral, dem Eudaimonismus, wohl,

der, wie Roderick Long schreibt, „bedeutet, dass Tugenden wie Klugheit und Wohlwollen eine Rolle bei der Bestimmung des Gegenstands der Gerechtigkeit spielen, aber auch – durch einen Prozess der gegenseitigen Anpassung –, dass die Gerechtigkeit eine Rolle bei der Bestimmung des Gegenstands von Tugenden wie Klugheit und Wohlwollen spielt“. In dieser Sichtweise ist die Gerechtigkeit oder die Respektierung der Rechte ebenso wie die anderen Tugenden eine *konstitutive innere Haltung*, mit dem übergeordneten Ziel, mit seinen Handlungen einen positiven Beitrag zur Weiterentwicklung zu leisten und ein gutes Leben zu führen.

Libertäre unterscheiden sich von anderen dadurch, dass sie denselben moralischen Maßstab an das Verhalten aller Menschen anlegen. Andere folgen einem Doppelstandard: Der „Leben-und-Leben-lassen“-Maßstab gilt für „private“ Individuen und gleichzeitig denken sie, dass für alle Regierungsmitglieder und Staatsangestellten ein moralischer Maßstab gilt, der dazu im krassen Widerspruch steht. Wir müssen die Menschen nur dazu bringen, dies zu erkennen und alles wird gut.

Okay, ich vereinfache das ein wenig. Aber wenn ich annähernd richtig liege, dann musst du zugeben, dass die Aufgabe des Libertären jetzt viel leichter zu bewältigen ist. Sokrates ging durch die Agora in Athen und wies die Leute darauf hin, dass sie unwissentlich widersprüchliche moralische Positionen vertraten. Indem er ihnen bohrende Fragen stellte, brachte er sie dazu, ihre Ansichten zu korrigieren und zu harmonisieren, bis sie frei von Widersprüchen waren und die moralischste ihrer Ansichten die Oberhand gewann. (Bedeutet dies, dass die Agoraphobie aus der Angst entstand, von einem griechischen Philosophen an einem öffentlichen Ort angesprochen zu werden?) Diese Harmonisierung wird als reflexives Gleichgewicht bezeichnet, obwohl Long die *Aktivität*, die reflexive Äquilibrierung betont und nicht den Endzustand.

Es bleibt den Libertären also nur, eine Reihe von Gedankenexperimenten durchzuführen, um andere für ihre Position zu gewinnen. Wenn ich zum Beispiel richtigerweise als bewaffneter Räuber wahrgenommen werden würde, wenn ich meine Nachbarn bedrohe, damit sie mir einen Teil ihres Einkommens geben, damit ich die Hungrigen ernähren, die Obdachlosen unterbringen und die Rentner versorgen kann, warum werden dann Regierungsbeamte nicht ebenso als Räuber wahrgenommen? Wenn *ich* den Menschen keine Vorschriften wie das Gesetz zur bezahlbaren Gesundheitsversorgung aufzwingen darf, warum dürfen es Barack Obama und die Mitglieder des Kongresses tun? Wenn ich dir nicht verbieten darf,

Marihuana, Heroin oder Kokain zu konsumieren, warum dürfen es dann DEA-Agenten tun?

Du bist ein menschliches Wesen. Ich bin ein menschliches Wesen. Und auch diese Beamten sind menschliche Wesen. Also müssten wir alle die gleichen Rechte haben. Was du und ich nicht tun dürfen, dürften *sie* also auch nicht tun. Dieses zu widerlegen, ist nun Aufgabe von denjenigen, die die libertäre Position ablehnen.

Zweifellos wird der Nicht-Libertäre entgegnen, dass die Regierungsvertreter gemäß der Verfassung ordnungsgemäß vom Volk gewählt oder Angestellte der Gewählten sind. Daher dürfen sie tun, was dir und mir verboten ist. Diese Antwort ist unzureichend. Wenn du und ich kein Recht haben, andere zu besteuern und zu regulieren, wie könnten wir dann ein nicht existierendes Recht durch eine Wahl an jemand anderen weitergeben? Offensichtlich können wir das nicht. (Frédéric Bastiat wies in *Das Gesetz* darauf hin.)

Genau das ist der Kern der libertären Philosophie. Niemand hat das Recht, Menschen nur als Mittel zum Zweck zu behandeln – unabhängig davon, wie ehrenhaft der Zweck auch sein mag. Niemand. Daraus folgt, dass man, wenn man die Kooperation eines Menschen will, Überzeugungsarbeit leisten muss (z. B. durch das Angebot eines für beide Seiten vorteilhaften Austauschs), nicht durch Gewalt. Dieser Grundsatz muss auf alle Menschen anwendbar sein, um sich nicht in Widersprüche zu verwickeln.

Dieses Argument dürfte bei den Verfechtern der Gleichheit auf große Zustimmung stoßen – denn was verkörpert ihr Ideal besser als das libertäre Prinzip, das auf der grundlegenden Gleichheit aller Menschen aufbaut? Ich meine damit nicht die Gleichheit der Ergebnisse, die Gleichheit des Einkommens, die Chancengleichheit, die Gleichheit vor dem Gesetz oder die Gleichheit der Freiheit. Ich meine etwas viel Grundlegenderes: das, was Long als Gleichheit der Autorität bezeichnet. Man findet sie bei John Locke (*Zweite Abhandlung über die Regierung*, Kapitel 2, Abschnitt 6):

Da alle gleich und unabhängig sind, darf niemand dem Leben, der Gesundheit, der Freiheit oder des Besitzes eines anderen Schaden zufügen ... Und da wir alle mit gleichen Fähigkeiten ausgestattet sind und alle an einer Naturgemeinschaft teilhaben, kann es keine Verhältnisse zwischen uns geben, die uns ermächtigen könnten, einander zu zerstören, als wären wir nur zum Nutzen anderer geschaffen worden ...

„Mit der Ausnahme, einem Übeltäter Gerechtigkeit widerfahren zu lassen“, so Locke weiter, „darf niemand das Leben oder das, was zur Erhal-

tung des Lebens, der Freiheit, der Gesundheit, der Glieder oder der Güter eines anderen beiträgt, wegnehmen oder beeinträchtigen.“ Long zeigt eine wichtige Implikation dieses Gedankens auf: „Die Locke'sche Gleichheit beinhaltet nicht nur die Gleichheit vor Gesetzgebern, Richtern und Polizei, sondern, was noch viel entscheidender ist, die Gleichheit mit Gesetzgebern, Richtern und Polizei.“ *Ein* moralischer Standard *für alle*, keine Ausnahmen, keine Privilegien. Das ist eine treffende Zusammenfassung der libertären Philosophie. Die gute Nachricht ist, dass die meisten Menschen schon mehr als die Hälfte des Weges zu diesem Ziel geschafft haben.

ZWANGSAPOSTEL UND VOLUNTARISTEN

Donald J. Boudreaux, Ph.D.

Foundation for Economic Education

Donald J. Boudreaux ist Senior Fellow des F.A. Hayek Program for Advanced Study in Philosophy, Politics, and Economics am Mercatus Center der George Mason University. Er ist Professor für Wirtschaftswissenschaften (und ehemaliger Vorsitzender des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften) an der George Mason University. Seine Spezialgebiete sind Globalisierung und Handel, Recht und Wirtschaft sowie Kartellökonomie.

Die Einordnung einer politischen Position in ein einfaches Links-Rechts-Schema lässt etwas zu wünschen übrig. Politische Ansichten umfassen eine so große Themenvielfalt, dass es unmöglich ist, eine Person angemessen zu beschreiben, indem man einfach nur irgendwo auf einer horizontalen Linie einträgt.

Die Verwendung einer Links-Rechts-Skala macht eine zufriedenstellende Beschreibung der libertären (und klassisch-liberalen) Haltung gegenüber der Regierung unmöglich. Libertäre lehnen nicht nur die staatliche Lenkung wirtschaftlicher Angelegenheiten ab, sondern auch die Einmischung der Regierung in das persönliche Leben friedlicher Menschen. Macht diese Ablehnung die Libertären zu „Rechten“ (weil sie das freie Unternehmertum befürworten) oder zu „Linken“ (weil sie sich gegen die Einmischung des Staates in Privatangelegenheiten aussprechen)? Als Kommunikationsinstrument leidet die Links-Rechts-Skala an akuter Anämie.

Dennoch wird sie trotz der weit verbreiteten Unzufriedenheit damit weiter verwendet. Ein Grund für diese Beständigkeit ist die Bequemlichkeit. Es scheint nicht weiter wichtig zu sein, dass alle wichtigen Nuancen ignoriert werden, wenn man jemanden als, sagen wir, „rechts von Richard Nixon“ oder „links von Lyndon Johnson“ beschreibt. Die Beschreibung

dauert nur wenige Sekunden und beansprucht nicht die Auffassungsgabe der Zuschauer der Abendnachrichten.

Es nützt also nichts, sich darüber zu beklagen, dass die Massenmedien darauf bestehen, ein eindimensionales Instrument zur Beschreibung politischer Ansichten zu verwenden. Eine sinnvollere Strategie zur Verbesserung der politischen Diskussion besteht darin, eine Reihe von anschaulicheren Begriffen zu verwenden.

Ein interessanter Vorschlag hierzu kommt von Professor Richard Gamble, der Geschichte an der Palm Beach Atlantic University lehrt. Gamble schlägt vor, jemanden nicht mehr als „links“ oder „rechts“ zu bezeichnen, sondern als „Zentralist“ oder „Dezentralist“. Diese „zentralistisch-dezentralistische“ Einordnung wäre eine enorme Verbesserung gegenüber des verworrenen „Links-Rechts“-Schemas. Leider sorgt die „zentralistisch-dezentralistische“ Perspektive für ein eigenes Verwirrungspotenzial – nämlich, dass jemand als „dezentralistisch“ verstanden werden kann, der das unterstützt, was Clint Bolick als „Tyrannei der Basis“ bezeichnet. Gibt es eine noch bessere Bezeichnung für ein eindimensionales politisches Spektrum? Ich denke ja: „Zwangsbefürworter-Voluntarist“.

Am einen Ende dieses Spektrums stehen die Zwangsbefürworter. Sie sind der Meinung, dass die gesamte gesellschaftliche Ordnung von einer allumfassenden Staatsmacht bewusst gestaltet und umgesetzt werden muss. Zwangsbefürworter können sich nicht vorstellen, wie Individuen ohne Vorgaben von oben ihre Handlungen jemals so gestalten können, dass sie nicht nur geordnet, sondern auch friedlich und produktiv sind. Für den Zwangsbefürworter ist die Steuerung durch eine Staatsmacht für die Schaffung einer sozialen Ordnung so unabdingbar wie die feine Handwerkskunst eines Uhrmachers für die Herstellung einer Uhr.

Am anderen Ende des Spektrums stehen die Voluntaristen. Voluntaristen verstehen zwei wichtige Zusammenhänge in der Gesellschaft, die die Zwangsbefürworter übersehen. Erstens verstehen sie, dass eine soziale Ordnung ohne staatliche Zwangsmaßnahmen entstehen wird, solange die Grundprinzipien des Privateigentums und der freiwilligen Vertragsabschlüsse eingehalten werden. Diese unausweichliche Entstehung einer sozialen Ordnung, wenn solche Regeln beachtet werden, ist das große Lehrstück von Adam Smith, Ludwig von Mises, F.A. Hayek und all den anderen großen Ökonomen der Geschichte.

Zweitens verstehen Voluntaristen, dass eine soziale Zwangsbeglückung durch den Staat weit davon entfernt ist, die soziale Harmonie zu fördern. Sie wird vielmehr die bestehende soziale Ordnung zerstören. Voluntaristen

verstehen die Tatsache, dass eine echte und produktive soziale Ordnung nur dann möglich ist, wenn jeder Mensch frei ist, seine eigenen Ziele auf seine eigene Weise zu verfolgen, ohne durch staatlichen Zwang eingeschränkt zu werden. Staatliche Gewalt ist der Feind der sozialen Ordnung, weil sie willkürlich ist. Sie begünstigt Menschen unabhängig davon, ob sie etwas für ihre Mitmenschen zu bieten haben. Und selbst wenn die staatliche Gewalt auf wundersame Weise von ihrer Willkür befreit werden könnte, wird sie in grober Unwissenheit angewendet. Es ist vollkommen illusorisch, dass der Staat jemals über all das immense und detaillierte Wissen verfügen kann, das für eine erfolgreiche zentrale Lenkung menschlicher Angelegenheiten erforderlich ist.

Die Gesellschaft besteht aus der Zusammenarbeit von Hunderten von Millionen von Menschen, von denen jeder auf der Grundlage seines eigenen, einzigartigen Wissens über individuelle Bedürfnisse, Talente, Berufe und Umstände handelt. Kein Bürokrat kann genug über Softwaredesign wissen, um Bill Gates zu übertreffen, oder genug über den Einzelhandel, um die Leute bei Wal-Mart erfolgreich zu übertrumpfen, oder genug über irgendeine der Millionen verschiedenen Branchen, um Menschen zu übertreffen, die in ihren verschiedenen Berufen hoch spezialisiert sind.

Das Spektrum zwischen Zwangsbefürwortern und Voluntaristen ist dem Links-Rechts-Schema überlegen, wenn es darum geht, die Freunde der Freiheit von ihren Feinden zu unterscheiden. Die Befürwortung hoher Steuern und invasiver staatlicher Wirtschaftsregulierung ist typisch „sozialdemokratisch“ und zweifelsfrei Zwangsbefürwortung. Aber Achtung: Auch ein Konservativer, der die staatliche Regulierung dessen, was Erwachsene freiwillig lesen, ansehen oder zu sich nehmen, begrüßt, ist ebenfalls ein Zwangsbefürworter. Beide Seiten sind der Meinung, dass die gesellschaftliche Ordnung im Chaos versinkt, wenn sich die Staatsmacht nicht in unzählige private Bereiche einmischt.

Voluntaristen wird oft vorgeworfen, dass sie die völlige Befreiung des Einzelnen von allen Zwängen befürworten. Das ist Unsinn. Sie sind zwar dagegen, dass den Menschen einseitig Beschränkungen aufgezwungen werden, aber vernünftige Voluntaristen lehnen Beschränkungen nicht als solche ab. Sie erkennen im Gegensatz zu Zwangsbefürwortern aber an, dass vernünftige Beschränkungen des individuellen Verhaltens dezentral und auf friedlichen Wegen entstehen. Eltern zügeln ihre Kinder. Nachbarn nutzen sowohl formelle als auch informelle Mittel, um sich gegenseitig von nachbarschaftsschädigendem Verhalten abzuhalten. Die Möglichkeit der

Käufer zu wählen, wo sie ihr Geld ausgeben, hält Unternehmen davon ab, Kunden schlecht zu behandeln.

Eine freie Gesellschaft ist voll von solchen dezentral und ohne Zwang auferlegten Beschränkungen. Es ist der freiwillige Ursprung solcher Beschränkungen, der sie vertrauenswürdiger macht als aufgezwungene Beschränkungen. Freiwillige Beschränkungen entstehen dezentral aus dem Geben und Nehmen im täglichen Leben und berücksichtigen Kosten und Nutzen der Beschränkung und des beschränkten Verhaltens. Aufgezwungene Beschränkungen sind dagegen meist nicht gerade das Ergebnis dieses „Gebens und Nehmens“ der Betroffenen, sondern das Ergebnis politischer Absprachen. Und politische Absprachen sind notorisch einseitig auf die Wünsche der politisch gut Organisierten ausgerichtet, während die Wünsche derjenigen ignoriert werden, die nicht in der Lage sind, wirksame politische Koalitionen zu bilden. Darüber hinaus befreien sich die Mitglieder der politischen Klasse selbst oft von genau den Zwängen, die sie anderen auferlegen. Aufgezwungene Beschränkungen sind keine sozialen Beschränkungen, sondern willkürliche Befehle der politisch Privilegierten. Der wahre Voluntarist verabscheut nichts so sehr wie den Zwang – egal ob er von den „Linken“ oder den „Rechten“ ausgeübt wird.

DREI GEDANKENEXPERIMENTE

Jason Brennan, Ph.D.

Politische Philosophie: Eine Einführung

2016

Jason Brennan ist Inhaber des Robert J. and Elizabeth Flanagan Family Chair und Professor für Strategie, Wirtschaft, Ethik und öffentliche Ordnung an der McDonough School of Business der Georgetown University. Er ist spezialisiert auf politische Philosophie und angewandte Ethik.

Stellen Sie sich vor, Rosi Rechtschaffen sorgt sich sehr um andere und ist bereit, alles zu tun, um Leben zu retten. Sie glaubt, dass raffinierter Zucker ein Laster ist, das die Amerikaner tötet. Also packt sie eines Tages eine Pistole ein, überfällt den örtlichen 7-Eleven und erklärt: „Meine Pistole sagt, dass ihr keine XXXL-Softdrinks mehr verkaufen dürft.“

Peter Prinzipientreu glaubt, dass du nicht genug Geld für wohltätige Zwecke spendest. Du kannst nicht auf großem Fuß leben, während andere vor lauter Armut sterben. Eines Tages schickt er dir eine E-Mail: „Zu deiner Information: Ich habe dein Bankkonto gehackt und ein Drittel deines Geldes an arme alleinerziehende Mütter überwiesen.“

Alex Anständig meint, du solltest lieber amerikanische als deutsche Autos kaufen. Schließlich versorgen dich deine Mitbürger mit Straßen, Schulen und Polizei. Dafür bist du ihnen was schuldig. Er sieht dich bei einem Händler, der ausländische Autos verkauft, zückt einen Taser und sagt: „Weißt du was? Du darfst diesen BMW kaufen, aber nur, wenn du mir vorher 3.000 Dollar gibst.“

Rosi, Peter und Alex wären für dich wahrscheinlich Kriminelle. Was fällt ihnen ein, dich so zu behandeln? Du hättest sicher nichts dagegen, dass die Polizei sie verhaftet.

Aber hier gibt es einen merkwürdigen Widerspruch: Die Polizei würde Rosi, Peter und Alex zwar verhaften, aber sie hilft auch anderen Leuten –

Bürokraten in Washington, Berlin oder Ottawa – dabei, dasselbe zu tun, was Rosi, Peter und Alex tun wollen.

Diese Beispiele werfen einige Fragen auf: Gibt es eine Erklärung dafür, warum es falsch ist, dass dir Peter ein Drittel deines Geldes wegnimmt, aber es gleichzeitig richtig ist, wenn das Finanzamt dies tut? Wenn ja, wie lautet diese Erklärung? Warum darf die Lebensmittel- und Arzneimittelbehörde entscheiden, was du essen und trinken darfst, aber Rosi nicht? Der Staat nimmt sich das Recht heraus, Dinge zu tun, die normalen Menschen verboten sind. Gibt es so ein Recht? Und wenn ja, wie kommt es zustande?

Dies ist eine der zentralen Fragen der politischen Philosophie.

WERDEN WIR DIE ANARCHIE JEMALS LOS?

Alfred G. Cuzán, Ph.D.
Journal of Libertarian Studies

Alfred G. Cuzán ist ein renommierter Universitätsprofessor für Politikwissenschaften an der University of West Florida.

Einleitung

Ein wichtiger Streitpunkt unter libertären Theoretikern und Denkern dreht sich damals wie heute um die uralte Frage, ob der Mensch in totaler Anarchie leben kann oder ob der Minimalstaat für die Maximierung der Freiheit absolut notwendig ist. In diesem Streit geht die Frage verloren, ob der Mensch überhaupt in der Lage ist, aus der Anarchie herauszukommen. Können wir die Anarchie wirklich abschaffen und an ihrer Stelle eine Regierung errichten? Die meisten Menschen gehen unabhängig von ihren ideologischen Präferenzen einfach davon aus, dass die Abschaffung der Anarchie möglich ist, dass sie unter einer Regierung leben und dass Anarchie nichts anderes als Chaos und Gewalt sei.¹

Ziel dieses Aufsatzes ist es, diese populäre Annahme infrage zu stellen und zu belegen, dass die Flucht aus der Anarchie unmöglich ist, dass wir immer in Anarchie leben und dass die eigentliche Frage ist, in welcher Form von Anarchie wir leben – Markt-anarchie oder nicht-marktwirtschaftliche (politische) Anarchie. Ferner wird argumentiert, dass es zwei Arten von politischen Anarchien gibt – eine hierarchische und eine

¹ Sogar Gordon Tullock schreibt: „Wenn, was ich für richtig halte, die Menschen in der Anarchie genauso egoistisch sind wie jetzt, hätten wir den Hobbes'schen Dschungel ...“. Aus der Sicht dieses Papiers ist es interessant, dass er gleich im nächsten Satz hinzufügt: „... wir wären nicht in der Lage, eine völlig korrupte Regierung von keiner Regierung zu unterscheiden.“ Gordon Tullock, „Corruption and Anarchy“, in Gordon Tullock (Ed.) *Further Explorations in the Theory of Anarchy* (Blacksburg, Virginia: University Publications, 1974).

pluralistische. Je pluralistischer die politische Anarchie ist, desto mehr ähnelt sie der Markt-anarchie. Die Leistung von hierarchischen und pluralistischen Anarchien wird anhand ihrer Fähigkeit bewertet, das Gewaltniveau in der Gesellschaft zu minimieren. Es zeigt sich, dass pluralistische Anarchien viel weniger gewalttätig sind als hierarchische Anarchien. Wir kommen zu dem Schluss, dass die eigentliche Frage, die Libertäre lösen müssen, nicht lautet, ob Minimalismus oder Anarchie die Freiheit maximiert, sondern welche Form von Anarchie dieses tut: marktwirtschaftliche, politische, hierarchische oder pluralistische Anarchie?

I.

Anarchie ist eine Gesellschaftsordnung ohne Herrschaft, die nur den wirtschaftlichen Gesetzen des Marktes unterliegt. Der Staat (Herrscher) ist ein Akteur außerhalb der Gesellschaft, ein „Dritter“, der die Macht hat, alle anderen innerhalb des Netzes aus gesellschaftlichen Beziehungen zu zwingen, seine Vorstellungen von diesen Beziehungen zu akzeptieren. Die Vorstellung von einem Staat als einem Akteur außerhalb der Gesellschaft ist vergleichbar mit der Vorstellung von Gott als Koordinator menschlicher Angelegenheiten. Für einen Atheisten könnte eine gute Analogie darin bestehen, anzunehmen, dass allmächtige Marsmenschen die Rolle ausfüllen, die wir gewöhnlich dem Staat zuschreiben, nämlich die eines externen Gestalters und Durchsetzers von Verhaltensregeln, der alle *dazu zwingt*, sich daran zu halten.

Dass das Konzept eines Staates existiert, ist jedoch kein Beweis für seine empirische Existenz.² Nur wenige von uns würden sich von einem Argu-

² Paul Craig Roberts argumentiert in *Alienation and the Soviet Economy* (Albuquerque: University of New Mexico Press, 1971) in ähnlicher Weise, dass die Fähigkeit, sich eine zentrale Planung vorstellen zu können, kein Beweis für ihre empirische Möglichkeit ist. Roberts zeigt, dass formal geplante Volkswirtschaften wie die Sowjetunion überhaupt nicht zentral geplant sind, sondern pluralistische Volkswirtschaften sind, die durch nicht-marktwirtschaftliche Signale gesteuert werden. Roberts' Schlussfolgerung, dass es keine zentrale Planung gibt, ist analog zu meiner eigenen Schlussfolgerung, dass es auch keine Regierung gibt. Ich bin Murray Rothbard dankbar, dass er mich auf die Parallelen in den beiden Argumenten hingewiesen hat. Während der Abfassung dieses Textes las ich Michael Bakunins *God and the State* (New York: Dover Publications, 1970) und war erstaunt über die Ähnlichkeiten zwischen Bakunins Argument gegen Gott und meinem Argument gegen die Regierung. Das ist nicht verwunderlich, denn viele Annahmen, die zur Rechtfertigung der Regierung herangezogen werden, beziehen sich auf die böse Natur des Menschen. Es ist, als ob die Regierung Gottes Platz auf der Erde eingenommen hätte, um die bösen Menschen in Schach zu halten. Dass die Regie-

ment wie dem folgenden überzeugen lassen: „Ich glaube, dass die Vorstellung von Gott möglich ist, also existiert Gott.“ Und doch entspricht dieses dem Argument, das allen Annahmen über die Existenz eines Staates zugrunde liegt. Die Tatsache, dass Gesellschaften irgendeine Form von Organisation haben, die sie „Staat“ nennen, ist kein Grund für die Schlussfolgerung, dass diese „Staaten“ empirische Manifestationen der *Idee* eines „Staates“ sind.

Ein genauerer Blick auf diese irdischen „Staaten“ zeigt, dass sie uns überhaupt nicht aus der Anarchie herausführen. Sie ersetzen lediglich eine Form der Anarchie durch eine andere und geben uns somit keine wirkliche Regierung. Sehen wir uns an, warum das so ist.

Wo immer irdische „Staaten“ eingerichtet werden oder existieren, ist Anarchie für alle Mitglieder der Gesellschaft, die gewöhnlich als Untertanen oder Bürger bezeichnet werden, offiziell verboten. Sie dürfen nicht mehr nach eigenen Vorstellungen miteinander in Beziehung treten – sei es als Händler in einem Hafen oder als Bürgerwehr, weder in der Wüste noch in den Straßen von Newark, New Jersey. Vielmehr müssen alle Mitglieder der Gesellschaft Beziehungen zu einem externen „Dritten“ – einem Staat – unterhalten. Zu einem Dritten mit der Befugnis, seine Urteile gewaltsam durchzusetzen und Abweichler zu bestrafen.

Wenn beispielsweise ein Dieb auf einem Konzert meine Brieftasche stiehlt, bin ich rechtlich verpflichtet, mich auf die Dienste von Mitgliedern dieser dritten Partei zu verlassen, um ihn zu stellen und gefangenzunehmen (Polizisten), ihn zu bewachen (Gefängniswärter), ihn vor Gericht zu stellen (Staatsanwälte, Richter, „öffentliche“ Verteidiger), ihn zu verurteilen (Verhandlung durch eine Gruppe von Menschen, die von den Gerichten zum Geschworenendienst gezwungen werden) und ihn freizusprechen oder zu bestrafen (Gefängnisse, Henker). Ich bin allenfalls gesetzlich befugt, den Dieb einzufangen, aber es ist mir verboten, meine offene Rechnung mit ihm selbst zu begleichen. Solche Verbote haben tragikomische Ausmaße angenommen, etwa wenn der Staat Opfer von Verbrechen dafür bestraft, dass sie sich über die vom „Gesetz“ erlaubten Grenzen hinaus verteidigt haben. Kurz gesagt, ich und jeder andere Bürger oder Untertan ist dazu gezwungen, die Entscheidungen des Staates über unsere Beziehungen zu anderen zu akzeptieren. Wir sind verpflichtet, uns an das Recht dieses „Dritten“ zu halten.

rungen selbst aus gewöhnlichen Menschen bestehen, die untereinander in einem Zustand der Anarchie verharren, scheint den Anhängern dieser Ansicht entgangen zu sein.

Einen solchen „Dritten“ gibt es jedoch nicht in der Gruppe derjenigen, die selbst die Staatsgewalt ausüben. Es gibt keinen „Dritten“, der Urteile gegenüber den einzelnen Mitgliedern fällt und durchsetzt und gleichzeitig außerhalb dieser Gruppe steht und unabhängig ist. Die Herrschenden befinden sich unter Ihresgleichen in einem Zustand der Anarchie. Sie regeln ihre Streitigkeiten selbständig untereinander und müssen dabei keinen Staat (eine Instanz außerhalb ihrer selbst) beachten. Es bleibt bei der Anarchie. Aus einer marktwirtschaftlichen oder natürlichen Anarchie, wurde lediglich eine politische Anarchie, eine Anarchie innerhalb des Herrschaftssystems.³

Nehmen wir zum Beispiel unsere eigenen Regierenden. Unsere Bundesregierung besteht aus Kongressabgeordneten, Richtern, einem Präsidenten und einem Vizepräsidenten, hochrangigen Bürokraten in zivilen und militärischen Behörden und ihren unzähligen Assistenten, die gemeinsam die Anarchie überwachen. Assistenten, die gemeinsam die Arbeit der Millionen von öffentlichen Angestellten überwachen, die in den verschiedenen Bundesbehörden arbeiten. Diese Personen erschaffen und vollstrecken gemeinsam Gesetze, Erlasse, Vorschriften und eine Vielzahl von Verordnungen aller Art, an die sich alle Mitglieder der Gesellschaft halten müssen.

In ihren Beziehungen untereinander bleiben sie jedoch weitgehend „gesetzlos“. Niemand *außerhalb der Gruppe* schreibt ihnen Regeln für die Beziehungen untereinander vor und setzt dieses gewaltsam durch. Die Herrschenden sind allenfalls an die flexiblen Zwänge einer „Verfassung“ gebunden, die sie selbst auslegen und durchsetzen. Der Oberste Gerichtshof ist schließlich nur eine *Unterabteilung* der Regierung, die aus Personen besteht, die von anderen Regierungsmitgliedern ernannt wurden und von

³ Natürlich haben die Machthaber jedes Staates Interessengruppen innerhalb und außerhalb des Staates als Machtbasis. Selbst für die mächtigsten Politiker sind die Führer der nichtstaatlichen Interessengruppen oft der Schlüssel zum politischen Überleben. Die strenge Dichotomie zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Mitgliedern der Gesellschaft wird somit aufgehoben. An den Rändern der Regierung leben viele Privatpersonen in einem Zustand der Anarchie gegenüber den Regierungsbeamten. George Meany ist wahrscheinlich ein gutes Beispiel dafür. Ich bin meinem Kollegen Cal Clark zu Dank verpflichtet, der mich darauf hingewiesen hat. Ebenfalls in Anarchie gegenüber Regierungsbeamten leben all jene Mitglieder krimineller Untergrundorganisationen, die die Verbraucher mit einer breiten Palette illegaler Waren und Dienstleistungen versorgen. Dass die CIA bei der Durchführung einiger ihrer Missionen Geschäfte mit Top-Gangstern gemacht hat, sollte nicht überraschen. Die meisten Polizeidienststellen unterhalten wahrscheinlich ähnliche Beziehungen zu den örtlichen Verbrecherbossen.

diesen unter Druck gesetzt werden können. Darüber hinaus werden ihre Entscheidungen von einer *anderen* Unterabteilung der Regierung, der Exekutive, durchgesetzt, über die die Richter keine Macht, sondern nur Autorität haben. Zudem kann der Kongress durch öffentliche Propaganda und durch die Beeinflussung von Haushaltszuweisungen für die Justiz Druck ausüben, dem die Richter standhalten müssen. Die Abgeordneten haben weder untereinander noch in ihren Beziehungen zur Exekutive einen „Dritten“ als Schiedsrichter. Auch die verschiedenen Bundesbehörden und alle ihre Bestandteile haben keinen unabhängigen „Dritten“, der ihre Beziehungen nach innen oder außen regelt. Ein Blick ins *Innere* der Regierung zeigt also, dass sich die Herrschenden in einem Zustand der Anarchie untereinander befinden. Sie leben in einer politischen Anarchie.

Die anarchistischen Beziehungen in der Regierung lassen sich anhand des folgenden Beispiels veranschaulichen: Nehmen wir an, ein Abgeordneter schafft es, Geldströme aus den Staatseinnahmen in sein Privatvermögen umzuleiten. Das Stehlen von Geld ist ein Verbrechen, ein Diebstahl. Aber wem hat er das Geld gestohlen? Von dir oder von mir? Wir wurden dazu gezwungen, in die öffentliche Kasse einzuzahlen, aus der sich der Abgeordnete bedient hat. Das Geld in dieser Kasse gehört nicht mehr uns, es gehört jemand anderem. Aber wem? Nun, den Regierungsmitgliedern, die die Macht haben, diese Mittelströme zuzuweisen.

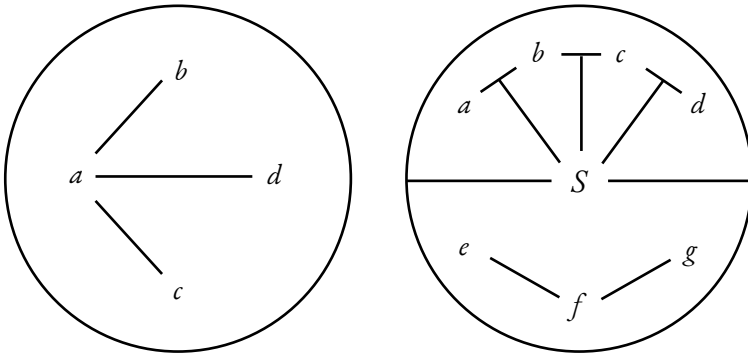
Demnach hat der Abgeordnete *andere* Regierungsmitglieder und -angestellte bestohlen – *andere* Abgeordnete, Bürokraten, einen Präsidenten usw. Aber was wird gegen dieses Verbrechen getan? Wird der Abgeordnete öffentlich angeklagt und für sein Verbrechen vor Gericht gestellt, wie ein normaler Bürger, der einen anderen Bürger bestohlen hat? Vielleicht. Aber normalerweise kommt es zu einer Reihe von politischen Manövern auf hoher Ebene; gegenseitige Drohungen werden hinter verschlossenen Türen ausgesprochen und Kräfte gegeneinander aufgeboten; gelegentlich kommt es zu Kämpfen, bei denen entweder der Ruf zerstört wird, Geld den Besitzer wechselt oder Geldströme oder der Zugang zu ihnen verändert werden.

Die Aufregung ist bald vergessen, der Abgeordnete wird von der Staatsanwaltschaft freigesprochen, die Anklage wird fallen gelassen oder gar nicht erst erhoben und er wird bei den Wahlen wiedergewählt. Wenn es sich bei dem Angreifer um eine schwache oder schwächer werdende Persönlichkeit des öffentlichen Lebens oder um einen bei seinen Kollegen sehr verhassten Abgeordneten handelt, wird er gelegentlich vor Gericht gestellt, verurteilt und zu einer geringen Strafe, oft nur zu einer Bewährungsstrafe,

verurteilt. In den meisten Fällen sind es kleine Fische am unteren Ende der Bürokratie, die für die Verbrechen geopfert werden, die von höheren Stellen angeordnet, initiiert oder abgesegnet wurden. Aber täusche dich nicht: Kein unabhängiger „Dritter“ hat jemals ein Urteil gefällt oder vollstreckt. Die Herrscher haben das Gesetz buchstäblich in die eigenen Hände genommen und das geschaffen, was außerhalb der Regierung als „Selbstjustiz“ bezeichnet werden würde.

Auch mit Staat verbleibt die Gesellschaft in einem Zustand der Anarchie. Die Regierung hat lediglich die Anarchie unter den sogenannten „Untertanen“ oder „Bürgern“ abgeschafft, aber unter den Herrschenden bleibt sie bestehen. Abbildung 1 veranschaulicht diese Situation.

Abbildung 1



Der Kreis auf der linken Seite zeigt einen Zustand echter, marktwirtschaftlicher oder natürlicher Anarchie, in dem alle Mitglieder der Gesellschaft in streng bilateralen Beziehungen zueinander stehen, ohne dass Dritte eingreifen. Der Kreis auf der rechten Seite zeigt die Situation mit einem Staat (S). In der oberen Hälfte sehen wir Individuen, deren Beziehungen untereinander nicht mehr bilateral sind. Alle Beziehungen haben sich rechtliche „Dreiecksbeziehungen“, da alle Mitglieder der Gesellschaft gezwungen sind, bei ihren Interaktionen die Steuerung, Kontrolle und Überwachung durch den Staat zu akzeptieren. Die untere Hälfte veranschaulicht die Situation innerhalb des Staates bzw. innerhalb der Regierung. Hier bleiben die Beziehungen zwischen den Mitgliedern der herrschenden Klasse anarchisch.

II.

Nachdem wir gezeigt haben, dass die Anarchie durch die Regierung nicht vollständig abgeschafft wird, sondern sozusagen nur zum Privileg der herrschenden Klasse gemacht wird, ist es an der Zeit, zu fragen, ob dieses Vorteile für die Gesellschaft bringt. Die Befürworter und Verteidiger dieser Konstellation behaupten, dass sich die Gesellschaft ohne Regierung in einem Zustand unerträglicher Gewalt wiederfinden würde. Daran schließt sich die Frage an, ob die Regierung das Ausmaß der Gewalt in der Gesellschaft erhöht, verringert oder unverändert lässt.

Ist politische Anarchie weniger gewalttätig als natürliche oder marktwirtschaftliche Anarchie? Minimalstaatler behaupten, dass dies der Fall sei, vorausgesetzt, die Regierung beschränke sich strikt auf die Rolle des unabhängigen „Dritten“ bei Eigentumsstreitigkeiten. Auch wenn die Regierung zwangsläufig eine begrenzte Gewaltanwendung mit sich bringe, so die Minimalstaatler, sei das Ausmaß der Gewalt in einem Minimalstaat niedriger als in einer natürlichen Anarchie.

Abbildung 2

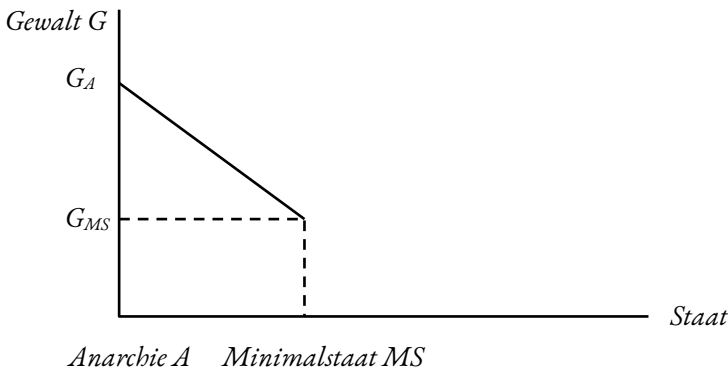
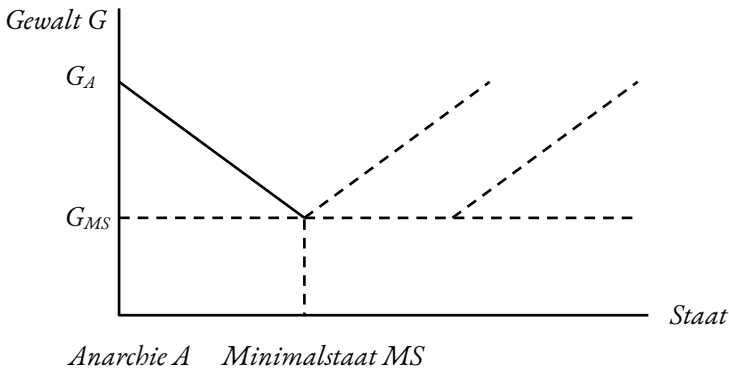


Abbildung 2 veranschaulicht die Idee des Minimalstaates. Durch die Bereitstellung eines minimalen Staats sinkt das Gewaltniveau in der Gesellschaft unter das Niveau der natürlichen Anarchie. Wenn die Regierung über die Größe eines begrenzten Staates hinaus wächst, gibt es entweder kein weiteres Potenzial zur Verringerung der Gewalt – und somit ist mehr Staat sinnlos und teuer – und/oder das Ausmaß der Gewalt in der Gesellschaft steigt über eine bestimmte Größe hinaus, so dass es das Niveau der natürlichen Gewalt erreicht oder sogar übertrifft (siehe Abbildung 3).

Abbildung 3*



* Die gestrichelten Linien stellen die möglichen Auswirkungen einer Ausweitung des Staates über den Minimalstaat hinaus auf die Gewalt dar.

Es ist denkbar, dass die Gewalt unter politischer Anarchie die Gewalt der Markt-anarchie übersteigen könnte. Hitlers Konzentrationslager und Stalins Gulags zeugen von Gewalt in einem solchen Ausmaß, dass man es kaum wagen kann zu behaupten, dass eine natürliche Anarchie *schlimmer* sei als diese. In ähnlicher Weise hat die politische Anarchie der Nationalstaaten zwischenstaatliche Gewalt in einem solchen Ausmaß hervorgebracht, dass es selbst der gläubigste unter den Hobbes-Jüngern zugeben muss.⁴

Eine dritte Sichtweise ist möglich und theoretisch am interessantesten. Sie besagt, dass die Beziehung zwischen Staat (die Ersetzung der politischen durch die marktwirtschaftliche Anarchie) und Gewalt durch ein drittes Element, die *Struktur* der Regierung, die entlang einer Zentralisierungsdimension gemessen wird, qualifiziert wird. Je mehr autoritäre Befugnisse auf eine Vielzahl an politischen Einheiten verteilt sind, desto pluralistischer ist der Staat. Je zentralisierter die Struktur ist, d. h. je mehr Entscheidungsbefugnisse konzentriert sind, desto hierarchischer ist die Herrschaft. Je hierarchischer die Herrschaft ist, desto mehr geht sie von einer obersten Instanz aus. Je zentralisierter die Struktur ist, desto größer wird der Anreiz

⁴ Dies ist ein Argument, das Murray Rothbard vorbringt und das impliziert, dass wahre Anarchisten logischerweise eine einzige Weltregierung befürworten sollten, um die Anarchie unter den Nationalstaaten abzuschaffen. Doch das tun nur wenige von ihnen. (Murray Rothbard, in einem Brief an den Autor, 21. September 1978; und Walter Block, in einem Brief an den Autor, 26. Oktober 1978).

sein, eine einzige „dritte Partei“ innerhalb des Herrschaftssystems zu schaffen. Das geschieht zum Beispiel durch die Erschaffung einer gottähnlichen Figur wie Hitler, Stalin, Mao oder Castro. Eine solche „dritte Partei“ verbleibt jedoch in völliger Anarchie gegenüber dem Rest der eigenen Landsleute und dem Rest der Welt.

Je pluralistischer die Politik eines Landes ist, desto eher verhalten sich die Herrschenden ohne jeden Bezug zu einem „Dritten“ und desto näher kommt die Gesellschaft einer natürlichen Anarchie. Je weniger pluralistisch oder hierarchisch die Politik eines Landes ist, desto eher scheint die Gesellschaft von einem wirklich „externen“ Element regiert zu werden, einer gottähnlichen Figur, die vom Himmel, aus der Vergangenheit, von einer Religion oder einer Ideologie gesandt wurde.

Ein flüchtiger Blick auf die heutigen Gesellschaften und die jüngere Geschichte zeigt, dass empirisch gesehen gerade in den Gesellschaften, die von solchen irdischen Herrschaftspersönlichkeiten regiert werden, das Ausmaß an Gewalt in Form von politischer Unterdrückung, Zwang und Einschüchterung am größten ist. Am geringsten ist die Gewalt dagegen in Gesellschaften mit einem hohen politischen Pluralismus, wie etwa in der Schweiz. Dies gilt sogar für die „kommunistische“ Welt: Die pluralistischere kommunistische Politik Polens oder Jugoslawiens war weniger gewalttätig als die eher hierarchische Politik der Sowjetunion. Ebenso ist in der westlichen Welt die pluralistischere Politik der Vereinigten Staaten weniger gewalttätig als die Italiens, wo die Politik viel hierarchischer ist.

Aber warum sollte der Grad der Zentralisierung ausschlaggebend dafür sein, ob die politische Anarchie in hierarchischen Staaten wie China oder Kuba gewalttätig ist, während sie in pluralistischen Staaten wie Indien und Costa Rica relativ friedlich verläuft? Die Antwort könnte einfach in der Tatsache liegen, dass zentralisierte Staaten eher Fehler machen als dezentralisierte Staaten.⁵ Politische Fehler haben die Form *falscher* Vorstellungen über die Natur bilateraler Beziehungen in der Gesellschaft und in der Politik, wie zum Beispiel Vorstellungen über das Verhältnis zwischen Arbeiter und Kapitalist in kommunistischen Staaten. Wenn Urteile falsch sind, werden sie von einer der an einer Interaktion beteiligten Parteien nicht freiwillig akzeptiert. Unter diesen Bedingungen besteht die einzige Möglichkeit für die Herrschenden, ihre eigenen „Drittparteien“-Vorstellungen durchzusetzen, in der Anwendung von Gewalt. In Abhängigkeit von den

⁵ Siehe Gordon Tullock, *The Politics of Bureaucracy* (Washington, D.C.: The Public Affairs Press, 1965), für eine umfassende theoretische Entwicklung dieser Idee.

jeweiligen Umständen wird sich die Opposition gegen diese Gewalt wehren wird oder auch nicht.

In einer pluralistischen Regierung ist es weniger wahrscheinlich, dass falsche Vorstellungen über bilaterale Beziehungen in der Gesellschaft entstehen. Dies liegt daran, dass es zahlreiche Einheiten gibt, die unabhängig voneinander miteinander und mit den Bürgern und Untertanen interagieren, so dass mehr und bessere Informationen über die Auswirkungen dieser Urteile auf die bilateralen Beziehungen vorliegen. Außerdem lassen sich falsche Vorstellungen leichter überprüfen, da verschiedene autonome politische Einheiten, die jeweils über eigene politische Ressourcen verfügen, in einer Reihe aufeinander folgender politischer Interaktionen miteinander konfrontiert werden.

In einer hierarchischen Regierung ist es jedoch nicht einmal den Regierungsmitgliedern gestattet, Streitigkeiten untereinander zu regeln. *Alle* Beziehungen sind dem Urteil eines obersten Führers unterworfen. Ein solcher Führer muss ein riesiges Netz von Spionen und Vollstreckern unterhalten, um eine solche übermenschliche Leistung vollbringen zu können. Natürlich ist die Fähigkeit eines Einzelnen, das Verhalten anderer zu kontrollieren, recht begrenzt und so wurden selbst in Hitlerdeutschland wahrhaft machiavellistische, feudalistische Absprachen direkt vor der Nase des Führers getroffen. Natürlich waren solche Absprachen verboten, so dass jeder in einem Zustand ängstlicher Unsicherheit lebte, nicht wissend, wann es seinen Feinden gelingen würde, Hitler gegen ihn aufzubringen.⁶

Ob diese Erklärung nun gut ist oder nicht, wir haben immer noch das *Explanandum*, d. h. die Tatsache, dass hierarchische Politik gewalttätiger ist als pluralistische Politik. Wenn aber eine Gesellschaft mit pluralistischer politischer Anarchie weniger Gewalt erfährt als Gesellschaften mit einer hierarchischen oder „regierten“ Regierung, ist es dann nicht logisch zu fragen, ob die natürliche Anarchie weniger gewalttätig ist als die politische Anarchie? Warum sollte die Beziehung zwischen Regierung und Gewalt einer Kurve entsprechen? Ist es nicht möglich, dass sie durchgängig aufwärts gerichtet ist, so dass die Regierung immer mehr Gewalt produziert als der Markt?

Zusammenfassung und Schlussfolgerung

Wir haben gezeigt, dass die Anarchie wie die Materie ist. Sie verschwindet niemals, sondern verändert nur ihre Form. Anarchie ist entweder Markt-

⁶ Siehe Albert Speer, *Inside the Third Reich* (New York: Avon Books, 1970), Teil II.

anarchie oder politische Anarchie. Die pluralistische, dezentralisierte politische Anarchie ist weniger gewalttätig als die hierarchische politische Anarchie. Wir haben also Grund zu der Annahme, dass die Markt-anarchie weniger gewalttätig sein könnte als die politische Anarchie. Die Markt-anarchie übertrifft die politische Anarchie in Bezug auf Effizienz und Gerechtigkeit nachweislich in jeder Hinsicht.⁷ Warum sollten wir dann etwas anderes erwarten? Wäre es nicht gerechtfertigt zu erwarten, dass die Markt-anarchie bei der Durchsetzung von Eigentumsrechten weniger Gewalt erzeugt als die politische Anarchie? Schließlich ist der Markt der beste Ökonom, den es gibt. Würde er nicht auch besser mit Gewalt umgehen als der Staat?

Vielen Dank an Murray Rothbard und Walter Block für ihre Ermutigung und Kommentare zu einem früheren Entwurf dieser Arbeit. Meine Kollegen Cal Clark, Stew Ropp und Paul Sagal von der New Mexico State University haben ebenfalls hilfreiche Kritik geäußert. Janet Garcia hat das Manuskript freundlicherweise abgetippt.

⁷ Murray Rothbard, *Power and Market* (Kansas City: Sheed Andrews and McMeel, Inc., 1970).

WAS ES BEDEUTET,
EIN ANARCHO-KAPITALIST ZU SEIN

Stephan Kinsella, J.D.

LewRockwell.com

2004

Stephan Kinsella ist Rechtsanwalt und libertärer Autor in Houston. Zuvor war er Chefsyndikus bei Applied Optoelectronics, Inc. und Partner bei Duane Morris sowie außerordentlicher Rechtsprofessor am South Texas College of Law.

Libertäre Gegner der Anarchie greifen einen Strohmännchen an. Ihre Argumente sind in der Regel utilitaristischer Natur und laufen darauf hinaus, dass „Anarchie nicht funktioniert“ oder „wir die (vom Staat bereitgestellten) Dinge brauchen“. Aber diese Angriffe sind bestenfalls konfus, wenn nicht sogar unaufrichtig. Ein Anarchist zu sein bedeutet nicht, dass man glaubt, dass Anarchie „funktionieren“ wird (was auch immer das heißen mag) und auch nicht, dass man voraussagt, dass sie erreicht werden wird oder erreicht werden „kann“. Es ist durchaus möglich, ein pessimistischer Anarchist zu sein. Anarchist zu sein bedeutet nur, dass man glaubt, dass Aggression nicht gerechtfertigt ist und dass Staaten notwendigerweise Aggression anwenden. Und daher, dass Staaten und die Aggression, die sie notwendigerweise anwenden, ungerechtfertigt sind. Das ist eigentlich ganz einfach. Es ist eine ethische Sichtweise und es überrascht nicht, dass sie Utilitaristen verwirrt.

Dementsprechend muss jeder, der kein Anarchist ist, entweder behaupten: (a) Aggression ist gerechtfertigt; oder (b) Staaten (insbesondere Minimalstaaten) wenden nicht notwendigerweise Aggression an.

Behauptung (b) ist schlichtweg falsch. Staaten besteuern immer ihre Bürger, was eine Form der Aggression ist. Sie verbieten immer konkurrierende Verteidigungsmaßnahmen, was ebenfalls eine Aggression darstellt.

(Ganz zu schweigen von den zahllosen Gesetzen gegen opferlose Verbrechen, die sie zwangsläufig und ohne eine einzige Ausnahme in der Geschichte der Bevölkerung aufzwingen. Warum Minarchisten glauben, dass Minarchie überhaupt möglich ist, ist mir schleierhaft.)

Was (a) betrifft, so halten auch Sozialisten und Kriminelle Aggression für rechtens. Das heißt aber nicht, dass sie es ist. Kriminelle, Sozialisten und Anti-Anarchisten konnten noch nicht zeigen, dass die Anwendung von Gewalt gegen unschuldige Opfer gerechtfertigt sein kann. Das ist keine Überraschung; es ist unmöglich, dieses zu belegen. Aber Kriminelle fühlen sich nicht gezwungen, Aggression zu rechtfertigen; warum sollten sich Befürworter des Staates gezwungen fühlen, dies zu tun?

Konservative und minarchistisch-libertäre Kritik an der Anarchie mit der Begründung, sie würde nicht „funktionieren“ oder sei nicht „praktikabel“, ist einfach nur wirr. Anarchisten sagen nicht (notwendigerweise) voraus, dass Anarchie erreicht werden wird – ich für meinen Teil glaube das nicht. Aber das bedeutet nicht, dass Staaten gerechtfertigt sind.

Betrachten wir eine Analogie: Konservative und Libertäre sind sich einig, dass private Verbrechen (Mord, Raub, Vergewaltigung) ungerechtfertigt sind und nicht vorkommen „sollten“. Doch egal, wie gut die meisten Menschen sein mögen, wird es immer zumindest einen kleinen Teil geben, der Verbrechen begeht. Verbrechen werden uns immer begleiten. Dennoch verurteilen wir Kriminalität und arbeiten daran, sie zu verringern.

Ist es logisch möglich, dass es keine Kriminalität geben könnte? Sicher. Jeder könnte sich freiwillig dafür entscheiden, die Rechte anderer zu respektieren. Dann gäbe es keine Kriminalität mehr. Das ist leicht vorstellbar. Aber angesichts unserer Erfahrungen mit der menschlichen Natur und der menschlichen Interaktion ist es sicher, dass es immer Verbrechen geben wird. Dennoch bezeichnen wir Verbrechen als böse und ungerechtfertigt, da sie unvermeidlich immer wieder vorkommen. Auf meine Behauptung, dass Verbrechen unmoralisch sind, wäre es also dumm und/oder unaufrichtig zu antworten: „aber das ist eine realitätsferne Sichtweise“ oder „aber das wird nicht funktionieren“, „denn es wird immer Verbrechen geben“. Die Tatsache, dass es immer Verbrechen geben wird – dass nicht jeder freiwillig die Rechte anderer respektieren wird – bedeutet nicht, dass es „unrealistisch“ ist, dagegen vorzugehen; es bedeutet auch nicht, dass Verbrechen gerechtfertigt sind. Es bedeutet nicht, dass die Aussage, dass Verbrechen falsch sind, „fehlerhaft“ ist.

Ebenso unaufrichtig und/oder wirr ist es, auf meine Behauptung, dass der Staat und seine Aggression ungerechtfertigt sind, zu antworten:

„Anarchie wird nicht funktionieren“ oder ist „realitätsfern“ oder „unwahrscheinlich, dass sie jemals eintritt“.¹ Die Ansicht, dass der Staat ungerechtfertigt ist, ist eine normative oder ethische Position. Die Tatsache, dass nicht genügend Menschen bereit sind, die Rechte ihrer Nachbarn zu respektieren, um Anarchie entstehen zu lassen, d. h. die Tatsache, dass genügend Menschen (fälschlicherweise) die Legitimität des Staates unterstützen, um seine Existenz zu ermöglichen, bedeutet nicht, dass der Staat und seine Aggression gerechtfertigt sind.²

Andere utilitaristische Antworten wie „aber wir brauchen einen Staat“ widersprechen nicht der Behauptung, dass Staaten Aggression anwenden und dass Aggression ungerechtfertigt ist. Es bedeutet lediglich, dass der Staatsbefürworter nichts gegen die Anwendung von Gewalt gegen unschuldige Opfer einzuwenden hat – d. h. er teilt die kriminelle bzw. sozialistische Mentalität. Der Privatkriminelle denkt, dass nur seine eigenen Bedürfnisse zählen; er ist bereit, Gewalt anzuwenden, um seine Bedürfnis-

¹ Ein weiterer Punkt: Meiner Ansicht nach ist es genauso wenig wahrscheinlich, dass wir eine Minarchie erreichen, wie eine Anarchie. Auffallend ist, dass fast jede Kritik an der „Praktikabilität“, die Minarchisten gegen die Anarchie vorbringen, auch auf die Minarchie zutrifft. Beides ist äußerst unwahrscheinlich. Beides erfordert einen massiven Wandel in den Ansichten von Millionen von Menschen. Beides beruht auf Annahmen, die den meisten Menschen einfach egal sind.

² Anarchie ist möglich, obwohl die Argumente für die Anarchie nicht von ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit oder „Umsetzbarkeit“ abhängen, genauso wie die Argumente gegen die private Kriminalität nicht davon abhängen, ob es immer irgendwelche Verbrecher geben wird. Es gibt zum Beispiel Anarchie unter den Nationen. Es gibt auch Anarchie innerhalb der Regierung, wie in dem bahnbrechenden und vernachlässigten Artikel von Alfred G. Cuzán im *Journal of Libertarian Studies*, „Do We Ever Really Get Out of Anarchy?“, aufgezeigt wird. Cuzán argumentiert, dass sich sogar die Regierung selbst intern im Zustand der Anarchie befindet – der Präsident zwingt die anderen in der Regierung ja nicht buchstäblich dazu, seinen Äußerungen zu gehorchen; sie gehorchen ihnen freiwillig aufgrund einer anerkannten, hierarchischen Struktur. Die (politische) Anarchie der Regierung ist keine gute Anarchie, aber sie zeigt, dass Anarchie möglich ist – ja, dass wir nie wirklich aus ihr herauskommen. Und Shaffer weist in aufschlussreicher Weise darauf hin, dass wir uns mit unseren Nachbarn in „Anarchie“ befinden. Wenn die meisten Menschen nicht bereits die Neigung hätten, die meisten Rechte ihrer Nachbarn freiwillig zu respektieren, wären Gesellschaft und Zivilisation unmöglich. Die meisten Menschen sind gut genug, um eine Zivilisation zu ermöglichen, obwohl es ein gewisses Maß an öffentlicher und privater Kriminalität gibt. Es ist denkbar, dass das Gute im Menschen – etwa aufgrund von Bildung oder allgemeinem wirtschaftlichen Wohlstand – so weit ansteigt, dass die Unterstützung für die Legitimität von Staaten und Regierungen verschwindet. Es ist nur sehr unwahrscheinlich.

se zu befriedigen; zum Teufel mit dem, was richtig und falsch ist. Der Verfechter des Staates ist der Meinung, dass sich aus seinem Glauben, dass „wir“ Dinge „brauchen“, die Rechtfertigung von Gewalt gegen unschuldige Menschen herleiten lässt. So einfach ist das. Was auch immer dieses Argument ist, es ist nicht libertär. Es ist nicht gegen die Aggression. Es dient einem anderen Zweck – dafür zu sorgen, dass bestimmte „öffentliche Bedürfnisse“ erfüllt werden, trotz der Kosten – aber nicht dazu, für Frieden und Kooperation zu sorgen. Kriminelle, Gangster, Sozialisten, Wohlfahrtsstaatler und sogar Minarchisten haben alle eines gemeinsam: Sie sind aus *irgendeinem* Grund bereit, nackte Aggression zu tolerieren. Die Details sind verschieden, aber das Ergebnis ist dasselbe – unschuldige Menschen werden durch physische Angriffe mit Füßen getreten. Einige können das hinnehmen, andere sind zivilisierter – libertär, könnte man sagen – und ziehen Frieden dem gewaltsamen Kampf vor.

Da es unter uns Kriminelle und Sozialisten gibt, ist es nicht verwunderlich, dass bei den meisten Menschen ein gewisses Maß an krimineller Gesinnung vorhanden ist. Schließlich beruht der Staat auf der stillschweigenden Zustimmung der Massen, die fälschlicherweise die Vorstellung verinnerlicht haben, dass der Staat rechtmäßig sei. Aber das bedeutet nicht, dass die kriminellen Handlungen, die von den Massen geduldet werden, rechtmäßig sind.

Es ist an der Zeit, dass die Libertären Stellung beziehen. Seid ihr für oder gegen aggressive Gewalt?

SECHS FRAGEN AN ÉTATISTEN

Stefan Molyneux, M.A.

Praktische Anarchie: Die Freiheit der Zukunft

2017

Stefan Molyneux ist Gründer und Moderator von Freedomain.

Wenn man etatistische Einwände gegen anarchistische Lösungen betrachtet, sind die folgenden sechs Fragen sehr nützlich:

1. Löst die Regierung tatsächlich das betreffende Problem?

Es wird oft behauptet, dass staatliche Gerichte das Problem der Ungerechtigkeit „lösen“. Allerdings kann es viele Jahre dauern, bis diese Gerichte ein Urteil fällen – und den Kläger und den Beklagten Hunderttausende von Dollar oder mehr kosten. Staatliche Gerichte werden auch zur Belästigung und Einschüchterung benutzt, wodurch unliebsame Meinungen oder Gruppen abgeschreckt werden. Daher halte ich es für unerlässlich, die Prämissen des Etatismus zu hinterfragen: Verteidigen staatliche Armeen tatsächlich die Bürger? Schützt die staatliche Polizeiarbeit tatsächlich das Privateigentum? Löst die staatliche Wohlfahrt tatsächlich das Problem der Armut? Löst der Krieg gegen Drogen tatsächlich das Problem der Sucht und der Kriminalität? Führen staatliche Gefängnisse tatsächlich zur Resozialisierung der Gefangenen und zur Verringerung der Kriminalität? Es kann sehr verlockend sein, in die Falle zu tappen und zu denken, dass der bestehende staatliche Ansatz tatsächlich eine Lösung ist, aber ich nehme dieses nicht als gegeben hin, da es so selten der Fall ist.

2. Kann die Kritik an der anarchistischen Lösung auch auf die etatistische Lösung angewendet werden?

Einer der häufigsten Einwände gegen eine staatenlose Gesellschaft ist die Befürchtung, dass sich aus einem freien Markt konkurrierender Justizbe-

hörden irgendwie ein politisches Monopol entwickeln könnte. Mit anderen Worten: Der Anarchismus wird abgelehnt, weil er die bloße Möglichkeit eines politischen Monopols beinhaltet. Wenn aber das politische Monopol ein so schreckliches Übel ist, dann muss eine staatslose Gesellschaft – die auf einem solchen politischen Monopol beruht – noch entschiedener abgelehnt werden, so wie wir immer die Möglichkeit einer Krebserkrankung abgelehnt werden, so wie wir immer die Möglichkeit einer Krebserkrankung vorziehen würden.

3. Ist Anarchie als Grundwert in nichtpolitischen Bereichen akzeptiert?

In meinem letzten Buch „Everyday Anarchy“ habe ich auf die zahlreichen Bereiche in der Gesellschaft hingewiesen, in denen Anarchie sowohl geschätzt als auch verteidigt wird, z. B. bei der Partnersuche, der Berufswahl, der Bildung usw. Wenn Anarchie insgesamt als „schlecht“ abgetan wird, dann muss sie auch in diesen anderen Bereichen „schlecht“ sein. Wenn derjenige, der Anarchie kritisiert, nicht bereit ist, für ein Ministerium für Verabredungen einzutreten, muss der Wert der Anarchie in bestimmten Bereichen zumindest anerkannt werden. Anarchie kann also nicht pauschal als negativ abgelehnt werden – und ihr zugestandener Wert und ihre Produktivität müssen auch in anderen Bereichen zumindest als potenziell wertvoll akzeptiert werden.

4. Würde der Verfechter des Etatismus selbst staatliche Aufgaben wahrnehmen?

Das Recht, in einem Extremfall der Selbstverteidigung Gewalt anzuwenden, stößt bei den meisten von uns auf Anerkennung und Akzeptanz. Die Befürworter des Etatismus erkennen an, dass die staatliche Polizei in diesem Bereich lediglich ein Recht durchsetzt, das jeder bereits hat, nämlich das Recht auf Selbstverteidigung. Ein Polizist kann Gewalt anwenden, um einen Bürger davor zu schützen, angegriffen zu werden, so wie dieser Bürger selbst Gewalt anwenden kann. Wenn jedoch jemand argumentiert, dass es moralisch ist, Gewalt anzuwenden, um den Menschen Geld für öffentliche Schulen abzunehmen, wäre er dann bereit, diese Gewalt selbst anzuwenden? Wäre er bereit, mit einer Waffe von Tür zu Tür zu gehen, um Geld für öffentliche Schulen zu beschaffen? Wäre er bereit, dieses Recht auf jeden in der Gesellschaft auszuweiten? Wenn nicht, dann hat er zwei gegensätzliche ethische Kategorien geschaffen – die Staatspolizei, für die diese Gewaltanwendung moralisch ist – und alle anderen, für die diese Gewaltanwendung unmoralisch ist. Wie lassen sich diese gegensätzlichen moralischen Kategorien rechtfertigen?

5. Kann etwas gleichzeitig freiwillig und erzwungen sein?

Jedem ist klar, dass eine Handlung nicht gleichzeitig „Vergewaltigung“ und „Liebesspiel“ sein kann. Vergewaltigung erfordert Gewalt, weil das Opfer nicht freiwillig daran teilnimmt; beim Liebesspiel ist das Gegenteil der Fall. Da keine Handlung gleichzeitig freiwillig und erzwungen sein kann, können sich Etatisten nicht auf den Grundsatz der „Freiwilligkeit“ berufen, wenn sie die Gewalt des Staates verteidigen. Etatisten können nicht sagen, dass wir damit „einverstanden“ sind, besteuert zu werden und dann behaupten, dass die Besteuerung zwangsweise erfolgen muss. Wenn wir der Besteuerung zustimmen, ist der Zwang unnötig – wenn wir der Besteuerung nicht zustimmen, dann werden wir gegen unseren Willen gezwungen.

6. Verändert die politische Organisation die menschliche Natur?

Wenn sich die Menschen genug um die Armen kümmern, indem sie für staatliche Sozialprogramme stimmen, dann werden sie sich auch genug um die Armen kümmern, indem sie private soziale Organisationen zu finanzieren. Wenn die Menschen sich genug um die Ungebildeten kümmern, indem sie für staatliche Schulen stimmen, dann werden sie auch genug dafür tun, indem sie für private Schulen spenden. Die Abschaffung des Staates verändert die menschliche Natur nicht grundlegend. Das Wohlwollen und die Weisheit, auf die sich die Demokratie stützt, werden sich nicht auf magische Weise in kalten Egoismus verwandeln, sobald der Staat abgeschafft wird. Der Etatismus beruht auf der Vernunft und dem Wohlwollen der Wähler, der Politiker und der Staatsbediensteten. Wenn diese Vernunft und dieses Wohlwollen nicht vorhanden sind, ist der Staat nur eine brutale Tyrannei, die abgeschafft werden muss. Wenn die Mehrheit der Menschen vernünftig und wohlwollend ist – wovon ich ausgehe –, dann ist der Staat unnötiger Ballast und viel zu anfällig für gewaltsame Ungerechtigkeiten, als dass man ihn fortbestehen lassen könnte. Zusammengefasst kann man die Menschen nicht nur dann als „anständig“ bezeichnen, wenn es dem staatsmännischen Argument dient und als „egoistisch“, wenn dies nicht der Fall ist. Es gibt noch eine Reihe weiterer Prinzipien, die spezifischer auf bestimmte Umstände zugeschnitten sind, aber die sechs soeben beschriebenen werden immer wieder auftauchen.

DAS ARGUMENT FÜR FREIE MÄRKTE: MORAL VS. EFFIZIENZ

Walter E. Williams, Ph.D.

Walter Edward Williams (1936–2020) war ein amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler, Kommentator und Akademiker.

„Die Freiheit kann nur bewahrt werden, wenn sie als oberstes Prinzip behandelt wird, das nicht für irgendeinen bestimmten Vorteil geopfert werden darf.“

– F. A. Hayek

Das Grundprinzip der Freiheit

Das Grundprinzip der Freiheit lautet: *Jeder Mensch ist Eigentümer seiner selbst*. Der Übergang vom Sozialismus zum Kapitalismus und die Bewahrung des Kapitalismus erfordern das, was der Philosoph David Kelley eine unternehmerische Lebensauffassung nennt. Diese beschreibt er unter anderem als „ein Gefühl des Selbsteigentums, die Überzeugung, dass das eigene Leben das eigene ist und nicht etwas, für das man sich vor einer höheren Macht verantworten muss“ beschreibt.¹ Wenn wir das Selbsteigentum als Grundprinzip akzeptieren, können wir leicht feststellen, was Recht und Unrecht ausmacht. Unrecht ist einfach jedes Verhalten, das die Eigentumsrechte eines Individuums an sich selbst verletzt, wenn es selbst nicht gegen die Eigentumsrechte anderer verstoßen hat. Daher sind Handlungen wie Mord, Vergewaltigung und Diebstahl, unabhängig davon, ob sie privat oder kollektiv begangen werden, Unrecht, weil sie das Privateigentum verletzen. Es besteht ein breiter Konsens darüber, dass Mord und Vergewaltigung, die staatlich provoziert werden, Unrecht sind; bei Raub ist der Konsens jedoch nicht so groß. Raub ist definiert als die gewaltsame

¹ Kelley, D. (1994) „The Entrepreneurial Life“. *IOS Journal* 4 (December): 1, 4-6.

Aneignung des rechtmäßigen Eigentums einer Person zum Nutzen einer anderen Person.

Die Voraussetzung für die individuelle Freiheit ist, dass sie Teil der gemeinsamen Werte einer Gesellschaft ist und es muss einen institutionellen Rahmen geben, der sie vor Eingriffen durch Mehrheits- oder Regierungswillen schützt. Verfassungen und Gesetze allein können die persönliche Freiheit nicht garantieren. Das hat sich gezeigt, als westliche Verfassungen und Gesetze in Länder exportiert wurden, die keine Tradition der individuellen Freiheit haben. In den USA ist das Recht auf individuelle Autonomie in unserer Unabhängigkeitserklärung verankert:

Wir halten die Wahrheit für selbstverständlich, dass alle Menschen gleich geschaffen sind, dass sie vom Schöpfer mit bestimmten unveräußerlichen Rechten ausgestattet sind und dass zu diesen Rechten Leben, Freiheit und das Streben nach Glück gehören.

Diese Aussage, die in der Rebellion gegen England und bei der Ausarbeitung der US-Verfassung eine so wichtige Rolle spielte, war das Ergebnis der freiheitlichen Ideen von Denkern wie John Locke, Montesquieu und Sir William Blackstone.

Selbst in Gesellschaften mit einer Tradition der Freiheit, wie den Vereinigten Staaten, sind die Werte, die diese Freiheit stützen, erodiert und sie haben sich als unzureichenden Schutz gegen Eingriffe des Staates erwiesen. Wie so oft wurde die politische Freiheit (Demokratie) zur Umverteilung von Einkommen und Vermögen genutzt. Der umverteilende Staat wiederum hat die wirtschaftliche Freiheit unterdrückt und die individuelle Freiheit eingeschränkt.

Letztlich muss der Kampf um die Entstehung und Erhaltung der Freiheit in den Gewohnheiten und Köpfen der Menschen stattfinden. Und wie die Verfassung des Staates North Carolina (Art. I, Sec. 35) mahnt: „Die häufige Bezugnahme auf fundamentale Prinzipien ist absolut notwendig, um die Segnungen der Freiheit zu bewahren.“ Es sind diese Grundprinzipien, die für wirtschaftliche Effizienz und Wohlstand sorgen, nicht umgekehrt. Die grundlegenden moralischen Prinzipien oder Werte werden im Rahmen der Zivilgesellschaft festgelegt. Werte wie Sparsamkeit, harte Arbeit, Ehrlichkeit, Vertrauen und kooperatives Verhalten, die auf gemeinsamen Normen beruhen, sind der Schlüssel zur Verbesserung der menschlichen Lebensbedingungen und bilden die Grundlage für eine freie Marktwirtschaft. Ebenso wichtig sind gesellschaftliche Errungenschaften wie die Achtung des Privateigentums, die Unantastbarkeit von Verträgen,

Bildungseinrichtungen, Vereine, Wohlfahrtsverbände, Kirchen und Familien. All diese Institutionen sind der Kitt, der die Gesellschaft im Sinne gemeinsamer Werte zusammenhält und für die Weitergabe dieser Werte an die nachfolgenden Generationen sorgt. Allzu oft werden informelle Institutionen und lokale Netzwerke bagatellisiert und die enge Vorstellung des Intellektuellen von Wissen und Weisheit bevorzugt.

Die Bedeutung von informellen Netzwerken wie Freunden, Kirchenmitgliedern, Nachbarn und Familien darf nicht unterschätzt werden, wie das folgende Beispiel von Kleinunternehmen zeigt.² Die entscheidenden Faktoren für den Erfolg eines Kleinunternehmers sind Ausdauer, Charakter, Fähigkeiten und andere persönliche Eigenschaften. Banken finanzieren nur selten die Gründung eines solchen Unternehmens. Die meisten kleinen Unternehmen werden durch Freunde und Familie finanziert. Der Grund dafür ist, dass diese Personen die geringsten Kosten für die Beschaffung der notwendigen Informationen über die als erfolgskritisch erachteten Eigenschaften des Unternehmers haben. Außerdem haben Freunde und Verwandte, die dem Unternehmer Geld leihen, ein persönliches Interesse an seinem Unternehmen und einen Anreiz, ihre Bedenken zugunsten des Kreditnehmers beiseite zu legen. Natürlich könnte auch ein formelles Kreditinstitut Freunde und Verwandte befragen. Die erhaltenen Informationen wären jedoch weniger zuverlässig, weil die Beteiligung der Freunde und Verwandten am Risiko des Unternehmens nicht das Wohlwollen durch die persönliche Beziehung zum Kreditnehmer aufwiegen würde.

Institutionen und Wohlstand

F. A. Hayek verweist auf die durch Traditionen und Werte geprägten Regeln für verschiedene Güter. Diese Regeln bestanden in dem, was David Hume „die Stabilität des Besitzes“, „Übertragung durch Zustimmung“ und „das Einhalten von Versprechen“ nannte.³ Nationen, die die Regelung von Eigentum respektiert haben, haben ein soziales und wirtschaftliches Klima geschaffen, das dem Wohlergehen ihrer Bürger weitaus förderlicher ist als andere. Die Menschen in Ländern mit größerer wirtschaftlicher Freiheit, wie den Vereinigten Staaten, Kanada, Australien, Hongkong, Japan und Taiwan, sind viel reicher und die Menschenrechte werden

² Sowell, T. (1980) *Knowledge and Decisions*. New York: Basic Books, 25.

³ Hayek, F.A. (1984) „The Origins and Effects of Our Morals: A Problem for Science.“ In C. Nishiyama and K.R. Leube (Eds.) *The Essence of Hayek*, 318–30. Stanford, Calif.: Hoover Institution Press, 321.

dort besser geschützt als in Ländern mit begrenzten freien Märkten, wie Russland, Albanien, China und alle Länder in Afrika.

Die Bedeutung von Privateigentum und freien Märkten bei der Schaffung von Wohlstand wird oft ignoriert. Es wird behauptet, dass Faktoren wie die Ausstattung mit natürlichen Ressourcen, die Bevölkerungsgröße und die geschichtliche Vergangenheit (Kolonialismus) das Niveau des Wohlstands erklären. Das können sie aber nicht. Die Vereinigten Staaten und Kanada haben eine relativ kleine Bevölkerung, verfügen über reichlich natürliche Ressourcen und sind wohlhabend. Wären jedoch eine geringe Bevölkerungsdichte und ein Überfluss an natürlichen Ressourcen eine angemessene Erklärung für Wohlstand, würde man erwarten, dass die ehemalige Sowjetunion und viele Länder in Afrika und Südamerika wohlhabend sind. Stattdessen leben in der ehemaligen Sowjetunion, in Afrika und Südamerika viele der ärmsten Menschen der Welt.

Als Erklärung für die Armut wird oft die Geschichte des Kolonialismus angeführt, aber das ist eine falsche Hypothese. Das reichste Land der Welt, die Vereinigten Staaten, waren früher eine Kolonie. Kanada, Australien und Neuseeland waren Kolonien – und Hongkong ist noch heute eine Kolonie. Eine weitaus bessere Erklärung für den Reichtum sind die Werte und Traditionen, die die Regeln für verschiedene Eigentumsverhältnisse hervorbringen. Die Wirtschaft ist keine unabhängige Variable, deren Gesetze von dem institutionellen Rahmen, in dem sie funktioniert, unberührt bleiben. Wirtschaftliche Effizienz ist ein Nebenprodukt bereits bestehender kultureller und moralischer Normen.

Die intellektuelle Verteidigung der Freiheit

Die Befürworter des Kapitalismus der freien Marktwirtschaft beziehen sich immer wieder auf den Nachweis, dass der Kapitalismus in Bezug auf die Ressourcenallokation effizienter ist und daher zu einem größeren Güterbündel führt als der Sozialismus und andere Formen des Etatismus. Wie Milton Friedman jedoch häufig betont, sollten wirtschaftliche Effizienz und größerer Wohlstand lediglich als Nebeneffekt der freien Märkte herausgestellt werden. Die intellektuelle Verteidigung des Kapitalismus der freien Marktwirtschaft sollte sich auf seine moralische Überlegenheit konzentrieren. Mit anderen Worten: Selbst wenn das freie Unternehmertum nicht effizienter wäre als andere Formen menschlicher Organisation, so ist es doch moralisch überlegen, weil es auf freiwilligen Beziehungen beruht und nicht auf Gewalt und Zwang und weil es die Unantastbarkeit des Individuums respektiert.

Der durch den Kapitalismus der freien Marktwirtschaft geschaffene Wohlstand fördert auch die Zivilgesellschaft. Während des größten Teils der Menschheitsgeschichte musste sich der Einzelne ausschließlich auf seinen Lebensunterhalt konzentrieren. Mit dem Aufkommen des Kapitalismus und der damit einhergehenden Steigerung der menschlichen Produktivität waren die Menschen in der Lage, ihre physischen Bedürfnisse in immer kürzerer Zeit zu befriedigen. Der wirtschaftliche Fortschritt gab den Menschen, die Zeit, sich geistig und kulturell zu entwickeln. Der Aufstieg des Kapitalismus ermöglichte die schrittweise Ausweitung der Zivilisation auf immer mehr Menschen.

Mit wachsendem Wohlstand verfügten die Menschen über die Mittel, sich in den freien Künsten zu bilden und mehr Wissen über die Welt um sie herum zu erlangen. Der Aufstieg des Kapitalismus ermöglichte es den einfachen Menschen, die Künste zu besuchen, sich Freizeitaktivitäten zu leisten, ein erfüllteres und interessanteres Leben zu führen und sich an anderen kulturell bereichernden Aktivitäten zu beteiligen, die früher nur den Reichen vorbehalten waren.

Entmystifizierung des Staates

A.V. Dicey schrieb:

Die wohltuende Wirkung staatlicher Eingriffe, insbesondere in Form von Gesetzen, ist direkt, unmittelbar und sozusagen sichtbar, während ihre schlechten Auswirkungen allmählich und indirekt sind und außerhalb unseres Blickfelds liegen ... Daher muss die Mehrheit der Menschen fast zwangsläufig mit unangemessener Gunst auf staatliche Eingriffe blicken. Dieser natürlichen Voreingenommenheit kann nur dadurch entgegengewirkt werden, dass es in einer bestimmten Gesellschaft ... eine Vermutung oder ein Vorurteil zugunsten der individuellen Freiheit, d. h. des Laissez-faire, gibt.⁴

Man kann die Opfer eines Krieges kaum allein durch die Betrachtung der Überlebenden feststellen. Wir müssen uns fragen, was mit denen geschehen ist, die wir nicht sehen. In ähnlicher Weise können wir bei der Bewertung einer interventionistischen Politik diese nicht einfach anhand ihrer Nutznießer beurteilen. Wir müssen uns ihre Opfer ansehen. Meistens sind die Opfer der Politik unsichtbar. Um eine größere öffentliche Unterstützung gegen die staatliche Steuerung und Kontrolle zu erreichen, müssen wir einen Weg finden, diese Opfer sichtbar zu machen.

⁴ Dicey, A.V. (1914) *Lectures on the Relation between Law and Public Opinion during the Nineteenth Century*. London: Macmillan, 257.

Jede interventionistische Politik führt zu Profiteuren und Opfern. In den meisten Fällen sind die Profiteure überdeutlich sichtbar und die Opfer bleiben unsichtbar. Ein gutes Beispiel ist der gesetzliche Mindestlohn. Nach der Verabschiedung eines Gesetzes zur Erhöhung des Mindestlohns zeigen Politiker, begleitet von Fernsehteams, gerne auf die Menschen, die von dieser Regelung profitiert haben. Die Nutznießer sind diejenigen, mit einem höheren Gehaltsscheck und die Politiker können die Weisheit ihrer Entscheidungen in Szene setzen. Die Politiker profitieren auch dadurch, dass die Menschen, die jetzt mehr verdienen, sich an sie erinnern werden, wenn die nächsten Wahlen anstehen. Indem sie die Profiteure der Mindestlöhne auf der Bühne vorführen, können diejenigen, die sich gegen Mindestlohnerhöhungen aussprechen, leicht als kaltherzige, böswillige Menschen diskreditiert werden, denen die Interessen von Niedriglohnempfängern egal sind.

Befürworter der Freiheit sollten aus diesen Gründen die unsichtbaren Opfer der Mindestlohngesetze sichtbar machen. Wir müssen auf diejenigen hinweisen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben oder gar nicht erst eingestellt wurden, weil ihre Produktivität so gering ist, dass eine Beschäftigung zum Mindestlohn nicht finanzierbar ist. Wir sollten einen Weg finden, die durch Mindestlöhne zerstörten Arbeitsplätze aufzuzeigen, wie z. B. die von Hilfskellnern, Tankwarten oder Kino-Platzanweisern. Wir müssen zeigen, wie geringfügig profitable Firmen aus dem Geschäft gedrängt wurden, während die überlebenden Firmen die gleiche Anzahl von Mitarbeitern beibehalten können. Wir sollten aufzeigen, wie Kapital infolge höherer vorgeschriebener Löhne künstlich an die Stelle von Arbeit getreten ist und wie die Unternehmen ihre Produktionstechniken angepasst haben, um Personal einzusparen. Die besonderen Anpassungen, die die Unternehmen als Reaktion auf die höheren vorgeschriebenen Löhne vornehmen, sind weniger wichtig als die Tatsache, *dass* diese Anpassungen vorgenommen werden.

Ein noch dramatischeres Beispiel für die unsichtbaren Opfer interventionistischer Politik findet sich bei der Regulierung von Medikamenten und medizinischen Geräten, wie im Fall der Food and Drug Administration (FDA) in den Vereinigten Staaten. Die Beamten der FDA können im Wesentlichen zwei Arten von Fehlern begehen. Sie können zu wenig Vorsicht walten lassen und ein Medikament mit gefährlichen, unerwarteten Nebenwirkungen zulassen. Oder sie können übervorsichtig sein und ein nützliches und sicheres Medikament nicht zulassen oder kostspielige und langwierige Zulassungsverfahren einführen.

Fehler auf der Seite der Untervorsichtigkeit führen zu Peinlichkeiten und möglicherweise zum Verlust von Karrieren und Beförderungen unter den Bürokraten, da die Opfer von unsicheren Medikamenten durch Medienberichte über kranke Menschen, Untersuchungen des Kongresses und Anhörungen sichtbar werden. Fehler auf der Seite der Übervorsicht, die zu einer erheblichen Verzögerung bei der Zulassung von Arzneimitteln führen – wie im Fall von Propranolol, Septra und anderen Medikamenten – verursachen der FDA dagegen praktisch keine Kosten. Die Opfer von FDA-Fehlern auf der Seite der Übervorsichtigkeit bleiben für die Presse, die Öffentlichkeit und die Politiker meist unsichtbar.

Diese Opfer sollten sichtbar gemacht werden. Sobald die FDA (oder eine andere Genehmigungsbehörde) ein Medikament genehmigt, das anderswo ohne unerwünschte Wirkungen weit verbreitet ist, sollten wir Menschen finden, die infolge der Verzögerung durch die FDA gestorben sind oder unnötig gelitten haben. Aus Effizienzgründen können wir uns nicht auf intellektuelle Argumente beschränken. Wir müssen Bilder und Geschichten von FDA-Opfern bringen, um an das Fairplay, den Anstand und den gesunden Menschenverstand der Bürger zu appellieren.

Aber auch intellektuelle Argumente spielen eine Rolle, wenn es darum geht, den Menschen beizubringen, dass jede sinnvolle Verwendung des Begriffs „sicher“ die Sicherheit einer Reihe von Kompromissen entspricht und nicht einer Kategorie. Der Versuch, ein „sicheres“ Medikament zu bekommen, bedeutet, dass Menschen sterben oder unnötig leiden werden, solange es dauert, bis mehr Sicherheit erreicht ist. Diese Kosten müssen gegen die Zahl der Menschen abgewogen werden, die aufgrund der früheren Verfügbarkeit des Medikaments und der damit verbundenen unvorhergesehenen schädlichen Nebenwirkungen sterben oder krank werden könnten. Den Menschen sollte auch beigebracht werden, dass, wenn jemals ein hundertprozentig sicheres Medikament erschafft wird, es das einzige auf dieser Welt sein wird, hundertprozentig sicher ist.

Ein weiterer Bereich des staatlichen Interventionismus, der insbesondere für weniger entwickelte Länder gilt, sind restriktive Einfuhrgesetze und -vorschriften. Die Beschränkung von Auslandsimporten als Mittel zur Rettung von Arbeitsplätzen klingt plausibel. Die Attraktivität einer restriktiven Handelspolitik wird noch dadurch verstärkt, dass die Nutznießer deutlich und die Opfer kaum sichtbar sind.

Ein Beispiel aus den Vereinigten Staaten gibt Anlass zur Vermutung, dass die Zerstörung von Arbeitsplätzen durch Importbeschränkungen politisch absichtlich herbeigeführt wurden. Die meisten Menschen wissen

sehr wohl, dass Einfuhrbeschränkungen die Produkte verteuern, haben aber möglicherweise wenig Verständnis für ihre systemischen Auswirkungen. Arthur Denzau vom Center for the Study of American Business fand heraus, dass „freiwillige Beschränkungen“ für importierten Stahl fast 17.000 Arbeitsplätze in der Stahlindustrie retteten. Die höheren Stahlpreise, die sich aus den Beschränkungen ergaben, führten jedoch zu einem Verlust von 52.000 Arbeitsplätzen in der amerikanischen stahlverarbeitenden Industrie. Alles in allem führten die Stahlbeschränkungen zu einem Nettoverlust von 35.400 Arbeitsplätzen.⁵

Warum das geschah, ist leicht nachvollziehbar. Das Unternehmen Caterpillar verwendet Stahl zur Herstellung schwerer Baumaschinen. Die Handelsbeschränkungen führten zu höheren Stahlpreisen, was wiederum die Produktionskosten von Caterpillar erhöhte. Durch die höheren Kosten wurde Caterpillar sowohl auf dem heimischen als auch auf dem internationalen Markt weniger wettbewerbsfähig und das Unternehmen musste seine Belegschaft verkleinern. Statt schweren Maschinen aus heimischer Produktion werden in den Vereinigten Staaten nun immer mehr aus japanischer und koreanischer Produktion eingesetzt. Der Import von Fertigerzeugnissen ist übrigens eine weitere Möglichkeit, Stahl unter Umgehung von Importbeschränkungen zu importieren.

Die Handelsbeschränkungen führten nicht nur zu einem Nettoverlust an Arbeitsplätzen, sondern waren auch für die Verbraucher kostspielig. Schätzungen zufolge haben die „freiwilligen Einfuhrbeschränkungen“ der Reagan-Regierung für japanische Autos den Preis der in den Vereinigten Staaten verkauften japanischen Autos um 900 Dollar und den Preis der US-Autos um 350 Dollar erhöht, was den amerikanischen Verbrauchern insgesamt 4,3 Milliarden Dollar kostete. Das entspricht Kosten in Höhe von 200.000 Dollar pro Jahr für jeden in Detroit geretteten Arbeitsplatz.⁶ Es wäre günstiger gewesen, jedem Detroit Autoarbeiter, der durch den freien Handel entlassen wurde, einen Scheck über 60.000 Dollar pro Jahr zu geben, damit er sich ein Ferienhaus in Miami kaufen kann. Auf diese Weise wären wir insgesamt um 140.000 Dollar pro gerettetem Arbeitsplatz besser dran gewesen. Natürlich wäre diese Entscheidung politisch nicht

⁵ Denzau, A. (1987) *How Import Restraints Reduce Employment*. St. Louis: Center for the Study of American Business, Washington University, 12.

⁶ Tarr, D.G. und Morkre, M.E. (1984) *Aggregate Costs to the United States of Tariffs and Quotas on Imports: General Tariff Cuts and Removal of Quotas on Automobiles, Steel, Sugar, and Textiles*. Washington, D.C.: Federal Trade Commission, Bureau of Economics Staff Report, 57.

durchsetzbar gewesen, denn die Kosten wären offensichtlich gewesen und die Steuerzahler hätten sich geweigert, die Gratis-Ferienhäuser zu bezahlen. Dieser Deal hätte nicht nur in der Autoindustrie funktioniert. Nach Angaben der Federal Trade Commission kosten die Aufschläge für Textilerzeugnisse aus Hongkong die Verbraucher 34.500 Dollar pro Jahr für jeden geretteten Arbeitsplatz amerikanischer Textilarbeiter mit einem Jahreseinkommen von 7.600 bis 10.700 Dollar.⁷

Die Identifizierung der unsichtbaren Opfer von Handelsbeschränkungen kann eine Strategie zur Bekämpfung solcher Beschränkungen sein. Sie würde darin bestehen, Unternehmen zu organisieren, die von Einfuhrbeschränkungen betroffen sind, wie z.B. stahlverarbeitende Unternehmen im Falle der US-Einfuhrbeschränkungen für Stahl.

Gerechtigkeit: Prozess vs. Ergebnisse

Im Mittelpunkt der interventionistischen Politik steht oft eine Vision von Gerechtigkeit. Ob etwas gerecht ist oder nicht, wird meist anhand der Ergebnisse beurteilt.

Soziale Gerechtigkeit hat eine große Anziehungskraft und wird gerne als Rechtfertigung für interventionistischen Etatismus verwendet. Es gibt mehrere Kritikpunkte am Konzept der sozialen Gerechtigkeit, auf die Hayek gut geantwortet hat. Die Befürworter von persönlicher Freiheit müssen sich stärker bemühen, den Begriff zu entmystifizieren und zeigen, dass Gerechtigkeit und Fairness nicht anhand von Ergebnissen bemessen werden können. Ergebnisse, die häufig dafür herangezogen werden, sind der Bildungs- und Berufsstatus, das Einkommen, die Lebenserwartung und andere sozioökonomische Faktoren. Aber Gerechtigkeit oder Fairness hängen vom Prozess ab, nicht von Ergebnissen.

Nehmen wir zum Beispiel an, dass drei Personen ein normales Pokerspiel spielen. Ein typisches Spielergebnis lautet: Person A gewinnt in 75 Prozent der Fälle, während Person B und C in 15 Prozent bzw. 10 Prozent der Fälle gewinnen. Wenn man das Ergebnis des Spiels kennt, kann man nichts Eindeutiges darüber sagen, ob das Pokerspiel „gerecht“ ist. Dass Person A unverhältnismäßig hohe Gewinne eingestrichen hat, liegt daran, dass er ein geschickter Spieler ist, ein cleverer Betrüger oder einfach nur ein Glückspilz. Die einzige Möglichkeit, festzustellen, ob das Spiel gerecht war, be-

⁷ Morkre, M.E. (1984) *Import Quotas on Textiles: The Welfare Effects of United States Restrictions on Hong Kong*. Washington, D.C.: Federal Trade Commission, Bureau of Economics Staff Report, 27.

steht darin, den Spielverlauf zu untersuchen. Zu den Fragen des Prozesses gehören: Haben die Spieler freiwillig mitgespielt? Wurden die Pokerregeln neutral und für jeden Spieler gleich angewendet? Haben sich alle Spieler an die Regeln gehalten? Wäre der Prozess gerecht, würden diese drei Fragen bejaht und das Pokerspiel war unabhängig vom Ergebnis des Spiels gerecht. Gerechtigkeit ist also eigentlich eine Frage des Prozesses.

Die beliebteste Rechtfertigung für interventionistische Politik ist die Herstellung oder Gewährleistung von Fairness und Gerechtigkeit bei der Einkommensverteilung. Erhebliche Verwirrung, Verschleierung und Demagogie in Bezug auf die Quellen des Einkommens liefern den Etatisten reichlich Munition zur Verteidigung und Rechtfertigung ihrer Umverteilungsagenda. In einer freien Gesellschaft wird Einkommen nicht verteilt. Es wird verdient. Menschen, die einander durch die Bereitstellung von Waren und Dienstleistungen dienen, erzeugen Einkommen.

Wir dienen unseren Mitmenschen auf zahllose Arten. Wir packen ihre Einkäufe ein, unterrichten ihre Kinder, unterhalten sie und heilen ihre Wunden. Dafür erhalten wir „Leistungszertifikate“. In den Vereinigten Staaten nennen wir diese „Dollar“. Anderswo heißen sie Pesos, Francs, Mark, Yen und Pfund. Diese Zertifikate dienen als Beweis (Nachweis) für unseren Dienst. Je wertvoller unsere Leistung für unsere Mitmenschen ist, desto mehr Leistungszertifikate erhalten wir und desto größer ist unser Anspruch auf Waren und Dienstleistungen. Wie viele Leistungszertifikate wir für bestimmte Leistungen bekommen, entscheiden unsere Mitmenschen selbst.

Dieser marktwirtschaftliche Prozess fördert moralische Disziplin. Diese besagt: Wenn wir nicht fähig und willens sind, unseren Mitmenschen zu dienen, haben wir keinen Anspruch auf das, was er produziert. Diese moralische Disziplin ist das Gegenteil des Prinzips des Sozialstaates. Der Sozialstaat sagt: Du brauchst deinen Mitmenschen nicht zu dienen. Durch Einschüchterung, Drohungen und Zwang nehmen wir ihm einfach das weg, was er produziert und geben es dir.

Die Vorstellung davon, dass das Einkommen „verteilt“ werde, impliziert ein anderes Verständnis von den Quellen des Einkommens, das kaum explizit geäußert wird. Dieses unterscheidet sich nur wenig von der Behauptung, dass es irgendwo jemanden gibt, der Dollars verteilt. Sie führt natürlich zu der Schlussfolgerung, dass der Dollar-Verteiler ungerecht sei, wenn einige Menschen weniger Dollars bekommen als andere; er sei ein Rassist, Sexist oder Multinationalist. Daher erfordern Gerechtigkeit und Fairness eine Neuverteilung (Einkommensumverteilung) der Dollars. Auf

diese Weise werden die unrechtmäßig erworbenen Gewinne der Wenigen an ihre „rechtmäßigen“ Besitzer zurückgegeben. Diese Vision ist der Kern der ergebnisorientierten Auffassung von Gerechtigkeit, die dem Wohlfahrtsstaat zugrunde liegt.

Menschen, die die bestehende Einkommensverteilung als ungerecht kritisieren und eine staatliche Umverteilung fordern, kritisieren in Wirklichkeit den Prozess der Einkommensentstehung. Ihr Fazit lautet, dass Millionen von einzelnen Entscheidungsträgern nicht das Richtige getan haben. Man denke nur an den Reichtum des Milliardärs Bill Gates, des Gründers von Microsoft. Gates verdiente Milliarden, weil Millionen von Menschen ihr Geld freiwillig für das ausgaben, was sie wollten – seine Produkte. Wenn jemand behauptet, Gates' Einkommen sei ungerecht, ist das dasselbe, als würde er sagen, die Entscheidungen von Millionen von Verbrauchern seien falsch. Zu argumentieren, dass Gates' Einkommen mit Gewalt genommen und anderen gegeben werden sollte, bedeutet zu sagen, dass Dritte irgendwie das Recht haben, die freiwilligen Entscheidungen von Millionen von Händlern vorwegzunehmen.

Bei einer realistischeren Betrachtung der Einkommensquellen kommen wir zu dem Schluss, dass niedrige Einkommen in den meisten Fällen darauf zurückzuführen sind, dass die Menschen nicht über ausreichende Kapazitäten verfügen, um ihren Mitmenschen einen guten Dienst zu erweisen und nicht Opfer eines unfairen Verfahrens sind. Menschen mit niedrigem Einkommen haben einfach nicht die Fähigkeiten, Dinge zu produzieren und zu tun, die ihre Mitmenschen sehr schätzen. Selten finden wir Menschen oder Länder die hochproduktiv und gleichzeitig arm sind. Diejenigen, die über ein geringes Einkommen verfügen, haben in der Regel auch eine geringe Qualifikation und Bildung und damit eine geringe Produktionskapazität. Unsere Herausforderung besteht darin, diese Menschen (oder Länder) produktiver zu machen.

Eine andere Erklärung für niedrige Einkommen ist, dass die Spielregeln manipuliert worden sind. Das heißt, dass die Menschen zwar in der Lage sind, Güter und Dienstleistungen zu liefern, die von ihren Mitmenschen geschätzt werden, dass sie aber daran gehindert werden, dies zu tun. Zu diesen Regeln gehören Mindestlohngesetze, Berufs- und Unternehmenszulassungsgesetze und -vorschriften sowie staatlich geförderte Monopole. Ein weiteres Argument für den Kapitalismus der freien Marktwirtschaft ist daher, dass er gut für Geringverdiener und Geringqualifizierte ist.

Schwarzmärkte

Wir sollten uns immer vor Augen halten, dass Märkte widerstandsfähig sind. Auch wenn sozialistische Regimes sich stark bemühen, sie zu zerstören, neigen Märkte dazu, auf die eine oder andere Weise zu überleben; sie sind ein wesentlicher Teil der menschlichen Natur. Adam Smith schrieb: „Es gibt eine Notwendigkeit, ... eine gewisse Neigung in der menschlichen Natur, ... eine Sache gegen eine andere zu handeln und zu tauschen.“⁸ Während der 70 Jahre des sowjetischen Experiments, mit massiven Versuchen, Märkte zu unterdrücken (einschließlich Gefängnis, Verbannung und Todesstrafe), haben Märkte in der einen oder anderen Form überlebt. Die Rahmenbedingungen für die Entstehung von Märkten bleiben bestehen und sie erklären ihre Widerstandsfähigkeit. Sie sind: (1) Privateigentum an Gütern, (2) Interaktion zwischen Menschen, die Güter unterschiedlich bewerten und (3) individueller Wille und Eigeninteresse.

Diese Bedingungen führen zur Entstehung von Märkten, seien es legale oder illegale (Schwarz-) Märkte. Einigen Schätzungen zufolge erwarben bis zu 84 Prozent der sowjetischen Bevölkerung Waren und Dienstleistungen auf dem Schwarzmarkt oder *Fartsovshiki*. Der *Fartsovshiki* war auch eine zusätzliche Beschäftigungs- und damit Einkommensquelle für bis zu 20 Millionen Sowjetbürger.⁹ Laut *Automotive News* nahmen 60 Prozent der Sowjetbürger Autoreparaturen von Schwarzmarktmechanikern in Anspruch und weitere 30 Prozent kauften Benzin und Ersatzteile von Schwarzmarkthändlern.¹⁰

Die sowjetischen Beamten konnten die Schwarzmärkte nicht verhindern und es ist zweifelhaft, ob sie das überhaupt tun wollten. Schließlich hat das sowjetische System vielleicht deshalb so lange überlebt, weil einige seiner hässlicheren Folgen durch das Vorhandensein von Schwarzmärkten abgemildert wurden. Angesichts des periodischen Mangels an lebensnotwendigen Gütern wie Lebensmitteln und Kleidung hätte es zu unkontrollierbaren sozialen Unruhen kommen können, wenn die sowjetischen Bürger darauf hätten verzichten müssen, anstatt sich auf dem Schwarzmarkt zu versorgen.

⁸ Smith, A. ([1776] 1976) *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*. Edwin Cannan, ed. Chicago: University of Chicago Press, 17.

⁹ Galuszka, P. (1989) „The Paradox of Perestroika“. *Business Week*, 5. Juni: 66–67.

¹⁰ *Automotive News* (1985) „Auto Black Market Grows in Russia.“ 5 August.

Die sowjetische Erfahrung beweist, dass der Mensch von Natur aus ein Kapitalist ist. Der Übergang vom Sozialismus zum Kapitalismus setzt lediglich voraus, dass die menschliche Natur zur Entfaltung kommen kann.

Schlussfolgerung

Der Kampf für die Ausweitung und Erhaltung freier Märkte muss sich in erster Linie auf das moralische Argument konzentrieren. Staatliche Interventionisten könnten gut durchdachten moralischen Argumenten für Privateigentum, freiwilligen Austausch und die Parität der Märkte nichts entgegensetzen. Auf privater Ebene sind moralische Argumente für alle Menschen leicht nachvollziehbar – zum Beispiel hat ein Mensch nicht das Recht, Gewalt gegen eine andere anzuwenden, um ihre eigenen Ziele zu erreichen. Staatliche Umverteilung wird jedoch oft als akzeptable Gewaltanwendung angesehen. In einem demokratischen Wohlfahrtsstaat wird dieser Zwang mit einer Aura der Legitimität umgeben. Die Herausforderung besteht darin, die Menschen davon zu überzeugen, dass eine Mehrheitsentscheidung keine Moral begründet und dass freie Märkte anderen Formen der gesellschaftlichen Organisation moralisch überlegen sind.

SOZIALE KOOPERATION

Sheldon Richman

Sheldon Richman ist geschäftsführender Herausgeber des Libertarian Institute und mitwirkender Redakteur bei Antiwar.com.

Auf dem FEE-Seminar für fortgeschrittene österreichische Ökonomen im letzten Sommer erwähnten mehr als ein Redner, dass Ludwig von Mises einen anderen Titel für das Buch, das wir als *Menschliches Handeln* kennen, in Betracht gezogen hat. Der andere Titel? *Soziale Kooperation*.

Ich habe diese Geschichte schon einmal gehört, aber dieses Mal hat sie mich zum Nachdenken gebracht: Wäre die Bewegung der freien Marktwirtschaft von der Außenwelt anders wahrgenommen worden, wenn Mises den anderen Titel verwendet hätte? Da die Frage so eng formuliert ist, lautet die Antwort wahrscheinlich nein. Lassen Sie uns die Frage also erweitern: Würde die Bewegung der freien Marktwirtschaft anders wahrgenommen werden, wenn ihr vorherrschendes Thema die soziale Kooperation wäre und nicht (schroffer) Individualismus, Selbstvertrauen, Unabhängigkeit und andere Synonyme, die wir so gerne verwenden? Mag sein.

Es ist kein Geheimnis, warum von Mises auf diesen anderen Titel kam. Ich habe nicht mitgezählt, aber ich vermute, dass „soziale Kooperation“ (oder „menschliche Kooperation“) der am zweithäufigsten verwendete Ausdruck in dem Buch ist. Der häufigste ist wahrscheinlich „Arbeitsteilung“, was ein anderer Begriff für „soziale Kooperation“ ist.

In *Menschliches Handeln* geht es um soziale Zusammenarbeit oder um gar nichts. Das erste Thema, das Mises nach seiner einleitenden Abhandlung über die Natur des Handelns selbst aufgreift, ist ... die Kooperation. Er beginnt: „Gesellschaft ist konzertierte Aktion, Kooperation ... sie ersetzt das – zumindest denkbare – isolierte Leben der Individuen durch Zusammenarbeit. Gesellschaft ist Arbeitsteilung und Zusammenschluss bei der

Arbeit. In seiner Eigenschaft als handelndes Tier wird der Mensch zum sozialen Tier.“

Nur durch Zusammenarbeit und Arbeitsteilung können wir alle ein besseres Leben führen. Natürlich legte Mises großen Wert auf die Notwendigkeit des Friedens, denn ohne Frieden bricht diese lebenswichtige Zusammenarbeit in sich zusammen. Damit stand Mises ganz in der pazifistischen klassisch-liberalen Tradition, wie sie von Richard Cobden, John Bright, Frédéric Bastiat, Herbert Spencer und William Graham Sumner vertreten wurde. Mises schrieb in *Liberalismus*:

Die liberale Kritik der Kriegstheorie unterscheidet sich aber grundsätzlich von der der Philanthropen; sie geht davon aus, dass nicht der Krieg, sondern der Frieden der Vater aller Dinge ist ... Krieg zerstört nur, er kann nie aufbauen ... Der Liberale verabscheut den Krieg nicht wie der Philanthrop, obwohl er nützliche Folgen haben soll, sondern weil er nur schädliche Folgen hat.

Angesichts von Mises' Einstellung ist es nicht überraschend, dass er dem, was er das Ricardianische Assoziationsgesetz nennt, so viel Bedeutung beimisst. Dieses Gesetz ist bekannt als das Gesetz des komparativen Vorteils (oder der Kosten), das besagt, dass zwei Parteien vom Handel profitieren können, selbst wenn eine von ihnen effizienter in der Herstellung aller Produkte ist, die sie beide wollen.

Der Schlüssel dazu sind die Opportunitätskosten. Ein Anwalt, der 500 Dollar pro Stunde kostet und gleichzeitig die schnellste und genaueste Schreibkraft der Welt ist, wird es wahrscheinlich vorteilhaft finden, eine Schreibkraft einzustellen. Warum? Weil jede Stunde, die der Anwalt mit dem Tippen verbringt, anstatt das Recht zu praktizieren, ihn 500 Dollar kostet, abzüglich dessen, was er einer Schreibkraft bezahlt hätte. Die Schreibkraft hat keine solchen Opportunitätskosten. Anwalt und Schreibkraft profitieren also beide von der Zusammenarbeit. Dies gilt auch für Gruppen (und ganze Länder). Die Menschen werden die Vorteile entdecken, die sich ergeben, wenn sie sich auf das konzentrieren, was sie vergleichsweise am effizientesten (oder am ineffizientesten) herstellen und mit anderen tauschen. Als Folge werden insgesamt mehr Güter produziert.

Dieses Gesetz ist ein wichtiger Teil des Arguments für den freien internationalen Handel, weil es den Einwand entkräftet, dass Länder, die (absolut gesehen) nichts so effizient herstellen können wie andere Länder, von der Weltwirtschaft ausgeschlossen werden. Von Mises verstand jedoch, dass das Gesetz des komparativen Vorteils lediglich eine Anwendung des

umfassenderen *Gesetzes der Assoziation* ist. In *Menschliches Handeln* schrieb er:

Das Gesetz der Assoziation lässt uns die Tendenzen begreifen, die zu einer fortschreitenden Intensivierung der menschlichen Zusammenarbeit geführt haben. Wir begreifen, welcher Anreiz die Menschen dazu veranlasst hat, sich nicht nur als Konkurrenten in einem Kampf um die Aneignung des von der Natur zur Verfügung gestellten begrenzten Vorrats an Lebensmitteln zu betrachten. Wir begreifen, was sie angetrieben hat und ständig antreibt, miteinander um der Zusammenarbeit willen zu verkehren. Jeder Schritt auf dem Weg zu einer weiter entwickelten Form der Arbeitsteilung dient den Interessen aller Beteiligten ... Der Faktor, der die primitive Gesellschaft hervorgebracht hat und tagtäglich auf ihre fortschreitende Intensivierung hinarbeitet, ist das menschliche Handeln, das von der Einsicht in die durch die Arbeitsteilung erreichte höhere Produktivität der Arbeit beseelt ist.

Diese scheinbar einfache Idee führt zu kontraintuitiven Schlussfolgerungen. Infolge der zunehmenden Zusammenarbeit konkurrieren die Menschen, um zu *produzieren*, nicht um zu *konsumieren*. Mises drückte dies mit meinem Lieblingssatz in *Human Action* aus: „Die Tatsache, dass meine Mitmenschen genauso wie ich Schuhe erwerben wollen, macht es für mich nicht schwieriger, Schuhe zu bekommen, sondern einfacher.“ Die Ausweitung der Zusammenarbeit bedeutet auch, dass man mit Fremden in großer Entfernung zu tun hat – ein weiterer Anreiz für Frieden.

Leider ist die Betonung der Kooperation nicht das, was Nicht-Libertäre wahrscheinlich über die freie Marktwirtschaft und die normative Freiheitsphilosophie „wissen“. Sie assoziieren diese eher mit „grobem Individualismus“ als mit „sozialer Kooperation“. Ich zweifle nicht daran, dass ein wesentlicher Grund dafür ist, dass unsere Gegner, die es besser wissen, der Öffentlichkeit ein verzerrtes Bild der wirklich liberalen Weltanschauung vermitteln *wollen*. Als Präsident Bill Clinton 1996 in seiner Rede zur Lage der Nation (unehrlicherweise) erklärte: „Die Ära des großen Staates ist vorbei“, fügte er hinzu: „Aber wir können nicht zu der Ära zurückkehren, in der man für sich selbst sorgen musste.“ Der Mensch war schon immer ein soziales/politisches Wesen. Es gab keine Epoche, in der jeder ausschließlich für sich selbst gesorgt hat. Die Menschen haben lediglich die Wahl zwischen freier und erzwungener Zusammenarbeit.

Natürlich betonen Libertäre und Befürworter der freien Marktwirtschaft die Bedeutung der Arbeitsteilung. Dennoch sind wir mitverantwortlich für die öffentliche Fehlwahrnehmung. Unsere Rhetorik impliziert zu oft radikalen Individualismus, wenn auch ungewollt. (Der ange-

messene Individualismus ist der molekulare Individualismus.) Ich verstehe die Wertschätzung für die Begriffe „Individualismus“, „Selbstständigkeit“ und „Unabhängigkeit“, aber wir sollten uns bewusst sein, dass sie leicht zu unerwünschten Karikaturen führen können. Wir sollten niemanden dazu ermutigen zu denken, dass das libertäre Ideal Ted Kaczynski ohne die Briefbomben ist.

Die Herausforderungen der Zukunft sind für uns alle ungewiss. Soziale Kooperation macht es uns zweifellos leichter, mit ihnen zurechtzukommen, als wenn wir versuchen würden, sie allein zu bewältigen. Deshalb gründeten die Menschen Hilfsorganisationen (Bruderschaften). Sie boten nicht nur Kameradschaft, sondern auch das, was der Wohlfahrtsstaat heute so schwach und zwanghaft vorgibt zu bieten: Inseln relativer Sicherheit in einem Meer der Unsicherheit. Wenn die Menschen den Wohlfahrtsstaat unterstützen, brauchen sie sich nicht zu wundern. Das liegt daran, dass sie keine bessere Alternative auf freiwilliger Basis sehen. Hier kommen die Libertären ins Spiel. Wir Libertäre könnten es leichter haben, andere zu überzeugen, wenn wir betonen würden, dass die Freiheit immer innovativere Wege der Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen hervorbringt und dass die soziale Zusammenarbeit gefährdet ist, wenn der Staat das unser Leben dominiert.

DER BETRUG DER ZENTRALBANKEN

Patrick MacFarlane, J.D.
Libertarian Institute

Patrick MacFarlane ist Rechtsanwalt in Wisconsin und Gastgeber des Podcasts „Liberty Weekly“ auf LibertyWeekly.net.

Seltsamerweise war die eine Frage, die mich schließlich zur Anarchie gebracht hat: „Woher kommt das Geld?“ Es war für mich verblüffend, dass die Antwort auf eine so einfache Frage so einfach und doch so komplex sein konnte – und zudem absurd.

Also? Woher kommt das Geld *wirklich*? Ich fand heraus, dass die kurze Antwort lautet, dass neues Geld entweder durch 1) künstliche Kreditausweitung der Banken durch das Verfahren der Mindestreserve-Kreditvergabe oder 2) durch das Drucken von Geld durch die Zentralbank geschaffen wird (die Zentralbank verwendet dann das neu gedruckte Geld, um Vermögenswerte von privaten Banken zu kaufen und diese Vermögenswerte in ihre Bilanz aufzunehmen). In beiden Fällen wird neues Geld herbeigezaubert, aus dem Nichts geschaffen und der Wirtschaft auf verschiedene Weise zugeführt, wodurch die Kaufkraft derjenigen untergraben wird, die nicht privilegiert genug sind, um in den Genuss des neuen Geldes zu kommen. Lange Rede, kurzer Sinn: Ein staatlich unterstütztes Bankenkartell fälscht es.

Wie Murray Rothbard in *The Case Against the Fed* erläutert, wird der Fälschungsprozess durch die Institution der Zentralbank ermöglicht:

Die Zentralbank hatte schon immer zwei Hauptaufgaben: (1) die Finanzierung des Staatsdefizits zu unterstützen und (2) ein Kartell aus privaten Geschäftsbanken im Land zu erschaffen, um die beiden großen Marktgrenzen für ihre Kreditausweitung und ihre Fälschungsneigung zu beseitigen: den möglichen Vertrauensverlust, der zu Bank-Runs führt und der Verlust von Reserven, wenn eine Bank ihre eigenen Kredite ausweitet. Denn Kartelle auf dem

Markt sind, selbst wenn sie für jedes Unternehmen von Vorteil sind, ohne staatliche Unterstützung, nur sehr schwer aufrechtzuerhalten. Im Bereich des Mindestreserve-Bankwesens kann die Zentralbank die Kartellbildung unterstützen, indem sie diese beiden grundlegenden Beschränkungen des freien Marktes für die inflationäre Kreditausweitung der Banken aufhebt oder abschwächt.¹

Das Zentralbankwesen fügt der Wirtschaft unglaubliche Schäden zu. Die Manipulation der Zinssätze sendet falsche Signale an die Unternehmer und führt zu Fehlinvestitionen in hochwertige Investitionsgüter, „die nur durch geringere Zeitpräferenzen und größere Ersparnisse und Investitionen erfolgreich aufrechterhalten werden könnten“.²

Der „Boom“ steht für diese Zeit der Fehlinvestitionen. Der daraus resultierende „Bust“, der die Nation erschüttert, entspricht einer Marktreaktion, bei der die „Verschwendungen und Fehler des Booms“ beseitigt werden. Natürlich wird das gemeine Volk, das von den falschen Versprechungen einer „boomenden“ Wirtschaft verführt wurde, nicht gerettet, ebenso wenig wie die privaten Freunde der Regierung. Das Ergebnis ist ein massiver Vermögenstransfer vom Volk in die Kassen des Staates und seiner privaten Kumpane.

Die gesamte Institution des Zentralbankwesens ist nicht nur von Betrug und Fälschungen durchsetzt, sondern sie provoziert auch unverantwortliches Verhalten. Das Zentralbankwesen weckt die Illusion von gemeinsamen Ressourcen, die durch gewissenhafte Arbeit und Ersparnisse, die tatsächlich aber nicht vorhanden sind. Der künstlich verbilligte Kredit fördert in der gesamten Gesellschaft eine hohe Zeitpräferenz: Heute wird etwas für fast umsonst auf Kredit gekauft und die Kosten auf künftige Generationen abgewälzt.

Eine weitere Ursache für diese hohe Zeitpräferenz ist die Inflation. Inflation ist der Anstieg der Geldmenge, der auftritt, wenn die Zentralbank mehr Geld druckt. Inflation zeigt sich in der Regel durch steigende Preise. Warum sollten die Verbraucher Geld sparen, wenn es in zehn Jahren nur noch halb so viel wert ist? Abgesehen von der Abschöpfung des Wohlstands der Bevölkerung und der Förderung des Verhaltens der Zeitpräferenz, ermöglichen die Zentralbanken dem Staatsapparat eine der bösartigsten Operationen. In Kapitel 4 von *End the Fed* zeigt Ron Paul die zerstörerischste Folge des Zentralbankwesens auf:

¹ Rothbard, Murray N. „The Case Against the Fed“, S. 58.

² Rothbard, Murray N. *America's Great Depression*.

Es ist kein Zufall, dass das Jahrhundert des totalen Krieges mit dem Jahrhundert des Zentralbankwesens zusammenfiel. Als die Regierungen ihre eigenen Kriege finanzieren mussten, ohne sich auf eine Papiergeldmaschine verlassen zu können, sparten sie an Ressourcen. Sie fanden diplomatische Lösungen, um einen Krieg zu verhindern und nachdem sie einen Krieg begonnen hatten, beendeten sie ihn so schnell wie möglich.³

Um den oben beschriebenen Prozess besser zu verstehen, betrachten wir ein einfacheres Beispiel:⁴

Der König von Ruritanien beschließt, dass er gegen den König des benachbarten Moldawiens vorgeht. Zur Vorbereitung seiner Invasion Moldawiens verlangt der ruritanische König von seinem Finanzminister eine Inventur der königlichen Schatzkammer. Leider sind die königlichen Truhen leer. Er ist nicht dazu in der Lage sein, seinen neuen Krieg zu finanzieren! Daraufhin gibt es einen königlichen Erlass: Alle offiziellen Münzen des Landes werden zum Nachprägen zurückgerufen.

Als das Geld eingesammelt ist, schmilzt der König das Münzgeld ein, behält zehn Prozent des Silbergehalts jeder Münze für sich und ersetzt diesen durch Nickel. Anschließend prägt der König die neuen Münzen und füllt die königlichen Truhen mit den zehn Prozent Überschuss an Silber durch die Prägung der neuen wertloseren Münzen. Plötzlich sind die Kassen des Königs voll und das Volk ist zehn Prozent ärmer.

Dieser Vorgang wird als „Entwertung der Währung“ bezeichnet. Seit der Erfindung der Druckerpresse ist der Staat dazu in der Lage, hartes Geld durch Papierscheine zu ersetzen. Er kann die harten Reserven durch Gesetze von diesen Scheinen lösen und Vermögenswerte mit gedruckten Scheinen kaufen. Der Prozess ist ein wenig komplexer, aber im Grunde genommen macht es „Puff!“ und das Geld ist durch die Magie der Kreditvergabe erschaffen.

Als ich die beschriebenen Zusammenhänge verstanden hatte, wurde mir klar, dass die Institution der Zentralbank das Herzstück des Staatsapparats ist. Ohne das Monopol, Fiat-Währung zu drucken, wären viele der zerstörerischsten Unternehmungen des Staates logistisch unmöglich. Dieses neu gewonnene Wissen über diese unmoralische Praxis verstärkte meine natürliche Skepsis gegenüber dem Staat.

Noch verblüffender als die Antworten, die ich in Bezug auf das Zentralbankwesen fand, waren die Fragen, die sie hervorriefen: Warum wird die

³ *End the Fed*, S. 63.

⁴ Dies ist Rothbards Erklärung der Münzverschlechterung aus *The Mystery of Banking*.

Wahrheit so gut vor allen verborgen? Warum kommt niemand auf die Idee zu fragen, woher das Geld kommt? Warum haben wir in der Schule nichts über so etwas Wichtiges gelernt? Wenn eine so tiefgreifende Frage so gut versteckt wird, ist das Absicht?⁵ Wenn ja, warum? Was wird sonst noch vor uns verborgen?

⁵ Es geschieht absichtlich. Siehe James Corbett, *Century of Enslavement: The History of the Federal Reserve and How Big Oil Conquered the World*.

OBDACHLOSIGKEIT, REGULIERUNG UND MINDESTLOHN

Es gibt eine klare Brücke zwischen dem, was ideologisch fundiert ist und dem, was in der realen Welt funktioniert. Obdachlosigkeit, Regulierung und Ausbeutung sind die drei Bereiche, in denen Regierungsgläubige am häufigsten sagen: „Zum Teufel mit der Logik der Freiwilligkeit! Diese Dinge sind wichtig.“ Voluntaristen stimmen zu, dass diese Themen wichtig sind, weshalb es der schlechteste Lösungsansatz ist, sie in den Händen der Regierung, eines zwangsfinanzierten Monopols, zu belassen. Im Folgenden finden Sie eine Sammlung von Zitaten, die erklären, warum diejenigen, die aus Sorge um Obdachlosigkeit und Ausbeutung eine Regulierung wünschen, sich stattdessen für die Freiwilligkeit entscheiden sollten.

Die gleichen Leute, die sagen, dass die Regierung kein Recht hat, sich in sexuelle Aktivitäten zwischen einwilligenden Erwachsenen einzumischen, glauben, dass die Regierung jedes Recht hat, sich in wirtschaftliche Aktivitäten zwischen einwilligenden Erwachsenen einzumischen.

– Thomas Sowell, Ph.D.,
„Looking for That Elusive Escalator to Success“,
Sun Sentinel, Jan. 2000.

Jedes Gesetz oder jede Verwaltungsvorschrift macht notwendigerweise Handlungen illegal, die nach der libertären Theorie keine offenkundigen Anfänge von Verbrechen oder Delikten sind. Jedes Gesetz oder jede Verwaltungsvorschrift ist daher illegitim und selbst ein Eingriff in die Eigentumsrechte von Nicht-Kriminellen.

– Murray N. Rothbard, Ph.D., *Economic Controversies*
(2011, Mises Institute), S. 406.

Die jährlichen Kosten für die Vorschriften des Bundes in den Vereinigten Staaten stiegen 2008 auf mehr als 1,75 Billionen Dollar. Hätte jeder US-Haushalt einen gleichen Anteil an der Regulierungskosten des Bundes

zahlen müssen, wären im Jahr 2008 15.586 Dollar pro Person fällig gewesen. Im Vergleich dazu übersteigen die staatlichen Regulierungskosten die privaten Ausgaben für die Gesundheitsversorgung, die sich 2008 auf 10.500 Dollar pro Haushalt beliefen, um 50 Prozent. Zwar müssen alle Bürger und Unternehmen einen Teil dieser Kosten bezahlen, aber sie sind recht ungleichmäßig verteilt. Der Anteil der Regulierungskosten, der zunächst auf die Unternehmen entfällt, belief sich 2008 auf 8.086 Dollar pro Mitarbeiter. Kleine Unternehmen, d. h. Firmen mit weniger als 20 Beschäftigten, sind am stärksten belastet. Im Jahr 2008 mussten sie 10.585 Dollar pro Mitarbeiter aufbringen, was 36 Prozent höher ist als bei großen Unternehmen (Unternehmen mit 500 oder mehr Mitarbeitern).

– Nicole V. Crain und W. Mark Crain,
„The Impact of Regulatory Costs on Small Firms“
(2010, Lafayette College), S. iv.

Bei Kosten zwischen 10.000 und 50.000 Dollar könnten kleine Tiny Houses dazu beitragen, den Mangel an erschwinglichem Wohnraum in der Hauptstadt zu lindern. Die Heiz- und Kühlkosten sind vernachlässigbar. Regenwasserauffangsysteme tragen dazu bei, dass sich die Häuser selbst versorgen können. Sie sind eine attraktive Option für genau die Art von Bewohnern, die die Stadt in Hülle und Fülle anzieht: alleinstehende junge Berufstätige ohne viel Hab und Gut, die sich noch keine große Hypothek leisten können.

Doch die Sache hat einen gewaltigen Haken: Tiny Houses sind illegal und verstoßen gegen mehrere Vorschriften der Washingtoner Bauordnung. Zu den vielen Anforderungen in den 34 Kapiteln und 600 Seiten des Gesetzes gehören Vorschriften über die Mindestgröße von Grundstücken, Zimmern und Gassen sowie über „zusätzliche Wohneinheiten“, die verhindern, dass Tiny Houses mehr als nur ein Freizeitwohnsitz sind.

– Todd Krainin, „Jay Austin's Beautiful, Illegal Tiny House“,
Reason, Aug. 2014.

Elvis Summers sammelte 100.000 Dollar per Crowdfunding und baute Dutzende von 1.200 Dollar teuren Tiny Houses für Obdachlose. Dann kam die Stadt und beschlagnahmte sie.

Jede Nacht schlafen Zehntausende von Menschen in Zeltstädten auf den palmengesäumten Boulevards von Los Angeles, weit mehr als in jeder anderen Stadt des Landes. Die Zahl der Obdachlosen in der Welthaupt-

stadt der Unterhaltung hat in den letzten Jahren immer wieder neue Rekordhöhen erreicht.

Ein 39-jähriger Musiker aus South L.A. dachte, er hätte eine kreative Lösung gefunden. Elvis Summers, der in seinen 20ern selbst eine Zeit lang obdachlos war, sammelte im letzten Frühjahr über 100.000 Dollar durch Crowdfunding-Kampagnen. Mit Hilfe professioneller Bauunternehmer und anderer Menschen aus der Gemeinde, die sich über seine gemeinnützige Organisation *Starting Human* als Freiwillige melden, hat er seitdem Dutzende von solarbetriebenen, kleinen Häusern für Obdachlose gebaut. Laut Summers sind die Häuser als vorübergehende Lösung gedacht, die den Bewohnern im Gegensatz zu einem Zelt die sichere Grundlage bietet, die sie brauchen, um ihr Leben zu verbessern. „Die kleinen Häuser bieten sofortigen Schutz“, erklärt er. „Die Leute können ihre Sachen einschließen und wissen, dass sie dort wieder vorfinden, wenn sie von ihrem Drogen-therapieprogramm oder vom Gericht zurückkommen oder den ganzen Tag nach einem Job suchen.“

Jedes Haus verfügt über eine Solaranlage, eine stahlverstärkte Tür, eine Campingtoilette, einen Rauchmelder und sogar einen Fensteralarm. Der Bau der 46 Tiny Houses kostete Summers etwa 1.200 Dollar pro Stück.

Die Beamten der Stadt L.A. hatten jedoch eine andere Vorstellung davon, die Krise zu bewältigen. Ein Jahrzehnt, nachdem der erste Zehn-Jahres-Plan der Stadt zur Beendigung der Obdachlosigkeit im Jahr 2006 gescheitert war, kündigte Bürgermeister Eric Garcetti im Februar einen 1,87 Milliarden Dollar schweren Vorschlag an, um alle Bewohner von L.A. ein für alle Mal von der Straße zu holen. Er und der Stadtrat wollen in den nächsten zehn Jahren 10.000 dauerhafte Wohneinheiten mit unterstützenden Dienstleistungen bauen. In der Zwischenzeit sollen die Mittel von der Bereitstellung von Notunterkünften abgezogen werden.

Stadtrat Curren Price, der den Bezirk vertritt, in dem Summers' Tiny Houses standen, glaubte nicht, dass sie der Gemeinschaft oder den darin untergebrachten Obdachlosen nützen. „Man kann sie nicht wirklich als Häuser bezeichnen. Es sind nur Kisten“, sagt Price. „Sie sind nicht sicher und stellen eine echte Gefahr für die Nachbarn in der Gemeinde dar.“

Die meisten der kleinen Häuser von Summers standen auf Privatgrundstücken, die für das Projekt gespendet wurden. Eine Handvoll hat die Zelte ersetzt, die sich auf Autobahnüberführungen in der Stadt ausgebreitet haben. Summers stellte sie dort auf, bis er sich ein privates Grundstück sichern konnte, um ein kleines Hausdorf zu errichten, wie es bereits in

Portland, Seattle, Austin und anderswo existiert. „Am wichtigsten ist für mich, dass jetzt sofort etwas getan wird“, betont Summers.

Doch die Häuschen, die inmitten von tristen Zeltsiedlungen standen, wurden Anfang des Jahres zu bunten Zielscheiben für frustrierte Anwohner, die die Obdachlosen aus ihren Hinterhöfen vertreiben wollten. Stadtrat Price wurde mit Beschwerden von verärgerten Wählern bombardiert.

Im Februar reagierte der Stadtrat mit einer neuen Verordnung, die es zulässt, die kleinen Häuser ohne vorherige Ankündigung zu beschlagnahmen. Am Morgen des 9. Februars, als sich der Bürgermeister und der Stadtrat im Rathaus versammelten, um ihren neuen Plan zur Beendigung der Obdachlosigkeit zu verkünden, fielen Polizei und Müllabfuhr über die winzigen Häuser her und transportierten drei von ihnen zur Entsorgung auf ein Gelände der Stadtreinigungsbehörde. Summers gelang es, acht der bedrohten Häuser in ein Lager zu bringen, bevor sie beschlagnahmt werden konnten. Ihre Bewohner blieben auf dem Bürgersteig zurück.

– Dustin Monticello,

„This L.A. Musician Built \$1,200 Tiny Houses for the Homeless“,
Reason, Dez. 2016.

Was die Löhne steigen lässt

Die Käufer zahlen nicht für die Mühe und den Aufwand, den der Arbeiter auf sich genommen hat und auch nicht für die Zeit, die er mit der Arbeit verbracht hat. Sie zahlen für die Produkte.

Je besser die Werkzeuge sind, die der Arbeiter bei seiner Arbeit benutzt, je mehr er in einer Stunde leisten kann, desto höher ist folglich sein Lohn. Was die Löhne steigen lässt und die materiellen Bedingungen der Lohnempfänger befriedigender macht, ist die Verbesserung ihrer technischen Ausstattung. Amerikanische Löhne sind höher als die Löhne in anderen Ländern, weil pro Arbeiter investierte Kapital größer ist und die Betriebe dadurch in der Lage sind, die effizientesten Werkzeuge und Maschinen einzusetzen.

Der sogenannte American Way of Life ist das Ergebnis der Tatsache, dass die Vereinigten Staaten dem Sparen und der Kapitalakkumulation weniger Hindernisse in den Weg gelegt haben als andere Nationen.

Die wirtschaftliche Rückständigkeit von Ländern wie Indien besteht vor allem darin, dass ihre Politik sowohl die Akkumulation von inländischem Kapital als auch die Investition von ausländischem Kapital behindert. Da das erforderliche Kapital fehlt, können die indischen Unternehmen nicht in ausreichendem Maße moderne Ausrüstungen einsetzen, produzieren

daher viel weniger pro Arbeitsstunde und können es sich nur leisten, Löhne zu zahlen, die im Vergleich zu amerikanischen Löhnen als erschreckend niedrig erscheinen.

Es gibt nur einen Weg, der zu einer Verbesserung des Lebensstandards der lohnabhängigen Massen führt, nämlich die Erhöhung des investierten Kapitals. Alle anderen Methoden, so populär sie auch sein mögen, sind nicht nur zwecklos, sondern schaden sogar dem Wohlergehen derjenigen, denen sie angeblich zugutekommen sollen.

– Ludwig von Mises, Ph.D.,
„Wages, Unemployment, and Inflation“,
Christian Economics, März 1958.

Implikationen des Selbsteigentums

Manche denken: „Das Problem ist, dass, wenn wir Nieren verkaufen könnten, nur wirklich verzweifelte arme Menschen ihre Nieren verkaufen würden – und reichere Menschen nicht – und das würde zu ihrer Ausbeutung führen.“ Ein Teil meiner Antwort besteht darin, zu sagen: „Wenn du einer Person, die sich in einer derartigen Notlage befindet, dass ihre beste Option darin besteht, eine Niere zu verkaufen, diese Möglichkeit nimmst, dann bist du ein schrecklicher Mensch, dem soziale Gerechtigkeit egal ist. Dein moralisches Empfinden ist völlig verdreht, ich hoffe, du gehst nicht wählen.“ Das ist eine heftige Aussage, aber sie stimmt ... es ist eine schreckliche Sache, die dieser Mensch tun muss, aber es ist auch seine beste Option, was bedeutet, dass er etwas noch Schlimmeres tun wird, wenn man ihm diese Option wegnimmt – also sollte man ihm diese Möglichkeit nicht wegnehmen.

– Jason Brennan, Ph.D.,
Professor und Autor von *Märkte ohne Grenzen*,
im Podcast „Don't Tread on Anyone“ von Keith Knight.

Drei Wege, wie „Sweatshops“ dazu beitragen, die Armut zu beenden

Die New York Times berichtete kürzlich über den Fall von Nokuthula Masango, einem Angestellten in einer Textilfabrik in New Castle, Südafrika. Masango arbeitete viele Stunden unter harten Bedingungen und das für nur 36 Dollar pro Woche. Das klingt niedrig, ist es auch, selbst für südafrikanische Verhältnisse, wo der gesetzliche Mindestlohn 57 Dollar pro Woche beträgt. Viele Menschen würden Masangos Fabrik als Ausbeutungsbetrieb bezeichnen und viele würden sagen, dass die Besitzer Masango und ihre anderen Mitarbeiter ungerecht behandeln. In diesem Video möchte ich nicht versuchen, die Frage, ob Sweatshops ihre Arbeiter unge-

recht behandeln oder nicht, vollständig zu klären. Nehmen wir einfach mal an, dass sie es tun. Der Punkt, den ich hier ansprechen möchte, ist, dass, selbst wenn Arbeiter in Sweatshops ungerecht behandelt werden, drei Punkte zur Verteidigung von Sweatshops angeführt werden können.

Erstens ist es wichtig, sich daran zu erinnern, dass der Austausch zwischen dem Arbeiter und seinem Arbeitgeber für beide Seiten von Vorteil ist, selbst wenn er unfair ist. In Sweatshops sind die Beschäftigten besser dran, auch wenn Kritikern zufolge deutlich besser behandelt werden sollten. Betrachten wir zum Beispiel die Lohnsituation. Masango verdiente im Sweatshop 36 Dollar pro Woche. Ihre Freundin hatte in einem Sweatshop gearbeitet, der wegen Verstoßes gegen die Mindestlohngesetze geschlossen wurde. Anschließend musste sie als Kindermädchen für nur 14 Dollar im Monat arbeiten. Das sind weniger als 12 Prozent von dem, was Masango verdiente. Und dieses Lohngefälle ist typisch für Sweatshop-Jobs im Vergleich zu anderen Jobs in der heimischen Wirtschaft. Studien haben gezeigt, dass die Löhne in Sweatshops oft drei- bis siebenmal so hoch sind wie die Löhne in anderen Bereichen der Wirtschaft.

Auch wenn wir die Bedingungen der Ausbeuterbetriebe für unfair halten, ist die Arbeit in Ausbeuterbetrieben im Vergleich zu den anderen Alternativen eine sehr attraktive Option für Arbeitnehmer in den Entwicklungsländern. Und deshalb sind diese Arbeitnehmer oft bereit, sogenannte Sweatshop-Jobs anzunehmen. Niemand auf beiden Seiten der Debatte verteidigt Zwangsarbeit, aber solange die Arbeit in den Sweatshops freiwillig ist und sei es auch nur in dem schwachen Sinne, dass sie frei von physischem Zwang ist, würden die Arbeitnehmer nur dann einen Job in einem Sweatshop annehmen, wenn dieser Job für sie besser ist als alle anderen Alternativen. Dies gilt selbst dann, wenn wir zugestehen, dass die Freiheit der Arbeiter in Ausbeuterbetrieben oft auf vielfältige und ungleiche Weise durch ihre Regierung oder durch den sogenannten Zwang der Armut eingeschränkt wird.

Der Zwang schränkt die Möglichkeiten ein, aber solange die Arbeitnehmer die Freiheit haben, innerhalb ihrer eingeschränkten Möglichkeiten zu wählen, können wir davon ausgehen, dass sie sich für die Arbeit entscheiden, die ihnen die besten Aussichten bietet. Und wenn sie die Wahl haben zwischen der Arbeit in einem Sweatshop, der Arbeit auf einem Bauernhof oder einer anderen Tätigkeit in der städtischen Wirtschaft, entscheiden sich die Arbeitnehmer stets für die Arbeit in einem Sweatshop.

Der zweite Punkt, der zur Verteidigung von Sweatshops angeführt werden muss, ist folgender: Selbst wenn die Sweatshop-Arbeit für unfair ge-

halten wird, ist es keine gute Idee, sie zu verbieten. Betrachten wir es einmal so: Die Menschen nehmen Sweatshop-Jobs nur an, weil sie arm und verzweifelt sind und kaum andere Möglichkeiten haben. Das Verbot von Sweatshops trägt jedoch nicht dazu bei, diese Armut zu beseitigen oder die Möglichkeiten zu verbessern. Im Gegenteil, es schränkt sie nur noch weiter ein, indem es den Arbeitnehmern das wegnimmt, was sie selbst als die beste Option betrachten, die sie haben.

Natürlich versuchen die meisten Anti-Sweatshop-Aktivisten nicht, Fabriken zu schließen, aber manchmal haben gut gemeinte Maßnahmen unbeabsichtigte Folgen. Die Entlassungen von Masangos Freundin sind ein deutlicher Beweis dafür. Sie wurde entlassen, weil die Besitzer ihrer Fabrik beschlossen, dass es besser wäre, das Geschäft ganz einzustellen, als den gesetzlichen Mindestlohn zu zahlen. Man kann Unternehmern zwar verbieten, niedrige Löhne zu zahlen, aber man kann ihnen nicht verbieten, keine Löhne zu zahlen, indem sie ihre Fabriken einfach schließen.

Der dritte und letzte Punkt lautet: Es ist besser, etwas gegen das Problem der weltweiten Armut zu tun, als nichts zu tun. Und Sweatshops leisten einen Beitrag dazu. Sie geben den Menschen Arbeitsplätze, die besser bezahlt werden als ihre anderen Alternativen und sie tragen zu einem Prozess der wirtschaftlichen Entwicklung bei, der das Potenzial hat, den Lebensstandard drastisch zu erhöhen. Die meisten von uns hingegen tun nichts, um das Leben dieser Arbeitnehmer zu verbessern und das gilt auch für amerikanische Unternehmen, die ihre Produktion nicht auslagern, sondern ihre Arbeitsplätze ausschließlich an amerikanische Arbeitnehmer vergeben, die im weltweiten Vergleich ohnehin schon zu den reichsten Menschen der Welt gehören.

Nimm also für einen Moment die Perspektive eines Armen ein und frage dich, was dir besser erscheint: Das amerikanische Unternehmen, das seine Arbeit an Sweatshops auslagert, oder das amerikanische Unternehmen, das dies aufgrund seiner hohen moralischen Grundsätze nicht tut? Vielleicht wird der Sweatshop von Menschen geführt, die gierig und oberflächlich sind und vielleicht wird das andere Unternehmen von Menschen mit den besten Absichten geführt. Aber mit guten Absichten bekommt man keinen Job und sie ernähren auch keine Familie. Was ist nun besser?

– Matt Zwolinski, Ph.D.,
„Top 3 Ways Sweatshops Help the Poor Escape Poverty“,
Learn Liberty, Juni 2012.

Ist Preistreiberei unmoralisch? Sollte sie verboten werden?

Ein Wirbelsturm trifft deine Stadt und der Strom ist ausgefallen. Dein Kind leidet unter Diabetes und du brauchst Strom, um sein Insulin zu kühlen. Du bist verzweifelt, aber vielleicht hast du Glück. Ich habe einen Stromgenerator, den ich dir gerne verkaufe und du hast die 800 Dollar, die Generatoren wie meiner normalerweise kosten. Das Problem ist nur, dass ich ihn dir nicht für 800 Dollar verkaufen will – ich möchte 1.300 Dollar dafür. Wie sich nun herausstellt, wäre mein Angebot in den meisten US-Bundesstaaten illegal. In etwa 34 Staaten gibt es Gesetze, die Wucherpreise verbieten. Als Wucherpreise werden in der Regel Preise für bestimmte Arten von Waren definiert, die auf ein unangemessenes oder übermäßig hohes Niveau während einer Notlage angehoben werden. Man würde mich also bestrafen, wenn ich dir ein solches Angebot machen würde.

Aber auch wenn die Rechtslage klar ist, ist die moralische Bewertung des Wucherpreises nicht eindeutig. Sind hohe Preise immer unmoralisch? Und sollten sie, egal ob sie es sind oder nicht, illegal sein?

Betrachten wir zunächst die Frage der Moral. Ist es moralisch falsch, 1.300 Dollar für den Generator zu verlangen? Natürlich würdest du ihn lieber von mir für 800 Dollar kaufen, aber es gibt drei Gründe, warum es nicht falsch ist, einen höheren Preis zu verlangen.

Erstens: Du musst den Generator nicht für 1.300 Dollar von mir kaufen. Wenn das mehr ist, als der Generator deiner Meinung nach wert ist, kannst du es einfach seinlassen und weitergehen. Wenn du dich dazu entscheidest, den Preis zu bezahlen, dann nur, weil du glaubst, dass der Generator mehr wert ist als die 1.300 Dollar, die du dafür hingelegt hast. Mit anderen Worten: Du bekommst durch das Geschäft heraus, als du hineingegeben hast.

Zweitens: Frage dich selbst, was passieren würde, wenn ich nur 800 Dollar für den Generator verlangen würde. Denke daran, dass du nicht die einzige Person bist, die in dieser Situation Strom braucht. Wenn der Preis niedriger gewesen wäre, wäre der Generator dann noch da gewesen, als du ihn kaufen wolltest, oder hätte ihn jemand anderes weggeschnappt, bevor du überhaupt die Chance dazu hattest, ihn zu bekommen?

Dies führt direkt zum dritten Punkt, nämlich dass hohe Preise mehr bewirken als nur die Taschen der Verkäufer zu füllen. Sie beeinflussen auch das Verhalten von Käufern und Verkäufern. Bei den Käufern verringern hohe Preise die Nachfrage und regen zum Sparen an. Sie veranlassen die Käufer, sich zu fragen, ob sie den Generator oder das Hotelzimmer wirklich brauchen oder ob sie darauf verzichten können. Auf diese Weise können zumindest einige dieser Ressourcen für andere Menschen erhalten

werden, die sie vielleicht dringender benötigen und deshalb bereit sind, mehr zu zahlen. Und für die Verkäufer sind hohe Preise ein Anreiz, mehr Waren dorthin zu bringen, wo sie gebraucht werden. Wenn in einem Gebiet, das nicht vom Hurrikan betroffen ist, Generatoren für 800 Dollar gekauft und später für 1.300 Dollar weiterverkauft werden können, entsteht ein Gewinnanreiz für die Menschen, die Generatoren von einem Ort, an dem sie weniger gebraucht werden, dorthin zu bringen, wo sie mehr gebraucht werden, damit sie den Menschen, die sie am dringendsten brauchen, mehr helfen können.

All dies führt zu einer überraschenden Schlussfolgerung: Selbst jemand, der es sich nicht leisten kann, 1.300 Dollar für einen Generator zu bezahlen, profitiert von einem System, in dem die Verkäufer diesen Preis verlangen dürfen. Denn das Gewinnmotiv, das das Schuldgeldsystem schafft, fördert den Wettbewerb, der das Angebot erhöht und letztlich die Preise auf ein für alle erschwingliches Niveau drückt. Nun stimmt es zwar, dass sich einige Menschen die höheren Preise nicht leisten können, wenn der Wucherpreis legal ist. Aber frage dich selbst, welche alternativen Institutionen besser abschneiden würden? Wenn Wucherpreise verboten sind, gehen die Waren in der Regel an denjenigen, der zuerst kommt. Wenn dir die Verteilungsgerechtigkeit am Herzen liegt, ist das dann wirklich ein besseres System?

Ich denke, es gibt gute Gründe, daran zu zweifeln, dass hohe Preise unmoralisch sind. Aber angenommen, du bist noch nicht überzeugt. Nehmen wir an, du hältst hohe Preise für ausbeuterisch und falsch. Sollten sie verboten sein? Selbst wenn wir davon ausgehen, dass es unmoralisch ist, hohe Preise zu verlangen, lautet die Antwort mit ziemlicher Sicherheit, dass es nicht verboten sein sollte. Wenn hohe Preise falsch sind, dann deshalb, weil sie Menschen in prekären Situationen schaden. Aber das Letzte, was man tun möchte, ist, diesen schwachen Menschen in ihren prekären Situationen noch stärker zu schaden. Bedenke, dass hohe Preise nur deshalb zustande kommen, weil eine Katastrophe die Nachfrage nach bestimmten Gütern in die Höhe treibt oder das Angebot verringert, so dass nicht mehr genügend Waren zur Verfügung stehen.

Gesetze gegen hohe Preise tragen nichts dazu bei, diesen Mangel zu beheben. Sie verschlimmern ihn sogar noch, indem sie die Anreize für eine sparsame Verwendung und ein größeres Angebot zunichtemachen. Selbst wenn du also der Meinung bist, dass überhöhte Preise moralisch falsch sind und dass Händler sich weigern sollten, bei der Preistreiberei mitzuma-

chen, ist es nicht sinnvoll, hohe Preise zu verbieten. Weil das genau den Menschen schadet, die unsere Hilfe am meisten brauchen.

– Matt Zwolinski, Ph.D.
 „Ist Preisabzocke unmoralisch? Should It Be Illegal?“
 Learn Liberty, April 2012.

Frage: Wenn die Wirtschaft nicht reguliert wird, zerstört sie dann nicht die Umwelt?

Antwort: Unser größter Umweltverschmutzer ist die Regierung (d. h. das US-Militär), nicht die amerikanischen Unternehmen. Die Regierung mit dem Schutz der Umwelt zu betrauen ist so, als würde man den Fuchs bitten, den Hühnerstall zu bewachen. Die am stärksten verschmutzten Länder der Welt sind diejenigen, in denen die Regierung die totale Kontrolle über die Umwelt hatte, wie z. B. Osteuropa vor dem Fall der Berliner Mauer. Die Regierung ist für unsere Umwelt ebenso gefährlich wie für den Wohlstand unserer Nation – sie ist der sprichwörtliche Wolf im Schafspelz. Wenn dein Nachbar Müll auf deinem Rasen ablädt, sollte er oder sie ihn beseitigen und dir den Schaden ersetzen. Wenn ein Unternehmen oder eine Behörde einen Schaden verursacht, sollte sie ihn wiedergutmachen. Heutzutage kommt es selten zur Wiedergutmachung. Die Unternehmen zahlen Bußgelder an die Regierung, nicht an das Opfer; staatliche Umweltverschmutzer berufen sich einfach auf ihre Immunität und ziehen sich zurück. Die Regulierung funktioniert nicht. Wir müssen sie durch Entschädigung ersetzen.

– Mary J. Ruwart, Ph.D.,
 Short Answers to the Tough Questions
 (2012, SunStar Press), S. 48.

Was ist Zonierung? Zonierung ist ein staatliches Programm, das aus verbindlichen Regeln, Vorschriften und Gesetzen besteht, die den Bau von Wohnungen für Haushalte mit geringem Einkommen in einer Gemeinde verhindern oder erschweren. Offensichtlich kommt es Sanders nicht in den Sinn, dass Bauherren in Seattle keine preisgünstigen Wohnungen für die Armen bauen können, wenn die Bebauungsvorschriften dies verbieten.

Die Situation wird dadurch noch verschärft, dass die Armen durch den staatlich vorgeschriebenen Mindestlohn vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen werden. Nehmen wir an, ein Obdachloser ist bereit, für 5 Dollar pro Stunde zu arbeiten und ein Arbeitgeber ist bereit, ihn zu diesem Preis einzustellen. Du kannst das Geschäft nicht abschließen, weil das Gesetz es dir ver-

bietet, diese einvernehmliche Transaktion zu tätigen ... Das Mindestlohngesetz ist der Grund dafür, dass es unter schwarzen Jugendlichen seit Jahren eine chronische Dauerarbeitslosigkeit von 30 bis 40 Prozent gibt.

Ich bin in Laredo, Texas, aufgewachsen, das vom Amt für Statistik in den 1950er Jahren als die ärmste Stadt der Vereinigten Staaten bezeichnet wurde. In Laredo gab es keine Zoneneinteilung. Wir hatten einen Freund der Familie, der Bauunternehmer war. Sein Spezialgebiet? Der Bau von Sozialwohnungen für die Armen. Er erklärte mir einmal, dass er nach Mexiko reiste (Laredo liegt an der Grenze) und dort billige Baumaterialien kaufte, die es ihm ermöglichten, preiswerte Wohnungen für arme Menschen zu bauen. Seine Häuser waren immer super sauber, super schön, super gepflegt und super ausverkauft.

Hat mein Freund dies aus Altruismus und Liebe zu den Armen getan? Ganz im Gegenteil. Er hat es getan, um Geld zu verdienen. Er war das klassische Beispiel für das, was die Linken einen nichtsnutzigen, kapitalistischen, profitgierigen, bürgerlichen Schweinehund nennen. Und mein Freund war ein reicher Mann, weil die armen Leute seine Wohnungen liebten.

– Jacob Hornberger,
 „The Cure for Homelessness“
 (2018, The Future of Freedom Foundation).

Es gibt keinen Grund, einer Regierung zu vertrauen, denn man kann davon ausgehen, dass die Verantwortlichen immer wieder diejenigen bevorzugen, die Macht und Einfluss haben und diejenigen, die nichts davon haben, ignorieren ... Es ist wichtig zu vermeiden, idealisierte staatliche Praktiken mit imaginären Worst-Case-Szenarien bei Abwesenheit einer vergleichen ... Sowohl der Wohlstand als auch die gegenseitige Hilfe sind ohne staatliche Programme zur Armutsbekämpfung einfacher zu erreichen und den armen Menschen ist eher geholfen, gerade weil diese Programme hohe Verwaltungskosten verursachen. (Vielen Dank an Tom Woods für diesen Hinweis.) Projekte, die von den Menschen ohne Regierung freiwillig unterstützt werden, würden keine so hohen Kosten verursachen. Da die Geber zwischen mehreren Projekten auswählen könnten, würde ein ständiger Druck entstehen, die Verwaltungskosten zu senken ... Regierungen erhöhen die Kosten des Armseins. Bauvorschriften und Zoneneinteilungen verteuern den Wohnraum und erschweren es den Menschen, eine preiswerte Wohnung zu finden. Manche Menschen sind gezwungen, ohne festen Wohnsitz zu leben, während andere einen viel grö-

ßeren Teil ihres Einkommens für die Wohnung ausgeben müssen, als sie es sonst tun würden. Auch Lebensmittel sind aufgrund von Agrarzöllen und Einfuhrquoten teurer geworden. Gäbe es keine staatlichen Maßnahmen, die die Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse unnötig verteuern, hätten arme Menschen mehr verfügbares Einkommen und wären wirtschaftlich besser abgesichert.

– Gary Chartier, Ph.D.
 „Government Is No Friend of the Poor“
 (2012, Stiftung für ökonomische Bildung).

In den 20 Jahren, bevor der Krieg gegen die Armut begann, war der Anteil der in Armut lebenden Menschen von 32,1 auf 14,7 Prozent gesunken. Seit 1966, dem ersten Jahr, in dem die Ausgaben für die Armutsbekämpfung deutlich erhöht wurden, ist die vom Amt für Statistik gemeldete Armutsquote praktisch unverändert geblieben.

– Phil Gramm und John F. Early,
 „Government Can't Rescue the Poor“,
The Wall Street Journal, Okt. 2018.

... Warum bekommen nicht alle Arbeitnehmer den Mindestlohn? ... Die offensichtliche Antwort ist, dass der Wettbewerb dieses absurde Ergebnis verhindern würde.

– Robert P. Murphy, Ph.D.,
The Politically Incorrect Guide to Capitalism
 (2007, Regnery Publishing), S. 24.

Mindestlohngesetze verringern die Wahrscheinlichkeit, dass Menschen mit geringen Fähigkeiten und wenig Erfahrung einen Fuß in die Tür des Arbeitsmarktes bekommen, um Arbeitserfahrung zu sammeln. Der Staat hat kein Problem damit, wenn Studenten an Universitäten Tausende von Stunden im Jahr für 0,00 Dollar Arbeit in Seminararbeiten, Hausaufgaben und Studium stecken.

Viele sehen dies, wenn es um Gesundheitsfürsorge, Lebensmittel, Wohnraum und Bücher geht – je höher die Kosten für diese Dinge sind, desto schwieriger ist es für Menschen mit geringerem Einkommen, Zugang zu diesen Waren und Dienstleistungen zu erhalten. Höhere Löhne führen zu weniger Arbeitgebern, weniger Wahlmöglichkeiten für Arbeitnehmer, weniger Unternehmen, weniger Auswahl für die Verbraucher und höheren Preisen als sonst. Oft sind es die Leute, die mir keine Karriere, keine Produkte und keine Dienstleistungen anbieten können, die mir sagen, dass

ich von denen, die mir diese Dinge freiwillig anbieten, ausgebeutet werde.* Wenn ein Arbeitgeber, der mir 1,00 Dollar pro Stunde anbietet, schlecht ist, dann ist es noch schlimmer, wenn du mir 0,00 Dollar anbietest – ganz zu schweigen davon, dass ich keine Erfahrungen am Arbeitsplatz sammeln kann.

*Anarchokommunisten erkennen die Freiheit der Menschen, freiwillig Verträge zu schließen, nicht an; daher versuchen sie, über andere zu herrschen und können logischerweise nicht als Anarchisten angesehen werden, obwohl sie die ersten „Anarchisten“ Kommunisten waren. Wenn die ersten Mathematiker erklärten, dass $2 + 2 = 32$ ist, würde das nicht tatsächlich dazu führen, dass $2 + 2 = 32$ ist.

– Patrick MacFarlane, J. D.

RECHT UND UNRECHT DES STAATLICHEN ZWANGS (AUSZÜGE)

Auberon Herbert

Auberon Herbert (1838-1906) war ein englischer radikaler Individualist, der von den Arbeiten Herbert Spencers beeinflusst wurde. Zusammen mit einer Gruppe anderer klassischer Liberaler des späten Viktorianischen Zeitalters war er in Organisationen wie der Personal Rights and Self-Help Association und der Liberty and Property Defense League aktiv. Er formulierte ein System des „gründlichen“ Individualismus, das er als „Voluntarismus“ bezeichnete.

Jeder Mann und jede Frau sollen frei sein, ihre Fähigkeiten und ihre Energien nach ihren eigenen Vorstellungen für das, was richtig und weise ist, in jede Richtung zu lenken, außer in eine: Sie dürfen ihre Fähigkeiten nicht zu dem Zweck gebrauchen, ihren Nächsten gewaltsam an der gleichen freien Nutzung seiner Fähigkeiten zu hindern. (S. 1).

Kein Mensch kann mit gefesselten Händen ein Handwerk erlernen, vor allem nicht das Handwerk, gut und weise zu leben. (S. 3).

... Selbst wenn du glaubst, du könntest die Menschen weise und gut machen, indem du ihnen die Freiheit des Handelns nimmst, hast du kein Recht, dies zu tun. Wer hat dir den Auftrag gegeben, zu entscheiden, was dein Bruder tun oder nicht tun soll? Wer hat dir die Verantwortung für sein Leben, seine Fähigkeiten und sein Glück übertragen, ebenso wie für dein eigenes? Vielleicht hältst du dich selbst für weiser und denkst, besser urteilen zu können als er; aber das taten auch all jene in alten Zeiten – Könige, Kaiser und Oberhäupter herrschender Kirchen –, die Macht besaßen und nie Skrupel hatten, ihre Mitmenschen mit Hilfe dieser Macht so zu formen und zurechtzustutzen, wie sie es selbst für richtig hielten (S. 5).

Wir sind dabei, Kaiser und Könige und herrschende Kirchen schnell loszuwerden, was die bloße äußere Form betrifft, aber die Seele dieser Männer und dieser Institutionen lebt und atmet weiter in uns (S. 6).

... Ich muss dir antworten, dass deine Mehrheit nicht mehr Rechte über den Körper oder den Geist eines Menschen hat als der von Bajonetten umgebene Kaiser oder die unfehlbare Kirche (S. 6).

Der eine wird die Masse der Menschen im Bereich der Religion regeln wollen, ein anderer in Bildungsangelegenheiten, ein anderer in Fragen der Philosophie, ein anderer in der Kunst, ein anderer im Handel, ein anderer im Bereich der Arbeit, ein anderer im Vertragswesen, ein anderer bei ihren Vergnügungen. Der eine will das Volk in einigen wenigen Dingen regeln und in vielen die Freiheit gewähren; der andere will in wenigen Dingen die Freiheit gewähren und vieles regeln. Es gibt keine Möglichkeit einer dauerhaften menschlichen Übereinkunft in dieser Angelegenheit, wo man einmal aufgehört hat, auf irgendeinem bestimmten Prinzip zu stehen, wo man einmal die Anwendung von Gewalt für bestimmte unbestimmte Bedürfnisse des Augenblicks gebilligt hat (S. 9).

Solange sie dies nicht getan haben, solange sie nicht irgendein Gesetz gefunden haben, nach dem sie den richtigen von dem falschen Gebrauch der Macht unterscheiden können, nach dem sie nicht nur sich selbst, sondern auch die anderen gerecht behandeln können, lassen sie die größte Angelegenheit, die den Menschen betrifft, einfach in der Schwebelage; sie sind wie Menschen, die sich ohne Karte und Kompass auf den Weg über die weite See machen und hoffen, dass der Blick des Wassers, das Gesicht des Himmels und die Richtung des Windes ihnen in jedem besonderen Augenblick sagen werden, welchen Kurs sie nehmen sollen (S. 10).

Kein Mensch handelt bewusst und mit klarer Selbstführung, kein Mensch besitzt ein festes Ziel und einen festen Zweck im Leben, bis er die Tatsachen seiner täglichen Existenz unter die Anordnung allgemeiner Prinzipien gebracht hat. Solange er dies nicht getan hat, werden die Tatsachen des Lebens ihn gebrauchen und beherrschen; er wird sie nicht gebrauchen und beherrschen (S. 11).

Aber abgesehen von diesem Einfluss auf den Charakter, den die Freiheit und die staatliche Regelung jeweils ausüben müssen, liegt die Antwort, die jeder Mensch auf die große Frage „Mit welchem Recht üben die Menschen Macht übereinander aus?“ in seiner Seele (S. 13).

Und nun wollen wir die Rechte des Einzelnen etwas näher betrachten. Ich behauptete, dass er von Rechts wegen Herr über sich selbst und seine eigenen Fähigkeiten und Energien ist. Wenn er es nicht ist, wer ist es dann?

Nehmen wir an, dass A keine Rechte über sich selbst hat, während B und C, die in der Mehrheit sind, Rechte über ihn haben. Aber wir müssen von einer Gleichheit in diesen Dingen ausgehen und wenn A keine Rechte über sich selbst hat, können auch B und C keine Rechte über sich selbst haben. In was für eine lächerliche Lage geraten wir dann! B und C, die keine Rechte über sich selbst haben, haben absolute Rechte über A; und wir müssten in dieser höchst verkehrten Welt annehmen, dass die Menschen umhergehen und nicht sich selbst besitzen, wie jeder einfältige Mensch natürlich annehmen würde, sondern irgendeinen anderen ihrer Mitmenschen besitzen; und dann vielleicht ihrerseits von einem anderen besessen werden. Betrachte die Sache von einem anderen Gesichtspunkt aus. Du sagst mir, eine Mehrheit habe das Recht, für ihre Mitmenschen zu entscheiden, was sie wollen. Welche Mehrheit? 21 zu 20? 20 zu 5? 20 zu 1? Aber warum überhaupt eine Mehrheit? Was ist an der Zahl, das irgendeine Meinung oder Entscheidung besser oder gültiger machen kann, oder das den Körper und den Geist eines Menschen in die Obhut eines anderen Menschen überführen kann? Fünf Menschen befinden sich in einem Raum. Weil drei Menschen eine Meinung vertreten und zwei eine andere, haben die drei Menschen irgendein moralisches Recht, ihre Meinung den anderen beiden aufzuzwingen? Welche magische Macht kommt über die drei Menschen, dass sie, weil sie einer mehr sind als die zwei anderen, deshalb plötzlich Besitzer des Geistes und des Körpers dieser anderen werden? Solange sie zu zweit waren, blieb wohl jeder Herr seines eigenen Geistes und Körpers; aber von dem Augenblick an, wo ein anderer Mensch, weiß der Himmel, aus welchen Motiven heraus, sich der einen oder der anderen Partei angeschlossen hat, ist diese Partei ohne weiteres von den Seelen und Körpern der anderen Partei besessen geworden. Hat es jemals einen solch entwürdigenden und unhaltbaren Aberglauben gegeben? (S. 14-15)

Wenn die Tatsache, in der Mehrheit zu sein, wenn die Tatsache der größeren Zahl diese außerordentliche Tugend mit sich bringt, besitzt dann eine größere Nation das Recht, durch eine Abstimmung über das Schicksal einer kleineren Nation zu entscheiden? (S. 16)

Du leugnest die Rechte des Einzelnen, über sich selbst zu bestimmen und sich selbst zu führen. Aber du erkennst diese Rechte plötzlich an und übertreibst sie, sobald du den Einzelnen in die Masse geworfen hast, die du die Mehrheit nennst (S. 16).

Ich glaube nicht, dass es möglich ist, eine perfekte moralische Grundlage für die Autorität irgendeiner Regierung zu finden, sei es die Regierung eines Kaisers oder einer Republik (S. 19).

... Ich sehe, dass die Ausübung dieser Energien und Fähigkeiten von der Einhaltung des universellen Gesetzes abhängt, dass kein Mensch einen anderen Menschen mit Gewalt in der Ausübung seiner Fähigkeiten einschränken darf (S. 19).

So wie der Einzelne ein Recht auf Selbsterhaltung hat, und zwar gegenüber dem besonderen Menschen, der ihm Unrecht tut, so hat eine Regierung – die das Individuum in der Masse ist – genau die gleichen Rechte, weder größer noch kleiner, gegenüber der ganzen besonderen Klasse derer, die Gewalt anwenden (S. 20).

Wenn wir vorschlagen, Gewalt gegen den Kapitalisten anzuwenden, weil er seine Arbeiter zwingt, bestimmte Bedingungen zu akzeptieren, verwechseln wir die beiden Bedeutungen, die dem Wort Gewalt zukommen. Wir verwechseln direkte und indirekte Gewalt. Direkter Zwang, von wem auch immer ausgeübt, ist nur ein Überbleibsel jenes barbarischen Zustandes, als Kaiser und herrschende Kirchen die Menschen nach ihren eigenen Vorstellungen benutzten. Indirekter Zwang ist ein Zustand des Lebens, dem wir immer unterworfen waren und immer unterworfen sein werden; er ist untrennbar mit unserer gemeinsamen Existenz in der Welt verbunden. Der reichste und mächtigste Mensch lebt unter indirektem Zwang ebenso wie der ärmste und schwächste ... Unheil, das entsteht, wenn man das Vorhandensein von indirektem Zwang zu einem Grund für die Anwendung von direktem Zwang macht (S. 22-23).

Genauso hält derjenige, der mit direkter Gewalt die indirekte Gewalt bekämpft, nur eine Verletzung zurück, indem er anderen eine andere, schwerwiegendere zufügt. Er stellt sowohl die Gutgesinnten als auch die Ungerechtesinnten auf die Seite der Unterdrückung und verzögert dadurch die Entwicklung jener moralischer Prinzipien auf unbestimmte Zeit, die die Handlungen der Guten und der Bösen ausgleicht, die wir allein die Lösung für jenes Temperament sein kann, das die Menschen dazu bringt, die in ihren Händen ruhende indirekte Macht hart zu gebrauchen (S. 24).

Das Privateigentum und der freie Handel stehen auf genau derselben Grundlage, beide sind wesentliche und nicht voneinander trennbare Teile der Freiheit, beide hängen von Rechten ab, die keine Körperschaft von Menschen, ob sie nun Regierungen oder sonst wie genannt werden, dem Einzelnen rechtmäßig nehmen kann (S. 30).

Wenn ich einem Menschen die Hände fessele und ihm seinen Geldbeutel wegnehme, so fessele ich ganz offensichtlich sowohl seinen Willen als auch seine Handlungen. Wenn ich einem Menschen ein Brot verkaufe, das

angeblich nur aus Weizen, in Wirklichkeit aber zum Teil aus Kartoffeln besteht, fessele ich seinen Willen, so dass seine Handlungen gefesselt sind. Mein Betrug ist verdeckte Gewalt (S. 33).

Das Eigentum eines Menschen ist das Ergebnis der Ausübung seiner Fähigkeiten; es ist ein untrennbarer Teil von ihm selbst und seinen Fähigkeiten. Deshalb wird, wann immer sein Eigentum verletzt wird, in seine Fähigkeiten eingegriffen und sein Wille über sich selbst, seine Fähigkeiten, seine Handlungen und sein Eigentum unterdrückt (S. 34).

Es gibt gute Gründe, ihn zu ermahnen, zu überreden oder zu bitten, aber keine, ihn zu zwingen oder ihm ein Übel anzutun, wenn er anders handelt (S. 40).

Aber unsere großen einheitlichen Systeme, durch die der Staat dem Volke zu dienen vorgibt, schließen notwendigerweise Verschiedenheit und Vielfalt aus; und indem sie Verschiedenheit und Vielfalt ausschließen, schließen sie auch die Mittel zur Verbesserung aus. Ich sollte zeigen, wie unwahr der Schrei gegen den Wettbewerb ist. Ich müsste zeigen, dass der Wettbewerb den Menschen einen Nutzen gebracht hat, der zehnmal – ja hundertmal – größer ist als der Schaden, den er angerichtet hat; dass alle Vorteile und Annehmlichkeiten des zivilisierten Lebens aus dem Wettbewerb hervorgegangen sind; und dass die Hoffnungen der Zukunft untrennbar mit den noch besseren Gaben verbunden sind, die aus ihm und nur aus ihm hervorgehen werden. Selbst wenn dies nicht so wäre, selbst wenn der Wettbewerb nicht eine Macht wäre, die aktiv auf eurer Seite kämpft, müsste ich zeigen, dass eure Bemühungen, ihn zu besiegen oder zu umgehen, vergeblich wären. Ich müsste zeigen, dass jeder äußere Schutz, jeder Versuch, das Unterlegene mit Gewalt auf die gleiche Stufe zu stellen wie das Überlegene, ein bloßer Traum ist, geboren aus unserer Unkenntnis der Methoden der Natur (S. 63-64).

Es gibt nichts Gutes im Leben, vom Höchsten bis zum Niedrigsten, das den Menschen nicht zuteilwürde, wenn sie einmal die Klarheit des Verstandes erlangen, um die moralischen Grenzen zu erkennen, die sie der Anwendung von Gewalt setzen sollten, wenn sie den loyal standhaften Vorsatz gewinnen, ihre Energien nur innerhalb dieser Grenzen einzusetzen (S. 67).

In der Tat wirst du bei der Untersuchung dieser Angelegenheit feststellen, dass alle Vorstellungen von Recht und Unrecht letztlich von der Antwort abhängen, die du auf meine Frage gibst: „Haben zwanzig Männer – nur weil sie zwanzig sind – ein moralisches Recht, über den Verstand, den

Körper und den Besitz von zehn anderen Männern zu verfügen, nur weil sie zehn sind?“ (S. 69).

KRIEG, FRIEDEN UND DER STAAT

Murray N. Rothbard, Ph.D.

Egalitarianism as a Revolt Against Nature and Other Essays
1963

Murray Newton Rothbard (1926–1995) war ein Wirtschaftswissenschaftler, Intellektueller und Universalgelehrter, der bedeutende Beiträge in den Bereichen Wirtschaftswissenschaften, politische Philosophie (insbesondere Liberalismus), Wirtschaftsgeschichte und Rechtstheorie leistete. Er entwickelte und erweiterte die Österreichische Schule der Ökonomie auf der Grundlage der früheren Pionierarbeit von Ludwig von Mises, Ph.D.

Die libertäre Bewegung wurde von William F. Buckley, Jr. gescholten, weil sie es versäumt hat, ihre „strategische Intelligenz“ einzusetzen, um die großen Probleme unserer Zeit zu bewältigen. In der Tat neigen wir zu oft dazu, „unsere kleinen Seminare darüber abzuhalten, ob die Müllabfuhr entkommunalisiert werden soll oder nicht“ (wie Buckley verächtlich schrieb), während wir die libertäre Theorie ignorieren und nicht auf das wichtigste Problem unserer Zeit anwenden: Krieg und Frieden. In gewisser Weise sind Libertäre in ihrem Denken eher utopisch als strategisch, mit der Tendenz, das ideale System, das wir uns vorstellen, von den Realitäten der Welt, in der wir leben, zu trennen. Kurzum, zu viele von uns haben die Theorie von der Praxis abgekoppelt und sich damit begnügt, die reine libertäre Gesellschaft als abstraktes Ideal für eine weit entfernte Zukunft zu halten, während wir in der konkreten Welt von heute gedankenlos der orthodoxen „konservativen“ Linie folgen. Um die Freiheit zu leben, um den harten, aber notwendigen strategischen Kampf zu beginnen, um die unbefriedigende Welt von heute in Richtung unserer Ideale zu verändern, müssen wir erkennen und der Welt zeigen, dass die libertäre Theorie auf

alle entscheidenden Probleme der Welt angewendet werden kann. Indem wir uns mit diesen Problemen auseinandersetzen, können wir zeigen, dass der Libertarismus nicht nur ein schönes Ideal irgendwo auf Wolke Sieben ist, sondern ein hartnäckiges Bündel von Wahrheiten, das uns in die Lage versetzt, unseren Standpunkt zu vertreten und mit einer Vielzahl von Problemen unserer Zeit fertig zu werden.

Lasst uns also auf jeden Fall unsere strategische Intelligenz einsetzen. Auch wenn Buckley, wenn er das Ergebnis sieht, sich vielleicht wünscht, wir wären bei der Müllabfuhr geblieben. Lassen Sie uns eine libertäre Theorie von Krieg und Frieden aufstellen.

Das grundlegende Axiom der libertären Theorie ist, dass niemand Gewalt gegen die Person oder das Eigentum eines anderen androhen oder ausüben darf („Aggression ausüben“). Gewalt darf nur gegen denjenigen angewandt werden, der diese Gewalt ausübt, d. h. nur zur Verteidigung gegen die aggressive Gewalt eines anderen.¹

Kurz gesagt, es darf keine Gewalt gegen einen Nicht-Angreifer angewandt werden. Dies ist die grundlegende Regel, aus der sich der gesamte Korpus der libertären Theorie ableiten lässt.²

Lassen wir das komplexere Problem des Staates für eine Weile beiseite und betrachten wir einfach die Beziehungen zwischen „privaten“ Individuen. Jones stellt fest, dass er oder sein Eigentum von Smith angegriffen wird. Wie wir gesehen haben, ist es für Jones legitim, diesen Angriff durch eigene defensive Gewalt abzuwehren. Doch nun kommen wir zu einer kniffligeren Frage: Hat Jones das Recht, als Folge seiner legitimen Verteidigung gegen Smith Gewalt gegen unschuldige Dritte anzuwenden? Für den Libertären muss die Antwort eindeutig nein lauten. Man beachte, dass das Verbot von Gewalt gegen Personen oder Eigentum Unschuldiger absolut ist: Es gilt unabhängig von den subjektiven Motiven für die Aggression.

¹ Es gibt einige Libertäre, die sogar noch weiter gehen und sagen, dass niemand Gewalt anwenden sollte, selbst wenn er sich gegen Gewalt verteidigt. Aber selbst solche Tolstojaner oder „absolute Pazifisten“ würden dem Verteidiger das Recht zugestehen, Gewalt zur Verteidigung anzuwenden und ihn lediglich auffordern, dieses Recht nicht auszuüben. Sie widersprechen also nicht unserem Vorschlag. In gleicher Weise würde ein Befürworter der Mäßigung nicht das Recht eines Mannes, Alkohol zu trinken, infragestellen, sondern nur seine Weisheit, dieses Recht auszuüben.

² Wir werden hier nicht versuchen, dieses Axiom zu rechtfertigen. Die meisten Libertären und sogar Konservativen sind mit der Regel vertraut und verteidigen sie sogar; das Problem liegt nicht so sehr darin, zu der Regel zu gelangen, sondern darin, ihre zahlreichen und oft verblüffenden Implikationen furchtlos und konsequent zu verfolgen.

Es ist falsch und kriminell, das Eigentum oder den Körper eines anderen zu verletzen, auch wenn man ein Robin Hood ist oder hungert oder es tut, um seine Verwandten zu retten, oder sich gegen den Angriff eines Dritten verteidigt. In vielen dieser Fälle und Extremsituationen können wir die Beweggründe verstehen und nachempfinden. Wir können später die Schuld abmildern, wenn der Verbrecher vor Gericht kommt, um bestraft zu werden, aber wir können uns der Feststellung nicht entziehen, dass diese Aggression immer noch eine kriminelle Handlung ist, die dem Opfer jedes Recht hat, sich zu wehren, wenn nötig mit Gewalt. Vereinfacht ausgedrückt: A greift B an, weil C A bedroht oder angreift. Wir mögen die „höhere“ Schuld von C in diesem ganzen Verfahren verstehen, aber wir müssen diese Aggression immer noch als eine kriminelle Handlung bezeichnen, die B das Recht gibt, die Aggression mit Gewalt abzuwehren.

Konkret: Wenn Jones feststellt, dass sein Eigentum von Smith gestohlen wird, hat er das Recht, gegen ihn vorzugehen und zu versuchen, ihn festzunehmen; aber er hat nicht das Recht, ihn abzuwehren, indem er ein Gebäude bombardiert und unschuldige Menschen ermordet, oder ihn zu stellen, indem mit dem Maschinengewehr in eine Menge unschuldiger Menschen schießt. Wenn er dies tut, ist er der gleiche (oder ein noch schlimmerer) krimineller Aggressor wie Smith.

Die Schlussfolgerungen für Krieg und Frieden werden bereits deutlich. Denn während Krieg im engeren Sinne ein Konflikt zwischen Staaten ist, können wir ihn im weiteren Sinne als den Ausbruch offener Gewalt zwischen Menschen oder Gruppen von Menschen definieren. Wenn Smith und eine Gruppe seiner Gefolgsleute Jones angreifen und Jones und seine Leibwächter die Smith-Bande bis zu ihrem Versteck verfolgen, können wir Jones bei seinem Vorhaben Glück wünschen; und wir und andere in der Gesellschaft, die an der Abwehr von Aggressionen interessiert sind, können Jones finanziell oder persönlich unterstützen. Aber Jones hat ebenso wenig wie Smith das Recht, im Verlauf seines „gerechten Krieges“ andere Menschen anzugreifen, also das Eigentum anderer zu stehlen, um die Verfolgung zu finanzieren, andere durch Gewaltanwendung in sein Aufgebot zu zwingen oder andere im Verlauf seines Kampfes um die Gefangennahme der Smith-Truppen zu töten. Sollte Jones eines dieser Dinge tun, wird er genauso kriminell wie Smith und auch er unterliegt der Bestrafung, die wegen krimineller Handlungen verhängt werden. Wenn Smiths Verbrechen ein Diebstahl war und Jones die Wehrpflicht anwendet, um ihn dingfest zu machen, oder andere bei der Verfolgung tötet, wird Jones sogar noch krimineller als Smith, denn Verbrechen gegen eine andere Person wie

Versklavung und Mord sind sicherlich viel schlimmer als Diebstahl. (Denn während Diebstahl die Entfaltung der Persönlichkeit eines anderen verletzt, wird durch Versklavung die Persönlichkeit selbst verletzt und durch Mord ausgelöscht.)

Nehmen wir an, Jones würde im Verlauf seines „gerechten Krieges“ gegen die Verwüstungen von Smith einige unschuldige Menschen töten und nehmen wir an, er würde zur Verteidigung dieser Morde erklären, dass er einfach nach dem Motto handelte: „Gebt mir die Freiheit oder gebt mir den Tod“. Die Absurdität dieser „Verteidigung“ sollte sofort offensichtlich sein, denn es geht nicht darum, ob Jones bereit war, in seinem Verteidigungskampf gegen Smith persönlich den Tod zu riskieren; es geht darum, ob er bereit war, andere Menschen zu töten, um sein legitimes Ziel zu erreichen. Denn Jones handelte in Wahrheit nach der völlig unhaltbaren Parole: „Gebt mir die Freiheit oder gebt ihnen den Tod“ – sicherlich ein weit weniger ehrenhafter Schlachtruf.³

Die Grundhaltung des Libertären zum Krieg muss dann lauten: Es ist legitim, zur Verteidigung der eigenen Rechte auf Person und Eigentum Gewalt gegen Verbrecher anzuwenden; es ist aber völlig unzulässig, die Rechte anderer Unschuldiger zu verletzen. Krieg ist also nur dann richtig, wenn sich die Gewaltanwendung strikt auf die einzelnen Verbrecher beschränkt. Wir können selbst beurteilen, wie viele Kriege oder Konflikte in der Geschichte dieses Kriterium erfüllt haben.

Es wird oft behauptet, vor allem von konservativer Seite, dass die Entwicklung der schrecklichen modernen Massenmordwaffen (Atomwaffen, Raketen, Biowaffen usw.) nur ein gradueller Unterschied zu den einfacheren Waffen früherer Zeiten sei. Eine Antwort darauf ist natürlich, dass der Unterschied sehr groß ist, wenn es um die Zahl der Menschenleben geht.⁴

³ Oder, um einen anderen berühmten antipazifistischen Slogan aufzugreifen, die Frage ist nicht, ob „wir bereit wären, Gewalt anzuwenden, um die Vergewaltigung unserer Schwester zu verhindern“, sondern ob wir, um diese Vergewaltigung zu verhindern, bereit sind, unschuldige Menschen und vielleicht sogar die Schwester selbst zu töten.

⁴ William Buckley und andere Konservative haben die merkwürdige moralische Doktrin vertreten, dass es nicht schlimmer ist, Millionen zu töten als einen einzigen Menschen. Der Mann, der beides tut, ist mit Sicherheit ein Mörder; aber es macht sicherlich einen großen Unterschied, wie viele Menschen er tötet. Wir können dies erkennen, wenn wir das Problem folgendermaßen formulieren: Wenn ein Mensch bereits einen Menschen getötet hat, macht es dann *irgendeinen Unterschied*, ob er jetzt mit dem Töten aufhört oder weiter ausrastet und viele Dutzend weitere Menschen tötet? Offensichtlich schon.

Aber eine andere Antwort, die der Libertäre besonders gut geben kann, ist, dass Pfeil und Bogen und sogar das Gewehr, wenn der Wille vorhanden ist, gegen tatsächliche Verbrecher eingesetzt werden können, moderne Atomwaffen aber nicht. Hier liegt ein entscheidender Unterschied in den Eigenschaften der Waffen. Natürlich können Pfeil und Bogen zu aggressiven Zwecken eingesetzt werden, aber man kann sie auch gezielt nur gegen Aggressoren einsetzen. Bei Atomwaffen, selbst bei „konventionellen“ Fliegerbomben, ist das nicht möglich. Diese Waffen sind *ipso facto* Maschinen der wahllosen Massenvernichtung. (Die einzige Ausnahme wäre der äußerst seltene Fall, dass eine Masse von Menschen, die alle Verbrecher sind, ein großes geografisches Gebiet bewohnt). Wir müssen daher zu dem Schluss kommen, dass der Einsatz von Atomwaffen oder ähnlichen Waffen oder die Drohung damit eine Sünde und ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist, für das es keine Rechtfertigung gibt.

Deshalb gilt auch nicht mehr das alte Klischee, dass nicht die Waffen, sondern der Wille, sie einzusetzen, für die Beurteilung von Krieg und Frieden von Bedeutung ist. Denn es ist gerade das Merkmal der modernen Waffen, dass sie nicht selektiv und nicht freiheitlich eingesetzt werden können. Deshalb ist ihre Existenz zu verurteilen und die nukleare Abrüstung wird zu einem hinsichtlich Krieg, Frieden und Staat erstrebenswerten Ziel, das um seiner selbst willen verfolgt werden muss. Und wenn wir tatsächlich unsere strategische Intelligenz einsetzen, werden wir sehen, dass eine solche Abrüstung nicht nur ein erstrebenswertes Ziel ist, sondern das höchste politische Ziel, das wir in der modernen Welt verfolgen können. Denn so wie Mord ein abscheulicheres Verbrechen gegen einen anderen Menschen ist als Diebstahl, so ist Massenmord – also ein Mord, solchen Ausmaßes, dass er die menschliche Zivilisation und das menschliche Überleben selbst bedroht – das schlimmste Verbrechen, das ein Mensch überhaupt begehen kann. Und dieses Verbrechen steht nun unmittelbar bevor. Die Verhinderung einer massenhaften Vernichtung ist in Wahrheit viel wichtiger als die Entkommunalisierung der Müllabfuhr, so lohnenswert diese auch sein mag. Oder werden Libertäre sich über Preiskontrollen oder die Einkommenssteuer richtig entrüsten, das ultimative Verbrechen des Massenmords aber achselzuckend hinnehmen oder gar befürworten?

Wenn ein Atomkrieg schon für Einzelpersonen, die sich gegen einen kriminellen Angriff verteidigen, völlig illegitim ist, wie viel mehr gilt das für einen nuklearen oder auch „konventionellen“ Krieg zwischen Staaten!

Es ist nun an der Zeit, den Staat in unsere Diskussion einzubeziehen. Der Staat ist eine Gruppe von Menschen, die es geschafft hat, ein Quasi-

Monopol für die Anwendung von Gewalt in einem bestimmten Gebiet zu erwerben. Insbesondere hat er ein Monopol auf aggressive Gewalt, denn Gewalt zur Selbstverteidigung erkennen die Staaten im Allgemeinen an (natürlich nicht gegen Staaten).⁵ Der Staat nutzt dann dieses Monopol, um Macht über die Bewohner des Gebiets auszuüben und die materiellen Erträge dieser Macht für sich zu behalten. Der Staat ist also die einzige Organisation in der Gesellschaft, die sich ihre monetären Einkünfte regelmäßig und offen durch den Einsatz aggressiver Gewalt verschafft; alle anderen Individuen und Organisationen (es sei denn, der Staat überlässt ihnen dieses Recht) können ihren Reichtum nur durch friedliche Produktion und den freiwilligen Austausch ihrer jeweiligen Produkte erwerben. Diese Gewaltanwendung zur Erzielung von Einnahmen (genannt „Besteuerung“) ist der Grundpfeiler der staatlichen Macht. Auf dieser Grundlage errichtet der Staat eine weitere Machtstruktur über die Individuen auf seinem Territorium, indem er sie reglementiert, Kritiker bestraft, Günstlinge subventioniert usw. Der Staat achtet auch darauf, sich das Zwangsmonopol für verschiedene kritische Dienstleistungen, die von der Gesellschaft benötigt werden, anzueignen, um so die Menschen in Abhängigkeit vom Staat für wichtige Dienstleistungen zu halten, die Kontrolle über die lebenswichtigen Kommandoposten in der Gesellschaft zu behalten und auch in der Öffentlichkeit den Mythos zu fördern, dass nur der Staat diese Güter und Dienstleistungen liefern kann. So achtet der Staat darauf, das Polizei- und Justizwesen, das Eigentum an Straßen und Wegen, die Geldversorgung und den Postdienst zu monopolisieren und das Bildungswesen, die öffentlichen Versorgungsbetriebe, das Verkehrswesen sowie Rundfunk und Fernsehen zu monopolisieren oder zu kontrollieren.

Da sich der Staat das Gewaltmonopol über ein Gebiet anmaßt, solange seinen Plünderungen und Erpressungen kein Widerstand entgegengesetzt wird, herrscht in diesem Gebiet angeblich „Frieden“. Die Gewalt geht nur in eine Richtung, nämlich vom Staat nach unten gegen die Bevölkerung. Ein offener Konflikt innerhalb des Gebiets bricht nur im Falle von „Revolutionen“ aus, in denen sich die Menschen gegen die Anwendung der Staatsgewalt wehren. Sowohl der ruhige Fall des Staates ohne Widerstand

⁵ Professor Robert L. Cunningham hat den Staat als die Institution definiert, die „das Monopol hat, offenen physischen Zwang auszuüben“. Oder, wie Albert Jay Nock es ähnlich, wenn auch schärfer, formulierte: „Der Staat beansprucht das Verbrechenmonopol und übt es aus ... Er verbietet privaten Mord, organisiert aber selbst Mord in kolossalem Ausmaß. Er bestraft privaten Diebstahl, steckt sich aber selbst skrupellos alles in die Tasche, was er will.“

als auch der Fall der offenen Revolution können als „vertikale Gewalt“ bezeichnet werden: Gewalt des Staates gegen seine Bevölkerung oder umgekehrt.

In der modernen Welt wird jedes geografisch abgegrenzte Gebiet von einer staatlichen Organisation beherrscht, aber es gibt eine Reihe von Staaten, die über die Erde verstreut sind und jeweils das Gewaltmonopol in ihren Territorien haben. Es gibt keinen Superstaat mit einem Gewaltmonopol über die ganze Welt und so herrscht zwischen den einzelnen Staaten ein Zustand der „Anarchie“. (Es hat diesen Autor übrigens immer gewundert, dass dieselben Konservativen, die jeden Vorschlag zur Abschaffung des Gewaltmonopols über ein bestimmtes Territorium und damit dessen Überlassung an *Privatpersonen* ohne einen Anführer als irrsinnig verurteilen, gleichzeitig darauf bestehen, dass *Staaten* ohne einen Anführer Streitigkeiten zwischen ihnen beilegen sollen. Ersteres wird immer als „verrückter Anarchismus“ abgetan; letzteres wird als Bewahrung der Unabhängigkeit und „nationalen Souveränität“ gegenüber einer „Weltregierung“ gepriesen). Mit Ausnahme von Revolutionen, die nur sporadisch vorkommen, findet die offene Gewalt und der zweiseitige Konflikt in der Welt zwischen zwei oder mehr Staaten statt, d. h. in dem, was man „internationalen Krieg“ (oder „horizontale Gewalt“) nennt.

Nun gibt es entscheidende und wesentliche Unterschiede zwischen zwischenstaatlichen Kriegen einerseits und Revolutionen gegen den Staat oder Konflikten zwischen Privatpersonen andererseits. Ein wesentlicher Unterschied ist die Verlagerung des Schauplatzes. Bei einer Revolution findet der Konflikt in demselben geografischen Gebiet statt: Sowohl die Schergen des Staates als auch die Revolutionäre bewohnen dasselbe Territorium. Der zwischenstaatliche Krieg hingegen findet zwischen zwei Gruppen statt, die jeweils ein Monopol auf ihr eigenes geografisches Gebiet haben, d. h. er findet zwischen Bewohnern verschiedener Territorien statt. Aus diesem Unterschied ergeben sich mehrere wichtige Konsequenzen: (1) Im zwischenstaatlichen Krieg ist der Spielraum für den Einsatz moderner Vernichtungswaffen viel größer. Denn wenn die „Eskalation“ des Waffeneinsatzes in einem innerterritorialen Konflikt zu groß wird, wird sich jede Seite mit den gegen die andere gerichteten Waffen selbst in die Luft sprengen. Weder eine revolutionäre Gruppe noch ein Staat, der eine Revolution bekämpft, kann zum Beispiel Atomwaffen gegen die andere Seite einsetzen. Wenn die Kriegsparteien jedoch in unterschiedlichen Territorien leben, ist der Spielraum für moderne Waffen enorm und das gesamte Arsenal der Massenvernichtung kann zum Einsatz kommen. Eine zweite

Konsequenz (2) ist, dass es für Revolutionäre zwar möglich ist, ihre Ziele genau zu bestimmen und auf ihre Staatsfeinde zu beschränken und so zu vermeiden, dass sie unschuldige Menschen angreifen, aber in einem zwischenstaatlichen Krieg ist eine genaue Zielbestimmung weitaus schwieriger möglich.⁶ Dies gilt selbst für ältere Waffen und mit modernen Waffen kann es natürlich überhaupt keine Zielbestimmung geben. Da außerdem (3) jeder Staat alle Menschen und Ressourcen auf seinem Territorium mobilisieren kann, kommt der andere Staat dazu, alle Bürger des gegnerischen Landes zumindest vorübergehend als seine Feinde zu betrachten und sie entsprechend zu behandeln, indem er den Krieg auf sie ausweitet. Alle Folgen eines interterritorialen Krieges machen es also fast unvermeidlich, dass ein zwischenstaatlicher Krieg eine Aggression gegen die unschuldige Zivilbevölkerung – die Privatpersonen – der anderen Seite beinhaltet. Diese Unvermeidbarkeit wird mit modernen Massenvernichtungswaffen absolut.

Wenn ein besonderes Merkmal des zwischenstaatlichen Krieges die Interterritorialität ist, so ergibt sich ein weiteres einzigartiges Merkmal aus der Tatsache, dass jeder Staat von der Besteuerung seiner Untertanen lebt. Jeder Krieg gegen einen anderen Staat bedeutet daher die Erhöhung und Ausweitung der Steueraggression gegen die eigene Bevölkerung.⁷ Konflikte zwischen Privatpersonen können freiwillig geführt und von den betroffenen Parteien finanziert werden, was in der Regel auch geschieht. Revolutionen können durch freiwillige Beiträge der Öffentlichkeit finanziert und geführt werden, was auch häufig geschieht. Staatliche Kriege können jedoch nur durch Aggression gegen den Steuerzahler geführt werden.

Alle staatlichen Kriege beinhalten daher eine erhöhte Aggression gegen die eigenen Steuerzahler und fast alle staatlichen Kriege (alle mit moderner Kriegsführung) beinhalten ein Maximum an Aggression (Mord) gegen die

⁶ Ein bemerkenswertes Beispiel für das gezielte Vorgehen von Revolutionären war das der Irisch-Republikanischen Armee in ihren späteren Jahren. Sie sorgte dafür, dass nur britische Truppen und britisches Regierungseigentum angegriffen und keine unschuldigen irischen Zivilisten verletzt wurden. Bei einer Guerilla-Revolution, die nicht von der Mehrheit des Volkes unterstützt wird, ist es natürlich weitaus wahrscheinlicher, dass sich die Gewalt gegen Zivilisten richtet.

⁷ Wenn man einwendet, dass ein Krieg theoretisch allein dadurch finanziert werden *könnte*, dass ein Staat seine Nicht-Kriegsausgaben senkt, dann bleibt die Antwort, dass die Besteuerung höher bleibt, als sie ohne den Kriegseffekt sein *könnte*. Darüber hinaus wird in diesem Artikel festgestellt, dass Libertäre gegen Staatsausgaben sein sollten, *egal in welchem Bereich*, ob Krieg oder Nichtkrieg.

unschuldige Zivilbevölkerung, die vom feindlichen Staat regiert wird. Im Gegensatz dazu werden Revolutionen in der Regel freiwillig finanziert und können ihre Gewalt auf die staatlichen Machthaber beschränken. Die Gewalt privater Konflikte kann sich gegen die tatsächlichen Verbrecher richten. Der Libertäre muss daher zu dem Schluss kommen, dass zwar einige Revolutionen und einige private Konflikte legitim sein mögen, staatliche Kriege aber *immer* zu verurteilen sind.

Viele Libertäre widersprechen dem wie folgt: „Obwohl auch wir die Verwendung von Steuern für die Kriegsführung und das staatliche Monopol für den Verteidigungsdienst bedauern, müssen wir anerkennen, dass diese Bedingungen existieren und solange sie existieren, müssen wir den Staat in gerechten Verteidigungskriegen unterstützen.“ Die Antwort darauf würde wie folgt lauten: „Ja, wie du sagst, leider gibt es Staaten, von denen jeder das Gewaltmonopol über sein Territorium hat.“ Welche Haltung sollte der Libertäre dann gegenüber Konflikten zwischen diesen Staaten einnehmen? Er sollte dem Staat bzw. den Regierenden sagen: „Gut, ihr existiert, aber solange ihr existiert, beschränkt eure Aktivitäten wenigstens auf das Gebiet, das ihr monopolisiert.“ Der Libertäre ist also daran interessiert, den Bereich der staatlichen Aggression gegen alle Privatpersonen so weit wie möglich zu reduzieren. Die einzige Möglichkeit, dies in internationalen Angelegenheiten zu erreichen, besteht darin, dass die Menschen eines jeden Landes Druck auf ihren eigenen Staat ausüben, damit dieser seine Aktivitäten auf den Bereich beschränkt, den er monopolisiert und nicht gegen andere Staatsmonopolisten vorgeht. Kurzum, das Ziel des Libertären ist es, jeden bestehenden Staat auf ein möglichst geringes Maß an Invasion von Personen und Eigentum zu beschränken. Und das bedeutet die totale Vermeidung von Krieg. Die Menschen in jedem Staat sollten „ihre“ jeweiligen Staaten dazu drängen, sich nicht gegenseitig anzugreifen und im Falle eines Konflikts so schnell wie möglich einen Frieden auszuhandeln oder einen Waffenstillstand zu erklären.

Nehmen wir weiter an, dass es sich um einen ungewöhnlich eindeutigen Fall handelt, in dem der Staat tatsächlich versucht, das Eigentum eines seiner Bürger zu verteidigen. Ein Bürger des Landes A reist oder investiert in Land B und dann greift Staat B seine Person an oder beschlagnahmt sein Eigentum. Sicherlich, so würde unser libertärer Kritiker argumentieren, liegt hier ein klarer Fall vor, in dem der Staat A dem Staat B drohen oder Krieg führen sollte, um das Eigentum „seines“ Bürgers zu verteidigen. Da, so das Argument, der Staat das Monopol der Verteidigung seiner Bürger übernommen hat, ist er verpflichtet, im Namen eines jeden Bürgers in den

Krieg zu ziehen und Libertäre haben die Pflicht, diesen Krieg als einen gerechten Krieg zu unterstützen.

Aber auch hier geht es darum, dass jeder Staat das Gewaltmonopol und damit das Verteidigungsmonopol nur auf seinem Territorium hat. Er hat kein solches Monopol, ja, er hat überhaupt keine Macht über ein anderes geografisches Gebiet. Wenn also ein Einwohner des Landes A in das Land B zieht oder dort investiert, muss der Libertäre argumentieren, dass er damit sein Risiko mit dem Staatsmonopolisten des Landes B eingeht und dass es unmoralisch und kriminell wäre, wenn Staat A die Menschen in Land A besteuert und zahlreiche Unschuldige in Land B tötet, um das Eigentum des Reisenden oder Investors zu verteidigen.⁸

Es sollte auch darauf hingewiesen werden, dass es keine Verteidigung gegen Atomwaffen gibt (die einzige derzeitige „Verteidigung“ ist die Androhung der gegenseitigen Vernichtung) und dass der Staat daher keine Verteidigungsfunktion erfüllen *kann*, solange diese Waffen existieren.

Das libertäre Ziel sollte also darin bestehen, unabhängig von den spezifischen Ursachen eines Konflikts Druck auf die Staaten auszuüben, keine Kriege gegen andere Staaten zu führen und, falls ein Krieg ausbricht, Druck auf sie auszuüben, damit sie sich um Frieden bemühen und so schnell wie möglich einen Waffenstillstand und einen Friedensvertrag aushandeln. Dieses Ziel ist übrigens im Völkerrecht des 18. und 19. Jahrhunderts verankert: Zur „friedlichen Koexistenz“ der Staaten darf kein Staat das Territorium eines anderen Staates angreifen.⁹

Nehmen wir jedoch an, dass trotz libertären Widerstands der Krieg begonnen hat und die kriegführenden Staaten keinen Frieden aushandeln. Was sollte dann die libertäre Position sein? Ganz klar: den Umfang der Angriffe auf unschuldige Zivilisten so weit wie möglich zu reduzieren. Das

⁸ Es gibt noch eine weitere Überlegung, die sich eher auf die „inländische“ Verteidigung innerhalb des Territoriums eines Staates bezieht: Je weniger der Staat in der Lage ist, die Bewohner seines Gebietes erfolgreich gegen Angriffe von Kriminellen zu verteidigen, desto mehr können diese Bewohner die Ineffizienz staatlicher Maßnahmen erkennen und desto *mehr* werden sie sich nicht-staatlichen Verteidigungsmethoden zuwenden. Das Scheitern des Staates bei der Verteidigung hat daher einen erzieherischen Wert für die Öffentlichkeit.

⁹ Das in dieser Abhandlung erwähnte Völkerrecht ist das altmodische libertäre Recht, wie es sich in den vergangenen Jahrhunderten freiwillig herausgebildet hatte und hat nichts mit der modernen staatsrechtlichen Ausweitung der „kollektiven Sicherheit“ zu tun. Die kollektive Sicherheit erzwingt eine maximale Eskalation jedes lokalen Krieges in einen weltweiten Krieg – die genaue Umkehrung des libertären Ziels, den Umfang eines jeden Krieges so weit wie möglich zu *reduzieren*.

altmodische Völkerrecht hatte dafür zwei hervorragende Instrumente: die „Kriegsgesetze“ und die „Neutralitätsgesetze“ oder „Rechte der Neutralen“. Die Neutralitätsgesetze sollen dafür sorgen, dass ein Krieg, der ausbricht, auf die kriegführenden Staaten selbst beschränkt bleibt, ohne dass es zu Aggressionen gegen die Staaten oder insbesondere die Völker der anderen Nationen kommt. Daher die Bedeutung so alter und heute vergessener amerikanischer Grundsätze wie der „Freiheit der Meere“ oder der strengen Beschränkung der Rechte der kriegführenden Staaten, den neutralen Handel mit dem feindlichen Land zu blockieren. Der Libertäre versucht, die neutralen Staaten dazu zu bewegen, in jedem zwischenstaatlichen Konflikt neutral zu bleiben und die kriegführenden Staaten dazu zu bringen, die Rechte der neutralen Bürger in vollem Umfang zu beachten. Die „Kriegsgesetze“ wurden entwickelt, um den Eingriff der kriegführenden Staaten in die Rechte der Zivilbevölkerung der jeweiligen kriegführenden Länder so weit wie möglich zu begrenzen. Der britische Jurist F.J.P. Veale formulierte es so:

Das Grundprinzip dieses Kodex war, dass Feindseligkeiten zwischen zivilisierten Völkern auf die tatsächlich eingesetzten Streitkräfte beschränkt werden müssen ... Er unterschied zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten, indem er festlegte, dass die einzige Aufgabe der Kombattanten darin besteht, einander zu bekämpfen und dass folglich Nichtkombattanten von militärischen Operationen ausgeschlossen werden müssen.¹⁰

In der abgewandelten Form des Verbots der Bombardierung aller Städte, die nicht in der Frontlinie liegen, galt diese Regel in den westeuropäischen Kriegen der letzten Jahrhunderte, bis Großbritannien im Zweiten Weltkrieg mit der strategischen Bombardierung von Zivilisten begann. Heute ist das gesamte Konzept natürlich kaum noch in Erinnerung, da das Wesen des Atomkrieges auf der Vernichtung von Zivilisten beruht.

Bei der Verurteilung aller Kriege, unabhängig von den Motiven, weiß der Libertäre, dass die Schuld der Staaten an einem bestimmten Krieg unterschiedlich groß sein kann. Aber die vorrangige Überlegung für den Libertären ist die Verurteilung jeder staatlichen Beteiligung an einem Krieg. Daher besteht seine Politik darin, Druck auf alle Staaten auszuüben, keinen Krieg zu beginnen, einen begonnenen Krieg zu beenden und das Ausmaß eines andauernden Krieges, in dem Zivilisten der einen oder anderen Seite verletzt werden, zu verringern.

¹⁰ F. J. P. Veale, *Advance to Barbarism* (Appleton, Wis.: C. C. Nelson, 1953), S. 58.

Eine vernachlässigte Folge der libertären Politik der friedlichen Koexistenz von Staaten ist der rigorose Verzicht auf jegliche Auslandshilfe, d. h. eine Politik der Nicht-Intervention zwischen Staaten (= „Isolationismus“ = „Neutralismus“). Denn jede Hilfe des Staates A an den Staat B erhöht (1) die Steueraggression gegen die Bevölkerung des Landes A und (2) verschärft die Unterdrückung der eigenen Bevölkerung durch den Staat B. Wenn es in Land B revolutionäre Gruppen gibt, dann verschärft die Auslandshilfe diese Unterdrückung noch mehr. Selbst die ausländische Hilfe für eine revolutionäre Gruppe in B – die vertretbarer ist, weil sie an eine freiwillige Gruppe gerichtet ist, die sich einem Staat widersetzt und nicht an einen Staat, der das Volk unterdrückt – muss als (zumindest) Verschärfung der Steueraggression im eigenen Land verurteilt werden.

Betrachten wir die Anwendung der libertären Theorie auf das Problem des Imperialismus, der als Aggression des Staates A gegen die Bevölkerung des Landes B und die anschließende Aufrechterhaltung dieser Fremdherrschaft definiert werden kann. Eine Revolution des Volkes von B gegen die imperiale Herrschaft von A ist sicherlich legitim, vorausgesetzt, das revolutionäre Feuer richtet sich nur gegen die Herrschenden. Es ist oft behauptet worden – sogar von Libertären –, dass der westliche Imperialismus über unterentwickelte Länder unterstützt werden sollte, da er mehr auf die Eigentumsrechte achtet, als es jede nachfolgende einheimische Regierung tun würde. Die erste Antwort lautet, dass die Beurteilung dessen, was auf den *Status quo* folgen könnte, rein spekulativ ist, während die bestehende imperialistische Herrschaft nur allzu real und schuldhaft ist. Außerdem setzt der Libertäre hier am falschen Ende an, nämlich bei den angeblichen Vorteilen des Imperialismus für die Einheimischen. Er sollte sich vielmehr zunächst auf den westlichen Steuerzahler konzentrieren, der für die Eroberungskriege und die Aufrechterhaltung der imperialen Bürokratie aufkommen muss. Allein aus diesem Grund muss der Libertäre den Imperialismus verurteilen.¹¹

¹¹ Zwei weitere Punkte zum westlichen Imperialismus: Erstens ist seine Herrschaft nicht annähernd so liberal oder wohlwollend, wie viele Libertäre gerne glauben. Die einzigen Eigentumsrechte, die respektiert werden, sind die der Europäer; die *Ureinwohner* werden von den Imperialisten ihrer besten Ländereien beraubt und ihre Arbeitskraft wird mit Gewalt dazu gezwungen, die durch diesen Diebstahl erworbenen riesigen Ländereien zu bearbeiten. Zweitens: Ein weiterer Mythos besagt, dass die „Kanonenbootdiplomatie“ der Jahrhundertwende eine heldenhafte freiheitliche Aktion zur Verteidigung der Eigentumsrechte westlicher Investoren in rückständigen Ländern gewesen sei, die sich für Krieg, Frieden und den Staat einsetzten. Abgesehen

Bedeutet die Ablehnung jeglichen Krieges, dass der Libertäre niemals Veränderungen zulassen kann – dass er die Welt zu einem permanenten Einfrieren ungerechter Regime verdammt? Sicherlich nicht. Nehmen wir zum Beispiel an, dass der hypothetische Staat „Waldavia“ „Ruritanien“ angegriffen und den westlichen Teil des Landes annektiert hat. Die westlichen Ruritanier sehnen sich nun danach, mit ihren ruritanischen Brüdern wiedervereint zu werden. Wie soll dies erreicht werden? Es gibt natürlich den Weg der friedlichen Verhandlung zwischen den beiden Mächten, aber nehmen wir an, die waldavischen Imperialisten bleiben unnachgiebig. Die freiheitlich gesinnten Waldavianer könnten Druck auf ihre Regierung ausüben, damit diese ihre Eroberungen im Namen der Gerechtigkeit aufgibt. Aber nehmen wir an, dass auch dies nicht funktioniert. Was dann? Wir müssen immer noch an der Unrechtmäßigkeit des Krieges Ruritaniens gegen Waldavia festhalten. Die legitimen Wege sind (1) revolutionäre Aufstände des unterdrückten westlich-ruritanischen Volkes und (2) Hilfe durch private ruritanische Gruppen (oder übrigens auch durch Freunde der ruritanischen Sache in anderen Ländern) für die westlichen Rebellen – entweder in Form von Ausrüstung oder von freiwilligem Personal.¹²

Wir haben während unserer gesamten Diskussion die entscheidende Bedeutung der Eliminierung moderner Methoden der Massenvernichtung in jedem gegenwärtigen libertären Friedensprogramm gesehen. Diese Waffen, gegen die es keine Verteidigung geben kann, gewährleisten ein Höchstmaß an Aggression gegen Zivilisten in jedem Konflikt mit der klaren Aussicht auf die Zerstörung der Zivilisation und sogar der menschlichen Rasse selbst. Oberste Priorität auf jeder libertären

davon, dass wir uns strikt dagegen wehren, über die monopolisierte Landfläche eines Staates hinauszugehen, wird übersehen, dass der Großteil der Kanonenbootaktionen *nicht* der Verteidigung privater Investitionen, sondern der westlichen Inhaber von Staatsanleihen diene. Die westlichen Mächte zwangen die kleineren Regierungen, die Steueraggression gegen ihre eigene Bevölkerung zu erhöhen, um die ausländischen Anleihegläubiger zu bezahlen. Dies war keineswegs eine Aktion im Namen des Privateigentums – ganz im Gegenteil.

¹² Der Tolstojanische Flügel der libertären Bewegung könnte die westlichen Ruritaner zu einer *gewaltlosen* Revolution auffordern, z. B. zu Steuerstreiks, Boykotten, massenhafter Verweigerung von Regierungsanweisungen oder einem Generalstreik – insbesondere in den Rüstungsbetrieben. Vgl. das Werk des revolutionären Tolstojaners, Bartelemy De Ligt, *The Conquest of Violence: An Essay on War and Revolution* (New York: Dutton, 1938).

Agenda muss daher der Druck auf alle Staaten sein, einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung bis auf Polizeiebene zuzustimmen, mit besonderem Schwerpunkt auf der nuklearen Abrüstung. Wenn wir unsere strategische Intelligenz nutzen wollen, müssen wir zu dem Schluss kommen, dass die Beseitigung der größten Bedrohung, der das Leben und die Freiheit der menschlichen Rasse jemals ausgesetzt war, weitaus wichtiger ist als die Entkommunalisierung der Müllabfuhr.

Wir können unser Thema nicht abschließen, ohne zumindest ein Wort über die innenpolitische Tyrannei zu verlieren, die eine unvermeidliche Begleiterscheinung des Krieges ist. Der große Randolph Bourne erkannte, dass „der Krieg die Medizin des Staates ist“.¹³ Im Krieg kommt der Staat erst richtig zur Geltung: Er schwillt an in seiner Macht, in seiner Zahl, in seinem Stolz, in seiner absoluten Herrschaft über die Wirtschaft und die Gesellschaft. Die Gesellschaft wird zu einer Herde, die versucht, ihre angeblichen Feinde zu töten, die jede abweichende Meinung von den offiziellen Kriegsanstrengungen ausrottet und unterdrückt und die gerne die Wahrheit für das angebliche öffentliche Interesse verrät. Die Gesellschaft wird zu einem bewaffneten Lager, mit den Werten und der Moral – wie Albert Jay Nock es einmal formulierte – einer „Armee auf dem Vormarsch“.

Der wesentliche Mythos, der es dem Staat ermöglicht, sich am Krieg zu bereichern, ist die Behauptung, der Krieg sei eine Verteidigung des Staates für seine Untertanen. Die Tatsachen entsprechen natürlich genau dem Gegenteil. Denn wenn der Krieg die Medizin des Staates ist, dann ist er auch seine größte Gefahr. Ein Staat kann nur durch eine Niederlage im Krieg oder durch eine Revolution „sterben“. Im Krieg mobilisiert der Staat daher verzweifelt das Volk, um für ihn gegen einen anderen Staat zu kämpfen, unter dem Vorwand, dass er für sie kämpft. Aber all dies sollte nicht überraschen; wir sehen es auch in anderen Bereichen des Lebens. Welche Arten von Verbrechen verfolgt und bestraft der Staat am intensivsten – die gegen Privatpersonen oder die gegen ihn selbst? Die schwersten Verbrechen im Vokabular des Staates sind fast ausnahmslos nicht Angriffe auf Personen und Eigentum, sondern Gefahren für die eigene Integrität: zum Beispiel Hoch-

¹³ Siehe Randolph Bourne, „Unfinished Fragment on the State“, in *Untimely Papers* (New York: B. W. Huebsch, 1919).

verrat, Desertierung eines Soldaten zum Feind, Verweigerung der Einberufung, Verschwörung zum Umsturz. Mord wird willkürlich verfolgt, es sei denn, es handelt sich bei dem Opfer um einen Polizisten oder – Gott behüte – um einen Staatschef; die Nichtbegleichung privater Schulden wird geradezu gefördert, während die Hinterziehung von Einkommensteuern mit äußerster Strenge verfolgt und bestraft wird; die Fälschung von staatlichen Banknoten wird weitaus unerbittlicher verfolgt als die Fälschung privater Schecks usw. All dies zeigt, dass der Staat weit mehr an der Erhaltung seiner eigenen Macht interessiert ist als an der Verteidigung der Rechte von Privatpersonen.

Ein letztes Wort zur Wehrpflicht: Von allen Methoden, mit denen der Krieg den Staat vergrößert, ist dies vielleicht die schamloseste und despotischste. Aber das Auffälligste an der Wehrpflicht ist die Absurdität der Argumente, die für sie vorgebracht werden. Ein Mann muss eingezogen werden, um seine Freiheit (oder die Freiheit eines anderen?) gegen einen bösen Staat jenseits der Grenzen zu verteidigen. Seine Freiheit verteidigen? Und wie? Indem er in eine Armee gezwungen wird, deren Daseinsberechtigung darin besteht, die Freiheit auszulöschen, alle Freiheiten der Person mit Füßen zu treten, den Soldaten kalkuliert und brutal zu entmenslichen und ihn nach Belieben seines „Befehlshabers“ in eine effiziente Mordmaschine zu verwandeln?¹⁴ Kann irgendein denkbarer fremder Staat ihm etwas Schlimmeres antun als das, was „seine“ Armee jetzt zu seinem angeblichen Nutzen tut? Wer ist da, um ihn, um Gottes Willen, gegen seine „Verteidiger“ zu verteidigen?

¹⁴ Zum alten militaristischen Spott, der den Pazifisten entgegengeschleudert wird: „Würdest du Gewalt anwenden, um die Vergewaltigung deiner Schwester zu verhindern?“, lautet die richtige Antwort: „Würden Sie Ihre Schwester vergewaltigen, wenn Ihr Befehlshaber es Ihnen befehlen würde?“

KEIN VERRAT (AUSZÜGE)

Lysander Spooner

Lysander Spooner (1808–1887) war ein amerikanischer individualistischer Anarchist und Rechtstheoretiker.

Zwei Menschen haben kein natürliches Recht, einen Menschen zu beherrschen und ein Mensch hat kein natürliches Recht zwei Menschen zu beherrschen. Die natürlichen Rechte eines Menschen sind seine eigenen, gegenüber der ganzen Welt. Und jede Verletzung dieser Rechte ist ein Verbrechen, und zwar unabhängig davon, ob die Rechtsverletzungen von einem Einzelnen oder von Millionen begangen werden, ob sie von einem Menschen begangen werden, der sich selbst Räuber nennt (oder sich einen anderen Namen gibt, der seinem wahren Charakter entspricht) oder von Millionen, die sich Staat nennen (Teil 1, Abschnitt 2).

Die Behauptung, dass Mehrheiten als solche das Recht haben, über Minderheiten zu herrschen, ist gleichbedeutend mit der Behauptung, dass Minderheiten keine Rechte haben und haben sollten, außer denen, die die Mehrheiten ihnen zugestehen wollen (Teil 1, Abschnitt 2).

Das Prinzip, dass die Mehrheit das Recht hat, über die Minderheit zu herrschen, führt dazu, dass jede Form von Regierung nur einen Wettstreit zwischen zwei Menschengruppen provoziert, in dem es darum geht, welche von beiden aus Herren und welche aus Sklaven besteht. Es liegt in der Natur der Sache, dass ein solcher Wettstreit – auch wenn er noch so blutig wird – niemals endgültig beendet werden kann, solange der Mensch sich weigert, ein Sklave zu sein (Teil 1, Abschnitt 2).

Es ist klar, dass die individuelle Zustimmung für das Konzept des Verrats unerlässlich ist; denn wenn ein Mensch niemals zugestimmt hat, eine

Regierung zu unterstützen, bricht er kein Vertrauen, wenn er sich weigert, sie zu unterstützen. Und wenn er gegen sie Krieg führt, tut er dies als offener Feind und nicht als Verräter, das heißt als Verräter oder verräterischer Freund. All dies, oder nichts, war notwendigerweise in der Erklärung von 1776 impliziert. Wenn die Notwendigkeit der Zustimmung, die damals verkündet wurde, ein festes Prinzip für drei Millionen Menschen war, dann war es ein ebenso festes Prinzip für drei Menschen oder für einen Menschen. Wenn das Prinzip für Menschen galt, die auf einem separaten Kontinent lebten, so galt es ebenso für einen Menschen, der auf einer einzelnen Farm oder in einem einzelnen Haus lebte. (Teil 1, Abschnitt 4)

So drehte sich in Theorie und Praxis die gesamte Revolution um das Recht eines jeden Menschen, sich nach eigenem Ermessen von der Unterstützung der Regierung, unter der er gelebt hatte, zu befreien. Und dieses Prinzip wurde nicht als ein ihnen selbst oder der damaligen Zeit geschuldetes oder nur auf die damalige Regierung anwendbares Recht postuliert, sondern als ein universelles Recht aller Menschen, zu jeder Zeit und unter allen Umständen. George der Dritte nannte unsere Vorfahren Verräter für das, was sie damals taten (Teil 1, Abschnitt 4).

Die Notwendigkeit der Zustimmung „des Volkes“ ist in dieser Erklärung impliziert. Die gesamte Autorität der Verfassung beruht auf ihr. Wenn das Volk nicht zugestimmt hätte, wäre die Verfassung ungültig. Natürlich hatte sie keine Gültigkeit, außer zwischen denen, die tatsächlich zugestimmt haben. Niemandem kann eine Zustimmung unterstellt werden, ohne dass er tatsächlich zugestimmt hat, genauso wenig wie bei jedem anderen Vertrag über die Zahlung von Geld oder die Erbringung von Dienstleistungen (Teil 2, Abschnitt 1).

Außerdem konnten diejenigen, die der Verfassung ursprünglich zugestimmt hatten, damit niemanden binden, der nach ihnen kommen sollte. Sie konnten für niemand anderen außer sich selbst Verträge abschließen. Sie hatten ebenso wenig das natürliche Recht oder die Macht, politische Verträge zu schließen, die für nachfolgenden Generationen bindend sind, wie sie das Recht hatten, Ehe- oder Geschäftsverträge zu schließen, die für sie bindend sind (Teil 2, Abschnitt 1).

Jeder einzelne Mensch oder eine beliebige Anzahl von Menschen hatte das uneingeschränkte Recht, jederzeit seine oder ihre weitere Unterstützung zu verweigern und niemand konnte mit Recht gegen seinen oder ihren Rückzug Einspruch erheben (Teil 2, Abschnitt 1).

Ein Verräter ist ein Verräter – einer, der Schaden anrichtet, während er Freundschaft bekundet (Teil 2, Abschnitt 2).

Aber es ist offensichtlich, dass in Wahrheit und in der Tat niemand außer ihm selbst irgendjemanden verpflichten kann, irgendeine Regierung zu unterstützen. Und unsere Verfassung gibt diese Tatsache zu, wenn sie einräumt, dass sie ihre Autorität ausschließlich von der Zustimmung des Volkes ableitet. Und das Wort Hochverrat ist in Übereinstimmung mit dieser Idee zu verstehen (Teil 2, Abschnitt 3).

Ein wesentliches Merkmal einer freien Regierung ist, dass sie vollständig auf freiwilliger Unterstützung beruht. Und ein sicherer Beweis dafür, dass eine Regierung nicht frei ist, ist, dass sie mehr oder weniger Personen gegen ihren Willen zu ihrer Unterstützung zwingt (Teil 2, Abschnitt 6).

Die Verfassung hat keine inhärente Autorität oder Verpflichtung. Sie hat überhaupt keine Autorität oder Verpflichtung, es sei denn, sie wäre ein Vertrag zwischen Mensch und Mensch. Und sie gibt nicht einmal vor, ein Vertrag zwischen Menschen zu sein, die jetzt existieren. Sie behauptet allenfalls, ein Vertrag zwischen Menschen zu sein, die vor achtzig Jahren gelebt haben. Und es ist anzunehmen, dass es sich damals nur um einen Vertrag zwischen Menschen handelte, die bereits mündig waren, so dass sie in der Lage waren, vernünftige und verbindliche Verträge zu schließen. Außerdem wissen wir aus der Geschichte, dass nur ein kleiner Teil der damaligen Bevölkerung zu diesem Thema konsultiert oder gefragt wurde oder die Erlaubnis hatte, seine Zustimmung oder Ablehnung in irgendeiner formellen Weise zu äußern. Diejenigen, die, wenn überhaupt, ihre Zustimmung formell gegeben haben, sind heute alle tot. Die meisten von ihnen sind bereits seit vierzig, fünfzig, sechzig oder siebenzig Jahren tot. Und die Verfassung, soweit sie der Vertrag war, den sie geschlossen haben, ist mit ihnen gestorben. Sie hatten weder die natürliche Macht noch das Recht, sie für ihre Kinder verbindlich zu machen. Es liegt nicht nur in der Natur der Sache, dass sie ihre Nachkommen nicht binden konnten, sondern sie haben nicht einmal versucht, sie zu binden. Das heißt, die Urkunde gibt nicht vor, eine Vereinbarung zwischen irgendjemandem außer „dem Volk“ zu sein, das zu diesem Zeitpunkt existierte. Sie behauptet auch weder ausdrücklich noch stillschweigend, irgendein Recht, eine Befugnis oder eine Bereitschaft ihrerseits, irgendjemand anderen außer sich selbst zu binden (Teil 6, Abschnitt 1).

Von denjenigen, die für die unterlegenen Kandidaten stimmen, kann nicht behauptet werden, dass sie für die Aufrechterhaltung der Verfassung gestimmt haben (Teil 6, Abschnitt 2).

Tatsache ist, dass die Regierung wie ein Wegelagerer zu einem Mann sagt: „Geld oder Leben.“ ... Der Wegelagerer nimmt bei der Tat die Ver-

antwortung und das Risiko für sein Verbrechen allein auf sich. Er gibt nicht vor, dass er einen rechtmäßigen Anspruch auf dein Geld hat oder dass er beabsichtigt, es zu deinem eigenen Nutzen zu verwenden. Er gibt nicht vor, etwas anderes als ein Räuber zu sein (Teil 6, Abschnitt 3).

„Die Regierung“ – also der Agent einer geheimen Bande von Räubern und Mördern, die sich selbst die Bezeichnung „die Regierung“ gegeben hat und beschlossen hat, jeden zu töten, der sich weigert, ihr das Geld zu geben, das sie verlangen (Teil 6, Abschnitt 3).

Ein Mensch, der einer „Regierung“ (sogenanntes) Geld in die Hand gibt, gibt ihr ein Schwert in die Hand, das gegen ihn verwendet wird, um mehr Geld von ihm zu erpressen und auch, um ihn ihrer Willkür zu unterwerfen (Teil 6, Abschnitt 3).

Warum sollten sie ihn schützen wollen, wenn er es nicht will? (Teil 6, Abschnitt 3).

Die Verfassung wurde nicht nur nie von irgendjemandem unterzeichnet, sondern auch nie von irgendjemandem an irgendwen oder an irgendeinen Bevollmächtigten oder Anwalt übergeben. Sie kann daher ebenso wenig ein Vertrag sein wie jedes andere Instrument, das nie unterzeichnet oder zugestellt wurde (Teil 6, Abschnitt 4).

Ein Mensch ist nicht weniger ein Sklave, wenn ihm erlaubt wird, einmal in einem Zeitraum von Jahren einen neuen Herrn zu wählen (Teil 6, Abschnitt 6).

Er hat das gleiche Recht, sich ihnen und ihren Vertretern zu widersetzen, wie er sich jedem anderen Eindringling widersetzen darf (Teil 6, Abschnitt 6).

Wenn das Volk dieses Landes eine solche Regierung, wie sie in der Verfassung beschrieben ist, beibehalten will, gibt es keinen Grund in der Welt, warum es nicht die Urkunde selbst unterzeichnen und damit seine Wünsche offen und ehrlich kundtun sollte. In einer Weise, wie es der gesunde Menschenverstand und die Erfahrung der Menschheit in solchen Fällen als vernünftig und notwendig erachtet haben und in einer Weise, die es (so wie es auch sein sollte) für die Handlungen der Regierung individuell verantwortlich macht (Teil 6, Abschnitt 7).

Aber diese stillschweigende Übereinkunft (wenn man sie als gegeben annimmt) kann keineswegs die daraus gezogene Schlussfolgerung rechtfertigen. Eine stillschweigende Übereinkunft zwischen A, B und C darüber, dass sie durch Abstimmung D als ihren Bevollmächtigten einsetzen, um mich meines Eigentums, meiner Freiheit oder meines Lebens zu berauben, kann D keineswegs dazu ermächtigen, dies zu tun. Er ist nicht weniger ein

Räuber, Tyrann und Mörder, wenn er behauptet, als ihr Beauftragter zu handeln, als er es wäre, wenn er erklärtermaßen allein auf eigene Verantwortung handeln würde (Teil 6, Abschnitt 8).

Ich habe Beweise, die mich davon überzeugen, dass es im ganzen Land verstreut eine Bande von Menschen gibt, die untereinander eine stillschweigende Übereinkunft getroffen haben und sich selbst „das Volk der Vereinigten Staaten“ nennen, deren allgemeiner Zweck es ist, sich gegenseitig und alle anderen Menschen im Land und, soweit sie können, auch in den Nachbarländern zu kontrollieren und auszuplündern und jeden Menschen zu töten, der versucht, seine Person und sein Eigentum gegen ihre Plünderungs- und Herrschaftspläne zu verteidigen (Teil 6, Abschnitt 11).

WIE PRIVATE ORGANISATION DIE MODERNE WELT ERMÖGLICHT HAT

Edward P. Stringham, Ph.D.

Edward Peter Stringham ist Davis Professor of Economic Organizations and Innovation am Trinity College und Herausgeber des *Journal of Private Enterprise*.

Was macht Märkte und insbesondere moderne Verträge möglich? Die meisten Sozialwissenschaftler, einschließlich eines hohen Prozentsatzes libertärer Wissenschaftler, beschreiben die Welt als einen Ort voller Gefangenendilemmas (für die Beteiligten wäre es besser, zusammenzuarbeiten, aber jeder Einzelne von ihnen hat einen Anreiz zum Betrug), die nur durch den Staat gelöst werden können. Israel Kirzner schlägt beispielsweise vor, dass Märkte eine „staatliche Durchsetzung außerhalb des Marktes“ benötigen, da ohne „Durchsetzbarkeit von Verträgen ... der Markt nicht funktionieren kann“. In ähnlicher Weise stellt Mancur Olson fest, dass eine Gesellschaft ohne „Institutionen, die Verträge unparteiisch durchsetzen“, „die meisten Gewinne aus Transaktionen (wie denen auf dem Kapitalmarkt) verlieren wird, die eine unparteiische Durchsetzung durch Dritte erfordern“.¹

In vielen Fällen haben Staatsangestellte jedoch nicht das Wissen, den Anreiz oder die Fähigkeit, Verträge oder Eigentumsrechte auf kostengünstige Weise durchzusetzen.² Man denke an Parteien, die in Ländern der Dritten

¹ Kirzner, Israel M. 2000. *Die treibende Kraft des Marktes: Essays in Austrian Economics*. New York: Routledge, S. 83. Olson, Mancur. 1996. „Big Bills Left on the Sidewalk: Warum einige Nationen reich und andere arm sind“. *Journal of Economic Perspectives*, 10(2): 3–24, 22.

² Galanter und Williamson bezeichnen die verbreitete Weltanschauung, dass jegliche Zusammenarbeit und jeder Handel von der Durchsetzung durch Dritte abhängt, als rechtlichen Zentralismus. Galanter, Marc 1981. „Gerechtigkeit in vielen Räumen:

Welt Verträge abschließen, in denen Gerichtsverfahren mehr als ein Jahrzehnt dauern. Oder an Parteien in der ersten Welt, die einen Vertrag abschließen, bei dem Zeit eine Rolle spielt oder viel Geld auf dem Spiel steht. Wer will schon große Ressourcen für einen Prozess binden, der Monate oder Jahre dauern kann? Oder betrachten wir einen Austausch von geringem Wert, bei dem die Kosten für ein Gerichtsverfahren den Wert der Transaktion bei weitem übersteigen. Oder es handelt sich um eine Transaktion über politische Grenzen hinweg, was die Festlegung der Gerichtsbarkeit für einen Prozess erschwert. Die Inanspruchnahme von Gerichten oder staatlichen Vollstreckungsorganen ist zumindest zeit- und ressourcenaufwendig und in der Praxis sind ganze Kategorien von Verträgen nicht durchsetzbar.

Richter, Polizei und Aufsichtsbehörden sind ein *deus ex machina*. Der Staat ist oft dysfunktional und verdrängt private Ordnungsgeber, oder er ist schlichtweg nicht vorhanden oder zu teuer, um in Anspruch genommen zu werden. Das bedeutet, dass die Parteien entweder mit ihren Problemen leben oder versuchen können, sie zu lösen. In einigen Fällen wurden noch keine Lösungen gefunden oder sie sind zu schwierig umzusetzen. So ist das nunmal in dieser Welt. Aber oft ist die Lösung von Problemen eine Chance auf Profit und je mehr auf dem Spiel steht, desto rentabler sind die Lösungen. In der Geschichte gibt es viele Beispiele dafür, wie private Parteien davon profitieren, dass sie bessere Wege finden, um den Austausch zu erleichtern oder Eigentumsrechte zu schützen. Dieser Schutz des Marktes kam nicht durch den Staat zustande, sondern durch den Markt.

In seiner Clubtheorie argumentierte James Buchanan, dass wir nicht davon ausgehen sollten, dass Güter entweder private Güter für eine Person oder öffentliche Güter für alle in der Gesellschaft sein müssen, sondern dass ein großer Teil der Güter Clubgüter sind, die irgendwo dazwischen liegen.³ Eine der wichtigsten, aber unterschätzten Arten von Clubgütern ist die private Governance, die verschiedenen Formen der privaten Durchsetzung, Selbstverwaltung oder Selbstregulierung unter privaten Gruppen oder Einzelpersonen, die eine Lücke füllen, die der Staat nicht schließen kann. Ein Country Club oder ein Nachtclub bieten nicht nur einen physischen Raum für die Freizeitgestaltung, sondern es gelten darin auch Re-

Courts, Private Ordering, and Indigenous Law“. *Journal of Legal Pluralism*, 19: 1–47.
Williamson, Oliver E. 1983. „Credible Commitments: Using Hostages to Support Exchange“. *American Economic Review*, 73(4): 519–540.

³ Buchanan, James M. 1965. „An Economic Theory of Clubs“. *Economica*, 32: 1–14.

geln für den Zutritt und das Verhalten. Das Gleiche gilt für Geschäfts- und Wohnräume, Einkaufszentren, Wohnanlagen, Börsen und Finanzintermediäre. eBay beispielsweise ist ein Club, der den Handel durch Reputationsmechanismen und Streitbeilegungsdienste erleichtert. Er bewertet die Grenznutzen und Grenzkosten verschiedener Regeln oder Streitbeilegungsmechanismen und versucht, seinen Markt so attraktiv wie möglich zu gestalten. American Express ist ein weiterer Club, der dazu beiträgt, dass die Verbraucher das bekommen, wofür sie bezahlen und dass die Händler für ihre Güter bezahlt werden. Den meisten Menschen ist nicht klar, dass ihre Kreditkarte einen Club darstellt, der Regeln durchsetzt. Ein Händler, der seinen Kunden zu viel berechnet, oder ein Kunde, der seine Rechnungen nicht bezahlt, wird aus dem Club ausgeschlossen und das fördert ehrliches Verhalten.

Private Governance trägt zum Schutz von Eigentumsrechten und zur Erleichterung des Handels bei, von den einfachsten bis hin zu den fortschrittlichsten Märkten der Welt. Sie funktioniert auf Märkten, auf denen der Staat theoretisch Verträge durchsetzen kann und auf denen der Staat sich ausdrücklich weigert, Verträge durchzusetzen. Sehen wir uns ein paar Beispiele an.

Auf allen großen Aktienmärkten der Welt betrachteten Staatsbeamte einen Großteil des Handels als eine Form des Glücksspiels oder der Spekulation, um die Preise zu manipulieren. Auf dem wichtigsten Aktienmarkt im Amsterdam des 17. Jahrhunderts setzte der Staat ausschließlich die einfachsten Wertpapierverträge durch. Nach der Gründung der Niederländischen Ostindien-Kompanie im Jahr 1602 entstand ein Sekundärmarkt für Aktien unter den Börsenmaklern, die sich auf den Aktienhandel spezialisierten. Offiziell wurden diese Märkte schnell verboten, doch die Börsenmakler setzten ihren Handel fort und entwickelten viele ausgeklügelte Transaktionen wie Termingeschäfte, Leerverkäufe und Optionen. Wie ist das möglich? Statt auf formale Regeln setzten die Broker auf Reziprozität und Reputationsmechanismen, um die Einhaltung der Verträge zu fördern. Im Gegensatz zum Gefangenendilemma sind die meisten Geschäfte wiederkehrend und die Börsenmakler mussten zuverlässig sein, wenn sie wollten, dass andere mit ihnen Geschäfte machten. Ein Vertragsbrecher würde nicht nur die Beziehung zu seinem Handelspartner sabotieren, sondern auch von allen anderen boykottiert werden, die davon erfahren. Die Reputation diente also als Ersatz für formale Regeln. Der Markt war äußerst erfolgreich und trug zur Finanzierung des Goldenen Zeitalters der Niederlande bei. Manche Schätzungen beziffern die Marktkapitalisierung

der Niederländischen Ostindien-Kompanie auf einen heutigen Gegenwert von 7 Billionen Dollar. Moderne New Yorker können sich bei der Niederländischen Ostindien-Kompanie für die Finanzierung von Henry Hudsons erster Reise zum New Yorker North River (dem Hudson River) und der Niederländischen Westindien-Kompanie für die Gründung von New Amsterdam (New York) bedanken.⁴

Im Aktienmarkt in England gab es viele ähnliche Entwicklungen. Im 18. Jahrhundert verbannten die Londoner Behörden die Börsenmakler von der Royal Exchange und weigerten sich, die meisten Verträge durchzusetzen. Der Markt funktionierte jedoch weiter und die Makler trafen sich in den Kaffeehäusern der Change Alley. Adam Smith beschrieb, wie Zeitverträge (Termingeschäfte) nicht durchsetzbar waren, aber die Menschen sie dennoch abschlossen und sich daran hielten. Er erklärte: „Ein Händler hat Angst, sein Gesicht zu verlieren und achtet peinlich genau auf die Einhaltung jeder seiner Verpflichtungen. Wenn jemand an einem Tag 20 Verträge abschließt, hat er keine Vorteile vom Versuch, seinen Nachbarn über den Tisch zu ziehen, denn schon der Anschein eines Betrugs würde ihn verlieren lassen“. Wenn jemand nicht bezahlte, bezeichneten die Makler ihn als lahme Ente und irgendwann begannen sie, die Namen der säumigen Zahler an eine Tafel zu schreiben. Später beschlossen die Makler, das Jonathan's Coffeeshouse in einen privaten Club umzuwandeln, der Regeln aufstellen und durchsetzen konnte. Der Club, der später unter den Namen New Jonathan's, The Stock Subscription Room und später The Exchange oder The Stock Exchange bekannt wurde, hatte bestimmte Bedingungen für die Mitgliedschaft und es galten klare Regeln für den Umgang mit Zahlungsausfällen. Sein Motto lautete: „Mein Wort gilt“.

Eine ähnliche Geschichte konnte man etwa ein Jahrhundert später in New York beobachten. Die ersten Börsenmakler trafen sich in der Tontine Tavern and Coffeeshouse, die 1797 eine „Constitution and Nominations of the Subscribers“ verabschiedeten. 1817 gründeten andere das New York Stock and Exchange Board, d. h. die New Yorker Börse, die formellere Anforderungen an die Mitgliedschaft und Regeln hatte. Die Makler erweiterten die Regeln im Laufe der Jahre und in den 1860er Jahren wurden nicht nur diejenigen, die ihre Verträge nicht einhielten, auf die schwarze Liste gesetzt, sondern es gab auch Regeln gegen „unanständige Sprache“

⁴ Diese Absätze stammen aus den Untersuchungen in meinem Buch: Edward Stringham. 2015. *Private Governance: Creating Order in Economic and Social Life*. New York and Oxford: Oxford University Press.

(sie führte zu einer einwöchigen Sperre), Geldstrafen für „Rauchen im Sitzungssaal oder in den Vorräumen“ (fünf Dollar) und für „Stehen auf Tischen oder Stühlen“ (ein Dollar). Bis 1865 betrug die Aufnahmegebühr 3.000 Dollar und ab 1868 wurde der Sitz im Vorstand zu einem wertvollen Eigentumsrecht, das an potenzielle Mitglieder verkauft werden konnte. Außerdem wurden Anforderungen für die Börsennotierung von Unternehmen eingeführt, die an der „großen Tafel“ gehandelt werden wollten. Die New Yorker Börse musste stets um Geschäfte konkurrieren und stand im Laufe der Jahre im Wettbewerb mit dem Open Board of Brokers (das 1869 mit der New Yorker Börse fusionierte), dem Curb Market und dessen formellerem Ableger, der New York Curb Exchange (gegründet 1921 und 1953 in American Stock Exchange umbenannt), die Consolidated Stock Exchange of New York (gegründet in den 1880er Jahren) sowie regionale Börsen wie die Boston Exchange und die Philadelphia Stock Exchange (gegründet 1834 bzw. 1754, letztere im Londoner Kaffeehaus), die die moderne Welt erst möglich machten. Indem sie ein Regelwerk schufen, das die Aktienmärkte für Investoren attraktiver machte, trugen sie zur Finanzierung des Wachstums der amerikanischen Wirtschaft bei.

In der heutigen Zeit werden die größten und fortschrittlichsten Märkte ebenfalls durch private Governance unterstützt. Man denke nur an Derivatkontrakte, von denen einige ein unbegrenztes Verlustrisiko mit sich bringen können. Selbst das beste Rechtssystem könnte keine unendlich hohen Beträge eintreiben. Selbst wenn der Nominalwert der über die Chicago Mercantile Exchange, das Chicago Board of Trade und die New York Mercantile Exchange gehandelten Kontrakte 10 Billionen Dollar pro Jahr übersteigt, laufen die Verträge reibungslos ab. Wenn zwei Parteien einen Handel über diese Börsen abschließen, schließen sie nicht wirklich einen Vertrag miteinander, sondern separate Verträge mit der Terminbörse. Die Terminbörse fungiert als Vermittler und übernimmt und verwaltet die Risiken für ihre Kunden. Anstatt das Zustandekommen eines Vertrags zuzulassen und dann zu versuchen, ihn im Nachhinein durchzusetzen, gibt es verschiedene Regeln und Nachschussanforderungen, die festlegen, welche Geschäfte getätigt werden können. Durch das Risikomanagement dieser Börsen entfällt die „Notwendigkeit“, diese Verträge vor Gericht durchzusetzen.

Auch andere Finanzvermittler übernehmen und verwalten Risiken im Namen der Kunden. Bei Geschäften mit PayPal oder den meisten Kreditkartenunternehmen werden Betrüger entlarvt, wenn sie Transaktionen durchführen oder versuchen, Geld von einem Konto abzuheben. Im Jahr

2001 stahlen Betrüger monatlich mehr als 10 Millionen Dollar von PayPal und das zu einem Zeitpunkt, als der Bruttojahresumsatz des Unternehmens nur 14 Millionen Dollar betrug. Zunächst wandte sich PayPal an das FBI und stellte fest, dass das nichts brachte. Nachdem es die Beweise gesehen hatte, stellte das FBI Fragen wie „Was ist ein Werbebanner?“. Die Regierungsbeamten waren nicht auf dem neuesten Stand der Technik, aber selbst wenn sie es gewesen wären, wären sie gegen anonyme Betrüger auf der anderen Seite des Globus machtlos gewesen. Anstatt darauf zu hoffen, dass die Regierung die Probleme löst, entwickelte PayPal private Lösungen, um Betrug zu bekämpfen, bevor er entsteht. Sie entwickelten künstliche Intelligenz mit menschlicher Unterstützung, um Konten zu überwachen, verdächtige Aktivitäten festzustellen und Konten vorübergehend oder dauerhaft zu sperren. Durch die Übernahme und das Management von Risiken im Namen der Kunden verwandelte PayPal das, was viele Menschen für rechtliche Fragen halten, in Fragen des Risikomanagements. Wenn die Parteien Probleme ex ante lösen können, entspricht die Durchsetzung von Verträgen ex post nicht mehr der „Notwendigkeit“, von der Theoretiker wie Kirzner oder Olson ausgehen.

Private Governance schafft Ordnung. Nicht nur auf einfachen Märkten, sondern auch auf den anspruchsvollsten Märkten der Welt, einschließlich der Aktienmärkte, der Terminmärkte und des elektronischen Geschäftsverkehrs. Private Governance war für die Entstehung von Aktienmärkten und des modernen Kapitalismus äußerst bedeutend. Das allerdings ist nur den wenigsten bewusst. Private Governance schützt auch Verträge und Eigentumsrechte auf zahlreichen anderen Märkten. Sie findet sich in antiken und modernen Gesellschaften, in kleinen und großen Gruppen, unter Freunden und Fremden, bei einfachen und äußerst komplexen Transaktionen. Sie existiert oft neben und in vielen Fällen trotz der rechtlichen Bemühungen der Regierung. Weitere Beispiele sind in meinem Buch *Private Governance: Creating Order in Economic and Social Life* beschrieben, erschienen bei der Oxford University Press.

Friedrich Hayek benutzte das Wort „Wunder“, um das Preissystem und seine Rolle bei der Koordinierung der Interaktionen verschiedener Individuen zu beschreiben.⁵ Die Mechanismen der privaten Governance sind ebenso wundersam und für die Schaffung von Ordnung auf den Märkten verantwortlich. Thomas Paine schreibt:

⁵ Hayek, Friedrich A. 1945. „The Use of Knowledge in Society“. *American Economic Review*, 35(4): 519–530.

Ein großer Teil der Ordnung, die unter den Menschen herrscht, ist nicht das Ergebnis der Regierung. Sie hat ihren Ursprung in den Prinzipien der Gesellschaft und der natürlichen Verfassung des Menschen. Sie existierte schon vor der Regierung und würde auch bestehen, wenn die Formalitäten der Regierung abgeschafft würden. Die gegenseitige Abhängigkeit und das wechselseitige Interesse, des einen Menschen vom anderen und aller Teile der zivilisierten Gemeinschaft voneinander, bilden die große Verbindungskette, die sie zusammenhält.⁶

Die Analogie der unsichtbaren Hand in der Ökonomie wirft ein Licht auf unterschätzte Prozesse der Verhaltenssteuerung und die Untersuchung der privaten Governance wirft ein Licht auf ähnlich unterschätzte Mechanismen zur Herstellung von Ordnung. Private Governance arbeitet hinter den Kulissen, so dass die meisten Menschen sie nicht bemerken, aber sie macht die moderne Welt möglich.

⁶ Paine, Thomas. 1791 [1906]. *Rights of Man*. London: J. M. Dent, S. 84.

DIE UNBEGRÜNDETE ANGST VOR DEM „MONOPOL“

Thomas E. Woods, Jr., Ph.D.
The Future of Freedom Foundation
 2012

Tom Woods ist ein New York Times-Bestsellerautor von 12 Büchern, darunter *The Politically Incorrect Guide to American History and Meltdown*. Er ist Senior Fellow am Ludwig von Mises Institut.

Diejenigen von uns, die sich – obwohl sie es besser wüssten – im Internet in Diskussionen verwickeln lassen, stellen bald fest, dass sich die Argumente gegen die Marktwirtschaft meistens auf nur einige wenige Punkte beschränken. Im Folgenden möchte ich eine dieser Behauptungen auseinander nehmen: In einem freien Markt wären wir bössartigen Monopolisten ausgeliefert.

Diese Befürchtung lässt sich zum Teil auf die Fabel des 19. Jahrhunderts zurückführen, mit der fast jeder von uns in der Schule konfrontiert wurde. Dort lernten wir, dass raffgierige „Raubritter“-Unternehmen mit allen möglichen hinterhältigen Tricks einen überwältigenden Marktanteil in ihren Branchen eroberten und dann, sobald sie fest im Sattel saßen, den hilflosen Konsumenten ausplünderten, der keine andere Wahl hatte, als die hohen Preise zu zahlen, die die „Monopolstellung“ der Unternehmen ermöglichte.

Diese Version der Geschichte ist so tief in den Gehirnen der Amerikaner verankert, dass es nahezu unmöglich ist, sie zu entkräften, egal wie viele Beweise und Argumente dagegen angeführt werden.

Der Historiker Burton Folsom hat in seinem Buch *The Myth of the Robber Barons* eine wichtige Unterscheidung zwischen politischen Unternehmern und Marktunternehmern getroffen. Der politische Unternehmer ist erfolgreich, indem er die implizite Gewalt der Regierung nutzt, um seinen Wettbewerbern die Beine zu brechen und den Verbrauchern Schaden

zuzufügen. Der Marktunternehmer hingegen verdient sein Geld damit, dass er den Verbrauchern die Produkte, die sie haben wollen, zu Preisen anbietet, die sie sich leisten können und dass er seinen Marktanteil hält und ausbaut, indem er innovativ bleibt und auf die Nachfrage der Verbraucher eingeht.

Es ist nur der politische Unternehmer, der unsere Kritik verdient, aber beide Unternehmertypen werden in der populären Fabel, die die amerikanische öffentliche Meinung zu diesem Thema verzerrt hat, pauschal gemeinsam angegriffen.

Andrew Carnegie zum Beispiel senkte fast im Alleingang den Preis für Eisenbahnschienen von 160 Dollar pro Tonne im Jahr 1875 auf 17 Dollar pro Tonne etwa ein Vierteljahrhundert später. John D. Rockefeller drückte den Preis für raffiniertes Erdöl von mehr als 30 Cent pro Gallone auf 5,9 Cent im Jahr 1897. Cornelius Vanderbilt senkte zu Beginn des Jahrhunderts die Fahrpreise für die Dampfschiffahrt um 90, 95 und sogar 100 Prozent. (Auf Fahrten, für die kein Fahrpreis erhoben wurde, verdiente Vanderbilt sein Geld durch den Verkauf von Konzessionen an Bord.)

Diese Leute sind Wohltäter, die Anerkennung verdienen, nicht Schurken, die zu verurteilen sind.

Wie immer in der Geschichte, müssen bestimmte Aussagen und Erkenntnisse relativiert werden. Eine Zeit lang unterstützte Carnegie Stahlzölle. Da er jedoch die Preise für Stahlschienen erheblich senkte, entstand durch diese politische Maßnahme kein Nachteil für die Verbraucher. Andere Kritiker verweisen auf die Carnegie- und Rockefeller-Stiftungen und die fragwürdigen Zwecke, die diese Institutionen unterstützt haben. Aber für die konkrete Frage, ob diese Männer selbst in ihrer Eigenschaft als Unternehmer den amerikanischen Lebensstandard verbessert haben, ist dieser Einwand irrelevant. Diese Frage ist nicht einmal strittig.

Die gängige Wirtschaftswissenschaft identifiziert Monopolisten anhand ihres Verhaltens: Sie erzielen Spitzengewinne, indem sie die Produktion senken und die Preise erhöhen. Aber war dieses Verhalten in den Branchen, in denen der Vorwurf der Monopolbildung am häufigsten im Raum stand, tatsächlich so? Der Wirtschaftswissenschaftler Thomas DiLorenzo hat sich in einem wichtigen Artikel in der Zeitschrift *International Review of Law and Economics* die Mühe gemacht, genauer nachzusehen. In den 1880er Jahren, als das reale Bruttoinlandsprodukt um 24 Prozent stieg, nahm die Produktion in den Branchen, für die Daten verfügbar waren und in denen angeblich ein Monopol bestand, real um 175 Prozent zu. Die Preise in diesen Industrien fielen in der Zwischenzeit auf breiter Front,

und zwar viel schneller als der Rückgang um sieben Prozent in der Gesamtwirtschaft. Wir haben die Eisenbahnschienen bereits erwähnt, deren Preis in den 1880er Jahren von 68 auf 32 Dollar pro Tonne fielen. Der Preis für Zink fiel um 20 Prozent von 5,51 auf 4,40 Dollar pro Pfund und raffinierter Zucker verbilligte sich um 22 Prozent von 9 Cent auf 7 Cent pro Pfund. Das gleiche passierte bei allen 17 vermeintlich monopolisierten Produkten, außer beim Rizinusöl und bei Streichhölzern.

Zusammengefasst: Die Geschichten, die wir aus dem Geschichtsunterricht kennen, sind Märchen.

Dumpingpreise

Kritiker des freien Marktes können kaum auf Beispiele aus der Geschichte verweisen und greifen zu plausibel klingenden Szenarien, in denen Unternehmen den Konsumenten schaden können. Eines ihrer beliebtesten ist die „Dumpingpreis-Strategie“. Sie besagt, dass größere Unternehmen es sich leisten können, ihre Preise sogar unter die Produktionskosten zu senken, um ihre kleineren Konkurrenten zu verdrängen. Sobald dieses gelungen ist, würden sie ihre Preise erhöhen und ausnutzen, dass die Verbraucher keine andere Wahl mehr haben, als bei ihnen zu kaufen.

Dominick Armentano, emeritierter Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Hartford, untersuchte zahlreiche wichtige Fälle von Kartellbildung und konnte kein einziges Beispiel für eine Dumpingpreis-Strategie finden. Der Chicagoer Wirtschaftswissenschaftler George Stigler stellte fest, dass diese Theorie in Fachkreisen hinfällig ist: „Heute wäre es peinlich, dieses Argument in einem professionellen Diskurs zu äußern.“

Die Theorie ist aus gutem Grund hinfällig: Eine solche Strategie führt zur Selbsterstörung.

Zum einen muss ein großes Unternehmen, das Dumpingpreise verlangt, Verluste hinnehmen, die mit dessen Größe korrelieren. Ein Unternehmen, das beispielsweise 90 Prozent des Marktes hält und mit einem Unternehmen konkurriert, das die restlichen 10 Prozent abdeckt, erleidet Verluste bei seinem 90-prozentigen Marktanteil. Der Wirtschaftswissenschaftler George Reisman fragt sich zu Recht, was an einer Strategie so brilliant und unwiderstehlich sein soll, bei der ein Unternehmen – auch wenn es neunmal so reich ist und neunmal so viele Geschäfte macht – neunmal so viel Geld verliert wie seine Wettbewerber.

Sollte es dem marktbeherrschenden Unternehmen gelingen, alle Konkurrenten vom Markt zu verdrängen, muss es nun die Preise wieder in die

Höhe treiben, um wieder Gewinne machen zu können, ohne gleichzeitig neue Marktteilnehmer (die durch die Aussicht, selbst hohe Preise zu verlangen, angelockt werden) auf den Plan zu rufen. Dann muss die Dumpingpreis-Strategie von vorne beginnen, wodurch der Zeitpunkt, zu dem die erhofften Spitzengewinne eintreten, wieder in weitere Ferne rückt. Neue Marktteilnehmer befinden sich in einer besonders starken Position, da sie häufig die Vermögenswerte früherer Unternehmen im Rahmen von Konkursverfahren zu Schleuderpreisen erwerben können.

Während der Zeit des Preisdumpings neigen die Verbraucher dazu, die ungewöhnlich günstigen Waren auf Vorrat zu kaufen. Dies bedeutet, dass es noch länger dauert, bis das marktbeherrschende Unternehmen die durch den Verdrängungswettbewerb entstandenen Verluste wieder ausgleichen kann.

Eine Variante der Dumpingpreis-Strategie für Handelsketten sieht folgendermaßen aus: Handelsketten benutzen die Gewinne, die sie auf anderen Märkten erzielen, auf einem neuen Markt dazu, ihre Konkurrenten durch Dumpingpreise auszuschalten. Nehmen wir einmal an, es gäbe eine landesweite vertretene Kette von Lebensmittelgeschäften, die wir MegaMart nennen. MegaMart hat tausend Standorte im ganzen Land und investiert 1 Milliarde Dollar Kapital. Das macht 1 Million Dollar pro Geschäft. Diejenigen, die vor einem „Monopol“ warnen, behaupten, dass MegaMart sein gesamtes Vermögen dazu einsetzen kann, alle Konkurrenten von einem bestimmten Markt zu vertreiben, in den MegaMart hineinexpandieren möchte.

Schieben wir an dieser Stelle die empirischen und theoretischen Probleme mit Dumpingpreisen, die wir bereits festgestellt haben, einfach mal beiseite. Nehmen wir an, MegaMart könnte tatsächlich alle Konkurrenten in einem neuen Markt verdrängen und sogar alle potenziellen Konkurrenten aus lauter Angst, von MegaMart zerquetscht zu werden, dauerhaft von einem Markteintritt fernhalten.

Selbst wenn das alles möglich wäre, wäre es aus geschäftsstrategischer und wirtschaftlicher Sicht für MegaMart unsinnig. Ja, eine Zeit lang würde das Unternehmen ungewöhnlich hohe Gewinne erzielen und die Aussicht auf diese Gewinne erklärt, warum MegaMart diesen Ansatz überhaupt in Erwägung ziehen würde. Aber würden die Spitzengewinne so hoch sein, dass das ganze Vorhaben einen Nettonutzen für das Unternehmen erzielt?

George Reisman besteht zu Recht darauf, dass dieses nicht passieren würde. „Ein solcher Zusatzgewinn ist sicherlich recht begrenzt – vielleicht zusätzliche 100.000 Dollar pro Jahr, vielleicht sogar zusätzliche 500.000

Dollar pro Jahr, aber sicherlich nichts, was auch nur annähernd an den Gewinn herankommt, der erforderlich wäre, um den Einsatz der gesamten finanziellen Ressourcen [des Unternehmens] zu rechtfertigen.“

Nehmen wir an, dass der Zusatzgewinn, den MegaMart nach Ausschaltung aller Konkurrenten erzielen könnte, 300.000 Dollar beträgt, also der Durchschnitt dieser beiden Zahlen. Nehmen wir außerdem an, dass die durchschnittliche Rendite in der Wirtschaft 10 Prozent beträgt. Das bedeutet, dass MegaMart es sich leisten kann, 3 Millionen Dollar – den kapitalisierten Wert von 300.000 Dollar pro Jahr – zu verlieren, um den Markt für sich zu erobern. Ein höherer Betrag wäre eine schlechte Investition, da das Unternehmen eine unterdurchschnittliche Rendite (d. h. weniger als 10 Prozent) erzielen würde. Aus diesem Grund ist das Kapital von MegaMart in Höhe von 1 Milliarde Dollar einfach irrelevant.

Daraus folgt, so Reisman:

Jemand, der eine Investition in das Lebensmittelgeschäft in Erwägung zieht und zusätzlich 5 Millionen Dollar oder auch nur 1 Million Dollar aufbringen kann, hat eine ebenso gute Ausgangsposition wie MegaMart, wenn er versucht, solche Zusatzgewinne zu erzielen. Denn es lohnt sich einfach nicht, zusätzliches Kapital über diese Beträge hinaus zu investieren. Mit anderen Worten: Das Verdrängungsspiel, wenn es unter diesen Umständen tatsächlich gespielt werden könnte, stünde einer ziemlich großen Zahl von Spielern offen – nicht nur den extrem großen, sehr reichen Unternehmen, sondern jedem, der über zusätzliches Kapital in Höhe des begrenzten kapitalisierten Werts der „Monopolgewinne“ verfügt, die sich aus einem einzelnen Standort ergeben könnten.

Der Markt verteidigt sich gegen Monopole

Um auf die allgemeinere Behauptung des „Verdrängungswettbewerbs“ zurückzukommen, gibt es ein letztes Argument, das diesem den Rest gibt. Der Wirtschaftswissenschaftler Don Boudreaux fordert uns auf, uns vorzustellen, was passieren würde, wenn Walmart die Strategie des Verdrängungspreises übernehmen und einen Preiskrieg um pharmazeutische Produkte beginnen würde, um andere Einzelhändler aus dem Markt zu drängen. Wer würde dadurch geschädigt werden? Sicherlich die Verbraucher und die konkurrierenden Anbieter von Arzneimitteln.

Aber es gibt eine weniger offensichtliche Gruppe von Opfern und diese sind der Schlüssel zur Lösung des angeblichen Problems. Die Unternehmen, die Walmart mit Arzneimitteln beliefern, zählen ebenfalls zu den Verlierern. Warum? Wenn Walmart die Konkurrenten vom Markt verdrängt und dann die Arzneimittelpreise erhöht, was ja der Sinn des Ver-

drängungswettbewerbs ist, werden weniger Arzneimittel verkauft. Das ist so einfach zu verstehen, wie der Zusammenhang von Angebot und Nachfrage: Bei einem höheren Preis für eine Ware wird eine geringere Menge nachgefragt. Das bedeutet, dass ein Unternehmen wie Merck, das viele Medikamente an Walmart vertreibt, weniger von seinem Produkt verkaufen wird.

Wird Merck das einfach so hinnehmen? Nein, natürlich nicht. Da ein erfolgreicher Verdrängungswettbewerb für Walmart geringere Umsätze und Gewinne für Merck bedeuten würde, hat das Unternehmen einen starken Anreiz, Walmarts Vorhaben zu verhindern. Dies kann durch Mindest- oder Höchstpreisbindungsverträge geschehen. In einem Mindestpreisbindungsvertrag wird ein Mindestverkaufspreis festgelegt, zu dem ein Einzelhändler das Produkt eines Unternehmens verkaufen muss. Ein solcher Mindestpreis würde es Walmart von vornherein unmöglich machen, Dumpingpreise aufzurufen. Das Unternehmen müsste das Produkt mindestens zum festgelegten Mindestpreis verkaufen und könnte den Preis nicht weiter senken. Vereinbarungen über die Beibehaltung von Höchstpreisen würden es einem Unternehmen, das eine Dumpingpreis-Strategie verfolgt, ermöglichen, den Schaden zu begrenzen, wenn der Verdrängungswettbewerb erfolgreich war. Schieben wir nun erneut der Einfachheit halber alle Gründe beiseite, die wir dafür angeführt haben, warum der Verdrängungswettbewerb nicht funktionieren kann – solche Vereinbarungen würden es Einzelhändlern verbieten, ihre Produkte über einem bestimmten Preis zu verkaufen. Die vermeintlichen „Monopolgewinne“ von Walmart könnten unter einer solchen Regelung nicht in großem Umfang realisiert werden.

Fazit: Die Gewinne in der gesamten Produktionsstruktur sind bedroht, wenn eine Stufe, sei es der Einzelhandel oder irgendeine andere, versucht, sogenannte Monopolgewinne zu erzielen. Es ist ziemlich sicher, dass Unternehmen, die von einem Rückgang ihrer Gewinne bedroht sind, besonders motiviert sind, „Monopole“ zu verhindern.

Was ist aber zum Beispiel mit dem Diamantenkartell von DeBeers? Sicherlich ist das ein Beispiel für ein „Monopol“ auf dem freien Markt, das den Beteuerungen der Ökonomen entgegensteht, dass Kartelle auf einem freien Markt instabil und kurzlebig sind. Tatsächlich aber gab es nie einen freien Markt für Diamanten. Die südafrikanische Regierung verstaatlichte alle Diamantenminen, auch solche, die sie noch nicht entdeckt hatte. Ein Grundstückseigentümer, der auf seinem Grundstück Diamanten entdeckt, muss also damit rechnen, dass die Eigentumsrechte sofort auf die Regie-

rung übergehen. Minenbetreiber wiederum, die die Minen pachten, müssen von der Regierung eine Lizenz erwerben. Interessanterweise handelt es sich bei den Lizenznehmern entweder um DeBeers selbst oder um Betreiber, die ihre Diamanten über die zentrale Vertriebsorganisation von DeBeers verkaufen müssen. Bergleute, die versuchen, Diamanten unter Missachtung der staatlichen Beschränkungen zu verkaufen, müssen mit harten Strafen rechnen.

Zusammengefasst haben die Gegner des Laissez-faire die öffentliche Wahrnehmung mit einer Kombination aus schlechten Märchen und noch schlechterer Theorie verzerrt. Obwohl der Durchschnittsbürger nur wenige oder gar keine harten Fakten kennt, die untermauern, warum seine Bedenken gegenüber des Laissez-faire berechtigt sind, ist er sich dennoch sicher, dass ein solch schrecklicher Zustand vermieden werden muss und dass unsere selbstlosen Staatsdiener uns vor dem unsozialen Verhalten der unverbesserlichen privaten Raubtierkapitalisten schützen müssen.

PRIVATISIERT DIE STRAßEN

Walter Block, Ph.D.

Walter Block, Ph.D. ist ein Ökonom der österreichischen Schule und anarcho-libertärer Philosoph. Er ist Harold E. Wirth Eminent Scholar Chair in Economics und Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Loyola University New Orleans und Senior Fellow am Ludwig von Mises Institute. Der folgende Artikel ist ein Auszug aus *The Free Market Reader* (Rockwell, Llewellyn, Jr. [Ed.], 1988).

Wenn die Regierung jedes Jahr die Opferung von 50.000 Bürgern anordnen würde, würde eine empörte Öffentlichkeit aufbegehren. Wenn eine religiöse Sekte planen würde, im nächsten Jahrzehnt 523.335 Menschen zu opfern, würde man sie verbieten. Wenn eine Manson-ähnliche Sekte 790 Menschen ermorden würde, um den Volkstrauertag zu feiern, würde die Presse die größte Hetzjagd in der Geschichte dieses Landes fordern.

Wenn wir von einer Krankheit erfahren würden, an der jedes Jahr 2.077 Kinder unter fünf Jahren sterben, oder von einem Pflegeheim, in dem jedes Jahr 7.346 alte Menschen sterben, würden wir nichts unversucht lassen, um den Feind zu bekämpfen.

Wäre ein privates Unternehmen für diesen Gemetzel verantwortlich, würde es zu einer drastischen Reaktion kommen: Die Kongressabgeordneten würden Untersuchungsausschüsse einberufen, das Justizministerium würde nach Kartellrechtsverstößen suchen, man würde die Führungskräfte der Unternehmen ins Gefängnis stecken und der Ruf nach Verstaatlichung würde lauter werden.

Der Staat ist aber für ein tatsächlich reales Gemetzel von genau diesem Ausmaß verantwortlich: die Maut auf den Straßen unseres Landes. Ob auf lokaler, bundesstaatlicher, regionaler oder nationaler Ebene, es ist der Staat, der das Straßennetz baut, betreibt, verwaltet, repariert und plant.

Viele machen Alkohol und überhöhte Geschwindigkeit für Unfälle auf Autobahnen verantwortlich, ignorieren aber den eigentlichen Grund hierfür, nämlich die staatliche Kontrolle und Regulierung. Dieses zu ignorieren ist so, als würde man die Schuld an einer Panne in einem Restaurant auf die Tatsache schieben, dass ein schlecht gepflegter Ofen ausgefallen ist oder dass der Kellner mit einem beladenen Tablett auf einem fettigen Boden ausgerutscht ist. Natürlich sind die unmittelbaren Ursachen für die Unzufriedenheit der Kunden das Fleisch, das zu roh war oder das Essen, das auf dem Schoß landete statt auf dem Tisch. Aber wie können diese Faktoren für sich gesehen dafür verantwortlich gemacht werden, während die Rolle der Restaurantleitung ignoriert wird?

Es ist die Aufgabe des Restaurantmanagers, dafür zu sorgen, dass die Öfen ordnungsgemäß funktionieren und der Fußboden sauber ist. Wenn er versagt, ist er verantwortlich, nicht die Öfen oder Fußböden. Wir machen für den Mord nicht die Kugel verantwortlich, sondern denjenigen mit dem Finger am Abzug. Wenn in einem privaten, mehrstöckigen Parkhaus oder in einem Einkaufszentrum unsichere Bedingungen herrschen, wird der betreffende Unternehmer zur Verantwortung gezogen.

Warum dann die Gleichgültigkeit gegenüber den Grausamkeiten, die tagtäglich auf den staatlichen Straßen passieren? Warum gibt es keinen öffentlichen Aufschrei? Wahrscheinlich, weil die meisten Menschen keine Alternative zum Staatseigentum sehen. So wie niemand gegen einen Vulkan „opponiert“ oder „protestiert“, von dem man annimmt, dass er sich der Kontrolle durch die Menschen entzieht, gibt es nur wenige, die sich gegen die staatliche Kontrolle von Straßen aussprechen. Ich vertrete jedoch die Ansicht, dass wir das Eigentum und die Kontrolle über die Straßen in private Hände legen und die gesamte Dienstleistung dem freien Markt überlassen müssen, um die Zahl der Verkehrstoten praktisch zu eliminieren. Die Idee eines vollständig privaten Marktes für Straßen, Wege und Autobahnen wird wahrscheinlich von vornherein abgelehnt, weil die Menschen glauben, dass eine staatliche Straßenverwaltung unvermeidlich ist. Der Staat war schon immer Eigentümer von Straßen, daher ist ein anderes System undenkbar.

Aber das Verkehrswesen ist nichts Besonderes: Die wirtschaftlichen Grundsätze, die wir in praktisch jedem anderen Bereich der menschlichen Erfahrung als selbstverständlich akzeptieren, gelten auch hier. Wie immer liegt der Vorteil des Marktes in dem automatischen Belohnungs- und Bestrafungssystem, das durch Gewinne und Verluste entsteht. Wenn die Kunden zufrieden sind, bleiben sie bei den Händlern, die sie gut behandelt

haben. Unternehmen, denen es gelingt, die Verbraucher zufriedenzustellen, erzielen einen Gewinn, während Unternehmer, denen es nicht gelingt, schnell bankrott sind.

Der Marktprozess regelt die Produktion des Großteils unserer Konsumgüter und Investitionsgüter. Derselbe Prozess, der uns mit Füllfederhaltern, Frisbees und Fischstäbchen versorgt, kann uns auch Straßen versorgen.

Warum sollte ein Unternehmen oder eine Einzelperson eine Straße bauen oder eine bereits vorhandene kaufen? Aus demselben Grund wie bei jedem anderen Geschäft: um Gewinne zu erzielen. Die erforderlichen Mittel würden auf ähnliche Weise aufgebracht: durch die Ausgabe von Aktien, durch Anleihen oder aus den Ersparnissen des Eigentümers. Die Risiken wären dieselben: Kunden anzuziehen und zu florieren, oder dies nicht zu tun und pleite zu gehen. So wie ein privates Unternehmen nur selten Burger umsonst verteilt, wäre die Nutzung von Straßenraum kostenpflichtig. Ein Straßenbauunternehmen hätte praktisch die gleichen Probleme zu bewältigen wie andere Unternehmen auch: Arbeitskräfte anwerben, Unteraufträge vergeben, Kunden zufrieden stellen, mit den Preisen der Wettbewerber mithalten, Innovationen einführen, Geld leihen, expandieren usw.

Der Straßenbauunternehmer müsste versuchen, die Verkehrsüberlastung einzudämmen, die Zahl der Verkehrsunfälle zu verringern und neue Einrichtungen in Abstimmung mit den bereits bestehenden Autobahnen sowie in Verbindung mit den Plänen anderer für neue Erweiterungen zu planen und zu gestalten. Er würde auch die Aufgaben übernehmen, die jetzt von der Regierung erledigt werden, wie (manchmal) das Beseitigen von Schlaglöchern, das Aufstellen von Straßenschildern und Leitplanken, die Instandhaltung von Fahrbahnmarkierungen, die Reparatur von Ampeln und der unzähligen anderen „Straßenmöbel“, die den Verkehr in Gang halten.

Nach dem derzeitigen System hat ein Straßenverwalter nichts zu verlieren, wenn sich ein Unfall ereignet und mehrere Menschen auf einer staatlichen Autobahn getötet werden. Ein Beamter bezieht sein Jahresgehalt unabhängig davon, wie viele Unfälle sich in seinem Bereich ereignen. Wäre er jedoch ein privater Straßenbesitzer, der mit anderen Straßenbesitzern konkurriert, würden souveräne Verbraucher, denen die Sicherheit am Herzen liegt, seine Straße nicht nutzen, so dass der Besitzer Geld verlieren und in Konkurs gehen würde.

Ein häufiger Einwand gegen Privatstraßen ist die Annahme, alle paar Meter anhalten und eine Münze an einer Mautstation abliefern zu müssen. Dies würde auf dem Markt einfach nicht vorkommen. Man stelle sich das auf einem kommerziellen Golfplatz vor: Die Golfer müssen sich an jedem Loch in eine Schlange stellen oder müssen für jeden Schlag eine Gebühr bezahlen. Ein solches Unternehmen würde sehr schnell alle Kunden verlieren und pleitegehen. Private Straßen würden Skalierungsvorteile nutzen, bei denen es sich für Unternehmer lohnen würde, die Mauterhebungsrechte von den Millionen von Nutzern zu kaufen, um das System so zu rationalisieren, dass weniger Mautstellen den Verkehr behindern.

Ein Szenario würde dem Modell der Einkaufszentren folgen: Ein einzelner Eigentümer oder Bauherr würde ein Gebiet kaufen und Straßen und Gebäude darauf errichten. Ebenso wie viele Bauherren von Einkaufszentren die Kontrolle über Parkplätze, Einkaufszentren und andere Gemeinschaftsflächen behalten, würde der Unternehmer den Betrieb von Gemeinschaftsflächen wie Straßen, Gehwegen usw. gewährleisten. Die Gebühren für Anwohner, Gäste und Anlieferer wären niedrig oder würden gar nicht erhoben werden, wie in modernen Einkaufszentren.

Auf einer Straße sollte der Verkehr ständig ungehindert fließen. Wenn sie einer Person oder einem Unternehmen gehört, das sie entweder gebaut oder die Nutzungsrechte von den Vorbesitzern gekauft hat, wäre es nicht besonders klug, überall Mautstellen zu installieren. Inzwischen gibt es preiswerte elektronische Geräte, die vorbeifahrende Pkw oder Lkw registrieren können. Wenn das Fahrzeug den Kontrollpunkt passiert, kann die Information an einen Computer übertragen werden, der eine monatliche Rechnung für die gesamte Straßennutzung erstellen und diese sogar automatisch versenden kann. Die Bezahlung von Straßenbenutzungsgebühren könnte auf ebenso unauffällige Weise erfolgen wie heute die Abrechnung von Versorgungsleistungen.

Es ist unmöglich, das genaue Erscheinungsbild einer Branche vorherzusagen, die es noch nicht gibt. Ich bin nicht dazu in der Lage, den Entwurf für einen künftigen privaten Transport- und Verkehrsmarkt zu erstellen. Ich kann nicht sagen, wie viele Straßenbesitzer es geben wird, welche Art von Straßenverkehrsregeln sie aufstellen werden, wie viel es pro Kilometer kosten wird usw. Ich kann nur sagen, dass Markt und Wettbewerb die Unternehmer im Straßenverkehr dazu bringen wird, nach neuen und besseren Wegen zu suchen, um die Bedürfnisse ihrer Kunden zu befriedigen.

Kommen wir zurück auf die Frage der Sicherheit. Die staatlichen Straßenbetreiber leisten hier keine gute Arbeit. Wer sich ansieht, was passiert,

wenn die Sicherheit in anderen Verkehrsmitteln auf dem Spiel steht, weiß schnell, warum. Wenn es bei einer Fluggesellschaft zu einem Unfall kommt, überlegen es sich die Passagiere zweimal, bevor sie mit dieser Fluggesellschaft fliegen und in der Regel verliert sie Kunden. Fluggesellschaften mit ausgezeichneter Sicherheitshistorie haben festgestellt, dass sich die Öffentlichkeit der Sicherheit bewusst ist und ihre Entscheidungen auf dieser Grundlage trifft. Ein „explosionsgefährdeter Pinto“ wäre nicht lange auf einer Privatstraße unterwegs, ebenso wenig wie die Privatisierung der Straßen rücksichtslose Fahrer und Schlaglöcher erzeugen würde. Ich kenne nicht alle Details, wie ein zukünftiges marktwirtschaftliches Straßensystem funktionieren könnte. Aber ich weiß, dass es „einen besseren Weg“ gibt. Und das ist der freie Markt.

UTILITARISMUS UND VOLUNTARISMUS

Danny Duchamp

Danny Duchamp erstellt Videos und Essays über Freiheit, Wirtschaft und Philosophie aus einer konsequent libertären Perspektive.

Aus utilitaristischer Sicht ist keine andere Position als der Voluntarismus vertretbar. Selbst wenn ich dich davon überzeugen sollte, könntest du mir entgegen, dass du kein Utilitarist bist und dass dieses dich daher nicht vom Voluntarismus überzeugt. Du musst jedoch kein Utilitarist sein, um von utilitaristischen Argumenten überzeugt zu werden. Der Utilitarismus vertritt die These, dass man das tun sollte, was den „Nutzen“ oder die „Verwirklichung der menschlichen Werte“ maximiert. Du bist vielleicht nicht der Meinung, dass die maximale Verwirklichung menschlicher Werte immer das Richtige ist, aber wahrscheinlich liegen dir die menschlichen Werte zumindest ein wenig am Herzen, so dass es sich trotzdem lohnt, sich die utilitaristische Analyse genauer anzusehen.

Oder vielleicht bist du ein Utilitarist. Dann funktioniert das auch. Voluntaristen vertreten die These, dass Interaktionen, bei denen beide Parteien freiwillig zustimmen (Handel, Spiele usw.), den Interaktionen, bei denen eine Partei die andere zu etwas zwingt (Gewalt, Diebstahl usw.), generell vorzuziehen sind.

Ich könnte die utilitaristische Rechtfertigung des Voluntarismus plausibel begründen, indem ich einfach auf die Milliarden von Menschen verweise, die sich in den letzten Jahrhunderten durch freiwilligen Handel aus der Armut befreien konnten. Seit 1820 hat sich das Pro-Kopf-BIP weltweit verfünfeinfacht,¹ der Prozentsatz der Menschen, die in extremer Armut

¹ „GDP per capita, 1820 to 2018“ Our World in Data, Global Change Data Lab, <https://ourworldindata.org/grapher/gdp-per-capita-maddison-2020>.

leben (weniger als 1,90 Dollar pro Tag, inflationsbereinigt), ist von über 90 auf unter 10 Prozent gesunken,² und der Durchschnittsbürger hat Zugang zu einer Vielfalt an Lebensmitteln, Unterhaltung und Technologie, von der selbst Könige in früheren Wirtschaftssystemen nicht einmal träumen konnten. Die utilitaristischen Vorteile des freiwilligen Handels sind so gewaltig, dass kein ehrlicher Utilitarist eine Alternative in Betracht ziehen könnte.

Dieses Argument macht jedoch nicht deutlich, warum wir die Triumphe des Kapitalismus der Freiwilligkeit zuschreiben können. Noch wichtiger ist, dass es die tiefere philosophische Verbindung zwischen Voluntarismus und Utilitarismus außer Acht lässt. Beginnen wir mit der Perspektive eines Utilitaristen, um diese Fragen zu klären.

Das Problem bei der utilitaristischen Analyse ist, dass sich einige Werte gegenseitig ausschließen. Wenn ich einen Apfel esse, kannst du ihn nicht mitessen. Mein Wert, einen Apfel zu essen, ist verwirklicht, deiner nicht. Wir müssen also bestimmen, für wen der Apfel „mehr wert ist“. Manchmal mag dies intuitiv einleuchtend sein. Wir sind uns wahrscheinlich einig, dass der Apfel für mich mehr wert wäre als für dich, wenn ich vor Hunger sterbe und du gleichzeitig nicht einmal sicher bist, ob du den Apfel aufessen würdest. In anderen Situationen ist das nicht so offensichtlich. Wenn keiner von uns beiden hungert und wir beide Äpfel mögen, für wen ist er dann mehr wert? Das ist schwer zu sagen.

Warum ist es im Extremfall so offensichtlich? Vielleicht weil wir wissen, dass ich bereit dazu wäre, mehr zu opfern. Wäre der Apfel auf einem hohen Ast, wäre ich eher bereit, hinaufzuklettern, um ihn zu holen. Wenn der Apfel zum Verkauf stünde, wäre ich bereit, mehr zu bezahlen. Diese vom Extremfall abgeleitete Erkenntnis gibt uns eine Möglichkeit, einzuschätzen, wer etwas in weniger offensichtlichen Situationen mehr schätzt, als ein anderer. Wenn ich nämlich bereit wäre, mehr für etwas mehr zu bezahlen (in Form von Aufwand, Geld oder irgendetwas anderem) als andere, dann hat es für mich einen höheren Wert.

Glücklicherweise regelt sich dieses System weitgehend von selbst. Wenn einer von uns den Apfel besitzt und der andere ihn mehr schätzt, kann ihn der eine dem anderen abkaufen. Das bedeutet nicht nur, dass der Käufer etwas davon hat, sondern auch, dass der Verkäufer besser gestellt sein muss

² „World population living in extreme poverty, World, 1820 to 2015,” Our World in Data, Global Change Data Lab, <https://ourworldindata.org/grapher/world-population-in-extreme-poverty-absolute>.

als vorher. Wenn der Käufer den Apfel nicht höher bewertet hätte als das Geld, hätte er ihn nicht gekauft. Wäre dem Verkäufer das Geld nicht mehr wert gewesen als der Apfel, hätte er den Apfel nicht verkauft.

Das System ist nur deshalb *weitgehend* selbstorganisierend, weil die Menschen zwar im Allgemeinen einen Anreiz haben, sich danach zu richten, aber es gibt eine Ausnahme: den Zwang. Ich möchte den Apfel vielleicht *nicht* von dir kaufen, wenn ich ihn mir einfach mit Gewalt nehmen kann. Meine Werte sind immer noch verwirklicht (ich muss den Apfel höher bewerten als die Mühe, ihn dir wegzunehmen), deine aber nicht (der Apfel muss für dich mehr wert sein, als das *Nichts*, das du von mir als Gegenleistung dafür erhältst, sonst hättest du ihn mir einfach so gegeben). Damit sind wir wieder bei dem Problem, zu bestimmen, wessen Werte wichtiger sind.

Es ist sogar noch schlimmer. Wenn ich versuche, dir etwas wegzunehmen, wirst du dich wehren. Das wird für uns beide Kosten in Form von Sach- und Körperschäden verursachen, zusätzlich zu den Kosten für die Sicherheit, die du aufwenden musst, um gegen künftige Übergriffe vorzusorgen. Es ist nicht nur so, dass freiwillige Handlungen den Gesamtnutzen tendenziell erhöhen und Zwangshandlungen diese Tendenz nicht haben; Zwangshandlungen *verringern* den Gesamtnutzen eher.

Die Freiwilligkeit gibt uns also eine Methode an die Hand, mit der wir bestimmen können, wer was bekommt, und zwar so, dass der Gesamtnutzen maximiert wird. Wenn sich jemand etwas aus der Natur aneignet, was keinen Eigentümer hat, dann lass ihn einfach in Ruhe; er hat gerade seinen Nutzen erhöht. Wenn er dieses Eigentum mit jemand anderem tauscht, dann lass ihn dabei in Ruhe; beide haben gerade ihren Nutzen erhöht. Wenn er jedoch das Eigentum eines anderen stiehlt oder beschädigt, dann *halte ihn auf! Er hat gerade den Gesamtnutzen verringert!*

Wenn wir diese Grundsätze des Privateigentums und des freiwilligen Tauschs konsequent anwenden, müssen wir sie auch auf „Kapitalgüter“ anwenden, d. h. auf Güter, die zur Herstellung anderer Güter verwendet werden (Werkzeuge, Maschinen, Unternehmen usw.). Wenn diese Güter jederzeit beschlagnahmt werden können, gäbe es wenig Grund, sie zu produzieren. Umgekehrt hat man, wenn man das Eigentum von Investitionsgütern zuverlässig aufrechterhalten kann, einen Gewinnanreiz, sie zu produzieren und das, was sie produzieren, an den Rest der Welt zu verkaufen. Auf diese Weise hat der Kapitalismus (das Privateigentum an Kapitalgütern) den beispiellosen Lebensstandard erreicht, von dem wir eingangs sprachen.

Das soll nicht heißen, dass die Welt, in der wir heute leben, vollständig auf freiwilliger Basis funktioniert. Diebstahl, Betrug, Mord und Körperverletzung kommen immer noch regelmäßig vor. Besteuerung, Krieg, Gesetze gegen opferlose Verbrechen und eine endlose Liste anderer staatlicher Maßnahmen verletzen jeden Tag das Prinzip der freiwilligen Zustimmung der Menschen. Unsere Überlegungen zeigen, dass jede dieser Handlungen die Gesamtverwirklichung menschlicher Werte verringert. Zumindest in dem Maße, in dem dir die menschlichen Werte am Herzen liegen, solltest du versuchen, diese Zwangshandlungen zu verhindern. Zusammengefasst: Zumindest in dem Maße, in dem man Utilitarist ist, sollte man ein Voluntarist sein.

MARXISTISCHE UND ÖSTERREICHISCHE KLASSENANALYSE

Hans-Hermann Hoppe, Ph.D.

Hans-Hermann Hoppe ist ein Ökonom der Österreichischen Schule, ein liberärer/anarchokapitalistischer Philosoph und emeritierter Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität von Nevada, Las Vegas. Der folgende Artikel stammt aus *The Journal of Libertarian Studies*, Vol. IX, No. 2 (Herbst 1990).

In diesem Kapitel werde ich Folgendes tun: Zunächst werde ich eine Reihe von Thesen vorstellen, die den harten Kern der marxistischen Geschichtstheorie bilden. Ich behaupte, dass alle diese Thesen im Wesentlichen richtig sind. Dann werde ich zeigen, wie diese wahren Thesen im Marxismus von einem falschen Ausgangspunkt abgeleitet werden. Schließlich möchte ich zeigen, wie die Österreichische Schule der Nationalökonomie in der Tradition von Mises und Rothbard eine richtige, aber kategorisch andere Erklärung für ihre Gültigkeit geben kann.

Beginnen wir mit dem harten Kern des marxistischen Glaubenssystems:¹

(1) „Die Geschichte der Menschheit ist die Geschichte des Klassenkampfes.“² Sie ist die Geschichte von Kämpfen zwischen einer relativ kleinen herrschenden Klasse und einer größeren Klasse von Ausgebeuteten. Die

¹ Siehe zum Folgenden Karl Marx und Frederic Engels, *The Communist Manifesto* (1848); Karl Marx, *Das Kapital*, 3 vols. (1867; 1885; 1894); als zeitgenössische Marxisten Ernest Mandel, *Marxist Economic Theory* (London: Merlin, 1962); idem, *Late Capitalism* (London: New Left Books, 1975); Paul Baran und Paul Sweezy, *Monopoly Capital* (New York: Monthly Review Press, 1966); aus einer nichtmarxistischen Perspektive Leszek Kolakowski, *Main Currents of Marxism* (Oxford: Clarendon Press, 1995); G. Wetter, *Sowjetideologie heute* (Frankfurt/M.: Fischer, 1962), Bd. 1; W. Leonhard, *Sowjetideologie heute* (Frankfurt/M.: Fischer, 1962), Bd. 2.

² Marx und Engels, *The Communist Manifesto* (section 1).

primäre Form der Ausbeutung ist ökonomisch: Die herrschende Klasse enteignet einen Teil der Produktionsleistung der Ausgebeuteten oder, wie die Marxisten sagen, „sie eignet sich ein gesellschaftliches Mehrprodukt an und verwendet es für ihre eigenen konsumtiven Zwecke.“

(2) Die herrschende Klasse ist durch ihr gemeinsames Interesse an der Aufrechterhaltung ihrer Ausbeutungsposition und der Maximierung ihres ausbeuterisch angeeigneten Mehrprodukts geeint. Sie gibt niemals absichtlich Macht oder Ausbeutungseinkommen auf. Vielmehr muss ihr jeder Macht- oder Einkommensverlust durch Kämpfe abgerungen werden, deren Ausgang letztlich vom Klassenbewusstsein der Ausgebeuteten abhängt, d. h. davon, ob und inwieweit sich die Ausgebeuteten ihres eigenen Status bewusst sind und sich bewusst mit anderen Klassenmitgliedern im gemeinsamen Widerstand gegen die Ausbeutung zusammenschließen.

(3) Die Klassenherrschaft manifestiert sich in erster Linie in spezifischen Vereinbarungen über die Vergabe von Eigentumsrechten oder, in marxistischer Terminologie, in spezifischen „Produktionsverhältnissen“. Um diese Vereinbarungen oder Produktionsverhältnisse zu schützen, bildet die herrschende Klasse den Staat als Zwangsapparat und verfügt über ihn. Der Staat setzt eine gegebene Klassenstruktur durch und trägt zu ihrer Reproduktion bei, indem er ein System der „Klassenjustiz“ verwaltet und er hilft bei der Schaffung und Unterstützung eines ideologischen Überbaus, der der Existenz der Klassenherrschaft Legitimität verleihen soll.

(4) Intern erzeugt der Prozess der Konkurrenz innerhalb der herrschenden Klasse eine Tendenz zur zunehmenden Konzentration und Zentralisierung. Ein multipolares Ausbeutungssystem wird nach und nach durch ein oligarchisches oder monopolistisches abgelöst. Es verbleiben immer weniger Ausbeutungszentren, die zunehmend in eine hierarchische Ordnung eingebunden werden. Nach außen hin (d. h. in Bezug auf das internationale System) wird dieser Zentralisierungsprozess zu imperialistischen zwischenstaatlichen Kriegen und zur territorialen Ausdehnung der Ausbeuterherrschaft führen, und zwar umso intensiver, je weiter er fortgeschritten ist.

(5) Schließlich wird mit der Zentralisierung und Ausdehnung der Ausbeuterherrschaft, die sich allmählich ihrer endgültigen Grenze der Welt-herrschaft nähert, die Klassenherrschaft zunehmend unvereinbar mit der weiteren Entwicklung und Verbesserung der „Produktivkräfte“ werden. Wirtschaftliche Stagnation und Krisen werden immer charakteristischer und schaffen die „objektiven Bedingungen“ für das Entstehen eines revolutionären Klassenbewusstseins der Ausgebeuteten. Die Situation wird reif

für die Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft, das „Absterben des Staates“, die Ersetzung der Herrschaft der Menschen über die Menschen durch die Verwaltung der Dinge³ und, als Folge davon, eine unerhörte wirtschaftliche Prosperität.

Alle diese Thesen lassen sich, wie ich zeigen werde, sehr gut begründen. Leider hat aber gerade der Marxismus, der sie alle vertritt, mehr als jedes andere ideologische System dazu beigetragen, ihre Gültigkeit zu diskreditieren, indem er sie aus einer offenkundig absurden Ausbeutungstheorie ableitete.

Worin besteht diese marxistische Theorie der Ausbeutung? Nach Marx sind vorkapitalistische Gesellschaftssysteme wie die Sklaverei und der Feudalismus durch Ausbeutung gekennzeichnet. Das ist nicht zu beanstanden. Denn schließlich ist der Sklave kein freier Arbeiter und man kann nicht sagen, dass er von seiner Versklavung profitiert. Vielmehr wird sein Nutzen durch die Versklavung auf Kosten einer Vermehrung des Reichtums, den sich der Sklavenhalter aneignet, verringert. Die Interessen des Sklaven und des Sklavenhalters sind in der Tat antagonistisch. Gleiches gilt für die Interessen des Feudalherrn, der von einem Bauern, der auf einem von ihm selbst bewirtschafteten Grundstück arbeitet (d. h. dem Bauern), eine Pacht einnimmt. Die Gewinne des Feudalherrn sind die Verluste des Bauern. Es ist auch unbestritten, dass sowohl die Sklaverei als auch der Feudalismus die Entwicklung der Produktivkräfte behindern. Weder Sklaven noch Leibeigene werden so produktiv sein, wie sie es ohne Sklaverei oder Leibeigenschaft wären.

Die wirklich neue marxistische Idee ist, dass sich an der Ausbeutung im Kapitalismus im Grunde nichts ändert (wenn der Sklave zum freien Arbeiter wird) oder wenn der Bauer beschließt, Land zu bewirtschaften, das ihm jemand anderes überlassen hat und dafür Pacht zahlt. In dem berühmten Kapitel 24 des ersten Bandes von *Das Kapital* mit dem Titel „Die sogenannte ursprüngliche Akkumulation“ beschreibt Marx eine historische Darstellung der Entstehung des Kapitalismus, in der er darauf hinweist, dass ein Großteil oder sogar der größte Teil des ursprünglichen kapitalistischen Eigentums das Ergebnis von Plünderung, Abzäunung und Eroberung ist. In ähnlicher Weise wird in Kapitel 25 über die „Moderne marxis-

³ *The Communist Manifesto* (section 2, last 2 paragraphs); Frederic Engels, *Von tier Autorität*, in Karl Marx and Frederic Engels, *Ausgewählte Schriften*, 2 vols. (East Berlin: Dietz, 1953), vol. 1, p. 606; idem, *Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft*, *ibid.*, vol. 2, p. 139.

tische und österreichische Klassenanalyse – Theorie des Kolonialismus“ die Rolle von Zwang und Gewalt beim Export des Kapitalismus in die – wie wir heute sagen würden – Dritte Welt stark betont. Das alles ist zwar grundsätzlich richtig und insofern ist es auch nicht zu beanstanden, wenn man einen solchen Kapitalismus als ausbeuterisch bezeichnet. Doch sollte man sich darüber im Klaren sein, dass Marx hier einen Trick anwendet. Indem er sich auf historische Untersuchungen einlässt und die Empörung des Lesers über die Grausamkeiten erregt, die der Entstehung vieler kapitalistischer Vermögen zugrunde liegen, weicht er dem eigentlichen Thema aus. Er lenkt von der Tatsache ab, dass seine These in Wirklichkeit eine ganz andere ist; nämlich, dass, selbst wenn man sozusagen einen „sauberen“ Kapitalismus hätte (in dem die ursprüngliche Aneignung des Kapitals das Ergebnis von nichts anderem als Heimarbeit, Arbeit und Sparen wäre), der Kapitalist, der Arbeitskräfte anheuert, um mit diesem Kapital beschäftigt zu werden, dennoch Ausbeutung betreiben würde. In der Tat betrachtete Marx den Beweis dieser These als seinen wichtigsten Beitrag zur ökonomischen Analyse.

Worin besteht nun sein Beweis für den ausbeuterischen Charakter eines reinen Kapitalismus? Er besteht in der Feststellung, dass die Faktorpreise, insbesondere die Löhne, die der Kapitalist den Arbeitern zahlt, niedriger sind als die Produktionspreise. Der Arbeiter zum Beispiel erhält einen Lohn, der Konsumgüter repräsentiert, die in drei Tagen produziert werden können, aber er arbeitet tatsächlich fünf Tage für seinen Lohn und produziert eine Charge von Konsumgütern, die den Lohn übersteigt, den er erhält. Die Produktion der zwei zusätzlichen Tage, der Mehrwert in der marxistischen Terminologie, wird vom Kapitalisten angeeignet. Nach Marx liegt also Ausbeutung vor.⁴

⁴ Siehe Marx, *Das Kapital*, vol. 1; seine kürzeste Darstellung ist *Lohn, Preis, Profit* (1865). Um die spezifischere marxistische These zu beweisen, dass ausschließlich der Eigentümer von Arbeitsleistungen ausgebeutet wird (nicht aber der Eigentümer des anderen originären Produktionsfaktors: Boden), wäre in der Tat noch ein weiteres Argument erforderlich. Denn wenn es zuträfe, dass die Diskrepanz zwischen Faktor- und Produktionspreisen ein Ausbeutungsverhältnis darstellt, würde dies nur zeigen, dass der Kapitalist, der Arbeitsleistungen von einem Eigentümer von Arbeit und Bodenleistungen von einem Eigentümer von Boden mietet, entweder Arbeit oder Boden oder Arbeit und Boden gleichzeitig ausbeutet. Es ist natürlich die Arbeitswerttheorie, die hier das fehlende Glied liefern soll, indem sie versucht, die Arbeit als einzige Quelle des Wertes zu etablieren. Ich werde mir die Aufgabe ersparen, diese Theorie zu widerlegen. Es gibt heute nur noch wenige, selbst unter denjenigen, die sich als Marxisten bezeichnen, die die Fehlerhaftigkeit der Arbeitswerttheorie nicht erkennen. Vielmehr

Was ist an dieser Analyse falsch?⁵ Die Antwort wird offensichtlich, wenn man sich fragt, warum der Arbeiter überhaupt einem solchen Geschäft zustimmen würde! Er stimmt zu, weil seine Lohnzahlung gegenwärtigen Gütern entspricht – während seine eigene Arbeitsleistung nur zukünftigen Gütern entspricht – und er gegenwärtige Güter höher bewertet. Schließlich könnte er auch beschließen, seine Arbeitsleistung nicht an den Kapitalisten zu verkaufen und dann den vollen Wert seiner Produktion selbst einsetzen. Aber das würde natürlich bedeuten, dass er länger warten müsste, bis ihm irgendwelche Konsumgüter zur Verfügung stehen. Indem er seine Arbeitsleistung verkauft, zeigt er, dass er eine kleinere Menge an Konsumgütern jetzt einer möglicherweise größeren Menge zu einem späteren Zeitpunkt vorzieht. Andererseits, warum sollte der Kapitalist mit dem Arbeiter ein Geschäft machen wollen? Warum sollte er dem Arbeiter gegenwärtige Güter (Geld) als Gegenleistung für Dienstleistungen vorstrecken, die erst später Früchte tragen? Natürlich würde er nicht jetzt 100 Dollar auszahlen wollen, wenn er den gleichen Betrag in einem Jahr erhalten würde. Warum sollte er sie dann nicht einfach ein Jahr lang behalten und den zusätzlichen Vorteil erhalten, dass er während der gesamten Zeit die tatsächliche Verfügungsmöglichkeit über sie hat? Stattdessen muss er erwarten, dass er in der Zukunft eine größere Summe als 100 Dollar erhält, wenn er jetzt 100 Dollar in Form von Löhnen an den Arbeiter abgibt. Er muss erwarten, dass er einen Gewinn oder besser gesagt eine Verzinsung erzielen kann. Er wird auch durch die Zeitpräferenz, d. h. die Tatsache, dass ein Akteur immer frühere gegenüber späteren Gütern bevorzugt, auf eine weitere Weise eingeschränkt. Denn wenn man eine größere Summe in der Zukunft erhalten

werde ich um des Arguments willen den Vorschlag akzeptieren, den zum Beispiel der selbsternannte „analytische Marxist“ John Roemer (*A General Theory of Exploitation and Class* [Cambridge, Mass.: Harvard University Press, 1982]; idem, *Value, Exploitation and Class* [London: Harwood Academic Publishers, 1985]), dass die Theorie der Ausbeutung analytisch von der Arbeitswerttheorie getrennt werden kann; und dass eine „verallgemeinerte Warenausbeutungstheorie“ formuliert werden kann, die unabhängig davon gerechtfertigt werden kann, ob die Arbeitswerttheorie wahr ist oder nicht. Ich möchte zeigen, dass die marxistische Ausbeutungstheorie selbst dann unsinnig ist, wenn man ihre Befürworter davon freisprechen würde, die Arbeitswerttheorie beweisen zu müssen und selbst dann, wenn die Arbeitswerttheorie wahr wäre. Selbst eine verallgemeinerte Warenausbeutungstheorie entgeht nicht der Schlussfolgerung, dass die marxistische Ausbeutungstheorie völlig falsch ist.

⁵ Siehe zum Folgenden Eugen von Böhm-Bawerk, *The Exploitation Theory of Socialism-Communism* (South Holland, Ill.: Libertarian Press, 1975); idem, *Shorter Classics of Böhm-Bawerk* (South Holland, Ill.: Libertarian Press, 1962).

kann, indem man eine kleinere in der Gegenwart opfert, warum spart der Kapitalist dann nicht mehr, als er tatsächlich tut? Warum stellt er nicht mehr Arbeiter ein, wenn jeder von ihnen einen zusätzlichen Zinsertrag verspricht? Die Antwort dürfte auch hier auf der Hand liegen: Weil der Kapitalist auch ein Konsument ist und nicht anders kann. Die Höhe seiner Ersparnisse und Investitionen wird durch die Notwendigkeit begrenzt, dass auch er, wie der Arbeiter, einen Vorrat an gegenwärtigen Gütern benötigt, „der groß genug ist, um die Befriedigung all jener Bedürfnisse zu sichern, deren Befriedigung während der Wartezeit als dringender angesehen wird als die Vorteile, die eine noch größere Verlängerung der Produktionsperiode gewähren würde“.⁶

Der Fehler in der Marx'schen Ausbeutungstheorie liegt also darin, dass er das Phänomen der Zeitpräferenz nicht als eine universelle Kategorie menschlichen Handelns versteht.⁷ Dass der Arbeiter nicht seinen „vollen Wert“ erhält, hat nichts mit Ausbeutung zu tun, sondern spiegelt lediglich die Tatsache wider, dass es dem Menschen unmöglich ist, zukünftige Güter gegen gegenwärtige einzutauschen, es sei denn mit einem Abschlag. Im Gegensatz zum Fall von Sklave und Sklavenhalter, wo der letztere auf Kosten des ersteren profitiert, ist die Beziehung zwischen dem freien Arbeiter und dem Kapitalisten eine für beide Seiten vorteilhafte. Der Arbeiter geht die Vereinbarung ein, weil er aufgrund seiner Zeitpräferenz eine geringere Menge an gegenwärtigen Gütern einer größeren Menge an zukünftigen vorzieht; und der Kapitalist geht sie ein, weil er aufgrund seiner Zeitpräferenz eine umgekehrte Präferenzordnung hat und eine größere Menge an zukünftigen Gütern höher einschätzt als eine kleinere gegenwärtige. Ihre Interessen sind nicht antagonistisch, sondern harmonisch. Ohne die Zinserwartung des Kapitalisten wäre der Arbeiter schlechter dran, wenn er länger warten müsste, als er warten möchte; und ohne die Präferenz des Arbeiters für gegenwärtige Güter wäre der Kapitalist schlechter dran, wenn er auf weniger umständliche und weniger effiziente Produktionsmethoden zurückgreifen müsste, als die, die er anstrebt. Das kapitalistische Lohnsystem kann auch nicht, wie Marx behauptet, als ein Hindernis für die weitere Entwicklung der Produktionskräfte angesehen werden. Wenn

⁶ Ludwig von Mises, *Human Action* (Chicago: Regnery, 1966), p. 407; siehe auch Murray N. Rothbard, *Man, Economy, and State* (Los Angeles: Nash, 1970), pp. 300–301.

⁷ Siehe zur Zeitpräferenztheorie des Zinses neben den in den Anmerkungen 5 und 6 zitierten Werken auch Frank Fetter, *Capital, Interest and Rent* (Kansas City: Sheed Andrews and McMeel, 1977).

es dem Arbeiter nicht erlaubt wäre, seine Arbeitsleistung zu verkaufen und dem Kapitalisten, sie zu kaufen, wäre die Produktion nicht höher, sondern niedriger, weil die Produktion mit einem relativ geringeren Niveau der Kapitalakkumulation stattfinden müsste.

In einem vergesellschafteten Produktionssystem würde die Entwicklung der Produktivkräfte entgegen den Marx'schen Proklamationen keine neuen Höhen erreichen, sondern dramatisch sinken.⁸ Denn natürlich muss die Kapitalakkumulation von bestimmten Individuen zu bestimmten Zeitpunkten und in bestimmten Räumen durch Heimarbeit, Produktion und/oder Sparen bewirkt werden. In jedem Fall erfolgt sie in der Erwartung, dass sie zu einer Steigerung der Produktion zukünftiger Güter führt. Der Wert, den ein Akteur seinem Kapital beimisst, spiegelt den Wert wider, den er allen erwarteten zukünftigen Einkommen beimisst, die seiner Kooperation zuzuschreiben sind und mit seiner Zeitpräferenzrate abgezinst werden. Wenn, wie im Fall der von Produktionsfaktoren in Kollektiveigentum, einem Akteur nicht mehr die ausschließliche Kontrolle über sein akkumuliertes Kapital und damit über das aus seinem Einsatz zu erzielende künftige Einkommen zugestanden wird, sondern die Teilkontrolle stattdessen an Nicht-Häuslebauer, Nicht-Produzenten und Nicht-Sparer übertragen wird, verringert sich für ihn der Wert des erwarteten Einkommens und damit der Wert der Kapitalgüter. Seine effektive Zeitpräferenzrate wird steigen und es wird weniger auf die knappen Ressourcen zurückgegriffen und weniger für die Erhaltung der vorhandenen Ressourcen und die Produktion neuer Kapitalgüter gespart. Die Periode der Produktion, die Rundheit der Produktionsstruktur, wird verkürzt und es kommt zu einer relativen Verarmung.

Wenn die Marx'sche Theorie der kapitalistischen Ausbeutung und seine Vorstellungen über die Beendigung der Ausbeutung und die Schaffung von allgemeinem Wohlstand bis zur Lächerlichkeit falsch sind, dann ist klar, dass jede Theorie der Geschichte, die daraus abgeleitet werden kann, ebenfalls falsch sein muss. Oder wenn sie richtig sein sollte, muss sie falsch abgeleitet worden sein. Anstatt alle Fehler in der marxistischen Argumentation, die von der kapitalistischen Ausbeutungstheorie ausgeht und mit der von mir vorgestellten Geschichtstheorie endet, ausführlich zu erläu-

⁸ Siehe zum Folgenden Hans-Hermann Hoppe, *A Theory of Socialism and Capitalism* (Boston: Kluwer Academic Publishers, 1989); idem, „Why Socialism Must Fail,“ *Free Market* (July 1988); idem, „The Economics and Sociology of Taxation,“ *Journal des Economistes et des Etudes Humaines* (1990); *supra* chap. 2.

tern, werde ich hier eine Abkürzung nehmen. Ich werde nun in aller Kürze die korrekte – österreichische – Ausbeutungstheorie nach Mises/Rothbard skizzieren; kurz darlegen, wie diese Theorie aus der Klassentheorie der Geschichte heraus Sinn ergibt und dabei einige wesentliche Unterschiede zwischen dieser Klassentheorie und der marxistischen hervorheben, aber auch einige intellektuelle Parallelen zwischen der Österreichischen Schule und dem Marxismus aufzeigen, die sich aus ihrer gemeinsamen Überzeugung ergeben, dass es tatsächlich so etwas wie Ausbeutung und eine herrschende Klasse gibt.⁹

⁹ Mises' Beiträge zur Theorie der Ausbeutung und der Klasse sind unsystematisch. In seinen Schriften stellt er jedoch durchweg soziologische und historische Interpretationen vor, die, wenn auch nur implizit, Klassenanalysen sind. Bemerkenswert ist hier vor allem seine scharfe Analyse der Zusammenarbeit zwischen Regierung und Bankenerlite bei der Zerstörung des Goldstandards, um ihre inflationäre Macht als Mittel der betrügerischen, ausbeuterischen Einkommens- und Vermögensumverteilung zu ihren eigenen Gunsten zu steigern. Siehe zum Beispiel seine *Monetary Stabilization and Cyclical Policy* (1928) in idem, *On the Manipulation of Money and Credit*, ed. Percy Greaves (Dobbs Ferry, N.Y.: Free Market Books 1978); idem, *Socialism* (Indianapolis: Liberty Fund, 1981), chap. 20; idem, *The Clash of Group Interests and Other Essays* (New York: Center for Libertarian Studies, Occasional Paper Series No. 7, 1978). Dennoch räumt Mises der Klassenanalyse und der Ausbeutungstheorie keinen systematischen Stellenwert ein, weil er die Ausbeutung letztlich als einen intellektuellen Irrtum missversteht, der durch korrektes wirtschaftliches Denken ausgeräumt werden kann. Er erkennt, dass Ausbeutung auch und wahrscheinlich noch viel mehr ein moralisch-motivationales Problem ist, das unabhängig von allen ökonomischen Überlegungen besteht. Rothbard fügt seine Einsicht der Mises'schen Struktur der österreichischen Ökonomie hinzu und macht die Analyse von Macht und Machteliten zu einem integralen Bestandteil der ökonomischen Theorie und der historisch-soziologischen Erklärungen; und er erweitert die österreichische Argumentation gegen Ausbeutung systematisch um eine Ethik zusätzlich zur ökonomischen Theorie, d. h. um eine Theorie der Gerechtigkeit neben einer Theorie der Effizienz, so dass auch die herrschende Klasse als unmoralisch angegriffen werden kann. Zu Rothbards Theorie von Macht, Klasse und Ausbeutung siehe insbesondere *Power and Market* (Kansas City: Sheed Andrews and McMeel, 1977); idem, *For a New Liberty* (New York: Macmillan, 1978); idem, *The Mystery of Banking* (New York: Richardson and Snyder, 1983); idem, *America's Great Depression* (Kansas City: Sheed and Ward, 1975). On important nineteenth-century forerunners of Austrian class analysis, see Leonard Liggio, „Charles Dunoyer and French Classical Liberalism,“ *Journal of Libertarian Studies* 1, no. 3 (1977); Ralph Raico, „Classical Liberal Exploitation Theory,“ *Journal of Libertarian Studies* 1, no. 3 (1977); Mark Weinburg, „The Social Analysis of Three Early 19th Century French Liberals: Say, Comte, and Dunoyer,“ *Journal of Libertarian Studies* 2, no. 1 (1978); Joseph T. Salerno, „Comment on the French Liberal School,“ *Journal of Libertarian*

Der Ausgangspunkt für die österreichische Ausbeutungstheorie ist schlicht und einfach, wie es sein sollte. Eigentlich ist er bereits durch die Analyse der marxistischen Theorie festgelegt: Ausbeutung kennzeichnete das Verhältnis zwischen Sklave und Sklavenhalter sowie Leibeigenem und Feudalherrn. Aber in einem sauberen Kapitalismus war keine Ausbeutung möglich. Worin besteht der Hauptunterschied zwischen diesen beiden Fällen? Die Antwort lautet: die Anerkennung bzw. Nichtanerkennung des Prinzips der Selbstbewirtschaftung. Der Bauer im Feudalismus wurde ausgebeutet, weil er nicht die alleinige Verfügungsgewalt über das Land hatte, das er selbst bewirtschaftete und der Sklave, weil er nicht die alleinige Verfügungsgewalt über seinen eigenen bewirtschafteten Körper hatte. Wenn im Gegensatz dazu jeder die ausschließliche Kontrolle über seinen eigenen Körper hat (also ein freier Arbeiter ist) und nach dem Prinzip der Selbstbewirtschaftung handelt, kann es keine Ausbeutung geben. Es ist logisch absurd zu behaupten, dass eine Person, die Güter selbst bewirtschaftet, die vorher von niemandem bewirtschaftet wurden, oder die solche Güter in der Produktion zukünftiger Güter einsetzt, oder die gegenwärtig selbst bewirtschaftete oder produzierte Güter spart, um das zukünftige Angebot an Gütern zu erhöhen, dadurch jemanden ausbeuten könnte. In diesem Prozess wird niemandem etwas weggenommen, sondern es werden zusätzliche Güter geschaffen. Und es wäre ebenso absurd zu behaupten, dass eine Absprache zwischen verschiedenen Häuslebauern, Sparern und Produzenten über ihre nicht ausbeuterisch angeeigneten Güter oder Dienstleistungen irgendeinen Schwachsinn enthalten könnte. Ausbeutung findet vielmehr immer dann statt, wenn vom Prinzip der Selbstversorgung abgewichen wird. Eine Ausbeutung liegt immer dann vor, wenn jemand erfolgreich die teilweise oder vollständige Kontrolle über knappe Ressourcen beansprucht, die er nicht selbst bewirtschaftet, gespeichert oder produziert hat und die er nicht vertraglich von einem früheren Produzenten-Eigentümer erworben hat. Ausbeutung ist die Enteignung von Häuslebauern, Produzenten und Sparern durch nachrückende Nicht-Häuslebauer, Nicht-Produzenten, Nicht-Sparer und Nicht-Vertragsnehmer; sie ist die Enteignung von Menschen, deren Eigentumsansprüche auf Arbeit und Verträgen beruhen, durch Menschen, deren

Studies 2, no. 1 (1978); David M. Hart, „Gustave de Molinari and the Anti-Statist Liberal Tradition,“ 2 parts, *Journal of Libertarian Studies* 5, nos. 3 and 4 (1981).

Ansprüche aus dem Nichts kommen und die die Arbeit und Verträge anderer missachten.¹⁰

Es erübrigt sich zu sagen, dass Ausbeutung in dieser Definition ein integraler Bestandteil der menschlichen Geschichte ist. Man kann Reichtum entweder durch Häuslebauen, Produzieren, Sparen oder Verträge erwerben und vermehren oder durch Enteignung von Häuslebauern, Produzenten, Sparern oder Vertragspartnern. Es gibt keine anderen Wege. Beide Methoden sind liegen in der Natur des Menschen. Neben dem Häuslebauen, Produzieren und Kontrahieren hat es immer auch nichtproduktiven und nicht-vertraglichen Eigentumserwerb gegeben. Und so wie sich Produzenten und Unternehmer im Laufe der wirtschaftlichen Entwicklung zu Firmen, Unternehmen und Konzernen zusammenschließen können, so können sich auch Ausbeuter zu großen Ausbeutungsunternehmen, Regierungen und Staaten zusammenschließen. Die herrschende Klasse (die wiederum innerlich geschichtet sein kann) setzt sich zunächst aus den Mitgliedern eines solchen Ausbeuterunternehmens zusammen. Und wenn sich eine Klasse, die über ein bestimmtes Territorium herrscht, etabliert hat und an der Enteignung der wirtschaftlichen Ressourcen einer Klasse ausgebeuteter Produzenten beteiligt ist, wird der Mittelpunkt der gesamten Geschichte tatsächlich zum Kampf zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten. Die Geschichte ist also, wenn sie richtig erzählt wird, im Wesentlichen die Geschichte der Siege und Niederlagen der Herrschenden bei ihrem Versuch, das durch Ausbeutung angeeignete Einkommen zu maximieren und der Beherrschten bei ihren Versuchen, dieser Tendenz zu widerstehen und sie umzukehren. In dieser Einschätzung der Geschichte stimmen Österreicher und Marxisten überein und deshalb besteht eine bemerkenswerte intellektuelle Parallele zwischen der österreichischen und der marxistischen Geschichtsforschung. Beide wenden sich gegen eine Geschichtsschreibung, die nur Aktion oder Interaktion, ökonomisch und moralisch gleichwertig, anerkennt und beide wenden sich gegen eine Geschichtsschreibung, die statt eines solchen wertneutralen Standpunktes meint, die eigenen willkürlich eingeführten subjektiven Werturteile müssten das Muster für die eigenen historischen Erzählungen liefern. Vielmehr muss die Geschichte in Begriffen von Freiheit und Aus-

¹⁰ Siehe dazu auch Hoppe, *A Theory of Socialism and Capitalism*; idem, „The Justice of Economic Efficiency,“ *Austrian Economics Newsletter* 1 (1988); *infra* chap. 9; idem, „The Ultimate Justification of the Private Property Ethics,“ *Liberty* (September 1988): *infra* chap. 10.

beutung, Schmarotzertum und wirtschaftlicher Verarmung, Privateigentum und dessen Zerstörung erzählt werden – anderenfalls wird sie falsch erzählt.¹¹

Während produktive Unternehmen durch freiwillige Unterstützung oder deren Fehlen entstehen oder vergehen, kommt eine herrschende Klasse nie an die Macht, weil es eine Nachfrage nach ihr gibt und sie tritt nie ab, wenn die Abdankung nachweislich gefordert wird. Man kann beim besten Willen nicht behaupten, dass die Gutsbesitzer, Produzenten, Sparer und Unternehmer ihre Enteignung selbst gefordert haben. Sie müssen gezwungen werden, sie zu akzeptieren und das beweist eindeutig, dass das Ausbeutungsunternehmen überhaupt nicht nachgefragt wird. Man kann auch nicht sagen, dass eine herrschende Klasse dadurch zu Fall gebracht werden kann, dass man sich aus den Geschäften mit ihr heraushält, so wie man dadurch ein Produktionsunternehmen zu Fall bringen kann. Denn die herrschende Klasse erwirbt ihr Einkommen durch nichtproduktive und nichtvertragliche Transaktionen und ist daher von Boykotten nicht betroffen. Was den Aufstieg eines Ausbeutungsunternehmens ermöglicht und was es wiederum zu Fall bringen kann, ist vielmehr ein bestimmter Zustand der öffentlichen Meinung oder, in marxistischer Terminologie, ein bestimmter Zustand des Klassenbewusstseins.

Ein Ausbeuter schafft Opfer und Opfer sind potenzielle Feinde. Es ist möglich, dass dieser Widerstand mit Gewalt dauerhaft gebrochen werden kann, wenn eine Gruppe von Männern eine andere Gruppe von ungefähr gleicher Größe ausbeutet. Um die Ausbeutung auf eine Bevölkerung auszuweiten, die um ein Vielfaches größer ist als sie selbst, ist jedoch mehr als Gewalt erforderlich. Dazu muss ein Unternehmen auch die Unterstützung der Öffentlichkeit haben. Eine Mehrheit der Bevölkerung muss die Ausbeutungsmaßnahmen als legitim akzeptieren. Diese Akzeptanz kann von aktiver Begeisterung bis zu passiver Resignation reichen. Aber es muss eine Akzeptanz in dem Sinne sein, dass eine Mehrheit den Gedanken aufgegeben hat, sich aktiv oder passiv gegen jeden Versuch zu wehren, unproduktiven und außervertraglichen Eigentumserwerb durchzusetzen. Das Klassenbewusstsein muss niedrig, unentwickelt und unscharf sein. Nur solange dieser Zustand anhält, kann ein ausbeuterisches Unternehmen gedeihen,

¹¹ Zu diesem Thema siehe auch Lord (John) Acton, *Essays in the History of Liberty* (Indianapolis: Liberty Fund, 1985); Franz Oppenheimer, *System der Soziologie, vol. 2: Der Staat* (Stuttgart: G. Fischer, 1964); Alexander Rüstow, *Freedom and Domination* (Princeton, N.J.: Princeton University Press, 1986).

auch wenn keine tatsächliche Nachfrage danach besteht. Nur wenn und soweit die Ausgebeuteten und Enteigneten eine klare Vorstellung von ihrer eigenen Situation entwickeln und sich mit anderen Mitgliedern ihrer Klasse durch eine ideologische Bewegung zusammenschließen, die der Idee einer klassenlosen Gesellschaft, in der alle Ausbeutung abgeschafft ist, Ausdruck verleiht, kann die Macht der herrschenden Klasse gebrochen werden. Nur wenn und soweit sich eine Mehrheit der ausgebeuteten Öffentlichkeit bewusst in eine solche Bewegung integriert und dementsprechend eine gemeinsame Empörung über jeden unproduktiven oder außervertraglichen Eigentumserwerb an den Tag legt, jeden verachtet, der solche Handlungen vornimmt und nichts bewusst dazu beiträgt, sie zum Erfolg zu führen (ganz zu schweigen davon, sie aktiv zu behindern), kann ihre Macht zu Fall gebracht werden.

Die allmähliche Abschaffung feudaler und absolutistischer Herrschaft und der Aufstieg zunehmend kapitalistischer Gesellschaften in Westeuropa und den USA – und damit einhergehend ein nie gekanntes Wirtschaftswachstum und steigende Bevölkerungszahlen – waren das Ergebnis eines zunehmenden Klassenbewusstseins unter den Ausgebeuteten, die durch die Lehren der natürlichen Rechte und des Liberalismus ideologisch zusammengeschweißt wurden. Darin sind sich Österreicher und Marxisten einig.¹² Uneinig sind sie sich jedoch in der nächsten Einschätzung: Die Umkehrung dieses Liberalisierungsprozesses und der stetig steigende Grad der Ausbeutung in diesen Gesellschaften seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts und besonders ausgeprägt seit dem Ersten Weltkrieg sind das Ergebnis eines Verlustes an Klassenbewusstsein. Tatsächlich muss der Marxismus nach österreichischer Auffassung einen Großteil der Schuld an dieser Entwicklung auf sich nehmen, indem er die Aufmerksamkeit vom richtigen Ausbeutungsmodell des Häuslebauer-Produzenten-Sparer-Unternehmers gegenüber dem Nicht-Häuslebauer-Produzenten-Sparer-Unternehmer auf das falsche Modell des Lohnarbeiters gegenüber dem Kapitalisten lenkte und damit die Dinge durcheinanderbrachte.¹³

¹² Siehe dazu Murray N. Rothbard, „Left and Right: The Prospects for Liberty,“ in idem, *Egalitarianism as a Revolt Against Nature and Other Essays* (Washington, D.C.: Libertarian Review Press, 1974).

¹³ Ungeachtet aller gegenteiligen sozialistischen Propaganda kommt die Falschheit der marxistischen Beschreibung von Kapitalisten und Arbeitern als antagonistische Klassen auch in bestimmten empirischen Beobachtungen zum Tragen: Logisch gesehen lassen sich Menschen auf unendlich viele verschiedene Arten in Klassen einteilen. Nach der orthodoxen positivistischen Methodologie (die ich für falsch halte, aber hier

Die Etablierung einer herrschenden Klasse über eine ausgebeutete Klasse, die um ein Vielfaches größer ist als sie, durch Zwang und Manipulation der öffentlichen Meinung (d. h. ein geringes Klassenbewusstsein bei den Ausgebeuteten) findet ihren grundlegenden institutionellen Ausdruck in der Schaffung eines Systems des öffentlichen Rechts, das dem Privatrecht übergeordnet ist. Die herrschende Klasse grenzt sich ab und schützt ihre Position als herrschende Klasse, indem sie eine Verfassung für die Tätigkeit ihres Unternehmens verabschiedet. Einerseits schafft eine Verfassung ein gewisses Maß an rechtlicher Stabilität, indem sie die internen Abläufe innerhalb des Staatsapparats sowie seine Beziehungen zur ausgebeuteten Bevölkerung formalisiert. Je mehr vertraute und populäre privatrechtliche Begriffe in die Verfassung und das öffentliche Recht aufgenommen werden, desto eher wird dies die Bildung einer positiven öffentlichen Meinung begünstigen. Andererseits formalisiert jede Verfassung und jedes öffentliche Recht auch den exemplarischen Status der herrschenden Klasse im Hinblick auf das Häuslebauer-Prinzip. Sie formalisiert das Recht der Repräsentanten des Staates auf nicht-produktiven und nicht-vertraglichen Eigentumserwerb und die letztendliche Unterordnung des privaten Rechts unter das öffentliche Recht.

In diesem Dualismus von öffentlichem und privatem Recht und in der Beherrschung und Unterwanderung des Privatrechts durch das öffentliche Recht kommt die Klassenjustiz zum Tragen, d. h. der Dualismus eines

um des Arguments willen zu akzeptieren bereit bin) ist dasjenige Klassifizierungssystem besser, das uns hilft, bessere Vorhersagen zu treffen. Die Klassifizierung von Menschen als Kapitalisten oder Arbeiter (oder als Vertreter unterschiedlicher Grade von Kapitalismus-Arbeiterschaft) ist jedoch praktisch nutzlos für die Vorhersage, welchen Standpunkt eine Person in grundlegenden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Fragen einnehmen wird. Im Gegensatz dazu ist die korrekte Einstufung von Menschen als Steuerproduzenten und Regulierte gegenüber Steuerverbrauchern und Regulierern (oder als Vertreter unterschiedlicher Grade von Steuerproduzenten- oder -verbraucherchaft) in der Tat auch ein starker Prädiktor. Soziologen haben dies aufgrund der fast allgemein geteilten marxistischen Vorurteile weitgehend übersehen. Aber die Alltagserfahrung bestätigt meine These in überwältigender Weise: Wenn man herausfindet, ob jemand Angestellter des öffentlichen Dienstes ist oder nicht (und seinen Dienstgrad und sein Gehalt) und ob und inwieweit das Einkommen und Vermögen einer Person außerhalb des öffentlichen Sektors durch Käufe des öffentlichen Sektors und/oder Regulierungsmaßnahmen bestimmt wird, werden die Menschen in ihrer Reaktion auf grundlegende politische Fragen systematisch unterschiedlich reagieren, je nachdem, ob sie als direkte oder indirekte Steuerverbraucher oder als Steuerproduzenten eingestuft werden!

Rechts für die Herrschenden und eines anderen für die Beherrschten. Klassengerechtigkeit entsteht nicht dadurch, dass Privateigentumsrechte gesetzlich anerkannt werden, wie die Marxisten meinen. Vielmehr entsteht Klassengerechtigkeit genau dann, wenn eine rechtliche Unterscheidung zwischen einer Klasse von Personen, die unter öffentlichem Recht handelt und von diesem geschützt wird und einer anderen Klasse besteht, die unter einem untergeordneten Privatrecht handelt und von diesem geschützt wird. Konkret heißt das, dass die Grundaussage der marxistischen Staatstheorie falsch ist. Der Staat ist nicht deshalb ausbeuterisch, weil er die Eigentumsrechte der Kapitalisten schützt, sondern weil er selbst von der Beschränkung befreit ist, Eigentum produktiv und vertraglich erwerben zu müssen.¹⁴

Trotz dieses grundlegenden Missverständnisses enthält der Marxismus, weil er den Staat richtigerweise als ausbeuterisch interpretiert (im Gegensatz etwa zur Public-Choice-Schule, die ihn als ein normales Unternehmen

¹⁴ Franz Oppenheimer, *System der Soziologie*, vol. 2. pp. 322–23 stellt die Sache wie folgt dar: Die Grundnorm des Staates ist die Macht. Das heißt, von der Seite seines Ursprungs her gesehen: Gewalt in Macht verwandelt. Die Gewalt ist eine der mächtigsten gesellschaftsgestaltenden Kräfte, aber sie ist nicht selbst eine Form der sozialen Interaktion. Sie muss Recht im positiven Sinne dieses Begriffs werden, d. h. soziologisch gesprochen, sie muss die Entwicklung eines Systems „subjektiver Gegenseitigkeit“ ermöglichen und das ist nur möglich durch ein System selbst auferlegter Beschränkungen der Gewaltanwendung und der Übernahme bestimmter Pflichten im Austausch für ihre angemessenen Rechte; auf diese Weise wird Gewalt in Macht verwandelt und es entsteht ein Herrschaftsverhältnis, das nicht nur von den Herrschenden, sondern unter nicht allzu schwerwiegenden Umständen auch von ihren Untertanen als Ausdruck einer „gerechten Gegenseitigkeit“ akzeptiert wird. Aus dieser Grundnorm entstehen nun, wie in ihr impliziert, sekundäre und tertiäre Normen: Normen des Privatrechts, des Erb-, Straf-, Schuld- und Verfassungsrechts, die alle den Stempel der Grundnorm von Macht und Herrschaft tragen und die allesamt darauf angelegt sind, die Struktur des Staates so zu beeinflussen, dass die ökonomische Ausbeutung auf ein Höchstmaß gesteigert wird, das mit dem Fortbestand der gesetzlich geregelten Herrschaft vereinbar ist. Grundlegend ist die Einsicht, dass „das Recht aus zwei wesentlich verschiedenen Wurzeln erwächst“. Zum einen aus dem Recht des Zusammenschlusses von Gleichen, das als „Naturrecht“ bezeichnet werden kann, auch wenn es kein Naturrecht ist und zum anderen aus dem Recht der in geregelte Macht verwandelten Gewalt, dem Recht der Ungleichen. Marxistische und österreichische Klassenanalyse 107 Zum Verhältnis von privatem und öffentlichem Recht siehe auch F.A. Hayek, *Law, Legislation and Liberty*, 3 vols. (Chicago: University of Chicago Press, 1973–79), esp. vol. 1, chap. 6 and vol. 2, pp. 85–88.

unter anderen sieht)¹⁵, einige wichtige Erkenntnisse über die Logik staatlicher Operationen. Zum einen erkennt sie die strategische Funktion staatlicher Umverteilungspolitik an. Als ausbeuterisches Unternehmen muss der Staat stets an einem niedrigen Grad an Klassenbewusstsein unter den Beherrschten interessiert sein. Die Umverteilung von Eigentum und Einkommen – eine Politik des *divide et impera* – ist das Mittel des Staates, mit dem er eine Spaltung der Bevölkerung herbeiführen und die Herausbildung eines einigenden Klassenbewusstseins der Ausgebeuteten zerstören kann. Darüber hinaus ist die Umverteilung der Staatsmacht selbst durch die Demokratisierung der Staatsverfassung und die Öffnung aller Herrschaftspositionen für alle und die Gewährung des Rechts auf Mitbestimmung des Staatspersonals und der Staatspolitik für alle ein Mittel, um den Widerstand gegen die Ausbeutung als solche zu verringern. Zweitens ist der Staat in der Tat, wie Marxisten es sehen, das große Zentrum der ideologischen Propaganda und Mystifizierung: Ausbeutung ist in Wirklichkeit Freiheit, Steuern sind in Wirklichkeit freiwillige Beiträge, außervertragliche Beziehungen sind in Wirklichkeit „begrifflich“ vertragliche, niemand wird von irgendjemandem beherrscht, sondern wir alle beherrschen uns selbst, ohne den Staat gäbe es weder Recht noch Sicherheit, die Armen würden untergehen usw. All dies ist Teil des ideologischen Überbaus, der die zugrunde liegende ökonomische Ausbeutung legitimieren soll.¹⁶ Und schließlich bemerken Marxisten auch zu Recht die enge Verbindung zwischen Staat und Wirtschaft, insbesondere der Bankelite – auch wenn ihre Erklärung dafür fehlerhaft ist. Der Grund dafür ist nicht, dass das bürgerliche Establishment den Staat als Garanten des Privateigentums und des Vertragswesens sieht und unterstützt. Im Gegenteil, das Establishment sieht den Staat richtigerweise als die Antithese zum Privateigentum, die er ist und interessiert sich aus diesem Grund sehr für ihn. Je erfolgreicher ein Unternehmen ist, desto größer ist die potenzielle Gefahr staatlicher Ausbeutung, aber desto größer sind auch die potenziellen Gewinne, die erzielt werden können, wenn es sich unter den besonderen Schutz des Staates begeben kann und von der vollen Wucht des kapitalistischen Wettbewerbs ausgenommen ist. Aus diesem Grund ist die Wirtschaft am Staat und an seiner Unterwanderung interessiert. Die herrschende Elite wiederum ist

¹⁵ Siehe James Buchanan and Gordon Tullock, *The Calculus of Consent* (Ann Arbor: University of Michigan Press, 1962), p. 19.

¹⁶ Siehe Hans-Hermann Hoppe, *Eigentum, Anarchie und Staat* (Opladen: Westdeutscher Verlag, 1987); idem, *A Theory of Socialism and Capitalism*.

aufgrund ihrer finanziellen Macht an einer engen Zusammenarbeit mit der Wirtschaft interessiert. Insbesondere die Bankelite ist daran interessiert, weil der Staat als ausbeuterisches Unternehmen natürlich auf völlige Autonomie bei der Geldfälschung achtet.

Indem er der Bankelite anbietet, sie in seine eigenen Fälschungsaktivitäten einzubeziehen und ihnen erlaubt, im Rahmen eines Systems der Mindestreserve-Bankgeschäfte seine eigenen gefälschten Banknoten herzustellen, kann der Staat dieses Ziel leicht erreichen und ein von der Zentralbank kontrolliertes System von staatlich monopolisiertem Geld und Bankkartellen errichten. Und durch diese direkte Fälschungsverbindung mit dem Bankensystem und im weiteren Sinne mit den Großkunden der Banken reicht die herrschende Klasse in der Tat weit über den Staatsapparat hinaus bis in die Nervenzentren der Zivilgesellschaft hinein – was sich zumindest dem Anschein nach nicht so sehr von dem Bild unterscheidet, das Marxisten gerne von der Zusammenarbeit zwischen Banken, Wirtschaftseliten und dem Staat zeichnen.¹⁷

Der Wettbewerb innerhalb der herrschenden Klasse und zwischen den verschiedenen herrschenden Klassen führt zu einer Tendenz der zunehmenden Konzentration. Diesbezüglich hat der Marxismus Recht. Allerdings führt seine fehlerhafte Ausbeutungstheorie wiederum dazu, dass er die Ursache für diese Tendenz an der falschen Stelle ansiedelt. Der Marxismus sieht eine solche Tendenz als der kapitalistischen Konkurrenz immanent an. Doch gerade solange die Menschen in einem sauberen Kapitalismus tätig sind, ist der Wettbewerb *keine* Form der Nullsummen-Interaktion. Der Häuslebauer, der Produzent, der Sparer und der Unternehmer gewinnen nicht auf Kosten der anderen. Ihre Gewinne lassen entweder den physischen Besitz eines anderen völlig unberührt oder sie bedeuten tatsächlich gegenseitige Gewinne (wie im Fall aller vertraglichen Tauschgeschäfte). Der Kapitalismus kann also die Zunahme des absoluten Reichtums erklären. Aber unter seinem Regime kann nicht von einer systematischen Tendenz zur relativen Konzentration gesprochen werden.¹⁸ Stattdessen kennzeichnen Nullsummen-Interaktionen nicht nur das Verhältnis zwischen Herrschern und Beherrschten, sondern auch zwischen

¹⁷ Siehe Hans-Hermann Hoppe, „Banking, Nation States and International Politics,“ *Review of Austrian Economics* 4 (1990); *supra* chap. 3; Rothbard, *The Mystery of Banking*, chaps. 15–16.

¹⁸ Siehe hierzu vor allem Rothbard, *Man, Economy, and State*, chap. 10, esp. the section „The Problem of One Big Cartel“; also Mises, *Socialism*, chaps. 22–26.

konkurrierenden Herrschern. Ausbeutung, definiert als unproduktiver und außervertraglicher Eigentumserwerb, ist nur möglich, solange es etwas gibt, das enteignet werden kann. Gäbe es jedoch freien Wettbewerb im Geschäft der Ausbeutung, gäbe es offensichtlich nichts mehr zu enteignen. Die Ausbeutung setzt also ein Monopol über ein bestimmtes Territorium und eine bestimmte Bevölkerung voraus und die Konkurrenz zwischen den Ausbeutern ist ihrem Wesen nach eliminierend und muss eine Tendenz zur relativen Konzentration der ausbeutenden Unternehmen sowie eine Tendenz zur Zentralisierung innerhalb jedes ausbeutenden Unternehmens bewirken. Die Entwicklung von *Staaten* anstelle von kapitalistischen Unternehmen ist das beste Beispiel für diese Tendenz: Es gibt heute eine wesentlich geringere Anzahl von Staaten mit ausbeuterischer Kontrolle über viel größere Territorien als in früheren Jahrhunderten. Und innerhalb jedes Staatsapparates gab es in der Tat eine konstante Tendenz zur Ausweitung der Befugnisse der Zentralregierung auf Kosten ihrer regionalen und lokalen Untergliederungen. Doch auch außerhalb des Staatsapparates ist aus demselben Grund eine Tendenz zur relativen Konzentration zu beobachten. Nicht, wie inzwischen klar sein sollte, aufgrund irgendeiner dem Kapitalismus innewohnenden Eigenschaft, sondern weil die herrschende Klasse ihre Herrschaft durch die Schaffung einer Staatsbank-Wirtschaftsallianz und insbesondere durch die Einrichtung eines Zentralbankensystems in die Mitte der Zivilgesellschaft ausgedehnt hat. Wenn es dann zu einer Konzentration und Zentralisierung der Staatsmacht kommt, ist es nur natürlich, dass dies von einem parallelen Prozess der relativen Konzentration und Kartellierung von Banken und Industrie begleitet wird. Mit dem Zuwachs an staatlicher Macht wachsen auch die Möglichkeiten des zugehörigen Banken- und Wirtschaftsestablishments, wirtschaftliche Konkurrenten durch unproduktive und/oder außervertragliche Enteignungen auszuschalten oder zu benachteiligen. Die Unternehmenskonzentration ist Ausdruck einer „Verstaatlichung“ des Wirtschaftslebens.¹⁹

Das primäre Mittel zur Ausweitung der staatlichen Macht und zur Ausschaltung konkurrierender Ausbeutungszentren sind Krieg und militäri-

¹⁹ Siehe dazu Gabriel Kolko, *The Triumph of Conservatism* (Chicago: Free Press, 1967); James Weinstein, *The Corporate Ideal in the Liberal State* (Boston: Beacon Press, 1968); Ronald Radosh and Murray N. Rothbard, eds., *A New History of Leviathan* (New York: Dutton, 1972); Leonard Liggio and James J. Martin, eds., *Watershed of Empire* (Colorado Springs, Colo.: Ralph Myles, 1976).

sche Herrschaft. Die zwischenstaatliche Konkurrenz impliziert eine Tendenz zu Krieg und Imperialismus. Als Ausbeutungszentren sind ihre Interessen von Natur aus antagonistisch. Da jeder von ihnen – im Innern – über das Instrument der Besteuerung und über absolute Geldfälschungsbefugnisse verfügt, ist es den herrschenden Klassen möglich, andere für ihre Kriege bezahlen zu lassen. Wenn man seine riskanten Unternehmungen nicht selbst bezahlen muss, sondern andere dazu zwingen kann, neigt man natürlich dazu, mehr Risiken einzugehen und schießwütiger zu sein, als man es sonst wäre.²⁰ Im Gegensatz zu einem Großteil der sogenannten bürgerlichen Sozialwissenschaften stellt der Marxismus folgendes richtig: Es gibt tatsächlich eine Tendenz zum Imperialismus in der Geschichte und die führenden imperialistischen Mächte sind tatsächlich die fortgeschrittensten kapitalistischen Nationen. Doch die Erklärung ist wieder einmal fehlerhaft. Es ist der *Staat* als eine Institution, die von den kapitalistischen Regeln des Eigentumserwerbs befreit ist, die von Natur aus aggressiv ist. Und die historischen Beweise für eine enge Korrelation zwischen Kapitalismus und Imperialismus widersprechen dem nur scheinbar. Sie erklärt sich leicht aus der Tatsache, dass ein Staat, um erfolgreich aus zwischenstaatlichen Kriegen hervorzugehen, über ausreichende (relativ gesehen) wirtschaftliche Ressourcen verfügen muss. *Ceteris paribus* wird der Staat mit den reichlicheren Ressourcen gewinnen. Als ausbeuterisches Unternehmen ist ein Staat von Natur aus destruktiv für Wohlstand und Kapitalakkumulation. Wohlstand wird ausschließlich von der Zivilgesellschaft produziert und je schwächer die Ausbeutungsmacht des Staates ist, desto mehr Wohlstand und Kapital akkumuliert die Gesellschaft. So paradox es auf den ersten Blick klingen mag: Je schwächer oder liberaler ein Staat im Inneren ist, desto weiter ist der Kapitalismus entwickelt, eine entwickelte kapitalistische Wirtschaft, aus der man schöpfen kann, macht den Staat reicher und ein reicherer Staat ermöglicht dann immer erfolgreichere Expansionskriege. Es ist diese Beziehung, die erklärt, warum zunächst die Staaten Westeuropas und insbesondere Großbritannien die führenden imperialistischen Mächte waren und warum im 20. Jahrhundert diese Rolle von den USA übernommen wurde.

²⁰ Zum Verhältnis von Staat und Krieg siehe Ekkehart Krippendorff, *Staat und Krieg* (Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1985); Charles Tilly, „War Making and State Making as Organized Crime,“ in Peter Evans et al., eds., *Bringing the State Back In* (Cambridge: Cambridge University Press, 1985); auch Robert Higgs, *Crisis and Leviathan* (New York: Oxford University Press, 1987).

Und eine ähnlich einfache, aber wiederum ganz und gar nicht-marxistische Erklärung gibt es für die von Marxisten immer wieder hervorgehobene Beobachtung, dass das Banken- und Wirtschaftsestablishment in der Regel zu den eifrigsten Befürwortern von militärischer Stärke und imperialem Expansionismus gehört. Nicht, weil die Ausdehnung der kapitalistischen Märkte Ausbeutung voraussetzt, sondern weil die Ausdehnung staatlich geschützter und privilegierter Unternehmen voraussetzt, dass dieser Schutz auch auf das Ausland ausgedehnt wird und dass ausländische Konkurrenten durch außervertraglichen und unproduktiven Eigentumserwerb in gleicher Weise oder stärker behindert werden als die interne Konkurrenz. Konkret unterstützt sie den Imperialismus, wenn dieser zu einer militärischen Vormachtstellung des eigenen verbündeten Staates über einen anderen zu führen verspricht. Denn dann wird es möglich, aus einer Position der militärischen Stärke heraus ein System des – wie man es nennen könnte – monetären Imperialismus zu etablieren. Der dominierende Staat wird seine überlegene Macht nutzen, um eine international koordinierte Inflationspolitik durchzusetzen. Seine eigene Zentralbank gibt den Takt im Prozess der Geldfälschung vor und die Zentralbanken der beherrschten Staaten werden angewiesen, seine Währung als eigene Reserven zu verwenden und darüber hinaus zu inflationieren. Auf diese Weise kann neben dem herrschenden Staat und als erster Empfänger der gefälschten Reservewährung auch das mit ihm verbundene Banken- und Wirtschaftsestablishment eine nahezu kostenfreie Enteignung ausländischer Vermögensbesitzer und Einkommenserzeuger betreiben. Der ausgebeuteten Klasse in den beherrschten Gebieten wird eine doppelte Schicht der Ausbeutung durch einen fremden Staat und eine fremde Elite auferlegt, was zu einer lang anhaltenden wirtschaftlichen Abhängigkeit und einer relativen wirtschaftlichen Stagnation gegenüber der dominierenden Nation führt. Es ist diese – ganz und gar nicht kapitalistische – Situation, die den Status der Vereinigten Staaten und die Rolle des US-Dollars beschreibt. Sie ist es, die zum – korrekten – Vorwurf der wirtschaftlichen Ausbeutung durch die USA und den Dollar-Imperialismus führt.²¹

Schließlich führt die zunehmende Konzentration und Zentralisierung der Ausbeutungsmächte zu wirtschaftlicher Stagnation und schafft damit die objektiven Umstände für ihren endgültigen Untergang und die Errich-

²¹ Zu einer weiter ausgearbeiteten Version dieser Theorie des Militär- und Geldimperialismus siehe Hoppe, „Banking, Nation States and International Politics“ (*supra* chap. 3).

tung einer klassenlosen Gesellschaft, die in der Lage ist, unerhörten wirtschaftlichen Wohlstand zu produzieren.

Im Gegensatz zu marxistischen Behauptungen ist dies jedoch nicht das Ergebnis irgendwelcher historischer Gesetze. Tatsächlich gibt es so etwas wie unerbittliche historische Gesetze, wie Marxisten sie sich vorstellen, nicht.²² Es ist auch nicht das Ergebnis einer Tendenz zum Sinken der Profitrate bei zunehmender organischer Zusammensetzung des Kapitals (d. h. einer Zunahme des Verhältnisses von konstantem zu variablem Kapital), wie Marx meint. So wie die Arbeitswerttheorie unrettbar falsch ist, so ist auch das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate, das auf ihr beruht, falsch. Die Quelle des Wertes, des Zinses und des Profits ist nicht der Einsatz von Arbeit, sondern das Handeln, d. h. der Einsatz knapper Mittel bei der Verfolgung von Zielen durch Akteure, die durch Zeitpräferenz und Ungewissheit (unvollkommenes Wissen) eingeschränkt sind. Es gibt also keinen Grund anzunehmen, dass Veränderungen in der organischen Zusammensetzung des Kapitals in irgendeiner systematischen Beziehung zu Veränderungen bei Zinsen und Gewinnen stehen sollten.

Vielmehr steigt die Wahrscheinlichkeit von Krisen, die die Entwicklung eines höheren Klassenbewusstseins (d. h. die subjektiven Bedingungen für den Sturz der herrschenden Klasse) stimulieren, weil – um einen von Marx' Lieblingsbegriffen zu verwenden – die Dialektik der Ausbeutung, die ich vorhin schon angesprochen habe, eine Rolle spielt: Ausbeutung ist destruktiv für die Entstehung von Wohlstand. Im Wettbewerb der ausbeuterischen Unternehmen (der Staaten) neigen daher die weniger ausbeuterischen oder liberaleren dazu, die ausbeuterischeren zu überflügeln, weil sie über reichlichere Ressourcen verfügen. Der Prozess des Imperialismus hat zunächst eine relativ befreiende Wirkung auf die Gesellschaften, die unter seine Kontrolle geraten. Ein relativ kapitalistischeres Gesellschaftsmodell wird in relativ weniger kapitalistische (ausbeuterischere) Gesellschaften exportiert. Die Entwicklung der Produktivkräfte wird gefördert: Die wirtschaftliche Integration wird vorangetrieben, die Arbeitsteilung ausgeweitet und ein echter Weltmarkt geschaffen. Als Reaktion darauf steigen die Bevölkerungszahlen und die Erwartungen an die wirtschaftliche Zukunft in ungeahnte Höhen.²³ Wenn sich die ausbeuterische Vorherrschaft

²² Siehe hierzu insbesondere Ludwig von Mises, *Theory and History* (Auburn, AL: Ludwig von Mises Institute, 1985), esp. part 2.

²³ An dieser Stelle sei angemerkt, dass Marx und Engels, vor allem in ihrem Kommunistischen Manifest, den historisch fortschrittlichen Charakter des Kapitalismus vertei-

durchsetzt und die zwischenstaatliche Konkurrenz im Zuge des imperialistischen Expansionskurses verringert oder gar ausgeschaltet wird, verschwinden jedoch allmählich die äußeren Beschränkungen der internen Ausbeutungs- und Enteignungsmacht des dominierenden Staates. Interne Ausbeutung, Besteuerung und Regulierung nehmen zu, je näher die herrschende Klasse ihrem Endziel der Weltherrschaft kommt. Die wirtschaftliche Stagnation setzt ein und die – weltweit – höheren Erwartungen werden enttäuscht. Und dies – hohe Erwartungen und eine ökonomische Realität, die zunehmend hinter diesen Erwartungen zurückbleibt – ist die klassische Situation für die Entstehung eines revolutionären Potenzials.²⁴ Es entsteht ein verzweifelter Bedürfnis nach ideologischen Lösungen für die sich abzeichnenden Krisen und die Erkenntnis, dass staatliche Herrschaft, Besteuerung und Regulierung – weit davon entfernt, eine solche Lösung zu bieten – gerade das Problem darstellen, das es zu überwinden gilt. Wenn in dieser Situation der wirtschaftlichen Stagnation, der Krisen und der ideologischen Desillusionierung²⁵ eine positive Lösung in Form

digten und seine beispiellosen Errungenschaften lobten. In der Tat kommt Joseph A. Schumpeter bei der Durchsicht der einschlägigen Passagen des Manifests zu dem Schluss: „Niemals, ich wiederhole es und insbesondere von keinem modernen Verteidiger der bürgerlichen Zivilisation ist etwas Ähnliches geschrieben worden, niemals ist ein Schriftsatz im Namen der Unternehmerklasse verfasst worden, der von einem so tiefen und so breiten Verständnis dessen ausgeht, was ihre Errungenschaft ist und was sie für die Menschheit bedeutet“ („The Communist Manifesto in Sociology and Economics“, in idem, *Essays of Joseph A. Schumpeter*, ed. Richard Clemence [Port Washington, N.Y.: Kennikat Press, 1951], p. 293). Angesichts dieser Sichtweise des Kapitalismus ging Marx so weit, dass er beispielsweise die britische Eroberung Indiens als eine historisch fortschrittliche Entwicklung verteidigte. Siehe Marx' Beiträge im *New York Daily Tribune* vom 25. Juni 1853, 11. Juli 1853, 8. August 1853 (Marx and Engels, *Werke*, vol. 9 [East Berlin: Dietz, 1960]). Als zeitgenössischer Marxist, der einen ähnlichen Standpunkt zum Imperialismus vertritt, siehe Bill Warren, *Imperialism: Pioneer of Capitalism* (London: New Left Books, 1981).

²⁴ Zur Theorie der Revolution siehe insbesondere Charles Tilly, *From Mobilization to Revolution* (Reading, Mass.: Addison-Wesley, 1978); idem, *As Sociology Meets History* (New York: Academic Press, 1981).

²⁵ Für eine neomarxistische Einschätzung der gegenwärtigen Ära des „Spätkapitalismus“, die durch „eine neue ideologische Desorientierung“ gekennzeichnet ist, die aus der permanenten wirtschaftlichen Stagnation und der Erschöpfung der legitimistischen Kräfte des Konservatismus und Sozialdemokratismus (d. h. „Liberalismus“ in amerikanischer Terminologie) siehe Jürgen Habermas, *Die Neue Unübersichtlichkeit* (Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1985); auch idem, *Legitimation Crisis* (Boston: Beacon

einer systematischen und umfassenden libertären Philosophie in Verbindung mit ihrem wirtschaftlichen Gegenstück angeboten wird – Österreichische Ökonomie – und wenn diese Ideologie von einer aktivistischen Bewegung propagiert wird, dann werden die Aussichten, das revolutionäre Potenzial zum Aktivismus zu entfachen, überwältigend positiv und vielversprechend. Der antistaatliche Druck wird zunehmen und eine unwiderstehliche Tendenz zum Abbau der Macht der herrschenden Klasse und des Staates als deren Ausbeutungsinstrument bewirken.²⁶

Wenn und soweit dies geschieht, bedeutet dies jedoch entgegen dem marxistischen Modell kein gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln. Tatsächlich ist gesellschaftliches Eigentum nicht nur ökonomisch ineffizient, wie bereits dargelegt wurde, sondern auch unvereinbar mit der Vorstellung, dass der Staat „verkümmert“.²⁷ Denn wenn Produktionsmittel kollektiv besessen werden und man realistischerweise davon ausgeht, dass die Vorstellungen aller über die Verwendung dieser Produktionsmittel nicht zufällig (wie durch ein Wunder) übereinstimmen, dann sind es gerade die Produktionsfaktoren in gesellschaftlichem Eigentum, die fortgesetzte staatliche Maßnahmen erfordern, d. h. eine Institution, die den Willen einer Person gegen den einer anderen Person durchsetzt, die damit nicht einverstanden ist. Stattdessen bedeutet das Absterben des Staates und damit das Ende der Ausbeutung und der Beginn von Freiheit und unerhörtem wirtschaftlichen Wohlstand die Errichtung einer reinen Privateigentumsgesellschaft, die durch nichts anderes als das Privatrecht geregelt wird.

Press, 1975); C. Offe, *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates* (Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1972).

²⁶ Für eine österreichisch-libertäre Einschätzung des Krisencharakters des Spätkapitalismus und zu den Aussichten für die Entstehung eines revolutionären libertären Klassenbewusstseins siehe Rothbard, „Left and Right“; idem, *For a New Liberty*, chap. 15; idem, *The Ethics of Liberty* (Atlantic Highlands, N.J.: Humanities Press, 1982), part 5.

²⁷ Zu den inneren Widersprüchen der marxistischen Staatstheorie siehe auch Hans Kelsen, *Sozialismus und Staat* (Vienna, 1965).

IST „GLEICHHEIT“ EIN ERSTREBENSWERTES ZIEL?

Bradley Thomas

Bradley Thomas ist der Gründer der Website EraseTheState.com und Autor des Buches *Tweeting Liberty: Libertarian Tweets to Smash Statists and Socialists*.

Das wahrscheinlich am häufigsten verwendete Nicht-COVID-Schlagwort im Jahr 2020 war der Begriff „soziale Gerechtigkeit“. Man konnte sich ihm nicht entziehen. Von den Protesten wegen George Floyd bis hin zu den Unruhen und sogar in der Welt des Sports war der Begriff der sozialen Gerechtigkeit und ihrer wichtigsten Komponente – Gleichheit – allgegenwärtig.

Ich kann mir gut vorstellen, wie der verstorbene Murray Rothbard zusammengesuckt wäre, wenn er bei ein Basketballspiel das Wort Gleichheit auf den Rückseiten der Trikots der Spieler gesehen hätte.

Einer von Rothbards berühmtesten Aufsätzen war sein Traktat von 1974 mit dem Titel „Egalitarismus als Revolte gegen die Natur“. Egalitarismus ist nach der Definition von Dictionary.com der „Glaube an die Gleichheit aller Menschen, insbesondere im politischen, sozialen oder wirtschaftlichen Leben“. Um Missverständnisse zu vermeiden: Als Rothbard den Egalitarismus kritisierte, hatte er dieselbe „Gleichheit“ im Visier, für die die heutige Bewegung für soziale Gerechtigkeit eintritt.

Schon 1974 hatte Rothbard die Tatsache erkannt, dass „Gleichheit“ ein Schlachtruf der Linken war und dass nur wenige bereit waren, die angebliche moralische Überlegenheit solcher Wünsche infrage zu stellen.

„Auf keinem Gebiet hat die Linke Gerechtigkeit und Moral so umfassend und fast universell zugestanden bekommen wie bei ihrem Eintreten für umfassende Gleichheit. Es ist in der Tat selten, dass in den Vereinigten Staaten jemand, insbesondere ein Intellektueller, die Schönheit und Güte des egalitären Ideals infrage stellt“, schrieb er.

Diese breite Akzeptanz veranlasste Rothbard zu der Feststellung, dass „das Ziel der Gleichheit zu lange unkritisch und axiomatisch als ethisches Ideal behandelt wurde“, ein Problem, das Rothbard in seinem Essay zu lösen versuchte.

Ist Gleichheit also eine ethische Idee, die so moralisch rein ist, dass sie nicht infrage gestellt werden darf?

Rothbard antwortete auf diese Frage: „Wenn ein ethisches Ideal von Natur aus ‚unpraktikabel‘ ist, das heißt, wenn es in der Praxis nicht funktionieren kann, dann ist es ein schlechtes Ideal und sollte sofort verworfen werden.“ Kurz gesagt, Rothbard bestand darauf, dass es keine ethische Überlegenheit eines unsinnigen Ziels geben kann. Wenn das Ziel der „Gleichheit“ nicht funktionieren kann, weil es gegen die Natur des Menschen selbst verstößt, sollte es kurzerhand verworfen werden.

Um der Klarheit willen erklärt Rothbard genau, was „Gleichheit“ bedeutet. „Der Begriff ist viel beschworen, aber wenig analysiert worden. A und B sind ‚gleich‘, wenn sie in Bezug auf ein bestimmtes Attribut identisch sind“, erklärte er. Wenn zum Beispiel zwei Menschen beide genau zwei Meter groß sind, kann man sagen, dass sie gleich groß sind. Rothbard fährt fort: „Es gibt also nur eine einzige Möglichkeit, wie zwei Menschen wirklich im wahrsten Sinne des Wortes ‚gleich‘ sein können: Sie müssen in allen ihren Eigenschaften identisch sein.“

Jeder, der sich auch nur ein bisschen mit der Realität auskennt, erkennt jedoch, dass die menschliche Spezies, die Menschheit, „in einzigartiger Weise durch ein hohes Maß an Vielfalt, Diversität, Differenzierung, kurz gesagt, Ungleichheit gekennzeichnet ist“, wie er feststellt. Rothbard fügt hinzu: „Die uralte Geschichte der Ungleichheit scheint darauf hinzuweisen, dass diese Variabilität und Vielfalt in der biologischen Natur des Menschen verwurzelt ist.“

Zu diesen menschlichen Ungleichheiten und Unterschieden gehören Eigenschaften wie Intelligenz, Ehrgeiz, Arbeitsmoral, Fähigkeiten, Fertigkeiten usw. Um diesen Punkt zu unterstreichen, zitiert Rothbard den Biochemiker Roger J. Williams aus seinem 1953 erschienenen Buch *Free and Unequal*:

Individuen unterscheiden sich selbst in den kleinsten Details der Anatomie und der Körperchemie und -physik; Finger- und Zehenabdrücke; mikroskopische Beschaffenheit der Haare ... Charakter der Gehirnwellen ... und so weiter fast ad infinitum. ...

Es ist nicht nur möglich, sondern sicher, dass jeder Mensch durch Vererbung ein äußerst komplexes Mosaik besitzt, das aus Tausenden von Elementen besteht, die nur für ihn charakteristisch sind.

In diesem Zusammenhang verweist Rothbard auf das „Eiserne Gesetz der Oligarchie“, die Einsicht, dass „in jeder Organisation oder Tätigkeit einige wenige (im Allgemeinen die fähigsten und/oder die interessiertesten) als Anführer enden werden, während die Masse der Mitglieder die Reihen der Mitläufer füllt“.

Rothbard stellte fest, dass die Egalitaristen auf diese sich abzeichnenden gesellschaftlichen Hierarchien reagieren würden, indem sie darauf bestehen, dass die „Kultur“ und nicht die natürlichen menschlichen Unterschiede für diese Ungleichheiten verantwortlich sind. „Da die Egalitaristen von dem Apriori-Axiom ausgehen, dass alle Menschen und damit auch alle Gruppen von Menschen gleich sind, folgt daraus für sie, dass alle Gruppenunterschiede in Bezug auf Status, Prestige oder Autorität in der Gesellschaft das Ergebnis ungerechter ‚Unterdrückung‘ und irrationaler ‚Diskriminierung‘ sein müssen“, bemerkte er.

Wenn die vermeintlichen Institutionen beseitigt werden, die diese „Unterdrückung“ verursachen, so die linken Egalitaristen, kann es eine Gesellschaft der Gleichheit der Ergebnisse geben, so wie es die soziale Gerechtigkeit erfordert. Diese Argumentation überzeugt die Egalitaristen davon, dass ihr Ziel der Gleichheit in der Gesellschaft durch die Veränderung kultureller Institutionen, wie der Marktwirtschaft und des Patriarchats, erreicht werden kann.

Was die Egalitaristen jedoch nicht erkennen, ist, dass die Institution, die für die größte Unterdrückung der Gesellschaft verantwortlich ist, das von ihnen gewählte Instrument zur Schaffung von „Gleichheit“ ist: der Staat.

Um es klar zu sagen: Rothbard führt keineswegs alle Ungleichheit auf die vielfältige und einzigartige Natur des einzelnen Menschen zurück. Ausgerechnet er hat auf die unterdrückerische Natur des Staates hingewiesen und darauf, wie er Leid – und Wohltaten – ungleich verteilt. Die Rolle des Staates bei der Schaffung von Ungerechtigkeiten zu benennen, lohnt sich.

Der Fehler der Egalitaristen liegt laut Rothbard darin, dass sie die menschliche Vielfalt als Erklärung für die Ungleichheit der Ergebnisse völlig außer Acht lassen und bereit sind, ungerechte Mittel einzusetzen, um ihr Ideal einer Gesellschaft aus undifferenzierten und einheitlichen Menschen durchzusetzen.

„Der Kern der egalitären Linken“, schrieb Rothbard, „ist der pathologische Glaube, dass es keine Struktur der Realität gibt“ und weiter, dass die Egalitaristen glauben, dass die Realität der menschlichen Vielfalt „durch bloßen Wunsch“ oder „die bloße Ausübung des menschlichen Willens“ verändert werden kann. Um diesen „Willen“ der Egalitaristen durchzusetzen, bedarf es natürlich der Anwendung von Gewalt und Zwang durch eine mächtige Führungselite.

„Eine egalitäre Gesellschaft kann nur hoffen, ihre Ziele durch totalitäre Zwangsmethoden zu erreichen“, schloss Rothbard. Diese erzwungene Konformität ist nach Rothbard „antihuman“ und deshalb ist das Ziel des Egalitarismus – oder der Gleichheit – eine „Revolte“ gegen die biologische Realität unserer Einzigartigkeit. Daraus leitet er sein abschließendes Urteil ab: „Da ihre Methodik und ihre Ziele die Struktur der Menschheit und des Universums selbst leugnen, sind die Egalitaristen zutiefst antihuman. Daher können ihre Ideologie und ihre Aktivitäten auch als zutiefst böse bezeichnet werden.“

WIE ICH MEINE MEINUNG ÜBER GEISTIGES EIGENTUM ÄNDERTE

Isaac Morehouse

Isaac Morehouse ist der Gründer und CEO von Crash und der Gründer von Praxis.

Als ich das erste Mal überhaupt über „geistiges Eigentum“ (Urheberrechte und Patente) nachdachte, war ich schon seit vielen Jahren ein überzeugter Libertärer. Jemand erwähnte den Schutz des Eigentums, einschließlich des geistigen Eigentums, als die Wurzel von Wohlstand und Freiheit. Ich stimmte ohne zu zögern zu.

Es schien einfach plausibel. Hin und wieder las oder hörte ich, wie jemand diesen Standpunkt wiederholte und es schien mir immer richtig zu sein. Ich hatte viel Zeit damit verbracht, die Argumente für Privateigentum – sowohl philosophische als auch wirtschaftliche – durchzuarbeiten und ich dachte nicht, dass sich geistiges Eigentum von anderen Formen des Eigentums unterscheidet.

Dann fiel mir ein Zitat von Thomas Jefferson ins Auge:

Wenn die Natur irgendetwas weniger als alle anderen zum ausschließlichen Eigentum gemacht hat, dann ist es die Tätigkeit der denkenden Kraft, die Idee genannt wird, die ein Einzelner exklusiv besitzen kann, solange er sie für sich behält; aber in dem Moment, in dem sie verbreitet wird, drängt sie sich in den Besitz eines jeden und der Empfänger kann sich ihrer nicht entledigen. Ihr eigentümlicher Charakter besteht auch darin, dass niemand weniger besitzt, weil jeder andere das Ganze besitzt. Wer eine Idee von mir empfängt, empfängt selbst Belehrung, ohne die meine zu schmälern; wie derjenige, der seine Kerze an der meinen anzündet, Licht empfängt, ohne mich zu verdunkeln.

Das hat mich zum Nachdenken gebracht. Es schwirrte mir im Kopf herum und je mehr ich darüber nachdachte, desto mehr schien es, dass geistiges Eigentum nicht mit jeder anderen Form von Eigentum gleichzusetzen ist. Tatsächlich wurde mir klar, dass die Rechte des geistigen Eigentums eine neue Reihe neuer Argumente erforderten. Die Argumente für materielle Eigentumsrechte reichten zur Verteidigung des geistigen Eigentums nicht aus. Also begann ich zu recherchieren.

Alles neu überdenken

Gedanklich fühlte ich mich stark zum Konzept des geistigen Eigentums hingezogen, so dass ich zunächst nach Argumenten suchte, die meine Vorurteile untermauern würden. Schließlich waren die Leute, die das geistige Eigentum kritisierten, meiner Erfahrung nach dieselben Leute, die Märkte und Unternehmen und alles individuelle Eigentum hassten, oder Leute, die einfach nur Filme und Musik haben wollten, ohne dafür zu bezahlen, weil sie nicht arbeiteten und kein Geld hatten. Sie schienen Meckerer und Plünderer zu sein, keine Denker, Produzenten und Leistungsträger. Sie mussten sich irren.

Als ich anfang, nach theoretischen Argumenten für geistiges Eigentum zu suchen, stellte ich fest, dass viele Menschen, die nicht zu den marktfeindlichen Hippies, Marxisten oder Sozialhilfeempfängern zählten, keine plausiblen Argumente für geistiges Eigentum hatten. Das war eine beunruhigende Entdeckung. Je mehr ich recherchierte und nachdachte, desto problematischer wurde die Idee des geistigen Eigentums. Es handelte sich um ein philosophisches Problem.

Die erste Frage lautet: Wie sollte geistiges Eigentum definiert werden? Jeder Versuch, den ich unternahm, es genau zu definieren, stellte mich vor unüberwindbare Probleme. Wenn jemand eine bestimmte Kombination von Wörtern in einer bestimmten Reihenfolge auf eine Seite schreibt, gehört sie dann ihm? Was ist, wenn er sie nie einem anderen zeigt? Was ist, wenn jemand anderes, der die erste Person nicht kennt, dieselbe Kombination von Wörtern im Kopf oder auf dem Papier hat? Was ist mit der gleichzeitigen Entdeckung, die in der Geschichte der großen Ideen nicht selten ist?

Diese und viele andere Rätsel zwangen mich, die seltsamen Eigenschaften des geistigen Eigentums anzuerkennen, die eine einheitliche Definition oder Durchsetzung unmöglich machen. Ideen sind nicht knapp. Sie können kaum als Eigentum definiert werden. Welches Gesetz macht jemanden zum Kriminellen, der eine Chemikalie zu einer anderen Chemikalie hinzu-

fügt und sie verkauft, selbst wenn er keine Ahnung hatte, dass jemand anderes das Gleiche getan und eine staatliche Genehmigung erhalten hatte? Geistiges Eigentum wirkte zunehmend eher wie eine Verletzung der Eigentumsrechte, anstatt sie zu schützen. Warum sollte ich die Nutzung meines Eigentums auf Dinge beschränken, die andere Menschen noch nie zuvor getan haben?

Der langsame Wandel

Im Laufe eines Jahres las ich viele weitere Artikel und führte viele nächtliche Diskussionen über die Theorie des geistigen Eigentums. Ich kam zu dem unglücklichen Schluss, dass Ideen kein Eigentum sind, dass geistiges Eigentum nicht definiert werden kann und dass die Durchsetzung von Rechten an geistigem Eigentum ein Spiel der Bevorzugung ist, das mit all den Problemen der Gewinnsucht behaftet ist, die jede rechtliche Hürde mit sich bringt. Ich mochte geistiges Eigentum nicht, weil es kein kohärentes Konzept war. Aber ich glaubte trotzdem, dass es notwendig sei.

Ich hielt eine Zeit lang an meinem philosophischen Unglauben an geistiges Eigentum fest und vertrat eine Position pro geistiges Eigentum. Obwohl mir das Konzept nicht schlüssig erschien, konnte ich mir nicht vorstellen, wie es ohne Patente zu Innovationen kommen sollte. Ich hielt nicht viel von Urheberrechten und ich dachte, dass Markenfragen durch Betrugsschutz, Marktdruck und vertraglich geregelt werden könnten, ohne auf spezielle Gesetze zum geistigen Eigentum zurückgreifen zu müssen.

Aber Patente schienen ein absolutes Muss zu sein. Es war die Produktion von verschreibungspflichtigen Medikamenten, die mir zu schaffen machte. Ich sah keine Möglichkeit, wie fortschrittliche Arzneimittel in einer Welt ohne geistiges Eigentum hergestellt werden könnten. Obwohl ich kein reiner Konsequentialist war, genügte mir diese Sorge, um einer strikten Ablehnung von geistigem Eigentum zu widerstehen, auch wenn ich sie philosophisch nicht begründen konnte.

Die Frage des geistigen Eigentums war nie (und ist es auch heute nicht) das interessanteste Thema für mich, also ließ ich es bleiben. Es kam nur gelegentlich zur Sprache und ich begnügte mich damit, es auf der theoretischen Ebene etwas unbeholfen zu entkräften, in der Praxis aber zu unterstützen. Meine Suche nach einer konsistenten Begründung von geistigem Eigentum wurde unterbrochen, als meine intellektuelle Reise mich woanders hinführte.

Je mehr ich über Wirtschaft und politische Philosophie lernte, desto lächerlicher und weit hergeholter wurde der Staat – selbst ein Minimalstaat

– und meine Ideen wurden radikaler. Als mir die Argumente für die Existenz des Staates ausgingen – sowohl die moralischen als auch die praktischen –, begegnete mir das geistige Eigentum erneut. Jemand fragte mich, ob ich glaube, dass irgendeine Form von geistigem Eigentum ohne staatliche Gewaltanwendung überleben könne. Ich konnte mir nicht vorstellen, wie das möglich sein sollte.

Wie soll das in der Praxis funktionieren?

Dies brachte mich in eine seltsame Situation. Man hatte mich, obwohl ich mich wieder einmal mit Händen und Füßen dagegen wehrte, dazu gebracht, nicht an den Staat als ethische oder praktische Form der sozialen Organisation zu glauben und doch hatte ich immer geglaubt, dass es ohne staatlich geschaffene Patente keine großen Innovationen mehr geben würde. Dann stieß ich auf „Against Intellectual Monopoly“ von Boldrin und Levine. Ich las es und mir wurden die Augen geöffnet. Ich fragte mich, wie ich so stumpfsinnig sein konnte und wie es mir nur so sehr an Vorstellungskraft und Geschichtskennntnissen mangeln konnte!

Sie begründeten nicht auf der philosophischen Ebene, sondern von einem praktischen und historischen Standpunkt aus, dass geistiges Eigentum weit davon entfernt ist, Innovationen zu fördern und vielmehr einer der größten Bremser des Fortschritts ist. Tatsächlich bestand der Zweck der Gesetze zum Schutz des geistigen Eigentums von Anfang an darin, Innovation und Experimentierfreudigkeit einzuschränken und sicherzustellen, dass die Vorteile guter Ideen auf privilegierte Gruppen konzentriert werden, und zwar nicht danach, wie sehr sie den Konsumenten helfen, sondern danach, wie gut sie sich in der Bürokratie zurechtfinden.

Es war alles so einfach und offensichtlich, dass ich mich fragte, wie ich es nur übersehen konnte. Ich wunderte mich, wie ich so lange mit einer Weltanschauung zurechtkam, die so voll von Ungereimtheiten und Unerklärlichem war. Wie konnte ich so klar erkennen, dass die Berufslizenzierung nicht die Verbraucher schützt, sondern die Großindustrie, die sich dafür einsetzt, während ich das Gleiche beim geistigen Eigentum nicht erkennen konnte?

Wenn ich darüber nachdenke, scheint es, dass mein Glaube an geistiges Eigentum deshalb so stark war, weil er in einen intellektuellen Boden gepflanzt wurde, der seit meiner Kindheit kultiviert wurde, um die Welt als am Rande des Chaos und der Katastrophe stehend zu sehen, die nur durch die Kraft des Gesetzes zusammengehalten wird. Das Leben auf diesem Planeten war ein hobbesscher Dschungel, und in jeder Hinsicht – von den

grundlegenden Überlebensbedingungen über eine brauchbare Sprache und ein Tauschmittel bis hin zu Innovation und allgemeinem Anstand – brauchten wir den starken Arm des Leviathans, um uns auf Kurs zu halten.

Als ich zu erkennen begann, wie utopisch diese Wahrnehmung von einem Staat war und wie komplex die reale Welt mit all ihren sich überschneidenden Normen und Institutionen ist, wurde es endlich möglich zu sehen, was eigentlich auf der Hand liegen sollte: dass Ideen nicht als Geiseln gehalten werden müssen, um genutzt zu werden und dass der Anreiz, innovativ zu sein, nicht von einem Staat ausgehen muss.

So schloss sich für mich der Kreis in der Frage des geistigen Eigentums. Ich will und erwarte nicht, dass du dieses liest und überzeugt bist, dass ich Recht habe. Ich habe nicht einmal echte Argumente vorgebracht. Ich hoffe jedoch, dich dazu inspiriert zu haben, dem Thema gegenüber offen und neugierig zu bleiben und weiter zu stöbern.

Wenn das tust, dann lies das Buch von Boldrin und Levine über die praktischen Argumente gegen geistiges Eigentum und das Buch „How Intellectual Property Hampers the Free Market“ von Stephan Kinsella über die theoretischen Argumente. Denke über deine instinktive Position zu diesem Thema nach und frage dich, welche Weltanschauung dahinterstecken könnte.

Gehe nicht davon aus, dass jeder, der geistiges Eigentum nicht befürwortet, ein eigentumsfeindlicher Sozialist ist. Und das Wichtigste: Genieße den Prozess!

ARGUMENTE FÜR DEN LIBERTÄREN ANARCHISMUS: ANTWORTEN AUF ZEHN EINWÄNDE

Roderick T. Long, Ph.D.

Roderick Long ist Professor für Philosophie an der Auburn University. Dies ist die Mitschrift eines informellen Vortrags am Ludwig von Mises Institut, gehalten an der Mises Universität am 6. August 2004, während einer Sitzung, die „Mises Circle“ genannt wurde.

Ich möchte über einige der Haupteinwände sprechen, die gegen den libertären Anarchismus vorgebracht werden und versuchen, sie zu entkräften. Aber bevor ich damit anfangen möchte, möchte ich nur kurz darstellen, was meiner Meinung nach für den libertären Anarchismus spricht. Anderenfalls gäbe es kaum einen Anlass, sich mit den Einwänden zu beschäftigen und zu versuchen, sie zu entkräften.

Plädoyer für den libertären Anarchismus

Probleme mit dem Zwangsmonopol

Betrachten wir es einmal so: Was ist falsch an einem Schuhmonopol? Nehmen wir an, dass ich und meine Kumpels die einzigen sind, die legal Schuhe herstellen und verkaufen dürfen – meine Kumpels und jeder andere, den ich dazu ermächtigen, aber niemand sonst. Was ist daran falsch? Nun, zunächst einmal stellt sich vom moralischen Standpunkt aus die Frage: Warum wir? Was ist so besonders an uns? Da ich mich in diesem Fall für *mich* entschieden habe, ist es plausibler, dass ich diese Art von Monopol habe, also sollte ich vielleicht ein anderes Beispiel wählen! Aber dennoch könnte man sich fragen, woher ich und meine Kumpels sich das Recht herausnehmen, etwas herzustellen und zu verkaufen, das niemand

sonst herstellen und verkaufen darf oder eine Ware oder Dienstleistung anzubieten, die niemand sonst anbieten darf. Ich bin schließlich nur ein gewöhnlicher Sterblicher, also ein Mensch wie du selbst (mehr oder weniger). Vom moralischen Standpunkt aus habe ich also nicht mehr Rechte, dies zu tun als jeder andere.

Dann zum pragmatischen, konsequentialistischen Standpunkt – was wäre wahrscheinlich die Folge davon, dass ich und meine Kumpels ein Monopol auf Schuhe haben? Nun, zunächst einmal gibt es Anreizprobleme. Wenn ich die einzige Person bin, die das Recht hat, Schuhe herzustellen und zu verkaufen, werden die Schuhe wahrscheinlich nicht gerade günstig sein. Ich kann so viel verlangen, wie ich will, solange ich nicht so viel verlange, dass sich keiner mehr die Schuhe leisten kann oder dass einfach auf Schuhe verzichtet wird. Aber solange die Menschen willens und in der Lage sind, die Schuhe zu kaufen, werde ich den höchsten Preis dafür verlangen, den ich herausholen kann – schließlich habe ich keine Konkurrenz. Die Schuhe sind wahrscheinlich auch nicht besonders hochwertig, denn auch wenn sie kaum zu gebrauchen sind, sind sie besser als Barfußlaufen und es gibt keinen anderen Schuhanbieter.

Zu der Wahrscheinlichkeit, dass die Schuhe teuer und nicht besonders gut sind, kommt noch hinzu, dass ich der einzige bin, der Schuhe herstellt und verkauft, was mir einen gewissen Einfluss verschafft. Angenommen, ich kann dich nicht leiden. Angenommen, du hast mich irgendwie beleidigt. Vielleicht verkaufe ich dir einfach eine Zeit lang keine Schuhe. Es gibt also auch das Problem des Machtmissbrauchs.

Aber das ist nicht das Anreizproblem, denn nehmen wir einmal an, ich bin ein perfekter Heiliger und ich stelle die besten Schuhe für dich her, die ich herstellen kann und ich werde den niedrigsten Preis verlangen, den ich verlangen kann und ich werde meine Macht nicht missbrauchen. Angenommen, ich bin absolut vertrauenswürdig. Ich bin ein Fürst unter den Menschen (nicht im Sinne Machiavellis). Folgendes Problem bleibt bestehen: Woher soll ich genau wissen, dass ich mit diesen Schuhen das Beste mache, was ich machen kann? Schließlich gibt es ja keine Konkurrenz. Ich denke, ich könnte die Leute befragen, um herauszufinden, welche Art von Schuhen sie sich wünschen. Aber es gibt viele verschiedene Möglichkeiten, wie ich Schuhe herstellen kann. Einige davon sind teurer, andere weniger teuer. Woher soll ich wissen, was wie gut und wie teuer ist, wenn es keinen Markt gibt und ich nicht wirklich viel für die Gewinn- und Verlustrechnung tun kann? Ich muss einfach Vermutungen anstellen. Selbst wenn ich also mein Bestes gebe, kann es sein, dass Anzahl und Qualität meiner Pro-

dukte nicht dem entsprechen, was die Menschen wollen und es fällt mir schwer, das herauszufinden.

Der Staat ist ein Zwangsmonopol

Das alles sind Gründe, die gegen ein Monopol auf die Herstellung und den Verkauf von Schuhen sprechen. Zumindest auf den ersten Blick scheinen es gute Gründe zu sein, die gegen ein Monopol bei der Erbringung von Dienstleistungen im Bereich der Streitbeilegung und des Rechtsschutzes sprechen, also bei all den Dingen, die mit dem zu tun haben, was man im weitesten Sinne als Rechtswesen bezeichnen könnte. Zunächst einmal stellt sich die moralische Frage: Warum hat eine Gruppe von Menschen in einem bestimmten Gebiet das exklusive Recht, verschiedene Arten von Rechtsdienstleistungen anzubieten oder bestimmte Dinge durchzusetzen? Und dann stellen sich noch die wirtschaftlichen Fragen: Welche Anreize gibt es? Noch einmal: Es handelt sich um ein Monopol. Es ist wahrscheinlich, dass sie mit einem festen Kundenstamm höhere Preise verlangen und eine geringere Qualität anbieten wird, als sie es sonst tun würde. Es könnte sogar gelegentlich zu Machtmissbrauch kommen. Und selbst wenn es gelingt, all diese Probleme zu vermeiden und all die heiligen Typen in die Regierung zu holen, bleibt immer noch das Problem, woher sie wissen sollen, dass genau diese Art und Weise, Rechtsdienstleistungen anzubieten, genau diese besondere Mischung von Rechtsdienstleistungen, die sie anbieten, genau dieser Weg, wie sie es tun, wirklich das Beste ist? Sie versuchen einfach, herauszufinden, was funktioniert. Da es keine Konkurrenz gibt, haben sie kaum eine Möglichkeit zu wissen, ob das, was sie tun, das Beste ist, was sie tun könnten.

Der Zweck dieser Überlegungen besteht also darin, die Beweislast auf den Gegner zu verlagern. Dies ist also der Punkt, an dem der Gegner des Wettbewerbs bei rechtlichen Dienstleistungen einige Einwände vorbringen muss.

Zehn Einwände gegen den libertären Anarchismus

(1) Der Staat ist kein Zwangsmonopol

Nun, dieser Einwand, der manchmal vorgebracht wird, ist weniger ein Einwand gegen den Anarchismus als ein Einwand gegen das moralische Argument für den Anarchismus: „Also, es ist nicht wirklich ein *Zwangsmonopol*. Es ist nicht so, dass die Menschen nicht damit einverstanden wären, denn in gewisser Weise haben sie dem bestehenden System zuge-

stimmt – indem sie innerhalb der Grenzen eines bestimmten Territoriums leben, indem sie die von der Regierung angebotenen Leistungen annehmen usw. haben sie tatsächlich zugestimmt. Wenn man in ein Restaurant geht, sich hinsetzt und sagt: ‚Ich hätte gern ein Steak‘, muss man nicht ausdrücklich erwähnen, dass man damit einverstanden ist, dafür zu bezahlen; es ist selbstverständlich. Indem man sich im Restaurant hinsetzt und ein Steak bestellt, erklärt man sich bereit, dafür zu bezahlen. Ähnlich verhält es sich mit dem Argument, dass man, wenn man sich auf dem Gebiet dieses Staates hinsetzt und die Leistungen des Polizeischutzes oder ähnliches annimmt, implizit zustimmt, sich an dessen Regeln zu halten.“ Selbst wenn dieses Argument richtig wäre, wäre damit die praktische Frage, ob dies das am besten funktionierende System ist, noch nicht geklärt.

Aber ich denke, dass dieses Argument falsch ist. Es ist sicherlich richtig, dass, wenn ich das Grundstück eines anderen betrete, die Erwartung besteht, dass ich, solange ich mich auf seinem Grundstück befinde, tun muss, was er sagt. Ich muss seine Regeln befolgen. Wenn ich mich nicht an seine Regeln halten will, muss ich gehen. Ich lade dich also zu mir nach Hause ein und wenn du reinkommst, sage ich: „Du musst diesen komischen Hut aufsetzen.“ Und du sagst: „Was soll das?“ Und ich sage: „Nun, so läuft das bei mir zu Hause. Jeder muss den komischen Hut tragen. Das sind meine Regeln.“ Nun, du kannst nicht sagen: „Ich setze den Hut nicht auf, aber ich bleibe trotzdem.“ Vielleicht sind es blödsinnige Regeln, aber ich kann das so machen – es sind meine Regeln.

Nehmen wir an, du bist zu Hause beim Abendessen und ich bin dein Nachbar und klopfe an deine Tür. Du öffnest die Tür, ich komme herein und sage: „Du musst den komischen Hut aufsetzen.“ Und du fragst: „Warum denn das?“ Und ich sage: „Du bist doch gerade neben mir eingezogen, oder? Damit hast du dich sozusagen damit einverstanden erklärt.“ Und du sagst: „Warte mal! Wann habe ich zugestimmt?“

Ich denke, dass jene, die dieses Argument vorbringen, bereits davon ausgehen, dass der Staat das Recht hat, über sein Gebiet zu bestimmen. Und dann sagen sie, dass jeder, der sich in diesem Gebiet aufhält, sich mit den dort geltenden Regeln einverstanden erklärt hat. Sie setzen also genau das voraus, was sie zu beweisen versuchen – nämlich dass dieses Recht, über das Gebiet zu bestimmen, legitim ist. Wenn das nicht der Fall ist, dann ist die Regierung nur eine weitere Gruppe von Menschen, die in diesem großen allgemeinen geografisch abgegrenzten Gebiet leben. Ich aber habe mein Eigentum und ich weiß nicht genau, was sie für Regeln aufgestellt haben, aber hier bin ich auf meinem Eigentum und nicht auf deren Eigentum.

Zumindest haben sie mir keine plausible Begründung dafür geliefert, warum es nicht deren Eigentum ist. So bedeutet die Tatsache, dass ich in „diesem Land“ lebe, dass ich in einer bestimmten geografischen Region lebe, auf die sie gewisse Ansprüche haben – aber die Frage ist, ob diese Ansprüche rechtmäßig sind. Man kann sie nicht einfach voraussetzen, um sie zu beweisen.

Ein weiteres Problem bei der Argumentation mit dem impliziten Gesellschaftsvertrag ist, dass nicht klar ist, um welchen Vertrag es sich handelt. Im Falle einer Essensbestellung in einem Restaurant kennt so ziemlich jeder den Vertragsgegenstand. Man könnte hier also mit einer impliziten Zustimmung argumentieren. Aber niemand käme auf die Idee, dass man ein *Haus* auf die gleiche Weise kaufen könnte.

Dafür gibt es viele bestimmte Regeln und Prozeduren. Wenn es sich um etwas Kompliziertes handelt, sagt niemand: „Du hast einfach zugestimmt, indem du irgendwann mit dem Kopf genickt hast“ oder so. Man muss herausfinden, was tatsächlich im Vertrag steht. Wozu soll man sich verpflichtet haben? Es ist nicht offensichtlich, wenn niemand weiß, was genau in dem Vertrag steht. Das ist also nicht besonders überzeugend.

Okay, die meisten Argumente, über die ich sprechen werde, sind praktischer Natur oder eine Mischung aus Moral und Praxis.

(2) Hobbes: Die Regierung ist für die Zusammenarbeit notwendig

Das wohl bekannteste Argument gegen die Anarchie stammt von Hobbes. Hobbes' Argument lautet: „Nun, menschliche Zusammenarbeit, soziale Zusammenarbeit, erfordert eine Gesetzesstruktur im Hintergrund. Der Grund, warum wir darauf vertrauen können, dass wir zusammenarbeiten, ist, dass wir wissen, dass es gesetzliche Regelungen gibt, durch die wir bestraft werden, wenn wir die Rechte des anderen verletzen. Ich weiß, dass du mich bestrafen wirst, wenn ich deine Rechte verletze, aber sie werden dich auch bestrafen, wenn du meine Rechte verletzt. Ich kann dir also vertrauen, weil ich mich nicht auf deinen persönlichen Charakter verlassen muss. Ich muss mich nur darauf verlassen, dass du dich durch das Gesetz einschüchtern lässt.“ Soziale Zusammenarbeit erfordert also diesen rechtlichen Rahmen, der durch die Gewalt des Staates gestützt wird.

Hobbes geht hier von mehreren Dingen gleichzeitig aus. Erstens geht er davon aus, dass es ohne Recht keine soziale Zusammenarbeit geben kann. Zweitens geht er davon aus, dass es kein Gesetz geben kann, wenn es nicht mit physischer Gewalt durchgesetzt wird. Und drittens geht er davon aus,

dass es kein Recht geben kann, das nicht mit physischer Gewalt durchgesetzt wird, es sei denn, dies geschieht durch einen Monopolstaat.

Aber alle diese Annahmen sind falsch. Es ist sicherlich richtig, dass Kooperation entstehen kann und auch ohne Gesetze entsteht, vielleicht nicht so effizient wie mit Gesetz, aber sie entsteht. Es gibt ein Buch von Robert Ellickson, *Order Without Law*, in dem er darüber berichtet, wie Nachbarn es schaffen, Streitigkeiten beizulegen. Er beschreibt alle möglichen Beispiele dafür. Was passiert, wenn die Kuh eines Bauern in das Gebiet eines anderen Bauern eindringt? Sie lösen das Problem durch einige gegenseitige gewohnheitsrechtliche Vereinbarungen usw., ohne dass es einen rechtlichen Rahmen für die Lösung des Problems gibt. Vielleicht reicht das für eine komplexe Wirtschaft nicht aus, aber es zeigt, dass man auch ohne einen rechtlichen Rahmen zusammenarbeiten kann.

Zweitens kann man einen rechtlichen Rahmen haben, der nicht durch Gewalt gestützt wird. Ein Beispiel dafür wäre das Handelsrecht des späten Mittelalters: ein System des Handelsrechts, das durch Boykottdrohungen gestützt wurde. Boykott ist kein Akt der Gewalt. Aber dennoch gibt es Kaufleute, die alle diese Verträge abschließen und wenn sie sich nicht an den Vertrag halten, dann verkündet das Gericht einfach für alle öffentlich: „Diese Person hat sich nicht an den Vertrag gehalten; berücksichtigen Sie das, bevor Sie einen weiteren Vertrag mit ihr abschließen wollen.“

Und drittens kann es formale Rechtssysteme geben, die Gewalt anwenden, aber nicht monopolistisch sind. Da Hobbes diese Möglichkeit nicht einmal in Betracht zieht, liefert er auch kein wirkliches Argument dagegen. Aber man kann in der Geschichte durchaus Beispiele dafür finden. Die Geschichte des mittelalterlichen Islands zum Beispiel, wo es kein zentrales Gewaltmonopol gab. Es gab zwar etwas, das man vielleicht als Regierung bezeichnen könnte, aber es gab keine Exekutive. Es gab keine Polizei, keine Soldaten, gar nichts. Es gab so etwas wie ein konkurrierendes Rechtssystem. Aber die Durchsetzung war jedem selbst überlassen. Und es gab Systeme, die sich entwickelt haben, um das zu regeln.

(3) *Locke: Drei „Unannehmlichkeiten“ der Anarchie*

Die interessanteren Argumente stammen von Locke. Locke argumentiert, dass Anarchie drei Dinge mit sich bringt, die er „Unannehmlichkeiten“ nennt. Und „Unannehmlichkeit“ hat im Englisch des 17. Jahrhunderts einen etwas gewichtigeren Klang als im modernen Englisch, aber dennoch war Locke der Meinung, dass die soziale Zusammenarbeit in der Anarchie in gewissem Maße bestehen kann, wenn er sie „Unannehmlichkeiten“

nennt, was immer noch etwas schwächer ist. Er war optimistischer als Hobbes. Er glaubte, dass auf der Grundlage von moralischen Sympathien einerseits und Eigeninteresse andererseits Zusammenarbeit entstehen könnte.

Seiner Meinung nach gibt es drei Probleme. Ein Problem bestehe darin, dass es kein allgemein bekanntes, allgemein anerkanntes und verstandenes Recht gebe. Die Menschen könnten bestimmte Grundprinzipien der Naturgesetze begreifen. Aber ihre Anwendung und die genauen Details würden immer umstritten sein. Selbst Libertäre sind sich da nicht einig. Sie können sich auf allgemeine Dinge einigen, aber sie streiten sich über verschiedene Feinheiten. Selbst in einer Gesellschaft von friedlichen, kooperativen Libertären wird es also Meinungsverschiedenheiten über Details geben. Wenn es also keine allgemeinen Gesetze gibt, die jeder kennt, damit er weiß, was er tun kann und was nicht, wird es nicht funktionieren. Das war also das erste Argument von Locke. Es muss einen allgemein bekannten, universellen Bestand an Gesetzen geben, die für alle gelten und über die jeder im Voraus Bescheid weiß.

Zweitens gibt es ein Problem mit der Durchsetzung. Er war der Meinung, dass es ohne einen Staat keine ausreichend vereinheitlichte Macht zur Durchsetzung gibt. Es gibt nur Einzelpersonen, die Dinge auf eigene Faust durchsetzen und diese sind einfach zu schwach und nicht organisiert genug. Sie könnten zum Beispiel von einer Verbrecherbande leicht überannt werden.

Drittens sagte Locke, das Problem sei, dass man den Menschen nicht zutrauen könne, in ihrem eigenen Fall Richter zu sein. Wenn zwei Menschen eine Meinungsverschiedenheit haben und einer von ihnen sagt „Ich kenne das Naturgesetz und ich werde es dir aufzwingen“, dann neigen Menschen dazu, voreingenommen zu sein und sie werden die Auslegung des Naturgesetzes am plausibelsten finden, die ihren eigenen Fall begünstigt. Er war also der Meinung, dass man den Menschen nicht zutrauen kann, Richter in eigener Sache zu sein. Daher sollten sie moralisch verpflichtet sein, Entscheidungen über ihre Streitigkeiten einem Schiedsrichter zu überlassen. In Notfällen können sie sich vielleicht noch direkt verteidigen, aber in anderen Fällen, in denen es nicht um unmittelbare Selbstverteidigung geht, müssen sie dies an einen Schiedsrichter, einen Dritten, delegieren – und das ist der Staat.

Locke ist also der Meinung, dass es in einer Anarchie diese drei Probleme gibt, die es in einem Staat, oder zumindest in der richtigen Art von Staat, nicht geben würde. Ich glaube aber, dass es genau umgekehrt ist. Ich den-

ke, dass die Anarchie alle drei Probleme lösen kann und dass der Staat aufgrund seiner Natur nicht in der Lage ist, sie zu lösen.

Nehmen wir also zunächst den Fall der Universalität, d. h. einen Bestand an allgemein gültigen und bekannten Gesetzen, den die Menschen im Voraus kennen und auf das sie sich verlassen können. Kann so etwas in einem nichtstaatlichen System entstehen? Das Handelsrecht ist tatsächlich entstanden, gerade weil die Staaten es nicht zur Verfügung stellten. Einer der Gründe, der zur Entstehung des Handelsrechts beigetragen hat, ist, dass die einzelnen Staaten in Europa jeweils unterschiedliche Gesetze für Kaufleute hatten. Sie waren alle verschieden. Ein Gericht in Frankreich würde einen in England geschlossenen Vertrag nicht nach englischem Recht anerkennen und umgekehrt. Die Fähigkeit der Kaufleute, internationalen Handel zu treiben, wurde also durch die Tatsache behindert, dass es kein einheitliches System des Handelsrechts für ganz Europa gab. Also taten sich die Kaufleute zusammen und sagten: „Gut, dann machen wir eben unser eigenes. Die Gerichte stellen diese verrückten Regeln auf, die alle unterschiedlich sind und sie respektieren die Entscheidungen der anderen nicht. Also ignorieren wir sie einfach und schaffen unser eigenes System.“ Dies ist also ein Fall, in dem Einheitlichkeit und Berechenbarkeit durch den Markt und nicht durch den Staat geschaffen wurden. Und es ist klar, warum das nicht überraschend ist. Es liegt im Interesse derjenigen, die ein privates System anbieten, es einheitlich und berechenbar zu machen, wenn die Kunden das brauchen.

Aus demselben Grund gibt es auch keine dreieckigen Karten für Geldautomaten. Soweit ich weiß, gibt es kein Gesetz, das dreieckige Scheckkarten verbietet, aber wenn jemand versuchen würde, sie auf den Markt zu bringen, wären sie einfach nicht besonders beliebt, weil sie nicht in die vorhandenen Automaten passen würden. Wenn die Menschen Vielfalt und unterschiedliche Systeme für unterschiedliche Menschen brauchen, dann bietet der Markt das. Aber es gibt einige Dinge, bei denen Einheitlichkeit besser ist. Deine Karte für den Geldautomaten ist für sie wertvoller, wenn alle anderen die gleiche oder eine größen- und formkompatible Karte benutzen, so dass alle die Automaten überall benutzen können und so werden die Händler, wenn sie Gewinn machen wollen, für Einheitlichkeit sorgen. Der Markt hat also einen Anreiz, für Einheitlichkeit zu sorgen, den der Staat nicht unbedingt hat.

Zur Frage, ob die Macht ausreicht, um sich zur Verteidigung zu organisieren – es gibt keinen Grund, warum Menschen in der Anarchie keine Organisationen bilden sollten. Anarchie bedeutet nicht, dass jeder seine

eigenen Schuhe herstellt. Die Alternative zu einem Staat, der alle mit Schuhen versorgt, ist nicht, dass jeder seine eigenen Schuhe herstellt. Genauso ist die Alternative zum Staat, der alle juristischen Dienstleistungen anbietet, nicht, dass jeder sein eigener unabhängiger Polizist sein muss. Es gibt keinen Grund dafür, dass sie sich nicht auf verschiedene Weise organisieren können. Wenn du dir Sorgen darüber machst, dass du nicht stark genug bist, um dich gegen einen Angreifer zu wehren, dann ist ein staatliches Gewaltmonopol ein viel gefährlicherer Angreifer als irgendeine Verbrecherbande, weil sie die gesamte Macht an einem einzigen Punkt in der ganzen Gesellschaft konzentriert.

Aber ich denke, das schwächste Argument von Locke ist, Richter in eigener Sache zu sein. Erstens ist es kein gutes Argument, weil nicht möglich ist, aus der Situation „Jeder sollte seine Streitigkeiten der Entscheidung eines Dritten überlassen“ zu schlussfolgern: „Es sollte einen Dritten geben, dem jeder seine Streitigkeiten vorlegt“. Das ist so, als würde man „Jeder findet mindestens eine Fernsehsendung gut“ und „Es gibt mindestens eine Fernsehsendung, die jeder gut findet“ gleichsetzen. Das ist einfach nicht schlüssig. Jeder kann seine Streitigkeiten bei Dritten zur Entscheidung vorlegen, ohne dass es *einen einzigen* Dritten geben muss. Angenommen, es gibt drei Menschen auf einer Insel. A und B können ihre Streitigkeiten bei C zur Entscheidung vorlegen, A und C bei B und B und C bei A.

Ein Staat ist nicht nur überflüssig, sondern wäre sogar genau das, was von diesem Grundsatz ausgenommen ist. Denn wenn es einen Streit mit dem Staat gibt, kann dieser nicht einem Dritten zur Entscheidung vorgelegt werden. Wer einen Streit mit dem Staat hat, muss ihn vor einem staatlichen Gericht ausgetragen (wenn er Glück hat – wenn nicht, wird er nicht einmal bis zu einem Gericht kommen). Mit einer Gewaltenteilung usw. ist das natürlich etwas besser, weil das zumindest etwas näher an einer Situation des unabhängigen Dritten dran ist, aber trotzdem sind sie alle Teil desselben Systems: Die Richter werden mit Steuergeldern bezahlt usw. Es kann zwar, je nachdem wie der Staat aufgebaut ist, bessere und schlechtere Annäherungen an dieses Prinzip geben. Solange es sich aber um ein Monopolsystem handelt, liegt es in der Natur der Sache, dass es in gewissem Sinne gesetzlos ist. Es unterwirft seine Streitigkeiten letztlich nie einem unabhängigen Dritten.

(4) Ayn Rand: Private Sicherheitsorganisationen werden sich bekämpfen

Das wohl populärste Argument gegen die libertäre Anarchie stammt von Ayn Rand. Es lautet: Was passiert, wenn ich denke, dass du meine Rechte

verletzt hast und du denkst, dass du es nicht getan hast? Ich informiere meine Sicherheitsorganisation und du informierst deine. Warum werden sie sich nicht einfach streiten? Was garantiert, dass sie sich nicht bekämpfen werden? Die Antwort darauf lautet natürlich: Nichts *garantiert*, dass sie sich nicht bekämpfen. Die Menschen haben einen freien Willen. Sie können alle möglichen verrückten Dinge tun. Sie könnten in die Schlacht ziehen. Genauso könnte George Bush morgen beschließen, den Atomknopf zu drücken.

Die Frage ist: Was ist wahrscheinlich? Ist es wahrscheinlicher, dass ein Staat oder eine private Sicherheitsorganisation Streitigkeiten mit Gewalt löst? Der Unterschied besteht darin, dass private Sicherheitsorganisationen die Kosten ihrer eigenen Entscheidungen, in den Krieg zu ziehen, selbst tragen müssen. In den Krieg zu ziehen ist teuer. Wer die Wahl zwischen zwei Sicherheitsdiensten hat, von denen die eine Streitigkeiten meistens mit Gewalt löst und die andere meistens durch gewaltfreie Schlichtung, dann denkst du vielleicht im ersten Moment: „Ich will den, der seine Streitigkeiten mit Gewalt löst – das klingt cool!“ Aber dann siehst du den hohen Aufschlag bei den monatlichen Gebühren. Vielleicht gibt es trotzdem genug Leute, die dazu bereit sind, dafür zu bezahlen, aber trotzdem wird der Preis deutlich höher sein. Viele Kunden werden sagen: „Ich gehe lieber zu einem Anbieter, der weniger Geld verlangt, weil er Konflikte meistens gewaltfrei löst.“ Der Staat hingegen hat „Kunden“, die nirgendwo anders hingehen können und er zwingt sie dazu, zu bezahlen. Der Staat kann die Kosten für seine Kriegseinsätze viel effektiver externalisieren, als private Organisationen es tun können.

(5) Robert Bidinotto: Kein oberster Schiedsrichter bei Streitigkeiten

Ein gängiger Einwand – den man zum Beispiel bei Robert Bidinotto findet, der ein Randianer ist und eine Reihe von Artikeln gegen die Anarchie geschrieben hat (er und ich hatten eine Art laufende Online-Debatte darüber) – sein Haupteinwand gegen die Anarchie ist, dass es in der Anarchie keinen obersten Schiedsrichter bei Streitigkeiten gibt. In einem Staat kommt irgendwann ein oberstes Gericht daher und löst den Streit auf die eine oder andere Weise. Da es in der Anarchie keine Instanz gibt, die das Recht hat, die Dinge ein für alle Mal zu regeln, gibt es auch keinen obersten Schiedsrichter, so dass Streitigkeiten in gewissem Sinne nie enden, nie endgültig beigelegt werden, sondern immer ein offenes Ende haben.

Was ist die Antwort darauf? Nun, ich denke, dass das Konzept eines obersten Schiedsrichters zweideutig ist. Mit „oberster Schiedsrichter“

könnte man den letzten Schiedsrichter im platonischen Sinne meinen, wie ich es nenne. Das heißt, jemand oder etwas oder eine Institution, die irgendwie absolut garantiert, dass der Streitfall für immer beigelegt ist; jemand, der die Lösung absolut garantiert. Man könnte aber auch einfach sagen, dass es eine Person, ein Verfahren, eine Institution oder etwas anderes gibt, das mehr oder weniger zuverlässig dafür sorgt, dass die meisten Probleme gelöst werden.

Nun ist es richtig, dass die Anarchie im platonischen Sinne einer absoluten Garantie eines obersten Schiedsrichters – in diesem Sinne – keinen solchen bietet. Aber das tut auch kein anderes System. Nehmen wir eine minarchistische Verfassungsrepublik, wie sie Bidinotto favorisiert. Gibt es in diesem System einen obersten Schiedsrichter im Sinne einer absoluten Garantie für die Beendigung des Streitprozesses? Ich verklage wen, oder ich bin verklagt worden, oder ich werde wegen irgendetwas beschuldigt, was auch immer – ich bin in einer Art Gerichtsverfahren. Ich verliere. Ich gehe in Berufung. Ich gehe vor dem Obersten Gerichtshof in Berufung. Sie entscheiden gegen mich. Ich setze mich beim Kongress dafür ein, dass die Gesetze zu meinen Gunsten geändert werden. Sie tun es nicht. Also versuche ich, eine Bewegung für einen Verfassungszusatz ins Leben zu rufen. Das scheitert, also versuche ich, die Leute zusammenzubringen, um neue Leute in den Kongress zu wählen, die dafür stimmen werden. In gewissem Sinne kann das ewig so weitergehen. Der Streit ist noch nicht vorbei.

Tatsächlich ist es aber so, dass die meisten Rechtsstreitigkeiten irgendwann enden. Jemand findet es zu kostspielig, weiter zu streiten. Auch in der Anarchie gibt es natürlich keine Garantie dafür, dass der Konflikt nicht ewig weitergeht. Es gibt generell nur sehr wenige Garantien dieser Art. Aber das ist kein Grund, nicht zu erwarten, dass es funktionieren wird.

(6) Eigentumsrecht kann nicht aus dem Markt entstehen

Ein weiteres beliebtes Argument, das auch von den Randianern häufig verwendet wird, ist, dass der Marktaustausch ein Eigentumsrecht als Rahmen voraussetzt. Du und ich, wir können keine Waren, Dienstleistungen oder Geld oder was auch immer tauschen, wenn es nicht bereits einen stabilen Rahmen des Eigentumsrechts gibt, der uns Eigentumsrechte sichert. Und da der Markt, um zu funktionieren, ein bestehendes Eigentumsrecht voraussetzt, kann dieses Eigentumsrecht nicht selbst das Produkt des Marktes sein. Das Eigentumsrecht muss entstehen – sie denken wahrscheinlich wirklich, dass es aus einem gottähnlichen Roboter oder so

entstehen muss – aber ich weiß nicht genau, woraus es entsteht, aber irgendwie kann es nicht aus dem Markt entstehen.

Aber ihr Denken ist in etwa so: Zuerst gibt es dieses Eigentumsrecht und es wird alles eingerichtet und es finden keine Markttransaktionen statt – jeder wartet nur darauf, dass die ganze rechtliche Struktur eingerichtet wird. Und dann ist sie da – und jetzt können wir endlich anfangen, hin und her zu handeln. Es ist sicherlich richtig, dass man ohne ein funktionierendes Rechtssystem keine funktionierenden Märkte haben kann. Aber es ist nicht so, dass zuerst das Rechtssystem vorhanden ist und dann am letzten Tag, nachdem endlich das Rechtssystem zusammengebastelt ist, beginnen die Menschen mit ihrem Handel. Diese Dinge entstehen zeitgleich. Rechtliche Institutionen und wirtschaftlicher Handel entstehen gemeinsam an ein und demselben Ort, zu ein und derselben Zeit. Das Rechtssystem ist nicht etwas, das unabhängig von den Handlungen existiert, die es einschränkt. Schließlich ist ein Rechtssystem auch kein Roboter oder Gott oder etwas von uns Unabhängiges. Die Existenz einer Rechtsordnung besteht darin, dass sich die Menschen an sie halten. Wenn jeder das Rechtssystem ignorieren würde, hätte es überhaupt keine Macht. Es überlebt also nur, weil sich die Menschen im Allgemeinen daran halten. Auch die Rechtsordnung ist auf freiwillige Unterstützung angewiesen.

Ich denke, dass ein Grund, warum viele Menschen Angst vor Anarchie haben, darin besteht, dass sie denken, dass es unter der Regierung eine Art von Garantie gibt, die in der Anarchie weggenommen wird. Dass es irgendwie diesen festen Rahmen gibt, auf den wir immer zurückgreifen können, der in der Anarchie einfach weg ist. Aber der feste Rahmen ist nur das Produkt der Menschen, die mit den Anreizen, die sie haben, interagieren. Ähnlich ist es, wenn Anarchisten sagen, dass die Menschen in der Anarchie wahrscheinlich den Anreiz hätten, dieses oder jenes zu tun und die Leute sagen: „Nun, das ist nicht gut genug! Ich will nicht nur, dass es wahrscheinlich ist, dass sie einen Anreiz haben, dies zu tun. Ich möchte, dass die Regierung absolut garantiert, dass sie es tun werden!“

Aber die Regierung besteht auch nur aus Menschen. Und je nachdem, wie die verfassungsmäßige Struktur dieser Regierung aussieht, ist es wahrscheinlich, dass sie dieses oder jenes tun wird. Man kann keine Verfassung entwerfen, die garantiert, dass sich die Menschen in der Regierung auf eine bestimmte Art und Weise verhalten werden. Man kann sie so strukturieren, dass es wahrscheinlicher ist, dass sie dies oder jenes tun. Und man kann Anarchie als eine Erweiterung des Systems der gegenseitigen Kontrolle auf einer breiteren Ebene sehen.

Die Leute fragen zum Beispiel: „Was garantiert, dass die verschiedenen Behörden die Dinge auf eine bestimmte Art und Weise lösen?“ Nun, die US-Verfassung sagt nichts darüber aus, was passiert, wenn sich die verschiedenen Zweige der Regierung nicht einig sind, wie etwas zu regeln ist. Sie besagt nicht, was passiert, wenn der Oberste Gerichtshof etwas für verfassungswidrig hält, der Kongress aber nicht und es trotzdem tun will. Es wird auch nicht gesagt, was passiert, wenn es einen Streit zwischen den Staaten und der Bundesregierung gibt. Das derzeitige System, bei dem der Oberste Gerichtshof etwas für verfassungswidrig erklärt und der Kongress und der Präsident dann nicht mehr versuchen, es umzusetzen (oder zumindest nicht mehr so oft), hat es nicht immer gegeben. Als der Gerichtshof das, was Andrew Jackson tat, für verfassungswidrig erklärte, als er Präsident war, sagte er einfach: „Nun, sie haben ihre Entscheidung getroffen, sollen sie sie durchsetzen.“ Die Verfassung sagt nichts darüber aus, ob die Art und Weise, wie Jackson es tat, die richtige war. Die Art und Weise, wie wir es jetzt machen, hat sich durch Gewohnheit herausgebildet. Vielleicht bist du dafür, vielleicht bist du dagegen – was auch immer es ist, es wurde nie in einem Gesetz niedergeschrieben.

(7) Das organisierte Verbrechen wird die Macht übernehmen

Dass in der Anarchie das organisierte Verbrechen die Macht übernehmen wird, könnte passieren. Aber ist das wahrscheinlich? Das organisierte Verbrechen erhält seine Macht, weil es sich auf Dinge spezialisiert hat, die illegal sind – Dinge wie Drogen und Prostitution und so weiter. In den Jahren, als Alkohol verboten war, hat sich das organisierte Verbrechen auf den Alkoholhandel spezialisiert. Heutzutage ist das organisierte Verbrechen nicht mehr so stark im Alkoholhandel vertreten. Die Macht des organisierten Verbrechens hängt also zu einem großen Teil von der Macht der Regierung ab. Es sitzt sozusagen als Parasit auf den Aktivitäten der Regierung. Indem Regierungen Dinge verbieten, schaffen sie Schwarzmärkte. Schwarzmärkte sind gefährlich, weil man sich sowohl vor der Regierung als auch vor anderen zwielichtigen Leuten fürchten muss, die sich auf dem Schwarzmarkt betätigen. Das organisierte Verbrechen ist darauf spezialisiert. Daher denke ich, dass das organisierte Verbrechen in einem libertären System nicht stärker, sondern schwächer sein würde.

(8) Die Reichen werden herrschen

Eine weitere Sorge ist, dass die Reichen herrschen würden. Geht die Gerechtigkeit in diesem Fall nicht einfach an den Meistbietenden, wenn man

Rechtsdienstleistungen zu einem Wirtschaftsgut macht? Das ist ein häufiger Einwand. Interessanterweise wird dieser Einwand besonders oft von Randianern vorgebracht, die sich plötzlich sehr um die armen, verarmten Massen sorgen. Aber in welchem System sind die Reichen mächtiger? Unter dem derzeitigen System oder in der Anarchie? Sicherlich hat man immer einen gewissen Vorteil, wenn man reich ist. Es ist gut, reich zu sein. Man ist immer in einer besseren Position, Leute zu bestechen, wenn man reich ist, als wenn man nicht reich ist; das ist richtig. Aber unter dem derzeitigen System wird die Macht der Reichen vergrößert. Nehmen wir an, ich bin eine böse, reiche Person und möchte die Regierung dazu bringen, etwas zu tun, das eine Million Dollar kostet. Muss ich einen Bürokraten mit einer Million Dollar bestechen, um das zu erreichen? Nein, denn ich verlange ja nicht, dass er es mit seinem eigenen Geld tut. Wenn ich ihn bitten würde, es mit seinem eigenen Geld zu tun, könnte ich ihn natürlich nicht dazu bringen, eine Million Dollar auszugeben, wenn ich ihn mit weniger als einer Million bestechen würde. Es müssten mindestens eine Million Dollar und ein Cent sein. Aber Leute, die Steuergelder kontrollieren, die ihnen nicht persönlich gehören und mit denen sie daher nicht tun können, was sie wollen, können die Million nicht einfach in die Tasche stecken und nach Hause gehen (obwohl es dem erstaunlich nahe kommen kann). Alles, was ich tun muss, ist, ihn mit ein paar Tausend Dollar zu bestechen und er kann diese Million an Steuergeldern für mein Lieblingsprojekt oder für was auch immer verwenden, wodurch sich die Macht meines Bestechungsgeldes vervielfacht.

Wärest du hingegen der Leiter einer privaten Schutzorganisation und ich würde versuchen, dich dazu zu bringen, etwas zu tun, das eine Million Dollar kostet, müsste ich dich mit mehr als einer Million bestechen. Die Macht der Reichen ist also unter diesem System tatsächlich geringer. Und natürlich würde jedes Gericht, das den Ruf hat, Millionäre gegenüber armen Menschen zu diskriminieren, vermutlich auch den Ruf haben, Milliardäre gegenüber Millionären zu diskriminieren. Die Millionäre würden sich also nicht die ganze Zeit damit befassen wollen. Sie würden sich nur dann damit befassen wollen, wenn sie es mit ärmeren Menschen zu tun haben, nicht mit Menschen, die reicher sind. Zu den Auswirkungen auf den Ruf muss ich eigentlich nichts mehr sagen.

Bei armen Opfern, die sich keinen Rechtsbeistand leisten können, oder Opfern, die ohne Erben sterben (auch hier sind die Randianer sehr besorgt über Opfer, die ohne Erben sterben) kann man tun, was man im mittelalterlichen Island tat. Du bist zu arm, um dir einen Rechtsbeistand leisten zu

können, aber wenn dir jemand Schaden zugefügt hat, hast du dennoch einen Anspruch auf Entschädigung durch diese Person. Du kannst diesen Anspruch, einen Teil des Anspruchs oder den gesamten Anspruch, an jemand anderen verkaufen. Eigentlich ist es so, als würdest du einen Anwalt auf Erfolgshonorarbasis engagieren. Du könntest deinen Anspruch an jemanden verkaufen, der dazu in der Lage ist, ihn durchzusetzen. Oder, wenn du ohne Erben stirbst, ist eines der Güter, die du hinterlassen hast, in gewissem Sinne dein Anspruch auf Entschädigung und der kann vererbt werden.

(9) Robert Bidinotto: Die meisten werden schlechte Gesetze fordern

Eine weitere Sorge, die Bidinotto hegt – und das ist sozusagen das Gegenteil der Sorge, dass die Reichen herrschen werden – ist: Nun, hat Mises nicht recht, dass der Markt wie eine große Demokratie ist, in der es Verbrauchersouveränität gibt und die Massen bekommen, was sie wollen? Das ist großartig, wenn es um Kühlschränke und Autos und so weiter geht. Aber das ist sicher nicht gut, wenn es um *Gesetze* geht. Denn schließlich sind die Massen ein Haufen unwissender, intoleranter Narren und wer weiß, was sie für schreckliche Dinge machen werden, wenn sie einfach die Gesetze bekommen, die sie wollen.

Der Unterschied zwischen der Wirtschaftsdemokratie nach Mises und der politischen Demokratie ist natürlich: Ja, sie bekommen, was sie wollen, aber sie müssen dafür bezahlen. Nun, es ist vollkommen richtig, dass Anarchie nicht unbedingt zu libertären Ergebnissen führt, wenn es Leute gibt, die fanatisch genug sind, um anderen Leuten irgendetwas aufzudrängen, wenn es sich dabei um eine ausreichend große Gruppe handelt.

Wenn man in Kalifornien lebt, gibt es genug Leute, die absolut fanatisch für ein Rauchverbot sind, oder wenn man in Alabama lebt und nicht das Rauchen, sondern die Homosexualität verbieten will (weder Rauchen noch Homosexualität könnten durch Verbote verhindert werden, denke ich) – in diesem Fall könnte es passieren, dass sie so fanatisch sind, dass sie es verbieten würden. Aber man bedenke, dass sie dafür bezahlen müssen. Wenn du also deine Monatsrechnung erhältst, siehst du darauf: Einmal die Basisleistung – den Schutz vor Aggression; oh und hier ist auch die erweiterte Leistung mit der Zusatzgebühr dafür, dass die Nachbarn ausgespäht werden, um sicherzustellen, dass sie keinen Tabak konsumieren oder ihre Homosexualität ausleben oder was auch immer es ist, worüber Sie sich Sorgen machen. Die wirklich fanatischen Leute werden sagen: „Ja, ich werde das zusätzliche Geld dafür ausgeben.“ (Natürlich, wenn sie so fana-

tisch sind, werden sie wahrscheinlich auch in der Minarchie Probleme bekommen.) Aber die weniger fanatischen würden es nur tun, wenn sie sagen könnten: „Wenn ich nicht mehr tun muss, als in eine Wahlkabine zu gehen und für diese Gesetze zu stimmen, die die Freiheit anderer Leute einschränken, nun, verdammt, dann gehe ich hin, weil es so einfach ist, hinzugehen und dafür zu stimmen.“ Aber wenn sie tatsächlich dafür *bezahlen* müssen, würden sie sagen: „Na ja, ich weiß nicht. Vielleicht ist es okay für mich.“

(10) Robert Nozick und Tyler Cowen: Private Sicherheitsagenturen werden zu einer De-facto-Regierung

Okay, ich gehe auf einen letzten Einwand ein. Es handelt sich um eine Frage, die ursprünglich von Robert Nozick aufgeworfen und von Tyler Cowen weiter vertieft wurde. Nozick sagte: Nehmen wir an, es herrscht Anarchie. Drei Dinge können dann passieren. Entweder werden die Behörden gegeneinander kämpfen – und er benennt zwei verschiedene Szenarien, was passiert, wenn sie kämpfen. Aber ich habe bereits darüber gesprochen, was passiert, wenn sie kämpfen, also werde ich über die dritte Möglichkeit sprechen. Was passiert, wenn sie nicht gegeneinander kämpfen? Dann sagt er, wenn sie stattdessen diesen gegenseitigen Schlichtungsverträgen und so weiter zustimmen, dann verwandelt sich das Ganze im Grunde in einen Staat. Und Tyler Cowen hat dieses Argument noch weiter ausgeführt. Er sagte, dass sich im Grunde genommen ein Kartell bildet, in dessen Interesse es sein wird, sich in eine Art Staat zu verwandeln. Und dieses könnte jede neue Behörde, die auftaucht, einfach boykottieren.

Genauso wie es in deinem Interesse ist, wenn du eine neue Geldautomatenkarte auf den Markt bringst, dass diese mit allen anderen Geräten kompatibel ist, so ist es in deinem Interesse, wenn du eine nagelneue Sicherheitsbehörde gründest, dass du Teil dieses Systems von Verträgen, Schiedsverfahren und so weiter wirst, das die bestehenden Organisationen haben. Die Verbraucher werden sich nicht an dich wenden, wenn sie herausfinden, dass du keine Vereinbarungen vorweisen kannst, die das regeln, wenn du in einen Konflikt mit diesen anderen Organisationen gerätst. Und so wird dieses Kartell in der Lage sein, jeden auszuschließen.

Nun, könnte das passieren? Sicher. Es könnte alles Mögliche passieren. Das halbe Land könnte morgen Selbstmord begehen. Aber ist das wahrscheinlich? Ist es wahrscheinlich, dass dieses Kartell seine Macht auf diese Weise missbrauchen wird? Das Problem ist, dass Kartelle aus den üblichen Gründen instabil sind. Das heißt aber nicht, dass es unmöglich ist, dass ein

Kartell Erfolg hat. Schließlich haben die Menschen einen freien Willen. Aber es ist unwahrscheinlich, weil genau die Anreize, die zur Bildung eines Kartells führen, auch dazu führen, dass man das Kartell betrügt – denn es liegt immer im Interesse eines jeden, Vereinbarungen außerhalb des Kartells zu treffen, wenn er einmal dabei ist.

Bryan Caplan unterscheidet zwischen Boykotten, die sich selbst verstärken und Boykotten, die sich nicht selbst verstärken. Selbstverstärkende Boykotte sind solche, bei denen der Boykott ziemlich stabil ist, weil er sich z. B. gegen Geschäfte mit Leuten richtet, die ihre Geschäftspartner betrügen. Nun muss man nicht unbedingt eine eherne moralische Verpflichtung haben, um Geschäfte mit Leuten zu vermeiden, die ihre Geschäftspartner betrügen. Es gibt durchaus ein Eigeninteresse daran, keine Geschäfte mit diesen Leuten zu machen.

Aber wenn du dich stattdessen verpflichtest, mit jemandem keine Geschäfte zu machen, weil du seine Religion oder etwas Ähnliches ablehnst, oder weil er Mitglied in der falschen Sicherheitsorganisation ist, in einer, von der dir die anderen Sicherheitsorganisationen abgeraten haben, dann könnte der Boykott funktionieren. Vielleicht sind genug Leute (vielleicht sogar alle) in dem Kartell so sehr daran interessiert, das Kartell aufrechtzuerhalten, dass sie einfach keine Geschäfte mit der Person machen wollen. Ist das möglich? Ja. Aber wenn wir davon ausgehen, dass sie das Kartell aus ihrem eigenen wirtschaftlichen Eigeninteresse heraus gebildet haben, dann ist das wirtschaftliche Eigeninteresse genau das, was zur Untergrabung führt, weil es in ihrem Interesse ist, mit der Person zu verhandeln, so wie es immer in deinem Interesse ist, einen für beide Seiten vorteilhaften Handel zu betreiben.

Das sind jedenfalls einige der Einwände und meine Antworten darauf. Kommen wir zur Fragerunde.

FI: Mein größtes Bedenken in Bezug auf den Anarchismus ist: Warum kann man nicht sagen, dass die Regierung nur eine weitere Form von Arbeitsteilung ist? Es könnte ja sein, dass manche Menschen besser sind oder natürliche Fähigkeiten besitzen, die sich besser eignen, um über andere zu herrschen. Ich sage nicht, dass Anarchie nicht funktionieren kann, aber allein die Tatsache, dass sich keine der industrialisierten Regionen der Welt in einem Zustand der Anarchie befindet oder jemals für längere Zeit in einem Zustand der Anarchie befunden hat, sagt etwas über die Stabilität oder Lebensfähigkeit komplexer menschlicher Gesellschaften im gegen-

wärtigen Zustand aus. Und um auf das zurückzukommen, was ich vorhin gesagt habe, kann man sich die Beziehung zwischen Herrscher und Beherrschten als Arbeitsteilung vorstellen. Manche Menschen verfügen über Führungsqualitäten, die es ihnen ermöglichen, Menschen besser zu organisieren als andere. Manchen Menschen fehlt das.

RL: Was die Arbeitsteilung anbelangt: Wenn du etwas besser kannst als ich, dann machst du es und ich kaufe die Dienste von dir. Solange diese Arbeitsteilung freiwillig ist, ist das in Ordnung. Aber wenn es bei der Arbeitsteilung darum geht, dass einige Leute besser herrschen können als andere – nun, wenn ich *zustimme*, dass du mich beherrscht – vielleicht stelle ich dich als meinen Berater ein, weil ich denke, dass du besser Entscheidungen treffen kannst als ich, also treffe ich eine letzte Entscheidung, nämlich dich als meinen Berater einzustellen und von da an tue ich, was du sagst – das ist keine Regierung. Du bist mein Angestellter, du bist ein Angestellter, dem ich sehr gewissenhaft folge. Aber zu regieren bedeutet, über Menschen ohne deren Zustimmung zu herrschen. Dass die Arbeitsteilung für alle Beteiligten von Vorteil ist, scheint nicht zu gelten, wenn eine Gruppe die andere zwingt, ihre Dienste anzunehmen. Und zu der Frage, warum es in keinem Industrieland Anarchie gibt – natürlich gibt es auch kein Industrieland, in dem Monarchie herrscht. Aber die Industrieländer gibt es ja auch noch nicht so lange. Es gab eine Zeit, in der man sagte, jedes zivilisierte Land (oder fast jedes zivilisierte Land) sei eine Monarchie. Im 17. und 18. Jahrhundert sagten die Menschen: Seht her, alle zivilisierten Länder sind Monarchien; Demokratie würde niemals funktionieren. Und mit der Behauptung, dass die Demokratie niemals funktionieren würde, meinten sie nicht nur, dass sie auf lange Sicht zu verschiedenen schlechten Ergebnissen führen würde. Sie waren einfach der Meinung, dass sie innerhalb weniger Monate völlig im Chaos versinken würde. Was auch immer man von der Demokratie halten mag, sie war lebensfähiger, als sie voraus sagten. Jedenfalls konnte sie sich länger halten, als sie voraus gesagt hatten. Die Dinge sind also im Fluss. Es gab eine Zeit, da gab es nur Monarchien. Jetzt sind es halbmonarchische Demokratien. Die Nacht ist noch jung.

F2: Roderick, wir schätzen sicherlich alle die wunderbare Arbeit, die Sie hier am Mises-Institut leisten, aber Ludwig von Mises war kein Anarchist. Ich habe mich daher gefragt, ob Sie uns mehr über Ihr Institut und das Molinari-Institut erzählen könnten.

RL: Mises war nicht wirklich ein Misesianer! [*Gelächter*] Nun, ich habe meine eigene Denkfabrik. Sie ist etwas kleiner als diese. Ich bin mir nicht sicher, ob sie eine bestimmte Größe hat. Sie besteht aber aus mehr als einer

Person. Der Vorstand besteht aus drei Personen. Es sind also drei Personen plus eine Website. Eines Tages wird sie die Erde beherrschen – auf anarchische Weise. Im Moment besteht die Hauptaufgabe darin, verschiedene libertäre und anarchistische Klassiker auf die Website zu stellen. Es gibt einen Ableger davon – die Molinari Society, die aus denselben drei Personen plus einer weiteren besteht. Da, wie Hayek sagte, soziale Tatsachen in der Einstellung der Menschen zu ihnen bestehen, existiert sie umso mehr, je mehr Menschen glauben, dass sie existiert. Die ganze Sache existiert ein bisschen mehr, weil wir uns der American Philosophical Association angeschlossen haben. Die Molinari-Gesellschaft veranstaltet im Dezember eine Sitzung auf den Tagungen der American Philosophical Association. Es wird also tatsächlich eine Molinari-Veranstaltung im Dezember geben, an der die drei Personen plus eine weitere Person teilnehmen. Das ist also der große und glorreiche Fortschritt. Ihr Ziel ist es, die Regierung zu stürzen. Wir haben bei der Regierung eine Steuerbefreiung beantragt. (Wir werden sehen, wie dumm die sind! Wir haben die Beschreibung etwas anders formuliert, als wir die Formulare eingeschickt haben.)

F3: Ich wollte den Punkt unterstützen, den Sie bezüglich des Rand'schen Einwandes, dass Markttransaktionen eine Art legalen Rahmen benötigen, gemacht haben. Die Tatsache, dass es Schwarzmärkte gibt, widerlegt dies. Wenn Sie ein Kokainhändler sind und von Ihrem Zwischenhändler abgezockt werden, können Sie sicherlich nicht vor Gericht gehen und sagen: „Verhaften Sie ihn, er hat mir nicht das Kokain gegeben, das er mir geben sollte ...“

RL: Ich bin sicher, dass das schon jemand versucht hat ...

F3: ... Das kann natürlich sehr leicht zu Gewalt führen. Vergessen Sie nicht, dass es Leute gibt, die aktiv versuchen, Sie zu stoppen. Sie sind an keiner Schlichtung interessiert, sondern nur daran, Sie aktiv davon abzuhalten, es zu tun.

RL: David Friedman argumentiert, dass eine der Hauptfunktionen der Mafia darin besteht, als eine Art Gerichtssystem für Kriminelle zu dienen. Das ist nicht alles, was sie tut, aber die Mafia interessiert sich dafür, was für kriminelle Machenschaften in ihrem Gebiet vor sich gehen – weil sie ihren Anteil haben will, aber sie will auch nicht, dass sich Gangs in ihrem Gebiet gegenseitig erschießen. Wenn du mit jemandem ein kriminelles Geschäft vereinbart hast und ein Konflikt entsteht, weil du betrogen wurdest und dies im Zuständigkeitsbereich einer bestimmten Mafiagruppe geschah, wird sich die Mafia dafür interessieren, solange du deinen Anteil ablieferst.

Wenn der andere nicht kooperiert, wird die Mafia wie eine Art Gericht und Polizei handeln. Sie sind eine Art Polizei für Kriminelle.

F4: Was wird verhindern, dass Sicherheitsfirmen zu einem Schutzgelderpresser werden?

RL: Nun, andere Sicherheitsfirmen. Wenn sie damit Erfolg haben, dann sind sie zu einer Regierung geworden. Aber in der Zeit, in der eine Sicherheitsfirma es versucht, ist sie noch nicht zu einer Regierung geworden, also nehmen wir an, dass es noch andere Firmen gibt und es liegt im Interesse dieser anderen Firmen, sicherzustellen, dass dies nicht passiert. Könnte es eine Schutzgelderpressung werden? Könnten sich Sicherheitsorganisationen prinzipiell zu einer Regierung entwickeln? Einige könnten das. Ich denke, dass es in der Vergangenheit wahrscheinlich schon einige gegeben hat. Aber die Frage ist: Ist das ein wahrscheinliches oder unvermeidliches Ergebnis? Ich glaube nicht, denn es gibt einen korrigierenden Mechanismus, der das verhindert. Diese Mechanismen können in der Anarchie genauso versagen wie in Verfassungen, aber es gibt ein entscheidendes Gegengewicht, nämlich die Möglichkeit, andere Sicherheitsorganisationen einzuschalten oder eine andere Sicherheitsorganisation zu gründen, bevor dieses Ding überhaupt die Chance hatte, diese Art von Macht zu erlangen.

F5: Wer erklärt am besten die Entstehung des Staates?

RL: Es gibt eine populäre Theorie des neunzehnten Jahrhunderts über den Ursprung des Staates, die man in verschiedenen Formen findet. Sie findet sich bei Herbert Spencer, bei Oppenheimer und bei einigen französischen Liberalen wie Comte, Dunoyer und Molinari – der eigentlich kein Franzose, sondern Belgier war („Ich bin kein Franzose, ich bin Belgier!“). Diese Theorie – es gab verschiedene Versionen davon, aber sie sind alle ziemlich ähnlich – besagte, dass eine Gruppe eine andere Gruppe erobert. Oft war die Theorie, dass eine Art Jäger- und Plünderergruppe eine landwirtschaftliche Gruppe erobert. In Molinaris Version passiert Folgendes: Zuerst gehen sie einfach hin und töten Leute und nehmen ihre Sachen. Und dann finden sie allmählich heraus: Nun, vielleicht sollten wir warten und sie nicht töten, weil wir wollen, dass sie mehr anbauen, wenn wir das nächste Mal wiederkommen. Also kommen wir stattdessen einfach und schnappen uns ihr Zeug und töten sie nicht und dann werden sie mehr Zeug anbauen und nächstes Jahr kommen wir wieder. Und dann denken sie, na ja, wenn wir ihnen alles wegnehmen, dann haben sie nicht mehr genug Saatgut, um es anzubauen, oder sie haben keinen Anreiz mehr, es anzubauen – sie laufen einfach weg oder so – also nehmen wir nicht alles. Und schließlich denken sie: Wir müssen nicht ständig weggehen und zu-

rückkommen. Wir können einfach einziehen. Und dann entsteht mit der Zeit eine herrschende Klasse und eine beherrschte Klasse. Anfangs sind die herrschende Klasse und die beherrschte Klasse vielleicht ethnisch unterschiedlich, weil es sich um verschiedene Stämme handelt. Aber selbst wenn sich die Stämme im Laufe der Zeit vermischen und es keine Unterschiede in der Zusammensetzung mehr gibt, haben sie immer noch die gleiche Struktur einer herrschenden und einer beherrschten Gruppe. Das war also eine populäre Theorie über den Ursprung des Staates, oder zumindest über den Ursprung vieler Staaten. Ich denke, ein anderer Ursprung einiger Staaten oder staatsähnlicher Gebilde ist in der gleichen Situation zu sehen, aber in Fällen, in denen es ihnen gelingt, die Invasoren abzuwehren. Eine lokale Gruppe innerhalb der von der Invasion betroffenen Gruppe sagt: Wir werden uns auf die Verteidigung spezialisieren – wir werden uns darauf spezialisieren, den Rest von euch gegen diese Eindringlinge zu verteidigen. Und sie haben Erfolg. Wenn man sich die Geschichte Englands anschaut, denke ich, dass genau das mit der englischen Monarchie passiert. Vor der normannischen Eroberung waren die frühesten englischen Monarchen Kriegsführer, deren Hauptaufgabe die Landesverteidigung war. Sie hatten nur sehr wenig innerhalb des Landes zu tun. Sie richteten sich in erster Linie gegen ausländische Invasoren. Aber das war ein Monopol. (Die Frage ist nun, wie sie dieses Monopol erlangt haben. Ich bin mir da nicht so sicher.) Aber als sie es erlangt hatten, wurden sie nach und nach auch immer mehr in die Kontrolle des eigenen Landes einbezogen.

F6: Hector, die Geschichte von Murray über Hector? Sie ist dieser Geschichte sehr ähnlich und sie steht im Internet und es ist einfach eine schöne Geschichte.

RL: Welche Geschichte über Hector ist das?

F6: Die erste, in der es darum geht, warum wir gehen müssen, lass uns einfach dort bleiben ...

RL: Oh, ja.

F6: Murray hat das sehr gut gemacht und ich würde es empfehlen.

RL: Wo ist das?

F6: Es steht auf LewRockwell.com.

RL: Ist das einer der Rothbard-Artikel dort?

F6: Richtig. Ich wollte Ihre These auf verschiedene Weise untermauern. Erstens: Ein weiteres Argument für die Anarchie ist, dass man, wenn man wirklich für die Regierung ist, für eine Weltregierung sein muss, denn im Moment herrscht Anarchie zwischen den Regierungen und das können wir nicht haben, wenn man eine Regierung will. Nur sehr wenige Men-

schen sind für eine Weltregierung und das ist unvereinbar mit den Argumenten gegen Anarchie.

RL: Es muss eine *letzte* Instanz geben, die entscheidet.

F6: Eine weitere Stütze ist die Frage der Verhandlungen. Die Zeitzonen und die Standardspurweite für Eisenbahnen wurden durch Verhandlungen zwischen den Eisenbahngesellschaften festgelegt.

RL: Und das Internet. Einiges davon ist gesetzlich vorgegeben, aber andere Aspekte sind einfach üblich.

F6: Und eine weitere Bestätigung ist diese Sache mit dem Kartell. Es gab eine Zeit, in der die National Basketball Association acht Teams hatte und sie wollten keine anderen Teams zulassen, also gründeten sie die ABA (die American Basketball Association, mit dem rot-weiß-blauen Ball). Wenn man also ein Kartell hatte, das andere nicht reinließ, konnte man ein anderes Kartell gründen.

RL: Was geschah mit ihnen?

F6: Sie haben sich schließlich zusammengeschlossen. Jetzt gibt es etwa dreißig Teams in der NBA. Und wenn das zu wenig ist, kann noch eine weitere Liga entstehen.

RL: Der entscheidende Punkt ist, dass es in der österreichischen Definition von Wettbewerb nicht um die Anzahl der konkurrierenden Unternehmen geht, sondern um den freien Zugang. Solange es möglich ist, eine weitere Liga zu gründen, kann das den gleichen Effekt haben, wie wenn man es tatsächlich tut.

F6: Neben der Auflösung eines Kartells können auch andere Kartelle entstehen, die mit dem ersten Kartell konkurrieren.

RL: Hatte die XFL gute Auswirkungen? [*Gelächter*]

F6: Ich wollte eine Frage stellen. In Ihrer Antwort auf die erste Frage, in der Sie sagten, Sie würden ihn zu Ihrem Führer ernennen – bedeutet das, dass Sie auf meiner Seite stehen –

RL: Nein.

F6: – in der Frage der Unveräußerlichkeit?

RL: Nein, nein. Deshalb habe ich gesagt, er sei der Angestellte und nicht der Eigentümer. Ich glaube an unveräußerliche Rechte.

F6: Er ist ein Angestellter, aber Sie können ihn nicht entlassen ...

RL: Nein, ich kann ihn entlassen. Er ist mein Berater, ich werde ihm immer folgen – aber ich habe mein Recht, ihn zu entlassen, nicht aufzugeben.

DER WIDER WILLIGE ANARCHIST

Joseph Sobran, B.A.

Joe Sobran (1946–2010) erhielt seinen B. A. in Englisch von der Eastern Michigan University und absolvierte ein Studium der Anglistik mit Schwerpunkt Shakespeare. Von 1969 bis 1970 unterrichtete er mit einem Stipendium Englisch und hielt Vorlesungen über Shakespeare. Von 1972 bis 1993 schrieb er für den *National Review*. Der folgende Abschnitt wurde nachgedruckt und erweitert aus *Sobran's*, Dezember 2002, Seiten 3–6.

Meine (erst kürzlich erfolgte) Hinwendung zum philosophischen Anarchismus hat einige meiner konservativen und christlichen Freunde beunruhigt.

In der Tat überrascht es mich, da es meinen eigenen Neigungen zuwiderläuft. Als Kind habe ich einen tiefen Respekt vor Autorität und eine Abneigung vor Chaos entwickelt. In meinem Fall wurde beides durch Existenzängste verschmolzen, nachdem sich meine Eltern scheiden ließen und ich mehrere Jahre lang von einer Wohnung zur anderen zog und oft bei Fremden lebte. Ich sehnte mich nach einer festen Autorität.

Gleichzeitig wurde mir in der öffentlichen Schule der Patriotismus vermittelt, zu dem damals alle Kinder angehalten wurden. Ich wuchs mit dem Gefühl auf, dass, wenn es etwas gab, dem ich vertrauen und auf das ich mich verlassen konnte, es meine Regierung war. Sie war stark und gut, auch wenn ich sonst nicht viel über sie wusste. Die Vorstellung, dass einige Leute – zum Beispiel Kommunisten – die Regierung stürzen wollten, erfüllte mich mit Schrecken.

G.K. Chesterton kritisierte Rudyard Kipling einmal mit seiner üblichen sanften Dreistigkeit für seinen „Mangel an Patriotismus“. Da Kipling dafür bekannt war, das britische Empire zu verherrlichen, hätte dies als eines von Chestertons „Paradoxien“ erscheinen können, aber es war kein sol-

ches, außer in dem Sinne, dass es leugnete, was die meisten Leser für offensichtlich und unbestreitbar hielten.

Chesterton, selbst ein „Little Englander“ und Gegner des Imperiums, erklärte, was an Kiplings Ansicht falsch war: „Er bewundert England, aber er liebt es nicht, denn wir bewundern Dinge aus Gründen, aber wir lieben sie ohne Grund. Er bewundert England, weil es stark ist, nicht weil es englisch ist.“ Das impliziert, dass es nichts gäbe, wofür man es lieben könnte, wenn es schwach wäre.

Natürlich hatte Chesterton recht. Du liebst dein Land, wie du deine Mutter liebst – einfach, weil es *dein* Land ist, nicht wegen seiner Überlegenheit gegenüber anderen, insbesondere wegen der Überlegenheit der Macht.

Das erscheint mir heute selbstverständlich, aber als ich es zum ersten Mal las, hat es mich erschreckt. Schließlich war ich Amerikaner und der amerikanische Patriotismus drückt sich normalerweise in Superlativen aus. Amerika ist das freieste, das mächtigste, das reichste, kurzum das *großartigste* Land der Welt, mit der großartigsten Regierungsform – der demokratischsten. Vielleicht lieben die armen Finnen oder Peruaner ihre Länder auch, aber weiß der Himmel, warum – sie haben so wenig, worauf sie stolz sein können, so wenig „Gründe“. Amerika ist auch das meist *beneidete* Land der Welt. Wünschen sich nicht alle Menschen insgeheim, sie wären Amerikaner?

Der Patriotismus, der mir als Junge eingepflegt wurde, war der Patriotismus der Macht. Ich war in dieser Hinsicht ziemlich typisch. Zum einen hatte Amerika noch nie einen Krieg verloren – ich war sogar stolz darauf, dass Amerika die Atombombe entwickelt hatte (zufällig, wie es schien, gerade rechtzeitig, um die Japaner zu vernichten) – und deshalb war der Vietnamkrieg so bitter und frustrierend. Nicht die Toten, sondern die Niederlage! Das Ende der großen Glückssträhne der Geschichte!

Als ich erwachsen wurde, begann mein Patriotismus eine andere Form anzunehmen und es dauerte lange, bis ich erkannte, dass es ein Spannungsverhältnis zum Patriotismus der Macht gab. Ich wurde ein philosophischer Konservativer mit einer starken libertären Ader. Ich glaubte an eine Regierung, aber diese musste „begrenzt“ sein. Auf einige wenige legitime Zwecke beschränkt, wie die Verteidigung im Ausland und die Polizeiarbeit im Inland. Diese und kaum andere Aufgaben akzeptierte ich unter dem Einfluss von Schriftstellern wie Ayn Rand und Henry Hazlitt, deren Bücher ich während meiner Studienzeit gelesen hatte.

Obwohl ich Rands Atheismus nicht mochte (damals war ich zwar irreligiös, aber nicht antireligiös), übte sie einen seltsamen Reiz auf meinen Restkatholizismus aus. Ich hatte genug Aquin gelesen, um auf ihre aristotelischen Mantras zu reagieren. Alles musste sein eigenes Wesen und seine eigenen Grenzen haben, auch der Staat. Die Vorstellung eines Staates, der ständig wächst, keine Grenzen kennt und seine Ansprüche an den Bürger immer weiter erhöht, beleidigte und ängstigte mich. Das konnte nur in Tyrannei enden.

Ich fühlte mich auch stark zu Bill Buckley hingezogen, einem ausgesprochenen Katholiken, der denselben aristotelischen Ton anschlug. Während seines Rennens um das Amt des Bürgermeisters von New York im Jahr 1965 gab er den Wählern ein erhabenes Versprechen: Er bot „die innere Gelassenheit, die sich aus dem Wissen ergibt, dass der Politik rationale Grenzen gesetzt sind.“ Das war vielleicht das sinnloseste Wahlversprechen aller Zeiten, aber meine Stimme hätte er damit gewonnen!

Es war eher dieser aristotelische Sinn für „rationale Grenzen“ als eine bestimmte Doktrin, der mich zum Konservativen machte. Ich freute mich, ihn bei einigen englischen Schriftstellern zu finden, die dem amerikanischen Konservatismus fern standen – Chesterton natürlich, Samuel Johnson, Edmund Burke, George Orwell, C.S. Lewis, Michael Oakeshott.

In der Tat zog ich einen literarischen, kontemplativen Konservatismus dem aktivistischen, mit unmittelbaren politischen Fragen beschäftigten Konservatismus vor. Während der Reagan-Jahre, die ich eigentlich aufregend finden sollte, langweilte ich mich zu Tode mit angebotsorientierter Ökonomie, Unternehmenszonen, „Privatisierung“ von Wohlfahrtsprogrammen und ähnlichen prinzipienlosen Spielereien. Ich konnte nicht erkennen, dass die Konservativen der „Bewegung“ weniger an Prinzipien als an republikanischen Siegen interessiert waren. Soweit ich es gesehen habe, konnte ich nicht begreifen, was es bedeutet.

Dennoch war das Letzte, was ich erwartet hatte, ein Anarchist zu werden. Viele Jahre lang wusste ich nicht einmal, dass es ernsthafte philosophische Anarchisten gab. Ich hatte noch nie von Lysander Spooner oder Murray Rothbard gehört. Wie konnte die Gesellschaft überhaupt ohne Staat überleben?

Jetzt begann ich, der US-Regierung kritisch gegenüberzustehen, wenn auch nicht sonderlich ausgeprägt. Ich erkannte, dass der Wohlfahrtsstaat, vor allem das Erbe des New Deal von Franklin Roosevelt, gegen die Grundsätze der begrenzten Regierungsgewalt verstieß und letztendlich abgeschafft werden musste. Aber ich stimmte mit anderen Konservativen

darin überein, dass in der Zwischenzeit die dringende globale Bedrohung durch den Kommunismus gestoppt werden musste. Da ich die „Verteidigung“ als eine der eigentlichen Aufgaben der Regierung ansah, betrachtete ich den Kalten Krieg als eine Notwendigkeit, sozusagen als das Dach über dem Kopf der Freiheit. Wenn die sowjetische Bedrohung jemals aufhören würde (die Aussicht darauf schien gering), könnten wir es uns leisten, den Militärhaushalt zu kürzen und uns wieder der Demontage des Wohlfahrtsstaates zu widmen.

Irgendwo, am Ende des Regenbogens, würde Amerika zu seinen Gründungsprinzipien zurückkehren. Die Bundesregierung würde geschrumpft, es gäbe nur noch wenige Gesetze, die Steuern wären minimal. Das war es, was ich dachte. Zumindest hoffte ich das.

In jenen Jahren las ich eifrig konservative und marktwirtschaftliche Literatur im Bewusstsein, dass ich als eine Art Spätbekehrter die konservative Bewegung einholen würde. Ich ging davon aus, dass andere Konservative die gleichen Bücher bereits gelesen und sich zu Herzen genommen hatten. Sicherlich wollten wir alle das Gleiche! Im Grunde genommen die Erkenntnis, dass es rationale Grenzen für die Politik gibt. Der gute alte Aristoteles. Damals schien der Weg von Aristoteles zu Barry Goldwater nicht weit zu sein.

Wie inzwischen hinlänglich bekannt ist, habe ich als junger Mann für Buckley beim *National Review* gearbeitet und wurde später Kolumnist bei verschiedenen Zeitungen. Ich fand meine Nische im konservativen Journalismus als Kritiker der Verzerrungen der US-Verfassung durch die Liberals, insbesondere in den Urteilen des Obersten Gerichtshofs zu Abtreibung, Pornografie und „Meinungsfreiheit“.

Allmählich erkannte ich, dass die konservative Anforderung an die vom Liberalism geprägten Rechtsprechung der „lockeren Auslegung“ viel zu eng gefasst war. Nahezu alles, was die Liberals von der Bundesregierung wollten, war verfassungswidrig. Der Schlüssel zu allem, so dachte ich, war der Zehnte Verfassungszusatz, der es der Bundesregierung verbietet, Befugnisse auszuüben, die ihr nicht ausdrücklich in der Verfassung zugewiesen sind. Aber der Zehnte Zusatzartikel lag seit dem New Deal im Koma, als Roosevelts Gerichtshof ihn praktisch außer Kraft setzte.

Dies bedeutete, dass fast alle Bundesgesetze vom New Deal bis zur Great Society und darüber hinaus verfassungswidrig waren. Anstatt die Programme der Liberals stückweise zu bekämpfen, konnten die Konservativen das ganze untergraben, indem sie die wahre (und eigentlich offensichtli-

che) Bedeutung der Verfassung wiederbelebten. Die Liberals stützten sich auf eine lange Reihe von Machtübernahmen.

Etwa zur Zeit der hart umkämpften (und abgelehnten) Nominierung von Richter Robert Bork für den Obersten Gerichtshof der USA haben die Konservativen viel Energie darauf verwendet, darauf zu bestehen, dass die „ursprüngliche Absicht“ der Verfassung ausschlaggebend sein müsse. Sie wendeten diesen Grundsatz jedoch nur auf einige zweideutige Formulierungen und Passagen an, die sich auf bestimmte brisante Themen des Tages bezogen – zum Beispiel die Todesstrafe. Über den *allgemeinen* Sinn der Verfassung konnte es meines Erachtens keinerlei Zweifel geben. Der herrschende Grundsatz lautet: Alles, wozu die Bundesregierung nicht befugt ist, ist ihr verboten.

Das allein würde den föderalen Wohlfahrtsstaat und in der Tat fast alle Gesetze, die auf die Liberals zurückgehen, außer Kraft setzen. Aber ich fand es schwierig, die meisten Konservativen davon zu überzeugen. Bork selbst vertrat die Ansicht, dass der Zehnte Verfassungszusatz nicht durchsetzbar sei. Wenn er Recht hatte, dann war die gesamte Verfassung von Anfang an nichtig.

Ich habe nie geglaubt, dass eine Renaissance der Verfassung einfach sein würde, aber ich war der Meinung, dass sie eine unverzichtbare Rolle bei der Untergrabung der Legitimität des Liberalism spielen könnte. Die Konservativen der Bewegung hörten sich meine Argumente höflich, aber ohne große Begeisterung an. Sie hielten die Berufung auf die Verfassung für ziemlich pedantisch und in der Praxis für nutzlos – keine große Hilfe im politischen Kampf. Die meisten Amerikaner wussten nicht einmal mehr, was *Usurpation* bedeutet. Die Konservativen selbst wussten es kaum.

Natürlich hatten sie in einem offensichtlichen Sinne recht. Selbst konservative Gerichte (wenn man sie denn dafür gewinnen könnte) wären nicht mutig genug, das gesamte Erbe des Liberalism auf einmal zu verwerfen. Aber ich war nach wie vor davon überzeugt, dass die konservative Bewegung den Liberalism an seiner verfassungsrechtlichen Wurzel angreifen musste.

In gewisser Weise hatte ich meinen Patriotismus von dem Amerika, wie es damals war, auf das Amerika übertragen, wie es gewesen war, als es noch die Verfassung achtete. Und wann hatte es die Grenze überschritten? Zunächst dachte ich, die große Korruption sei eingetreten, als Franklin Roosevelt die Bundesjustiz unterwanderte; später kam ich zu der Einsicht, dass das entscheidende Ereignis der Bürgerkrieg gewesen war, der das Recht der Staaten, sich von der Union abzuspalten, effektiv zerstört hatte.

Aber mit dieser Ansicht war ich unter den Konservativen in der Minderheit, insbesondere beim *National Review*, wo ich der einzige war, der sie vertrat.

Ich habe schon mehr als genug über meine Karriere bei der Zeitschrift geschrieben, daher möchte ich mich darauf beschränken, zu sagen, dass ich erst gegen Ende meiner mehr als zwei glücklichen Jahrzehnte dort zu erkennen begann, dass wir *doch nicht* alle dasselbe wollten. Als es passierte, war es, als würde man nach einer langen und ruhigen Ehe erfahren, dass der Ehepartner in eine andere verliebt ist, und zwar schon die ganze Zeit.

Nicht, dass ich betrogen worden wäre. Ich war lediglich blind. Ich habe niemandem außer mir selbst die Schuld zu geben. Die Buckley-Leute und die konservative Bewegung im Allgemeinen haben genauso wenig versucht, mich zu täuschen, wie ich versucht habe, sie zu täuschen. Wir alle nahmen an, wir stünden auf derselben Seite, obwohl wir es nicht taten. Wenn es eine Schuld an diesem Missverständnis gibt, dann ist es meine eigene.

In den späten 1980er Jahren begann ich, mich mit Rothbard-Libertären zu treffen – sie gaben sich selbst das unscheinbare Etikett „Anarcho-Kapitalisten“ – und ich traf sogar Rothbard sogar persönlich. Die Rothbard-Libertären waren ein brillanter, kämpferischer Haufen, voll von herausfordernden Ideen und überraschenden Argumenten. Rothbard selbst verband eine profunde theoretische Intelligenz mit einer tiefen Kenntnis der Geschichte. Sein Hauptwerk, *Man, Economy, and State*, hatte das uneingeschränkte Lob des normalerweise zurückhaltenden Henry Hazlitt erhalten – im *National Review*!

Ich kann über Murray nur sagen, was schon so viele andere gesagt haben: Noch nie in meinem Leben bin ich einem so originellen und starken Geist begegnet. Als kleiner, stämmiger New Yorker Jude mit einem explosiven, gackernden Lachen war er immer ein aufregender und fröhlicher Geselle. Er hat Dutzende von dicken Büchern und Hunderte von Artikeln verfasst und weiß der Himmel, wie er die Zeit fand, (auf der alten elektrischen Schreibmaschine, die er bis zum Schluss benutzte) zahllose lange, gehaltvolle, gut durchdachte Briefe an alle möglichen Leute zu schreiben.

Murrays Sicht auf die Politik war schockierend unverblümt: Der Staat war nichts anderes als eine riesige Verbrecherbande. So sehr ich ihm im Allgemeinen zustimmte und so faszinierend ich seine Argumente auch fand, so sehr wehrte ich mich gegen diese Schlussfolgerung. Ich wollte immer noch an eine verfassungsmäßige Regierung glauben.

Murray wollte nichts davon wissen. Er bestand darauf, dass der Konvent von Philadelphia, auf dem die Verfassung ausgearbeitet worden war, nichts anderes als ein „Staatsstreich“ war, der die Macht zentralisierte und die weitaus erträglicheren Regelungen der Artikel der Konföderation zerstörte. Das widersprach allem, was mir beigebracht worden war. Ich hatte noch nie gehört, dass jemand behauptet hätte, die Artikel seien der Verfassung vorzuziehen gewesen! Aber Murray war es egal, was andere dachten – oder was alle dachten. (Für Ayn Rand war er zu radikal.)

Murray und ich teilten die Leidenschaft für Gangsterfilme und einmal meinte er mir gegenüber, dass die Mafia dem Staat vorzuziehen sei, weil sie dadurch überlebe, dass sie Dienstleistungen anbiete, die die Menschen tatsächlich wollten. Ich entgegnete ihm, dass die Mafia sich wie der Staat verhielt, indem sie ihre eigenen „Steuern“ durch Schutzgelderpressungen gegenüber Ladenbesitzern erpresste. Ihr Markt war alles andere als „frei“. Er gab zu, dass ich Recht hatte. Ich war stolz darauf, ihm ein Zugeständnis abgerungen zu haben.

Murray starb vor einigen Jahren, ohne aus mir einen Anarchisten gemacht zu haben. Es blieb seinem brillanten Schüler, Hans-Hermann Hoppe, überlassen, meine Bekehrung zu vollenden. Er argumentierte, dass keine Verfassung den Staat zurückhalten könne. Sobald das Gewaltmonopol des Staates legitimiert sei, würden verfassungsrechtliche Grenzen zu bloßen Fiktionen, über die er sich hinwegsetzen könne; niemand könne die rechtliche Befugnis haben, diese Grenzen durchzusetzen. Der Staat würde selbst mit Gewalt entscheiden, was die Verfassung „bedeutet“ und dabei ständig zu seinen Gunsten entscheiden und seine eigene Macht vergrößern. Das war a priori richtig und die amerikanische Geschichte hat es bestätigt.

Was wäre, wenn die Bundesregierung die Verfassung in grober Weise verletzen würde? Könnten die Staaten aus der Union austreten? Lincoln sagte nein. Die Union war „unauflösbar“, es sei denn, alle Staaten stimmten ihrer Auflösung zu. Praktisch gesehen war das mit dem Bürgerkrieg erledigt. Die Vereinigten Staaten im Plural waren in Wirklichkeit ein einziger riesiger Staat, wie die neue Gewohnheit zeigt, von „ihr“ [den USA] statt von „ihnen“ zu sprechen.

Das Volk ist also verpflichtet, der Regierung zu gehorchen, auch wenn die Regierenden ihren Eid auf die Verfassung brechen. Die Tür zur Flucht ist verschlossen. Lincoln behauptete in der Tat, dass nicht unsere Rechte, sondern der Staat „unveräußerlich“ sei. Und er hat es mit Waffengewalt durchgesetzt. Keine Übertretung der Verfassung kann die ererbte Legiti-

mität der Union beeinträchtigen. Einmal zu bestimmten und begrenzten Bedingungen gegründet, bleibt die US-Regierung für immer, selbst wenn sie sich weigert, sich an diese Bedingungen zu halten.

Wie Hoppe darlegte, ist dies der Fehler bei der Annahme, der Staat könne durch eine Verfassung kontrolliert werden. Einmal gewährt, wird die staatliche Macht natürlich absolut. Gehorsam ist eine Einbahnstraße. „Wir, das Volk“ gründen eine Regierung und legen die Befugnisse fest, die sie über uns ausüben darf; unsere Herrscher schwören vor Gott, dass sie die von uns gesetzten Grenzen respektieren werden; aber wenn sie diese Grenzen mit Füßen treten, bleibt es unsere Pflicht, ihnen zu gehorchen.

Doch selbst nach dem Bürgerkrieg blieben gewisse Skrupel noch eine Zeit lang bestehen. Die Amerikaner waren sich im Prinzip immer noch einig, dass die Bundesregierung nur durch eine Verfassungsänderung neue Befugnisse erhalten konnte. Daher enthielten die Verfassungszusätze der Nachkriegszeit die Formulierung „Der Kongress hat die Befugnis, diese und jene Gesetze zu erlassen“.

Doch zur Zeit des New Deal waren diese Bedenken so gut wie hinfällig. Franklin Roosevelt und sein Oberster Gerichtshof legten die Handelsklausel so weit aus, dass sie praktisch jede Bundesförderung zuließ und den Zehnten Verfassungszusatz so eng, dass er jeder hemmenden Kraft beraubt wurde. Heute sind diese Irrlehren so fest verankert, dass sich der Kongress nur noch selten die Frage stellt, ob ein vorgeschlagenes Gesetz von der Verfassung erlaubt oder verboten ist.

Kurz gesagt, die US-Verfassung ist ein totes Pferd. Sie wurde 1865 tödlich verwundet. Der Leichnam kann nicht wiederbelebt werden. Es fiel mir schwer, dies zuzugeben und auch jetzt noch schmerzt es mich, es zu sagen.

Andere Dinge haben mir geholfen, meine Meinung zu ändern. R.J. Rummel von der Universität von Hawaii hat errechnet, dass die Staaten allein im zwanzigsten Jahrhundert etwa 262 Millionen ihrer eigenen Untertanen ermordet haben. In dieser Zahl sind die zig Millionen Ausländer, die sie im Krieg getötet haben, nicht enthalten. Wie kann man dann von Staaten sprechen, die ihr Volk „schützen“? Kein noch so großes privates Verbrechen hätte einen solchen Tribut fordern können. Was die Kriegsführung anbelangt, so schildert Paul Fussell in seinem Buch *Wartime* die Schlachten mit einer so entsetzlichen Anschaulichkeit, dass ich, obwohl dies nicht seine Absicht war, zu zweifeln begann, ob irgendein Krieg gerechtfertigt werden kann.

Meine Mitchristen sagten, dass die Autorität des Staates göttlich gegeben sei. Sie beriefen sich auf das Gebot Christi: „Gebt dem Kaiser, was des

Kaisers ist“ und auf die Worte des Paulus: „Die Gewalten sind von Gott eingesetzt.“ Aber Christus hat nicht gesagt, welche Dinge – wenn überhaupt – dem Cäsar gehören; seine zweideutigen Worte sind weit davon entfernt, ein Gebot zu sein, dem Cäsar zu geben, was er fordert. Und es ist bemerkenswert, dass Christus seinen Jüngern nie befohlen hat, einen Staat zu gründen oder sich politisch zu betätigen. Sie sollten das Evangelium verkünden und, wenn es abgelehnt wurde, weiterziehen. Er scheint sich den Staat nie als etwas vorgestellt zu haben, das sie auf ihre Seite ziehen könnten oder sollten.

Auf den ersten Blick scheint der heilige Paulus die Autorität des Staates positiver zu beurteilen. Aber er selbst ist wie die anderen Märtyrer dafür gestorben, dass er sich dem Staat *widersetzt* hat und dafür ehren wir ihn; wobei wir hinzufügen können, dass er auch einmal ein Gefängnisausbrecher war. Offensichtlich ist die Stelle im Römerbrief falsch gelesen worden. Sie wurde wahrscheinlich während der Herrschaft Neros geschrieben, der nicht gerade ein erbaulicher Herrscher war; aber Paulus riet auch den Sklaven, ihren Herren zu gehorchen und niemand legt dies als eine Befürwortung der Sklaverei aus. Er könnte gemeint haben, dass der Staat und die Sklaverei auf absehbare Zeit bestehen bleiben und dass die Christen sie um des Friedens willen aushalten müssen. Niemals sagt er, dass beides für immer da ist.

Der heilige Augustinus betrachtete den Staat argwöhnisch als Strafe für das Sündigen. Er sagte, ein Staat ohne Gerechtigkeit sei nichts anderes als eine Räuberbande im großen Stil, wobei er bezweifelte, dass ein Staat jemals anders sein könnte. Thomas von Aquin vertrat eine wohlwollendere Auffassung und argumentierte, dass der Staat auch dann notwendig sei, wenn der Mensch nie in Ungnade gefallen wäre; er stimmte jedoch mit Augustinus darin überein, dass ein ungerechtes Gesetz überhaupt kein Gesetz ist, eine Lehre, die jeden bekannten Staat stark herabsetzen würde.

Das Wesen des Staates ist sein rechtliches Gewaltmonopol. Aber Gewalt ist unmenschlich; Simone Weil definierte sie mit den Worten, die ich immer wieder zitiere, als „das, was einen Menschen in ein Ding verwandelt – entweder eine Leiche oder einen Sklaven“. Zur Selbstverteidigung oder zur Verteidigung von Unschuldigen mag sie manchmal ein notwendiges Übel sein, aber niemand kann von Rechts wegen das haben, was der Staat für sich beansprucht: ein ausschließliches Privileg, Gewalt anzuwenden.

Es ist durchaus möglich, dass Staaten – organisierte Gewalt – diese Welt immer beherrschen werden und dass wir bestenfalls eine Wahl zwischen Übeln haben werden. Und einige Staaten sind in dieser Hinsicht deutlich

schlimmer als andere: Jeder, der bei klarem Verstand ist, würde das Leben in den Vereinigten Staaten dem Leben unter einem Stalin vorziehen. Aber zu sagen, etwas sei unvermeidlich oder weniger belastend als etwas anderes, heißt nicht, dass es gut ist.

Für die meisten Menschen ist *Anarchie* ein beunruhigendes Wort, das Chaos, Gewalt und Antinomismus suggeriert – Dinge, von denen sie hoffen, dass der Staat sie kontrollieren oder verhindern kann. Der Begriff *Staat* stört sie trotz seiner blutigen Geschichte nicht. Dabei ist es der Staat, der wirklich chaotisch ist, denn er bedeutet die Herrschaft der Starken und Durchtriebenen. Sie stellen sich vor, dass die Anarchie natürlich in der Herrschaft von Schlägern enden würde. Aber bloße Schläger können kein plausibles *Recht* auf Herrschaft geltend machen. Das kann nur der Staat mit seinem Propagandaapparat. Das ist es, was *Legitimität* bedeutet. Anarchisten brauchen offensichtlich ein verführerischeres Etikett.

„Aber was sollte an die Stelle des Staates treten?“ Die Frage verrät die Unfähigkeit, sich die Gesellschaft ohne den Staat vorzustellen. Dennoch scheint es, dass eine Institution, die innerhalb eines Jahrhunderts über 200.000.000 Menschenleben fordern kann, kaum „ersetzt“ werden muss.

Die Christen und insbesondere die Amerikaner sind in dieser Hinsicht lange Zeit durch ihr Glück in die Irre geführt worden. Seit der Bekehrung Roms wurden die meisten westlichen Herrscher mehr oder weniger durch die christliche Moral gebremst (wenn auch oft genug nicht so, dass man es merken würde) und selbst die Kriegsführung wurde über Jahrhunderte hinweg einigermaßen zivilisiert. Das hat die Annahme hervorgebracht, dass der Staat nicht unbedingt ein Übel ist. Aber wenn diese Moral ihren kulturellen Halt verliert, was derzeit der Fall ist, wird sich diese Verwirrung auflösen. Wir können mehr und mehr damit rechnen, dass der Staat sein wahres Gesicht unverhüllt zeigt.

Für mich ist das alles andere als eine glückliche Schlussfolgerung. Ich vermisse die Gelassenheit, in dem Glauben zu leben, dass ich unter einer guten Regierung lebe, die weise konzipiert ist und wohlwollend handelt. Aber, wie der heilige Paulus sagt, es kommt die Zeit, in der man die Kindeien ablegen muss.

INDIVIDUALISMUS VS. KRIEG

Scott Horton

Antiwar.com

2005

Scott Horton ist Direktor des Libertarian Institute, Redaktionsleiter von *Antiwar.com* und Autor von *Enough Already: Time to End the War on Terrorism*.

Chris Hedges ist ein mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichnetener, langjähriger Auslandskorrespondent, der für die *New York Times*, die *Dallas Morning News*, den *Christian Science Monitor* und das *National Public Radio* über Konflikte in Argentinien, El Salvador, Nicaragua, Kolumbien, Guatemala, Bosnien, Irak, Sudan, Algerien, Indien, Israel/Palästina, der Türkei und dem Kosovo berichtete. Auf der Grundlage dieser Erfahrungen hat er die Bücher *War is a Force that Gives Us Meaning* und *What Every Person Should Know About War* geschrieben.

Im Krieg geht es letztlich um Kollektivismus. In Krisenzeiten tritt die Individualität zugunsten gemeinsamer Anstrengungen in den Hintergrund. Bei gewaltsamen Konflikten, insbesondere zwischen Staaten, wird die Welt, vor allem für die Amerikaner, zu einem riesigen, blutigen Fußballspiel: unser Team gegen das andere, wir gegen sie, Gut gegen Böse. Auf gehts, Team USA, los!

Das führt natürlich zu allen möglichen Denkfehlern, wie z. B. „Der Tod für sie ist nicht wie der Tod für uns“, „Wir müssen sie uns bombardieren lassen, damit sie nicht merken, dass wir ihre Codes geknackt haben“, „Der Einsatz von Atombomben gegen Zivilisten hat Leben gerettet“, „Am 11. September hat sich alles geändert“ und „Versteht ihr nicht, dass wir uns im Krieg befinden?“ Die letzten beiden sind in der Regel als pauschale Erlaubnis für den Staat gedacht, jedes Gesetz zu brechen, jede Lüge zu erzäh-

len und jeden Menschen zu töten – solange es nur dazu dient, „uns“ vor „denen“ zu schützen.

In George Orwells alptraumhafter Dystopie 1984 ist die Welt in drei Reiche aufgeteilt, die sich ständig im Krieg gegeneinander befinden, denn „das Bewusstsein, sich im Krieg und damit in Gefahr zu befinden, lässt die Übergabe aller Macht an eine kleine Kaste als natürliche, unvermeidliche Bedingung des Überlebens erscheinen.“ Von Zeit zu Zeit fällt eine Bombe auf ein Viertel der Unterschicht und tötet genug Menschen, um sie daran zu erinnern, dass sie sich im Krieg befinden und Big Brother brauchen, um sie zu schützen. Hedges beschreibt den Patriotismus in seinem Buch lediglich als eine „dünn verschleierte Form der kollektiven Selbstanbetung“. Wie Randolph Bourne 1918 sagte: „Krieg ist die Medizin des Staates“:

In dem Moment, in dem der Krieg erklärt wird ... ist die Masse des Volkes durch eine Art geistige Alchemie davon überzeugt, dass sie die Tat selbst gewollt und ausgeführt hat. Dann lassen sie sich, mit Ausnahme einiger weniger Unzufriedener, reglementieren, zwingen, in allen Lebensbereichen stören und in eine solide Manufaktur der Zerstörung verwandeln, die sich gegen alles richtet, was nach dem festgelegten Schema der Dinge in den Bereich der Missbilligung durch die Regierung gekommen ist. Der Bürger wirft seine Verachtung und Gleichgültigkeit gegenüber der Regierung ab, er identifiziert sich mit ihren Zielen, erweckt all seine militärischen Erinnerungen und Symbole wieder zum Leben und der Staat wandelt wieder mit erhabener Präsenz durch die Vorstellungswelt der Menschen. Der Patriotismus wird zum vorherrschenden Gefühl und erzeugt sofort jene intensive und hoffnungslose Verwirrung zwischen den Beziehungen, die der Einzelne gegenüber der Gesellschaft, zu der er gehört, hat und haben sollte. Der Patriot verliert jedes Gefühl für die Unterscheidung zwischen Staat, Nation und Regierung.

Die „wenigen Unzufriedenen“ in Amerikas Kriegen haben immer den Zorn des Staates auf sich gezogen. Von John Adams' Alien and Sedition Acts über Lincolns Füllung der Militärgefängnisse mit Journalisten und anderen Dissidenten bis hin zu den schrecklichen Säuberungsaktionen der Wilsonianer zu Bournes Zeiten, dem COINTELPRO der Präsidenten des Kalten Krieges bis zur Einschüchterung von Kriegsgegnern in jüngster Zeit hat das „Wohl des Ganzen“ aus Sicht des Staates immer Vorrang vor den Rechten des Einzelnen gehabt.

Hedges sagt, dass der Krieg ein Rauschmittel ist und eine stärkere Sucht hervorruft als jede Droge. Unsere Regierung ist süchtig danach und das zerstört unser Land. Zum Beispiel haben unsere sogenannten Vertreter im Kongress gerade die angeblich vorübergehenden Teile des verfassungswidrigen Patriot Acts zu einer dauerhaften Einrichtung gemacht.

Andere negative Komponenten und lang anhaltende Nebenwirkungen des Kriegskollektivismus sind Rassismus und die Korruption der Sprache. Alles, was nötig ist, um die Menschen davon zu überzeugen, dass es völlig in Ordnung ist, zu foltern und zu morden, ist die wiederholte Behauptung, dass „der Feind“ (womit natürlich viele Menschen gemeint sind) in Wirklichkeit gar kein Mensch ist, sondern eine „Kakerlake“, ein „Japse“, ein „Schlitzaugen“, ein „Kraut“, ein „Arab“ oder ein „Hajis“. Wie bei der Massenabschlachtung von „Tutsis“ durch „Hutus“ (Ethnien, die laut dem Ethnologen Luc de Heusch im Wesentlichen von den Niederländern erfunden wurden) in Ruanda 1994.

So zitiert die *New York Times* ein anonymes Mitglied der 337. Kompanie der US-Armee, die für die Verhöre von Gefangenen auf dem Luftwaffenstützpunkt Bagram in Afghanistan zuständig war, wo mindestens zwei Männer in der Haft ermordet wurden:

Uns wurde so gut wie immer gesagt, sie seien Niemande, nur feindliche Kämpfer ... Ich glaube, wenn wir ihnen den Status eines Soldaten verliehen hätten, hätte sich unsere Einstellung zu ihnen geändert. Vieles davon basierte eigentlich nur auf Rassismus. Wir nannten sie „Hajis“ und die Psychologie dahinter war wirklich wichtig.

Es ist erstaunlich, was eine kleine Entmenschlichung bewirken kann. Freundliche, zuvorkommende Kinder werden durch geschickten Sprachgebrauch ihrer Regierung zu Folterknechten. Über den Bosnienkrieg, schreibt Hedges in *War Is a Force That Gives Us Meaning*:

Viele Muslime nannten die Serben „Tschetniks“, die serbischen Freischärler des Zweiten Weltkriegs, die viele Muslime abschlachteten. Die Muslime wurden von vielen Serben in Bosnien als islamische Fundamentalisten dargestellt. Die Kroaten wurden von Serben und Muslimen als „Ustache“ bezeichnet, als faschistische Kollaborateure, die Kroatien während des Zweiten Weltkriegs regierten. Und es gab Zeiten, in denen man in Interviews nicht wusste, ob die Leute über das sprachen, was vor ein paar Monaten oder vor ein paar Jahrzehnten geschah. Das alles verschmolz zu einer riesigen mythischen Kampagne.

Ein mythischer Feldzug, der 250.000 Menschenleben gekostet hat.

Hedges sagt, dass es in der gesamten Menschheitsgeschichte nur 99 Jahre gab, in denen nicht irgendwo ein Krieg stattfand. Unsere Chancen sind also nicht so groß, ohne Krieg davonzukommen, das stimmt. Aber der angebliche Nutzen eines Krieges hat sich immer wieder als falsch erwiesen. Eine Invasion ist kein Weg, um an Ressourcen zu gelangen; es kostet viel weniger, einfach für das zu zahlen, was benötigt wird. Tod und Zerstörung bringen nur neue zukünftige Feinde hervor.

Wenn die Menschheit eine Zukunft haben soll, dann wird es eine Zukunft des Individualismus sein. Wenn die Politiker der Welt weiterhin so tun, als könnten „ihre“ Länder nur auf Kosten anderer erfolgreich sein, sind wir dem Untergang geweiht. Es gibt einfach zu viele Atombomben auf diesem Planeten, um einen ständigen Krieg aufrechtzuerhalten, ohne dass es zu einer Katastrophe kommt.

Krieg ist nicht glorreich, er ist nicht heroisch – Krieg ist Tod. Wenn unsere Gesellschaft darauf aus ist, die angloamerikanische Tradition der individuellen Freiheit, der Eigentumsrechte und der offenen Märkte zu verbreiten, sollten wir damit beginnen, unser eigenes Glaubensbekenntnis als Beispiel für den Rest vorzuleben und die Menschen auf der Erde und uns gegenseitig als das zu behandeln, was wir sind: Menschen.

ICH WAR POLIZIST, JETZT BIN ICH VOLUNTARIST

Shepard Oakley

Shepard Oakley ist Ehemann, Großvater und Unternehmer im Halbruhestand.

Oft kochte ich innerlich, wenn sich die Drecksäcke weigerten, meine Autorität zu respektieren oder wenn sie sich nicht an die Gesetze hielten. Es gibt einige Gründe, warum ich Polizist geworden bin. Die fünf wichtigsten waren: Legal schnell fahren zu dürfen, nur kämpfen zu müssen, wenn sowieso klar war, dass ich (und mein Team) gewinnen würden, eine für meine Verhältnisse anständige Bezahlung, tolle Sozialleistungen erhalten und Menschen helfen zu wollen.

Der letzte Grund, den ich aufgezählt habe, war nicht der unwichtigste. Ja, ich wollte den Menschen helfen. Ich erinnere mich daran, als ich vier Jahre alt war und meine Mutter mit ihrem Freund Adam Schluss machte. Er packte sie an den Haaren und warf sie auf den schlammigen Boden neben der Einfahrt zu seiner Farm in Tennessee. Ich sah andere häusliche Gewalt in der Nachbarschaft und als ich zehn Jahren alt war, gab mir ein alter Mann einen Zungenkuss. Dass ich es nicht ausstehen kann, wenn schlechte Menschen schwachen Menschen wehtun, wurde zu einem meiner persönlichen Prinzipien. Ich dachte, dass die Strafverfolgung ein guter Weg wäre, um zu helfen. Also begann ich meine Karriere als Parkplatzwächter und Zivildienstleistender, zunächst in meiner kleinen Stadt in den Rocky Mountains und dann an einem Badeort in Südkalifornien.

Ich bewarb mich bei vielen Polizeidienststellen. Die erste, die mich einstellte, war das Orange County Sheriff's Department in Südkalifornien. Nach einer sechsmonatigen Ausbildung in einem Bootcamp begann ich meine siebenjährige Tätigkeit als Gefängniswärter, die eine Voraussetzung

für die Einstellung als Streifenpolizist war. Nach zwei Jahren hatte ich genug von dem riesigen Gefängnis-Komplex und wechselte zurück in den Badeort, in dem ich als Parkplatzwächter gearbeitet hatte, jetzt als Polizeianwärter. Sechs Monate später wurde ich gefeuert, weil ich als „Landei aus dem Mittleren Westen“ zu wenig „Straßenverstand“ hatte.

Ein Beispiel dafür war, dass ich nicht erkannte, welche Art von Mexikaner angehalten werden sollte. Als man mir sagte, ich solle Mexikaner anhalten und überprüfen – weil es keinen Grund gab, dass diese sich in einer reichen weißen Gemeinde aufhalten – begann ich einfach damit, aber dann musste ich mir sagen lassen, dass illegal eingewanderte Tellerwäscher nicht die Art von Mexikanern sind, die man anhalten und überprüfen sollte. Chicanos der ersten und zweiten Generation mit kahlgeschorenen Köpfen und Gang-Klamotten, vor allem diejenigen, die zu viert in einem alten Impala unterwegs waren, zählten eher zur richtigen Zielgruppe.

Nachdem ich gefeuert wurde, bewarb ich mich bei 15 Polizeidienststellen. Die erste, die mir ein Jobangebot machte, war meine kleine Stadt in den Rocky Mountains. Ich verbrachte dort sechseinhalb Jahre, arbeitete auf Streife, bei Ermittlungen, als Fahrradpolizist, zu Pferd und im SWAT-Team, bis ich schließlich Leiter des Scharfschützen-Teams wurde. Ich spezialisierte mich auf kommunikationsbezogene Bereiche, Krisenverhandlungen, forensische Befragungen von Kindern und Verhöre von Kriminellen. Außerdem durfte ich schnell fahren und wegen der Dienstmarke auf meiner Brust und dem Funkgerät an meinem Gürtel habe ich nie einen „Kampf verloren“. Ach ja und in meinen fast neun Jahren im System hat kein Krimineller wirklich versucht, mir etwas anzutun.

Ich glaubte an die alberne Vorstellung, dass ich „jeden Tag mein Leben riskiere“, um für die Sicherheit der Menschen zu sorgen und es dauerte viele Jahre, bis ich erkannte, dass friedliche Menschen (Menschen des freien Marktes) häufiger starben als Polizisten. Ich stand stolz neben anderen Polizisten und Militärs bei Spaghetti-Dinner-Spendenaktionen, damit die Bürger klatschen und ihren Respekt für die tapferen Männer zeigen konnten, die für ihre Sicherheit und Freiheit sorgten. Ich habe sogar eine Vereinigung von Polizeibeamten (also eine Art Gewerkschaft) in meiner Dienststelle gegründet.

Bevor ich zehn Jahre als vereidigter Polizist tätig war, wurde gegen mich eine Untersuchung der Dienstaufsichtsbehörde eingeleitet. Ich war frustriert, dass meine Entscheidungen und Handlungen in der fraglichen Nacht, die ich nach wie vor für richtig halte, infrage gestellt wurden und ich beschloss, aufzuhören. Dies war der Beginn meiner Entwicklung zum

Vollzeit-Unternehmer. Inzwischen hatte ich einen Bachelor-Abschluss in Sozialwissenschaften und einige gute Aussichten im Bereich des Personenschutzes und der Sicherheitsberatung.

Kurz nachdem ich gekündigt hatte, bewarb ich mich um den Posten des Bezirkssheriffs, wurde aber nicht ausgewählt. Dann lernte ich durch meine Beteiligung an Ron Pauls Präsidentschaftswahlen 2008 Dinge, die mich dazu brachten, mehr in mich zu gehen. Ich las Bücher, hörte mir Vorträge und Podcasts an und besuchte Kongresse. Ich habe nachgedacht, mich mit Logik und Vernunft beschäftigt und über Moral nachgedacht. Aufregend, oder? Der frühere Shepard hätte das nicht gedacht, aber für mein neues Ich waren diese Dinge von größter Bedeutung.

Glaubt ihr auch, dass dieses Denken auf höheren Ebenen zu den wichtigsten Dingen gehört, mit denen sich gute Menschen beschäftigen sollten?

Ich hoffe, dass ich mich richtig vorgestellt habe, so dass ich tatsächlich etwas von dem andeuten kann, was mich meine Lebenserfahrungen gelehrt haben und wie ich meine Weltanschauung erworben habe. Schauen wir uns den ersten Absatz dieses Artikels noch einmal an, um ihn zu hinterfragen. Was habe ich mir unter einem „Drecksack“ vorgestellt? Klar, Bandenmitglieder, Kiffer, Kinderschänder, Mörder und Hippies. Details würden hier zu weit führen, aber jetzt ist klar, wie sehr ich mich in Bezug auf die „Drecksäcke“ geirrt habe. Meine Weltanschauung hat sich geändert und jetzt erkenne ich, dass Ehrlichkeit, Freiwilligkeit im Umgang mit anderen und Respekt vor Privateigentum die einzigen grundlegenden Dinge sind, die man braucht, um nicht als „Drecksack“ bezeichnet werden zu können.

Meine Neugier brachte mich dazu, Bücher wie *The Most Dangerous Superstition* [Anm. d. Übers.: *Die gefährlichste aller Religionen*] zu lesen, in denen ich etwas über den Mythos der „Autorität“ erfuhr. Wie viele gute Menschen, die eine „Verachtung für Polizisten“ an den Tag legten, hatte ich ungerecht behandelt, weil sie sich weigerten, meine Autorität zu respektieren, die es gar nicht gab? Es tut mir leid.

Ich bin schnell gefahren und das war wohl auch nicht immer unbedingt nötig. Bei der Strafverfolgung gibt es eine Menge Grauzonen. Wenn man zum Beispiel jemanden wegen Fahrens unter Alkoholeinfluss festnimmt, wie brutal sollte man ihm Handschellen anlegen? Es gibt keine klare Grenze zwischen dem, was notwendig ist, um die Kontrolle zu behalten und dem, was aufgrund von Adrenalin oder Frustration hinzukommt. Wenn im Polizeidienst eine Handvoll Polizisten einem streitlustigen Betrunknen

den Arm umdreht, gilt das später als „Kampf“. Als ich Polizist war, dachte ich wirklich, das sei ein ehrlicher Begriff. Jetzt weiß ich es besser.

Gehalt und Sozialleistungen? Als ich Polizist war, kostete jeder Polizist etwas mehr als 100.000 Dollar pro Jahr. Darin enthalten waren Ausbildung, Fahrzeuge, Gehalt, Uniformen usw. Später wurde mir klar, dass meine Zeit als Polizist jemanden über eine Million Dollar gekostet hatte. Wer war diese Person und hätte sie das Geld freiwillig bezahlt? Mir wurde klar, dass es sich nicht um eine einzelne Person handelte, sondern um einen Haufen hart arbeitender Menschen, die erpresst werden. Finanziell unterstützt wurde ich auch durch das inflationäre Drucken von Geld durch die Zentralbanken, worüber ich in *Die Kreatur von Jekyll Island* mehr erfahren habe. Eine Million Dollar wird von guten Menschen erpresst.

Ich entschuldige mich bei denjenigen, denen ich Gewalt angetan habe, indem ich ihnen entweder einen Strafzettel verpasst oder sie wegen eines opferlosen Verbrechens verhaftet habe und bei denen, die durch die Besteuerung dazu erpresst wurden, für mich zu bezahlen. Ich versuche, so gut ich kann, Wiedergutmachung zu leisten, indem ich Bücher schreibe und Video- und Audioinhalte über Moral produziere und ein gutes und moralisches Leben führe. Damals war ich ein echter Drecksack, heute bin ich ein Voluntarist.

ÜBER DIE ULTIMATIVE BEGRÜNDUNG DER ETHIK DES PRIVATEIGENTUMS

Hans-Hermann Hoppe, Ph.D.

Hans-Hermann Hoppe ist ein Ökonom der Österreichischen Schule, ein liberärer/anarcho-kapitalistischer Philosoph und emeritierter Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität von Nevada, Las Vegas. Der folgende Abschnitt ist nachgedruckt aus Liberty 2, Nr. 1 (1988).

Ludwig von Mises präsentiert und erklärt in seinem Meisterwerk „Menschliches Handeln“ die gesamte Wirtschaftstheorie als implizit und ableitbar aus dem begrifflichen Verständnis der Bedeutung des Handelns (plus einiger allgemeiner, explizit eingeführter Annahmen über die empirische Realität, in der das Handeln stattfindet). Er nennt dieses begriffliche Wissen das „Axiom des Handelns“ und zeigt, in welcher Hinsicht der Sinn des Handelns, von dem die ökonomische Theorie ausgeht, d. h. von Werten, Zielen und Mitteln, von Wahl, Präferenz, Gewinn, Verlust und Kosten, als apriorisches Wissen betrachtet werden muss. Es wird nicht aus Sinneseindrücken abgeleitet, sondern aus der Reflektion (man sieht keine Handlungen, sondern interpretiert bestimmte physikalische Phänomene als Handlungen!). Vor allem aber kann es unmöglich durch irgendeine Erfahrung entkräftet werden, denn jeder Versuch, dies zu tun, würde bereits die Existenz von Handlungen und das Verständnis eines Akteurs für die Kategorien von Handlungen voraussetzen (etwas zu erleben ist schließlich selbst eine intentionale Handlung!).

Nachdem Mises also die Ökonomie als letztlich von einer a priori wahren Aussage abgeleitet rekonstruiert hat, kann er behaupten, eine ultimative Grundlage der Ökonomie geliefert zu haben. Er nennt eine so begründete Ökonomie „Praxeologie“, die Logik des Handelns, um die Tatsache zu betonen, dass ihre Aussagen aufgrund des unbestreitbaren Handlungsaxioms und der ebenso unbestreitbaren Gesetze des logischen Denkens

(wie die Gesetze der Identität und des Widerspruchs) definitiv bewiesen werden können – völlig unabhängig von jeder Art empirischer Prüfung (wie sie beispielsweise in der Physik angewandt wird).

Obwohl er mit seiner Idee der Praxeologie und seinem Aufbau eines ganzen praxeologischen Gedankenguts zu den Großen der modernen westlichen Tradition des Rationalismus auf der Suche nach bestimmten Grundlagen gehört, ist Mises nicht der Meinung, dass ein anderer Anspruch dieser Tradition eingelöst werden kann: die Behauptung, dass es auch in ethischen Fragen Grundlagen gibt. Nach Mises gibt es keine ultimative Begründung für ethische Sätze in demselben Sinne, wie es eine für ökonomische Sätze gibt. Die Ökonomie kann uns darüber informieren, ob bestimmte Mittel geeignet sind oder nicht, um bestimmte Ziele zu erreichen, aber ob die Ziele als gerecht angesehen werden können oder nicht, kann weder von der Ökonomie noch von irgendeiner anderen Wissenschaft entschieden werden. Es gibt keine Rechtfertigung dafür, den einen Zweck dem anderen vorzuziehen. Welcher Zweck letztlich gewählt wird, ist aus wissenschaftlicher Sicht willkürlich und eine Frage der subjektiven Laune, die keiner Rechtfertigung über die bloße Tatsache hinaus bedarf, dass sie einfach beliebt ist.

Viele Libertäre sind Mises in diesem Punkt gefolgt. Wie Mises haben sie die Idee einer rationalen Grundlage der Ethik aufgegeben. Wie er machen sie so viel wie möglich aus der ökonomischen Behauptung, dass die libertäre Privateigentumsethik einen höheren allgemeinen Lebensstandard als jede andere hervorbringt, dass die meisten Menschen tatsächlich einen höheren Lebensstandard gegenüber einem niedrigeren bevorzugen und dass daher der Libertarismus sehr beliebt sein sollte. Aber letztlich können solche Überlegungen, wie Mises sicherlich wusste, nur jemanden vom Libertarismus überzeugen, der das „utilitaristische“ Ziel der allgemeinen Wohlstandsmaximierung bereits akzeptiert hat. Für diejenigen, die dieses Ziel nicht teilen, haben sie überhaupt keine Überzeugungskraft. Somit beruht der Libertarismus letztlich auf nichts anderem als auf einem willkürlichen Glaubensakt.

Im Folgenden skizziere ich ein Argument, das zeigt, warum diese Position unhaltbar ist und wie die im Wesentlichen Locke'sche Privateigentumsethik des Libertarismus letztlich gerechtfertigt werden kann. In der Tat unterstützt dieses Argument die Naturrechtsposition des Libertarismus, wie sie von dem anderen Meisterdenker der modernen libertären Bewegung, Murray N. Rothbard, vor allem in seiner *Ethik der Freiheit* vertreten wird. Das Argument, das die letztendliche Rechtfertigung des

Privateigentums begründet, unterscheidet sich jedoch von dem, das typischerweise von der Naturrechtstradition angeboten wird. Nicht diese Tradition, sondern Mises und seine Idee der Praxeologie und der praxeologischen Beweise liefern das Modell.

Ich zeige, dass *nur* die libertäre Ethik des Privateigentums argumentativ gerechtfertigt werden kann, weil sie die praxeologische Voraussetzung der Argumentation als solcher ist und dass jeder davon abweichende, nichtlibertäre ethische Vorschlag gegen diese nachgewiesene Präferenz verstößt. Ein solcher Vorschlag kann natürlich gemacht werden, aber sein Inhalt würde der Ethik widersprechen, für die man durch den eigenen Akt des Vorschlagens, d. h. durch den Akt der Argumentation als solchen, eine Präferenz demonstriert.

Man kann zum Beispiel sagen: „Die Menschen sind und werden immer gleichgültig sein, wenn sie etwas tun“, aber diese Aussage würde durch den Akt des Aussagens selbst widerlegt, der in der Tat eine subjektive Präferenz demonstrieren würde (dies zu sagen, anstatt etwas anderes zu sagen oder gar nichts zu sagen). Ebenso werden nichtlibertäre ethische Vorschläge durch die Tatsache, dass sie tatsächlich vorgeschlagen werden, falsifiziert.

Um zu dieser Schlussfolgerung zu gelangen und ihre Bedeutung und die logische Kraft richtig zu verstehen, sind zwei Einsichten wesentlich.

Erstens ist festzustellen, dass sich die Frage, was gerecht oder ungerecht ist – oder auch die noch allgemeinere Frage, was ein gültiger Satz ist und was nicht –, nur insofern stellt, als ich und andere zum Austausch von Aussagen, d. h. zur Argumentation, fähig sind. Gegenüber einem Stein oder einem Fisch stellt sich die Frage nicht, denn sie sind nicht in der Lage, sich auf einen solchen Austausch einzulassen und gültige Sätze zu produzieren. Wenn dies jedoch so ist – und man kann nicht leugnen, dass es so ist, ohne sich selbst zu widersprechen, da man nicht argumentieren kann, dass man nicht argumentieren kann –, dann muss man davon ausgehen, dass jeder ethische Vorschlag ebenso wie jeder andere Satz den Anspruch erhebt, dass er durch propositionale oder argumentative Mittel validiert werden kann. (Auch bei Mises muss davon ausgegangen werden, dass er dies behauptet, wenn er ökonomische Thesen formuliert).

Indem man irgendeinen Satz formuliert, sei es offen oder als innerer Gedanke, zeigt man, dass man bereit ist, sich auf argumentative Mittel zu verlassen, um sich oder andere von etwas zu überzeugen. Es gibt also trivialerweise keine Möglichkeit, irgendetwas zu rechtfertigen, es sei denn, es handelt sich um eine Rechtfertigung mit Hilfe von propositionalem Austausch und Argumenten. Allerdings muss es als ultimative Niederlage für

einen ethischen Vorschlag angesehen werden, wenn man zeigen kann, dass sein Inhalt logisch unvereinbar ist mit dem Anspruch des Befürworters, dass seine Gültigkeit durch argumentative Mittel feststellbar ist. Der Nachweis einer solchen Unvereinbarkeit käme einem Unmöglichkeitsbeweis gleich und ein solcher Beweis wäre die tödlichste Niederlage, die auf dem Gebiet der intellektuellen Forschung möglich ist.

Zweitens ist zu beachten, dass die Argumentation nicht aus frei schwebenden Behauptungen besteht, sondern eine Handlungsform ist, die den Einsatz knapper Mittel erfordert; und dass die Mittel, die eine Person durch den Austausch von Behauptungen als bevorzugt demonstriert, diejenigen des Privateigentums sind.

Zum einen könnte niemand etwas vorschlagen und niemand könnte durch Argumente von einer Aussage überzeugt werden, wenn nicht das Recht einer Person auf den ausschließlichen Gebrauch ihres physischen Körpers bereits vorausgesetzt wäre. Es ist diese Anerkennung der gegenseitigen ausschließlichen Verfügungsgewalt über den eigenen Körper, die die Besonderheit des Austauschs von Behauptungen erklärt, dass man sich zwar über das Gesagte nicht einig sein kann, aber zumindest über die Tatsache, dass es eine Meinungsverschiedenheit gibt. Es liegt auch auf der Hand, dass ein solches Eigentumsrecht am eigenen Körper als a priori gerechtfertigt gelten muss, denn jeder, der irgendeine Norm zu rechtfertigen versucht, müsste bereits das ausschließliche Recht auf Kontrolle über seinen Körper als gültige Norm voraussetzen, nur um sagen zu können: „Ich schlage dies und jenes vor.“ Jeder, der ein solches Recht bestreitet, würde sich in einen praktischen Widerspruch verwickeln, da eine solche Behauptung bereits die Akzeptanz eben dieser Norm implizieren würde, die er bestreitet.

Darüber hinaus wäre es ebenso unmöglich, eine Argumentation über längere Zeit aufrechtzuerhalten und sich auf die Aussagekraft seiner Argumente zu verlassen, wenn es einem nicht erlaubt wäre, sich neben dem eigenen Körper auch andere knappe Mittel durch Eigennutzung anzueignen (indem man sie einsetzt, bevor es ein anderer tut) und wenn diese Mittel und die Rechte der ausschließlichen Kontrolle über sie nicht in objektiven physischen Begriffen definiert wären.

Denn wenn niemand das Recht hätte, über irgendetwas anderes als seinen eigenen Körper zu verfügen, dann würden wir alle aufhören zu existieren und das Problem der Rechtfertigung von Normen würde einfach nicht existieren. Die Tatsache, dass wir leben, setzt also voraus, dass die

Eigentumsrechte an anderen Dingen gültig sind. Niemand, der am Leben ist, könnte etwas anderes behaupten.

Wenn eine Person das Recht auf ausschließliche Verfügungsgewalt über solche Güter nicht durch eine Erstaneignung erwirbt, d. h. indem sie eine objektive Verbindung zwischen einer bestimmten Person und einer bestimmten knappen Ressource herstellt, bevor dies irgendjemand anderes getan hat, sondern wenn man stattdessen davon ausgeht, dass Nachzügler Eigentumsansprüche an Gütern haben, dann darf *niemand irgendetwas mit irgendetwas tun*, da man die Zustimmung aller Nachzügler haben muss, bevor man überhaupt das tut, was man tun will. Weder wir noch unsere Vorfahren oder unsere Nachkommen konnten, können oder werden überleben, wenn man dieser Regel folgen würde. Damit irgendeine Person – ob in der Vergangenheit, Gegenwart oder Zukunft – etwas behaupten kann, muss es möglich sein, damals und heute zu überleben und um genau das zu tun, können Eigentumsrechte nicht als „zeitlos“ und unspezifisch in Bezug auf die Anzahl der beteiligten Personen konzipiert werden. Vielmehr müssen die Eigentumsrechte als Ergebnis des Handelns bestimmter Individuen zu bestimmten Zeitpunkten betrachtet werden. Andernfalls wäre es unmöglich, dass jemand zu einem bestimmten Zeitpunkt zuerst etwas sagt und ein anderer darauf antworten kann. Einfach zu sagen, dass die Erstaneignungsregel des Liberalismus ignoriert werden kann oder nicht gerechtfertigt ist, impliziert einen Widerspruch, da die Möglichkeit, dies zu sagen, die eigene Existenz als unabhängige Entscheidungseinheit zu einem bestimmten Zeitpunkt voraussetzen muss.

Schließlich wäre auch das Handeln und das Aufstellen von Aussagen unmöglich, wenn die Dinge, die man sich durch Erstaneignung zu eigen macht, nicht in objektiven, physischen Begriffen definiert würden (und wenn dementsprechend Aggression nicht als Eingriff in die physische Integrität des Eigentums einer anderen Person definiert würde), sondern in Begriffen subjektiver Werte und Bewertungen. Während jeder Mensch die Kontrolle darüber haben kann, ob seine Handlungen die körperliche Unversehrtheit von etwas verändern oder nicht, liegt die Kontrolle darüber, ob die eigenen Handlungen den Wert des Eigentums einer anderen Person beeinträchtigen oder nicht, bei anderen Menschen und deren Bewertungen. Man müsste die gesamte Weltbevölkerung befragen und sich mit ihr einigen, um sicherzugehen, dass die eigenen geplanten Handlungen die Bewertung des Eigentums einer anderen Person nicht verändern würden. Sicherlich wären alle schon lange tot, bevor dies erreicht wäre. Darüber hinaus ist die Idee, dass Eigentumswerte geschützt werden sollten, argu-

mentativ nicht haltbar, denn selbst um so zu argumentieren, muss vorausgesetzt werden, dass Handlungen vor einer tatsächlichen Vereinbarung erlaubt sein müssen. (Wären sie es nicht, könnte man diese Behauptung gar nicht aufstellen.) Wenn sie aber erlaubt sind, dann ist dies nur aufgrund objektiver Grenzen des Eigentums möglich, d. h. Grenzen, die jeder Mensch für sich als solche erkennen kann, ohne sich vorher mit jemand anderem auf ein Wertesystem und Bewertungen einigen zu müssen.

Indem man am Leben ist und irgendeinen Satz formuliert, zeigt man, dass jede Ethik außer der libertären Privateigentumsethik ungültig ist. Wäre dies nicht der Fall und müssten Nachzügler legitime Ansprüche auf Dinge haben oder würden Dinge, die ihnen gehören, in subjektiven Begriffen definiert, könnte niemand als physisch unabhängige Entscheidungseinheit zu einem bestimmten Zeitpunkt überleben. Folglich könnte niemand jemals einen Satz aufstellen, der Gültigkeit beansprucht.

Damit ist meine apriorische Rechtfertigung der Ethik des Privateigentums abgeschlossen. Einige Bemerkungen zu einem bereits früher erwähnten Thema, dem Verhältnis dieses „praxeologischen“ Nachweises des Libertarismus zur utilitaristischen und zur Naturrechtsposition, sollen die Diskussion abrunden.

Was die utilitaristische Position anbelangt, so enthält der Beweis ihre endgültige Widerlegung. Er zeigt, dass allein schon für die Behauptung der utilitaristischen Position das ausschließliche Recht auf Kontrolle über den eigenen Körper und die eigenen Güter als gültig vorausgesetzt werden muss. Was den konsequentialistischen Aspekt des Libertarismus betrifft, so zeigt der Beweis dessen praxeologische Unmöglichkeit: Die Zuweisung von exklusiven Verfügungsrechten kann nicht von bestimmten Ergebnissen abhängig sein. Man könnte niemals handeln und etwas vorschlagen, wenn es keine privaten Eigentumsrechte vor einem späteren Ergebnis gäbe. Eine konsequentialistische Ethik ist eine praxeologische Absurdität. Jede Ethik muss stattdessen „apriorisch“ oder augenblicklich sein, um zu ermöglichen, dass man hier und jetzt handeln und dieses oder jenes vorschlagen kann, anstatt das Handeln auf später verschieben zu müssen. Niemand, der für eine Ethik des Abwartens auf das Ergebnis eintritt, wäre da, um etwas zu sagen, wenn er seinen eigenen Rat ernst nähme. Außerdem zeigen die Vertreter des Utilitarismus, soweit es sie noch gibt, durch ihr Handeln, dass ihre konsequentialistische Lehre falsch ist und als falsch angesehen werden muss. Handeln und Aussagen machen erfordern jetzt private Eigentumsrechte und können nicht darauf warten, dass sie erst später zugewiesen werden.

Was die Position der Naturrechtler betrifft, so hat der praxeologische Beweis, der im Allgemeinen die Position der Naturrechtler hinsichtlich der Möglichkeit einer rationalen Ethik unterstützt und mit den Schlussfolgerungen, die innerhalb dieser Tradition (insbesondere von Murray N. Rothbard) gezogen wurden, völlig übereinstimmt, mindestens zwei entscheidende Vorteile.

Zum einen ist es ein gängiger Einwand gegen die Naturrechtsposition, selbst von Seiten ansonsten wohlwollender Beobachter, dass das Konzept der menschlichen Natur viel zu diffus ist, um eine bestimmte Reihe von Verhaltensregeln abzuleiten. Der praxeologische Ansatz löst dieses Problem, indem er anerkennt, dass nicht der umfassendere Begriff der menschlichen Natur, sondern der engere Begriff des propositionalen Austauschs und der Argumentation als Ausgangspunkt für die Ableitung einer Ethik dienen muss. Außerdem gibt es eine apriorische Rechtfertigung für diese Wahl, da das Problem von wahr und falsch, von richtig und falsch, nicht unabhängig vom Austausch von Aussagen auftritt. Niemand könnte also einen solchen Ausgangspunkt widerspruchlos infrage stellen. Schließlich ist es die Argumentation, die die Anerkennung des Privateigentums voraussetzt, so dass eine argumentative Infragestellung der Gültigkeit der Privateigentumsethik praxeologisch unmöglich ist.

Zweitens gibt es die logische Lücke zwischen „Ist-“ und „Soll-Aussagen“, die von den Befürwortern der Naturrechte nicht erfolgreich überbrückt werden konnte – abgesehen von einigen allgemeinen kritischen Bemerkungen zur letztendlichen Gültigkeit der Fakt-Wert-Dichotomie. Hier hat der praxeologische Beweis des Libertarianismus den Vorteil, dass er eine völlig wertfreie Rechtfertigung des Privateigentums bietet. Er bleibt ganz im Bereich der Ist-Aussagen und versucht nie, aus einem „Ist“ ein „Sollen“ abzuleiten. Die Struktur des Arguments ist folgende: (a) Rechtfertigung ist propositionale Rechtfertigung – a priori wahre Ist-Aussage; (b) die Argumentation setzt das Eigentum am eigenen Körper und das Erstaneignungsprinzip voraus – a priori wahre Ist-Aussage; und (c) dann kann keine Abweichung von dieser Ethik argumentativ gerechtfertigt werden – a priori wahre Ist-Aussage. Der Beweis bietet auch einen Schlüssel zum Verständnis der Natur der Fakt-Wert-Dichotomie: Soll-Aussagen können nicht von Ist-Aussagen abgeleitet werden. Sie gehören zu unterschiedlichen logischen Bereichen. Es ist aber auch klar, dass man nicht einmal behaupten kann, dass es Tatsachen und Werte gibt, wenn es keinen propositionalen Austausch gibt und dass diese Praxis des propositionalen Austauschs wiederum die Akzeptanz der Ethik des Privateigentums als gültig

voraussetzt. Mit anderen Worten: Erkenntnis und Wahrheitssuche als solche haben ein normatives Fundament und das normative Fundament, auf dem Erkenntnis und Wahrheit ruhen, ist die Anerkennung von Privateigentumsrechten (S. 339).

ÜBERZEUGUNG VS. GEWALT

Mark Skousen, Ph.D. und Jo Ann Skousen

Mark Skousen hat für das Wall Street Journal, Forbes und The Christian Science Monitor geschrieben und ist regelmäßig in CNBCs „Kudlow & Co.“, Fox News und C-SPANs „Book TV“ zu sehen. Jo Ann ist Festivalleiterin des Anthem Libertarian Film Festival und Unterhaltungsredakteurin der Zeitschrift Liberty. Eine Version dieses Essays erschien ursprünglich in der Ausgabe vom September 1991 des Liberty Magazins.

Manchmal kann ein einziges Buch oder sogar ein kurzer, stichhaltiger Aufsatz die gesamte Lebensauffassung eines Menschen verändern. Für Christen ist es das Neue Testament. Für radikale Sozialisten ist das *Kommunistische Manifest* von Karl Marx und Friedrich Engels revolutionär. Für Liberale ist Ayn Rands *Atlas Shrugged* von zentraler Bedeutung. Für Wirtschaftswissenschaftler kann Ludwig von Mises' *Menschliches Handeln* den Geist verändern.

Kürzlich stieß ich in einem Buch mit dem Titel *Adventures of Ideas* auf einen kleinen Aufsatz von Alfred North Whitehead, dem britischen Philosophen und Harvard-Professor. Der Aufsatz *From Force to Persuasion* (Von der Macht zur Überzeugung) hatte eine tiefgreifende Wirkung auf mich. Was meine Aufmerksamkeit erregte, war eine einzelne Passage auf Seite 83. Dieser eine kleine Auszug aus einem 300-seitigen Buch veränderte meine gesamte politische Philosophie. Er lautet:

Die Erschaffung der Welt – so Platon – ist der Sieg der Überzeugung über die Gewalt ... Zivilisation ist die Aufrechterhaltung der sozialen Ordnung durch die ihr innewohnende Überzeugungskraft als Verkörperung der anständigeren Alternative. Der Rückgriff auf Gewalt, wie unvermeidlich er auch sein mag, ist eine Offenbarung des Versagens der Zivilisation, entweder in der allgemeinen Gesellschaft oder in einem Rest von Individuen ...

Die Interaktion zwischen Individuen und zwischen sozialen Gruppen nimmt nun eine dieser beiden Formen an: Gewalt oder Überzeugung. Der Handel ist das beste Beispiel für Interaktion durch Überzeugung. Krieg, Sklaverei und staatlicher Zwang sind Beispiele für die Herrschaft der Gewalt.

Professor Whiteheads Vision einer zivilisierten Gesellschaft als Triumph der Überzeugung über die Gewalt sollte in den Köpfen aller bürgerlich gesinnten Individuen und Regierungsverantwortlichen an erster Stelle stehen. Sie sollte als Richtschnur für das politische Ideal dienen.

Ich schlage daher ein neues politisches Credo vor: Der Triumph der Überzeugung über die Gewalt ist das Zeichen einer zivilisierten Gesellschaft.

Dies ist sicherlich ein Grundprinzip, dem die meisten Bürger zustimmen können, und zwar unabhängig davon, wo sie im politischen Spektrum stehen.

Zu viele Gesetze

Zu oft greifen die Gesetzgeber zur Lösung eines gesellschaftlichen Problems auf die Kraft des Gesetzes zurück, statt auf die der Überzeugung. Sie sind zu schnell dabei, ein weiteres Gesetz oder eine Verordnung zu verabschieden, um die Auswirkungen eines tief verwurzelten Problems in der Gesellschaft zu unterdrücken, anstatt zu versuchen, die wirkliche Ursache des Problems zu erkennen und zu bekämpfen, was möglicherweise erfordert, dass Eltern, Lehrer, Pfarrer und Gemeindeleiter die Menschen davon überzeugen, ihr Verhalten zu ändern.

Die Politiker denken viel zu oft, dass neue Maßnahmen, die noch mehr Steuern kosten, der einzige Weg sind, um für die Rente, die Gesundheitsversorgung, die Bildung oder andere soziale Bedürfnisse der Bürger aufzukommen. „Die Menschen sind einfach nicht dazu bereit, selbst für diese Leistungen zu zahlen“, sagen sie, also zwingen sie andere dazu, dafür aufzukommen.

Der Richter am Obersten Gerichtshof Oliver Wendell Holmes sagte einmal: „Steuern sind der Preis, den wir für die Zivilisation zahlen.“ Aber ist nicht in Wirklichkeit das Gegenteil der Fall? Steuern sind der Preis, den wir dafür zahlen, dass es uns nicht gelingt, eine zivilisierte Gesellschaft aufzubauen. Je höher die Besteuerung, desto größer das Versagen. Ein zentral geplanter totalitärer Staat bedeutet eine völlige Niederlage für die zivilisierte Welt, während eine völlig freiwillige Gesellschaft ihren endgültigen Erfolg darstellt.

So verabschiedet der Gesetzgeber, angeblich besorgt über Armut und niedrige Löhne, ein Mindestlohngesetz und errichtet einen Wohlfahrtsstaat, um die Armut zu beseitigen. Doch die Armut bleibt bestehen, nicht weil es an Geld mangelt, sondern weil es an Fähigkeiten, Kapital, Bildung und dem Willen zum Erfolg mangelt.

Die Gemeinschaft fordert eine umfassende Ausbildung für alle Kinder und so schreibt der Staat vor, dass alle Kinder mindestens zehn Jahre lang die Schule besuchen müssen. Die Winter Park High School, die zwei unserer Kinder besuchen, ist komplett eingezäunt. Die Schüler brauchen eine schriftliche Entschuldigung, um das Schulgelände verlassen zu dürfen und eine offizielle Erklärung für ihre Abwesenheit. Alle Tore bis auf eines sind während der Schulzeit geschlossen und an dem einzigen offenen Tor steht ständig ein Wachmann, der das Kommen und Gehen der Schüler überwacht. Florida hat vor kurzem ein Gesetz verabschiedet, das jedem Schüler, der die Highschool abbricht, den Führerschein entzieht. Sicherlich, so heißt es, wird das die hohe Abbrecherquote unter den Schülern beseitigen.

Aber die Unterdrückung eines Problems schafft nur ein weiteres. Jetzt stören Schüler, die nicht in der Schule sein wollen, die Schüler, die lernen wollen. Der Gesetzgeber vergisst eine Sache. Schulbildung ist nicht dasselbe wie Bildung.

Viele vernünftige Bürger sind gegen rassistische, religiöse oder sexuelle Diskriminierung am Arbeitsplatz, bei der Vermietung von Wohnungen, in Kaufhäusern, Restaurants und Clubs. Doch anstatt die Menschen in den Schulen, den Kirchen und den Medien davon zu überzeugen, dass Diskriminierung ein unangemessenes und moralisch verwerfliches Verhalten ist, erlassen die Politiker einfach Gesetze, die Diskriminierung verbieten, als ob Hass sofort verschwinden würde, wenn man ihn verbietet. Stattdessen verschärft die erzwungene Integration oft die bereits bestehenden Feindseligkeiten. Wundert sich irgendjemand noch darüber, dass Diskriminierung immer noch ein ernstes Problem in unserer Gesellschaft ist?

Ist der Wettbewerb mit den Japanern, den Deutschen und den Brasilianern zu hart für die amerikanische Industrie? Wir können das Problem sofort lösen, sagt der Kongress. Es hat keinen Zweck, die Industrie davon zu überzeugen, in produktivere Arbeitskräfte und Kapital zu investieren, oder dafür zu stimmen, die Steuerlast für Unternehmen zu senken. Nein, man wird einfach Einfuhrquoten oder hohe Zölle auf ausländische Produkte erheben und sie zum „Fair Play“ zwingen. Das wird uns sicherlich wettbewerbsfähiger machen und amerikanische Unternehmen im Geschäft halten.

Drogen, Waffen und Abtreibung

Ist der Konsum von bewusstseinsverändernden Drogen ein Problem in Amerika? Dann sollten wir Gesetze erlassen, die den Konsum bestimmter hochwirksamer Drogen verbieten. Die Leute wollen sie trotzdem konsumieren? Dann sollten wir mehr Polizisten einstellen, um gegen Drogenkonsumenten und Drogenhändler vorzugehen. Das wird das Problem sicher lösen. Doch solche Gesetze gehen nie auf das eigentliche Problem ein. Dazu müsste man analysieren, warum Menschen Drogen missbrauchen und Wege finden, wie sie ihre Bedürfnisse befriedigen können, ohne destruktiv zu werden. Wenn wir illegale Drogen verbieten, lassen wir die eigentliche Ursache für den zunehmenden Drogen- und Alkoholmissbrauch unter Jugendlichen und Erwachsenen außer Acht und verkennen den Nutzen solcher Drogen in der Medizin und im Gesundheitswesen. Ich begrüße die freiwilligen Bemühungen in den Gemeinden, diese ernstesten Probleme in den Griff zu bekommen, wie z. B. alkoholfreie Schulabschlussfeiern und Drogenaufklärungskurse. Der Tabakkonsum ist dank der Aufklärung zurückgegangen und auch der Drogenkonsum könnte zurückgehen, wenn er als medizinisches und nicht als kriminelles Problem behandelt würde.

Abtreibung ist ein problematisches Thema, da sind wir uns alle einig. Wessen Rechte haben Vorrang, die des Babys oder die der Mutter? Wann beginnt das Leben? Bei der Empfängnis oder bei der Geburt? Politische Konservative sind schockiert über die Millionen von legalen Tötungen, die jedes Jahr in Amerika und auf der ganzen Welt stattfinden. Wie können wir angesichts dieser Epidemie, die unser Land heimsucht, „God Bless America“ singen? Für viele Konservative ist die Antwort daher einfach: Verbieta Abtreibungen! Zwingt die Frauen, ihre unerwarteten und ungewollten Babys zur Welt zu bringen. Das wird das Problem lösen. Diese schnelle Lösung wird zweifellos den Anschein erwecken, dass wir unsere nationale Neigung zum Völkermord sofort gelöst haben.

Wäre es nicht besser, wenn wir zunächst versuchen würden, die wichtigen Fragen zu beantworten: „Warum ist Abtreibung heute so weit verbreitet und wie können wir ungewollte Schwangerschaften verhindern?“ Oder, wenn eine ungewollte Schwangerschaft eingetreten ist, wie können wir die Menschen davon überzeugen, Alternativen zu prüfen, einschließlich Adoption?

Ein weiteres Problem, das dieses Land plagt, ist die Kriminalität. Manche in der Gesellschaft wollen Handfeuerwaffen, Gewehre und andere Schusswaffen verbieten oder zumindest streng kontrollieren und registrie-

ren lassen, um die Kriminalität zu verringern. Sie argumentieren, dass wir das Mord- und Kriminalitätsproblem in diesem Land lösen können, indem wir einfach ein Gesetz erlassen, das uns die Mordwaffen wegnimmt. Keine Schusswaffen, keine Morde. Ganz einfach, oder? Doch sie ändern nur die äußeren Symptome, haben aber wenig Interesse daran, Wege zu finden, die Menschen davon abhalten, kriminell oder gewalttätig zu werden.

Der Gesetzgeber sollte sich mit der Verabschiedung von Gesetzen zum Schutz der Menschen vor sich selbst zurückhalten. Während sie in einem Bereich auf dem „Recht der Frau auf freie Wahl“ bestehen, sprechen sie Männern und Frauen in allen anderen Bereichen das Recht auf freie Wahl ab. Leider handeln sie viel zu schnell. Autofahrer legen ihre Sicherheitsgurte nicht an? Verabschieden wir ein Gesetz zur Gurtpflicht. Motorradfahrer tragen keine Helme? Dann sollten wir eine Helmpflicht einführen. Wir zwingen die Menschen, Verantwortung zu übernehmen!

Mehr als nur Freiheit

Wie sind wir in diese Situation geraten, in der sich der Gesetzgeber gezwungen sieht, unser persönliches Verhalten „zu unserem eigenen Besten“ zu regeln? Oft sind wir selbst daran schuld.

Die Lektion ist klar: Wenn wir das, was uns an persönlicher und wirtschaftlicher Freiheit in diesem Land geblieben ist, bewahren wollen, sollten wir besser verantwortungsvoll handeln oder unsere Freiheit wird uns genommen werden. Zu viele Gegner glauben, dass Freiheit nichts anderes ist als das Recht, unverantwortlich zu handeln. Sie setzen Freiheit mit libertärem Verhalten gleich. Sie glauben, dass die Freiheit zu wählen, ob sie eine Abtreibung haben wollen, bedeutet, dass sie eine Abtreibung haben sollten, dass die Freiheit, Drogen zu nehmen, bedeutet, dass sie Drogen nehmen sollten, dass die Legalisierung des Glücksspiels bedeutet, dass sie am Roulettetisch sitzen sollten.

Es ist bezeichnend, dass Professor Whitehead das Wort „Überzeugung“ und nicht einfach „Freiheit“ als ideales Merkmal der zivilisierten Welt gewählt hat. Das Wort „Überzeugung“ verkörpert sowohl die Freiheit der Wahl als auch die Verantwortung für die Wahl. Um zu überzeugen, muss man eine Moralphilosophie haben, ein System von richtig und falsch, das man selbst bestimmt. Sie wollen die Menschen dazu bringen, das Richtige zu tun, nicht weil sie es müssen, sondern weil sie es wollen. Es ist wenig befriedigend, Gutes zu tun, wenn der Einzelne dazu gezwungen wird, das Richtige zu tun. Charakter und Verantwortung entstehen, wenn Menschen sich freiwillig für das Richtige entscheiden, nicht wenn sie dazu

gezwungen werden. Ein Soldat wird ein größeres Gefühl des Sieges haben, wenn er sich bei den Streitkräften meldet, anstatt eingezogen zu werden. Und Schüler werden die Freude am Helfen nicht verstehen, wenn es durch eine gemeinnützige Arbeit als Voraussetzung für den Schulabschluss vorgeschrieben wird.

Zugegebenermaßen wird es in einer freien Gesellschaft Menschen geben, die falsche Entscheidungen treffen, die drogen- und alkoholabhängig werden, die sich weigern, einen Schutzhelm zu tragen, die sich beim Spielen mit Feuerwerkskörpern verletzen und die die High School abbrechen. Aber das ist der Preis, den wir für eine freie Gesellschaft zahlen müssen, in der der Einzelne aus seinen Fehlern lernt und versucht, eine bessere Welt zu schaffen.

In diesem Zusammenhang sollten wir die alles entscheidende Frage beantworten: „Freiheit und Moral: Können wir beides haben?“ Die Antwort lautet: Absolut ja! Wir können nicht nur beides haben, sondern wir müssen beides haben oder wir werden letztendlich keines von beiden haben. Wie Sir James Russell Lowell sagte: „Das Endergebnis, wenn man Narren vor ihrer Torheit schützt, ist, den Planeten mit Narren zu füllen.“

Unser Motto sollte lauten: „Wir lehren sie die richtigen Prinzipien und sie regieren sich selbst.“ Freiheit ohne Verantwortung führt nur zur Zerstörung der Zivilisation, wie Rom und andere große Zivilisationen in der Vergangenheit bewiesen haben. Wie Alexis de Tocqueville sagte: „Der Despotismus kann ohne Glauben regieren, aber die Freiheit nicht.“ In ähnlicher Weise fügte Henry Ward Beecher hinzu: „Es gibt keine Freiheit für Menschen, die nicht wissen, wie sie sich selbst beherrschen sollen.“ Und Edmund Burke schrieb: „Was ist Freiheit ohne Weisheit und ohne Tugend?“

Mit jedem Sozialgesetz, das sie verabschieden, demonstrieren die heutigen Politiker ihre geringe Meinung über die Öffentlichkeit. Sie glauben, dass die Bürger, wenn man ihnen die Wahl lässt, wahrscheinlich die falschen Entscheidungen treffen werden. Die Gesetzgeber denken nicht mehr daran, die Menschen zu überzeugen. Sie haben das Bedürfnis, der Öffentlichkeit ihre Agenda mit dem Bajonett und dem Gewehrlauf aufzuzwingen, im Namen des IRS, der SEC, der FDA, der DEA, der EPA oder einer Vielzahl anderer ABCs der Staatsautorität.

Eine Aufforderung an alle Freiheitsliebenden

Meine Aufforderung an alle Freiheitsliebenden lautet heute, sich moralisch zu erheben. Unsere Sache ist viel überzeugender, wenn wir sagen können,

dass wir die Legalisierung von Drogen unterstützen, aber keine bewusstseinsverändernden Drogen nehmen. Dass wir die legale Abtreibung tolerieren, aber unsere eigenen zukünftigen Generationen nicht abtreiben wollen. Dass wir das Recht, Waffen zu tragen, unterstützen, aber keine Handfeuerwaffen missbrauchen. Dass wir das Recht des Einzelnen befürworten, sich privat zu treffen, wie es ihm beliebt, aber selbst nicht diskriminieren.

Im wahren Geist der Freiheit hat Voltaire [sic] einmal gesagt: „Ich missbillige, was du sagst, aber ich werde dein Recht, es zu sagen, bis in den Tod verteidigen.“ Wenn wir andere wirksam von den Vorteilen einer toleranten Welt überzeugen wollen, müssen wir die moralische Oberhand gewinnen, indem wir sagen: „Wir mögen missbilligen, was du tust, aber wir werden dein Recht, es zu tun, bis in den Tod verteidigen.“

Kurz gesagt, meine Vision einer verantwortungsvollen freien Gesellschaft ist eine, in der wir dem Bösen entgegentreten, es aber nicht verbieten. Wir klären unsere Kinder und Schüler über die Folgen von Drogenmissbrauch und anderen Formen unverantwortlichen Verhaltens auf. Aber wenn sie trotz all unserer Überzeugungsarbeit weiterhin schädliche Drogen konsumieren wollen, ist das ihr gutes Recht. In einer freien Gesellschaft muss der Einzelne das Recht haben, das Richtige oder das Falsche zu tun, solange er die Rechte oder das Eigentum anderer nicht bedroht oder verletzt. Sie müssen auch die Konsequenzen ihres Handelns tragen, denn aus den Konsequenzen lernen sie, die richtigen Entscheidungen zu treffen.

Wir können Prostitution oder Pornografie durch die Beschränkung auf bestimmte Bereiche und Altersgruppen unterbinden, aber wir werden diejenigen, die sich privat daran beteiligen, nicht ins Gefängnis stecken oder bestrafen. Wenn in unserer Nachbarschaft ein Buchladen für Erwachsene eröffnet wird, rennen wir nicht zum Gesetz und erlassen eine Verordnung, sondern wir protestieren vor dem Laden und halten die Menschen davon ab, ihn zu betreten. Wenn unsere Religion uns auffordert, am Sonntag nicht einzukaufen, erlassen wir keine Gesetze, die die Geschäfte zwingen, am Sonntag zu schließen, sondern wir besuchen sie einfach nicht. Wenn wir exzessive Gewalt und Sexszenen im Fernsehen nicht mögen, schreiben wir nicht an die Federal Communications Commission, sondern schließen uns einem Boykott der Produkte des Werbetenden an. Vor einigen Jahren haben die Besitzer von 7-Eleven-Läden pornografische Zeitschriften aus ihren Geschäften entfernt, nicht weil das Gesetz es verlangte, sondern weil eine Gruppe besorgter Bürger sie dazu überredete. Diese Maßnahmen spiegeln den wahren Geist der Freiheit wider.

Freiheitsliebende sollten auch die Institutionen der Überzeugung, wie Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Stiftungen, Privatschulen und Privathochschulen sowie Privatunternehmen, stark unterstützen. Sie sollten sich aus freiem Willen und eigener Entscheidung in vielen Bereichen engagieren. Sie sollten sich nicht auf Zwangsinstitutionen wie staatliche Stellen verlassen, wenn es darum geht, Bildung, Wohltätigkeit und Wohlfahrt zu erreichen. Es reicht nicht aus, einfach seine Steuern zu zahlen und seine Stimme abzugeben und zu denken, dass man seinen Teil getan hat.

Es ist die Pflicht eines jeden Verfechters der menschlichen Freiheit, die Welt davon zu überzeugen, dass wir unsere Probleme durch Überzeugung und nicht durch Zwang lösen müssen. Unabhängig davon, ob es sich um die Innen- oder die Außenpolitik handelt, müssen wir erkennen, dass die Verabschiedung einer weiteren Verordnung oder der Eintritt in einen Krieg nicht unbedingt die einzige Lösung für unsere Probleme ist. Einfach Gesetze zu erlassen, die die äußeren Symptome von Problemen verbieten, bedeutet, die wahren Probleme unter den Teppich zu kehren. Das mag den Schmutz für eine Weile verbergen, aber es beseitigt ihn nicht richtig oder dauerhaft.

Freiheit unter dem Gesetz

Dieser Ansatz bedeutet nicht, dass es keine Gesetze geben sollte. Die Menschen sollten die Freiheit haben, nach ihren Wünschen zu handeln, aber nur so weit, wie sie nicht auf den Rechten anderer herumtrampeln. Regeln und Vorschriften, wie z. B. Verkehrsgesetze, müssen von privaten und öffentlichen Institutionen aufgestellt und durchgesetzt werden, damit eine freie Gesellschaft existieren kann. Es sollte strenge Gesetze gegen Betrug, Diebstahl, Mord, Umweltverschmutzung und Vertragsbruch geben und diese Gesetze sollten nach dem klassischen Grundsatz, dass die Strafe dem Verbrechen entsprechen sollte, wirksam durchgesetzt werden. Das gesamte Härte des Gesetzes sollte eingesetzt werden, um die Täter zu bestrafen und zu inhaftieren, die Opfer zu entschädigen und die Rechte der Unschuldigen zu schützen. Innerhalb dieses rechtlichen Rahmens sollten wir jedoch ein Höchstmaß an Freiheit zulassen, damit die Menschen selbst entscheiden können, was sie denken, tun und tun, ohne anderen zu schaden.

Die Öffentlichkeit von unserer Botschaft zu überzeugen, dass „Überzeugung statt Gewalt das Zeichen einer zivilisierten Gesellschaft ist“, wird viel harte Arbeit erfordern, aber es kann sich lohnen. Der Schlüssel liegt darin, ein überzeugendes Plädoyer für die Freiheit zu halten, der Öffentlichkeit die Fakten darzulegen, damit sie die Logik unserer Argumente erkennen

kann und einen Dialog mit denjenigen zu entwickeln, die möglicherweise gegen unsere Position sind. Unser Schwerpunkt muss auf Aufklärung und Überzeugungsarbeit liegen, nicht auf Streit und Beschimpfungen. Denn wir werden unsere politischen Führer niemals ändern, solange wir nicht die Menschen ändern, die sie wählen.

Die Vision einer idealen Gesellschaft

Martin Luther King, Jr. hielt Mitte der 1960er Jahre eine berühmte Rede am Lincoln Memorial. Darin sagte King, er habe einen Traum vom gelobten Land.

Nun, auch ich habe eine Vision von einer idealen Gesellschaft. Ich habe eine Vision vom Weltfrieden, nicht weil das Militär zur Aufrechterhaltung der Ordnung eingesetzt wurde, sondern weil wir Frieden von innen heraus und Freundschaft mit allen Nationen haben.

Ich habe eine Vision von allgemeinem Wohlstand und einem Ende der Armut, nicht wegen ausländischer Hilfe oder staatlich subventionierter Wohlfahrt, sondern weil jeder von uns eine produktive, nützliche Beschäftigung hat, bei der jeder Handel ehrlich und vorteilhaft für Käufer und Verkäufer ist und bei der wir den weniger Glücklichen aus freien Stücken eifrig helfen.

Ich habe die Vision einer inflationsfreien Nation, nicht aufgrund von Lohn- und Preiskontrollen, sondern weil unser Land über ein ehrliches Geldsystem verfügt.

Ich habe eine Vision von einer Gesellschaft ohne Kriminalität, nicht weil an jeder Ecke ein Polizist steht, sondern weil wir die Rechte und das Eigentum anderer respektieren.

Ich habe die Vision eines drogenfreien Amerikas, nicht weil schädliche Drogen illegal sind, sondern weil wir ein langes, gesundes und selbstbestimmtes Leben führen wollen.

Ich habe die Vision einer abtreibungsfreien Gesellschaft, nicht weil Abtreibung illegal ist, sondern weil wir fest an die Unantastbarkeit des Lebens, sexuelle Verantwortung und familiäre Werte glauben.

Ich habe die Vision einer umweltfreundlichen und umweltverträglichen Welt, nicht weil es kostspielige Kontrollen und willkürliche Vorschriften gibt, sondern weil die Privatwirtschaft ihrer Verantwortung gerecht wird und sich verpflichtet, die Ressourcen der Erde zu entwickeln, anstatt sie auszubeuten.

Ich habe eine Vision von einer freien Gesellschaft, nicht weil ein wohlwollender Diktator sie befiehlt, sondern weil wir die Freiheit und die damit verbundene Verantwortung lieben.

Die folgenden Worte, die einem alten protestantischen Kirchenlied entnommen sind, dessen Verfasser passenderweise anonym bleibt, drücken das Streben eines jeden Mannes und einer jeden Frau in einer freien Gesellschaft aus:

Know this, that every soul is free
To choose his life and what he'll be;
For this eternal truth is given
That God will force no man to heaven.
He'll call, persuade, direct aright,
And bless with wisdom, love, and light,
In nameless ways be good and kind,
But never force the human mind.

DIE GEFÄHRLICHSTE ALLER RELIGIONEN (AUSZÜGE)

Larken Rose

Larken Rose ist ein international bekannter, lautstarker Verfechter der Prinzipien des Selbsteigentums, der Nicht-Aggression und einer staatenlosen Gesellschaft, also des Voluntarismus. Er ist zu finden unter TheRoseChannel.com.

Der Glaube an die „Autorität“, einschließlich aller Vorstellungen von „Staat“ und „Regierung“ ist irrational und voll von Widersprüchen. Er ist unvereinbar mit Zivilisation und Moral. Er ist der gefährlichste, zerstörerischste religiöse Glaube, der jemals existiert hat. Der religiöse Glaube an die „Autorität“ ist der größte Feind der Menschheit. Und er ist sehr viel stärker und mächtiger als der bloße Zwang zu Ordnung und Gerechtigkeit (S. 6).

Angenommen, die Menschen sind tatsächlich so einfältig, dumm und böseartig, dass man nicht darauf vertrauen kann, dass sie selbständig das Richtige tun. Wie soll sich dann die Situation durch eine Teilmenge genau dieser einfältigen, dummen und böseartigen Menschen verbessern? Einer Teilmenge, der die gesellschaftliche Erlaubnis erteilt wird, alle anderen gewaltsam zu beherrschen? (S. 36).

Der durchschnittliche Mensch wird sich vielleicht etwas darüber aufregen, wenn jemand die Existenz des Gottes, an den er glaubt, infrage stellt. Regelrecht aggressiv und feindselig wird er hingegen reagieren, wenn jemand eine Gesellschaft ohne „Staat“ vorschlägt. Das zeigt, welcher Religion die Menschen tiefer emotional verbunden sind und an welche Religion sie tatsächlich stärker glauben. Der Glaube an den „Staat“ sitzt sogar so tief, dass sie nicht einmal erkennen, dass es ein Glaube ist (S. 39).

Wenn jemand zum Beispiel ein „Recht“ auf ein Haus hat und das Haus nur aus dem Wissen, den Fähigkeiten und den Anstrengungen der anderen

Menschen entstehen kann, bedeutet es, dass dieser Jemand das „Recht“ hat, andere Menschen dazu zu zwingen, ihm ein Haus zu bauen (S. 154).

Alle Staatsgläubigen glauben, dass die Menschen, die die „Regierung“ bilden, von der grundlegenden menschlichen Moral befreit sind und deshalb das tun dürfen, wozu andere kein Recht haben. Ja, er darf es nicht nur tun, sondern er soll und muss es zum (vermeintlichen) Wohle der Gesellschaft sogar tun. Auch wenn die Art und das Ausmaß der aggressiven Gewalt unterschiedlich sind – ausnahmslos alle Staatsgläubigen befürworten sie (S. 160).

Nochmal zur Erinnerung: Menschen können keine Rechte delegieren, die sie nicht haben. Daher kann es kein Recht auf Herrschaft geben. Menschen können Moral nicht verändern. Demnach können die „Gesetze“ der „Regierung“ keine innere „Autorität“ besitzen. Ergo kann die „Autorität“, also das Recht zu herrschen, logischerweise nicht existieren (S. 191).

KANN DER ANARCHOKAPITALISMUS FUNKTIONIEREN?

Llewellyn H. Rockwell, Jr.

Lew Rockwell ist Gründer und Vorsitzender des Ludwig von Mises Institute, Herausgeber von LewRockwell.com und Autor von *Fascism vs. Capitalism*. Dieser Vortrag wurde am 8. November 2014 beim Mises Circle in Costa Mesa zum Thema „Society Without the State“ gehalten.

Der Begriff „Anarchokapitalismus“ hat, so könnte man sagen, eine ziemlich verblüffende Qualität. Aber während der Begriff selbst den Neuankömmling aufrütteln mag, sind die Ideen, die er verkörpert, überzeugend und attraktiv und stellen den Höhepunkt einer langen Entwicklung des Denkens dar.

Wenn ich mich auf eine Handvoll Erkenntnisse beschränken müsste, wären es diese: (1) Jeder Mensch hat, um es mit John Lockes Formulierung zu sagen, „ein Eigentum an seiner eigenen Person“. (2) Es sollte einen einzigen Moralkodex geben, der für alle Menschen verbindlich ist, unabhängig davon, ob sie beim Staat angestellt sind oder nicht. (3) Die Gesellschaft kann sich ohne zentrale Leitung selbst verwalten.

Aus dem originären Eigentum, das man an seiner eigenen Person hat, können wir individuelle Rechte ableiten, einschließlich Eigentumsrechte. Wenn man diese Einsicht zu ihrer richtigen Rothbardschen Schlussfolgerung bringt, macht sie den Staat tatsächlich ungültig, da der Staat auf der Grundlage der systematischen Verletzung der individuellen Rechte funktioniert und überlebt. Würde er dies nicht tun, wäre er kein Staat.

Indem er die Rechte des Einzelnen verletzt, versucht der Staat, eine Ausnahme von den moralischen Gesetzen zu beanspruchen, die wir in allen anderen Bereichen des Lebens für selbstverständlich halten. Was bei einer Privatperson als Diebstahl bezeichnet werden würde, ist für den Staat eine Steuer. Was man als Entführung bezeichnen würde, ist für den Staat die

Wehrpflicht. Was für jeden anderen als Massenmord gelten würde, ist für den Staat Krieg. In jedem Fall kommt der Staat mit moralischen Ungeheuerlichkeiten davon, weil die Öffentlichkeit darauf konditioniert wurde zu glauben, dass der Staat für sich gesehen eine Gesetzmäßigkeit sei und deshalb für ihn nicht die gleichen moralischen Standards gelten, wie für die Menschen.

Auf die dritte dieser Ideen möchte ich ausführlicher eingehen. In den Abschnitten ihrer moralischen Abhandlungen, die sich mit der Ökonomie befassen, hatten die Spätscholastiker, insbesondere die des 16. und 17. Jahrhunderts, die Vorstellung von Gesetzen, die die soziale Ordnung regeln, erahnt. Sie entdeckten notwendige Ursache-Wirkungs-Beziehungen. So gab es beispielsweise einen eindeutigen Zusammenhang zwischen dem Strom von Edelmetallen, die aus der Neuen Welt nach Spanien gelangten und dem Phänomen der Preisinflation. Sie begannen zu verstehen, dass es sich bei diesen sozialen Regelmäßigkeiten um nackte Tatsachen handelte, denen sich die politische Autorität nicht widersetzen konnte.

Diese Einsicht entwickelte sich mit den klassischen Liberalen des 18. Jahrhunderts und dem allmählichen Aufkommen der Wirtschaftswissenschaften als vollwertige, unabhängige Disziplin weiter. Deshalb, so Ludwig von Mises, hassen Diktatoren Ökonomen. Wahre Ökonomen sagen dem Herrscher, dass es Grenzen gibt, die er mit seiner bloßen Willenskraft nicht überschreiten kann und dass er die wirtschaftlichen Gesetze nicht außer Kraft setzen kann.

Im neunzehnten Jahrhundert legte Frédéric Bastiat großen Wert auf diese Erkenntnis. Wenn es diese Gesetze gibt, dann müssen wir sie studieren und verstehen, aber auf keinen Fall so töricht sein, sie zu missachten. Umgekehrt sagte er, wenn es keine solchen Gesetze gibt, dann sind die Menschen nur träge Materie, der der Staat nur zu gerne seinen Stempel aufdrückt. Er schrieb:

Wenn es nämlich allgemeine Gesetze gibt, die unabhängig von den geschriebenen Gesetzen wirken und deren Wirkung lediglich durch letztere geregelt werden muss, dann müssen wir diese allgemeinen Gesetze studieren; sie können Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen sein und deshalb gibt es so etwas wie die Wissenschaft der politischen Ökonomie. Wenn dagegen die Gesellschaft eine menschliche Erfindung ist, wenn die Menschen nur träge Materie sind, der ein großes Genie, wie Rousseau sagt, Gefühl und Willen, Bewegung und Leben verleihen muss, dann gibt es keine Wissenschaft der politischen Ökonomie: Es gibt nur eine unendliche Zahl möglicher und kontingenter Anordnungen und das Schicksal der Nationen hängt von dem Gründervater ab, dem der Zufall ihr Schicksal anvertraut hat.

Der nächste Schritt in der Entwicklung dessen, was später zum Anarchokapitalismus werden sollte, war das radikale Argument von Gustave de Molinari in seinem Aufsatz „Die private Produktion von Sicherheit“. Molinari stellte die Frage, ob die Produktion von Verteidigungsdiensten, die selbst für die klassischen Liberalen eine Selbstverständlichkeit war, die vom Staat übernommen werden musste, nicht auch von privaten Unternehmen im Rahmen des Marktwettbewerbs geleistet werden könnte. Molinari bezog sich dabei ausdrücklich auf die von uns bisher entwickelte Erkenntnis, dass die Gesellschaft nach festen, verständlichen Gesetzen funktioniert. Wenn dies der Fall ist, dann sollte die Erbringung dieser Dienstleistung denselben Gesetzen des freien Wettbewerbs unterliegen, die auch für die Produktion aller anderen Güter gelten. Gäbe es nicht die Probleme des Monopols bei jedem Monopol, selbst bei dem des Staates, von dem wir glauben, dass es unvermeidlich und gutartig ist?

Es verstößt gegen die Vernunft zu glauben, dass ein wohlbegründetes Naturgesetz Ausnahmen zulassen kann. Ein Naturgesetz muss überall und immer gelten, oder es ist ungültig. Ich kann zum Beispiel nicht glauben, dass das universelle Gesetz der Gravitation, das die physikalische Welt regiert, jemals in irgendeinem Fall oder an irgendeinem Punkt des Universums außer Kraft gesetzt ist. Nun halte ich ökonomische Gesetze für vergleichbar mit Naturgesetzen und ich glaube an das Prinzip der Arbeitsteilung genauso wie an das universelle Gesetz der Gravitation. Ich glaube, dass diese Prinzipien zwar *gestört* werden können, aber keine Ausnahmen zulassen.

Aber wenn dies der Fall ist, sollte die Produktion von Sicherheit nicht dem freien Wettbewerb entzogen werden; und wenn sie ihm entzogen wird, erleidet die Gesellschaft als Ganzes einen Verlust. Es war Murray N. Rothbard, der aus dem klassischen Liberalismus, dem amerikanischen individualistischen Anarchismus und der österreichischen Wirtschaftswissenschaft ein kohärentes, konsistentes und rigoroses Denksystem entwickelte, das er Anarchokapitalismus nannte. In Lauf seines Lebens unterzog Rothbard den Staat in Dutzenden von Büchern und Tausenden von Artikeln einer scharfen, vernichtenden Analyse, wie es sie noch nie gegeben hat. Ich habe *Against the State* diesem großen Pionier und lieben Freund gewidmet.

Aber kann es funktionieren? Es ist schön und gut, moralische und philosophische Einwände gegen den Staat zu erheben, aber wir brauchen ein plausibles Szenario, wie sich die Gesellschaft in Abwesenheit des Staates selbst reguliert, selbst in den Bereichen Recht und Verteidigung. Dies sind ernste und schwierige Fragen und oberflächliche Antworten werden na-

türlich unzureichend sein, aber ich möchte zumindest ein paar interessante Ideen vorschlagen.

Die gängige Meinung ist natürlich, dass wir ohne einen Monopolanbieter für diese Dienstleistungen in den Hobbes'schen Naturzustand zurückfallen werden, in dem jeder gegen jeden Krieg führt und das Leben „einsam, arm, gemein, brutal und kurz“ ist. Es kommt zu einer unaufhörlichen Serie von Übergriffen der einen gegen die anderen und die Gesellschaft versinkt immer tiefer in der Barbarei. Zum einen ist nicht einmal klar, ob die Logik hinter Thomas Hobbes' Befürchtungen wirklich einen Sinn ergibt. Wie Michael Huemer hervorhebt, geht Hobbes von einer groben Gleichheit zwischen den Menschen aus, da keiner von uns völlig unverwundbar ist. Wir sind alle potenzielle Mordopfer durch die Hand eines anderen, sagt er. Ebenso besteht er darauf, dass die Menschen durch Eigeninteresse motiviert und sogar völlig davon besessen sind.

Nehmen wir einmal an, Folgendes wäre wahr: Alles, was uns interessiert, ist unser eigenes Interesse, unser eigenes Wohlergehen, unsere eigene Sicherheit. Wäre es dann sinnvoll, andere Menschen anzugreifen, wenn die Wahrscheinlichkeit, selbst getötet zu werden, bei 50 Prozent liegt? Selbst wenn wir über Kampferfahrung verfügen, besteht immer noch eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass jeder Angriff, den wir starten, mit unserem Tod endet. Wie fördert dies unser Eigeninteresse?

Hobbes spricht ebenfalls von präventiven Angriffen, d. h. Menschen greifen andere an, weil sie befürchten, dass diese zuerst sie selbst angreifen könnten. Wenn das stimmt, dann ist es sogar noch irrationaler, wenn Menschen andere angreifen: Wenn ihre Mitmenschen dazu neigen, Menschen, die sie fürchten, präventiv anzugreifen, wen würden sie dann mehr fürchten als Menschen, die wahllos Menschen angreifen? Mit anderen Worten: Je mehr man andere angreift, desto mehr ist man den präventiven Angriffen anderer ausgesetzt. Hier sehen wir also einen weiteren Grund dafür, dass es aus der Sicht des Eigeninteresses, von dem Hobbes behauptet, dass alle Menschen von ihm motiviert werden, keinen Sinn ergibt, sich so zu verhalten, wie er es behauptet.

Was das Gesetz anbelangt, so gibt es in der Geschichte eine Fülle von Beispielen für das, was man als „trickle-up law“ bezeichnen könnte, bei dem sich Rechtsnormen im Zuge normaler menschlicher Interaktion und der Anhäufung eines Korpus allgemeiner Grundsätze entwickeln. Wir neigen dazu, das Recht als eine von oben nach unten gerichtete Institution zu betrachten, weil wir das Recht mit dem modernen Phänomen der Gesetzgebung verwechseln. Jedes Jahr bringen die gesetzgebenden Organe der

Welt eine schwindelerregende Zahl neuer Regeln, Vorschriften und Verbote hervor. Wir haben uns daran gewöhnt, dies als normal zu akzeptieren, obwohl es sich dabei historisch gesehen um eine Anomalie handelt.

Früher war es üblich, das Recht als etwas zu begreifen, das *entdeckt* und nicht gemacht wird. Die Grundsätze, die das Recht ausmachen und nach denen die Menschen harmonisch zusammenleben, ergeben sich aus einer Kombination von Überlegungen zu ewigen Prinzipien und der praktischen Anwendung dieser Prinzipien auf bestimmte Fälle. Der Gedanke, dass eine gesetzgebende Körperschaft die Vertragsgesetze außer Kraft setzen und erklären könnte, dass beispielsweise ein Vermieter die Mieten auf die vom Staat als annehmbar erachteten Beträge begrenzen muss, wäre unglaublich gewesen.

Das englische Common Law beispielsweise war ein Bottom-up-System. Im Mittelalter entwickelte sich das Kaufmannsrecht ganz ohne den Staat. Und in den USA sind die Anzahl der privaten Schlichtungsdienste explodiert, weil Menschen und Unternehmen nach Alternativen zu einem staatlichen Gerichtssystem suchen, das in vielen Fällen von politischen Beamten besetzt ist und von dem jeder weiß, dass es ineffizient, zeitaufwändig und häufig ungerecht ist.

PayPal ist ein hervorragendes Beispiel dafür, wie der private, unternehmerische Sektor kreative Wege findet, um die Unfähigkeit des Staates zu umgehen, die Unverletzlichkeit von Eigentum und Verträgen zu garantieren. Lange Zeit hatte PayPal mit anonymen Betrügern aus aller Welt zu tun. Das Unternehmen spürte die Übeltäter auf und meldete sie dem FBI. Doch es geschah nichts.

Da das Problem für PayPal nicht gelöst wurde, entwickelte das Unternehmen einen genialen Ansatz: Ein Verfahren, mit dem es vorab feststellen konnte, ob eine bestimmte Transaktion wahrscheinlich betrügerisch war. Die Kriminellen mussten nicht mehr aufgespürt werden, da ihre kriminellen Aktivitäten verhindert wurden, bevor der Schaden entstand.

Kleine Wunder wie diese geschehen in allen freien Bereichen der Gesellschaft ständig, ohne dass wir viel darüber erfahren. Als zum Beispiel die Gesundheitsbehörden in Liberia beim Umgang mit Ebola versagten, war es die Firma Firestone, die dort mehrere Kautschuk-Plantagen betreibt, die dort mehr als alle anderen für die Sicherheit und Gesundheit der örtlichen Bevölkerung getan hat.

Es gäbe noch viel mehr über Recht und Verteidigung in einer freien Gesellschaft zu sagen und ich bespreche einen Teil dieser Literatur am Ende von *Against the State*. Aber der Grund dafür, warum wir uns überhaupt

auf diese Themen konzentrieren, ist, dass wir erkennen, dass der Staat nicht reformiert werden kann. Der Staat ist ein Monopol von aggressiver Gewalt und ein massiver Reichtumstransfermechanismus. Er tut genau das, was in seiner Natur liegt. Der utopische Traum von einem „Minimalstaat“ kann nicht verwirklicht werden, da der Staat kein Interesse daran hat, begrenzt zu bleiben. Eine kleinere Version dessen, was wir jetzt haben, ist zwar vorzuziehen, kann aber keine stabile, langfristige Lösung sein. Wir müssen uns also überlegen, wie wir ganz ohne den Staat und sein Parasitentum leben können.

In diesem Buch geht es darum, offen – manchmal sogar schockierend offen – darüber zu sprechen, um die Leser aus der intellektuellen Starre zu befreien, in die sie die herrschende Klasse und ihr System der Jugendindoctrination eingelullt haben. Wir hätten vielleicht eine Chance, wenn die meisten Menschen die Ideen in diesem Buch und in unserer intellektuellen Tradition im Allgemeinen kennen würden. Sie würden niemals auf die Propaganda des Staates, seine Entschuldigungen und seine Doppelmoral hereinfliegen. Sie würden sich durch diese Verzerrungen und Verstellungen beleidigt fühlen.

Und das ist es, was wir am Mises-Institut tun. Wir veröffentlichen keine „Politikberichte“ in der vergeblichen Hoffnung, dass der Kongress sich über seine eigene Natur hinwegsetzt und für Freiheit eintritt. Jeder einzelne dieser Politikberichte landet im Mülleimer. Sie werden benutzt, um den Leichtgläubigen vorzugaukeln, dass die von ihnen unterstützten Washingtoner Denkfabriken Einfluss in Washington haben. Stattdessen erzählen wir die Wahrheit über den Staat, ohne Kompromisse oder Entschuldigungen. Der Grund, warum Ron Paul so viele junge Menschen ansprach, war, dass sie sehen konnten, dass er zu ihnen in einfachem Englisch und nicht in politischer Sprache sprach. Er sprach offen und wahrheitsgemäß, ohne Rücksicht auf die Belehrungen und Schikanen, die er dafür von den Medien bekommen würde.

Wir haben versucht, Rons Ansatz nachzuahmen – und natürlich haben wir uns sehr gefreut, dass uns Ron seit der Gründung des Instituts als angesehenen Berater unterstützt und Mitglied unseres Vorstands ist. Es steht zu viel auf dem Spiel, als dass wir etwas anderes tun könnten, als offen und direkt über das zu sprechen, von dem wir wissen, dass es wahr ist. Es ist leicht, zahnlose Aufsätze über die öffentliche Politik zu veröffentlichen. Es ist schwieriger, sich auf Krieg, die Federal Reserve und die wahre Natur des Staates selbst zu konzentrieren. Aber das ist der Weg, den wir bereitwillig gewählt haben. Wir hoffen, dass du dich uns anschließest.

CHAOSTHEORIE (AUSZÜGE)

Robert P. Murphy, Ph.D.

Robert P. Murphy, Ph.D. ist Senior Fellow am Ludwig von Mises Institut und Autor von *Choice: Cooperation, Enterprise, and Human Action*.

Erstens müssen wir die Idee eines mythischen „Landesgesetzes“ aufgeben. Es muss nicht ein einziges Gesetz geben, das für alle gilt. Auf jeden Fall hat ein solches System nie existiert. Die Gesetze in jedem der fünfzig Bundesstaaten sind unterschiedlich und die Unterschiede in den Rechtssystemen der einzelnen Länder sind sogar noch ausgeprägter. Dennoch gehen wir unserem täglichen Leben nach und besuchen sogar fremde Länder und machen dort Geschäfte, ohne dass es zu großen Problemen kommt (S. 14).

Auf das Wesentliche reduziert, bedeutet ein Privatrechtssystem, dass Menschen, die sich nicht selbst einigen können, buchstäblich die Meinung eines Dritten einholen. Natürlich würden in einer modernen westlichen Wirtschaft wirklich private Rechtssysteme zu einer speziellen Ausbildung und vertraglichen Kodifizierung der Rolle des Richters bei der Abgabe von Stellungnahmen zu den ihm vorgelegten Fällen führen (S. 8).

Nur weil eine Schiedsstelle eine Entscheidung getroffen hat, müssen nicht alle mit dieser einverstanden sein. Genauso wie sich die Menschen über inakzeptable Gerichtsurteile von staatlichen Richtern beschweren. Die Presse würde die unfairen Urteile aufgreifen und die Menschen würden das Vertrauen in die Objektivität der Entscheidungen von Agentur X verlieren. Potenzielle Angestellte würden es sich zweimal überlegen, ob sie für die große Firma arbeiten wollen, solange diese (in ihren Arbeitsverträgen) verlangt, dass man sich der Rechtsprechung durch die ominöse Agentur X unterwirft (S. 15).

Es stimmt, einige Leute würden immer noch Straftaten begehen und hätten keine Versicherung, die für den Schaden aufkommt, aber solche Fälle wird es in jedem Rechtssystem geben (S. 22).

Kritiker lehnen das Privatrecht oft mit der Behauptung ab, dass Streitigkeiten zwischen Vollzugsbehörden zu kriegerischen Auseinandersetzungen führen würden – obwohl dies zwischen Regierungen ständig geschieht! In Wahrheit wären die Anreize für eine friedliche Beilegung von Streitigkeiten in der Marktarchie viel größer als im gegenwärtigen System. Kriege sind sehr teuer und private Unternehmen kümmern sich viel besser um ihre Vermögenswerte als Staatsbeamte um das Leben und das Eigentum ihrer Untertanen (S. 22).

„Wird nicht die Mafia die Macht übernehmen?“ Es ist paradox, dass die Furcht vor der Herrschaft organisierter Verbrecherfamilien die Menschen dazu bringt, Regierungen zu unterstützen, die die „organisiertesten“ und kriminellsten Vereinigungen der Menschheitsgeschichte sind. Selbst wenn es wahr wäre, dass die Menschen in der Marktarchie Schutzgeld zahlen müssten und gelegentlich verprügelt würden, wäre dies ein Tropfen auf den heißen Stein im Vergleich zu den Steuern und Kriegstoten, die von Regierungen verursacht werden. Aber selbst das ist ein zu großes Zugeständnis. Denn die Mafia schöpft ihre Kraft aus dem Staat, nicht aus dem freien Markt. Alle Geschäfte, die traditionell mit dem organisierten Verbrechen in Verbindung gebracht werden – Glücksspiel, Prostitution, Kredithaie, Drogenhandel – sind verboten oder werden vom Staat stark reguliert. In der Anarchie des Marktes würden echte Profis solche skrupellosen Konkurrenten verdrängen (S. 23).

„Ihre Versicherungsgesellschaften würden zum Staat werden!“ Im Gegenteil, die privaten Anbieter juristischer Dienstleistungen hätten in der Marktarchie weit weniger Macht als der Staat heute. Am offensichtlichsten ist, dass es keine Macht gäbe, Steuern zu erheben oder „Dienstleistungen“ zu monopolisieren. Wenn eine bestimmte Versicherungsgesellschaft nicht bereit wäre, berechnete Ansprüche zu bezahlen, würde dies schnell bekannt werden und die Menschen würden dies berücksichtigen, wenn sie mit Kunden dieser anrühmigen Firma zu tun hätten (S. 23).

Die Angst vor unseriösen Agenturen, die sich einseitig zum „Eigentümer“ von allem erklären, ist völlig unbegründet. In einer Marktarchie wären die Unternehmen, die Eigentumsrechte proklamieren, nicht dieselben wie die Unternehmen, die diese Rechte durchsetzen. Noch wichtiger ist, dass der Wettbewerb für echte Gewaltenteilung sorgen würde. Wenn eine Firma anfinge, die auf dem Markt etablierten und kodifizierten Gemeinschaftsnormen zu missachten, würde sie das Geschäft aufgeben, genauso wie ein Anbieter von Wörterbüchern pleitegehen würde, wenn seine Bücher falsche Definitionen enthielten (S. 27).

In diesem Aufsatz wurde die Funktionsweise des rein freiwilligen Marktrechts dargelegt. Das Hauptthema, das sich durch den gesamten Text zieht, ist, dass Wettbewerb und Rechenschaftspflicht echte Experten dazu zwingen würden, die wichtigen Entscheidungen zu treffen, die in jedem Rechtssystem getroffen werden müssen. Es ist ein freiheitsfeindlicher Mythos, dass das Recht von einer Monopolinstitution der organisierten Gewalt geschaffen werden muss (S. 39).

Äpfel und Birnen. Diese theoretische Diskussion wird sicher den Zyniker zu der Bemerkung veranlassen: „Ich würde gerne sehen, was die Versicherungsgesellschaften tun würden, wenn sie auf eine Panzerdivision treffen.“ Aber eine solche Frage geht an der Sache vorbei. Wir haben gezeigt, dass ein privates Verteidigungssystem am effektivsten ist, nicht dass es unverwundbar ist. Ja, eine kleine Gesellschaft von Anarchisten wäre nicht in der Lage, die gesamte Macht von Nazi-Deutschland abzuwehren. Aber einer kleinen Gesellschaft von Etatisten würde es noch schlechter ergehen – und tatsächlich wurden viele von Hitlers Armeen ausgelöscht (S. 56).

DAS „MACHTVAKUUM“-ARGUMENT

Larken Rose

Larken Rose ist ein international bekannter, lautstarker Verfechter der Prinzipien des Selbsteigentums, der Nicht-Aggression und einer staatenlosen Gesellschaft, also des Voluntarismus. Er ist zu finden unter TheRoseChannel.com.

Wie gesagt, Etatisten reagieren oft mit düsteren Vorhersagen über Chaos und Unordnung, wenn sie mit der inhärenten Unmoral und Illegitimität des „Staates“ konfrontiert werden. Natürlich ist dies für philosophische Grundsätze logisch irrelevant. Die Realität ändert sich nicht von selbst, um zu verhindern, dass schlimme Dinge passieren.

A: „Hey, spring nicht aus dem Flugzeug, du hast keinen Fallschirm!“

B: „Doch, habe ich, denn wenn ich keinen hätte, würde ich sterben! Aaaaaah ...“

Oder ...

A: „Man kann keine Rechte delegieren, die man nicht hat.“

B: „Doch, das kann man, denn sonst gäbe es Chaos!“

Aber es gibt noch etwas anderes Bemerkenswertes bei einer der häufigsten düsteren Vorhersagen, mit denen Etatisten um sich werfen. Sie argumentieren im Grunde, dass, wenn es keine Regierung gäbe, das schreckliche, chaotische, gewalttätige Ergebnis ... eine Regierung wäre. „Kriegsherren würden die Macht übernehmen, Armeen aufstellen und uns alle regieren!“ Das schlimmste Szenario, das die Etatisten für den Anarchismus vorhersagen, ist also ... Etatismus. Und das ist ziemlich komisch. („Ich werde diese schlechte Sache befürworten – eine große, mächtige herrschende Klasse – weil wir sonst das bekommen würden, was ich befürworte!“)

Etatisten verkünden gerne, dass, wenn ein bestimmtes Regime oder eine herrschende Klasse zusammenbricht, gestürzt wird oder einfach ver-

schwindet, ein „Machtvakuum“ entsteht und auf magische Weise eine neue herrschende Klasse auftauchen wird.

Einerseits haben sie damit sogar recht. Aber andererseits liegen sie völlig falsch. Der einzige Grund, warum es ein „Machtvakuum“ gibt, ist, dass die meisten Menschen glauben, dass es eine herrschende Klasse, eine oberste Gruppe von „Gesetzgebern“, eine „Regierung“ geben *sollte* – und auch geben *muss*.

Wenn zum Beispiel Washington, D.C. heute einfach in den Atlantik stürzen würde, *würde* eine neue „Regierung“ nachwachsen, aber nicht durch Zauberei oder wegen der menschlichen Natur oder weil das Universum sie erscheinen lässt, sondern weil Menschen, *die an die Autorität glauben*, immer wieder neue herrschende Klassen schaffen werden.

Deshalb betone ich ständig die Tatsache, dass der *Glaube* an die „Autorität“ (einschließlich des Glaubens an eine „Regierung“) das Problem ist. Welches bestimmte Regime auch immer gerade den bösartigen Mist macht, ist nie das eigentliche Problem. Das Problem befindet sich zwischen mehreren Milliarden Paar Ohren. Solange die meisten Menschen glauben, dass es legitim und notwendig sei, Herrscher zu haben, werden sie weiterhin narzisstische Soziopathen auf den Thron setzen.

Solange die Bevölkerung dieser autoritären Denkweise verfallen ist („*Irgendjemand muss das Sagen haben! Wir brauchen einen Führer!*“), wird, wenn ein Regime fällt, ein anderes an der gleichen Stelle errichtet – oft ein noch schlimmeres als das vorherige. Und ja, das ist der Grund, warum eine gewaltsame Revolution völlig sinnlos ist, ohne dass zuvor eine Revolution der Denkweise der Menschen stattgefunden hat.

Sobald die Menschen dem Aberglauben an die „Autorität“ entwachsen sind und sich aus der staatlich verordneten Indoktrination befreit haben, wird es kein „Machtvakuum“ zu füllen geben. Eine Gesellschaft von Voluntaristen wird nicht plötzlich beschließen, dass sie von einer neuen Gruppe von Politikern gewaltsam beherrscht werden muss.

Etatisten reden oft davon, dass irgendein Tyrann oder Kriegsherr einfach „die Macht übernehmen“ würde, wobei sie völlig übersehen, dass *ihr eigenes Glaubenssystem* der *einzig*e Grund ist, warum jemand „die Macht übernehmen“ kann. Sie scheinen an die Existenz von Hollywood-Schurken zu glauben, die so teuflisch sind, dass sie die Macht einfach auf magische Weise an sich reißen können. Sie scheinen nicht zu wissen, dass jeder erfolgreiche Tyrann die Öffentlichkeit dazu verleiten muss, ihn als Retter zu sehen, damit sie ihm eifrig und gerne die Kontrolle über ihr Leben und das aller anderen überlassen. Mao, Stalin, Hitler, sie alle wurden

von anbetenden Massen an die Macht geputscht. Massen von ... du hast es erraten ... Etatisten – Menschen, die an die „Autorität“ glaubten und dachten, dass der „Staat“ das sei, was Gesellschaft und Zivilisation funktionieren lässt.

Wenn also ein Etatist vor dem „Machtvakuum“ warnt, hat er in gewissem Sinne recht, ohne zu bemerken, dass er und seine Etatistenkollegen der *einzigste Grund* dafür sind, dass seine düstere Vorhersage überhaupt zutrifft. Wenn das Volk die neue Verbrecherbande nicht als rechtmäßige Regierung ansieht – sie nicht als „Autorität“ wahrnimmt – dann jubelt es ihr nicht zu. Es schießt auf sie. Und sie stirbt.

Und damit sind wir bei der ganzen dummen „Warlord“-Sache. „Wenn wir keine Regierung hätten, die uns beschützt, würden Warlords die Macht übernehmen!“ Ein solches Argument ignoriert die Tatsache, dass Warlords (und auch Straßenbanden und die Mafia) fast immer durch Schwarzmärkte finanziert werden, die von der „Regierung“ *geschaffen* wurden (z. B. der „illegale“ Drogenhandel). Ohne eine herrschende Klasse würden sie gar nicht erst existieren.

Das „Warlords“-Argument zeugt aber auch von einer tiefgreifenden Unkenntnis der menschlichen Natur. Es impliziert im Grunde genommen, dass die Fähigkeit zu herrschen, für die Etatisten gar nicht von der durch das Volk wahrgenommenen *Legitimität* der Machthaber abhängt. In Wirklichkeit hat sie *alles* damit zu tun. Besonders in einem Land, in dem *hundert Millionen Menschen* ihre eigenen Schusswaffen besitzen, ist die Vorstellung von „Warlords“, die mit roher Gewalt herrschen, einfach lächerlich.

Ein Beispiel ist der private Waffenbesitz in den USA: Würdest du versuchen, diese Menschen mit roher Gewalt zu beherrschen? Ich würde es nicht tun (und das nicht nur, weil ich moralische Grundsätze habe). Ein Beispiel, das ich gerne verwende, ist folgendes: Stell dir vor, du bist der Chef einer Verbrecherorganisation und dein Ziel ist es, hundert Millionen Menschen jedes Jahr einen großen Teil ihres Einkommens zu rauben. Du hast 100.000 loyale Untergebene. Allerdings sind nur 2.000 von ihnen bewaffnet; der Rest sind Bürokraten. Glaubst du, du könntest diese Menschen erfolgreich ausrauben, wenn du und deine bewaffneten Vollstrecker zahlenmäßig (und waffentechnisch) *fünfundzwanzig zu eins unterlegen bist*?

Das Finanzamt tut es trotzdem. Und wie? Die meisten der *Opfer* halten die Erpressung für „legal“, legitim und notwendig. Die Opfer fühlen sich verpflichtet, zu gehorchen und ihren Tribut zu zahlen. Wenn sie sich morgen nicht mehr dazu *verpflichtet* fühlten, gäbe es am Ende des Tages kein

Finanzamt mehr. Das zeigt, wie sehr die *Wahrnehmung* die Macht bestimmt und wie sehr die politische „Autorität“ vollständig von der inneren Haltung derjenigen abhängt, die beherrscht werden.

Letztendlich gibt es nur *eine* Bande, die in der Lage ist, das amerikanische Volk ständig zu erpressen und zu kontrollieren und das ist diejenige, die das amerikanische Volk für die „Autorität“ hält. Mit anderen Worten, die eine Bande, die uns beherrschen kann, *tut es bereits* und der einzige Grund, warum sie dazu in der Lage ist, ist der Glaube an die „Autorität“, der den Geist der breiten Öffentlichkeit infiziert hat.

Wir *werden bereits* von bösen Warlords beherrscht. Wir sind bereits von einer gewalttätigen Bande übernommen worden. Und, lieber Etablierter, *du* bist die Ursache dafür. *Dein* Glaubenssystem ist es, das den Politikern all ihre Macht gibt. Wenn du also die Voluntaristen damit volljammerst, dass böse Verbrecherbanden die Macht übernehmen könnten, dann denke stets daran, dass sie es *bereits getan haben*, dass *du* das tolerierst, dass *du* es geschehen lässt und dass *dein* beschissenes Glaubenssystem der einzige Grund ist, warum es weiterhin geschieht oder überhaupt geschehen kann. Toll! Gut gemacht!

SAG MAL, HASST DU DEN STAAT?

Peter R. Quiñones

Peter R. Quiñones betreibt den Podcast „Pete Quiñones Show“.

Hasst du den Staat? – Dies ist eine einfache Frage. Eine, die du dir oft stellen solltest (manche von uns stellen und beantworten sie jeden Tag). Der kurze Artikel¹ von Murray Rothbard, der im Titel zitiert wird, ist ein Meisterwerk. Er wurde schon 1977 geschrieben. Die letzten Überreste des Goldstandards waren gerade abgeschafft worden und die verbliebenen Soldaten/Diplomaten in Vietnam waren ein paar Jahre zuvor nach Hause gekommen. Wir leben heute in einer anderen Welt, aber die Frage ist heute noch genauso aktuell wie 1977, vielleicht sogar noch ein bisschen aktueller.

Der Afghanistan-Krieg ist der längste Krieg in der amerikanischen Geschichte. Er hat zum Tod, zur Verstümmelung und Folterung von Zehntausenden von Afghanen geführt. Die Zahl könnte bei über 100.000 liegen und die Leute, die ihn begonnen haben und sich weigern, ihn zu beenden, werden dafür sorgen, dass wir die tatsächliche Zahl nie erfahren. Die Amerikaner, die zum Kampf nach Afghanistan geschickt werden, erleiden das gleiche Schicksal – sie werden getötet, verstümmelt und manchmal gefoltert. Oft ist diese Folter psychischer Natur, in einigen Fällen durch das „Ausführen von Befehlen“, die vom Staat stammen. Sie hat dazu geführt, dass 22 Veteranen pro Tag Selbstmord begehen. Natürlich haben diese Veteranen nicht nur in Afghanistan gedient, sondern auch im Irak, in Syrien, Somalia, Äthiopien usw. Egal, was man dir erzählt hat, Soldaten sichern keinen Frie-

¹ Rothbard, Murray N. „Do You Hate the State?“ Libertarian Forum, Vol. 10, No. 7, July 1977.

den. Sie dienen nur einem Zweck. Der Ausweitung der Macht der Eliten. Indem du den Staat verteidigst und unterstützt, verteidigst du das, wofür die Soldaten hingeschickt wurden.

Viele Amerikaner sind weiterhin durch den Lockdown in ihren Häusern eingesperrt. Unternehmen sind gezwungen worden, zu schließen oder Regeln einzuhalten, die es unmöglich machen, den Betrieb aufrechtzuerhalten. („Es sind private Unternehmen, sie können doch tun und lassen, was sie wollen!“ Außer zu arbeiten, schätze ich.) Der Wohlstand wurde dezimiert. Läden, die es seit Generationen gab, sind verschwunden. Und wenn man darauf hinweist, greifen die Leute zu Standardantworten wie „Euch ist es egal, dass Menschen sterben!“ oder „Ihr wollt, dass meine Oma tot ist!“ Aber wenn Untersuchungen von Experten², die die positiven Effekte der Lockdowns unzweifelhaft widerlegen, von den „Qualitätsmedien“ erwähnt werden, werden sie ignoriert. Andere Experten geben zu, dass sie sich geirrt haben, aber sie entschuldigen sich nicht. Und warum? Weil es ihnen egal ist, dass du deine Ersparnisse, dein Haus, dein Geschäft oder einen deiner geliebten Menschen durch Selbstmord verloren hast. Indem du den Staat verteidigst und unterstützt, verteidigst du die „Experten“, die das alles unterstützen haben.

Sie haben sich also mit den Lockdowns geirrt, die Maskenpflicht hat sich als unwirksam erwiesen³ und es hat zehn Monate lang einen zweiwöchigen Lockdown gegeben, um „die Kurve abzuflachen“. Nach all dem Chaos und Herumstochern im Dunkeln, nachdem die Gouverneure die Infizierten zurück in die Pflegeheime geschickt haben, um das Virus in der am stärksten betroffenen Bevölkerungsgruppe zu verbreiten, nachdem jede Maßnahme, die sie ergriffen haben, den Menschen mehr geschadet als geholfen hat, erwarten sie von uns, dass wir einem eilig auf den Markt gebrachten Impfstoff vertrauen, der von Unternehmen entwickelt wurde, die keine Haftung übernehmen, wenn dieser Impfstoff sich als unwirksam oder schädlich herausstellt.

Und das ist der Punkt, an dem Libertäre, Anarchisten, wie auch immer, den Ball ins Feld spielen sollten. Die medizinische Freiheit ist eines der wichtigsten Themen für souveräne Individuen und so viele haben

² Colarossi, Natalie. „COVID Lockdowns May Have No Clear Benefit vs. Other Voluntary Measures.“ *Newsweek*, Jan. 2021.

³ Woods, Thomas E. „The Covid Cult.“ (mises.org/library/covid-cult).

Angst, sich dafür einzusetzen, um nicht als Spinner oder „Impfgegner“ bezeichnet zu werden. Ist es Freiheit, wenn du nicht entscheiden darfst, wann und was in deinen Körper eingeführt werden darf? Bitte beantworte die Frage. Es ist mir egal, dass der Staat existiert und das Eigentum an „öffentlichen Gütern“ beansprucht. Das ist einfach nur autistischer Blödsinn! Bist du wirklich frei, wenn du gezwungen werden kannst, etwas in deinen Körper aufzunehmen, das du dort nicht haben willst? Frage mal ein Vergewaltigungsopfer. „Aber es ist doch ein privates Unternehmen, das das verlangt!“ Halt die Klappe! Indem du den Staat verteidigst und unterstützt, verteidigst du seine Fähigkeit, mit deinem Körper alles zu tun, was er will und „private Unternehmen“ dafür zu benutzen.

Ich könnte noch viele weitere Beispiele anführen, aber ich hoffe, dass diese nahe genug an der Realität waren. Die meisten Menschen kennen jemanden, den sie durch die „Terrorkriege“ verloren haben, der dadurch verletzt oder traumatisiert wurde. Viele kennen die Menschen, die durch die Lockdowns finanziell und/oder emotional zerstört wurden, oder sie zählen selbst zu den Betroffenen. Und ich hoffe, dass die meisten von ihnen einen Impfstoff infrage stellen, der mit ziemlicher Sicherheit auch in einer „libertären Gesellschaft“ eine ausreichende Anzahl von Versuchen und Tests durchlaufen hätte. Noch einmal: Sag mal, hasst du den Staat? Siehst du die kostümierten Schwachköpfe im Kapitol herumlaufen, die alle diese Schrecken geplant haben und dir ständig auf die Eier gehen? Wenn das nicht dein erster Impuls ist, dann stehst du auf der Seite der blutrünstigen Monster. Warum sollte jemand dort sein wollen?

DER STAAT AN SICH IST UNMORALISCH

James Corbett

James Corbett ist der Betreiber von *The Corbett Report*, einer unabhängigen, von Hörern unterstützten alternativen Nachrichtenquelle, erreichbar unter CorbettReport.com. Die folgende Passage ist ein Auszug aus dem Beitrag „Fünf wichtige Lektionen, die absolut niemand aus Iowa lernen werden“.

Nein, ich will keine besseren Wahlen. Ich will das System nicht „aufräumen“. Ich will nicht „der Politik den Geldhahn zudrehen“, „sicherstellen, dass jede Stimme gezählt wird“ und „den Sumpf trockenlegen“, damit es ein „Make America [oder sonstwas] Great Again“ gibt.

Der Staat ist nichts Wohlwollendes, auch wenn das die meisten gehirngewaschenen Etatisten glauben. Er ist nicht einmal ein neutrales Werkzeug, das zum Guten oder zum Schlechten eingesetzt werden kann, wie es diejenigen glauben, die sich für Pragmatiker halten. Der Staat ist Gewalt. Er ist Macht. Er ist Aggression. Er besteht aus Menschen, die glauben, dass das, was für jeden Einzelnen falsch ist, vollkommen in Ordnung ist, wenn ein Vertreter des Staates es tut.

Wenn ich stehle, ist es Diebstahl. Wenn der Staat stiehlt, ist es Besteuerung. Wenn ich töte, ist es Mord. Wenn der Staat tötet, ist es Kriegsführung. Wenn ich jemanden zwingen, unfreiwillig für mich zu arbeiten, dann ist das Sklaverei. Wenn der Staat das tut, ist es Wehrpflicht. Wenn ich jemanden gegen seinen Willen gefangen halte, ist das Freiheitsberaubung. Wenn der Staat es tut, ist es Strafvollzug. In der Sache gibt es keine Unterschiede, nur in den Bezeichnungen.

Was uns an den Staat bindet, ist der Glaube, dass für alles, was den politischen Prozess durchlaufen hat, eine grundlegend andere Moral gilt. „Oh, mehr als 50 Prozent der Bevölkerung hat für Zwangsimpfungen gestimmt? Dann müssen wir wohl gehorchen.“ Wenn du diesen Satz kurios findest, wie wäre es, wenn das Abstimmungsergebnis weniger als 100 Prozent

Zustimmung erreicht? Würde das etwas daran ändern, dass Widerstand dagegen moralisch ist? Wie wäre es, wenn Zwangsimpfungen in der Verfassung vorgeschrieben wären? Wärest du dann aus moralischen Gründen gezwungen, zu gehorchen?

Verwandelt die Wahlurne Unethisches in Ethisches? Nein, natürlich nicht. Aber sie macht jeden, der seine Stimme abgibt, zu einem Teil des Verfahrens, der die Morde und die Gewalt legitimiert, die die Staatsangestellten begehen bzw. ausüben.

Nein, ich bin kein Prozessoptimierer für den Staat. Ich will ihm nicht helfen, seine Aufgabe zu erfüllen, friedlichen Menschen Aggression und Gewalt anzutun. Ich möchte, dass der Staat untergeht, und zwar nicht durch Gewalt oder Blutvergießen, sondern indem ich in der Öffentlichkeit den mystischen Aberglauben von ihm nehme, der die Menschen glauben lässt, dass die „Regierung“ etwas anderes ist als eine Bande von Schlägern mit einem freundlichen Erscheinungsbild.

An diesem Punkt stoße ich – nach meiner Erfahrung als Vermittler von voluntaristischen Ideen – bei „normalen“ Menschen gegen eine Mauer des Unverständnisses. Sie ticken regelrecht aus und bestehen schäumend vor Wut darauf, dass „Wahlen stattfinden müssen“.

Als ob Abstimmungen, Wahlen, verantwortungsvolle Positionen und andere Dinge, die es im Etatismus gibt, in freiwilligen Vereinigungen nicht existieren könnten. Als ob die freiwillige Assoziation selbst ein so undurchsichtiges und verwirrendes Konzept wäre, dass niemand es auch nur annähernd verstehen könnte (geschweige denn, ein Buch¹ oder zwei² lesen würde, um zu sehen, ob einige seiner Fragen zu diesem Thema bereits beantwortet wurden).

Nein, es ist viel einfacher, zum bequemen politischen Schaukampf zurückzukehren. „Rot gegen Blau? Das verstehe ich!“

Das ist wirklich lächerlich. Denn die Wahrheit ist, dass es sich nicht um eine komplizierte Botschaft handelt. Sie ist eigentlich bemerkenswert einfach und hoffnungsvoll. Die Wahrheit ist, ...

Es gibt nur eine Stimme, die zählt

Man könnte meinen, dass eine Kolumne wie diese nur dazu dienen soll, Untergangsstimmung zu verbreiten.

¹ *An Agorist Primer* von Samuel Edward Konkin III.

² *Chaos Theory* von Robert P. Murphy, Ph.D.

„Klar, James“, sagen die Etatisten in der Menge, zwirbeln ihre Schnurrbärte und zeigen mit dem Finger auf den Aufkleber, den sie stolz auf ihrer Brust tragen und auf dem „Ich habe gewählt“ steht, „aber was ist deine Lösung? Rumsitzen und nicht wählen, wird nichts ändern!“

An dieser Stelle bin ich immer versucht zu sagen: „Warum nach einer Lösung fragen, wenn ich schon Dutzende davon angeboten habe?“³

Aber im Ernst, ich würde sagen: Du hast Recht. Nein, wirklich. Du hast Recht. Rumsitzen und nicht wählen, wird nichts ändern. Ja, auf jeden Fall, lasst uns wählen! ...

... Aber (und du wusstest, dass ein „aber“ kommen würde) ich spreche nicht davon, bei irgendeiner verlogenen Wahl abzustimmen, um eine politische Marionette zum Präsidenten dieses geografisch abgegrenzten Ortes zu ernennen. Ich spreche von der einzigen Stimme, die zählt.

Hmmm ... wenn ich doch nur wüsste, wie ich das Otto Normal erklären kann. Oh, warte! Ich weiß es ...⁴

Der Rest von uns hat erkannt, dass das politische System selbst nur eine andere Form der Versklavung ist. Eine Versklavung, die umso heimtückischer ist, als sie von uns verlangt, dass wir uns in sie einkaufen. Alles, was wir tun müssen, ist alle vier Jahre einen Knopf zu drücken, einen Hebel zu betätigen oder einen Bildschirm zu berühren und schon sind wir von unserer moralischen Verantwortung entbunden.

Ironischerweise ist diese Erkenntnis an sich schon befreiend und rückt kristallklar in den Fokus, dass wir sind keine Rädchen in einer Maschine namens „Gesellschaft“ sind, die uns von einer nebulösen Instanz diktiert wird, die wir „die Regierung“ oder „die Behörden“ zu nennen gelernt haben. Wir sind freie Individuen, die frei mit den Menschen um uns herum interagieren und an die moralische Verpflichtung gebunden sind, keine Gewalt gegen andere anzuwenden oder ihnen gegen ihren Willen etwas wegzunehmen. Wir sind für unsere Handlungen und deren Folgen verantwortlich, sowohl im positiven als auch im negativen Sinne. Wir sind verantwortlich für das, was wir tun und nicht tun, um den Menschen in unserer Gemeinschaft zu helfen und diese Welt zu verbessern oder sie dem Verfall preiszugeben. Es gibt keinen politischen Messias, der vom Himmel herabsteigt, um uns zu sagen, was wir tun sollen, oder um uns vor den bösen Menschen zu schützen. Alles, was wir haben, sind wir selbst und unsere Entscheidungen.

³ „Solutions Watch“ bei CorbettReport.com.

⁴ *The Last Word on Voting* von James Corbett, 13. September 2012.

Wir wählen jeden Tag, nicht bei irgendeiner bedeutungslosen Wahl, sondern, mit wem wir zusammenarbeiten wollen, wofür wir unser Geld ausgeben wollen, wofür wir unsere Zeit und Energie investieren wollen. Das ist die Essenz der Freiheit.

Für uns ist es schmerzlich, zu sehen, wie unsere Brüder und Schwestern vom Wahlkampfgetümmel mitgerissen werden. Wir betrachten das tragische Schauspiel nicht mit einem Gefühl von Hohn oder Spott, sondern mit Traurigkeit über diejenigen, die noch nicht aus ihrer geistigen Versklavung erwacht sind. Diese Traurigkeit wird jedoch durch Hoffnung gemildert: die Hoffnung, dass diese armen Wähler, die sich in die Wahlkabine begeben, um den Hebel zu betätigen, eines Tages erkennen werden, dass sie in Wirklichkeit nur wählen, welchem Sklavenhalter sie erlauben, ihnen die Ketten um den Hals zu legen.

Wunderbar. Ich hätte es selbst nicht besser sagen können.

DIE ALLGEGENWÄRTIGKEIT DER ANARCHIE

John Hasnas, Ph.D.

John Hasnas¹ ist Professor für Recht am Georgetown University Law Center, Professor für Wirtschaft an der McDonough School of Business in Georgetown und geschäftsführender Direktor des Georgetown Institute for the Study of Markets and Ethics.

„Du siehst, aber du beobachtest nicht.“

– Sherlock Holmes zu Dr. John Watson in *A Scandal in Bohemia*

Einleitung

In diesem Kapitel bin ich gebeten worden, ein Argument für Anarchie zu präsentieren. Das ist eine absurd einfache Aufgabe. In der Tat ist es eine Aufgabe, die sich mit drei Worten erledigen lässt – sieh dich um. Da jedoch die meisten von uns, wie Dr. Watson, sehen, ohne die Bedeutung dessen, was wir sehen, zu erkennen, sind einige Erklärungen nötig.

Anarchie bezieht sich auf eine Gesellschaft ohne zentrale politische Autorität. Der Begriff wird aber auch für Unordnung oder Chaos verwendet. Dies ist ein Paradebeispiel für den Orwell'schen Neusprech, bei dem dieselbe Bezeichnung für zwei verschiedene Konzepte verwendet wird, um das Denken einzuschränken. Denn wenn die Abwesenheit eines Staates mit der Abwesenheit von Ordnung gleichgesetzt wird, wird sich niemand fragen, ob die Abwesenheit eines Staates tatsächlich zu einer Abwesenheit von Ordnung führt. Und diese teilnahmslose Geisteshaltung ist für die

¹ Associate Professor, Georgetown University, J.D., Ph.D., LL.M. Der Autor dankt Ann C. Tunstall von SciLucent, LLC für ihre aufschlussreichen Kommentare und literarischen Ratschläge und Annette Hasnas von der Montessori-School of Northern Virginia für eine reale Veranschaulichung, wie sich Regeln in Abwesenheit einer zentralen Autorität entwickeln. Der Autor dankt auch Ava Hasnas aus Falls Church, Virginia, für ihre unschätzbare Hilfe bei seinem Zeitmanagement.

Befürwortung des Staates absolut notwendig. Denn wenn die Menschen jemals ernsthaft infragestellen würden, ob der Staat wirklich Ordnung schafft, würde die Unterstützung der Bevölkerung für den Staat fast augenblicklich zusammenbrechen.

Die Gleichsetzung von Anarchie mit Unordnung ist keine triviale Angelegenheit. Es ist nicht zu leugnen, dass unsere Vorstellungen uns für die Realität um uns herum blind machen. Ich selbst habe die Erfahrung gemacht, dass ich in der Nähe der juristischen Fakultät der Temple University in Nord-Philadelphia mit einem brillanten Juraprofessor zu Mittag gegessen habe, der von der absoluten Notwendigkeit der staatlichen Bereitstellung von Polizeidiensten sprach. Er tat dies, als gerade einer der uniformierten privaten bewaffneten Wachleute von Temple vorbeikam, der eine Studentin zur U-Bahn-Haltestelle in diesem von Kriminalität geprägten Viertel begleitete, das von der Polizei von Philadelphia völlig vernachlässigt wird.

Ein weiser Mann sagte mir einmal, dass man am besten beweisen kann, dass etwas möglich ist, wenn man zeigt, dass es existiert. Das ist die Strategie, die ich in diesem Kapitel anwenden werde. Ich beabsichtige zu zeigen, dass eine stabile, erfolgreiche Gesellschaft ohne Regierung existieren kann, indem ich zeige, dass es sie gegeben hat und zu einem großen Teil immer noch gibt.

Begriffsdefinition und Abgrenzung

Ich argumentiere für Anarchie im eigentlichen Sinne des Wortes, d. h. für eine Gesellschaft ohne Herrschaft, nicht für eine Gesellschaft ohne Führung. So etwas wie eine Gesellschaft ohne Führung gibt es nicht. Eine Gesellschaft ohne einen Mechanismus, der Ordnung in die menschliche Existenz bringt, ist ein Widerspruch in sich, sie wäre keine „Gesellschaft“.

Eine Möglichkeit, Ordnung in die Gesellschaft zu bringen, besteht darin, einige Menschen mit der ausschließlichen Befugnis auszustatten, Regeln für alle Mitglieder der Gesellschaft aufzustellen und zwangsweise durchzusetzen, also eine Regierung zu schaffen. Eine andere Möglichkeit, Ordnung in die Gesellschaft zu bringen, besteht darin, den Menschen zu erlauben, Regeln zu befolgen, die sich spontan durch menschliche Interaktion ohne leitende Intelligenz entwickeln und von verschiedenen Instanzen durchgesetzt werden können. Dieses Kapitel bezieht sich auf Letzteres, d. h. auf eine spontan geordnete statt eine zentral geplante Gesellschaft.

In meinem Plädoyer für Anarchie stelle ich die These auf, dass eine Gesellschaft ohne zentrale politische Autorität nicht nur möglich, sondern

auch wünschenswert ist. Das ist jedoch alles, was ich tue. Ich plädiere nicht für eine Gesellschaft ohne Zwang. Ich plädiere nicht für eine Gesellschaft, die sich an den libertären Grundsatz der Nicht-Aggression oder einen anderen Grundsatz der Gerechtigkeit hält. Ich plädiere nicht für eine moralisch ideale Organisation der Gesellschaft. Ich plädiere nicht für eine Utopie. Was die ideale Gerechtigkeit und die vollkommen gerechte Gesellschaft ausmacht, ist eine faszinierende philosophische Frage, die jedoch für die gegenwärtige Diskussion irrelevant ist. Ich behaupte lediglich, dass Menschen auch ohne eine zentralisierte Zwangsgewalt erfolgreich zusammenleben und gedeihen können. Das reicht aus, um sich für die Anarchie auszusprechen.

Eine weitere Einschränkung meiner Argumentation ist, dass ich die Frage der Landesverteidigung nicht anspreche. Hierfür gibt es zwei Gründe. Einer ist der logische, dass eine Gesellschaft ohne Regierung eine Gesellschaft ohne Nationen ist. In diesem Zusammenhang ist „nationale“ Verteidigung ein sinnloses Konzept. Man könnte es als These sehen, dass die Befürwortung von Anarchie notwendigerweise auch die Befürwortung einer globalen Anarchie ist. Ich ziehe es vor, es lediglich als Erkenntnis zu sehen, dass Menschen, nicht Nationen, Verteidigung brauchen. Der wichtigere Grund ist jedoch, dass ich das Problem der nationalen Verteidigung aus Gründen, auf die ich später eingehen werde, für trivial halte.²

Die Frage

Ob ein Staat notwendig ist, ist keine abstrakte metaphysische Frage. Es ist eine ganz praktische Frage, die die Bereitstellung von Waren und Dienstleistungen betrifft. Die Befürworter des Staates argumentieren, dass bestimmte Güter oder Dienstleistungen, die für das menschliche Leben in der Gesellschaft wesentlich sind, nur von einem Staat bereitgestellt werden können. Die Anarchisten bestreiten dies. Die Frage ist also, ob es wesentliche Güter oder Dienstleistungen gibt, die nur durch das bewusste Handeln von Menschen bereitgestellt werden können, die mit der Macht ausgestattet sind, allen Mitgliedern der Gesellschaft Regeln aufzuerlegen.

Die Frage ist *nicht*, ob der „Markt“ alle notwendigen Güter und Dienstleistungen bereitstellen kann, zumindest nicht der Markt, wie er gewöhnlich von Ökonomen definiert wird. Einige Anarchisten argumentieren, dass der freie Markt alle notwendigen Güter und Dienstleistungen bereitstellen kann. Aber das Argument für Anarchie erfordert nicht, dass man

² Siehe *infra* S. 129.

diese Behauptung aufstellt und das tue ich auch nicht. Anarchie erfordert nur und das behaupte ich, dass kein wesentliches Gut oder keine wesentliche Dienstleistung durch die bewussten Handlungen der Vertreter eines zwangsweise aufrechterhaltenen Monopols bereitgestellt werden muss. Richtig verstanden lautet die Frage, ob es einige wesentliche Güter und Dienstleistungen gibt, die durch den Staat bereitgestellt werden müssen oder ob alle diese Güter und Dienstleistungen mit nicht-staatlichen Mitteln bereitgestellt werden können.³

Viele politische Theoretiker sind der Meinung, dass es eine breite Palette von Gütern und Dienstleistungen gibt, die vom Staat bereitgestellt werden müssen. Im vorliegenden Zusammenhang muss jedoch nicht darüber nachgedacht werden, ob der Staat für die Post, die Grundschulbildung oder die allgemeine Krankenversicherung sorgen muss. Die Debatte zwischen Anarchisten und den Befürwortern eines klassischen liberalen Nachtwächterstaates betrifft die Kernfunktionen des Staates. Die Frage lautet also, ob diese Kernfunktionen durch nicht-staatliche Mittel sichergestellt werden können.

Die Antwort

Rechtsstaatlichkeit

GESETZGEBUNG

Die Befürworter des Staates behaupten, dass der Staat notwendig sei, um die grundlegenden Regeln zu schaffen, die dem menschlichen Leben in der Gesellschaft Ordnung geben. Ohne einen Staat, der Gesetze schafft, könnten die Menschen, die Gewalt nicht unter Kontrolle halten und ihre Handlungen ausreichend koordinieren, um eine friedliche und wohlhabende Gesellschaft zu schaffen. Sie seien daher zu einer Hobbes'schen Existenz verdammt, die „einsam, arm, gemein, brutal und kurz“ sei.⁴

Die richtige Antwort darauf lautet: Sieh dich um. Diejenigen von uns, die in den Vereinigten Staaten oder in einem der Länder des britischen Commonwealth leben, leben unter einem äußerst ausgefeilten und subtilen System von Regeln, von denen nur sehr wenige vom Staat geschaffen wurden. Da fast keine der Regeln, die für Frieden und Ordnung in unse-

³ In diesem Kapitel wird der Begriff „politisch“ für den Output der Regierung und „nicht-politisch“ für das Produkt aller anderen Formen des Handelns verwendet.

⁴ T. Hobbes, *Leviathan* 107 (H. Schneider, ed., 1958) (1651).

rem Leben sorgen, vom Staat geschaffen wurden, sollte es kaum eines Arguments bedürfen, um zu begründen, dass der Staat nicht notwendig ist, um solche Regeln zu schaffen. Im Gegenteil, *gerade* die staatlichen Regeln, neigen dazu, Frieden und Ordnung zu untergraben.

Das anglo-amerikanische Rechtssystem wird oft als Common-Law-Rechtssystem bezeichnet. Das ist bedauerlich, denn gegenwärtig wird „Common Law“ bzw. Gewohnheitsrecht mit „richterlichem“ Recht assoziiert. Im größten Teil der Entstehungszeit des Common Law erschufen die Richter jedoch nicht das Recht, sondern leiteten lediglich Verfahren, in denen Streitigkeiten nach den anerkannten Grundsätzen des Gewohnheitsrechts gelöst wurden. Das englische Gewohnheitsrecht als von Richtern geschaffenes Recht zu bezeichnen, ist daher vergleichbar mit der Beschreibung des Marktes als etwas, das von Ökonomen geschaffen wurde.

Das englische Gewohnheitsrecht ist in der Tat ein fallbezogenes Recht, d. h. ein Recht, das sich spontan aus der Beilegung realer Streitigkeiten entwickelt. Fast das gesamte Recht, das das Grundgerüst unserer heutigen Gesellschaft bildet, wurde auf diese Weise geschaffen. Das Deliktsrecht, das Schutz vor Körperverletzung bietet, das Eigentumsrecht, das die Eigentumsverhältnisse regelt, das Vertragsrecht, das die Grundlage für den Austausch bildet, das Handelsrecht, das komplexe Geschäftstransaktionen erleichtert und sogar das Strafrecht, das schädliches Verhalten bestraft – das alles ist durch diesen evolutionären Prozess entstanden. Es stimmt, dass der größte Teil unseres heutigen Rechts in Form von Gesetzen existiert. Das liegt daran, dass ein Großteil des Gewohnheitsrechts durch Gesetze kodifiziert wurde. Aber die Tatsache, dass Politiker die Weisheit des Gewohnheitsrechts anerkannten, indem sie es in Gesetze umwandelten, beweist kaum, dass der Staat notwendig ist, um rechtliche Regelungen zu schaffen. Vielmehr beweist sie genau das Gegenteil. Das englische Recht ist ein gutes Beispiel dafür, wie sich das Recht entwickelt, wenn es nicht von der Regierung vorweggenommen wird. Wenn Menschen in einer Gesellschaft zusammenleben, kommt es unweigerlich zu Streitigkeiten. Es gibt nur zwei Möglichkeiten, diese Streitigkeiten beizulegen: gewaltsam oder friedlich. Da Gewalt hohe Kosten verursacht und zu unvorhersehbaren Ergebnissen führt, suchen die Menschen natürlich nach friedlichen Alternativen. Die naheliegendste dieser Alternativen ist die Verhandlung. Im angelsächsischen Raum kam daher die Praxis auf, auf Gewalt zu verzichten, während man versuchte, eine Verhandlungslösung zu finden. Dies geschah, indem der Streit vor die öffentliche Gemeindeversammlung, den *Moot*, gebracht wurde, dessen Mitglieder, ähnlich wie heutige Mediatoren,

versuchten, eine für die gegnerischen Parteien annehmbare Lösung zu finden. Wurde eine solche Einigung erzielt, konnte der Streit auf eine Weise beigelegt werden, die den Frieden in der Gemeinschaft bewahrte.

Der Vorteil dieser Art der Streitbeilegung bestand darin, dass der *Moot* ein institutionelles Gedächtnis hatte. Wenn die Parteien einen Streitfall vor den *Moot* brachten, der einem in der Vergangenheit beigelegten Streitfall ähnelte, erinnerte sich jemand an die früheren Bemühungen um eine Einigung. Einigungen, die in der Vergangenheit gescheitert waren, würden nicht wiederholt werden; diejenigen, die erfolgreich waren, schon. Da es sich bei dem *Moot* um ein öffentliches Forum handelte, entstanden durch die Wiederholung erfolgreicher Methoden der Streitbeilegung in der Gemeinschaft Erwartungen, was der *Moot* in Zukunft empfehlen würde, was wiederum den Mitgliedern der Gemeinschaft im Voraus vermittelte, wie sie sich zu verhalten hatten. In dem Maße, in dem die Mitglieder der Gemeinschaft ihr Verhalten an diese Erwartungen anpassten und sie bei der Aushandlung späterer Anpassungen berücksichtigten, entwickelten sich allmählich Verhaltensregeln. Dies wiederum ermöglichte die Umwandlung des Streitbeilegungsverfahrens von einem Verfahren, das von Verhandlungen dominiert wurde, zu einem Verfahren, das in erster Linie aus der Anwendung von Regeln bestand. Die Wiederholung dieses Prozesses führte im Laufe der Zeit schließlich zu einem umfangreichen Bestand an Gewohnheitsrecht, das die Grundlage des englischen Common Law bildet.⁵

Es stimmt, dass sich das Common Law ab dem späten zwölften Jahrhundert an den königlichen Höfen entwickelte, aber das bedeutet nicht, dass der König oder seine Richter das Recht schufen. Ganz im Gegenteil, während des größten Teils seiner Geschichte war das Common Law ausschließlich verfahrensrechtlicher Natur. Fast alle Fragen, mit denen sich die Anwälte und Richter an den königlichen Gerichten befassten, betrafen Fragen der Zuständigkeit oder des Schriftsatzes, d. h. die Frage, ob die Angelegenheit ordnungsgemäß vor Gericht verhandelt wurde und wenn ja, ob die Fragen, die den Geschworenen vorgelegt werden sollten, ordnungsgemäß festgelegt waren. Die angewandten Regeln wurden durch das Gewohnheitsrecht vorgegeben. Harold Berman erklärt:

⁵Für eine ausführlichere Darstellung dieses Prozesses siehe John Hasnas, *Toward a Theory of Empirical Natural Rights* 22, *Social Philosophy and Policy* 111 (2005) und John Hasnas, *Hayek, the Common Law, and Fluid Drive* 1, *New York University Journal of Law & Liberty* 79 (2005). Siehe auch Arthur R. Hogue, *Origins of the Common Law*, ch. 8 (1966).

Das englische Common Law wird üblicherweise als Gewohnheitsrecht bezeichnet ... Gemeint ist zweifellos, dass die königlichen Erlasse an den königlichen Gerichten Verfahren zur Durchsetzung von Regeln, Grundsätzen, Normen und Begriffen einführten, die ihre Bedeutung aus Gewohnheit und Brauch bezogen. Die durchzusetzenden Regeln und Grundsätze, Standards und Konzepte ... wurden von informellen, ungeschriebenen, nicht erlassenen Normen und Verhaltensmustern abgeleitet.⁶

So identifizierte Blackstone noch 1765 das Common Law mit „allgemeinen Gewohnheiten, die universell gültige Regeln für das gesamte Königreich darstellen und dem Common Law in seiner engeren und üblicheren Bedeutung entsprechen.“⁷ In der Tat leitet sich das moderne Handelsrecht fast vollständig vom Gewohnheitsrecht der Händler ab, wie es Lord Mansfield im achtzehnten Jahrhundert in das Common Law einfügte.⁸

Das Interessante am Gewohnheitsrecht ist, dass es nur dort Recht schafft, wo es tatsächlich für ein friedliches Zusammenleben der Menschen erforderlich ist. Nehmen wir die Delikte der Körperverletzung und der Tötlichkeit. Die Körperverletzung verbietet die absichtliche Herstellung eines „schädlichen oder beleidigenden Kontakts“ mit einer anderen Person. Dies verbietet nicht nur direkte Schläge, sondern auch, jemandem einen Teller aus der Hand zu reißen oder ihm Rauch ins Gesicht zu blasen. Körperverletzung verbietet es, eine andere Person absichtlich in Angst zu versetzen, dass sie geschlagen werden könnte, verbietet aber nicht Versuche einer Körperverletzung, von denen das Opfer nichts weiß, oder Drohungen, jemanden in Zukunft zu schlagen. Dieses Deliktsrecht schützt den

⁶ Harold Berman, *Law and Revolution* 81 (1983).

⁷ William Blackstone, *Commentaries on the Laws of England* 67 (1765). Siehe auch Frederick Pollock, *First Book of Jurisprudence* 254 (6th ed. 1929): „Das Gewohnheitsrecht ist ein Gewohnheitsrecht, wenn es im Laufe von etwa sechs Jahrhunderten durch den unzweifelhaften Glauben und die einheitliche Sprache aller, die Gelegenheit hatte, die Sache zu betrachten, zu einem solchen gemacht werden konnte.“

⁸ Siehe Leon E. Trakman, *The Law Merchant: The Evolution of Commercial Law* 27 (1983). Die Geschichte der Entwicklung des modernen Handelsrechts aus dem Gewohnheitsrecht des Kaufmanns ist eine oft erzählte Geschichte. Zusätzlich zu Trakmans Darstellung siehe auch Harold Berman, *Law and Revolution* ch. 11 (1983); Bruce Benson, *The Enterprise of Law* 30–35 (1990); and John Hasnas, *Toward a Theory of Empirical Natural Rights*, 22 *Social Philosophy and Policy* 111, 130–31 (2005). Für eine nützliche Darstellung des Gewohnheitsrechts im englischen Common Law siehe Todd Zywicki, *The Rise and Fall of Efficiency in the Common Law: A Supply-Side Analysis*, 97 *Nw. U. L. Rev.* 1551 (2003). Siehe auch J.H. Baker, *An Introduction to English Legal History* 72–74 (4th ed. 2002) und John Hasnas, *Hayek, Common Law, and Fluid Drive* 1, *New York University Journal of Law & Liberty* 79 (2005).

Einzelnen nicht nur vor körperlich schädigenden Eingriffen, sondern auch vor allen beleidigenden Kontakten sowie vor der Befürchtung, dass eine solche Berührung unmittelbar bevorsteht.

Wenn ich Deliktsrecht unterrichte, fordere ich die Studenten auf, diese Regeln zu berücksichtigen. Da sie aus dem Zeitalter der Gesetzgebung stammen, stürzen sie sich unweigerlich auf irgendeine Theorie der Gerechtigkeit oder der moralischen Verzweiflung oder der Menschenrechte, die es nicht schafft, die Konturen des Gesetzes zu erklären. Schließlich ist der Versuch, jemanden zu misshandeln, moralisch verwerflich, unabhängig davon, ob sich das beabsichtigte Opfer dessen bewusst ist oder nicht und man hat kaum das Recht, nicht beleidigt zu werden.

Die Studenten scheitern daran, dass sie das Gesetz als etwas ansehen, das von einem bewussten menschlichen Handeln geschaffen wurde, um einem bestimmten Zweck zu dienen. Damit übersehen sie die einfachere evolutionäre Erklärung. In früheren Jahrhunderten bestand eines der dringendsten sozialen Bedürfnisse darin, das Ausmaß der Gewalt in der Gesellschaft zu verringern. Das bedeutete, die Menschen davon abzuhalten, Handlungen zu begehen, die wahrscheinlich eine sofortige gewalttätige Reaktion hervorrufen würden. Bei der Beilegung von Streitigkeiten, die aus gewaltsamen Zusammenstößen resultierten, neigten die Lösungen natürlich dazu, diejenigen zu bestrafen, die solche Handlungen begangen hatten. Doch um welche Art von Handlungen handelt es sich? Direkte körperliche Angriffe auf die eigene Person gehören natürlich dazu. Aber auch die Verletzung der Menschenwürde oder andere Angriffe auf die Ehre einer Person können zu Gewalt führen, wenn nicht sogar mehr.

Daher hat sich das Recht der Körperverletzung so entwickelt, dass es nicht nur schädigende, sondern auch beleidigende Kontakte verbietet. Darüber hinaus war ein misslungener Angriff ebenso geeignet, Gewalt zu provozieren, wie ein erfolgreicher Angriff, so dass eine Haftung gegeben war. Wenn das beabsichtigte Opfer jedoch nichts von dem Angriff wusste, konnte er keine gewalttätige Reaktion hervorrufen und wenn die Bedrohung nicht unmittelbar war, hatte die bedrohte Partei Zeit, zu fliehen, die Hilfe anderer in Anspruch zu nehmen oder auf andere Weise gewaltfrei zu reagieren.

Das Recht der Körperverletzung dahingehend entwickelt, dass es nur die Androhung einer unmittelbaren Körperverletzung verbietet, deren sich die Zielperson bewusst war. Dieses Beispiel zeigt, wie das Gewohnheitsrecht die Regeln schafft, die für eine friedliche Gesellschaft mit minimalen Eingriffen in die individuelle Freiheit notwendig sind. Das Recht, das aus der

Beilegung tatsächlicher Konflikte hervorgeht, regelt Konflikte. Es schafft keinen Mechanismus zur sozialen Kontrolle. Gewohnheitsrecht ist Recht, das von nicht-politischen Kräften geschaffen wird. Als solches kann es uns Regeln geben, die Eigentumsrechte begründen, die Befugnis zum Abschluss von Verträgen und die Pflicht begründen, angemessene Sorgfalt walten zu lassen, um unsere Mitmenschen nicht zu verletzen, aber nicht solche, die eine Staatsreligion auferlegen, Rassen trennen, einvernehmliche sexuelle Handlungen verbieten oder die Menschen zwingen, ihre Häuser an Bauunternehmer zu verkaufen. Nur die staatliche Gesetzgebung, d. h. Gesetze, die bewusst von demjenigen geschaffen werden, der die politisch vorherrschenden Interessen vertritt, kann uns Regeln geben, die die Freiheit der einen einschränken, um die Interessen oder persönlichen Überzeugungen der anderen zu fördern.

Das ungesetzliche Gewohnheitsrecht liefert uns Regeln, die Frieden und kooperative Aktivitäten erleichtern. Die staatliche Gesetzgebung liefert uns Regeln, die die Ausbeutung der politisch Ohnmächtigen durch die politisch Herrschenden erleichtern. Erstere bringen Ordnung in die Gesellschaft, letztere führen eher zu Unfrieden. Daher ist der Staat nicht nur nicht notwendig, um die grundlegenden Regeln der sozialen Ordnung zu schaffen, sondern ausgerechnet die Regeln, die der Staat schafft, untergraben diese Ordnung.

EINHEITLICHKEIT

Staatsbefürworter behaupten, dass der Staat notwendig ist, um sicherzustellen, dass es ein Gesetz für alle gibt und dass das Gesetz für alle Bürger gleichermaßen gilt. Wenn der Staat nicht die Gesetze macht, so die Befürworter, wären sie nicht einheitlich. Für Menschen an verschiedenen Orten, mit unterschiedlichem kulturellem Hintergrund oder unterschiedlichem Wohlstand würden unterschiedliche gesetzliche Regelungen gelten. Die richtige Antwort darauf ist wahrscheinlich die, die Woody Allen Diane Keaton in *Annie Hall* gab, als sie sich über schlechte Wasserleitungen und Ungeziefer in ihrer Wohnung beschwerte, nämlich: „Sie sagen das, als ob das etwas Negatives wäre.“ Wie überzeugend ist das folgende Argument? Der Staat ist notwendig, um sicherzustellen, dass es eine einheitliche Mode für alle gibt und dass alle Bürger gleich gekleidet sind. Wenn der Staat keine Kleidung zur Verfügung stellt, gäbe es keine einheitliche Mode. Menschen an verschiedenen Orten, mit unterschiedlichem kulturellem Hintergrund oder unterschiedlichem Wohlstand wären in Kleidung von unterschiedlichem Stil und von unterschiedlicher Qualität gekleidet.

Warum sollte jemand glauben, dass einheitliche Gesetze erstrebenswerter ist als einheitliche Kleidung? Das Streben nach Einheitlichkeit führt dazu, dass wir den liebenden Ehemann, der seine unheilbar kranke Frau tötet, um ihr Leiden zu lindern, genauso behandeln wie Charles Manson, dass wir auf erfahrene Geschäftsleute, die Unternehmen kaufen und auf halbgebildete Verbraucher, die Ratenzahlungsverträge abschließen, dieselben Vertragsregeln anwenden und so tun, als ob für den Slumbesitzer in der Bronx und die Familie, die ihr Gästezimmer in Utica vermietet, dieselben vermögensrechtlichen Vorschriften gelten sollten.

Natürlich gibt es bestimmte Regeln, die für alle Menschen gelten müssen, und zwar jene Regeln, die die Grundvoraussetzungen für kooperatives Verhalten schaffen. So müssen Regeln, die Mord, Körperverletzung, Diebstahl und verschiedene Formen der Nötigung verbieten, für alle Mitglieder einer Gesellschaft gleichermaßen verbindlich sein. Aber wir brauchen kaum einen Staat, um dies zu gewährleisten. Diese Regeln entwickeln sich in jeder Gemeinschaft immer zuerst. Wäre das nicht so, gäbe es nicht einmal eine Gemeinschaft.

Die Vorstellung, dass wir eine Regierung brauchen, um eine einheitliche Rechtsordnung zu gewährleisten, ist besonders in den Vereinigten Staaten verrückt, wo die föderale Struktur der Regierungen der Bundesstaaten und der Nation darauf ausgelegt ist, rechtliche Vielfalt zu ermöglichen. Soweit das Recht der Vereinigten Staaten eine Überlegenheit gegenüber dem Recht anderer Nationen beanspruchen kann, ist dies zumindest teilweise auf die Tatsache zurückzuführen, dass es durch den Prozess des Common Law im „Laboratorium der Staaten“ entstanden ist.⁹ Indem wir die Entwicklung unterschiedlicher Regeln in verschiedenen Staaten zulassen, lernen wir, welche Regeln Streitigkeiten am effektivsten lösen. Im gleichen Maße, in dem die Bedingungen, die zu Streitigkeiten führen, im ganzen Land die gleichen sind, werden die erfolgreichen Regeln von anderen Gerichtsbarkeiten kopiert und verbreitet. Auf diese Weise entsteht ein recht einheitlicher Rechtsbestand.¹⁰ Im gleichen Maße, in dem die Bedingungen, die zu Streitigkeiten führen, für einen bestimmten Ort oder ein bestimmtes Milieu typisch sind, verbreiten sie sich nicht. Auf diese Weise entsteht

⁹ Siehe *New State Ice Co. v. Liebmann*, 285 U.S. 262, 311 (1932) (Brandeis, J., dissenting).

¹⁰ Gerech, aber nicht fetischistisch. Das Gesetz gegen Tötungsdelikte funktioniert recht gut, obwohl die Definitionen von Mord ersten und zweiten Grades sowie von freiwilliger und unfreiwilliger Tötung von Staat zu Staat unterschiedlich sind.

ein Flickenteppich von Regeln, die dort, wo sie angewandt werden, nützlich sind, aber irrelevant oder störend wären, wenn sie in anderen Bereichen gelten würden.

Das Schöne am Common-Law-Prozess ist, dass er einen Rechtsbestand schafft, der dann einheitlich ist, wenn Einheitlichkeit sinnvoll ist und dann vielfältig ist, wenn keine Einheitlichkeit gefragt ist. Das ist optimal.

Die staatliche Gesetzgebung hingegen schafft Uniformität, indem sie einer geografisch und ethnisch vielfältigen Bevölkerung unpassende, einheitliche Regeln auferlegt. Noch einmal: Der Staat ist für die Schaffung eines gut funktionierenden Rechtssystems nicht nur nicht notwendig, sondern er ist ein erhebliches Hindernis dafür. Warum sollten etwa in den orthodoxen jüdischen Vierteln von Brooklyn die Geschäfte am Sonntag nicht öffnen dürfen?

ZUGÄNGLICHKEIT

Die Staatsbefürworter behaupten, dass die Regierung die Gesetze erlassen muss, damit sie für die Bürger zugänglich sind, die von ihnen regiert werden. Die Regierung verkündet ihre Gesetze in Gesetzbüchern, die allen Bürgern zugänglich sind. Die Regeln des Common Law seien dagegen für den Laien unverständlich. Das Gewohnheitsrecht bestehe aus Regeln, die über lange Zeiträume aus Fällen abstrahiert wurden und seien nur den Richtern und Anwälten bekannt, die sich im Rahmen ihrer Berufsausübung damit befassen. Ein Rechtssystem, das von den Bürgern verlangt, Anwälte zu engagieren, nur um herauszufinden, um was für Gesetze es sich handeln soll, sei offensichtlich inakzeptabel.

Die richtige Antwort darauf lautet: Ist das euer Ernst? Schaut euch einfach mal um. Bitte! Kann ein Normalsterblicher überhaupt die ganzen unzähligen undurchsichtigen staatlichen Vorschriften kennen, an die er sich halten muss? Habt ihr jemals den Code of Federal Regulations gelesen? Wann habt ihr das letzte Mal versucht, eure Einkommensteuererklärung zu erstellen? Die Kritiker des Gewohnheitsrechts behaupten, Laien bräuchten Fachleute, die ihnen die Gesetze erklären. Doch Jahr für Jahr zeigen Studien, dass selbst die meisten professionellen Steuerberater *und die Mitarbeiter des Finanzamts* die Steuergesetze der Vereinigten Staaten nicht verstehen. Die allgemeine Rechtsregel, die die Bürger vor unbeabsichtigten Verletzungen schützt, ist die Anforderung, die Sorgfalt walten zu lassen, die eine vernünftige Person anwenden würde, um anderen keinen Schaden zuzufügen. Das ist einfach und verständlich genug. Weiß jemand, welche Vorschriften die Federal Trade Commission, die Consu-

mer Product Safety Commission und die National Highway Traffic Safety Administration erlassen haben, um das gleiche Ziel zu erreichen?

Das Gewohnheitsrecht besteht aus Regeln, die sich im Laufe der Zeit als erfolgreich bei der Lösung von Streitigkeiten erwiesen haben. Nur Regeln, die für den Normalbürger verständlich sind und seinem Gerechtigkeitsempfinden entsprechen, können diesen Status erreichen. Regeln, die für denjenigen, der sie anwenden soll, unzugänglich sind, können nicht wirksam sein. Aus diesem Grund enthalten beispielsweise die Regeln des Common Law für das Vertrags- und Handelsrecht ausdrückliche Verweise auf die üblichen Geschäftspraktiken und die Pflicht, in gutem Glauben zu handeln. Es ist auch kein juristisches Fachwissen erforderlich, um zu wissen, dass das Recht der Selbstverteidigung es erlaubt, tödliche Gewalt anzuwenden, um einen lebensbedrohlichen Angriff abzuwehren, aber nicht, den Angreifer zu erschießen, nachdem die unmittelbare Gefahr vorüber ist. Um die Regeln des Gewohnheitsrechts zu verstehen, muss man kein Anwalt sein, sondern nur Mitglied der jeweiligen Gemeinschaft sein, für die die Regeln gelten.

Die Gesetze der Regierung hingegen muss weder etwas mit dem Verständnis noch mit dem moralischen Empfinden eines gewöhnlichen Menschen zu tun haben. Die Gesetze sind ein durch den politischen Prozess geschaffenes Recht. Als solches ist es von Natur aus von politischen Erwägungen abhängig. Solche Erwägungen können zu Regeln führen, die für den Normalbürger unverständlich sind und sie sind es auch häufig. Dies liegt nicht nur daran, dass Partikularinteressen den Gesetzgebungsprozess beeinflussen können. Selbst wenn sich die Gesetzgeber selbstlos dem Gemeinwohl verschrieben hätten, bräuchten sie dennoch Grundsätze für Gerechtigkeit oder ein moralisches Ideal, um ihre Gesetzgebung daran auszurichten. Es gibt jedoch keine Garantie dafür, dass die Maßnahmen, die zur Durchsetzung solcher Grundsätze oder Ideale erforderlich sind, dem Verständnis des Normalbürgers entsprechen. Das Bürgerrechtsgesetz von 1964 mag die edelste gesetzgeberische Anstrengung unserer Zeit gewesen sein, aber der Normalbürger wird wohl kaum verstehen, warum die Forderung, dass Pizzaboten glatt rasiert sein müssen, eine illegale Rassen-diskriminierung darstellt¹¹ oder wie sich ein Unternehmen, dessen Belegschaft fast ausschließlich aus Minderheiten besteht, dennoch der Diskriminierung schuldig machen kann.¹²

¹¹ Siehe *Bradley v. Pizzaco of Nebraska, Inc.*, 7 F.3d 795 (8th Cir. 1993).

¹² Siehe *Connecticut v. Teal*, 457 U.S. 440 (1982).

Betrug, wie er sich im Common Law entwickelt hat, besteht in der vorsätzlichen Falschdarstellung einer wesentlichen Tatsache, auf die sich ein anderer verlässt, wenn er sich von seinem Eigentum trennt. Für den Normalbürger ist es nicht schwer zu erkennen, dass eine solche Handlung gegen das Gesetz verstoßen kann. Betrug im Sinne der Bundesgesetzgebung ist jede Art von Betrugsversuch. Eine falsche Darstellung von Tatsachen ist dafür nicht erforderlich. Jede irreführende Aussage oder Verschweigen von Tatsachen genügt. Es ist nicht erforderlich, dass jemand tatsächlich in die Irre geführt wird oder sich auf die Aussage oder das Verschweigen von Tatsachen verlässt. Es ist nicht erforderlich, dass jemand einen Schaden erleidet.¹³ Martha Stewart wurde kürzlich wegen Wertpapierbetrugs vor Gericht gestellt, weil sie öffentlich ihre Unschuld am Insiderhandel erklärt hatte.¹⁴ Man kann wohl mit Fug und Recht behaupten, dass der Normalbürger nicht weiß, dass Stewarts Äußerungen gegenüber den Medien eine Straftat darstellen.

Ich verstehe das Argument, dass, wenn wir einen Nachtwächterstaat hätten, dessen Gesetzgebung sich auf einfache, klare Regeln beschränkt, die die Rechte des Einzelnen sichern sollen, das Gesetz vollkommen zugänglich wäre. Es gibt nur zwei Probleme mit diesem Argument. Das erste ist, dass die Gesetzgebung in einem solchen Fall lediglich die Grundregeln des Gewohnheitsrechts wiedergeben würde. Es besteht keine Notwendigkeit, eine Regierung zu bilden, nur um diese Regeln bekannt zu machen. Dies kann auf privater Ebene geschehen und wird auch getan. Die „Neufassungen“ des Gewohnheitsrechts werden derzeit privat erstellt, sind leicht zugänglich und werden häufig zitiert. Der zweite Grund ist, dass es unmöglich ist. Die Vorstellung, dass es eine überschaubare Reihe einfacher, klarer Regeln gibt, die eine friedliche, freie Gesellschaft bewahren können, ist ein Hirngespinnst.¹⁵ Das wird sogar im Hinblick auf die grundlegenden Regeln zum Verbot von Aggression deutlich, sobald man versucht, die Bedingungen zu spezifizieren, unter denen Gewalt zur Selbstverteidigung oder zur Verteidigung anderer eingesetzt werden darf oder durch Irrglauben oder Unzurechnungsfähigkeit entschuldigt ist. Und das, ohne zu bedenken,

¹³ Für eine ausführlichere Darstellung der bundesstaatlichen Betrugsgesetze siehe John Hasnas, *Ethics and the Problem of White Collar Crime*, 54 *American University Law Review* 579 (2005).

¹⁴ Siehe Anklageschrift, *United States v. Stewart* 37 (S.D.N.Y. 2003) (No. 03 Cr. 717).

¹⁵ Mehr dazu in John Hasnas, *The Myth of the Rule of Law*, 1995 *Wisconsin Law Review* 199 (1995).

dass diese grundlegenden Regeln durch die Regeln des Vertrags-, Eigentums- und Deliktsrechts ergänzt werden müssen, die notwendig sind, damit die Menschen ihr Verhalten gut genug koordinieren können, um friedlich zu kooperieren.

Die Gesetzgebung, selbst die libertäre, wird entweder das Gewohnheitsrecht reproduzieren oder von ihm abweichen, um ein politisches Interesse zu befriedigen oder eine bestimmte Vorstellung von Gerechtigkeit zu verwirklichen. Im ersten Fall ist sie genauso zugänglich oder unzugänglich wie das Gewohnheitsrecht. Im zweiten Fall weicht es von der Moral des gesunden Menschenverstands ab und schafft Regeln, die weniger zugänglich sind als das Gewohnheitsrecht. Der Staat ist nicht nur nicht notwendig, um die Zugänglichkeit der Rechtsnormen zu gewährleisten, sondern er macht sie unweigerlich weniger zugänglich.

Gerichte

Nachdem wir nun die Legislative abgeschafft haben, was ist mit der Judikative? Die Staatsbefürworter behaupten, dass der Staat notwendig sei, um ein Gerichtssystem für die Beilegung von Streitigkeiten bereitzustellen. Wenn der Staat nicht „einen bekannten und neutralen Richter“¹⁶ zur Verfügung stellen würde, hätten die Menschen keine Möglichkeit, zwischenmenschliche Streitigkeiten friedlich beizulegen. Da „die Menschen sich selbst gegenüber parteiisch sind“¹⁷, würden die gegnerischen Parteien unweigerlich versuchen, Richter einzusetzen, die ihre Interessen begünstigen und die Richter, die ihr Honorar von den Streitparteien erhalten, würden natürlich diejenigen bevorzugen, die am meisten zahlen können. Folglich wären sie nicht unparteiisch. Da die Parteien nicht in der Lage wären, sich auf einen neutralen Schiedsrichter zu einigen, wären sie gezwungen, ihre Streitigkeiten gewaltsam auszutragen. Ohne staatliche Gerichte ist eine friedliche Koexistenz also unmöglich.

Ich weiß, das wird jetzt langweilig, aber die richtige Antwort darauf ist: Schaut euch um. Wir befinden uns im Zeitalter der Globalisierung. Geschäfte werden auf der ganzen Welt zwischen Parteien aus praktisch allen Ländern abgeschlossen. Obwohl es weder eine Weltregierung noch einen Weltgerichtshof gibt, führen Unternehmen wegen Vertragsstreitigkeiten keinen Krieg gegeneinander. Die Nachrichten sind fast immer Nachrich-

¹⁶ John Locke, *Second Treatise of Government* 66 (C.B. Macpherson, ed. 1980) (1690).

¹⁷ Id.

ten über gewaltsame Konflikte. Gerade das Fehlen von Berichten über internationale Geschäftsstreitigkeiten ist ein Beweis dafür, dass internationale Handelsstreitigkeiten tatsächlich ohne die staatliche Bereitstellung von Gerichten gelöst werden. Wie kann das sein?

Die Antwort ist denkbar einfach. Die an internationalen Geschäften beteiligten Parteien wählen, in der Regel im Voraus, aus den vielen ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten den von ihnen bevorzugten Streitbeilegungsmechanismus aus. Nur wenige entscheiden sich für ein Verfahren, bei dem die Situation eskaliert wird. Es ist zu teuer und unberechenbar. Viele entscheiden sich dafür, ihre Streitigkeiten dem Londoner Handelsgesicht vorzulegen, einem britischen Gericht, das für die wirtschaftliche Kompetenz seiner Richter und die rasche Beilegung von Fällen bekannt ist und von nichtbritischen Parteien gegen eine Gebühr in Anspruch genommen werden kann.¹⁸ Andere schließen sich Unternehmen wie JAMS/Endispute oder der American Arbitration Association an, die Mediations- und Schiedsgerichtsdienste anbieten. Die meisten tun alles in ihrer Macht Stehende, um zu vermeiden, dass sie in die Mühlen der Gerichte geraten, die von der Regierung des Bundes und der Bundesstaaten der Vereinigten Staaten bereitgestellt werden und die sich unerträglich langsam bewegen und relativ unvorhersehbare Ergebnisse liefern. Diese Indizien deuten darauf hin, dass das internationale Handelsrecht nicht nur recht gut ohne staatliche Gerichte funktioniert, sondern gerade deshalb besser funktioniert.

Aber man muss nicht über die Landesgrenzen hinausgehen, um festzustellen, dass die Menschen keine staatlichen Gerichte brauchen, um Streitigkeiten friedlich beizulegen. In Arbeitsverträgen werden nicht nur Löhne und Arbeitsbedingungen festgelegt, sondern es wird auch eine eigene Gerichtsbarkeit am Arbeitsplatz geschaffen, die ein ordnungsgemäßes Verfahren garantiert und ein Berufungsverfahren vorsieht. Universitäten bieten regelmäßig ihre eigenen Gerichtsverfahren an, ebenso wie Wohnungseigentümergeinschaften. Börsenmakler verpflichten sich als Bedingung

¹⁸ Siehe Mark Heaney, „Where Business is King: London’s Commercial Court Hears International Clashes,“ *Nat’l L.J.*, June 5, 1995, at C1; Campbell McLachlan, „London Court Reigns as an International Forum: Parties in Cross-Border Disputes Welcome the Commercial Court’s Expertise, Neutrality, and Speed,“ *Nat’l L.J.*, June 5, 1995, at C4.

für ihre Anstellung, arbeitsrechtliche Streitigkeiten einem verbindlichen Schiedsverfahren zu unterziehen.¹⁹

Religiöse Gruppen schlichten Streitigkeiten unter ihren Mitgliedern regelmäßig durch Anrufung eines Priesters oder Rabbiners. Benachteiligte Gruppen, für die ein Verfahren vor staatlichen Gerichten aufgrund von Vorurteilen eine Farce ist, entwickeln leicht alternative Mechanismen zur gewaltfreien Beilegung von Streitigkeiten.²⁰ Versicherungsgesellschaften bieten nicht nur Entschädigung für Personen- und Sachschäden, sondern auch Haftpflichtversicherungen an, mit denen sie die Verantwortung für die Beilegung von Konflikten zwischen ihren Kunden und denen anderer Versicherungsgesellschaften gemäß vorher festgelegter Vereinbarungen übernehmen, die es ihnen ermöglichen, den Morast des staatlichen Gerichtssystems zu vermeiden. Und es ist empirisch erwiesen, dass ein erheblicher Teil der Rechtsstreitigkeiten ohne Gerichtsverfahren beigelegt wird, wenn potenzielle Streitparteien im staatlichen Gerichtssystem in die Mediation verwiesen werden.²¹

Aber seht euch nicht nur um. Blickt zurück. Steuerlich gestützte Gerichte der allgemeinen Gerichtsbarkeit sind ein modernes Phänomen. Das anglo-amerikanische Recht entwickelte sich im Kontext einer Vielzahl konkurrierender Rechtssysteme. Die königlichen Gerichtshöfe existierten nach ihrer Entstehung parallel zu den bereits vorher existierenden Hundertschafts-, Grafschafts-, Herrschafts-, Stadt-, Kirchen- und Handelsgerichten.²² Diese Gerichtssysteme hatten fließende Zuständigkeitsgrenzen und da die Gerichte ihre Gebühren von den Prozessparteien erhoben, konkurrierten sie miteinander um Geschäfte. In der Tat gingen das Vertrags- und Treuhandrecht, das sich an den kirchlichen Gerichten entwickelte und das Handelsrecht, das sich an den Handelsgerichten entwickelte, als Ergebnis dieses Wettbewerbs in das Common Law ein. Außerdem bestanden die königlichen Gerichte selbst aus vier verschiedenen, miteinander konkurrierenden Gerichten: King's Bench, Common Pleas, Exchequer und Chancery. Diese Gerichte zogen wie die anderen ihre Ge-

¹⁹ Natürlich ist dies in erster Linie eine Maßnahme, die es Finanzunternehmen ermöglichen soll, dem Sumpf der arbeitsrechtlichen Streitigkeiten in den Vereinigten Staaten zu entkommen.

²⁰ Siehe Yaffa Eliach, "Social Protest in the Synagogue: The Delaying of the Torah Reading", in *There Once Was a World* 84–86.

²¹ Siehe Joshua D. Rosenberg and H. Jay Folberg, "Alternative Dispute Resolution: An Empirical Analysis", 46 *Stan. L. Rev.* 1487 (1994).

²² Siehe Harold Berman, *Law and Revolution* (1983).

bühren von den Prozessparteien ein und konkurrierten daher untereinander um Mandanten. Erst mit dem Judicature Act von 1873 und dem Appellate Jurisdiction Act von 1876 fügte die britische Regierung ihre Gerichte zu ihrer heutigen monolithischen, hierarchischen Struktur zusammen und die amerikanischen Gerichte folgten diesem Beispiel in unterschiedlichen zeitlichen Abständen.

Wenn man sich auf den Wettbewerb zwischen den Gerichten des Common Law konzentriert, wird die Vielfalt der tatsächlich eingesetzten Streitbeilegungsmechanismen irreführend unterschätzt. Da die Kosten für die Inanspruchnahme der Gerichte des Common Law für den typischen Arbeiter zu hoch waren, waren diese Gerichte für die Mehrheit der Bevölkerung praktisch irrelevant. Die meisten Bürger lösten ihre Streitigkeiten nach informellen, gewohnheitsmäßigen Verfahren, die je nach Ort (Stadt oder Land) und Klasse derjenigen, die sie anwandten, unterschiedlich waren.²³

Da sich unsere heutige relativ gewaltfreie, kapitalistische Gesellschaft im Kontext eines vielfältigen und wettbewerbsfähigen Systems von Gerichten und Streitbeilegungsmechanismen entwickelt hat, kann es nicht sein, dass die Bereitstellung von Gerichten durch den Staat für die friedliche Beilegung von Streitigkeiten notwendig ist. Tatsächlich legt ein Vergleich des Ausmaßes an erbitterter Unzufriedenheit, das die heutige staatlich gelenkte Justiz hervorruft (man denke nur an das Tort Reform Movement) mit derjenigen, die mit dem vielfältigeren traditionellen System der Streitbeilegung verbunden ist, den Schluss nahe, dass die staatliche Bereitstellung von Gerichten den sozialen Frieden eher verringert als erhöht.

Polizei

Unabhängig davon, ob sie staatliche Gesetze und Gerichte für erforderlich halten, bestehen die Staatsbefürworter darauf, dass die Polizei ausschließlich vom Staat bereitgestellt werden muss. Es mag zutreffen, dass der Markt die meisten Güter und Dienstleistungen angemessen bereitstellen kann, aber Polizeidienstleistungen seien insofern einzigartig, als sie von Natur aus die Anwendung von Zwang beinhalten. Es läge auf der Hand, dass keine zivilisierte Gesellschaft einen Wettbewerb bei der Anwendung von Gewalt zulassen könne. Die Zivilgesellschaft sei gerade deshalb entstanden, um dieser Situation zu entkommen. Solange der Staat die Gewalt-

²³ Siehe E.P. Thompson, *Customs in Common: Studies in Traditional Popular Culture* (1993).

anwendung nicht unter seine monopolistische Kontrolle brächte, sei eine friedliche Koexistenz unmöglich und das Leben in der Tat so „ekelhaft, brutal und kurz“²⁴, wie Hobbes behauptete.

Bevor ich als Antwort erneut vorschlage, sich umzusehen, sollte man einen Moment lang über die Dummheit dieses Arguments nachdenken. Denn wenn die Zivilgesellschaft ohne ein staatliches Zwangsmonopol nicht existieren kann, dann gibt es auch keine Zivilgesellschaft. Gesellschaften entstehen nicht aus sich selbst heraus mit staatlichen Polizeikräften. Sobald eine Gruppe von Menschen herausgefunden hat, wie sie das Ausmaß der zwischenmenschlichen Gewalt so weit reduzieren kann, dass ein Zusammenleben möglich ist, entwickeln sich oft Einheiten, die als Regierungen erkennbar sind und die Polizeifunktion übernehmen. Selbst eine marodierende Bande, die anderen durch Eroberung eine Regierung aufzwingt, muss zunächst die internen Streitigkeiten so weit reduziert haben, dass sie sich für wirksame militärische Operationen organisieren kann. Sowohl historisch als auch logisch gesehen steht die friedliche Koexistenz immer an erster Stelle, staatliche Dienstleistungen an zweiter. Wenn eine Zivilgesellschaft ohne staatliche Polizei nicht möglich ist, dann gibt es auch keine Zivilgesellschaften.

In dem Broadway-Musical *Oliver* aus den 1960er Jahren gibt es ein Lied namens „Be Back Soon“, in dem Fagins Jungs die Zeile „We know the Bow Street Runners“ singen. Die Bow Street Runners waren berühmt, weil sie Londons erste staatlich geförderte Polizeitruppe waren, die in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts von den Richtern des Bow Street Court, Henry und John Fielding, organisiert wurde. Ich denke, man kann mit Fug und Recht behaupten, dass die Gründung der Bow Street Runners nicht der Moment war, in dem London von einem Hobbes'schen Naturzustand in eine Zivilgesellschaft umgewandelt wurde.

Man beachte auch die Verquickung von Polizeidiensten mit Zwang. Zwang kann aggressiv zum Zwecke des Raubes oder defensiv zur Abwehr von Räubern eingesetzt werden. Polizeidienstleistungen beinhalten den Einsatz von Zwang nur für defensive Zwecke. Der Wettbewerb zwischen Angreifern ist in der Tat eine schlechte Sache, die der Existenz einer Zivilgesellschaft entgegensteht. Aber es ist kein Wettbewerb um die Bereitstellung von Polizeidienstleistungen. Wenn der Wettbewerb zwischen denjenigen, die defensiven Zwang anbieten, unweigerlich zum Äquivalent eines aggressiven Bandenkrieges führen würde, dann würden wir einen solchen

²⁴ T. Hobbes, *Leviathan* 107 (H. Schneider, ed., 1958) (1651).

Wettbewerb vermeiden wollen. Ob dies der Fall ist, ist jedoch die eigentliche Frage, um die es hier geht. Den Wettbewerb zwischen den Anbietern von Polizeidienstleistungen mit dem Wettbewerb zwischen den Angreifern gleichzusetzen, geht an der Frage völlig vorbei. Damit weicht man eher einem Argument aus, als dass man es vorbringt.

Aber ich schweife ab. Die richtige Antwort auf die Behauptung, der Staat müsse Polizeidienste bereitstellen, lautet: Sieh dich um. Ich arbeite an einer Universität, die ihre eigene Campus-Polizei unterhält. Auf dem Weg dorthin fahre ich an einem privat betriebenen Geldtransporter vorbei, der Geld und andere wertvolle Gegenstände für Banken und Unternehmen transportiert. Wenn ich in die Innenstadt fahre, betrete ich Gebäude, die von privaten Sicherheitsfirmen betreut werden, bei denen ich mich vor dem Betreten anmelden muss. Ich kaufe in Einkaufszentren und Kaufhäusern ein, die von ihren eigenen privaten Wachleuten bewacht werden. Im Einkaufszentrum stöbere ich gelegentlich in einem Geschäft der Security Zone, das Ausrüstung für den persönlichen und häuslichen Schutz verkauft. Ich unterhalte mich mit Anwälten und ab und zu mit verärgerten Ehepartnern oder besorgten Eltern, die Privatdetektive beauftragen, für sie zu ermitteln. Ich schreibe Bücher darüber, wie die US-Bundesregierung private Unternehmen dazu zwingt, für sie strafrechtliche Ermittlungen durchzuführen.²⁵ Als ich jünger war, besuchte ich Nachtclubs und Bars, die „Türsteher“ beschäftigten. Obwohl es mir persönlich noch nie passiert ist, kenne ich Leute, die von privaten Inkassobüros kontaktiert oder von Repo-Männern besucht wurden. Ab und zu treffe ich Leute, die fast so bekannt sind wie Rockstars und mit eigenen Leibwächtern reisen. Am Ende des Tages kehre ich nach Hause in meine Gemeinde zurück, die ihre eigene Nachbarschaftswache hat. Vielleicht übersehe ich etwas, aber ich habe nicht bemerkt, dass diese Leute versuchen, ihre Konkurrenten gewaltsam auszuschalten.

Aber das liegt doch daran, dass die staatliche Polizei im Hintergrund dafür sorgt, dass keine dieser privaten Organisationen aus der Reihe tanzt, behaupten die Staatsbefürworter. Tatsächlich? Wie erklärt sich das mit London vor den Bow Street Runners? Die Polizei von New York City wurde erst 1845 gegründet. Das Boston Police Department, das sich selbst als „die erste bezahlte, professionelle Abteilung für öffentliche Sicherheit

²⁵ Siehe John Hasnas, *Trapped: When Acting Ethically Is Against the Law* (2006).

im Lande“²⁶ bezeichnet, kann seine Geschichte nur bis 1838 zurückverfolgen. Was hielt die nicht-politischen Polizeidienste vor diesen Jahren in Schach?

Ungeachtet der philosophischen Überlegungen von Hobbes und Locke gab es während des größten Teils der englischen Geschichte kaum eine staatliche Bereitstellung von Polizeidiensten.²⁷ Als die englischen Könige lernten, wie man Einnahmen eintreibt, indem sie alle Gewalttätigkeiten und sündigen Handlungen zu einem Bruch des königlichen Friedens erklärten, für den sie Strafzahlungen erhoben, begannen sie damit, einen Verwaltungsapparat zu entwickeln, der die Eintreibung von Bußgeldern für „kriminelle“ Handlungen erleichtern sollte. So wurde der örtliche Vertreter der Krone, der Vogt (später Sheriff), mit der Anzeige und schließlich der Festnahme von Straftätern betraut. So weit so gut. Da die Sheriffs jedoch nur an der Verfolgung von Straftätern interessiert waren, die über die nötigen Mittel zur Zahlung der Strafe verfügten, machte dies nie einen nennenswerten Teil der polizeilichen Tätigkeit innerhalb des Reiches aus. Die üblichen, unpolitischen Methoden der Polizeiarbeit sorgten bis vor kurzem für die Sicherheit des größten Teils der Bevölkerung Englands.

Der älteste Bruder meines Vaters, der 1902 geboren wurde, erzählte mir oft von der Tontinenversicherung, an der mein Großvater über seine Bruderschaft teilnahm. Sie enthielt sowohl eine Risikolebensversicherung als auch eine Altersrente. Seit der Einführung des staatlichen Sozialversicherungsprogramms hört man nicht mehr viel von der Tontinenversicherung. Die meisten Einwohner von New York City, die davon ausgehen, dass nur der Staat das U-Bahn-System der Stadt bereitstellen und instand halten kann, sind verwundert darüber, warum ein Teil des Systems BMT und ein Teil IRT heißt. Sie haben keine Ahnung, dass die Stadt New York 1940 die privat gebaute und betriebene Brooklyn-Manhattan Transit Corporation und die Interborough Rapid Transit Company gekauft hat, um die von der Stadt betriebene Metropolitan Transportation Authority zu gründen. Wenn der Staat anfängt, Dienstleistungen zu übernehmen, die früher privat bereitgestellt wurden, vergessen die Menschen schnell, dass diese Dienstleistungen ursprünglich privat erbracht wurden und glauben, dass nur der Staat für sie sorgen kann. Doch genauso wenig wie dies für die

²⁶ Siehe Internetseite des Boston Police Department: <http://www.cityofboston.gov/police/glance.asp>.

²⁷ Siehe Bruce Benson, *The Enterprise of Law* 73–74 (1990).

Altersversorgung und die U-Bahn gilt, trifft dies auf den Polizeidienst zu. Traditionell wurden Polizeidienstleistungen nicht vom Staat erbracht und sie werden es zum großen Teil auch heute nicht. Daher ist der Staat nicht notwendig, um Polizeidienste bereitzustellen.

Die Staatsbefürworter können behaupten, dass ein staatliches Monopol aufgrund der besonderen Merkmale von Polizeidiensten diese effizienter erbringen kann als nicht-politische Einrichtungen. Ich muss zugeben, dass an diesem Argument a priori nichts auszusetzen ist. Es ist sicherlich möglich, dass im Bereich der Polizeidienste ein Wunder geschieht und die Ausstattung einer einzigen politisch gelenkten Behörde mit der Befugnis, die gewünschten Dienstleistungen zu erbringen, indem sie von allen Mitgliedern der Gesellschaft unfreiwillige Zahlungen verlangt, tatsächlich zu einem besseren Ergebnis führt als die Erbringung der Dienstleistungen auf nichtstaatlichem Wege. Ich kann jedoch in der realen Welt keinen Beweis dafür finden. Wenn Polizeidienstleistungen von einem politisch kontrollierten Monopol erbracht werden, erhält die Öffentlichkeit allem Anschein nach Polizeidienstleistungen, die von politischen und nicht von Effizienzüberlegungen geleitet werden. So werden missliebige, politisch machtlose Gruppen in der Regel unterversorgt, polizeiliche Ressourcen werden häufig für politisch bevorzugte Zwecke eingesetzt (z. B. die Bekämpfung von opferlosen Verbrechen) und nicht für das, wofür sie eingesetzt werden sollten (z. B. die Bekämpfung von Gewalt). Die Art der Dienstleistung wird eher von politischen Haushaltsüberlegungen als vom tatsächlichen Bedarf bestimmt (z. B. SWAT-Teams in Wisconsin). Da die staatlichen Polizeibehörden nicht auf freiwillige Beiträge angewiesen sind, ist die Wahrscheinlichkeit geringer, dass sie auf die Sorgen der Öffentlichkeit eingehen (z. B. Polizeibrutalität) und anfälliger für Korruption sind (siehe z. B. den Bericht der Knapp-Kommission²⁸ oder sieh dir einfach den Film *Serpico* an).

Die Staatsbefürworter verweisen oft auf die hohe Kriminalitätsrate in den Innenstädten, auf die gewalttätigen Banden, das organisierte Verbrechen und die Drogenkartelle, um zu begründen, warum wir es nicht wagen sollten, das staatliche Monopol für Polizeidienste aufzugeben. Ich gebe zu, dass mich dieses Argument verwirrt. Wie kann das Aufzeigen des völligen Versagens des staatlichen Polizeisystems ein Argument für dessen Notwendigkeit sein?

²⁸ Siehe Knapp Commission, *The Knapp Commission Report on Police Corruption* (1973).

Es ist erwähnenswert, dass das gegenwärtige Kriminalitätsproblem dort am größten ist, wo nicht-staatliche Methoden der Polizeiarbeit am vollständigsten vom Staat verdrängt wurden. Die Innenstädte sind die Gebiete, die am stärksten von staatlicher Polizeiarbeit abhängig sind. Die Behauptung, dass die hohe Kriminalitätsrate in den Innenstädten und das Vorhandensein von Banden bedeutet, dass wir ein staatliches Monopol für Polizeidienste aufrechterhalten müssen, ist in etwa so, als würde man behaupten, dass die miserable Qualität der öffentlichen Schulen in den Innenstädten bedeutet, dass wir den Eltern nicht erlauben sollten, ihre Kinder mit ihren Steuergeldern auf Privatschulen zu schicken. Und es kann kaum überraschen, dass es schwierig ist, die gewalttätigen Organisationen zu unterdrücken, die existieren, um die Schwarzmärkte auszunutzen, die durch die staatlichen Verbote der legalen Vermarktung von Drogen, Prostitution, Glücksspiel und anderen „Lastern“ entstanden sind. Aber inwiefern dies ein Beweis für die Notwendigkeit einer staatlichen Polizei sein soll, ist mir schleierhaft.

Würde man einen Besucher vom Mars bitten, die am wenigsten wirksame Methode zur Sicherung von Personen und Eigentum zu nennen, könnte er wohl antworten, dass sie darin bestünde, eine Gruppe von Menschen auszuwählen, ihnen Waffen zu geben, von allen Mitgliedern der Gesellschaft zu verlangen, sie unabhängig von der Qualität der von ihnen geleisteten Dienste zu bezahlen und sie mit dem Ermessen auszustatten, Ressourcen einzusetzen und Prioritäten bei der Strafverfolgung festzulegen, wie sie es für richtig halten, wobei sie nur den Launen ihrer politischen Zahlmeister unterworfen sind. Wenn man ihn fragt, warum er so denkt, könnte er einfach auf die Polizei von Los Angeles, New Orleans oder einer anderen Großstadt verweisen. Ist eine staatliche Polizei wirklich notwendig für eine friedliche, sichere Gesellschaft? Sieh dich einfach um. Könnte ein nicht-politisches, nicht-monopolistisches System der Bereitstellung von Polizeidienstleistungen wirklich schlechter sein als sein staatliches Gegenstück?

Internalisierung externer Effekte

Staatsbefürworter argumentieren oft, dass der Staat für die notwendige Regulierung von Marktaktivitäten unerlässlich sei. Einzelpersonen, die auf einem Markt miteinander Verträge abschließen, handelten oft in einer Weise, die anderen Schaden zufüge oder ihnen nicht zugestandene Kosten aufbürde. Hersteller stellten Produkte her und Verbraucher kauften Produkte, deren Verwendung ein inakzeptables Verletzungsrisiko für Dritte

darstelle. So könnten beispielsweise Automobilhersteller Autos herstellen, deren Geschwindigkeit oder Fahreigenschaften ein unangemessenes Verletzungsrisiko für Fußgänger darstellten. Und die Autofahrer würden diese Autos kaufen. Ölgesellschaften könnten Öl auf eine Art und Weise zu den Verbrauchern transportieren, die ein unangemessenes Risiko von Ölverschmutzungen mit sich bringe, die das Land oder die Gewässer, über die das Öl transportiert werde, verschmutzen würden. Allgemeiner ausgedrückt: Da die Menschen die Kosten, die ihre Aktivitäten anderen auferlegen, nicht tragen, handelten sie oft in einer Weise, die der Gesellschaft höhere Kosten auferlege, als durch den persönlichen Nutzen, den sie erzielen, gerechtfertigt wäre. Diese nicht berücksichtigten Kosten für andere seien die sozialen Kosten der Markttätigkeit, die Ökonomen als negative externe Effekte bezeichnen. Staatsbefürworter sind der Meinung, dass nur der Staat das Marktgeschehen regulieren könne, um sicherzustellen, dass private Unternehmer die sozialen Kosten ihrer Transaktionen berücksichtigen. Selbst wenn Gesetze, Gerichte und Polizeidienste auf nichtstaatlichem Wege bereitgestellt werden könnten, sei der Staat also unerlässlich, um externe Kosten zu internalisieren.

Ich muss gestehen, dass ich nicht weiß, wie ich auf dieses Argument reagieren soll. Sich umzusehen, reicht nicht aus. Die Tatsache, dass dieses Argument überhaupt plausibel sein soll, beweist, dass die Menschen die Welt um sich herum völlig vergessen können. Wie kann man in einer Welt, in der eines der beherrschenden politischen Themen die Reform des Haftungsrechts ist, in der Unternehmen sich ständig beim Kongress darüber beschweren, dass sie dadurch überreguliert sind und die Regierung anflehen, sie vor dieser Methode der Internalisierung von Externalitäten zu schützen, ernsthaft behaupten, dass staatliche Regulierung notwendig sei, um das Problem der sozialen Kosten zu lösen?

Es stimmt, dass Ökonomen ein fiktives Reich postulieren, in dem die Menschen freiwillig und frei von jeglicher Art von Regulierung handeln. Aber sie tun dies, weil eine solche idealisierte Vorstellung vom Markt für ihre Erforschung der Wissenschaft der menschlichen Interaktion nützlich ist, ebenso wie das Konzept eines perfekten Vakuums für Physiker, die die Naturgesetze erforschen, nützlich ist und nicht, weil sie glauben, dass es irgendetwas mit der Realität zu tun hat. In der realen Welt unterliegt die menschliche Interaktion immer der Regulierung: durch Gewohnheiten, durch ethische und religiöse Überzeugungen der Menschen und in unserem Rechtssystem durch das Gewohnheitsrecht. Das Haftungsrecht hat sich als Teil des Rechts entwickelt, um die Personen und das Eigentum des

Einzelnen vor den unüberlegten Handlungen seiner Mitmenschen zu schützen, d. h., um externe Effekte zu internalisieren. Nur wenn man die Existenz aller Formen nichtstaatlicher Regulierung ignoriert, d. h. nur wenn man glaubt, dass das Marktmodell der Ökonomen die Realität beschreibt, kann man glauben, dass der Staat notwendig sei, um das Problem der sozialen Kosten zu lösen. Natürlich sollte man nie die Macht eines konzeptionellen Modells unterschätzen, das Intellektuelle für die realen Vorgänge in der Welt blind macht.

Aber, so die Staatsbefürworter, das Gewohnheitsrecht kann niemals ein angemessener Regulierungsmechanismus sein, weil es zwangsläufig rückwirkend wirkt. Klagen werden erst erhoben, nachdem ein Schaden entstanden ist. Daher könnte die zivilrechtliche Haftung niemals die Art von proaktiver Regulierung bieten, die notwendig ist, um ernsthaften Schaden zu verhindern. Wirklich? Die Grundregeln des Haftungsrechts verbieten es dem Einzelnen, andere absichtlich zu schädigen und verlangen von ihm, dass er mit angemessener Sorgfalt handelt, um zu vermeiden, dass er versehentlich Schaden verursacht. Daran ist nichts Rückwirkendes. Es stimmt zwar, dass genau festgelegt werden muss, was unter angemessener Sorgfalt zu verstehen ist, aber in dieser Hinsicht unterscheidet sich das Gewohnheitsrecht nicht von einer staatlichen Gesetzgebung, die eine allgemeine Regel ankündigt und es dann den Gerichten überlässt, zu entscheiden, wie sie in bestimmten Fällen anzuwenden ist. Außerdem kann das Common Law in geeigneten Fällen prospektiv wirken. Die Unterlassungsverfügung, eine Anordnung, eine bestimmte Handlung nicht vorzunehmen, hat sich genau für die Fälle entwickelt, in denen das Verhalten einer Partei ein hohes Risiko eines nicht wieder gutzumachenden Schadens für andere darstellt.²⁹ Übrigens ist auch die staatliche Gesetzgebung fast immer rückwirkend. Die Grenzen des menschlichen Wissens (ganz zu schweigen von Erwägungen der öffentlichen Entscheidung) bedeuten, dass der Gesetzgeber selten in der Lage ist, künftigen Schaden genau vorherzusehen. Das Megan's-Gesetz schreibt vor, dass die Öffentlichkeit benachrichtigt werden

²⁹ Um eine einstweilige Verfügung nach dem Common Law zu erwirken und damit die Freiheit eines anderen Bürgers zu beschneiden, muss man eine sehr hohe Beweisschwelle erfüllen, indem man eine hohe Wahrscheinlichkeit eines irreparablen Schadens nachweist. Dies steht im Gegensatz zur staatlichen Gesetzgebung, die die Freiheit der Bürger einschränken kann, wann immer die politisch dominierende Fraktion des Gesetzgebers dies für notwendig hält und sei es nur, um das „Vorsorgeprinzip“ durchzusetzen. Ich überlasse es dem Leser, zu entscheiden, welcher Standard der bessere ist, um potenziellen künftigen Schaden zu vermeiden.

muss, wenn ein bekannter Sexualstraftäter in eine Gemeinde zieht. Das Gesetz heißt Megan's Law, weil es erlassen wurde, nachdem Megan von einem Sexualstraftäter, der in ihrer Gemeinde lebte, getötet wurde. Wenn ich mich richtig erinnere, wurde Sarbanes-Oxley nach dem Zusammenbruch von Enron verabschiedet. Und wann wurde der USA Patriot Act verabschiedet? Ach ja, nach 9/11.

Bis 1992 wurde in Fast-Food-Restaurants Kaffee mit einer Temperatur zwischen 180 und 190°F [rund 80 bis 90°C] serviert, eine Temperatur, bei der der Kaffee bei Kontakt mit der menschlichen Haut in zwei bis sieben Sekunden Verbrennungen dritten Grades verursachen kann. Angesichts der Tatsache, dass der in Styroporbechern servierte Kaffee häufig verschüttet wird, stellte dies ein erhebliches Risiko schwerer Verletzungen dar. Ich habe keine proaktive gesetzliche Regelung zur Internalisierung dieser Externalität feststellen können. 1992 erwirkte Stella Liebeck ein Urteil gegen McDonald's für die Verletzungen, die sie erlitten hatte, als sie sich mit Kaffee bekleckerte, und zwar in Höhe ihrer Arztkosten und des Gewinns, den McDonald's in zwei Tagen durch den wissentlichen Verkauf von Kaffee mit einer gefährlich hohen Temperatur erzielte.³⁰ Am nächsten Tag servierte jedes Fast-Food-Restaurant in den Vereinigten Staaten seinen Kaffee mit einer Temperatur von 158°F [70°C], einer Temperatur, bei der es 60 Sekunden dauert, bis Verbrennungen dritten Grades auftreten; eine ausreichende Zeitspanne für die Kunden, um den Kaffee von ihrer Kleidung oder Haut abzuwischen. Mit dem heutigen Haftungsrecht mag vieles nicht in Ordnung sein,³¹ aber dass es nicht in der Lage ist, externe Effekte zu internalisieren, gehört ganz sicher nicht dazu. Man kann nur dann glauben, dass der Staat notwendig sei, um das Problem der sozialen Kosten zu lösen, wenn man die Natur des Gewohnheitsrechts und der staatlichen Gesetzgebung nicht kennt.

Öffentliche Güter

Die Staatsbefürworter behaupten, dass der Staat notwendig sei, um „öffentliche Güter“ bereitzustellen, also Güter, die für das menschliche Wohl-

³⁰ Das Urteil wurde um 20 Prozent herabgesetzt, um das Mitverschulden von Frau Liebeck hinsichtlich der Art und Weise, wie sie den Becher öffnete, zu berücksichtigen. Der Betrag wurde in der Berufung weiter herabgesetzt.

³¹ Fast alle davon sind nicht auf die Entwicklung des Common Law zurückzuführen, sondern auf die Bemühungen des zwanzigsten Jahrhunderts, das Ergebnis dieser Entwicklung zu verbessern. Siehe John Hasnas, „What's Wrong with a Little Tort Reform?“ 32 *Idaho Law Review* 557 (1996).

ergehen wichtig sind, aber vom Markt entweder nicht oder nur unzureichend bereitgestellt werden können. Öffentliche Güter sind Güter, deren Verbrauch nicht konkurrierend ist, d. h. ihre Nutzung durch eine Person beeinträchtigt nicht die Nutzung durch eine andere. Und sie sind nicht exklusiv, d. h. wenn das Gut einer Person zur Verfügung steht, steht es allen zur Verfügung, unabhängig davon, ob sie zur Produktion des Gutes beitragen oder nicht. Die Staatsbefürworter behaupten, dass solche Güter ohne den Staat nicht produziert werden können, weil die Menschen aufgrund des Trittbrettfahrer- und Bereitstellungsproblem nicht freiwillig das für ihre Produktion erforderliche Kapital bereitstellen werden. Das Trittbrettfahrerproblem bezieht sich auf die Tatsache, dass viele Menschen, die in den Genuss öffentlicher Güter kommen, ohne dafür zu bezahlen, ihren Beitrag zur Produktion der Güter zurückhalten und versuchen werden, von den Beiträgen anderer zu profitieren. Das Bereitstellungsproblem bezieht sich auf die Tatsache, dass die Menschen ihren eigenen Beitrag eher als Geldverschwendung betrachten und ihn zurückhalten, wenn sie nicht sicher sein können, dass andere genügend zur Produktion des Gutes beitragen werden. Daher sei der Staat notwendig, um die Produktion wichtiger öffentlicher Güter sicherzustellen.

Die richtige Antwort auf die Behauptung, dass der Staat notwendig sei, um öffentliche Güter zu produzieren, lautet: Was zum Beispiel? Zum Beispiel Leuchttürme? Das Licht, das sie liefern, steht allen Schiffen zur Verfügung und wenn es von einem genutzt wird, beeinträchtigt das nicht den Wert für andere. Aber Moment mal, Leuchttürme können auch privat betrieben werden und wurden auch schon privat betrieben.³² Wie Radio und Fernsehen? Ein Witzbold, den ich kenne, sagt gerne, dass er jeden Abend etwas Unmögliches tut, indem er kommerzielles Fernsehen schaut. Schließlich sind Fernsehsignale nicht konkurrenzlos im Verbrauch und nicht exklusiv. Daher können sie nicht vom Markt produziert werden. So wie das Internet? Aber halt, auch das ist privat finanziert.

Vielleicht wie Polizei und Gerichte? Theoretiker behaupten häufig, dass Polizeidienste und Gerichte öffentliche Güter sind, die vom Staat bereitgestellt werden müssen. In Bezug auf Polizeidienste wird die Behauptung wie folgt begründet:

Die Sicherheit von Personen ist in hohem Maße ein kollektives Gut. ... Ein wichtiger Teil der von der öffentlichen Polizei und den Strafrechtssystemen im

³² Siehe Ronald H. Coase, „The Lighthouse in Economics,“ 17 *Journal of Law and Economics* 357 (1974).

Allgemeinen erbrachten Dienstleistung besteht darin, potenzielle Straftäter davon abzuhalten, Menschen zu schaden. Und diese Abschreckung ist ein unteilbares, nicht ausschließbares Gut für Nachbarn und Besucher ... Neben der Abschreckung kann es auch einen Nutzen geben, der aus der Inhaftierung des Diebes folgt – Diebstahl unmöglich zu machen – ein Nutzen, der ebenfalls unteilbar ist und von dem andere nicht ausgeschlossen werden können. Die soziale Ordnung, zumindest die Sicherheit von Personen und Gütern, ist also in erheblichem Maße ein kollektives Gut. Dementsprechend kann die soziale Ordnung in dem Maße, in dem dies der Fall ist, ohne einen Staat nicht effizient gewährleistet werden.³³

Ähnlich wird in Bezug auf Gerichte behauptet, dass private Gerichte keinen Anreiz haben, klare Präzedenzfälle zu schaffen, die zu Regeln führen, weil das Vorhandensein eindeutiger und allgemein bekannter Verhaltensregeln einen nicht ausschließbaren Nutzen für alle darstellt. Da eindeutige Präzedenzfälle „einen externen, unentgeltlichen Nutzen nicht nur für künftige Parteien, sondern auch für konkurrierende Richter bedeuten würden, ... könnten Richter es absichtlich vermeiden, ihre Ergebnisse zu erläutern, weil die Nachfrage nach ihren Diensten durch Regeln, die die Bedeutung des Gesetzes klären und die Häufigkeit von Streitigkeiten verringern, zurückgehen würde.“³⁴ Daher seien staatliche Gerichte für die Entwicklung von Rechtsnormen notwendig.

Dies sind vollkommen logische theoretische Argumente, nur werden sie durch die Realität widerlegt. Der Beweis dafür, dass Polizeidienste und Gerichte keine öffentlichen Güter sind, besteht darin, dass sie, wie Leuchttürme, Fernsehen und das Internet, während des größten Teils der Menschheitsgeschichte nicht durch den Staat bereitgestellt wurden. Es stimmt natürlich, dass, wenn der Staat Gebiete mit nicht in seinem Besitz befindlichem, politisch kontrolliertem Eigentum schafft, an deren Erhaltung keine private Partei ein Interesse hat, es nur wenig Polizeidienste an diesen Orten geben wird. Die polizeiliche Betreuung dieses „öffentlichen“ Eigentums muss möglicherweise tatsächlich vom Staat übernommen werden. Dies liegt jedoch nicht daran, dass Polizeidienste ein öffentliches Gut sind, das nicht vom Markt bereitgestellt werden kann, sondern daran, dass Polizeidienste nicht bereitgestellt werden, wenn der Markt vom Staat unterdrückt wird. Und obwohl es sicherlich richtig ist, dass private Polizeidienste eine unkompenzierte positive Externalität erzeugen, da ihre ab-

³³ Christopher W. Morris, *An Essay on the Modern State* 60–61 (1998).

³⁴ Siehe William M. Landes and Richard A. Posner, „Adjudication as a Private Good,“ *6 Journal of Legal Studies* 235 (1979).

schreckende Wirkung auch diejenigen sicherer macht, die nicht dafür bezahlt haben, kann dies kaum ein Grund für die Annahme sein, dass solche Dienste nicht produziert werden. Es ist in der Tat ziemlich schwierig, sich eine nützliche Tätigkeit vorzustellen, die keine unkompensierten positiven externen Effekte erzeugt. Wenn ich ein Deodorant benutze und mich anziehe, ist das sicherlich der Fall, aber der Staat ist nicht verpflichtet, mich zu bezahlen, damit ich mich wasche und anziehe. Darüber hinaus ist es zumindest seltsam, zu behaupten, dass ein System wettbewerbsorientierter Gerichte keine Rechtsregeln hervorbringt, wo doch die Regeln, auf denen unsere Zivilisation beruht, gerade aus einem solchen System hervorgegangen sind.³⁵

Wie die Landesverteidigung? Die Landesverteidigung ist vielleicht *das* archetypische öffentliche Gut. Die Sicherheit, die sie bietet, ist nicht rivalisierend im Verbrauch und kommt allen Mitgliedern der Gesellschaft zugute, ob sie dafür bezahlen oder nicht. Kann die Landesverteidigung ohne den Staat angemessen gewährleistet werden?

Wenn sich „Landesverteidigung“ auf die Art von Militärausgaben bezieht, die mit den heutigen nationalen Regierungen verbunden sind, ist die Antwort ein klares „Nein“. Sobald ein Staat mit der Macht ausgestattet ist, den Reichtum seiner Bürger zu enteignen, um die Landesverteidigung zu gewährleisten, sieht fast jede gewünschte Ausgabe wie ein Erfordernis der Landesverteidigung aus. Schon bald werden die Unterstützung südostasiatischer Diktatoren und der Sturz von Diktatoren im Nahen Osten als dringende Belange der nationalen Verteidigung bezeichnet. Die Tatsache, dass es keine nichtstaatliche Möglichkeit gibt, ausreichend Kapital für die Umsetzung dieser Vorstellung von Landesverteidigung zu beschaffen, sagt nichts über die Lebensfähigkeit der Anarchie aus, sondern ist vielmehr ein weiteres Argument für die Märkte.

Wenn sich der Begriff „Landesverteidigung“ jedoch nur auf das bezieht, was unbedingt notwendig ist, um die Bürger einer Nation vor Angriffen

³⁵ Für die wahren Intellektuellen unter meinen Lesern, die einfach nicht akzeptieren können, dass Fakten ein perfektes theoretisches Modell untergraben dürfen, verweise ich auf David Schmidtz, *The Limits of Government: An Essay on the Public Goods Argument* (1991). Schmidtz erklärt, wie das Gewährleistungsproblem durch einen Gewährleistungsvertrag oder eine Geld-zurück-Garantie gelöst werden kann und wie das Trittbrettfahrerproblem auf eine relativ kleine Anzahl von Fällen beschränkt werden kann, in denen die Anwendung von Zwang zur Herstellung des öffentlichen Gutes ethisch fragwürdig ist.

von außen zu schützen, bin ich bereit zuzugeben, dass ich die Antwort auf diese Frage nicht kenne. Dieses Eingeständnis bereitet mir jedoch kein Unbehagen, denn wie ich eingangs sagte, ist die Frage der Landesverteidigung in praktischer Hinsicht eine triviale Angelegenheit. Niemand glaubt, dass wir von einer Welt der Staaten augenblicklich zur Anarchie übergehen können. Kein vernünftiger Anarchist befürwortet die totale Auflösung der Regierung von heute auf morgen. Sobald wir uns der Frage zuwenden, wie wir schrittweise von der Regierung zur Anarchie übergehen können, wird deutlich, dass die Landesverteidigung eine der letzten Regierungsfunktionen wäre, die entstaatlicht werden müsste. Wenn mein Argument für die Anarchie fehlerhaft ist und die Anarchie keine praktikable Methode der gesellschaftlichen Organisation darstellt, wird dies zweifellos zutage treten, lange bevor die Abschaffung der Landesverteidigung ein Thema wird. Andererseits wird in dem Maße, in dem der allmähliche Übergang von der Regierung zur Anarchie erfolgreich ist, die Notwendigkeit der Landesverteidigung kontinuierlich abnehmen.

Bedenke, was es für eine Nation bedeuten würde, ernsthaft einen Prozess der Entstaatlichung einzuleiten. Jede Verringerung der Größe und des Umfangs des Staates setzt mehr kreative Energie der Bevölkerung frei. Die wirtschaftlichen Auswirkungen dieses Prozesses sind bekannt und werden derzeit in China demonstriert. Wie Ökonomen betonen, können revolutionäre Veränderungen durch marginale Effekte herbeigeführt werden. Selbst ein langsamer Liberalisierungsprozess, der *über einen längeren Zeitraum aufrechterhalten wird*, führt zu einer massiven Beschleunigung des wirtschaftlichen und technologischen Wachstums. Und der Zuwachs an Freiheit und Wohlstand in der sich liberalisierenden Nation würde auch tiefgreifende externe Effekte haben. Viele der mutigsten und fleißigsten Bewohner repressiverer Nationen würden versuchen, in die sich liberalisierende Nation einzuwandern und einige andere Nationen würden vom Beispiel der sich liberalisierenden Nation lernen und beginnen, ihre Politik zu kopieren.

In dem Maße, in dem sich die wirtschaftliche und technologische Kluft zwischen der liberalisierenden Nation und dem Rest der Welt vergrößert, je abhängiger die Welt von den Waren und Dienstleistungen wird, die von dieser Nation hergestellt und geliefert werden und je stärker eine größere Zahl anderer Nationen dazu bewegt wird, selbst eine liberalisierende Politik zu betreiben, desto eher nimmt die Bedrohung ab, die der Rest der Welt für die liberalisierende Nation darstellt. Ein Beweis dafür ist der Untergang der Sowjetunion. Radikale Regimes und terroristische Organisati-

onen mögen eine ernsthafte und anhaltende Bedrohung darstellen, aber man muss sie im historischen Kontext betrachten. Eine solche Bedrohung ist wesentlich weniger ernst und kostengünstiger zu bewältigen als die Gefahr eines thermonuklearen Krieges.

Es sei daran erinnert, dass wir nur die Kosten für den Schutz der Bürger vor Aggressionen betrachten, nicht aber die Kosten für ausländische Abenteuer oder „präventive“ Kriegsführung. Wie groß ist die Bedrohung durch eine ausländische Invasion, der die Vereinigten Staaten derzeit ausgesetzt sind? Wie viel von den Ausgaben für die „nationale Verteidigung“ wird tatsächlich für die Verhinderung einer solchen Invasion aufgewendet? Wie groß wird die wirtschaftliche und technologische Kluft zwischen der vorgeburtlichen Anarchie und den repressiveren Nationen nach Jahren oder Jahrzehnten der kontinuierlichen und anhaltenden Verkleinerung des Staates sein? Wie viel ausgereifter wird die Verteidigungstechnologie sein? Um wie viel abhängiger werden die repressiven Nationen von ihren Waren und Dienstleistungen sein? Wenn eine Nation beginnt, den Weg in die Anarchie einzuschlagen, wird sich die Frage, ob die Landesverteidigung ein öffentliches Gut ist, das vom Staat bereitgestellt werden muss, mit großer Wahrscheinlichkeit erübrigen.

Schlussfolgerung

Aristoteles nannte den Menschen das rationale Tier und bezeichnete die Fähigkeit des Menschen zur Vernunft als sein wesentliches Definitionsmerkmal. Meiner Meinung nach ist dies ein Irrtum. Ich denke, der Mensch ist das phantasievolle Tier. Der Mensch hat zweifellos die Fähigkeit zur Vernunft, aber er hat auch die Fähigkeit, sich vorzustellen, dass die Welt anders ist als sie ist und letzteres ist eine viel stärkere Kraft. Die Menschen feuern die Chicago Cubs an, weil sie sich vorstellen können, dass die Cubs die World Series gewinnen, trotz aller gegenteiligen Signale. Menschen heiraten regelmäßig, weil sie sich vorstellen können, dass sie ihren offensichtlich inkompatiblen Partner in den idealen Ehemann oder die ideale Ehefrau verwandeln werden. Menschen investieren Zeit, Mühe und Geld in politische Kampagnen, weil sie sich vorstellen können, dass sich Washington D. C. in ein Camelot verwandeln würde, wenn nur Bill Clinton oder Bob Dole oder George W. Bush oder John Kerry gewählt würden. Und was noch wichtiger ist: Menschen melden sich freiwillig zum Krieg, weil sie sich vorstellen können, unbeschadet durch ein Maschinengewehrfeuer zu rennen. Nur die Fähigkeit, sich ein Leben nach dem Tod vorzustellen, für das es keinerlei Beweise gibt, kann erklären, warum Men-

schen sich Sprengstoff umschnallen und sich in die Luft sprengen, um so viele unschuldige Menschen wie möglich zu töten.

Habt ihr euch jemals gefragt, warum die Menschen an das göttliche Recht der Könige geglaubt haben, obwohl die Monarchen ihrer Zeit ganz offensichtlich nicht die Art von Menschen waren, die ein allwissender, allgütiger Gott als Herrscher auswählen würde? Sie glaubten daran, weil man sie lehrte, daran zu glauben und weil sie sich vorstellen konnten, dass es so war, ungeachtet aller gegenteiligen Beweise. Wir glauben nicht mehr an so alberne Dinge wie das göttliche Recht der Könige. Wir glauben, dass eine Regierung für eine geordnete, friedliche Gesellschaft notwendig ist und dass man sie dazu bringen kann, nach rechtsstaatlichen Grundsätzen zu funktionieren. Wir glauben dies, weil es uns von Kindesbeinen an beigebracht wurde und weil wir uns vorstellen können, dass es so ist, ungeachtet aller gegenteiligen Beweise.

Man sollte niemals die Macht abstrakter Konzepte unterschätzen, die die Sichtweise der Menschen auf die Welt prägen. Wenn man erst einmal die Vorstellung akzeptiert hat, dass ein Staat für Frieden und Ordnung notwendig ist und dass er objektiv funktionieren kann, wird die eigene Vorstellungskraft einem erlauben, die Hand des Staates überall dort zu sehen, wo es Gesetz, Polizei und Gerichte gibt und die nichtstaatliche Bereitstellung dieser Dienste unsichtbar zu machen. Lässt man diesen begrifflichen Rahmen jedoch lange genug beiseite, um zu fragen, woher diese Dienstleistungen stammen und woher sie größtenteils immer noch stammen, erhält die Welt ein anderes Gesicht. Wer auf der Suche nach dem besten Argument für Anarchie ist, sollte einfach seine selbst auferlegten Scheuklappen abnehmen und sich umsehen.

WIRTSCHAFT IN EINER LEKTION (AUSZÜGE)

Henry Hazlitt

1946

Henry Hazlitt (1894–1993) war ein Journalist, der unter anderem für die New York Times, das Wall Street Journal und Newsweek über wirtschaftliche Angelegenheiten schrieb.

Die Kunst der Ökonomie besteht darin, nicht nur die unmittelbaren, sondern auch die längerfristigen Auswirkungen einer Handlung oder Politik zu betrachten. Sie besteht darin, die Folgen dieser Politik nicht nur für eine Gruppe, sondern für alle Gruppen zu betrachten (S. 5).

Es besteht jedoch ein entscheidender Unterschied zwischen den von privaten Kreditgebern gewährten Krediten und den von einer staatlichen Stelle gewährten Krediten. Jeder private Kreditgeber riskiert sein eigenes Geld. (Ein Bankier riskiert zwar die ihm anvertrauten Gelder anderer, aber wenn Geld verloren geht, muss er es entweder aus seinen eigenen Mitteln ersetzen oder er wird aus dem Geschäft gedrängt.) Wenn Menschen ihr eigenes Geld riskieren, prüfen sie in der Regel sorgfältig die Angemessenheit der verpfändeten Vermögenswerte sowie die Geschäftstüchtigkeit und Ehrlichkeit des Kreditnehmers (S. 27).

Vielleicht haben die Maschinen diese wachsende Bevölkerung hervorgebracht, denn ohne die Maschinen wäre die Welt nicht in der Lage gewesen, sie zu ernähren. Man könnte also sagen, dass zwei von drei Menschen nicht nur ihre Arbeit, sondern ihr ganzes Leben den Maschinen verdanken. Es ist jedoch ein Irrtum zu glauben, dass die Funktion oder das Ergebnis von Maschinen in erster Linie in der Schaffung von Arbeitsplätzen besteht. Das eigentliche Ergebnis der Maschine ist die Steigerung der Produktion, die Erhöhung des Lebensstandards, die Steigerung des wirtschaftlichen

Wohlstands. Es ist nichts dabei, alle Menschen zu beschäftigen, selbst (oder gerade) in der primitivsten Wirtschaft. Vollbeschäftigung – die umfassende Beschäftigung mit langer, mühsamer, kräftezehrender Arbeit – ist genau für die Nationen charakteristisch, die industriell am meisten zurückgeblieben sind. Dort, wo bereits Vollbeschäftigung herrscht, können neue Maschinen, Erfindungen und Entdeckungen – solange noch keine Zeit für eine Bevölkerungszunahme war – keine weitere Beschäftigung bringen. Sie werden wahrscheinlich zu mehr Arbeitslosigkeit führen (aber dieses Mal spreche ich von freiwilliger und nicht von unfreiwilliger Arbeitslosigkeit), weil die Menschen es sich jetzt leisten können, weniger Stunden zu arbeiten, während Kinder und ältere Menschen nicht mehr arbeiten müssen (S. 41).

Es gibt keine Grenze für die Menge der zu leistenden Arbeit, solange irgendein menschliches Bedürfnis oder ein Wunsch, den die Arbeit erfüllen könnte, unbefriedigt bleibt (S. 49–50).

Dieses „Kaufkraft“-Argument ist, wenn man es genauer betrachtet, fantastisch. Es könnte genauso gut auf einen Gauner oder einen Dieb zutreffen, der dich ausraubt. Nachdem er dein Geld genommen hat, hat er mehr Kaufkraft. Er unterstützt damit Bars, Restaurants, Nachtclubs, Schneider, vielleicht Arbeiter in der Autoindustrie. Aber für jeden Arbeitsplatz, den seine Ausgaben schaffen, müssen deine eigenen Ausgaben einen weniger schaffen, weil du so viel weniger zum Ausgeben hast. Genauso stellen die Steuerzahler für jeden Arbeitsplatz, der durch die Ausgaben der Amtsinhaber geschaffen wird, einen Arbeitsplatz weniger zur Verfügung (S. 53).

Das wirtschaftliche Ziel jeder Nation wie auch jedes Einzelnen ist es, mit dem geringsten Aufwand die größten Ergebnisse zu erzielen. Der gesamte wirtschaftliche Fortschritt der Menschheit bestand darin, mit der gleichen Arbeit mehr zu produzieren (S. 55).

Der zivilisatorische Fortschritt führte zur Verringerung der Beschäftigung, nicht zur Zunahme. Weil wir als Nation immer wohlhabender geworden sind, konnten wir die Kinderarbeit praktisch abschaffen ... (S. 56).

Weil der amerikanische Verbraucher fünf Dollar mehr für die gleiche Qualität eines Pullovers zahlen müsste, hätte er genau so viel weniger übrig, um etwas anderes zu kaufen. Er müsste seine Ausgaben an anderer Stelle um fünf Dollar kürzen (S. 63).

Der wahre Reichtum besteht natürlich in dem, was produziert und konsumiert wird: die Lebensmittel, die wir essen, die Kleidung, die wir tragen, die Häuser, in denen wir wohnen. Er besteht aus Eisenbahnen und Straßen und Autos, Schiffen und Flugzeugen und Fabriken, Schulen und Kirchen

und Theatern, Klavieren, Gemälden und Büchern. Und doch ist die verbale Zweideutigkeit, die Geld mit Reichtum verwechselt, so mächtig, dass selbst diejenigen, die die Verwechslung manchmal erkennen, im Laufe ihrer Überlegungen wieder in sie hineinschlittern (S. 146).

Die Wirtschaftswissenschaft ist, wie wir jetzt immer wieder gesehen haben, eine Wissenschaft des Erkennens sekundärer Konsequenzen. Sie ist auch eine Wissenschaft vom Erkennen allgemeiner Folgen. Sie ist die Wissenschaft, die die Auswirkungen einer vorgeschlagenen oder bestehenden Politik nicht nur auf ein spezielles Interesse auf kurze Sicht, sondern auf das allgemeine Interesse auf lange Sicht nachzeichnet (S. 175).

WIE MÄRKTE ZU MEHR WIRTSCHAFTLICHER GLEICHHEIT GEFÜHRT HABEN

Antony Sammeroff

Antony Sammeroff ist Mitveranstalter des „Scottish Liberty Podcast“ und Autor des Buches *Universal Basic Income – For and Against*.

Kürzlich nahm ich an einer Debatte im Soho Forum zwischen dem demokratischen Sozialisten Ben Burgis und dem Libertären Gene Epstein teil, bei der es um die Frage ging, ob Kapitalismus oder Sozialismus zu mehr Wohlstand, Gleichheit und Freiheit führen würde.

Ben ging davon aus, dass es in einer sozialistischen Wirtschaft mehr Gleichberechtigung gebe und Gene hat sich in diesem Punkt nicht besonders angestrengt. In der Tat war es einmal unter Libertären weit verbreitet, zu sagen: „Während der Kapitalismus zu einer ungleichen Verteilung des Reichtums führen mag, führt der Sozialismus nur zu einer gleichmäßigen Verteilung der Armut.“

Nun, sehen wir uns die Fakten an. Man sagt uns, dass der Kapitalismus große Einkommens- und Vermögensunterschiede hervorbringt und Ungleichheit scheint ein echtes Problem zu sein, wenn wir sie nur anhand von Dollarwerten messen.

Gleicher denn je

Im materiellen Sinne sind wir die gleichste Gesellschaft, die es je gegeben hat. Ein Milliardär hat einen Maserati oder Rolls Royce, aber er kann auf der Straße nicht viel schneller fahren als du oder ich. Doch es gab eine Zeit, in der die Reichen in Pferdekutschen herumgefahren wurden, während die meisten Menschen zu Fuß gingen. Letzteres ist eine Form der Gleichheit.

Ananas und andere tropische Früchte waren einst seltene und hochgeschätzte exotische Güter. Auf einem Gemälde aus dem siebzehnten Jahrhundert sieht man, wie Karl II. von England eine Ananas geschenkt bekommt (die sicherlich Tausende von Pfund wert war). Heutzutage gehen die Reichen in protzige Restaurants, aber die meisten Menschen in den westlichen Ländern haben Zugang zu mehr Kalorien aus hochwertigen Lebensmitteln, als sie jemals essen könnten.

Und das ist noch nicht alles. Der reichste Mensch der Welt hat weder eine viel bessere Breitbandverbindung als du, noch ein viel bequemeres Paar Schuhe, ein komfortableres Bett oder eine schönere Couch.

In Bezug auf die Abläufe des täglichen Lebens werden wir immer gleicher. Immer mehr Menschen – selbst in Ländern der Dritten Welt – haben Zugang zu einem Smartphone, mit dem sie auf das Internet und alle Bildungsangebote, Kunst, Musik, Kultur und soziale Medien zugreifen können, zu denen auch alle anderen Zugang haben.

Ein reicher Mensch hat eine Toilette mit Wasserspülung. Du hast eine Toilette mit Wasserspülung. Ein reicher Mensch hat Wasser, das aus seinen Wasserhähnen kommt. Du hast Wasser, das aus deinem Wasserhahn kommt. Ein reicher Mensch hat Strom. Du hast Strom. Du kannst dir Seife leisten. Du kannst zu jeder Jahreszeit Früchte essen, die aus der ganzen Welt eingeflogen werden. Der reichste Mensch der Welt konnte vor ein paar hundert Jahren nicht einmal von dem Luxus träumen, in dem Menschen leben, die in Ländern der ersten Welt als verarmt gelten.

Wettbewerb um Ressourcen in einem sozialistischen Regime

Burgis gibt zu, dass er im Namen der Gleichheit Institutionen wie das Bank- und Finanzwesen, die Versorgungsbetriebe, das Gesundheitswesen und wer weiß wie viele andere noch unter sogenannte demokratische Kontrolle stellen will. Aber wir müssen uns fragen, *wie* die Massen darüber abstimmen sollen, wie die Öffentlichkeit Zugang zur Telekommunikation erhält, während sie gleichzeitig *den Nutzern dient*. Letztendlich sind die privaten Unternehmer dem Kunden gegenüber verantwortlich. Es mag so aussehen, als hätten sie die Macht, sich über sie hinwegzusetzen, aber wenn jemand kommt und es besser macht, haben sie Pech gehabt. Sie werden durch einen Konkurrenten ersetzt.

Die Beseitigung des Marktes löst nicht das Problem des „Wettbewerbs“ (falls es sich tatsächlich um einen Wettbewerb handelt). Auch wenn die Institutionen unter demokratischer Kontrolle stehen, wird es immer noch einen starken Wettbewerb um Regierungsaufträge und bevorzugte Positi-

onen geben. Letztendlich wird jemand entscheiden müssen, wer was bekommt und dieser Jemand wird eine unverhältnismäßige – ich wage zu sagen „ungleiche“ – Menge an Macht ausüben und wahrscheinlich viel mehr „bekommen“ als die meisten Menschen.

Je mehr auf einem freien Markt gehandelt wird, desto mehr Menschen stimmen über das ab, was produziert wird und von wem man es bekommt. Das ist letztendlich Fakt. Aber wie ich bereits erklärt habe, wird der „übermäßige Reichtum“ der Reichen nicht unter einer Matratze gelagert. Sie können ihn nur dann behalten, wenn sie ihn in Dinge investieren, die den Menschen dienen, indem sie bessere Produkte und Dienstleistungen schaffen. Wenn sie in die Herstellung von Produkte investieren, die niemand will, werden sie die Investition verlieren. Auf diese Weise erzwingt der Markt – sofern es sich tatsächlich um einen freien Markt mit ausschließlich freiwillig vereinbarten Tauschgeschäften handelt – eine Angleichung der Interessen derjenigen, die den Reichtum besitzen, an die der Verbraucher. Die Verbraucher entscheiden mit ihren „Stimmen“, in was die Reichen investieren müssen, um reich zu bleiben. Gene erwähnte in der Debatte immer wieder, dass Mitglieder der „Arbeiterklasse“ einen unverhältnismäßig großen Teil der Konsumausgaben kontrollieren und daher mehr Mitspracherecht in unseren gesellschaftlichen Institutionen haben sollten, als die meisten Leute denken würden.

Die Frage des Gesundheitswesens

Wir können den Markt gegen den Sozialismus ausspielen, wenn es um den scheinbar ungleichsten Fall geht, nämlich um die Ökonomie von Leben und Tod, das Gesundheitswesen. In einer Debatte mit mir brachte Burgis sein Entsetzen darüber zum Ausdruck, dass sich auf einem freien Markt eine reiche Person einen Platz in der Warteschlange für lebensrettende Behandlungen erkaufen kann und sagte, es wäre besser, wenn der Staat diese Dinge rationieren würde. Das ist zwar dann zutreffend, wenn der Markt etwas Statisches wäre, was er aber nicht ist.* Angenommen, es gäbe nur einen einzigen Chirurgen, der die Operation durchführen könnte, so würde die Möglichkeit, dass der Meistbietende den ersten Zugang zum Chirurgen erhält, so viel Geld einbringen, dass man berechnen könnte, wie viel Zeit der Chirurg mit Operationen für die sehr Wohlhabenden verbringen sollte und wie viel Zeit er damit verbringen sollte, andere zu unterrichten, die gleichen Eingriffe durchzuführen. Das würde ein Signal an alle anderen Chirurgen senden, dass dies eine dringend benötigte Spezialisierung ist und dass sie ihre Tätigkeit sofort einstellen sollten, um sich in der

neuen Operationsmethode weiterzubilden. Langfristig hätten viel mehr Menschen Zugang zu dem Verfahren zu einem erschwinglichen Preis, als wenn der Staat den Zugang zu den Plätzen lediglich rationieren würde. In letzterem Fall wären die Wartelisten riesig und die Menschen würden mangels qualifizierter Chirurgen sterben. Eine merkwürdige Form des Ausgleichs findet im Laufe der Zeit immer dann statt, wenn der Markt funktionieren darf. Ist der Zugang zur Gesundheitsversorgung in den USA derzeit ungleich? Und ob! Aber das liegt nur daran, dass es dem Markt *verboten ist*, zu funktionieren.

Der Markt übt einen Aufwärtsdruck auf die Qualität der Produkte und einen Abwärtsdruck auf ihre Preise aus, weil die Verbraucher das beste Produkt zum günstigsten Preis wollen. Das heißt, „Produktion für uns“ ist „Produktion für den Profit“. Was heute nur für die Reichen zugänglich ist, wird morgen für alle gleichermaßen zugänglich sein.

Deshalb konnte sich anfangs auch kaum jemand einen Computer leisten. Aber weil die „gierigen Reichen“ sich eher für den Luxus als für die Wohltätigkeit entschieden und teure Computer kauften, anstatt ihr Geld an die Armen zu verschenken, konnten es sich die Unternehmen, die diese Computer herstellten, leisten, die Forschung zu finanzieren, die zu dem relativen „Supercomputer“ führte, an dem du heute diesen Artikel liest und der für dich erschwinglich ist.

*Mit Ausnahme von Mises' Konzept der „gleichmäßig rotierenden Wirtschaft“, das er als Gedankenexperiment verwendet, um zu zeigen, wie Märkte in der realen Welt tatsächlich funktionieren.

DER STAAT IST ZU GEFÄHRLICH, UM IHN ZU TOLERIEREN (AUSZÜGE)

Robert Higgs, Ph.D.

Robert Higgs ist seit 1994 Senior Fellow für politische Ökonomie beim Independent Institute und fungiert auch als Herausgeber (und seit 2013 als Editor at Large) von The Independent Review. Er ist ehemaliger Senior Fellow am Ludwig von Mises Institut. Dieser Vortrag ist eine auf Mises.tv archivierte Live-Übertragung von der Mises University 2013, die vom Mises Institute in Auburn, Alabama, am 27. Juli 2013 veranstaltet wurde.

Das Ausmaß an Chaos, Zerstörung und Tod, das nichtstaatliche Akteure anrichten würden, muss unvorstellbar groß sein, wenn man den Staat verteidigt, obwohl man die absolute Gewissheit hat, dass er sich weiterhin an Erpressung, Raub, absichtlicher Wohlstandsvernichtung, Körperverletzung, Entführung, Mord und zahllosen anderen Verbrechen beteiligt.

Wenn eine Bevölkerung im Sinne ihrer gemeinschaftlichen Interessen handeln würde, würde sie niemals einen Staat tolerieren. Um zu dieser Schlussfolgerung zu gelangen, müssen wir nicht die zahllosen Probleme leugnen, mit denen Menschen in einer Gesellschaft ohne Staat konfrontiert sein würden. Jede anarchistische Gesellschaft, die in normalem Maße von niederträglichen und korrumpierbaren Individuen bevölkert ist, wird auch mit Verbrechen und Elend in Hülle und Fülle zurechtkommen müssen. *Aber alles, was das Leben ohne Staat unerwünscht macht, macht das Leben mit einem Staat noch unerwünschter.* Die Vorstellung, dass die anti-sozialen Tendenzen, die manche Menschen in jeder Gesellschaft haben, geheilt oder gar gemildert werden können, indem man einigen wenigen Personen eine große Entscheidungsbefugnis über alle anderen einräumt, erweist sich, wenn man wirklich darüber nachdenkt, als großer Irrtum.

Vielleicht ist es überflüssig, hinzuzufügen, dass die Gewaltenteilung, auf die sich Madison verließ, um den Missbrauch durch die Regierung einzu-

dämmen, sich als zunehmend untauglich erwiesen haben. Wenn man sich ansieht, was das aktuelle US-Regime beansprucht und tut, ist diese Gewaltenteilung fast vollständig einer Art Absolutismus gewichen, in dem die Regierungsorgane, die sich gegenseitig kontrollieren und ausgleichen sollten, zu einem sich gegenseitig unterstützenden Konglomerat verschmolzen sind, um die Menschen auszuplündern und sie der Herrschaft des Staates vollständig zu unterwerfen.

Anarchisten versuchten nicht, einen Völkermord an den Armeniern in der Türkei zu begehen, sie ließen nicht absichtlich Millionen von Ukrainern verhungern, sie schufen kein System von Todeslagern, um Juden, Zigeuner und Slawen in Europa zu töten, sie warfen keine Brandbomben auf zahllose deutsche und japanische Großstädte und keine Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki, sie führten keinen „Großen Sprung nach vorn“ durch, der Millionen von Chinesen das Leben kostete. ... sie haben nicht versucht, alle Menschen mit nennenswerter Bildung in Kambodscha zu töten ... sie haben nicht einen Angriffskrieg nach dem anderen begonnen, sie haben keine Handelssanktionen eingeführt, die rund 500.000 irakische Kinder getötet haben. In Debatten zwischen Anarchisten und Etatisten sollte die Beweislast eindeutig bei denjenigen liegen, die auf den Staat vertrauen. Das Chaos der Anarchie ist eine reine Vermutung. Das Chaos des Staates ist unbestreitbar und faktisch entsetzlich.

Obwohl ich zugebe, dass das Ergebnis in einer staatslosen Gesellschaft schlecht sein wird, weil die Menschen nicht nur keine Engel, sondern manche von ihnen extrem böse sind, vermute ich, dass das Ergebnis in einer Gesellschaft mit Staat noch schlimmer, ja viel schlimmer sein wird, weil erstens die bösesten Menschen in der Gesellschaft dazu neigen werden, die Kontrolle über den Staat zu erlangen¹ und zweitens aufgrund dieser Kontrolle über die mächtigen Todes- und Zerstörungsmaschinen des Staates weitaus mehr Schaden anrichten werden, als sie jemals ohne Staat hätten anrichten können.² Es ist bedauerlich, dass einige Individuen Verbrechen begehen, aber es ist noch viel schlimmer, wenn solchen kriminell veranlagten Individuen die Kontrolle über das staatliche Macht- und Gewaltmonopol überlassen wird ... Die Lektion des Vorsorgeprinzips ist klar: Weil Menschen niederträchtig und korrumpierbar sind, ist der Staat, der bei weitem das größte Schadenspotenzial birgt und dazu neigt, von den Schlimmsten der Schlimmen vereinnahmt zu werden, viel zu riskant, als

¹ Hayek 1944, S. 134-52; Bailey 1988; Higgs 2004, S. 33-56.

² Higgs 2004, S. 101-05.

dass irgendjemand seine weitere Existenz rechtfertigen könnte. Ihn zu tolerieren bedeutet nicht nur, mit dem Feuer zu spielen, sondern die totale Zerstörung der menschlichen Spezies zu riskieren.³

³ Higgs, Ph.D., Robert. "If Men Were Angels: The Basic Analytics of the State Versus Self-Government". Zeitschrift für Libertäre Studien, Vol. 21, Nr. 4 (Winter 2007): 55-68.

DER UNSICHTBARE INNERE FEIND

Clint Russell
„Liberty Lockdown“ Podcast

Clint Russell ist ein ehemaliger privater Hypothekemakler und Unternehmer, der mit 37 Jahren in den Ruhestand ging, als er während der Lockdowns von 2020 zum radikalen Freiheitsverfechter wurde.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen, wurden Kriege von den Armen und Machtlosen für die Reichen und Mächtigen geführt. Kein Krieg in meinem Leben hat dieses Muster durchbrochen. Junge Männer gehen unter falschem Vorwand nach Übersee, eingewickelt in die Flagge der Vereinigten Staaten, um eine Botschaft zu verbreiten, die die Flagge nicht repräsentiert. Viel zu viele von ihnen kehren bedeckt von eben dieser Flagge zurück.

Ich habe aus erster Hand miterlebt, welchen seelischen Preis diejenigen bezahlen müssen, die die von ihnen begangenen Gräueltaten erst erkennen, wenn es zu spät ist. Mit zitternden Händen, verkrüppelt von Schuldgefühlen, greifen sie nach allem, was ihre moralischen Schmerzen lindern könnte. Unversorgt und ungeheilt, ersetzen sie das, was sie zu sich nehmen, schließlich allzu oft durch eine Kugel aus einem Revolver. Meine Ablehnung künftiger Kriege liegt im Kern in der Verwüstung begründet, die der Staat sowohl bei den Soldaten angerichtet hat, die durch ihre grausamen Handlungen innerlich zerstört wurden, als auch bei den über eine Million externen Opfern, die sie in Übersee hinterlassen haben.

Heute, da er keine der Lehren aus dem Krieg gegen den Terror gezogen hat, hat er sich nach innen gewandt.

Ein neuer unsichtbarer Feind ist aufgetaucht, der sich von einem amorphen „extremistischen religiösen Terrorismus“ zu einem Atemwegsvirus und dann wieder zu einem neuen Etikett des „Bioterrors“ gewandelt hat. Keine Freiheit bleibt unangetastet, wenn ein Krieg im Gange ist und diese Kriege sind ewig, und zwar absichtlich. Die Apparate, die im Rahmen des

Krieges gegen den Terror törichterweise zugelassen und eingerichtet wurden – nämlich die NSA, das DHS, die TSA und ein weiter aufgeblähtes FBI –, werden jetzt gegen diejenigen eingesetzt, die verlangen, dass ihre körperliche Autonomie und ihre medizinische Privatsphäre respektiert werden.

Libertäre, also die friedlichen Typen, die leben und leben lassen wollen, die mich einfach in Ruhe lassen, wurden in die Liste der potenziellen Bedrohungen durch den einheimischen Terrorismus aufgenommen, und zwar nach Aussage von keinem Geringeren als dem ehemaligen Direktor der CIA. Wir alle wissen, was dieses Etikett bedeutet: endloser Krieg, endlose Überwachung und strafrechtliche Verfolgung ohne ordnungsgemäßes Verfahren, Entrechtung und, je nach Lust und Laune, Lebensgefahr. Es gibt jetzt ein faschistisches Bündnis von arbeitgeberseitig verordnetem Impfwang, in dem Millionen von Menschen vor die brutale Wahl gestellt werden, sich entweder eine Substanz spritzen zu lassen, deren langfristige Nebenwirkungen nicht bekannt sind, oder de facto aus der Gesellschaft ausgeschlossen zu werden, weil sie sich vor einem Virus fürchten, der höchstwahrscheinlich mit Steuergeldern geschaffen wurde, die genau diesen Opfern gestohlen wurden. Dem amerikanischen Volk wurde von der Regierung, die zumindest auf dem Papier geschworen hatte, es zu schützen, der Krieg erklärt.

EINE RECHTSGERICHTETE KRITIK AM POLIZEISTAAT

Llewellyn H. Rockwell, Jr.

Lew Rockwell ist Gründer und Vorsitzender des Ludwig von Mises Institute, Herausgeber von LewRockwell.com und Autor von *Fascism vs. Capitalism*. Die folgende Passage ist ein Auszug aus *The Left, the Right, and the State*.

Die amerikanische Rechte hat der Polizeigewalt gegenüber lange Zeit eine lässige Haltung eingenommen und betrachtet sie als die dünne blaue Linie zwischen Freiheit und Chaos. Und obwohl es stimmt, dass das Gesetz selbst für die Freiheit von entscheidender Bedeutung ist und die Polizei die Rechte auf Leben und Eigentum verteidigen kann, folgt daraus nicht, dass jeder von Steuern bezahlte Kollege, der eine Dienstwaffe trägt und mit Einsatzstiefeln ausgestattet ist, auf der guten Seite steht. Jede staatliche Regulierung und jede Steuer wird letztlich durch die Polizeigewalt gestützt, so dass Befürworter der freien Marktwirtschaft allen Grund haben, der sozialistischen Polizeigewalt ebenso misstrauisch gegenüberzustehen wie jeder Linke.

Eine unkritische Haltung gegenüber der Polizei führt letzten Endes zur Unterstützung des Polizeistaats. Und wer daran zweifelt, dem sei ein Blick auf das von den USA unterstützte Regime im Irak empfohlen, das sich seit der Invasion das Kriegsrecht durchgesetzt hat, obwohl die meisten Konservativen gerne glauben, dass diese Methoden Schritte in Richtung Freiheit darstellen.

Das Problem der Polizeigewalt trifft die Amerikaner direkt vor ihrer Haustür. Es ist die stark militarisierte und bundesstaatlich zentralisierte Polizei, die mit der Durchsetzung des immer wiederkehrenden Ausnahmezustands beauftragt ist, der das zivile Leben der Amerikaner prägt. Es ist die Polizei, die den Einwohnern von New Orleans während der Flut Waffen abgenommen hat, die Einwohner von ihren Häusern ferngehalten hat, die während des Tornados in Alabama letzten Monat die Kinder daran

hinderte, nach Hause zu gehen und die die Ausgangssperren, Kontrollpunkte und Zensur durchsetzen wird, die die Politiker während des nächsten nationalen Notstands brauchen. Wenn wir sehen wollen, wie die Polizeigewalt mit US-Bürgern umgehen könnte, sollten wir uns genau ansehen, wie die US-Truppen die irakische Zivilbevölkerung oder die Gefangenen in Guantánamo Bay behandelten.

Ein ähnliches Problem mit der konservativen Auffassung von Recht und Gerechtigkeit betrifft die Frage der Gefängnisse. In den Vereinigten Staaten sind derzeit 730 Menschen pro 100.000 Einwohner inhaftiert, was bedeutet, dass die USA bei der Zahl der Menschen, die sie in Gefängnissen festhalten, weltweit führend sind. In dieser Hinsicht haben wir Russland überholt. Der Bau und die Instandhaltung von Gefängnissen zählen in jeder Hinsicht zu einer der größten Ausgabenpositionen der Regierung. Wir sperren unsere Bürger achtmal so häufig ein wie der Rest der industrialisierten Welt. Liegt das daran, dass es bei uns mehr Kriminalität gibt? Nein. In London und Sydney ist die Wahrscheinlichkeit eines Einbruchs höher als in New York oder Los Angeles. Liegt das daran, dass wir so viele Menschen ins Gefängnis stecken? Offensichtlich nicht. Die Kriminalität erklärt etwa 12 Prozent des Anstiegs der Haftstrafen, während 88 Prozent auf Neufestlegungen von Grenzen der Strafbarkeit, vor allem bei Drogendelikten, zurückzuführen sind.

Insgesamt sind die Ausgaben für Gefängnisse, Polizei und andere Bereiche des Justizwesens völlig außer Kontrolle geraten. Nach Angaben des Bureau of Justice Statistics sind in den 20 Jahren bis 2003 die Ausgaben für den Strafvollzug um 423 Prozent, die Ausgaben für die Justiz um 321 Prozent und die Ausgaben für die Polizei um 241 Prozent gestiegen. Sobald die aktuellen Daten verfügbar sind, werden wir wohl alle einen Schock erleben, denn die Gesamtausgaben belaufen sich auf etwa eine Viertel Billion Dollar pro Jahr. Und was bekommen wir dafür? Mehr Gerechtigkeit, mehr Sicherheit, besseren Schutz? Nein, wir kaufen uns die Ketten für unsere eigene Versklavung.

Wir können uns Gefängnisse als sozialistische Miniaturgesellschaften vorstellen, in denen die Regierung die volle Kontrolle hat. Aus diesem Grund sind sie ein völliger Misserfolg für alle, außer für diejenigen, die die Aufträge für den Bau der Gefängnisse erhalten und für diejenigen, die in ihnen arbeiten. Viele Insassen sitzen wegen Drogendelikten ein. Angeblich werden sie dafür bestraft, aber gleichzeitig floriert der Drogenhandel im Gefängnis. Wenn das nicht die Definition von Versagen ist, dann weiß ich nicht, was es sonst sein soll. In den Gefängnissen findet nichts statt, was

nicht in den Zuständigkeitsbereich des Staates fällt. Die Menschen dort sind vollständig staatlichen Angestellten unterworfen, was bedeutet, dass sie keinen Wert haben. Und doch ist es ein Ort des monströsen Chaos, des Missbrauchs und der Korruption. Ist es da verwunderlich, dass es den Menschen, die aus dem Gefängnis kommen, nicht besser geht als vor ihrer Inhaftierung, sondern oft sogar schlechter und dass sie für ihr Leben gezeichnet sind?

Im US-amerikanischen Gefängnis- und Justizsystem wird der Gedanke der Wiedergutmachung, der nicht nur ein wichtiger Teil der Idee der Gerechtigkeit ist, sondern ihrem eigentlichen Wesen entspricht, überhaupt nicht beachtet. Welche Gerechtigkeit wird erreicht, wenn man das Opfer erneut beraubt, um für die völlige Entmenschlichung des Täters zu bezahlen? Rothbard schreibt:

Das Opfer verliert nicht nur sein Geld, sondern zahlt auch noch mehr Geld für den zweifelhaften Nervenkitzel, den Kriminellen zu fangen, zu verurteilen und dann zu unterstützen und der Kriminelle ist immer noch versklavt, aber nicht für den guten Zweck der Entschädigung seines Opfers.

Befürworter der freien Marktwirtschaft haben Gefängnisse lange Zeit mit der Begründung in Kauf genommen, dass der Staat ein Monopol auf Herstellung von Gerechtigkeit aufrechterhalten muss. Aber wo in aller Welt ist hier die Gerechtigkeit? Und wie viele Gefängnisse sind zu viele? Wie viele Gefangene muss es geben, bis der Staat übertrieben hat? Von den Konservativen hört man so gut wie nichts über dieses Problem. Im Gegenteil, wir hören nur, wie die Ausweitung des Gefängnissozialismus gefeiert wird, als ob die Anwendung von immer mehr Gewalt in der Lage wäre, jedes soziale Problem zu lösen (S. 247).

DIE EINZIG SINNVOLLE POLIZEIREFORM

Jason Brennan, Ph.D.

Jason Brennan ist Inhaber des Robert J. and Elizabeth Flanagan Family Chair und Professor für Strategie, Wirtschaft, Ethik und öffentliche Ordnung an der McDonough School of Business der Georgetown University. Er ist spezialisiert auf politische Philosophie und angewandte Ethik. Der folgende Text ist ein Auszug aus einer Folge (vom 6. Mai 2020) des Podcasts „Don't Tread on Anyone“, moderiert von Keith Knight.

Keith Knight: Lass uns über dein jüngstes Werk sprechen, das Buch *Wenn alles andere scheitert: Die Ethik des Widerstands gegen staatliche Ungerechtigkeit*. Worin besteht die „moralische Gleichheitsthese“?

Jason Brennan: Die moralische Gleichheitsthese besagt, dass die Bedingungen, unter denen man sich dem Unrecht eines Staatsbeamten widersetzen kann, selbst wenn er in Ausübung seines Amtes handelt, genau dieselben sind wie die Bedingungen, unter denen man sich mir widersetzen darf. Im Grunde gibt es also eine Reihe von Regeln für die Selbstverteidigung und eine Reihe von Regeln dafür, wann man Gewalt oder Lüge oder Täuschung oder andere Dinge anwenden darf, um andere Menschen vor Unrecht zu schützen und diese Regeln gelten für Staatsangestellte genauso wie für Angeklagte gegen Zivilisten – sie sind ein und dasselbe.

Die Kehrseite dieser These oder das, wogegen ich argumentiere, ist das, was man die „besondere Immunitätsthese“ nennen könnte. Diese besagt, dass Staatsangestellte, entweder wenn sie eine Amtstätigkeit ausüben oder auch nicht, oder vielleicht nur demokratische Staatsangestellte, aber zumindest einige Staatsangestellte, eine Art besondere Immunität gegen Widerstand und Gegenwehr haben, wenn sie die Rechte anderer verletzen.

Wenn ich also jetzt versuchen würde, dich zu töten, nur weil ich einen schlechten Tag habe und mich vollkommen daneben benehmen würde, denkt jeder, dass du dich gegen mich verteidigen darfst und dass andere

Leute eingreifen dürfen, um dich gegen mich zu verteidigen. Aber die meisten Leute denken, wenn ein Polizist einen schlechten Tag hat und jemanden zusammenschlägt, dann muss man einfach stehen bleiben und ihn das einfach machen lassen. Du kannst dich später über ihn beschweren, du kannst Anzeige erstatten, vielleicht sollte es eine offizielle Untersuchung geben – aber du darfst nicht gewaltsam eingreifen.

Man darf den Staat nicht anlügen, man darf sich ihm nicht widersetzen, außer unter wirklich extremen Umständen. In dem Buch *Wenn alles andere scheitert*, geht es um die einfache These, dass alles, was man zur Selbstverteidigung oder zur Verteidigung anderer anderen antun darf, auch ich, Jason Brennan, dem US-Präsidenten antun darf.

WOHLFAHRT IN DER ZEIT VOR DEM WOHLFAHRTSSTAAT

Joshua Fulton, B.A.

Joshua Fulton hat einen B.A. der NYU und einen MFA in Kreativem Schreiben der UNC, Wilmington. Er hat auch die erste erfolgreiche Bürgerinitiative in North Carolina in den letzten 10 Jahren mitorganisiert. Seine Website lautet AbsorbYourHealth.com.

Viele Menschen denken, dass ohne den Sozialstaat ein großes Chaos ausbrechen würde. In ihrer Vorstellung würde niemand mehr die Hilfsbedürftigen unterstützen und auf den Straßen gäbe es Unruhen. Sie wissen nicht, dass die Menschen schon vor der Existenz des Wohlfahrtsstaates innovative Wege gefunden haben, sich gegenseitig zu unterstützen. Einer der wichtigsten dieser Wege war die Solidargemeinschaft.

Solidargemeinschaften, auch bekannt als Bruderschaften, waren soziale Organisationen, die Beiträge erhoben und Leistungen an Mitglieder auszahlten, die in Not geraten sind. Laut David Beito in *From Mutual Aid to the Welfare State* war die Annahme staatlicher oder privater Wohltätigkeit im Gegensatz dazu im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert eher verpönt.¹ Eine Solidargemeinschaft beruht auf Gegenseitigkeit: Der Empfänger von heute kann der Spender von morgen sein und umgekehrt.

Solidargemeinschaften waren besonders unter den Armen und in der Arbeiterklasse beliebt. Im Jahr 1909 waren in New York City beispielsweise 40 Prozent der Familien, die weniger als 1.000 Dollar im Jahr verdienten, also kaum mehr als den „existenzsichernden Lohn“, Mitglieder in Solidargemeinschaften.² Die ethnische Zugehörigkeit war jedoch ein noch

¹ David Beito, *From Mutual Aid to the Welfare State: Fraternal Societies and Social Services, 1890–1967* (University of North Carolina, 2000), p. 3.

² *Ibid.*, p. 21.

stärkeres Merkmal für die Mitgliedschaft als das Einkommen. Die „neuen Einwanderer“, wie die Deutschen, Böhmen und Russen, von denen viele Juden waren, waren etwa doppelt so häufig Mitglied in Solidargemeinschaften wie die einheimischen Weißen und sechsmal so häufig wie die Iren.³ Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass die neuen Einwanderer ein größeres soziales Sicherheitsnetz benötigten.

In den 1920er Jahren war mindestens einer von drei Männern Mitglied einer Solidargemeinschaft.⁴ Die Mitglieder hatten 1920 Lebensversicherungen im Wert von über 9 Milliarden Dollar abgeschlossen. Im gleichen Zeitraum „dominierten die Logen den Bereich der Krankenversicherung“.⁵ Zahlreiche Logen boten Arbeitslosenunterstützung an. Einige Logen wurden von der schwarzen Bevölkerung gegründet, um auf die sporadische kurzfristige Beschäftigung von Afroamerikanern zu reagieren und ermöglichten ihren Mitgliedern den Bezug von Arbeitslosengeld, auch wenn sie mit ihren Beiträgen bis zu sechs Monate im Rückstand waren.⁶

Bei Logen, die der Gesundheitsversorgung dienten, waren die Mitgliedsbeiträge niedrig. Die Mitglieder zahlten in der Regel 2 Dollar ein, etwa einen Tageslohn, um einmal im Jahr einen Arzt aufsuchen zu können (kleinere Operationen waren häufig in dieser Gebühr enthalten). Nicht-Logenmitglieder zahlten in diesem Zeitraum in der Regel etwa 2 Dollar pro Arztbesuch.⁷

Niedrige Mitgliedsbeiträge für die Logen bedeuteten nicht zwangsläufig eine schlechte Qualität. Independent Order of Foresters, eine der größten Solidargemeinschaften, wies häufig darauf hin, dass die Sterblichkeitsrate seiner Mitglieder bei 6,66 pro Tausend lag, also weit unter den 9,3 pro Tausend in der Allgemeinbevölkerung.⁸

Die Logen hatten auch Anreize, die Kosten niedrig zu halten. So zahlte beispielsweise die Ladies Friends of Faith Benevolent Association, eine Gesellschaft schwarzer Frauen, erkrankten Mitgliedern 2 Dollar pro Woche, wenn sie den Logenarzt aufsuchten und 3 Dollar, wenn sie darauf verzichteten. Mitglieder der Logen besuchten die Antragsteller, damit

³ Ibid., p. 22.

⁴ Ibid., p. 2.

⁵ Ibid.

⁶ Ibid., p. 52.

⁷ Ibid., p. 117.

⁸ Ibid., p. 119.

falsche Angaben verhindert werden konnten. Mitglieder, die die Besuchstermine versäumten, wurden mit einer Gebühr von 1 Dollar belegt.⁹

Die Solidargemeinschaften setzten auch moralische Regeln durch. Im Jahr 1892 stellte das Connecticut Bureau of Labor Statistics fest, dass die Gesellschaften die „unveränderliche Regel“ befolgten, Leistungen für Krankheiten oder andere Behinderungen zu verweigern, „die auf Unmäßigkeit, lasterhaftes oder unmoralisches Verhalten zurückzuführen sind“.

Viele Solidargemeinschaften weigerten sich, Leistungen für Verletzungen zu zahlen, die auf die „Teilnahme an einem Aufstand“ zurückzuführen waren.¹⁰ Einige Logen verweigerten sogar Personen die Mitgliedschaft, die Sprengstoffe herstellten oder professionell Fußball spielten.¹¹

Viele Solidargemeinschaften gründeten ihre eigenen Krankenhäuser und Sanatorien. Die Securities Benefit Association (SBA) verlangte für einen elftägigen Aufenthalt in ihrem Krankenhaus in Kansas 21 Dollar, während der Durchschnitt in 100 privaten Krankenhäusern bei 72 Dollar lag.¹² Auch hier ging der niedrige Preis nicht unbedingt auf Kosten der Qualität. Im Sanatorium der SBV lag die Sterblichkeitsrate bei 4,5 Prozent, während der historische Durchschnitt für Sanatorien bei 25 Prozent lag. Dies ist besonders beeindruckend, wenn man bedenkt, dass 30 bis 50 Prozent aller in das Sanatorium der SBV aufgenommenen Krankheitsfälle „fortgeschrittene Fälle“ waren.¹³

Auch zahlreiche afroamerikanische Solidargemeinschaften gründeten eigene Krankenhäuser. Im frühen 20. Jahrhundert war es in vielen Krankenhäusern nicht selbstverständlich, dass Afroamerikaner aufgenommen wurden. Wenn das möglich war, mussten sie häufig mit Demütigungen rechnen, wie dem Zwang, ihr eigenes Essgeschirr, Bettwäsche und Zahnbürsten mitzubringen und für eine schwarze Krankenschwester zu bezahlen, wenn keine vorhanden war.¹⁴ Als die Knights and Daughters of Tabor in Mississippi, eine schwarze Bruderschaft mit einer Reichweite von nur wenigen Bezirken, 1942 das Taborian Hospital eröffnete, verdoppelte sich die Mitgliederzahl innerhalb von drei Jahren auf 47.000.¹⁵

⁹ Ibid., p. 115.

¹⁰ Ibid., p. 45.

¹¹ Ibid., p. 44.

¹² Ibid., p. 175.

¹³ Ibid., p. 164.

¹⁴ Ibid., p. 183.

¹⁵ Ibid., p. 185.

Solidargemeinschaften gründeten zwischen 1890 und 1922 auch 71 Waisenhäuser, fast alle ohne staatliche Subventionen.¹⁶ Das vielleicht größte war Mooseheart, das 1913 vom Loyal Order of Moose gegründet wurde. Dort lebten zeitweise Hunderte von Kindern. Es gab eine Schülerzeitung, zwei Debattierteams, drei Theatergruppen und einen kleinen Radiosender. Der Erfolg der Mooseheart-Absolventen war bemerkenswert. Die Wahrscheinlichkeit, eine Hochschule zu besuchen, war bei den Ehemaligen viermal höher als im Durchschnitt der Gesamtbevölkerung. Vor dem Wohlfahrtsstaat verdienten männliche Alumni 71 Prozent mehr als der nationale Durchschnitt, weibliche Alumni 63 Prozent mehr.¹⁷

Da so viele Dienstleistungen durch gegenseitige Hilfe erbracht wurden, hatten viele Gruppen natürlich Grund, sich bei der Regierung für deren Zerstörung einzusetzen.

Der erste große Schlag gegen die Bruderschaften erfolgte, als die American Medical Association die Kontrolle über die Zulassung von medizinischen Fakultäten erlangte. Im Jahr 1912 gründeten einige staatliche Ärztekammern die Federation of State Medical Boards, die die von der AMA vorgenommenen Einstufungen der medizinischen Fakultäten als maßgebend akzeptierte. Die AMA stufte schnell viele Schulen als „inakzeptabel“ ein. Infolgedessen sank die Zahl der medizinischen Fakultäten in Amerika von 166 im Jahr 1904 auf 81 im Jahr 1918, was einem Rückgang von 51 Prozent entsprach.¹⁸ Die gestiegenen Preise für medizinische Leistungen machten es für viele Logen unmöglich, einen Arzt zu beschäftigen. Außerdem drohten die Ärztekammern vielen Ärzten mit dem Entzug ihrer Approbation, wenn sie Logenmedizin praktizierten.¹⁹

Der nächste zerstörerische Rechtsakt war das Mobile Law. Das Mobile Law verlangte von den Solidargemeinschaften, dass sie ihre Rücklagen allmählich aufstockten. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten die Gesellschaften dazu tendiert, ihre Rücklagen niedrig zu halten, um den Mitgliedern möglichst hohe Leistungen zukommen zu lassen. Die hohen Rücklagenanforderungen machten es den Gesellschaften schwer, die traditionellen Versicherungsgesellschaften zu unterbieten. Das Mobile Law verlangte außerdem eine ärztliche Untersuchung für alle Logenmitglieder und verbot alle

¹⁶ Ibid., p. 63.

¹⁷ Ibid., p. 86.

¹⁸ Dale Steinreich, „100 Years of U.S. Medical Fascism.“ *Mises Daily*, April 16, 2010.

¹⁹ Beito, p. 177.

„spekulativen“ Handlungen wie die Vergabe von Krediten an Mitglieder. Bis 1919 war das Mobile Law in 40 Staaten in Kraft getreten.²⁰

Die Vorschrift, dass sich alle Mitglieder einer ärztlichen Untersuchung unterziehen mussten, schloss die Solidargemeinschaften effektiv vom wachsenden Markt der Gruppenversicherungen aus. Eine Gruppenversicherung ist eine Versicherung, die einer großen Gruppe von Personen, z. B. allen Mitarbeitern eines Unternehmens, ohne ärztliche Untersuchung angeboten wird. Zwischen 1915 und 1920 stieg die Zahl der durch Gruppenversicherungen versicherten Personen von 99.000 auf 1,6 Millionen.²¹ Einige Logen, wie die Arkansas Grand Lodge of the Ancient Order of Workmen, versuchten, die ärztliche Untersuchung zu umgehen, indem sie Gruppenversicherungen zu einem höheren Preis als die normale Logenversicherung anboten, was jedoch einen Wettbewerbsnachteil bedeutete.²²

Die Solidargemeinschaften wurden auch auf andere Weise behindert. So war es den Logen untersagt, Kinder mitzuversichern. Dies öffnete kommerziellen Unternehmen die Tür, um Versicherungspolicen anzubieten, in denen Kinder standardmäßig mitversichert waren. Die Zahl dieser Versicherungen stieg von 1,4 Millionen im Jahr 1900 auf 7,1 Millionen im Jahr 1920. Bis 1925 übertraf ihre Zahl die Zahl der Bruderschaftspolicen.²³ Gruppen-Krankenversicherungen wurden schließlich auch steuerlich absetzbar, während das für private, wie sie von Loge angeboten wurden, nicht möglich war.²⁴

Auch die Krankenhäuser der Bruderschaften gerieten unter Beschuss. In den 1960er Jahren wurde die Regulierung von Krankenhäusern verschärft. Das Taborian Hospital in Mississippi wurde wegen „unzureichender Lager- und Bettenkapazität, des Versäumnisses, Türen einzubauen, die in beide Richtungen schwingen konnten und des übermäßigen Einsatzes von nicht zertifiziertem Personal“ angeklagt. Eine staatliche Krankenhausaufsichtsbehörde sagte über das Taborian-Krankenhaus: „Uns wird ständig gesagt, dass sie keine Mittel haben, um diese Dinge zu tun [Verbesserungen vorzunehmen], aber wenn sie ein Krankenhaus betreiben wollen, müssen sie etwas tun, um die Mindeststandards für den Betrieb von Krankenhäusern in Mississippi zu erfüllen.“²⁵

²⁰ Ibid., p. 142.

²¹ Ibid., p. 212.

²² Ibid., p. 213.

²³ Ibid., p. 211.

²⁴ Ibid., p. 214.

²⁵ Ibid., p. 196.

Das Hill-Burton-Krankenhausbaugesetz von 1946 schadete auch vielen Krankenhäusern der Bruderschaften, insbesondere denen für die schwarze Bevölkerung. Das Gesetz verlangte, dass Krankenhäuser, die Bundesmittel erhielten, einen Teil für die Versorgung Bedürftiger verwenden und dass die Leistungen „ohne Diskriminierung aufgrund von Rasse, Glauben oder Hautfarbe“ angeboten werden mussten. Dies ermöglichte es zwar vielen Schwarzen, in Krankenhäusern kostenlos behandelt zu werden, die ihnen zuvor nicht zur Verfügung gestanden hatten, aber es schmälerte auch die Mitgliederzahl von Bruderschaftskrankenhäusern, die den Schwarzen vorbehalten waren. Außerdem erhielten einige Krankenhäuser, wie das Taborian Hospital und die Friendship Clinic in Mississippi, keine Mittel, während ihre Konkurrenten in der Nähe Millionen erhielten.²⁶

Die Einführung von Medicare beschleunigte ebenfalls den Niedergang der Krankenhäuser der Bruderschaften. Die MIT-Ökonomin Amy Finkelstein schätzte, dass Medicare zwischen 1965 und 1970 zu einem 28-prozentigen Anstieg der Krankenhausausgaben führte, da es die Krankenhäuser dazu ermutigte, neue medizinische Technologien einzuführen. Kleinere Krankenhäuser, wie z. B. viele Bruderschaftskrankenhäuser, waren nicht in der Lage, neue Technologien so schnell zu übernehmen wie größere Krankenhäuser und wurden vom Markt verdrängt – eine weitere Erkenntnis, die von Finkelstein bestätigt wird.²⁷

Einige Bruderschaften entgingen dem Angriff des Staates, indem sie sich in traditionelle Versicherungsgesellschaften umwandelten. Sowohl Prudential als auch Metropolitan Life haben ihren Ursprung in der Bruderschaftsbewegung.²⁸ Viele andere Gesellschaften mussten jedoch aufgeben.

Obwohl Millionen von Amerikanern immer noch Mitglieder von Bruderschaften wie den Freimaurern oder den Oddfellows sind, haben die Organisationen nicht mehr die Bedeutung in der Gesellschaft, die sie einst hatten. Die Geschichte der Bruderschaften erinnert an die Kraft der menschlichen Zusammenarbeit in einer freien Gesellschaft.

²⁶ Ibid., p. 197.

²⁷ Amy Finkelstein, “The Aggregate Effects of Health Insurance: Evidence from the Introduction of Medicare,” *The Quarterly Journal of Economics* (2007) 122 (1): p. 137.

²⁸ Beito, p. 24.

BELIEBTE FEHLSCHLÜSSE

Michael Huemer, Ph.D.

Michael Huemer ist Professor für Philosophie an der University of Colorado, Boulder.

Es gibt einige Fehlschlüsse, für die die meisten Menschen anfällig sind. Wenn Sie wie die meisten Menschen sind, sollten Sie wahrscheinlich über diese Dinge aufgeklärt werden. Ich stelle Ihnen an dieser Stelle einige der interessanteren Fehlschlüsse vor.

Anekdotische Beweise

Oft versuchen Menschen, allgemeine Aussagen zu stützen, indem sie einen einzigen Fall oder einige wenige Fälle anführen, die die Verallgemeinerung stützen. Wissenschaftler nennen diese Argumente „anekdotische Beweise“. Ein Beispiel ist der Versuch, anhand einiger Einwanderer, die Verbrechen begangen haben, zu belegen, dass Einwanderer gefährlich sind.

Bei anekdotischen Beweisen gibt es zwei Probleme. Erstens erfolgt die Auswahl der belegenden Einzelfälle in der Regel nicht zufällig, sondern es wird nach Fällen gesucht, die die allgemeine Aussage stützen und Fälle, die dies nicht tun, werden ignoriert (siehe unten: Rosinenpickerei). Zweitens, die zufällige Variation: Selbst wenn man die Fälle zufällig ausgewählt hat, kann es leicht passieren, dass man zufällig ein paar untypische Fälle ausgewählt hat. In dem Beispiel mit der Einwanderung sollten eigentlich zur Begründung die Statistiken über die Kriminalitätsraten von Einwanderern im Vergleich zu Einheimischen herangezogen werden.

Annahmen

Einer der größten Fehler, besteht darin, einfach Dinge anzunehmen, die wir nicht wissen. Annahmen sind leider viel öfter falsch, als man erwartet. (Sie sollten davon ausgehen, dass die meisten Ihrer Annahmen falsch sind!)

Es ist schwer, dagegen anzukämpfen, weil wir oft nicht bemerken, was wir annehmen und es uns nicht einmal in den Sinn kommt, es zu hinterfragen.

Hier ein paar Beispiele. Nehmen wir an, Sie hören von einer Statistik über die Häufigkeit von Gewalt in Paarbeziehungen in den Vereinigten Staaten (d. h. wenn jemand seine Freundin, seinen Freund oder seinen Ehepartner körperlich misshandelt). Sie gehen natürlich davon aus, dass es sich in den allermeisten Fällen um Männer handelt, die Frauen verprügeln und Sie könnten Ihre Gedanken von dieser impliziten Annahme ausgehend weiterentwickeln. In Wirklichkeit deuten Umfragen jedoch darauf hin, dass Männer und Frauen etwa gleich häufig Opfer dieser Art von Misshandlung werden. Ein Fehlschluss wegen einer falschen Annahme, über den Sie aufgeklärt werden müssen.

Oder nehmen wir an, Sie hören eine Statistik, die besagt, dass die meisten Mordopfer von einem Familienmitglied oder einer Person, die sie kannten, getötet werden. Sie gehen natürlich davon aus, dass die meisten Morde auf häusliche Streitigkeiten zurückzuführen sind und dass die Morde von normalen Menschen begangen werden, die während eines Streits mit einem Familienmitglied die Kontrolle verloren haben, oder so ähnlich. Tatsächlich stellt sich aber heraus, dass fast jeder, der einen Mord begeht, bereits vorbestraft ist. Außerdem ist die große Mehrheit der Opfer ebenfalls kriminell. Die Kategorie „ein Familienmitglied oder jemand, den sie kannten“ umfasst auch Personen wie den Drogendealer des Opfers, den kriminellen Partner des Opfers, die Bandenkollegen des Opfers usw. Sie sind einfach davon ausgegangen, dass es sich dabei um normale Menschen handelt, aber das stand nicht in der Originalstatistik.

Ich kann nicht oft genug betonen, wie häufig die Annahme von Dingen in die Irre führt – man muss selbst die Erfahrung machen, dass man sich immer wieder irrt, um das zu begreifen. Leider lernen die meisten Menschen das nie zu schätzen, weil sie ihre Annahmen nie überprüfen, um herauszufinden, wie viele davon falsch sind.

Vernachlässigung der Basisrate

Eine „Basisrate“ ist die Häufigkeit, mit der ein bestimmtes Phänomen in einer Grundgesamtheit auftritt. So ist z. B. die Basisrate für Herzkrankheiten der Prozentsatz der Menschen in der Allgemeinbevölkerung, die an einer Herzkrankheit leiden. Die Basisrate für Krieg ist der Prozentsatz der Zeit, in der sich ein Land im Krieg befindet. Und so weiter.

Wenn Sie wissen wollen, ob ein bestimmtes Ereignis eintreten wird (oder bereits eingetreten ist usw.), ist der beste Ausgangspunkt die Basisrate.

Wenn Sie wissen wollen, ob Sie eine bestimmte Krankheit haben, finden Sie zunächst heraus, wie häufig die Krankheit im Allgemeinen ist. Wenn 1 Prozent der Bevölkerung daran erkrankt ist, dann ist eine gute erste Schätzung, dass Sie eine einprozentige Chance haben, daran zu erkranken. Von da an sollten Sie diese Schätzung nach oben oder unten korrigieren, je nachdem, ob Sie besondere Risikofaktoren (oder Faktoren mit geringem Risiko) haben.

Die meisten Menschen tun dies nicht; sie ignorieren häufig die Basisraten. Beispiel: Angenommen, es gibt eine seltene Krankheit, an der einer von einer Million Menschen leidet. Es gibt einen Test für diese Krankheit, der zu 90 Prozent genau ist. Angenommen, Sie haben den Test gemacht und sind positiv getestet worden (der Test sagt, dass Sie die Krankheit haben). Frage: Wie hoch ist angesichts dieser Informationen die Wahrscheinlichkeit, dass Sie die Krankheit haben?

Viele Menschen glauben, dass sie bei 90 Prozent liegt. Selbst Ärzte irren sich manchmal (was beunruhigend ist). Die richtige Antwort lautet etwa 0,0009 Prozent (weniger als einer von hunderttausend). Zur Erläuterung: Angenommen, es gibt 300 Millionen Menschen in einem Land. Davon haben 300 (ein Millionstel) die Krankheit und 299.999.700 nicht. Der Test ist zu 90 Prozent genau, so dass 270 der 300 Personen, die die Krankheit haben, positiv getestet würden (das sind 90 Prozent) und 29.999.970 der 299.999.700, die die Krankheit nicht haben, würden ebenfalls positiv getestet (das sind 10 Prozent). Von allen positiv getesteten Personen beträgt der Anteil der tatsächlich Erkrankten also $270/(270+29.999.970) \approx 0,000009$.

Rosinenpickerei

„Rosinenpickerei“ bezieht sich auf die Praxis, Beweise zu sichten und nur die Teile herauszusuchen, die eine bestimmte Schlussfolgerung unterstützen und den Rest zu ignorieren. Einfaches Beispiel: Ich habe einen Beutel mit Murmeln. Ich möchte Sie davon überzeugen, dass die meisten Murmeln in diesem Beutel schwarz sind. Ich schaue in den Beutel, der voller Murmeln in vielen Farben ist – schwarz, rot, türkis, grün und so weiter. Ich nehme fünf schwarze Murmeln heraus, zeige sie dir und sage: „Siehst du, diese Murmeln stammen aus diesem Beutel.“ Ich zeige Ihnen keine der anderen farbigen Murmeln, die in der Tüte waren. Das könnte dich zu dem Schluss verleiten, dass der Beutel voller schwarzer Murmeln ist.

Ähnlich wird es in politischen Debatten gemacht. Wenn ich Sie beispielsweise davon überzeugen möchte, dass positive Maßnahmen schlecht

sind, suche ich vielleicht nach Fällen, in denen positive Maßnahmen ausprobiert wurden und nicht funktioniert haben oder schädliche Auswirkungen hatten. Wenn ich Sie davon überzeugen will, dass sie gut sind, suche ich nach Fällen, in denen sie jemandem wirklich geholfen haben. Natürlich gibt es beide Arten von Fällen – die Gesellschaft ist groß und besteht aus Millionen von Menschen! Fast jede Politik wird einigen Menschen nützen und anderen schaden. Aus diesem Grund sollten Sie misstrauisch sein, wenn Ihnen jemand Geschichten erzählt, die eine bestimmte Schlussfolgerung stützen sollen – fragen Sie sich immer, ob er unvoreingenommen ist und nicht die Daten passend herausgepickt haben könnte.

Bestätigungsfehler (Confirmation Bias)

Bei der Bewertung einer Theorie neigen Menschen systematisch dazu, nach Beweisen für die Theorie zu suchen und nicht nach Beweisen gegen sie. (Dies gilt vor allem für Theorien, an die wir bereits glauben, kann aber auch bei Theorien vorkommen, zu denen wir zunächst keine Meinung haben.) Wenn man z. B. fragt, ob liberale Politiker korrupter sind als konservative, würde ein Konservativer in seinem Gedächtnis nach Fällen suchen, in denen ein Liberaler etwas Korruptes getan hat und er würde nicht nach Fällen suchen, in denen Konservative korrupt waren. Ein Liberaler hingegen würde das Gegenteil tun. Jeder sucht nur nach Fällen, die seine bestehende Überzeugung unterstützen und sucht nicht nach Beweisen, die dagegen sprechen. Dies wird als „Bestätigungsfehler“ bezeichnet.

Um diesem zu begegnen, müssen Sie sich bewusst darum bemühen, an Ausnahmen von den von Ihnen akzeptierten Verallgemeinerungen zu denken und nach Beweisen gegen Ihre bestehenden Überzeugungen zu suchen. Wann immer Sie dazu neigen, Beispiele für die Überzeugung A anzuführen, halten Sie inne und fragen Sie sich, ob Ihnen auch ähnliche Beispiele einfallen, die das Gegenteil von A stützen.

Leichtgläubigkeit

Der Mensch ist von Geburt an leichtgläubig – wir glauben instinktiv, was man uns erzählt, auch wenn es keine Beweise gibt. Besonders leichtgläubig sind wir bei Statistiken oder anderen Informationen, die wie objektive Fakten klingen. Leider sind wir nicht so gewissenhaft, wenn es darum geht, Fakten korrekt und nicht irreführend zu berichten. Es gibt eine enorme Menge an Desinformation in der Welt, insbesondere über Politik und andere Angelegenheiten von öffentlichem Interesse. Wenn sich die Öffentlichkeit dafür interessiert, wird viel Blödsinn darüber verbreitet.

Mir ist aufgefallen, dass dieser Blödsinn in drei Hauptkategorien fällt. Erstens: ideologische Propaganda. Wenn Sie sich aus einer parteiischen Quelle über ein Thema „informieren“ – wenn Sie zum Beispiel eine Website zur Verschärfung der Waffengesetze lesen oder die Tagesnachrichten in einer konservativen Radiosendung hören –, dann erhalten Sie so gut wie 100 Prozent Propaganda. Die Aussagen und Fakten sind übertrieben und einseitig, suggestiv formuliert oder anderweitig irreführend dargestellt. In der Regel haben Sie keine Möglichkeit zu erraten, auf welche Weise die Informationen irreführend sind, so dass die Informationen im Grunde wertlos sind, um Schlussfolgerungen zu ziehen.

Zweitens: Sensationslust. Mainstream-Nachrichtenquellen verdienen Geld, indem sie so viele Menschen wie möglich dazu bringen, ihre Sendungen zu sehen, ihre Artikel zu lesen und so weiter. Um dies zu erreichen, versuchen sie, alles so erschreckend, aufregend, empörend oder anderweitig dramatisch wie möglich darzustellen.

Drittens: Faulheit. Die meisten Menschen, die für die Öffentlichkeit schreiben, sind faul und haben keine Ahnung von den Dingen, über die sie schreiben. Wenn eine Geschichte einen technischen Aspekt hat (z. B. Wissenschaftsnachrichten), verstehen die Journalisten ihn wahrscheinlich nicht und sie können grundlegende Fakten falsch verstehen. Außerdem sprechen sie oft nur mit einer oder wenigen Quellen und zitieren diese, selbst wenn die Quellen offensichtlich voreingenommen sind.

Für all das kann ich Ihnen jetzt keine ausreichenden Beweise liefern. Aber hier ist eine Anekdote, die veranschaulicht, was ich meine. Ich hörte einmal eine Geschichte im NPR (National Public Radio, eine linksgerichtete Nachrichtenquelle). Es ging um einen Mann in der Todeszelle, der kurz vor seiner Hinrichtung stand. Aus dem Bericht ging hervor, dass der Mann unschuldig war. Nach dem Prozess waren neue Beweise aufgetaucht, mehrere Zeugen hatten ihre Aussagen widerrufen, doch die Gerichte hatten sich geweigert, ein neues Verfahren zuzulassen. Die einzige verbleibende Hoffnung war, dass der Gouverneur einen Aufschub der Hinrichtung gewähren würde. Es gab eine Online-Petition, die die Zuhörer unterschreiben konnten.

Normalerweise nehme ich Nachrichten nur zur Kenntnis und mache dann mit meinem Tag weiter. Aber in diesem Fall beschloss ich, mich mit der Geschichte zu beschäftigen, bevor ich die Petition unterschrieb. Mit ein wenig Googeln fand ich das Gerichtsurteil über die jüngste Berufung des Verurteilten, die abgelehnt worden war. Ich las die Entscheidung, die

eine Zusammenfassung der Fakten des Falles und eine Erklärung der Entscheidung des Richters enthielt.

Daraus ging hervor, dass die NPR-Geschichte Blödsinn war. Was NPR sagte, war im Grunde genau das, was der Anwalt des Angeklagten behauptet hatte. Das Gericht erklärte sorgfältig, warum jede dieser Behauptungen falsch war und keine Grundlage für eine Berufung bot. Die auffälligste Behauptung (die mich zunächst glauben ließ, der Angeklagte sei wahrscheinlich unschuldig) war, dass mehrere Zeugen ihre Aussagen „widerrufen“ hätten. Tatsächlich war Folgendes geschehen: Der Verteidiger hat die Zeugen viele Jahre nach dem ursprünglichen Prozess erneut befragt und sie zu Einzelheiten des Falles befragt. Mehrere von ihnen konnten sich entweder nicht mehr an die Einzelheiten erinnern oder gaben Details etwas anders an (z. B. welche Farbe das Hemd hatte, das jemand trug). Der Anwalt bezeichnete dies als „Widerruf ihrer Aussagen“. Aber keiner von ihnen hatte seine Meinung geändert, dass der Angeklagte schuldig sei.

Die NPR-Journalisten hatten anscheinend nur glaubhaft berichtet, was der Anwalt ihnen sagte, ohne sich die Gerichtsdokumente anzusehen. Warum sollten sie das tun? Aus drei Gründen: (i) Ideologische Voreingenommenheit: Die Geschichte rückte die Todesstrafe in ein schlechtes Licht, was einer linksgerichteten Nachrichtenagentur gefallen würde. (ii) Sensationslust: Die Geschichte über einen unschuldigen Mann, der hingerichtet werden sollte, erregte die Aufmerksamkeit des Publikums und entfachte Emotionen. (iii) Faulheit: Die Überprüfung der Geschichte hätte Arbeit erfordert. Warum sollte man sich diese Arbeit machen, wenn man weiß, dass fast alle Zuhörer einfach akzeptieren werden, was man sagt? Aus langjähriger Erfahrung weiß ich, dass dieser Fall nicht ungewöhnlich war; so arbeiten die Nachrichtenmedien.

Lektion: Populäre Mediengeschichten sind nicht vertrauenswürdig. (Übrigens ist es sinnlos, sie mit anderen populären Nachrichtenquellen zu vergleichen, da sie im Grunde alle voneinander abschreiben). Das gilt z. B. auch für die meisten Blogger, den Nachbarn von nebenan und andere gelegentliche Informationsquellen. Relativ zuverlässige Informationen finden Sie in akademischen Büchern und Artikeln sowie in Regierungsberichten (z. B. in Berichten des Census Bureau oder des FBI).

Dogmatismus und Selbstüberschätzung

Menschen, die sich mit Rationalität beschäftigen, kennen den Begriff der „Kalibrierung“. Überzeugungen gelten als gut kalibriert, wenn das Vertrauen in sie mit der Wahrscheinlichkeit übereinstimmt, dass sie richtig

sind. Wenn Sie z. B. zu 90 Prozent von etwas überzeugt sind, sollten auch 90 Prozent davon wahr sein. Wenn Sie zu 100 Prozent von etwas überzeugt sind, sollte es zu 100 Prozent wahr sein. Und so weiter.

Die meisten Menschen sind schlecht kalibriert. Tatsächlich gibt es eine allgemeine Tendenz: Fast alle Menschen sind zu zuversichtlich. Man sagt, man sei sich einer Reihe von Dingen zu 100 Prozent sicher, aber dann stellt sich heraus, dass nur, sagen wir, 85 Prozent dieser Dinge tatsächlich wahr sind. (Dazu gibt es psychologische Studien.) Das ist das Problem der Selbstüberschätzung. Fast jeder hat es und fast niemand hat das gegenteilige Problem (mangelndes Selbstvertrauen), also sollten Sie davon ausgehen, dass Sie wahrscheinlich auch zu selbstsicher sind. Sie sollten daher versuchen, Ihr Vertrauen in Ihre Überzeugungen zu verringern, insbesondere bei umstrittenen Dingen und vor allem bei spekulativen und subjektiven Behauptungen.

Ideologisch motivierte Bewertungen von Kausalzusammenhängen

In den Jahren 2008 bis 2009 erlebte Amerika eine schwere wirtschaftliche Rezession. Viele Menschen verloren Geld, ihren Arbeitsplatz und waren allgemein unglücklich. Der Auslöser waren Probleme im Immobilienbereich. Die Immobilienpreise waren sehr hoch, dann fielen sie, viele Menschen konnten, ihre Immobilienkredite nicht mehr zurückzahlen, die Banken gerieten in große Schwierigkeiten und andere Investoren und Finanzunternehmen gerieten in Schwierigkeiten, weil sie Investitionen getätigt hatten, die davon abhingen, dass die Immobilienpreise hoch blieben und die Immobilienkredite zurückgezahlt wurden.

Nach der Krise haben viele Menschen versucht zu erklären, warum das alles passiert ist. Dazu gehörten auch Menschen mit gegensätzlichen Ideologien. Grob gesagt, gab es Menschen mit einer regierungsfreundlichen und Menschen mit einer regierungsfeindlichen Ideologie und beide versuchten, die Krise zu erklären. Können Sie erraten, was die beiden Seiten sagten? Die Regierungsbefürworter sagten, die Rezession sei entstanden, „weil“ es *nicht genügend* Vorschriften gab – und sie zählten Vorschriften auf, die, wenn sie vorhanden gewesen wären, die Krise wahrscheinlich verhindert hätten. Die Regierungsgegner sagten, die Rezession sei eingetreten, „weil“ es *zu viele* staatliche Eingriffe gab – und sie zählten bestehende staatliche Maßnahmen auf, ohne die die Krise wahrscheinlich nicht stattgefunden hätte.

Beachten Sie, dass die grundlegenden Tatsachenbehauptungen beider Seiten vollkommen übereinstimmen: Es ist durchaus möglich, dass es eini-

ge Regierungsmaßnahmen gab, die die Krise erst verursacht haben, aber auch, dass es Maßnahmen, die sie hätte ergreifen sollen, um die Krise zu verhindern. Es ist durchaus plausibel, dass die Krise auf mehr als eine Weise hätte abgewendet werden können: entweder durch bestimmte zusätzliche staatliche Maßnahmen oder durch die Abschaffung anderer staatlicher Maßnahmen. Auf welche Alternative Sie sich konzentrieren, hängt davon ab, auf welcher ideologischen Seite Sie sich befinden.

Beide Seiten nutzten das Ereignis, um ihre Ideologie zu untermauern: „Wir haben zu viel Staat“ oder „Wir brauchen mehr Staat“. Diese Schlussfolgerungen wurden durch ihre jeweiligen Kausalinterpretationen gestützt: „Die Rezession wurde durch staatliche Eingriffe verursacht“ oder „Die Rezession wurde durch das Versäumnis der Regierung, einzugreifen, verursacht“.

Wer hatte Recht? Nehmen wir an, dass die Fakten so sind, wie sie dargelegt wurden (dass einige zusätzliche Interventionen die Rezession verhindert hätten und die Abschaffung einiger anderer Interventionen die Rezession verhindert hätte). In diesem Fall sollten wir entweder beide Kausalbehauptungen akzeptieren oder beide Kausalbehauptungen zurückweisen, je nachdem, was wir mit „Ursache“ meinen. Wenn wir „alleinige Ursache“ meinen, dann sollten wir beide Kausalbehauptungen zurückweisen (d. h. wir sollten sagen, dass die Rezession weder durch staatliche Interventionen noch durch unterlassene Interventionen verursacht wurde). Wenn wir nur „Faktor, der so beschaffen ist, dass die Wirkung nicht eingetreten wäre, wenn er verändert worden wäre“ meinen, dann sollten wir beide kausalen Behauptungen akzeptieren (die Rezession wurde durch Intervention und durch Nichteinmischung verursacht).

Es ist in Ordnung zu sagen, dass X durch Y verursacht wurde, vorausgesetzt, man erkennt auch alle anderen Dinge an, die X im gleichen Sinne verursacht haben. Wenn es viele verschiedene Ursachen gibt, dann braucht man zusätzliche Beweise oder Argumente, um festzustellen, welche dieser Ursachen am besten zu ändern ist. Im Fall der Rezession bräuchten wir unabhängige Argumente, um festzustellen, welche Ursache für die Rezession (Intervention oder Nichteinmischung) besser zu ändern gewesen wäre.

Zu starke Vereinfachung

Die Menschen vereinfachen philosophische Fragen sehr oft zu stark. Nehmen wir an, Sie denken über die Moral der Abtreibung nach. Eine verlockende Vereinfachung wäre es, zu sagen, dass es zwei Positionen gibt:

Pro-Choice und Pro-Life (oder Pro- und Anti-Abtreibung). Entweder sind Föten Menschen und ihre Tötung ist Mord, oder Föten sind keine Menschen und ihre Tötung ist völlig in Ordnung.

Dabei wird jedoch die Möglichkeit übersehen, dass Föten in späten Stadien Menschen sind, in frühen Stadien jedoch nicht; oder dass es eine Abstufung der Persönlichkeit gibt und dass Föten im Laufe ihrer Entwicklung immer mehr zu Personen werden; oder dass Föten in mancher Hinsicht Personen sind, in anderer Hinsicht jedoch keine Personen. Es gibt also eine Reihe von möglichen Positionen, nicht nur zwei.

Eine Schwarz-Weiß-Darstellung ist eine weit verbreitete Übereinfachung. Wir betrachten zwei einfache Positionen, anstatt ein ganzes Spektrum von Möglichkeiten in Betracht zu ziehen. Das Problem ist, dass die Wahrheit oft eine subtilere Position ist, die nicht eindeutig unter eine der beiden einfachsten Kategorien fällt.

Data-Mining

Ähnlich wie Rosinenpickerei kommt „Data-Mining“ manchmal in der Wissenschaft vor. Ein Wissenschaftler verfügt über eine große Menge an statistischen Daten mit verschiedenen Variablen. Selbst wenn alle Daten völlig zufällig sind, wird jeder komplexe Datensatz einige Muster aufweisen, die signifikant erscheinen. Im Grunde genommen kann man die Daten nehmen und damit viele verschiedene mögliche Hypothesen testen. Selbst wenn alle Hypothesen falsch sind, wird letztendlich eine der Hypothesen zufällig (aufgrund zufälliger Variationen in den Daten) einen Test auf „statistische Signifikanz“ bestehen. Dies ist ein Grund, warum viele veröffentlichte Forschungsergebnisse, insbesondere in der Medizin, Psychologie und Sozialwissenschaft, falsch sind. So wird z. B. in einer Studie festgestellt, dass bestimmte Lebensmittel das Krebsrisiko für nicht rauchende Männer mittleren Alters erhöhen; wenn man dann aber versucht, die Studie zu wiederholen, kommt man nicht zu demselben Ergebnis, weil das ursprüngliche Ergebnis nur zufällig war.

Spekulationen

Spekulative Behauptungen sind im Wesentlichen Vermutungen über Dinge, für die wir noch keine Beweise haben. Behauptungen über die Zukunft oder Behauptungen darüber, was bei hypothetischen alternativen Möglichkeiten geschehen wäre, sind gute Beispiele für spekulative Behauptungen.

Beispiel: Sie streiten darüber, ob es gut ist, wenn die Regierung versucht, die Wirtschaft durch Geldausgaben anzukurbeln. Sie sagen, dass dies gut ist, weil z. B. die Rezession viel länger gedauert hätte, wenn die Regierung die Wirtschaft im Jahr 2009 nicht angekurbelt hätte. Das ist spekulativ – wir wissen nicht, was passiert wäre, weil die Regierung tatsächlich ein Konjunkturprogramm verabschiedet hat und wir können jetzt nicht in der Zeit zurückgehen und es ändern, um zu sehen, was passiert wäre, wenn sie es nicht getan hätte.

Das Problem bei spekulativen Behauptungen ist, dass Menschen mit unterschiedlichen philosophischen (oder politischen, religiösen usw.) Überzeugungen dazu neigen, sehr unterschiedliche Spekulationen für plausibel zu halten. So werden z. B. Menschen, die der Regierung misstrauisch gegenüberstehen, es für plausibler halten, dass die Rezession ohne staatliche Anreize kürzer gewesen wäre. Argumente, die von spekulativen Prämissen ausgehen, sind also in der Regel rational nicht überzeugend.

Tipp: Wenn Sie Menschen auf rationale Weise von etwas überzeugen wollen, versuchen Sie, Spekulationen zu vermeiden.

Subjektive Behauptungen

Im Allgemeinen ist eine „subjektive“ Behauptung eine Behauptung, die ein Urteil erfordert, d. h. sie kann nicht einfach und eindeutig festgestellt werden. Zum Beispiel die Behauptung, dass der politische Kandidat A für das Amt „unqualifiziert“ sei; die Behauptung, dass es schlimmer sei, zu Unrecht für fünf Jahre inhaftiert zu werden, als an der Einwanderung in das Land, in dem man leben möchte, gehindert zu werden; die Behauptung, dass Louis CKs Witze „beleidigend“ seien usw. (Dies unterscheidet sich von spekulativen Behauptungen, denn im Fall von Spekulationen ist die Möglichkeit, die Behauptung prinzipiell zu verifizieren grundsätzlich vorhanden – die Verifizierung erfolgten nur nicht tatsächlich).

Anmerkung: Ich sage nicht, dass es „keine Fakten“ oder „keine Antwort“ darauf gibt, ob diese Dinge zutreffen, oder dass sie von den „Meinungen“ der Menschen abhängen. Was ich damit sagen will, ist, dass es keine klaren, festgelegten Kriterien für diese Behauptungen gibt, so dass es schwierig ist, sie zu überprüfen. Vielleicht stimmt es, dass Louis Witze beleidigend sind, aber wenn sie jemand nicht als beleidigend empfindet, gibt es keine eindeutige Möglichkeit zu beweisen, dass sie es sind.

Menschen verlassen sich oft auf subjektive Annahmen, wenn sie über kontroverse Themen diskutieren. Das Problem dabei ist, dass subjektive Behauptungen anfälliger für Vorurteile sind als objektive (das ist das Ge-

genteil von „subjektiv“) Behauptungen. Daher neigen Menschen mit unterschiedlichen philosophischen (oder politischen oder religiösen) Ansichten dazu, in Bezug auf subjektive Behauptungen sehr uneins zu sein. Sie eignen sich deshalb schlecht als Prämissen für philosophische, politische oder religiöse Argumente. Ratschlag: Versuchen Sie, Ihre Argumente so weit wie möglich auf relativ objektive Annahmen zu stützen.

Behandlungseffekte vs. Selektionseffekte

Angenommen, Sie haben ein neues Bildungsprogramm für Vorschulkinder entwickelt. Sie wollen wissen, ob es das Lernen verbessert oder nicht. Sie würden sich die Kinder ansehen, nachdem sie an Ihrem Programm teilgenommen haben und sie mit Kindern desselben Alters vergleichen, die das nicht getan haben und sehen, ob die erste Gruppe bei Tests besser abschneidet. Nehmen wir an, die Kinder, die an Ihrem speziellen Programm teilgenommen haben, schneiden bei späteren Tests im Durchschnitt 10 Prozent besser ab. Dann würden Sie wahrscheinlich zu dem Schluss kommen, dass Ihr Programm funktioniert.

Aber halt. Hier ist eine weitere Möglichkeit. Nehmen wir an (wie es normalerweise der Fall wäre), dass die Kinder, die an Ihrem speziellen Bildungsprogramm teilgenommen haben, die Kinder waren, deren Eltern sich dafür entschieden haben, sie in diesem Programm anzumelden. Der Rest waren Kinder, deren Eltern sich nicht dafür entschieden haben, sie anzumelden. Vielleicht sind die Eltern, die ihre Kinder in Sonderprogramme einschreiben, im Durchschnitt intelligenter und legen mehr Wert auf Bildung als die Eltern, die das nicht tun. Vielleicht sind Intelligenz und Wertschätzung des Lernens auch teilweise genetisch bedingt, so dass diese Eltern diese Eigenschaften an ihre Kinder weitergeben. Die Kinder, die an Ihrem Programm teilgenommen haben, waren also im Durchschnitt bereits intelligenter und interessierter am Lernen als die Kinder, die nicht an dem Programm teilgenommen haben. Und vielleicht erklärt das, warum sie nach dem Programm bei Tests 10 Prozent besser abgeschnitten haben. Vielleicht hat Ihr Programm überhaupt keine Wirkung, sondern Sie haben nur die klugen Kinder dazu gebracht, an dem Programm teilzunehmen und das hat das Programm gut aussehen lassen.

Das ist ein Beispiel für einen „Selektionseffekt“, bei dem es so aussieht, als ob A die Ursache für B ist, aber in Wirklichkeit ist es nur so, dass die von Ihnen getesteten Fälle von A aus anderen Gründen schon eher B waren. Selektionseffekte stehen im Gegensatz zu „Behandlungseffekten“, d. h. Fällen, in denen die getestete Sache tatsächlich den Effekt verursacht, der

ihr zugeschrieben wird. In dem Beispiel aus dem Bildungsbereich korreliert der akademische Erfolg mit der Teilnahme an dem speziellen Programm. Dies könnte auf einen Behandlungseffekt (d. h. das Programm bewirkt, dass die Kinder mehr lernen) oder auf einen Selektionseffekt (d. h. das Programm wählt Schüler aus, die bereits gut lernen) zurückzuführen sein.

Selektionseffekte werden sehr oft mit Behandlungseffekten verwechselt. Ein weiteres Beispiel: Sie wollen wissen, ob ein bestimmtes Vitamin den Gesundheitszustand verbessert. Man untersucht also die Menschen, die regelmäßig Vitaminpräparate einnehmen und stellt fest, dass sie gesünder sind als andere. Das beweist scheinbar, dass die Vitaminpräparate gut für die Menschen sind ... aber in Wirklichkeit handelt es sich wohl eher um einen Selektionseffekt: Menschen, die Vitamine einnehmen, treiben mit größerer Wahrscheinlichkeit auch Sport, ernähren sich gesund und so weiter, weshalb sie gesünder als der Durchschnitt wären, selbst wenn die Vitamine überhaupt nichts bewirken würden.

Whataboutism

Ähnlich wie das Tu-quoque-Argument, handelt es sich um Whataboutism, wenn jemand etwas Schlechtes kritisiert und darauf mit „Was ist mit X?“ geantwortet wird, wobei X eine andere schlechte Sache ist. Beispiel: Jemand beschwert sich darüber, dass der vom derzeitigen Präsidenten vorgeschlagene Haushalt ein sehr hohes Defizit aufweist. Sie sagen: „Was ist mit dem vorherigen Präsidenten? Der hatte auch hohe Defizite!“ Oder: Jemand beschwert sich, dass der Präsident gerade ein Kind ermordet hat. Sie erwidern, dass eine andere politische Figur, die einer anderen Partei angehört, ebenfalls Kinder ermordet hat. „Was ist damit?“, fragen Sie.

Der Grund dafür, dass zu „Whataboutism“ gegriffen wird, liegt darin, dass sie sich nicht für praktische Vorschläge interessieren, was in unserer aktuellen Situation getan werden sollte, sondern dass sie die politische Diskussion als eine Art Stammeswettbewerb betrachten, einen Wettbewerb zwischen „ihrer Seite“ und „der anderen Seite“, bei dem derjenige gewinnt, der seine Seite besser aussehen lässt. Sie wollen also nicht, dass die Aufmerksamkeit auf die Schwächen eines Mitglieds ihrer Partei gelenkt wird (z. B. eines Politikers aus ihrer eigenen Partei). Also versuchen sie, die Aufmerksamkeit auf etwas zu lenken, das an jemandem von der anderen Seite schlecht ist.

Das Problem ist, dass diese Praxis systematisch verhindert, dass das Übel angegangen wird. Für jedes Übel in der Welt (es sei denn, es ist buchstäblich das Schlimmste auf der Welt) kann man immer ein anderes, noch

schlimmeres Übel finden und sagen: „Was ist damit?“ Für jedes Übel, das von einem politischen Führer begangen wird, wird es praktisch immer zutreffen, dass ein anderer Führer einer anderen Partei irgendwann ein ähnliches Übel begangen hat (und auch, dass die Mitglieder der Partei dieser Person nichts dagegen unternommen haben). Wenn Ihre Reaktion, wenn Sie von einem aktuellen Übel hören, darin besteht, die Aufmerksamkeit auf ein früheres Übel zu lenken, das von einer anderen Person oder Gruppe begangen wurde, bedeutet dies, dass Übel nie angesprochen werden. „Whataboutism“ ist immer ein Ablenkungsversuch. Wenn das nächste Mal jemand anderes etwas Böses tut, wird auch das nicht angesprochen werden, weil die Leute sagen werden: „Was ist mit dem aktuellen Übel, das nicht richtig angesprochen wurde?“

DIE ANTIKAPITALISTISCHE IDEOLOGIE DER SKLAVEREI

Phillip W. Magness

Ph.D. Phillip W. Magness ist Senior Research Faculty und Interim Research and Education Director am American Institute for Economic Research. Der folgende Artikel wurde im August 2019 vom American Institute for Economic Research veröffentlicht.

Wie steht der Kapitalismus zur Sklaverei? Das scheint eine verrückte Frage zu sein, ist es aber eigentlich gar nicht so sehr, nicht in diesen Zeiten. Beginnen wir also mit der ersten Zeile des ersten Kapitels von George Fitzhughs *Sociology for the South*, das erstmals 1854 veröffentlicht wurde:

Die politische Ökonomie ist die Wissenschaft der freien Gesellschaft. Sowohl ihre Theorie als auch ihre Geschichte belegen diese Position. Ihre grundlegenden Maximen Laissez-faire und „Pas trop gouverner“ stehen im Widerspruch zu jeder Art von Sklaverei, denn sie bedeuten, dass Individuen und Völker am besten gedeihen, wenn sie am wenigsten regiert werden.

Fitzhughs Anliegen war es, gegen die wirtschaftliche Freiheit zu wettern und die Sklaverei zu verteidigen. In seinem radikalen Traktat versuchte er, ein ausgefeiltes ideologisches Argument für die Sklavenarbeit und für alle Aspekte der sozialen Ordnung zu finden. Ein solches System, so verkündete er, würde den vermeintlichen Dauerkonflikt zwischen Arbeitern und Kapitaleignern durch die paternalistische Hierarchie der Sklaverei auflösen – ein Modell, das er nicht nur für die Plantagen des Südens, sondern auch für die Fabriken des Nordostens befürwortete.

Alles in allem präsentierte Fitzhugh die erschreckende Vision einer nationalen Gesellschaft, die nach dem Prinzip der Sklaverei neu geordnet werden sollte. Und wie er in seinen einleitenden Bemerkungen ankündigte, erforderte die Verwirklichung dieser Gesellschaft die Beseitigung ihres letzten Hindernisses, des freien Marktes.

Obwohl seine Ansichten heute zu Recht abgelehnt werden, erlangte der in Virginia geborene Fitzhugh in der späten Vorkriegszeit nationale Bekanntheit als einer der meistgelesenen Verfechter der Sklavenhalterwirtschaft. Charles Sumner nannte ihn einen „führenden Autor unter den Sklavenhaltern“ und seine regelmäßigen Beiträge für die südstaatenfreundliche Zeitschrift *DeBow's Review* verschafften ihm in den 1850er Jahren eine landesweite Leserschaft.

1855 begab sich Fitzhugh auf eine Werbetour durch den Nordosten und lieferte sich mit dem Abolitionisten Wendell Phillips eine Reihe von öffentlichen Streitgesprächen über die Sklaverei. Bis 1861 hatte er sich für die Sezession der Südstaaten eingesetzt und begann, eine ausgeklügelte, auf Sklaven basierende Industrialisierungspolitik für die Wirtschaft der Konföderation in Kriegszeiten zu entwerfen.

Fitzhugh war außerdem ein bekennender Antikapitalist. Die größte Bedrohung für die Sklaverei ging für ihn von den Doktrinen der freien Marktwirtschaft in Europa aus, die „mit der Abschaffung der Sklaverei behaftet waren und mit unseren Institutionen im Krieg standen“. Um zu überleben, erklärte er, müsse der Süden „Adam Smith, Say, Ricardo & Co. ins Feuer werfen“.

Diese Rhetorik stellt moderne Historiker vor ein wenig beachtetes Rätsel. Es ist derzeit akademisch in Mode, die Sklavenplantagen als integralen Bestandteil des amerikanischen Kapitalismus darzustellen.

Eine neue mehrteilige Serie in der *New York Times* vertritt diese These, indem sie den modernen Kapitalismus der freien Marktwirtschaft als eine von Natur aus „rassistische“ Institution und einen direkten Nachfahren der Plantagensklaverei darstellt, der noch immer die Brutalität dieses Systems aufweist. Diese Charakterisierung stützt sich stark auf die sogenannte „Neue Geschichte des Kapitalismus“ (*New History of Capitalism*, NHC) – ein Genre der Geschichtsschreibung, das im letzten Jahrzehnt die akademische Welt überschwemmte und in dem aggressiv die These vertreten wird, dass freier Marktkapitalismus und Sklaverei untrennbar miteinander verbunden sind.

Viele führende Beispiele der NHC-Forschung in der akademischen Welt zeichnen sich durch schlampige wirtschaftliche Analysen und einen nachweislichen Missbrauch historischer Beweise aus. In diesen Arbeiten werden oft historisch unplausible Argumente vorgebracht, wie z. B. die Vorstellung, dass die moderne doppelte Buchführung aus den Hauptbüchern der Plantagen hervorgegangen sei (in Wirklichkeit geht diese Praxis auf die Bankwirtschaft der italienischen Renaissance zurück) oder dass ihre

Verwendung durch Sklavenhalter etwas spezifisch Kapitalistisches sei (sogar die Sowjets verwendeten moderne Buchführungspraktiken, obwohl sie versuchten, ihre gesamte Wirtschaft zentral zu planen). Der NHC-Historiker Ed Baptist war es, der eine eindeutig falsche Statistik erstellte, die angeblich zeigte, dass die Baumwollproduktion die Hälfte der amerikanischen Wirtschaft der Vorkriegszeit ausmachte (tatsächlich erreichte sie etwa 5 Prozent des BIP).

Trotz der großen empirischen und historischen Mängel dieser Literatur werden die NHC-Argumente immer noch häufig herangezogen, nicht nur zur historischen Analyse der Wirtschaft der Sklaverei, sondern auch für ideologische Angriffe auf den modernen Kapitalismus selbst. Wenn der Kapitalismus historisch durch seine Verbindungen zur Sklaverei befleckt ist, so die Argumentation, dann wirken die Auswirkungen der Sklaverei auch heute noch im modernen amerikanischen Kapitalismus nach. In ihrer extremsten Ausprägung plädieren dieselben Historiker dann für eine politische Neuordnung der amerikanischen Wirtschaft, um diesen Makel zu beseitigen. Zusammengefasst: Um unsere Gesellschaft mit ihrer Geschichte zu versöhnen und die Sünden der Sklaverei zu sühnen, müssen wir das, was vom amerikanischen Kapitalismus übrig geblieben ist, aufgeben.

Die Verwendung des Begriffs „Kapitalismus“ in der NHC-Literatur leidet unter seiner eigenen Definitionsfluktuation, die zeitweise alles von Laissez-faire-Nichteinmischung über protektionistischen Merkantilismus bis hin zu staatlich angeordneter Zentralplanung einschließt. Die meisten Wirtschaftshistoriker achten darauf, zwischen den Merkmalen dieser sehr unterschiedlichen Systeme zu unterscheiden. In der NHC-Literatur hat sich jedoch die Gewohnheit eingebürgert, alles einfach als „Kapitalismus“ zu bezeichnen. Eine auf Befehl und Kontrolle beruhende Industriepolitik in Kriegszeiten wird so zum „Kriegskapitalismus“, während ein sklavenorientiertes merkantilistisches Regime mit Schutzzöllen und Industriesubventionen zum „Rassensklavenkapitalismus“ wird und so weiter.

In der modernen Politik wird schnell klar, dass dieselben Gelehrten nur einen „Kapitalismus“ im Sinn haben. Die eigenen ökonomischen Neigungen der NHC-Gemeinde sind eindeutig links ausgerichtet, was darauf hindeutet, dass ihr eigentlicher Zorn der klassischen liberalen, marktwirtschaftlichen Variante des Kapitalismus gilt. Die Umverteilung von Reichtum, die Verstaatlichung des Gesundheitswesens und ganzer Wirtschaftszweige, die sozialistische Zentralplanung von Industrien rund um den Arbeiteraktivismus und sogar eine Fülle von Maßnahmen zum Klimawan-

del werden so zu notwendigen Akten „sozialer Gerechtigkeit“, um das angebliche sklavenhalterische Erbe des Kapitalismus zu korrigieren.

Wir gelangen daher zu der merkwürdigen Position, dass die „Sühne“ für die Sklaverei, wie sie von den NHC-Historikern dargestellt wird, die politische Ablehnung derselben Doktrinen des freien Marktes beinhaltet, die Fitzhugh im Jahrzehnt vor dem Bürgerkrieg als die größte Gefahr für die Sklaverei selbst ansah.

Wenn wir zu Fitzhughs Verteidigung der Sklaverei zurückkehren, finden wir große Ähnlichkeiten mit der heutigen antikapitalistischen Rhetorik. Die ökonomischen Doktrine des Laissez-faire, schrieb er 1857, fördern „ein System des uneingeschränkten Egoismus“. Sie unterwerfen die nominell freie Arbeit dem „Despotismus des Kapitals“, in dem die Kapitalistenklasse eine „Ausbeutung des Könnens“ aus den Lohnarbeitern herausholt, die sich in der Differenz zwischen dem Wert dessen zeigt, was sie schaffen und der viel geringeren Vergütung, die sie erhalten.

Wie Fitzhugh am Beispiel eines wohlhabenden Bekannten, der „aufgehört hatte zu arbeiten“ und von seinem Vermögen lebte, argumentierte, sei das „Kapital des Kapitalisten nichts anderes als die Anhäufung der Ergebnisse seiner Arbeit; denn gemeinsame Arbeit schafft alles Kapital“. Dann erklärte er das Ergebnis kurz und bündig, indem er feststellte: „Der Kapitalist, der von seinem Einkommen lebt, gibt nichts an seine Untertanen ab. Er lebt durch bloße Ausbeutung.“ Fitzhugh fuhr fort:

Es liegt im Interesse des Kapitalisten und der Geschickten, den freien Arbeitern den geringstmöglichen Anteil an den Früchten ihrer eigenen Arbeit zuzugestehen; denn alles Kapital wird durch Arbeit geschaffen und je kleiner die Zuwendung des freien Arbeiters, desto größer der Gewinn seines Arbeitgebers. Die freien Arbeiter schlecht und ungerecht zu behandeln, wird allgemein als moralische Pflicht eingeschärft und der Egoismus der menschlichen Natur veranlasst sie zu der strengsten Erfüllung dieser kannibalischen Pflicht. Wir berufen uns auf die politische Ökonomie, die ethische, soziale, politische und wirtschaftliche Philosophie der freien Gesellschaft, um die Wahrheit unserer Lehren zu beweisen. Als ethischer und sozialer Leitfaden lehrt diese Philosophie, dass sozialer, individueller und nationaler Wettbewerb eine moralische Pflicht ist und wir haben versucht zu beweisen, dass jeder Wettbewerb nichts anderes ist als das Bestreben, andere zu versklaven, ohne mit ihrer Unterstützung belastet zu werden.

Die Differenz zwischen dem Wert des Produkts des Arbeiters und diesem wesentlich niedrigeren Lohn, erklärte Fitzhugh, sei ein Maß für den ausgebeuteten Anteil an seiner Arbeit.

Wenn diese Argumentation vertraut erscheint, dann liegt das an einer sehr realen Parallele zwischen Fitzhughs Formulierung der Beziehung zwischen Kapital und Arbeit und der eines anderen berühmten Zeitgenossen. Fitzhugh hatte die Marxsche Theorie des „Mehrerts“ mehr als ein Jahrzehnt vor der Veröffentlichung von Marx' „*Das Kapital*“ (1867) ausgearbeitet und leitete sie aus derselben pauschalen Anklage gegen den Kapitalismus der freien Arbeit ab.

Die beiden Denker unterschieden sich nur in ihren nächsten Schritten, der präskriptiven Lösung. Während Marx die Sklaverei ablehnte und einen langen historischen Marsch bis zu einer eventuellen sozialistischen Neuordnung durch revolutionäre Umwälzung extrapolierte, sah Fitzhugh eine leicht verfügbare Alternative. „Sklaverei ist eine Form, und zwar die beste Form des Sozialismus“, erklärte er. Lohnarbeit, so prophezeite er, würde für immer unzureichend sein, um die Bedürfnisse des Arbeiters zu befriedigen, da ihm die Produkte seiner Fähigkeiten vorenthalten würden. Die Sklaverei, so Fitzhugh, könne einspringen und die Lücke durch die paternalistische Versorgung der Versklavten mit dem Nötigsten füllen, wodurch die „Gier“ der Lohnausbeutung aus dem Prozess entfernt werde.

Da die Sklaven in die Obhut des Sklavenhalters übergangen und von ihm mit Nahrung und Unterkunft versorgt wurden, argumentierte Fitzhugh, dass „Sklaven mehr von den Ergebnissen ihrer eigenen Arbeit konsumieren als Arbeiter im Norden“. Die Plantagensklaverei milderte dieser verdrehten Denkweise zufolge die „Ausbeutung“ durch den Lohnarbeitskapitalismus und gab einen größeren Teil der behaupteten Überschüsse an die Sklaven zurück. Im Marxschen Gegenstück erfüllt ein sozialistischer Staat eine ähnliche Funktion.

Fitzhughs exzentrische Extrapolation dessen, was im Wesentlichen Marxsche Lehren sind, hat den Effekt, dass Marx' eigene unhaltbare „Lösung“ des Kapitaleigentums auf den Kopf gestellt wird. Die beiden Denker sind sich jedoch in ihren Abneigungen einig: Sie teilen eine Feindschaft gegen den Marktkapitalismus und den Wunsch, die freie Verteilung der Ressourcen durch eine zwangsweise soziale Neuordnung zu beseitigen, um ihre jeweiligen idealen Gesellschaften zu erreichen – Massenversklavung oder globalen Kommunismus.

Diese Ähnlichkeiten zwischen Fitzhugh und dem Sozialismus sowie die aggressive antikapitalistische Rhetorik der Sklavereiideologie werden in der NHC-Literatur nur selten untersucht. In ihrem Bestreben, den modernen Kapitalismus politisch mit den Schrecken der Sklaverei in Verbindung zu bringen, haben sich diese Historiker eine Praxis der Nachlässigkeit bei der

Beweisführung zu eigen gemacht, die die explizit antikapitalistischen ideologischen Lehren eben jenes Sklavensystems, das sie als Grundlage der modernen kapitalistischen Wirtschaft bezeichnen, bequemerweise ausklammert.

Fitzhugh war nicht der einzige, der die antikapitalistische Ideologie zur Verteidigung der Sklaverei übernahm und anpasste. In der Tat übernahm er sie weitgehend von Thomas Carlyles eigenen rassistischen Angriffen auf die „düstere Wissenschaft“ der Ökonomie aufgrund ihrer engen historischen Verbindungen zum Abolitionismus. Die Tatsache, dass diese Befürworter der Sklaverei eine parallele Begründung im Sozialismus fanden und sie einsetzten, um den gemeinsamen Feind der freien Märkte anzugreifen, ungeachtet ihrer ansonsten unterschiedlichen Behauptungen, ist ein Hinweis auf einen gemeinsamen Illiberalismus der beiden. In der Praxis zeigen die unglücklichen historischen Aufzeichnungen der beiden leider, dass der einzige verbleibende Unterschied zwischen ihren politischen Ergebnissen in der Wahl zwischen der Sklaverei der Plantage und der Sklaverei des Gulag besteht.

VOM MARINESOLDATEN ZUM VOLUNTARISTEN

Shane Hazel

Shane Hazel ist ein ehemaliger Marinesoldat der Vereinigten Staaten und heute Gastgeber des Podcasts „Radical“.

Hätte mir Anfang 2004 jemand gesagt, dass ich im Jahr 2021 als Podcaster in der Freiheitsbewegung für den Voluntarismus werben und für das US-Repräsentantenhaus und den US-Senat kandidieren würde und dass ein Gouverneurswahlkampf bevorstünde, hätte ich ihn für verrückt erklärt.

Wie wird man also von einem Neokonservativen in der legendären 1st Force Recon Co. des United States Marine Corps zu einem Voluntaristen?

Durch Wissen und Erfahrung. Ein Buch öffnete meinen Geist für den Gedanken, dass alles, was ich jemals zu lernen gezwungen worden war, eine Lüge war, um die höchsten Regierungsbeamten, Banker und Unternehmen zu manipulieren, die ich seitdem liebevoll die „Mördersekte“ genannt habe. Dieses Buch war John Taylor Gattos *The Underground History of American Education*. (Lest am besten alles von Gatto.)

Es war Ende November 2004 und ich kam gerade zurück von den blutigen Häuserkämpfen in Falludscha. Noch im August des gleichen Jahres hatte ich die Schlacht von Nadschaf auf die gleiche Weise miterlebt, aber am Ende hatten wir Marines den Befehl erhalten, uns zurückzuziehen und zuzusehen, wie der „Feind“ im Rahmen eines von einigen weit entfernten Politikern ausgehandelten Waffenstillstands den Imam-Ali-Schrein verließ. In diesem Moment kam mir der Gedanke: „Was zum Teufel machen wir hier, wenn wir unsere Feinde nicht vernichten?“

Zu meinem Glück war meine Antwort nur noch ein paar Monate und eine riesige Schlacht entfernt. Gatto erklärte, dass das amerikanische Bildungssystem von preußischen Fabianistischen Sozialisten in den 1700er Jahren entworfen und ursprünglich auch umgesetzt wurde, bevor es in den 1800er Jahren von Horace Mann nach Amerika gebracht wurde. Seine

Ziele waren laut Gatto: „1) Gehorsame Soldaten für die Armee; 2) Gehorsame Arbeiter für Bergwerke, Fabriken und Bauernhöfe; 3) Folgsame Beamte, die in ihrer Funktion geschult sind; 4) Folgsame Angestellte für die Industrie; 5) Bürger, die über das meiste das Gleiche denken; 6) Landesweit einheitliche Gedanken, Worten und Taten.“

Und da lag ich nun, auf meiner Pritsche, in einem beschissenen Zelt, auf halbem Weg um die Welt von und war eine gute Nummer 1. Ich war schockiert, aber ich konnte Gattos Erkenntnisse nicht leugnen. Ab diesem Moment war ich entschlossener denn je, das Marine Corps so schnell wie möglich zu verlassen.

Glücklicherweise überlebte ich meine letzten Monate im Irak. Von dort aus kehrte ich zu den Wurzeln zurück, oder zumindest zu dem, was mir die staatliche Indoktrination in meiner Jugend als Wurzeln vermittelt hatte. 2008 entdeckte ich Ron Paul und seine Anhänger und ich begann, Informationen aufzusaugen. Ich lernte die Verfassung und ihre Mechanismen auswendig, indem ich *The Federalist* studierte. Dann stieß ich auf *The Anti-Federalist*, was die Ideen von *The Federalist* zerstörte und darüber hinaus den Coup der Federalisten entlarvte. Du sagst „Coup“, Shane? Ja, die Federalisten waren machtgierige Bastarde. Die Verfassung war ein erfolgreicher Staatsstreich der „aristokratischen Verbindung“ (auch bekannt als die Mördersekte), um die Kontrolle über die neuen freien Staaten zu übernehmen und die Macht zu zentralisieren und auszubauen. Lysander Spooner lief mir danach über den Weg. Er betonte die Frage: „Welchen Vertrag hast du unterschrieben?“ – „Keinen“, sagte ich laut.

Erst 2012 hat mich mein Cousin Greg auf das Mises-Institut gebracht. Wie für die meisten Menschen war Wirtschaft für mich ein Buch mit sieben Siegeln und außerdem hatte ich Wirtschaft als langweilig empfunden. Ich begann mit *Economics in One Lesson* und war begeistert. Wirtschaft war keineswegs langweilig. Ich entdeckte bald, dass die Wirtschaftswissenschaft die Grundlage dafür war, wie die Mächtigsten der Geschichte Menschen und Ideen in der Welt bewegten. Rothbard, Mises, Hayek und Hazlitt lehrten mich, gelinde gesagt, so viel, wie ich jemals über Wirtschaft wissen wollte.

Was die Literatur betrifft, so habe ich mich dank Brian Muraresku zuletzt mit dem Thema Spiritualität beschäftigt. Genauer gesagt, die Auslassungen und Lügen der Kirche. Warnung: Brians Buch *Der Schlüssel der Unmoral* fällt ein vernichtendes Urteil über Kirche und Staat.

DAS GESETZ (AUSZÜGE)

Frédéric Bastiat
1850

Claude-Frédéric Bastiat (1801-1850) war ein französischer Wirtschaftswissenschaftler und Schriftsteller. Er war ein prominenter Vertreter der französischen liberalen Schule.

Wenn jeder Mensch das Recht hat, seine Person, seine Freiheit und sein Eigentum – auch mit Gewalt – zu verteidigen, dann folgt daraus, dass auch eine Gruppe von Menschen das Recht hat, eine gemeinsame Kraft zu organisieren und zu unterstützen, die diese Rechte ständig schützt (S. 4).

Da ein Individuum nicht rechtmäßig Gewalt gegen die Person, die Freiheit oder das Eigentum eines anderen Individuums anwenden kann, kann die gemeinsame Gewalt – aus demselben Grund – nicht rechtmäßig zur Zerstörung der Person, der Freiheit oder des Eigentums von Individuen oder Gruppen eingesetzt werden (S. 4).

Wenn ein Teil des Reichtums von demjenigen, der ihn besitzt, ohne seine Zustimmung und ohne Entschädigung und sei es mit Gewalt oder durch Betrug, auf jemanden übertragen wird, der ihn nicht besitzt, dann sage ich, dass das Eigentum verletzt wird; dass ein Akt der Plünderung begangen wird. Ich sage, dass diese Handlung genau das ist, was das Gesetz immer und überall unterdrücken soll (S. 17).

In Abhängigkeit vom Grad ihrer Aufklärung können die Klassen, die ausgeplündert werden, eines von zwei völlig unterschiedlichen Zielen verfolgen, wenn sie versuchen, politische Macht zu erlangen: Entweder wollen sie die rechtmäßige Ausplünderung stoppen, oder sie wollen an ihr teilhaben (S. 6).

Die Folgen der legalen Plünderungen

Eine größere Veränderung und ein größeres Übel als die Umwandlung des Rechts in ein Instrument des Plünderns ist in der Gesellschaft nicht denkbar. Was sind die Folgen einer solchen Perversion? Es würde Bände erfordern, sie alle zu beschreiben. Daher müssen wir uns damit begnügen, die auffälligsten zu nennen.

Zunächst wird dadurch die Unterscheidung zwischen Recht und Unrecht aus dem Gewissen der Menschen getilgt. Keine Gesellschaft kann existieren, wenn die Gesetze nicht bis zu einem gewissen Grad respektiert werden. Der sicherste Weg, dass Gesetze respektiert werden, ist, sie respektabel zu machen. Wenn Gesetz und Moral im Widerspruch zueinander stehen, hat der Bürger die grausame Alternative, entweder sein moralisches Gespür zu verlieren oder seine Achtung vor dem Gesetz zu verlieren. Diese beiden Übel sind gleichwertig und es wäre schwierig für einen Menschen, sich zwischen ihnen zu entscheiden. Das Wesen des Rechts besteht darin, die Gerechtigkeit zu wahren. Dies ist so sehr der Fall, dass Recht und Gerechtigkeit in den Köpfen der Menschen ein und dasselbe sind. Wir alle haben die starke Neigung zu glauben, dass alles, was dem Gesetz entspricht, auch rechtmäßig ist. Dieser Glaube ist so weit verbreitet, dass viele Menschen fälschlicherweise der Meinung sind, dass Dinge „rechters“ sind, weil das Gesetz sie dazu macht. Um Plünderungen in den Augen vieler Gewissen gerecht und heilig erscheinen zu lassen, ist es also nur notwendig, dass das Gesetz sie anordnet und gutheißt.

Sklaverei, Beschränkungen und Monopole finden ihre Verteidiger nicht nur unter denen, die von ihnen profitieren, sondern auch unter denen, die unter ihnen leiden. Wenn man einen Zweifel an der Moralität dieser Institutionen äußert, heißt es frech: „Du bist ein gefährlicher Neuerer, ein Utopist, ein Theoretiker, ein Umstürzler. Du würdest das Fundament erschüttern, auf dem die Gesellschaft ruht.“ (S. 7).

Die Sklaverei ist ein Verstoß gegen die Freiheit, und zwar per Gesetz. Der Schutzzoll ist ein Verstoß gegen das Gesetz über das Eigentum (S. 12).

Aber wie ist dieser legale Raub zu erkennen? Ganz einfach. Sieh, ob das Gesetz einigen Personen etwas wegnimmt, was ihnen gehört und es anderen Personen gibt, denen es nicht gehört. Sieh, ob das Gesetz einen Bürger auf Kosten eines anderen begünstigt, indem es etwas tut, was der Bürger selbst nicht tun kann, ohne ein Verbrechen zu begehen (S. 13).

Der legale Raub hat zwei Wurzeln: Die eine liegt, wie gesagt, in der menschlichen Habgier, die andere in der falschen Philanthropie (S. 17).

Wenn ein Politiker aus der Abgeschlossenheit seines Büros auf die Gesellschaft blickt, ist er von dem Anblick der Ungleichheit, die er sieht, beeindruckt. Er beklagt die Entbehrungen, die das Los so vieler unserer Brüder sind, Entbehrungen, die noch trauriger erscheinen, wenn man sie mit Luxus und Reichtum vergleicht. Vielleicht sollte sich der Politiker fragen, ob dieser Zustand nicht durch alte Eroberungen und Plünderungen sowie durch legale Plünderungen in jüngerer Zeit verursacht wurde. Vielleicht sollte er diesen Satz in Betracht ziehen: Da alle Menschen nach Wohlergehen und Vervollkommnung streben, würde dann nicht ein Zustand der Gerechtigkeit ausreichen, um die größten Fortschrittsbestrebungen und die größtmögliche Gleichheit zu bewirken, die mit der individuellen Verantwortung vereinbar ist? (S. 20).

Aber was tun die Sozialisten? Sie tarnen diese legale Ausplünderung der anderen – und sogar ihrer selbst – geschickt unter den verführerischen Namen Brüderlichkeit, Einheit, Organisation und Vereinigung ... Aber wir versichern den Sozialisten, dass wir nur die erzwungene Organisation ablehnen, nicht die natürliche Organisation (S. 22).

Eine Begriffsverwirrung

Wie die antiken Ideen, denen er entspringt, verwechselt der Sozialismus Staat und Gesellschaft. Das hat zur Folge, dass die Sozialisten jedes Mal, wenn wir uns gegen eine staatliche Maßnahme aussprechen, daraus schließen, dass wir dagegen sind, dass sie überhaupt durchgeführt wird. Wir missbilligen die staatliche Bildung. Daraufhin sagen die Sozialisten, dass wir gegen jegliche Bildung sind. Wir sind gegen eine Staatsreligion. Daraufhin sagen die Sozialisten, dass wir überhaupt keine Religion wollen. Wir sind gegen eine staatlich erzwungene Gleichheit. Daraufhin sagen sie, dass wir gegen Gleichheit sind. Und so weiter und so weiter. Es ist, als ob die Sozialisten uns vorwerfen würden, dass wir nicht wollen, dass Menschen essen, weil wir nicht wollen, dass der Staat Getreide anbaut (S. 22).

Wenn die Menschen so unfähig, so unmoralisch und so unwissend sind, wie die Politiker behaupten, warum wird dann das Wahlrecht derselben Menschen mit so leidenschaftlichem Nachdruck verteidigt? ... Wenn die natürlichen Tendenzen der Menschheit so schlecht sind, dass es nicht sicher ist, wenn den Menschen erlaubt wird, frei zu sein, wie kommt es dann, dass die Absichten dieser Organisatoren immer gut sind? Gehören nicht auch die Gesetzgeber und die von ihnen Beauftragten zum Menschengeschlecht? Oder glauben sie, dass sie selbst aus einem feineren Ton sind als der Rest der Menschheit? (S. 48).

Bitte verstehen Sie, dass ich Ihnen nicht das Recht abspreche, soziale Kombinationen zu erfinden, für sie zu werben, sie zu befürworten und sie an sich selbst auszuprobieren, auf eigene Kosten und eigenes Risiko. Aber ich bezweifle Ihr Recht, uns diese Pläne per Gesetz – mit Gewalt – aufzuerlegen und uns zu zwingen, sie mit unseren Steuern zu bezahlen (S. 49).

Sie müssen nur ihre Vorstellung aufgeben, uns in ihre Gruppen und Klassen hineinzuzwingen, uns ihre sozialen Projekte, ihre Gratis-Banken, ihre griechisch-römische Auffassung von Moral und ihre Handelsvorschriften aufzuzwingen. Ich bitte nur darum, dass man uns erlaubt, selbst über diese Pläne zu entscheiden, dass man uns weder direkt noch indirekt dazu zwingt, sie zu akzeptieren, wenn wir denken, dass sie unseren Interessen oder unserem Gewissen zuwiderlaufen ... Aber noch einmal: Wenn die Menschen nicht in der Lage sind, für sich selbst zu urteilen, warum dann das ganze Gerede über das allgemeine Wahlrecht? (S. 49).

Im Grunde ist die Ökonomie die Wissenschaft, die feststellt, ob die Interessen der Menschen harmonisch oder antagonistisch sind (S. 51).

... ich komme immer zu diesem einen Schluss: Die Lösung für die Probleme der menschlichen Beziehungen liegt in der Freiheit (S. 56).

Die glücklichsten, moralischsten und friedlichsten Menschen sind diejenigen, die folgendem Prinzip am nächsten kommen: Obwohl die Menschheit nicht vollkommen ist, ruht doch alle Hoffnung auf den freien und freiwilligen Handlungen der Menschen innerhalb der Grenzen des Rechts ... (S. 57).

WIE DIE REGIERUNG DIE KRISE IM GESUNDHEITSWESEN BEENDET HAT

Roderick T. Long, Ph.D.

Roderick Long ist Professor für Philosophie an der Auburn University. Dieser Artikel wurde in der Winterausgabe 1993-94 von Formulations der Free Nation Foundation veröffentlicht.

Heute wird uns ständig gesagt, in den Vereinigten Staaten stünde eine Krise im Gesundheitswesen bevor. Die medizinischen Kosten seien zu hoch und die Krankenversicherung sei arme Unbezahlbar. Die Ursache dieser Krise wird nie klar benannt, aber die Lösung liegt für fast alle auf der Hand: Der Staat muss eingreifen, um das Problem zu lösen.

Vor 80 Jahren wurde den Amerikanern ebenfalls gesagt, dass ihre Nation vor einer Krise im Gesundheitswesen stünde. Damals wurde jedoch beklagt, dass die medizinischen Kosten zu niedrig und die Krankenversicherung *zu leicht zugänglich* sei. Aber auch damals trat der Staat auf den Plan, um das Problem zu lösen. Er hat es gelöst – und wie!

Im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert war eine der wichtigsten Quellen für die Gesundheitsversorgung und Krankenversicherung der armen Arbeiter in Großbritannien, Australien und den Vereinigten Staaten die Bruderschaften. Bruderschaften (in Großbritannien und Australien wurden sie „Friendly Societies“ genannt) waren freiwillige Vereinigungen zur gegenseitigen Hilfeleistung. Ihre Nachfahren überleben heute in Form der Shriners, Elks, Freimaurer und ähnlicher Organisationen, die jedoch nicht mehr die zentrale Rolle im amerikanischen Leben spielen, die sie früher spielten. Noch 1920 war mehr als ein Viertel aller erwachsenen Amerikaner Mitglied einer Bruderschaft. (In Großbritannien und Australien war die Zahl noch höher.) Bruderschaften waren besonders bei Schwarzen und Einwanderern beliebt. (Tatsächlich war Teddy Roosevelts berühmter Angriff auf die „Bindestrich-Amerikaner“ zum Teil durch die

Feindseligkeit gegenüber den Bruderschaften der Einwanderer motiviert; er und andere Progressive versuchten, die Einwanderer zu „amerikanisieren“, indem sie ihre Vorsorge vom demokratischen Staat abhängig gemacht wurden, anstatt sie ihren eigenen unabhängigen ethnischen Gemeinschaften zu überlassen.)

Das Prinzip der Bruderschaften war einfach. Eine Gruppe von Arbeitern gründete eine Vereinigung (oder trat einer lokalen Zweigstelle oder „Loge“ einer bestehenden Vereinigung bei) und zahlte monatliche Beiträge ein. Die einzelnen Mitglieder konnten dann in Notzeiten auf die angesammelten Mittel zurückgreifen. Die brüderlichen Gesellschaften fungierten somit als eine Art Selbsthilfe-Versicherungsgesellschaft.

Im Amerika der Jahrhundertwende gab es eine schwindelerregende große Vielfalt an Bruderschaften, aus denen man wählen konnte. Einige richteten sich an eine bestimmte ethnische oder religiöse Gruppe, andere wiederum nicht. Viele boten ihren Mitgliedern Unterhaltung und soziales Leben oder engagierten sich für die Gemeinschaft. Einige „Bruderschaften“ wurden ausschließlich von und für Frauen geführt. Auch die Dienstleistungen, die die Mitglieder in Anspruch nehmen konnten, variierten, doch die am häufigsten angebotenen waren Lebensversicherungen, Berufsunfähigkeitsversicherungen und „Logenpraxen“.

„Logenpraxis“ bezeichnet eine Vereinbarung, die an die heutigen Health Maintenance Organizations (HMOs) erinnert, bei der eine bestimmte Gesellschaft oder Loge einen Vertrag mit einem Arzt abschließt, der die medizinische Versorgung ihrer Mitglieder übernimmt. Der Arzt erhielt ein regelmäßiges Gehalt auf Honorarbasis und wurde nicht nach Aufwand abgerechnet. Die Mitglieder zahlten einen Jahresbeitrag und nahmen dann die Dienste des Arztes nach Bedarf in Anspruch. Wenn die medizinischen Leistungen nicht zufriedenstellend waren, wurde der Arzt zur Rechenschaft gezogen und der Vertrag konnte nicht verlängert werden. Berichten zufolge genossen die Logenmitglieder das Maß an Kundenkontrolle, das ihnen dieses System bot. Und die Tendenz zur übermäßigen Inanspruchnahme der ärztlichen Dienste wurde durch die „Selbstkontrolle“ der Bruderschaft im Zaum gehalten. Logenmitglieder, die künftige Prämienhöhungen vermeiden wollten, waren motiviert, dafür zu sorgen, dass ihre Mitglieder das System nicht missbrauchten.

Am bemerkenswertesten waren die niedrigen Kosten, zu denen diese medizinischen Leistungen erbracht wurden. Um die Jahrhundertwende betrugen die durchschnittlichen Kosten für eine „Logenpraxis“ für ein einzelnes Mitglied zwischen *einem und zwei Dollar pro Jahr*. Ein Tages-

lohn reichte für die medizinische Versorgung eines ganzen Jahres. Im Gegensatz dazu lagen die durchschnittlichen Kosten für medizinische Leistungen auf dem regulären Markt zwischen einem und zwei Dollar *pro Besuch*. Dennoch konkurrierten zugelassene Ärzte, insbesondere solche, die nicht von renommierten medizinischen Fakultäten stammten, heftig um Logen-Verträge, vielleicht wegen der Sicherheit, die sie boten; und dieser Wettbewerb hielt die Kosten niedrig.

Das medizinische Establishment reagierte sowohl in Amerika als auch in Großbritannien empört. Die Institution der Logenpraxis wurde mit harschen Worten und apokalyptischen Tönen kritisiert. Die niedrigen Honorare, die viele Ärzte verlangten, führten zum Bankrott der Ärzteschaft. Darüber hinaus sahen es viele als einen Schlag gegen die Würde des Berufs an, dass ausgebildete Ärzte eifrig um die Chance buhlen mussten, als Mietlinge niederer Gewerbetreibender zu dienen. Besonders verabscheuungswürdig war es, dass solche ungebildeten und sozial minderwertigen Menschen die Gebühren für die Dienste der Ärzte festsetzen oder über die Fachleute urteilen durften, um festzustellen, ob ihre Dienste zufriedenstellend waren. Die Regierung, so forderten sie, müsse etwas unternehmen.

Und das tat sie dann auch. In Großbritannien bereitete der Staat dem „Übel“ der Logenpraxis ein Ende, indem er die Gesundheitsversorgung unter staatliche Kontrolle stellte. Die Arzthonorare wurden nun von Gremien aus ausgebildeten Fachleuten (d. h. den Ärzten selbst) und nicht mehr von unwissenden Patienten festgelegt. Die staatlich finanzierte medizinische Versorgung verdrängte die Logenpraxis; wer gezwungen war, Steuern für eine „kostenlose“ Gesundheitsversorgung zu zahlen, ob er sie nun wollte oder nicht, hatte wenig Anreiz, für die Gesundheitsversorgung durch die brüderlichen Gesellschaften extra zu zahlen, anstatt die staatliche Versorgung in Anspruch zu nehmen, für die er bereits bezahlt hatte.

In Amerika dauerte es länger, bis das Gesundheitssystem der Nation sozialisiert wurde, so dass das medizinische Establishment seine Ziele auf indirekterem Wege erreichen musste; das Ergebnis war jedoch im Grunde genommen das gleiche. Medizinische Gesellschaften wie die AMA verhängten Sanktionen gegen Ärzte, die es wagten, Logenpraxisverträge zu unterzeichnen. Dies wäre vielleicht weniger wirksam gewesen, wenn diese medizinischen Gesellschaften keinen Zugang zu staatlicher Macht gehabt hätten; tatsächlich aber kontrollierten sie dank staatlicher Privilegien das Zulassungsverfahren für Ärzte und sorgten so dafür, dass denjenigen, die ihnen missfielen, das Recht zur Ausübung eines Heilberufs verweigert wurde.

Solche Zulassungsgesetze boten dem medizinischen Establishment auch eine weniger offensichtliche Möglichkeit, die Logenpraxis zu bekämpfen. In dieser Zeit verschärfte die AMA die Anforderungen für die ärztliche Approbation weit über das bisherige Maß hinaus. Der Grund dafür war, dass sie die Qualität der medizinischen Versorgung verbessern wollten. Das Ergebnis war jedoch, dass die Zahl der Ärzte sank, der Wettbewerb abnahm und die Arzthonorare stiegen; der riesige Pool von Ärzten, die sich um Praxisverträge bewarben, war abgeschafft worden. Wie bei allen Marktgütern führten künstliche Angebotsbeschränkungen zu höheren Preisen – das war besonders hart für die Bruderschaftsmitglieder der Arbeiterklasse.

Der endgültige Todesstoß für die Logenpraxis wurde ihr von den Bruderschaften selbst versetzt. Der National Fraternal Congress, der wie die AMA versuchte, die Vorteile der Kartellbildung zu nutzen, setzte sich für Gesetze ein, die die Tarife der Bruderschaften auf ein gesetzliches Minimum beschränkten. Zum Leidwesen der Lobbyisten war die Lobbyarbeit erfolgreich. Die unbeabsichtigte Folge war, dass die Mindesttarife dazu führten, dass die Dienstleistungen der brüderlichen Gesellschaften nicht mehr wettbewerbsfähig waren. Die Lobbyarbeit des National Fraternal Congress führte also nicht zur Bildung eines beeindruckenden Kartells der gegenseitigen Hilfe, sondern zerstörte lediglich die Marktnische der Bruderschaften – und damit die Möglichkeit einer kostengünstigen Gesundheitsversorgung für die arbeitenden Armen.

Warum haben wir heute eine Krise bei den Gesundheitskosten? *Weil die Regierung die letzte Krise „beendet“ hat.*

Bibliografie

- Beito, David T. „Mutual Aid for Social Welfare: The Case of American Fraternal Societies.“ *Critical Review*, Vol. 4, no. 4 (Fall 1990).
- Beito, David T. „The ‚Lodge Practice Evil‘ Reconsidered: Medical Care Through Fraternal Societies, 1900–1930.“ (unpublished)
- Gosden, P. *Self-Help: Voluntary Associations in the 19th Century*. Batsford Press, London, 1973.
- Gosden, P. *The Friendly Societies in England, 1815–1875*. Manchester University Press, Manchester, 1961.
- Green, David. *Reinventing Civil Society: The Rediscovery of Welfare Without Politics*. Institute of Economic Affairs, London, 1993.

- Green, David. *Working Class Patients and the Medical Establishment: Self-Help in Britain from the Mid-Nineteenth Century to 1948*. St. Martin's Press, New York, 1985.
- Green, David & Lawrence Cromwell. *Mutual Aid or Welfare State: Australia's Friendly Societies*. Allen & Unwin, Sydney, 1984.
- Loan, Albert. „Institutional Bases of the Spontaneous Order: Surety and Assurance.“ *Humane Studies Review*, Vol. 7, no. 1, 1991/92.
- Siddeley, Leslie. „The Rise and Fall of Fraternal Insurance Organizations.“ *Humane Studies Review*, Vol. 7, no. 2, 1992.
- Young, S. David. *The Rule of Experts: Occupational Licensing in America*. Cato Institute, Washington, 1987.

DIE UNTERDRÜCKER UND DIE UNTERDRÜCKTEN

Jeff Deist

Jeff Deist ist Präsident des Ludwig von Mises Instituts, wo er als Autor, öffentlicher Redner und Fürsprecher für Eigentum, Märkte und die Zivilgesellschaft tätig ist. Der folgende Text ist ein Auszug aus einer Rede, die er am 9. Oktober 2020 auf dem jährlichen Unterstützergipfel des Mises-Instituts in Jekyll Island, Georgia, gehalten hat.

Ich möchte heute Nachmittag zu euch über zwei Klassen von Amerikanern sprechen und es sind vielleicht nicht die zwei Klassen, an ihr denkt, aber nichtsdestotrotz gibt es zwei verschiedene Klassen in Amerika und wir müssen uns trennen. Je früher, desto besser.

Eine Nation, die an sich selbst und ihre Zukunft glaubt, eine Nation, die das sichere Gefühl betonen will, dass ihre Mitglieder nicht nur durch den Zufall der Geburt miteinander verbunden sind, sondern auch durch eine gemeinsame Kultur, die für alle wertvoll ist, wäre unbeeindruckt, wenn sie sieht, wie einzelne Personen zu anderen Nationen abwandern. Ein Volk, das sich seines eigenen Wertes bewusst ist, würde davon absehen, diejenigen, die abwandern wollen, gewaltsam festzuhalten und diejenigen, die sich nicht aus freien Stücken anschließen, gewaltsam in die nationale Gemeinschaft hineinzuzwingen. Die Attraktivität der eigenen Kultur dem freien Wettbewerb mit anderen Völkern auszusetzen – das allein ist einer stolzen Nation würdig, das allein wäre wahre National- und Kulturpolitik. Macht und politische Herrschaft waren dafür in keiner Weise notwendig.

Ludwig von Mises schrieb dies vor etwa hundert Jahren und es klingt heute noch genauso wahr wie an dem Tag, an dem er es schrieb. Es geht um die Idee, die Menschen gehen zu lassen, wenn sie eine andere politische Union oder politische Einheit bilden wollen. Am Ende spricht er von echter nationaler und kultureller Politik. Und so möchte ich euch alle heute bitten, darüber nachzudenken: Ist Amerika zu diesem Zeitpunkt

eine Nation? Ich würde sagen, nein. Ist es überhaupt ein Land? Kaum. Oder ist es, wie Ilana Mercer es nennt, ein Walmart mit Atomwaffen? Und genau das ist es, wonach sich Amerika heute anfühlt. Es fühlt sich so an, als ob wir alle in einer großen staatlichen Unterabteilung leben, nicht wahr?

Gestern Abend erwähnte ich, dass Mises vor etwa hundert Jahren, in der Zwischenkriegszeit, seine große Trilogie schrieb, drei Bücher, bemerkenswerte Bücher: zuerst *Nation, Staat und Wirtschaft*, dann *Sozialismus*, dann *Liberalismus*, alles innerhalb eines Zeitraums von zehn Jahren. Diese drei bemerkenswerten Bücher entwarfen im Grunde eine Blaupause für beides – wie die Gesellschaft in einer wohlhabenden und friedlichen Weise organisiert werden kann und wie sie durch den *Sozialismus* zerstört werden kann. Es stellt sich heraus, dass es viel einfacher ist, zu zerstören als aufzubauen.

Mises legt seine Ideen offen, wie eine liberale Nation aussehen könnte. Sie beruht natürlich auf Eigentum und rigoroser Selbstbestimmung im eigenen Land und das bedeutet, dass er stets das Recht auf Sezession für politische, sprachliche, ethnische und wirtschaftliche Minderheiten betonte. Sie haben immer das Recht, sich abzuspalten und da er aus dem Flickenteppich der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie und aus Europa kam, wusste er natürlich, was es bedeutet, insbesondere eine sprachliche Minderheit zu sein. Für Mises erfordert jede Art von Nation, jede Art von echtem Nationalismus, liberalem Nationalismus, natürlich Laissez-faire im eigenen Land. Sie erfordert freien Handel mit seinen Nachbarn, um ein Streben nach Krieg und Autarkie zu vermeiden und er erfordert eine nicht-interventionistische Außenpolitik, um Krieg und Imperialismus zu vermeiden.

Wenn wir an diese drei Bücher denken, können wir kaum vorstellen, wie der Westen und Amerika heute aussehen könnten, wenn diese Bücher seinerzeit auf breiter Basis gelesen und aufgenommen worden wären. Wenn die westlichen Regierungen im letzten Jahrhundert auch nur einigermaßen vernünftig gewesen wären, indem sie, sagen wir, nur 10 oder 15 Prozent des Privatvermögens an Steuern verbraucht hätten, nur einigermaßen vernünftige, durch Gold gedeckte Währungen beibehalten hätten, sich größtenteils aus dem Bildungs- und Bankwesen und der Medizin herausgehalten hätten und vor allem internationale Kriege und militärische Verwicklungen vermieden hätten. Wären die Regierungen im Westen nur einigermaßen vernünftig gewesen, könnten wir immer noch in einer goldenen Ära leben, wie sie Mises einst in Wien genossen hat, aber mit all den

unvorstellbaren Vorteilen unserer heutigen Technologie und unseres materiellen Fortschritts.

Die Wahrheit ist, dass sich der Liberalismus nicht durchgesetzt hat und wir müssen uns das ehrlich vor Augen halten. Er hat sich im Westen nicht durchgesetzt und er hat nirgendwo im vollen Mises'schen Sinne Wurzeln geschlagen, zumindest nicht für lange Zeit und deshalb sind wir heute alle hier. Hätte die Welt auch nur ein bisschen auf Mises gehört, hätten sich die westlichen Staaten dem Rezept des gesunden Geldes, der Märkte und des Friedens verschrieben, wäre unsere ganze libertäre anarcho-kapitalistische Theorie vielleicht völlig unnötig gewesen. Vielleicht würden wir heute hier sitzen und über Schlaglöcher, Grundsteuern und Schulen schimpfen. Stattdessen sprechen wir hier über den Staat als existenzielle Bedrohung der Zivilisation. Zwei sehr unterschiedliche Szenarien also. Aber wie gesagt, die Welt hat nicht auf Mises gehört. Deshalb hat sie übrigens Rothbard und Hoppe bekommen.

Eine der großen fortschrittlichen Errungenschaften der letzten hundert Jahre, die heute fast völlig unbeachtet bleibt, bezieht sich auf den Titel meines Vortrags: das Ausmaß, in dem die Unterdrückten, wie wir sie nennen können, in der Lage waren, sich als die Unterdrückten darzustellen. Das ist absolut unheimlich. Wir sehen das in allen Bereichen der amerikanischen Gesellschaft und in jedem Aspekt unserer heutigen Politik. Wir sehen es bei den Präsidentschaftswahlen, wir sehen es bei den Kulturkriegen, wir sehen es in der akademischen Welt, wir sehen es bei der Antifa auf den Straßen. Wenn wir nur an die letzten hundert Jahre denken, seit Mises diese drei Bücher geschrieben hat – das vergangene Jahrhundert in Amerika – Fortschrittliche aller Couleur, aller politischen Parteien, möchte ich hinzufügen, was haben sie uns gegeben? Sie haben uns zwei Weltkriege beschert, Chaos in Korea und Vietnam, endlose Kriege im Nahen Osten im Irak, in Afghanistan – vielleicht kommt bald der Jemen, der Iran, wer weiß? Sie haben uns diese enormen Sozialsysteme aufgezwungen, über die Amity Shlaes so viel geschrieben hat, in Form des New Deal und der Great Society Programme, die wie viele ungezählte Leben ruiniert haben? Sie schufen all diese Buchstabensuppen von Bundesbehörden und -abteilungen, um uns auszuspionieren, uns unendlich zu besteuern und alle Bereiche unseres Lebens zu regulieren. Und sie bauten den militärisch-industriellen Komplex und den staatlichen Medienkomplex und den staatlichen Bildungskomplex auf. Sie erließen Gesetze zur Verletzung grundlegender menschlicher Eigentumsrechte, die unsere Urgroßväter absolut schockieren würden, wenn sie noch am Leben wären. Und das alles mit

dem zustimmenden Kopfnicken der Gerichte. Und um das alles zu bezahlen, haben sie uns das Zentralbankwesen geschenkt – das Federal Reserve System, das im November 1910 genau hier auf dieser Insel ausgeheckt wurde. Wie nennen sie, die Eindringlinge, das? Sie nennen es Liberalismus. Wenn du dagegen bist, nennen sie dich einen Reaktionär.

Wer heute ein Liberaler ist, ist ein Reaktionär gegen die staatlichen Demütigungen, Plünderungen und Zumutungen des zwanzigsten Jahrhunderts. Was hat uns die politische Klasse, die Unterdrücker selbst oder ihre Handlanger, gebracht? Nun, sie hat es geschafft, den Frieden zu ruinieren, sie hat es geschafft, die Diplomatie, das Geld, das Bankwesen, die Bildung, die Medizin zu ruinieren, ganz zu schweigen von der Kultur, dem Bürgersinn und dem guten Willen. Und wenn man sich den Unterdrückern und den Eliten widersetzt, wird man dafür als Populist bezeichnet.

Nennt mich also einen Populisten. All dies entspringt natürlich der Weltanschauung der Unterdrücker, den positiven Rechten, die sie antreibt. Es beseelt alles, was sie tun und deshalb können sie zum Beispiel Rand Paul anschreien, weil er ihnen die Gesundheitsversorgung verweigert. Sobald man eine Weltanschauung der positiven Rechte akzeptiert, nimmt man sich jeden, der nicht mit seinem Programm übereinstimmt, selbst weg und so sehen sie die Welt, die Unterdrücker. Wenn das zwanzigste Jahrhundert als Triumph des Liberalismus gelten soll, wäre Illiberalismus eine regelrechte Horrorvorstellung.

Wir alle wissen, was die Unterdrücker jetzt, im beginnenden 21. Jahrhundert, mit uns vorhaben. Und ich möchte als Nebensatz hinzufügen, dass ein guter Weg, einen Systemling von einem Rothbardianer zu unterscheiden, darin besteht, ihnen die einfache Frage zu stellen, ob sie das zwanzigste Jahrhundert im Westen für einen Triumph des Liberalismus halten oder nicht. Ich denke, die meisten Rothbardianer würden die Frage verneinen und die meisten Systemlinge würden sie bejahen. Sie betrachten das zwanzigste Jahrhundert als eine Art Sieg des Liberalismus.

Was uns das gebracht hat, zusammen mit all diesen anderen Problemen, ist natürlich eine riesige Kluft in der Gesellschaft. Was sie uns gebracht haben, ist eine schier unglaubliche und historisch tiefe Kluft in der Gesellschaft zwischen den Unterdrückern und den Unterdrückten. Wie gespalten sind wir und entlang welcher Linien?

Dies war eine nette kleine Diskussion, die sich neulich auf Twitter abspielte. Chris Hayes von MSNBC sagte: Nun, wissen Sie, mit Covid, „die verantwortungsvollste Art, mit all diesen Leuten umzugehen“ – „diese Leute“, das klingt wie Seinfeld – „wenn wir das überleben, ist eine Art

Wahrheits- und Versöhnungskommission.“ Wow, das klingt lustig. Ich vermute, dass viele von uns in diesem Raum dafür infrage kommen würden. Ich weiß nicht, ob es draußen Güterwaggons gibt. Er repräsentiert also die progressive Linke im heutigen Amerika. Und dann kommt unser Freund von der neokonservativen Rechten, der große Bill Kristol, von dem wir alle genug haben, aber wir bekommen immer mehr. Ich meine, dieser Typ geht nicht weg. Er ist so, wie wenn man morgens um sieben eine Fischölkapsel einnimmt und dann mittags, das ist Bill Kristol. Also sagt er: „Wie wäre es mit Wahrheit und ohne Versöhnung?“

Das Ausmaß der offenen Verachtung und des Hasses, den diese Verrückten für uns hegen, ist zum Teil durch Trump und den Trumpismus offengelegt worden. Und insofern schulden wir Trump ein gewisses Maß an Dankbarkeit dafür, dass er uns gezeigt hat, was sie wirklich sind. Ich würde jeden dieser Herren fragen: Wenn Sie wirklich glauben, dass, sagen wir, 40 Prozent der Vereinigten Staaten nicht mehr zu retten sind, was bedeutet das dann? Was schlagen Sie vor, mit diesen 40 Prozent zu tun? Umerziehungslager? Vermutlich bedeutet es, dass man sich entweder irgendwie von ihnen trennt oder sie auslöscht und mit „auslöschen“ könnte man wirtschaftlich, politisch oder – in dem schrecklichen Szenario, das sich in der Geschichte wiederholt hat – sogar physisch meinen.

Die Spaltung, die wir heute in diesem Land haben, besteht nicht darin, dass es blaue und rote Staaten oder Bezirke, Republikaner und Demokraten oder Liberale und Konservative oder verschiedene Klassen gibt. Es ist etwas komplizierter. Es gibt ein Unternehmen namens Survey Monkey, das nach der Wahl 2016 zwischen Hillary Clinton und Donald Trump eine Menge Daten erhoben hat. Es gab eine große Geschichte in der *Washington Post*, die sich darauf stützte und die Daten wurden auf aufschlussreiche interessante Weise gruppiert. Ich frage mich, wie viele Menschen in diesem Raum sich einiger dieser Gräben in der amerikanischen Kultur bewusst waren.

Traurigerweise gibt es im Wahlverhalten eine große Kluft zwischen den Rassen. Hätten bei der Wahl 2016 nur Weiße gewählt, hätte Trump 41 Staaten gewonnen und wenn nur Nichtweiße gewählt hätten, hätte Hillary Clinton 47 Staaten gewonnen. Ich betrachte dies im Grunde als einen Beweis für die Fähigkeit der Demokraten, eine Art kranke Opferrolle und Abhängigkeit zu verkaufen und für das Versagen der Republikaner, ein Gefühl von echtem Eigentum, Chancen oder Kapitalismus zu vermitteln. Aber nichtsdestotrotz, das ist die Kluft. Sie ist real.

Was ist mit Gewerkschaftsmitgliedern? Hätten nur Haushalte mit Gewerkschaftsmitgliedern – mit anderen Worten, Haushalte mit mindestens einem Gewerkschaftsmitglied – gewählt, hätte Hillary Clinton 40 Staaten gewonnen. Und wenn keine Gewerkschaftsmitglieder gewählt hätten, hätte Donald Trump 37 Staaten gewonnen.

Wenn wir uns mit der Religion befassen, werden die Dinge noch deutlicher. Was ist mit Haushalten, deren Bewohner entweder Atheisten sind oder keiner bestimmten Religion angehören? Hillary Clinton hätte mindestens 46 Staaten gewonnen, wenn nur Nichtreligiöse gewählt hätten. Wie wäre es, wenn Haushalte, die sich als protestantisch oder katholisch bezeichnen, die einzigen Wähler gewesen wären? Trump hätte 45 Staaten gewonnen. Nur evangelische Wähler, Trump hätte 47 Staaten gewonnen. Menschen, die wöchentlich zur Kirche gehen: Trump hätte 48 Staaten gewonnen. Menschen, die selten oder nie eine Kirche oder Synagoge besuchen: Hillary Clinton hätte 43 Staaten gewonnen.

Beim Betrachten dieser Zahlen fällt mir auf, dass diese Kluft politisch kaum zu überwinden ist. Ich bin mir nicht sicher, wie man das macht. Wie sieht es mit unverheirateten Menschen aus? Hillary Clinton hätte 39 Staaten gewonnen, wenn nur unverheiratete Menschen gewählt hätten. Trump hätte 43 Staaten gewonnen, wenn nur Verheiratete gewählt hätten – eine weitere riesige, stille kulturelle und politische Kluft in diesem Land.

Ihr habt schon viel über die Wähler in den Städten und auf dem Land gehört; dieses Motiv taucht immer wieder auf. Für die Zwecke der Survey Monkey-Daten ist ein städtischer Bezirk ein Bezirk mit mehr als 530 Wählern pro Quadratmeile und ein ländlicher Bezirk ist ein Bezirk mit weniger als 90 Wählern pro Quadratmeile. Auch hier gilt: Wenn nur städtische Bezirke wählen, gewinnt Hillary Clinton 40 Staaten. Wenn nur ländliche Wähler wählen, gewinnt Donald Trump 47 Bundesstaaten.

Die letzte Statistik, die ich anführe, betrifft die Haushalte, die Waffen besitzen. (Ich weiß, dass keiner von euch Schusswaffen besitzt, aber es gibt Leute, die sie besitzen. Ihr schließt sie ein und schießt damit nur Rehe. Ihr habt keine Uzis oder modifizierte Waffen ... Und ich weiß, dass heute keine Waffen in diesem Raum sind; ich fühle mich wohl mit dieser Aussage). Wenn nur Haushalte, die Waffen besitzen, wählen würden, würde Donald Trump 49 Staaten gewinnen. Ratet mal, welchen er verliert? Der einzige, den er verliert, ist Bernie Sanders' Vermont, denn ich glaube, dort oben hat man sowieso eine Waffe, nur weil man in Vermont ist, aber man stimmt für Bernie. Wenn also Haushalte ohne Schusswaffen die einzigen

Wähler in Amerika wären, gewinnt Hillary Clinton auch 49 Staaten und ratet mal, welchen sie verliert? West Virginia, eine weitere Anomalie.

Der Punkt ist, dass diese Art von Gräben und Problemen nicht sauber durch die Politik überwunden werden können, insbesondere nicht durch die nationale Politik und wenn man darüber nachdenkt, lassen sie sich auch nicht sauber entlang geografischer Linien aufteilen. Wir sind hier nicht an der Mason-Dixon-Linie. Diese Art von Trennlinien gibt es in jedem Bundesstaat, sie existieren innerhalb der Bezirke. Wenn man nach Kalifornien fährt, das wir alle für einen tiefblauen Staat halten, dann fährt man zwanzig Meilen ins Landesinnere. Wisst ihr, was dort zu sehen ist? Dort gibt es Trump-Flaggen, Country-Musik und mexikanische Rancheros. Das ist es, was es ist. Im Jahr 2020 gibt es in Amerika keine Mason-Dixon-Linie mehr. Noch wichtiger ist, folgendes zu verstehen: Selbst wenn man eine nationale Wahl gewinnen könnte, wenn man irgendwie 51 Prozent der Wähler dazu bringen könnte, für einen Kandidaten wie Rand Paul zu stimmen, spielt das keine Rolle, denn die Herzen und Köpfe haben sich nicht geändert. Politisch besiegte Menschen gehen nie wirklich weg. Das ist es, was wir verstehen müssen; deshalb müssen wir uns trennen.

Vor ein paar Jahren hat Bloomberg einige Umfragen in der ehemaligen Sowjetunion, dem heutigen Russland, durchgeführt. Es gibt Millionen von Russen, vor allem ältere Russen, die sich immer noch nach den Sowjettagen sehnen, als sie noch wussten, was ihr Job war, sie nicht für ihre Wohnung bezahlen mussten, usw. 70 Prozent dieser Menschen haben im Jahr 2019 ein allgemein positives Bild von Stalin. Sie sehen ihn als den großen Reformier, der ihr Land vor den Nazis gerettet hat, usw. Trotz der vielen historischen Beispiele aus dem 20. Jahrhundert, trotz des Niedergangs und des Zusammenbruchs der Sowjetunion, trotz aller offensichtlichen Vorteile des Kapitalismus, gibt es immer noch ein erhebliches Maß an Nostalgie für das alte System. Politisch besiegte Menschen verschwinden nicht einfach. Und die Leute von Hillary Clinton dachten, dass die „Bedauerlichen“ genau das tun würden. Sie dachten, sie würden sterben, sie dachten, sie würden altern und sie dachten, es gäbe weniger von ihnen, als es tatsächlich der Fall war und genau das ist 2016 passiert und das hat das ganze Land in eine Art Psychose versetzt, unter der wir heute noch leiden.

Ich weiß, das Konzept der Dezentralisierung ist für euch alle offensichtlich und klar. Ich weiß, dass die Sezession ein schwieriges Unterfangen zu sein scheint, aber ich möchte euch einfach ein paar erfreuliche Fakten nennen, Dinge, die langsam direkt vor unserer Nase passieren, einige sehr dezentralistische Impulse, die am Werk sind. Natürlich wurden sie durch

das Covid-Problem und die schrecklichen Unruhen, die in diesem Sommer und jetzt im Herbst in den Vereinigten Staaten wüteten, noch verschärft. Wie sich herausstellt, sind alle Krisen zufällig lokal begrenzt. Was will ich damit sagen?

Das Gute an Covid ist, dass es unsere Leichtgläubigkeit gegenüber den sogenannten Autoritäten weiter beschädigt hat. Weder die UNO noch die Weltgesundheitsorganisation noch unser eigenes CDC waren in der Lage, den Menschen irgendeine Art von Autorität zu vermitteln. Es ist ihnen nicht gelungen, einen Konsens herbeizuführen. Infolgedessen hatten wir international und sogar innerhalb unserer fünfzig Bundesstaaten und sogar innerhalb einiger Gebiete in verschiedenen Städten sehr unterschiedliche Ansätze für Covid.

Keine zentrale Behörde war in der Lage, die Sache an sich zu reißen und jedem zu sagen, was er zu tun hat. Natürlich haben Zeitungen wie die *New York Times* das versucht, aber das gilt nur für die Vereinigten Staaten. Es war absolut faszinierend zu beobachten, dass Orte wie Singapur, Hongkong und Schweden relativ offen waren, während Orte wie die chinesische Provinz, in der es passierte, drastisch abgeschottet wurden. Einige Orte wie San Francisco wurden komplett heruntergefahren, es gab also unterschiedliche Ansätze bei diesen dezentralen Bemühungen. Und nichts davon ist darauf zurückzuführen, dass die Leute eines Tages aufwachten und ideologisch sagten: „Wow, vielleicht sollten wir einen dezentraleren Ansatz versuchen.“ Nein, das passiert einfach natürlicherweise in Krisenzeiten.

Sogar das gepriesene Schengen-Abkommen in Europa, das den freien Reiseverkehr zwischen den Mitgliedsländern ermöglicht, ist sofort zusammengebrochen. Plötzlich ist ein Deutscher wieder ein Deutscher und ein Franzose ein Franzose und man kann nicht einmal mit dem Auto über die Grenze fahren. Ich glaube nicht, dass Amerikaner nach Kanada fahren oder fliegen können, selbst jetzt nicht, wo wir hier sprechen, mit der liberalen – angeblich liberalen – Trudeau-Regierung dort.

Wenn es zu einer Krise kommt, werden die Dinge wirklich sehr, sehr schnell lokal. Egal, wer man ist, selbst wenn man Bill Gates ist und zehn Ferienhäuser kaufen und mit seiner Yacht nach Neuseeland fahren kann, muss man irgendwo physisch sein. Man muss in einer analogen Welt existieren und das bedeutet, dass man Kalorien braucht, dass man Kilowattstunden Energie und eine Klimaanlage braucht, die ins Haus oder in die Wohnung kommt, dass man vielleicht eine medizinische Versorgung oder verschreibungspflichtige Medikamente braucht und all das wird in einer Krise unvermeidlich. Irgendwo muss man ja sein. Sogar Jeff Bezos hatte

einen Haufen Demonstranten um sein Haus, sein protziges Haus in D.C. Ich weiß nicht, ob er zu der Zeit zufällig dort war, aber der Punkt ist, dass sogar Jeff Bezos von einem Mob in seinem Haus eingeschlossen werden könnte, dem man nicht entkommen kann. Die Vorstellung, dass wir uns jetzt auf einer neuen, globalen, glücklichen Ebene befinden, wird meiner Meinung nach durch Covid auf eine harte Probe gestellt. Ich denke, dass die Idee des politischen Globalismus – die schlechte Art des Globalismus – an die Grenzen ihrer Belastungsfähigkeit gekommen ist. Ich glaube, sie bekommt sehr starke Risse.

Sprechen wir über die großen Umzüge, die in Amerika stattfinden, diese unglaubliche Bewegung von Menschen aus den Städten. Welchen Charme hat ein New York, ein Manhattan oder ein Chicago ohne die Restaurants, die Theater, das Essen und die Museen? Hohe Mieten, hohe Kriminalität, kein Spaß? Wir stellen fest, dass viele jüngere Menschen anfangen, die Dinge zu überdenken. Ich halte diese Form der De-facto-Abtrennung von den Großstädten, die in der Regel sehr, sehr links orientiert sind, für eine wunderbare Entwicklung, weil dadurch ein Teil der politischen Macht, die die Großstädte innehaben, abgeschwächt wird. Atlanta hat die Tendenz, Georgia zu kontrollieren; Nashville kontrolliert zunehmend Tennessee. Wir sehen das in vielen Staaten. Las Vegas kontrolliert Nevada. Aber wenn die Menschen anfangen, aus diesen großen Städten wegzuziehen, dann wird auch ein Teil dieser politischen Macht mit ihnen gehen.

Dieser Impuls zur Dezentralisierung ist die wirklich unerzählte Geschichte des einundzwanzigsten Jahrhunderts: Wir sehen ihn in Unternehmen in der Art und Weise, wie sie ihre Teams organisieren und verwalten. Jetzt gibt es alle Arten von Telearbeit (wobei ich gemischte Gefühle habe, aber nichtsdestotrotz findet sie auf die eine oder andere Weise statt). Schauen Sie sich die Vertriebssysteme an, das alte Hub-and-Spoke-Modell, mit dem man seine Produkte bekam, wie den JCPenney-Katalog oder wie man vor vierzig Jahren einen Pullover bekam. Heute haben wir es mit Unternehmen wie Amazon zu tun, die ein sehr dezentralisiertes, spinnennetzförmiges System haben. Der Vertrieb von Waren und Dienstleistungen wird radikal dezentralisiert.

Wie erhalten wir Informationen? Es ist noch gar nicht so lange her, etwa dreißig Jahre, da musste man in das örtliche Einkaufszentrum gehen und dort gab es vielleicht Milton Friedmans *Free to Choose* oder John Kenneth Galbraiths *Affluent Society*. Rothbard hatten sie nicht. Bibliotheken, Universitäten und Professoren waren also fast so etwas wie die neue Version der Mönche. Sie waren die Gebildeten und man musste zu ihnen gehen,

um Informationen zu erhalten. Aber das ist heute nicht mehr so. Man hat etwas in der Tasche, das so groß ist wie ein Kartenspiel, auf dem praktisch die gesamte Menschheitsgeschichte zu finden ist. Das ist eine enorme Dezentralisierung.

Was wir gerade in der Bildungsrevolution erleben, ist einfach phänomenal. Noch bevor Covid aufkam, gab es die Khan Academy und alle möglichen neuen Plattformen, die aus dem Boden schossen. Wir hatten die Krise bei den Studentenkrediten. Wir hatten Eltern, die sich fragten, ob es sinnvoll ist, ihre Kinder für 40.000 Dollar im Jahr in die Schule zu schicken, damit sie einen Abschluss machen können, der ihnen keinen Job bringt und wenn sie dann nach diesen vier Jahren nach Hause kommen, hassen sie dich wie die Pest. Es hat sich herausgestellt, dass das kein so gutes Wertangebot ist.

Das Geld- und Bankwesen selbst wird zunehmend dezentralisiert. Wir haben jetzt alle Arten von Zahlungsgateways. Wir haben Systeme wie PayPal, wir haben Bitcoin und das ist eigentlich nur die oberste Ebene des Bankwesens, die bei den großen Banken stattfindet.

All diese Dinge sind erfreuliche Tatsachen und wir sollten sie feiern und über sie nachdenken, wenn wir die politische Landschaft betrachten.

Ich bin mir nicht so sicher, dass es für unsere unmittelbare Zukunft wichtig ist, ob Trump oder Biden gewinnt. Wir alle wissen, was Biden ist und was er tun wird. Wir wissen nicht, was zum Teufel Trump ist und was er tun wird. Das ist es, was es bedeutet, Trump zu sein. Aber nichtsdestotrotz glaube ich, dass einige dieser Impulse, die stattfinden, unaufhaltsam sind. Ich bin mir nicht sicher, ob selbst eine Kamala Harris oder ein Joe Biden sie aufhalten können. Das sollten wir feiern.

Interessant ist, dass die politische Welt das einzige ist, was in unserer Welt immer noch sehr zentral zu sein scheint. Mit anderen Worten, in all den anderen Lebensbereichen, all den Dingen, die ich gerade erwähnt habe, ist Dezentralisierung etwas, das auf natürliche Weise geschieht, es geschieht durch die Kraft des Marktes, es geschieht unaufhaltsam und durch die freie Entscheidung der Menschen. Aber der einzige Bereich in unserem Leben, in dem wir immer noch eine starke Zentralisierung mit all den damit verbundenen Ineffizienzen akzeptieren, ist der Staat.

Viele Dinge, die früher auf städtischer Ebene entschieden wurden, werden heute auf regionaler oder staatlicher Ebene entschieden. Dinge, die früher auf Landesebene entschieden wurden, werden heute auf Bundesebene entschieden – und manchmal sogar auf internationaler Ebene. Das ist wirklich die politische Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts, die

Zentralisierung der Politik auf immer höheren Ebenen, was natürlich anti-demokratisch ist, auch wenn all diese Leute uns von unserer heiligen Demokratie erzählen. Jede Regierungsebene, die weiter vom Individuum entfernt ist, ist per definitionem abgeschwächt, ist weniger demokratisch, weil dessen Beitrag und Zustimmung, sozusagen immer weniger Bedeutung haben. Aber ich frage mich, ob es nicht sogar einige hoffnungsvolle Zeichen gibt, was die Politik und die Dezentralisierung der politischen Macht betrifft.

Auf einer Veranstaltung im letzten Herbst in Wien, Österreich, war Hans-Hermann Hoppe auf einem Podium und eine Sache, die mich beeindruckt hat, war, dass, wenn man sich die nationalistischen Impulse des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts anschaut, der Flickenteppich des früheren Europas zusammenkam – wenn man an Deutschland denkt, all diese Fürstentümer und Regionen und Bayern und Preußen, diese Gebiete kamen zusammen. Er sagte, dass der Nationalismus im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert hauptsächlich ein zentralisierender Impuls war. Das ist es, was Nationalismus bedeutete. Wenn er kriegerisch wird und über seine Grenzen hinausgeht, wird er aggressiv und das Ergebnis ist Nazi-Deutschland. Hoppe sagte, dass nationalistische Bewegungen im 21. Jahrhundert eher dezentralistisch seien. Sie entfernen sich also von diesem globalen Regierungsmodell, von dem wir alle im späten zwanzigsten Jahrhundert dachten, dass es unsere Zukunft sein würde.

Hoppe sagt, wenn wir uns Dinge wie das Brexit-Votum anschauen, wenn wir uns anschauen, was in Ländern wie Polen und Ungarn passiert, wenn wir uns Katalonien anschauen – die katalanische Sezessionsbewegung in Barcelona in der katalanischen Region Spaniens – dann sind das tendenziell abtrünnige dezentralistische Sezessionsbewegungen. Das ist der Unterschied zwischen einigen der nationalen Bewegungen von heute und denen von früher. Und ich glaube, dass dies bald in einer Stadt in deiner Nähe in den Vereinigten Staaten geschehen wird.

Das Gerede davon wird wirklich zur Realität. Ryan McMaken, der Herausgeber von Mises.org, hat gerade einen Artikel darüber geschrieben, dass sogar die Mainstream-Publikationen jetzt ganz offen und ernsthaft über Sezession sprechen und ich denke, das liegt daran, dass sie in gewisser Hinsicht immer noch glauben, dass Trump gewinnen könnte. Ich denke, das ist die treibende Kraft.

Es gibt sowohl bei den Linken als auch bei den Rechten sehr ernstzunehmende Leute, keine wilden Radikalen wie mich, die in den letzten Jahren über dieses Thema gesprochen haben. Frank Buckley, ein Jurapro-

fessor an der George Mason University – oh, das können wir nicht mehr sagen, tut mir leid; es ist die „GMU“. Es stellte sich heraus, dass George Mason ein oder zwei Sklaven hatte. Buckley hat erst vor einem Jahr ein sehr ernstes Buch darüber geschrieben, wie eine Sezession aussehen könnte. Und das ist ein nüchterner, konservativer Mann. In ähnlicher Weise hat Angelo Codevilla, der für das Claremont Institute schreibt, ein pensionierter Professor für Politikwissenschaft an der Boston University, 2016 einen Artikel mit dem Titel „The Cold Civil War“ geschrieben. Sie können ihn auf Claremont.org finden. Auch er ist ein sehr nüchterner, seriöser Konservativer, die Art von Mann, die immer noch das Lexikon und Dinge wie Staatskunst verwendet, ihr wisst, was ich meine. Und sie sprechen über dieses Thema. In ähnlicher Weise sprechen auch Leute von der Linken, wie *The New Republic* und *The Nation*, über dieses Thema wie nie zuvor. Gavin Newsom, Gouverneur von Kalifornien, hat den Begriff „Nationalstaat“ auf seinen eigenen Staat angewandt.

Was im Herbst, in einem Monat, passiert, wenn es Trump irgendwie gelingt, diese Wahl zu gewinnen – ich weiß nicht, wie das aussehen wird. Ich denke, wir werden vor allem einen Ausbruch von Trauer und Psychose und offener Gewalt von einem beträchtlichen Teil des Landes erleben, auf den wir einfach nicht vorbereitet sind. Aber wenn das nachlässt, werden die Gouverneure der blauen Staaten einfach sagen: „Nein, wir gehen weg.“ Das Gerede über die „sanctuary-cities“ wird immer lauter werden und ich denke, das wird eine schöne und hilfreiche Sache für dieses Land sein.

Die Kehrseite der Medaille – und wenn ich sage, wer gewinnt, dann soll- te ich sagen, wer im Januar tatsächlich installiert wurde; wir wissen nichts über diese Wahlzettel und die Briefträger, die sie in die Kanalisation werfen oder was auch immer passieren mag.

Aber wer auch immer gewinnt – wenn Joe Biden und Kamala Harris eingesetzt werden – ich denke, was wir sehen werden, ist nichts Geringeres als eine neue Rekonstruktion in Amerika. Ich denke, wir werden unverhohlene und offene Versuche sehen, schadenfrohe Versuche in der Medienklasse, den roten Staaten auf die Pelle zu rücken und sie zu bestrafen. Nicht nur dafür, dass sie die Frechheit besaßen, Donald Trump anstelle von Hillary Clinton – von der wir alle wussten, dass sie gewinnen würde – ins Weiße Haus zu bringen, sondern vor allem auf einer makroökonomischen Ebene dafür, dass sie daher kamen und den Lauf der Geschichte unterbrachen, an den die Progressiven so fest glauben: dass wir uns immer verbessern und dass wir immer besser werden, dass die Vergangenheit immer schlecht und rückschrittlich ist. Dass dies durch Trump auf den

Kopf gestellt wurde, ist eine Sünde, über die sie noch immer nicht hinweggekommen sind. Wenn Biden und Kamala Harris gewinnen, wird der Mehrwertsteuerabzug für die Steuern der Bundesstaaten sofort wieder eingeführt, damit diese blauen Staaten wieder etwas absetzen können. Ich denke, das wird sich auf unzählige Arten bemerkbar machen. Sie werden eine Art Ausbruch erleben, einen kollektiven Ausbruch der Linken, die den Staat als eine Art Laserfokus benutzen wollen, um uns, den Rest von uns, zu verprügeln. Und das wiederum wird dazu führen, dass die Leute in den roten Bundesstaaten und die Wähler in den roten Bundesstaaten sehr ernsthaft über eine Ausstiegsstrategie nachdenken werden. Ich wünschte, ich könnte Ihnen etwas Hoffnungsvolleres sagen, denn wie ich bereits erwähnt habe, ist das Problem hier, dass nichts entlang sauberer geographischer Linien verläuft. Aber die Linien sind dennoch da und wir können sie nicht ignorieren.

Ich schließe mit folgendem: Tom Woods, unser Freund, der vorhin gesprochen hat, erinnert uns daran, dass politische Arrangements dazu da sind, uns zu dienen, nicht umgekehrt. Wer zum Teufel hat gesagt, dass wir uns das alles gefallen lassen müssen? Können wir unsere ohne Blutvergießen ändern? Das ist die Frage des einundzwanzigsten Jahrhunderts. Ich denke, die Frage des zwanzigsten Jahrhunderts war Sozialismus versus Eigentum. Ich denke, die Frage des einundzwanzigsten Jahrhunderts lautet: Zentralisierung oder Dezentralisierung. In Amerika der Post-Überzeugung, in dem wir zu leben scheinen, geht es also nicht nur um einen intellektuellen Irrtum. Es geht um mehr als das. Es geht nicht nur darum, Akademiker, Journalisten und Politiker davon zu überzeugen, dass unsere Sache richtig ist und man uns zustimmen sollte. Denn es geht auch um Eigeninteresse und Macht. Sie sehen für sich selbst keinen Weg zu größerem Eigeninteresse und größerer Macht in der Art von Gesellschaft, in der wir alle in diesem Raum lieber leben würden und sie werden sie uns nicht einfach überlassen, ohne dass wir uns dafür einsetzen. Und ich hoffe sehr, dass dieser Weg nicht mit Blutvergießen verbunden ist.

Es gibt Grund zum Optimismus: Es gibt einen dezentralistischen Impuls, der sich in der ganzen Welt ausbreitet. Er kommt nach Amerika und ich denke, dorthin müssen wir unsere Hoffnungen und unsere Anstrengungen richten.

AGORISMUS (ZITATE)

Dieses und das nächste Kapitel sind der Frage gewidmet, was wir tun sollten, wenn wir erkannt haben, dass der Staat lediglich eine riesige kriminelle Vereinigung ist. Hier ist eine Sammlung von Zitaten zum Agorismus, dem Versuch, den Staat mit Hilfe von Schwarz- und Graumärkten zu unterwandern, um die Fähigkeit des Staates zu verringern, sich durchzusetzen.

Agorismus lässt sich einfach definieren: Er ist Denken und Handeln im Einklang mit der Freiheit ... Agorismus ist die konsequente Verbindung von libertärer Theorie mit gegenökonomischer Praxis. Ein Agorist ist jemand, der konsequent für die Freiheit und in der Freiheit handelt.

– Samuel Edward Konkin III, „An Agorist Primer“
(2009, KoPubCo), S. 12-13.

Gegenökonomie ist das Studium und die Praxis des menschlichen Handelns in der Gegenökonomie.

Die Gegenökonomie ist alles menschliche Handeln, das nicht vom Staat sanktioniert wird. So wie die Quantenmechanik entstand, als theoretische Chemiker und Physiker sich weigerten, die paradigmengreifenden Experimente zu ignorieren und die Relativitätstheorie aus Einsteins Akzeptanz der Michelson-Morley-Ergebnisse hervorging, entstand die Gegenökonomie als Theorie, indem sie berücksichtigte, was alle Standardökonomien entweder ignorierten oder herunterspielten. So wie das Licht aus Hawkings schwarzen Löchern austrat, so trat das menschliche Handeln unter die Kontrolle des Staates. Und diese Schattenwirtschaft, der Schwarzmarkt, das Nalevo-Russland, erwiesen sich als viel, viel zu groß, um sie als kleine Korrektur zu ignorieren ...

Die gegenökonomische Alternative gab den Agoristen eine verheerende Waffe in die Hand. Anstatt langsam Stimmen anzuhäufen, bis eine kritische Masse den Rückzug des Staates ermöglichen würde (falls die neuen Etatisten nicht die Seiten wechseln, um ihre neuen Interessen zu schützen),

konnte man gewinnbringend zivilen Ungehorsam begehen, Steuern und Vorschriften umgehen und dabei niedrigere Kosten und (potenziell) größere Effizienz als seine statistischen Konkurrenten haben – wenn überhaupt. Denn viele Güter und Dienstleistungen könnten nur auf dem gegenökonomischen Weg entstehen oder angeboten werden.

– Samuel Edward Konkin III, „The Last, Whole Introduction to Agorism“, *The Agorist Quarterly*, Herbst 1995, Bd. 1, Nr. 1.

Während die Libertarian-Party- und Small-Government-Typen nicht einmal eine Prüfung der Fed durchsetzen konnten, beendete Satoshi Nakamotos Whitepaper Agorism [<https://bitcoin.org/bitcoin.pdf>] im Jahr 2008 die Fälschungsoperationen und Währungskontrollen der Fed auf einen Schlag und unumkehrbar. Dann, im Jahr 2011, kombinierte Ross Ulbricht Satoshis Arbeit mit J. Neil Schulmans agoristischem Manifest *Alongside Night*, um uns den ersten wirklich freien Markt zu geben, den die Menschheit je gekannt hat – ein Kunststück, von dem die unwählbaren Mächtigen-Kriegsherren der Libertarian Party nur träumen konnten. Ein paar Jahre später, im Jahr 2013, schaffte Cody Wilson mit seinem 3D-Drucker das, was Hunderte von Millionen Dollar an Spenden für „kleine Regierungen“ und Interessengruppen für Waffenrechte nie erreichen konnten: die Debatte über Waffenkontrolle entscheidend und unumkehrbar zu beenden.

Ganz zu schweigen davon, dass Unternehmer im Jahr 2008 mit der Gründung von Airbnb erfolgreich die kartellierte Hotelbranche aus dem Weg geräumt haben. Ein Jahr später wurde der Staat in einen ähnlichen Rausch versetzt, als andere Unternehmer das Gleiche mit den Taxikartellen machten und Uber gründeten. Und natürlich, damit wir es nicht vergessen, zwangen zur gleichen Zeit massive Wellen der Nichteinhaltung und des zivilen Ungehorsams die westlichen Staaten zur Lockerung der Drogengesetze.

Und wir sind noch nicht fertig. Bald werden uns private Münzen und dezentralisierte Börsen von der Last der Besteuerung ganz befreien. Agoristen werden das kaputte Gesundheitssystem mit medizinischen Token reparieren. Wir werden das Maklerkartell der SEC und FINRA mit Hilfe von tokenisierten Wertpapieren und Vermögenswerten abschaffen und damit eine Welle von Kapital und Innovation auslösen, wie sie die Welt noch nie gesehen hat.

– Sal Mayweather, „Against the LP“, *New Libertarian*, Dez. 2020.

Eine reine Peer-to-Peer-Version von elektronischem Bargeld würde es ermöglichen, Online-Zahlungen direkt von einer Partei zur anderen zu senden, ohne den Umweg über ein Finanzinstitut. Digitale Signaturen stellen einen Teil der Lösung dar, aber die Hauptvorteile gehen verloren, wenn immer noch eine vertrauenswürdige dritte Partei erforderlich ist, um Doppelausgaben zu verhindern. Wir schlagen eine Lösung für das Problem des doppelten Geldausgebens in einem Peer-to-Peer-Netzwerk vor. Das Netzwerk versieht Transaktionen mit einem Zeitstempel, indem es sie in eine fortlaufende Kette von Hash-basierten Arbeitsnachweisen einfügt, die nicht geändert werden können, ohne den Arbeitsnachweis neu zu erstellen. Die längste Kette dient nicht nur als Beweis für die beobachtete Abfolge von Ereignissen, sondern auch als Beweis dafür, dass sie von dem größten Pool an CPU-Leistung stammt. Solange die Mehrheit der CPU-Leistung von Knoten kontrolliert wird, die nicht kooperieren, um das Netzwerk anzugreifen, werden sie die längste Kette erzeugen und die Angreifer ausstechen. Das Netzwerk selbst erfordert nur eine minimale Struktur. Nachrichten werden auf einer Best-Effort-Basis verbreitet und die Knoten können das Netzwerk nach Belieben verlassen und sich wieder anschließen, wobei die längste Proof-of-Work-Kette als Beweis dafür akzeptiert wird, was während ihrer Abwesenheit passiert ist.

– Satoshi Nakamoto,
„Bitcoin: A Peer-to-Peer Electronic Cash System“ (Okt. 2008).

Nur der Agorist erkennt wahrhaftig an, dass ihm niemals eine Vollmacht erteilt wurde. Er und nicht der Sheriff, bestimmt, wie weit der Staat in sein Leben eingreift. Wenn er solche Eingriffe für tolerierbar hält, toleriert er sie. Wenn nicht, ignoriert er sie. Der Agorist beruft sich selbstbewusst auf ein höheres, natürliches Gesetz – ein Gesetz, das ihn selbst ermächtigt und nicht den Parasiten.

Wenn schließlich genügend Ressourcen in die Gegenökonomie fließen, werden private Verteidigungsagenturen wie Phönix aus der Asche aufsteigen. Diese werden nicht nur die „Polizei“ des Staates schnell ausstechen, sondern auch die Aufgabe haben, privates Eigentum vor dem Staat zu verteidigen. Mit der Zeit werden sie genau das tun und so die politische Klasse entmachten und die Menschen von der Tyrannei der Regierung befreien.

Der Schlüssel zu dieser Geschichte ist das Verständnis, dass die Befreiung vom Staat nur *nach* und *durch* die individuelle Selbstbefreiung möglich ist. Freiheit ist etwas, das jedem von uns innewohnt. Sie ist nicht etwas, das

man sich „nehmen“ oder „geschenkt bekommen“ kann, sondern sie muss erkannt, beansprucht, genährt und mit glühendem Eifer bewacht werden.

– Sal Mayweather,
Autor von „Anti-Politics: A Collection of Agorist Essays“.

Dies ist also eine aufregende Zeit für Bitcoin, nicht wahr? Als ich das erste Mal davon erfuhr, wurde er für 6 Cent oder so gehandelt. Es ist unglaublich zu sehen, wie etwas seinen Wert um das 300.000-fache steigert ... wow! ... Bleiben wir bei den Prinzipien, nach denen Bitcoin entstanden ist: Dezentralisierung, ein Fokus auf die Befähigung von Individuen und eine Gemeinschaft aus Liebe und Respekt.

– Ross Ulbricht,
„Brief von Ross an die Bitcoin Superconference“ (Feb. 2018).

WAS GETAN WERDEN MUSS
(AUSZUG)

Hans-Hermann Hoppe, Ph.D.

Hans-Hermann Hoppe ist ein Ökonom der Österreichischen Schule, ein liberärer und anarchokapitalistischer Philosoph und emeritierter Professor für Wirtschaftswissenschaften an der University of Nevada, Las Vegas.

Strategie: Die Epidemie des Etatismus stoppen

Wie können der Staat und die Epidemie des Etatismus gestoppt werden? Nun komme ich zu meinen strategischen Überlegungen. Zunächst einmal müssen drei grundlegende Erkenntnisse oder Leitprinzipien anerkannt werden. Erstens: Der Schutz des Privateigentums und des Rechts, der Justiz und der Strafverfolgung ist für jede menschliche Gesellschaft unerlässlich. Es gibt jedoch keinen Grund, warum diese Aufgabe von einer einzigen Behörde, von einem Monopolisten, übernommen werden muss. Im Gegenteil: Sobald ein Monopolist diese Aufgabe übernimmt, zerstört er zwangsläufig das Recht und macht uns wehrlos gegen ausländische wie einheimische Eindringlinge und Aggressoren.

Das Endziel, das man im Auge behalten muss, ist also die Entmonopolisierung von Schutz und Recht. Schutz, Sicherheit, Verteidigung, Recht, Ordnung und Schlichtung in Konflikten können und müssen wettbewerblich erbracht werden, d. h. das Richteramt muss frei zugänglich sein.

Zweitens: Weil ein Schutzmonopol die Wurzel allen Übels ist, ist auch jede territoriale Ausdehnung eines solchen Monopols per se schlecht. Jede politische Zentralisierung muss aus prinzipiellen Gründen abgelehnt werden. Im Gegenzug ist jeder Versuch der politischen Dezentralisierung – Segregation, Separation, Sezession usw. – zu unterstützen.

Die dritte Grundeinsicht ist, dass insbesondere ein demokratisches Schutzmonopol als moralische und ökonomische Perversität abzulehnen

ist. Mehrheitsherrschaft und Schutz des Privateigentums sind unvereinbar. Die Idee der Demokratie muss ins Lächerliche gezogen werden: Sie ist nichts anderes als Pöbelherrschaft, die sich als Gerechtigkeit ausgibt. Als Demokrat bezeichnet zu werden, muss als schlimmstes aller Komplimente angesehen werden!

Das bedeutet nicht, dass man sich nicht an der demokratischen Politik beteiligen darf; dazu komme ich etwas später. Aber man darf demokratische Mittel nur zu defensiven Zwecken einsetzen, d. h. man darf eine anti-demokratische Plattform nutzen, um von einer antidemokratischen Wählerschaft gewählt zu werden, um eine antidemokratische – d. h. anti-egalitäre und pro-private Eigentums-Politik – umzusetzen. Oder anders ausgedrückt: Eine Person ist nicht anständig, weil sie demokratisch gewählt ist. Wenn überhaupt, macht sie das zu einem Verdächtigen. Trotz der Tatsache, dass eine Person demokratisch gewählt wurde, kann sie ein anständiger und ehrenwerter Mensch sein.

Von diesen Grundsätzen kommen wir nun zum Problem der Umsetzung. Die grundlegenden Einsichten – dass ein monopolisierter Schutz, ein Staat, unweigerlich zum Aggressor wird, zur Wehrlosigkeit führt und dass politische Zentralisierung und Demokratie Mittel zur Ausbreitung und Intensivierung von Ausbeutung und Aggression sind – geben uns zwar eine allgemeine Zielrichtung vor, reichen aber offensichtlich noch nicht aus, um unser Handeln zu definieren und uns zu sagen, wie wir dort hingelangen.

Wie kann das Ziel eines entmonopolisierten Schutzes und einer entmonopolisierten Gerechtigkeit unter den gegenwärtigen Bedingungen einer zentralisierten – fast weltumspannenden – Demokratie – als zumindest vorläufigem Ausgangspunkt, von dem wir ausgehen müssen – überhaupt umgesetzt werden? Lassen Sie mich versuchen, eine Antwort auf diese Frage zu entwickeln, indem ich zunächst herausarbeite, in welcher Hinsicht sich das Problem, aber auch die Lösung desselben, im Laufe der letzten 150 Jahre – also etwa seit Mitte des 19. Jahrhunderts geändert hat.

Reform von oben nach unten: Konvertierung des Königs

Bis 1914 war das Problem vergleichsweise klein und die mögliche Lösung vergleichsweise einfach. Heute ist es, wie wir sehen werden, schwieriger und die Lösung ist weit komplizierter. Bis Mitte des 19. Jahrhunderts war sowohl in Europa als auch in den Vereinigten Staaten nicht nur der Grad der politischen Zentralisierung weit weniger ausgeprägt als heute. Der

südliche Unabhängigkeitskrieg hatte noch nicht stattgefunden und weder Deutschland noch Italien existierten als einheitliche Staaten.

Vor allem aber hatte zu dieser Zeit das Zeitalter der Massendemokratie noch nicht begonnen. In Europa wurden die Länder nach der Niederlage Napoleons immer noch von Königen und Fürsten regiert und Wahlen und Parlamente spielten nur eine geringe Rolle. Sie beschränkten sich zudem auf eine äußerst geringe Zahl von Großgrundbesitzern. Auch in den Vereinigten Staaten wurde die Regierung von kleinen aristokratischen Eliten geführt und das Wahlrecht war durch strenge Eigentumsvorschriften eingeschränkt. Schließlich sollten nur diejenigen, die etwas zu schützen haben, die Behörden leiten, die den Schutz gewährleisten.

Vor 150 oder gar 100 Jahren war im Wesentlichen nur eines notwendig, um das Problem zu lösen. Man hätte den König nur dazu zwingen müssen, zu erklären, dass von nun an jeder Bürger seinen Beschützer frei wählen und jeder Regierung, die er will, die Treue schwören kann. Das heißt, der König würde sich nicht mehr anmaßen, der Beschützer von irgendjemandem zu sein, es sei denn, diese Person hätte ihn darum gebeten und seinen Preis erfüllt, den der König für einen solchen Dienst verlangt hätte.

Was wäre nun in diesem Fall geschehen? Was wäre geschehen, wenn, sagen wir, der österreichische Kaiser im Jahre 1900 eine solche Erklärung abgegeben hätte? Lassen Sie mich versuchen, eine kurze Skizze oder ein Szenario dessen zu geben, was meiner Meinung nach in dieser Situation wahrscheinlich passiert wäre.

Erstens hätte jeder nach dieser Erklärung sein uneingeschränktes Recht auf Selbstverteidigung wiedererlangt und wäre frei gewesen zu entscheiden, ob er mehr oder besseren Schutz als den der Selbstverteidigung wünscht und wenn ja, wo und von wem er diesen Schutz erhalten möchte. Die meisten Menschen in dieser Situation hätten sich zweifellos dafür entschieden, die Vorteile der Arbeitsteilung zu nutzen und sich neben der Selbstverteidigung auch auf spezialisierte Beschützer zu verlassen.

Zweitens hätte sich fast jeder auf der Suche nach Beschützern an Personen oder Stellen gewandt, die die Mittel besitzen oder erwerben können, um die Schutzaufgabe zu gewährleisten – d. h. die selbst ein Interesse an dem zu schützenden Gebiet in Form von erheblichem Grundbesitz haben – und die einen etablierten Ruf als zuverlässig, umsichtig, ehrenhaft und gerecht besitzen.

Es ist sicher, dass niemand ein gewähltes Parlament für diese Aufgabe für geeignet gehalten hätte. Stattdessen hätte sich fast jeder an eine oder mehrere von drei Stellen gewandt: entweder an den König selbst, der kein Mo-

nopolist mehr war, oder an einen regionalen oder lokalen Adeligen, Magnaten oder Aristokraten oder an eine regional, national oder sogar international tätige Versicherungsgesellschaft.

Natürlich würde der König selbst die genannten Voraussetzungen erfüllen und viele Menschen hätten ihn freiwillig als ihren Beschützer gewählt. Gleichzeitig hätten sich aber auch viele Menschen vom König abgewandt. Ein großer Teil von ihnen hätte sich wahrscheinlich an verschiedene regionale Adelige oder Magnaten gerichtet, die nun natürlicher statt erblicher Adel sind. Und auf einer kleineren territorialen Ebene wären diese lokalen Adelige in der Lage, die gleichen Vorteile als Beschützer zu bieten, die der König selbst bieten könnte. Diese Verlagerung hin zu regionalen Beschützern würde zu einer erheblichen Dezentralisierung der Organisation und Struktur des Sicherheitsgewerbes führen. Und diese Dezentralisierung würde nur den privaten oder subjektiven Schutzinteressen entsprechen, d. h. die bereits erwähnte Zentralisierungstendenz hat auch zu einer Überzentralisierung des Schutzgeschäfts geführt.

Schließlich hätten sich fast alle anderen, vor allem in den Städten, zum Schutz an kommerzielle Versicherungsunternehmen, z.B. Feuerversicherer, gewandt. Versicherungen und der Schutz von Privateigentum sind offensichtlich sehr eng miteinander verbunden. Ein besserer Schutz führt zu niedrigeren Versicherungsprämien. Und durch den Eintritt der Versicherer in den Schutzmarkt wären schnell Schutzverträge anstelle von unbestimmten Versprechen zur Standardproduktform geworden, in der Schutz angeboten würde.

Darüber hinaus würden der Wettbewerb und die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Schutzversicherern die Entwicklung universeller Verfahrens-, Beweis-, Konfliktlösungs- und Schiedsgerichtsregeln fördern, was in der Natur der Versicherung liegt. Außerdem würde er die gleichzeitige Homogenisierung und Dehomogenisierung der Bevölkerung in verschiedene Klassen von Individuen mit unterschiedlichen Gruppenrisiken hinsichtlich ihres Eigentumsschutzes und dementsprechend unterschiedlichen Schutzversicherungsprämien fördern. Jegliche systematische und vorhersehbare Einkommens- und Vermögensumverteilung zwischen verschiedenen Gruppen innerhalb der Bevölkerung, wie sie unter monopolistischen Bedingungen bestand, würde sofort beseitigt werden. Und das würde natürlich für Frieden sorgen.

Vor allem aber hätte sich das Wesen von Schutz und Verteidigung grundlegend geändert. Unter monopolistischen Bedingungen gibt es nur einen Beschützer. Ob dieser monarchisch oder demokratisch ist, macht in

dieser Hinsicht keinen Unterschied, eine Regierung wird immer als Verteidiger und Beschützer eines festen und zusammenhängenden Territoriums angesehen. Diese Eigenschaft ist jedoch das Ergebnis eines aufgezwungenen Schutzmonopols. Mit der Abschaffung des Monopols würde dieses Merkmal sofort als höchst unnatürlich oder sogar künstlich verschwinden. Es mag einige wenige lokale Beschützer gegeben haben, die nur ein zusammenhängendes Gebiet verteidigt haben. Aber es hätte auch andere Beschützer gegeben, wie den König oder Versicherungsunternehmen, deren Schutzgebiet aus einem weitläufigen Flickenteppich unzusammenhängender Teile und Abschnitte bestand. Und die „Grenzen“ jeder Regierung wären einem ständigem Wandel unterzogen. Vor allem in Städten wäre die Tatsache, dass zwei Nachbarn unterschiedliche Schutzbehörden haben, nicht ungewöhnlicher als dass sie unterschiedliche Feuerversicherungen haben.

Diese Patchwork-Struktur von Schutz und Verteidigung verbessert den Schutz. Eine monopolistische, zusammenhängende Verteidigung setzt voraus, dass die Sicherheitsinteressen der gesamten in einem bestimmten Gebiet lebenden Bevölkerung irgendwie homogen sind. Das heißt, dass alle Menschen in einem bestimmten Gebiet die gleiche Art von Verteidigungsinteressen haben. Dies ist jedoch eine höchst unrealistische und im Grunde genommen unwahre Annahme. Tatsächlich sind die Sicherheitsbedürfnisse der Menschen sehr heterogen. Die Menschen können nur an einem Ort Eigentum besitzen oder an zahlreichen, territorial weit verstreuten Orten, sie können weitgehend autark sein oder in ihrem wirtschaftlichen Handeln nur von wenigen Menschen abhängig sein oder sie können andererseits tief in den Markt integriert und wirtschaftlich von Abertausenden von Menschen abhängig sein, die über große Gebiete verstreut sind.

Die Patchwork-Struktur der Sicherheitsbranche würde lediglich diese Realität der sehr unterschiedlichen Sicherheitsbedürfnisse verschiedener Menschen widerspiegeln. Außerdem würde diese Struktur wiederum die Entwicklung einer entsprechenden Schutzbewaffnung anregen. Anstatt Waffen und Maschinen für großflächige Bombardierungen zu produzieren und zu entwickeln, würden Instrumente für den Schutz kleinerer Gebiete ohne Kollateralschäden entwickelt werden. Da in einem Wettbewerbssystem jegliche interregionale Umverteilung von Einkommen und Vermögen entfällt, bietet die Patchwork-Struktur zudem die beste Gewähr für interterritorialen Frieden. Die Wahrscheinlichkeit und das Ausmaß von interterritorialen Konflikten würde sich bei einem Patchwork-System verringern. Und weil jeder fremde Eindringling, auch wenn er nur in ein

kleines Stück Land eindringt, sozusagen sofort auf den Widerstand und die militärischen und wirtschaftlichen Gegenangriffe mehrerer unabhängiger Schutzorganisationen stößt, würde auch die Gefahr fremder Invasionen verringert.

Indirekt ist zumindest teilweise schon klar, wie und warum es im Laufe der letzten 150 Jahre so viel schwieriger geworden ist, diese Lösung zu erreichen. Lassen Sie mich einige der grundlegenden Veränderungen aufzeigen, die eingetreten sind und die alle diese Probleme weitaus größer machen. Erstens ist es nicht mehr möglich, die Reformen von oben nach unten durchzuführen. Klassische Liberale konnten und haben in der alten Monarchie tatsächlich häufig daran gedacht und realistischerweise auch daran geglaubt, den König einfach zu ihren Ansichten zu bekehren und ihn zu bitten, auf seine Macht zu verzichten und alles andere hätte sich fast von selbst ergeben.

Heute wird das Schutzmonopol des Staates als öffentliches und nicht als privates Eigentum betrachtet und die Herrschaft der Regierung ist nicht mehr an eine bestimmte Person gebunden, sondern an bestimmte Funktionen, die von unbenannten oder anonymen Personen als Mitglieder einer demokratischen Regierung ausgeübt werden. Die Strategie der Umstellung auf einen oder wenige Männer funktioniert daher nicht mehr. Es spielt keine Rolle, ob man einige wenige Spitzenbeamte der Regierung – den Präsidenten und eine Handvoll Senatoren – bekehrt, denn nach den Regeln einer demokratischen Regierung hat kein Einzelner die persönliche Macht, auf das Schutzmonopol der Regierung zu verzichten. Könige hatten diese Befugnis, Präsidenten haben sie nicht.

Der Präsident kann nur von seinem Amt zurücktreten, um dann von jemand anderem abgelöst zu werden. Aber er kann das staatliche Schutzmonopol nicht auflösen, weil die Regierung angeblich dem Volk gehört und nicht dem Präsidenten selbst. Die Abschaffung des staatlichen Rechts- und Schutzmonopols erfordert in einer Demokratie also entweder, dass eine Mehrheit der Bevölkerung und ihrer gewählten Vertreter das staatliche Schutzmonopol und damit alle Zwangssteuern für abgeschafft erklärt oder noch restriktiver, dass buchstäblich niemand wählen geht und die Wahlbeteiligung gleich Null ist. Nur in diesem Fall könnte man von einer tatsächlichen Abschaffung des demokratischen Schutzmonopols sprechen. Aber das würde im Grunde bedeuten, dass es unmöglich wäre, sich jemals von einer wirtschaftlichen und moralischen Perversion zu befreien. Denn heutzutage ist es eine Selbstverständlichkeit, dass jeder, auch der Pöbel, an der Politik teilnimmt und es ist undenkbar, dass der Pöbel

jemals in seiner Mehrheit oder auch nur in seiner Gesamtheit auf die Ausübung seines Wahlrechts, das nichts anderes ist als die Ausübung der Möglichkeit, das Eigentum anderer zu plündern, verzichtet oder sich enthält.

Und selbst wenn man davon ausgeht, dass dies wider Erwarten gelungen ist, enden die Probleme nicht. Denn eine weitere grundlegende soziologische Wahrheit im Zeitalter der modernen egalitären Massendemokratie ist die fast vollständige Zerstörung der natürlichen Eliten. Der König hätte auf sein Monopol verzichten können und die Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung wären trotzdem fast automatisch befriedigt worden, denn es gab für die meisten den König selbst, aber auch regionale und lokale Adelige und große Unternehmerpersönlichkeiten, eine deutlich sichtbare und etablierte natürliche, freiwillig anerkannte Elite und ein vielschichtiges Gefüge von Hierarchien und Rangordnungen, an die sich die Menschen mit ihrem Wunsch nach Schutz wenden konnten.

Das Verschwinden der natürlichen Eliten

Heute, nach weniger als einem Jahrhundert Massendemokratie, gibt es keine solchen natürlichen Eliten und sozialen Hierarchien mehr, an die man sich unmittelbar um Schutz wenden könnte. Natürliche Eliten und hierarchische soziale Ordnungen und Organisationen, d. h. Personen und Institutionen, die über eine vom Staat unabhängige Autorität und Achtung verfügen, sind für einen Demokraten noch unerträglicher und inakzeptabler und mit dem demokratischen Geist des Egalitarismus noch unvereinbarer, als sie eine Bedrohung für irgendeinen König oder einen Fürsten waren. Und deshalb wurden unter den demokratischen Spielregeln alle unabhängigen Autoritäten, alle unabhängigen Institutionen systematisch ausgelöscht oder durch ökonomische Maßnahmen bis zur Bedeutungslosigkeit geschrumpft. Heute besitzt keine einzige Person oder Institution außerhalb der Regierung selbst eine echte nationale oder gar regionale Autorität. Anstelle von Personen mit unabhängiger Autorität haben wir jetzt lediglich eine Fülle von Personen, die prominent sind: Sport- und Filmstars, Popstars und natürlich Politiker. Diese Menschen können zwar Trends setzen und Moden prägen, sie besitzen aber keine natürliche persönliche soziale Autorität.

Das gilt vor allem für Politiker: Sie mögen heute große Stars sein, sie sind jeden Tag im Fernsehen und Gegenstand öffentlicher Debatten, aber das liegt fast ausschließlich daran, dass sie Teil des derzeitigen Staatsapparats mit seinen monopolistischen Befugnissen sind. Sobald dieses Monopol aufgelöst würde, würden diese „Stars“ der Politik zu Nicht-

Persönlichkeiten werden, denn im wirklichen Leben sind sie meist nichts als Schreibtischtäter und Schwachköpfe. Und nur die Demokratie ermöglicht es ihnen, in diese hohen Positionen aufzusteigen. Wenn man sie sich selbst überlässt, wenn man sie ihren persönlichen Leistungen überlässt, dann sind sie fast ausnahmslos komplette Niemande. Im Klartext: Wenn die demokratische Regierung – der Kongress – erklärt, dass von nun an jeder seinen eigenen Richter und Beschützer frei wählen kann, so dass er zwar immer noch die Regierung zum Schutz wählen kann, aber nicht mehr wählen muss, wer bei klarem Verstand würde sie dann noch wählen?! Das heißt, die gegenwärtigen Mitglieder des Kongresses und der Bundesregierung – wer würde sie freiwillig zu seinem Richter und Beschützer wählen?! Diese Frage zu stellen, bedeutet, sie zu beantworten. Könige und Fürsten besaßen eine reale Autorität. Es war zwar Zwang im Spiel, keine Frage, aber sie erhielten eine beträchtliche Menge an freiwilliger Unterstützung.

Im Gegensatz dazu werden demokratische Politiker im Allgemeinen verachtet, sogar von ihrer eigenen Wählerschaft. Aber dann gibt es auch niemanden, an den man sich um Schutz wenden könnte. Die Kommunal- und Regionalpolitiker stehen im Grunde vor dem gleichen Problem und bieten mit der Abschaffung ihrer monopolistischen Befugnisse offensichtlich auch keine attraktive Alternative zu diesem Problem. Es stehen auch keine großen Unternehmerpersönlichkeiten in den Startlöchern und gerade die Versicherungen sind fast vollständig zu Geschöpfen des egalitären demokratischen Staates geworden und erscheinen daher ebenso wenig vertrauenswürdig, diese besonders wichtige Aufgabe des Schutzes und der Gerechtigkeit zu übernehmen.

Würde man also heute tun, was der König vor hundert Jahren hätte tun können, bestünde die unmittelbare Gefahr eines faktischen sozialen Chaos oder einer „Anarchie“ im schlechten Sinne. Die Menschen würden in der Tat zumindest vorübergehend sehr verletzlich und wehrlos werden.

Es stellt sich also die Frage: Gibt es keinen Ausweg? Lassen Sie mich die Antwort im Voraus zusammenfassen: Ja, aber nicht durch eine Reform von oben nach unten, sondern durch eine Revolution von unten nach oben. Und statt einer Schlacht an einer einzigen Front muss eine liberal-libertäre Revolution nun viele Schlachten an vielen Fronten beinhalten. Das heißt, wir wollen eher einen Guerillakrieg als einen konventionellen Krieg führen.

Die Rolle der Intellektuellen

Bevor diese Antwort als ein weiterer Schritt in Richtung dieses Ziels erklärt werden kann, muss eine zweite soziologische Tatsache anerkannt werden: die Veränderung der Rolle der Intellektuellen, der Bildung und der Ideologie. Sobald die Schutzbehörde zu einem territorialen Monopolisten – also einem Staat – wird, verwandelt sie sich von einem echten Beschützer in einen Schutzgelderpresser. Und angesichts des Widerstands der Opfer dieser Schutzgelderpressung braucht der Staat eine Legitimation, eine intellektuelle Rechtfertigung für sein Handeln. Je mehr der Staat vom Beschützer zum Schutzgelderpresser wird – also mit jeder weiteren Ausweitung der Besteuerung und Regulierung –, desto größer wird dieses Legitimationsbedürfnis.

Um das richtige staatskonforme Denken zu sichern, wird ein Schutzmonopolist seine privilegierte Stellung als Schutzgelderpresser nutzen, um schnell ein Bildungsmonopol aufzubauen. Schon im 19. Jahrhundert, unter ausgesprochen undemokratischen monarchischen Verhältnissen, war das Bildungswesen, zumindest auf der Ebene der Volksschule und der universitären Ausbildung, weitgehend monopolistisch organisiert und zwangsfinanziert. Und es waren vor allem die Lehrer und Professoren aus den Reihen der königlichen Regierung, also diejenigen, die als intellektuelle Leibgarde der Könige und Fürsten angestellt waren, von denen aus die monarchische Herrschaft und die Privilegien der Könige und Adligen ideologisch untergraben und stattdessen egalitäre Ideen in Form von Demokratie und Sozialismus gefördert wurden.

Aus der Sicht der Intellektuellen geschah dies aus gutem Grund. Denn Demokratie und Sozialismus vervielfachen die Zahl der Pädagogen und Intellektuellen und diese Ausweitung des staatlichen Bildungssystems hat wiederum zu einer immer größeren Flut von geistiger Verschwendung und Verschmutzung geführt. Der Preis der Bildung, wie der Preis des Schutzes und der Gerechtigkeit, ist unter der monopolistischen Verwaltung dramatisch gestiegen, während die Qualität der Bildung, ebenso wie die Qualität der Gerechtigkeit, kontinuierlich gesunken ist. Wir sind heute ebenso ungeschützt wie ungebildet.

Ohne den Fortbestand des demokratischen Systems und der öffentlich finanzierten Bildung und Forschung wären jedoch die meisten der heutigen Lehrer und Intellektuellen arbeitslos oder ihr Einkommen würde auf einen kleinen Bruchteil des heutigen Niveaus sinken. Anstatt für 100.000 Dollar im Jahr die Syntax von Ebonics, das Liebesleben von Moskitos oder den Zusammenhang zwischen Armut und Kriminalität zu erforschen,

würden sie für 20.000 Dollar die Wissenschaft des Kartoffelanbaus oder die Technologie der Zapfsäulenbedienung erforschen.

Das monopolisierte Bildungssystem ist inzwischen ein ebenso großes Problem wie das monopolisierte Schutz- und Justizsystem. In der Tat ist das staatliche Bildungs-, Forschungs- und Entwicklungssystem das zentrale Instrument, mit dem sich der Staat vor dem Widerstand der Öffentlichkeit schützt. Intellektuelle sind heute aus Sicht des Staates für die Erhaltung des Status quo genauso wichtig oder sogar wichtiger als Richter, Polizisten und Soldaten.

Und so wie man das demokratische System nicht von oben nach unten umgestalten kann, so ist auch nicht zu erwarten, dass diese Umgestaltung von unten nach oben aus dem etablierten System des öffentlichen Bildungswesens und der öffentlichen Universitäten kommt. Dieses System kann nicht reformiert werden. Es ist nicht möglich, dass die Liberalen oder Libertären das öffentliche Bildungssystem unterwandern und übernehmen, wie es die Demokraten und Sozialisten konnten, als sie die Monarchisten ablösten.

Aus der Sicht des klassischen Liberalismus muss das gesamte System der öffentlichen, d. h. steuerfinanzierten Bildung mit der Wurzel ausgerissen werden. Und mit dieser Überzeugung ist es natürlich für niemanden möglich, unter diesen Bedingungen Karriere zu machen. Ich werde niemals Präsident der Universität werden können. Meine Ansichten hindern mich daran, eine solche Karriere zu machen. Damit will ich nicht sagen, dass Bildung und Intellektuelle keine Rolle bei der Verwirklichung einer libertären Revolution spielen. Im Gegenteil, wie ich bereits erklärt habe, hängt letztlich alles von der Frage ab, ob es uns gelingt, die Demokratie und das demokratische Rechts- und Schutzmonopol zu delegitimieren und als wirtschaftliche und moralische Perversität zu entlarven oder nicht.

Dies ist natürlich nichts anderes als ein ideologischer Kampf. Es wäre jedoch falsch anzunehmen, dass die offizielle Wissenschaft bei diesem Unterfangen eine Hilfe sein wird. Pädagogen und Intellektuelle, die von der Regierung versorgt werden, sind in der Regel Staatsgläubige. Intellektuelle Munition und ideologische Führung und Koordination können nur von außerhalb der etablierten akademischen Welt kommen, von Zentren des intellektuellen Widerstands – von einer intellektuellen Gegenkultur außerhalb und unabhängig von und in fundamentaler Opposition zum staatlichen Schutz- und Bildungsmonopol, wie dem Mises-Institut.

Eine Revolution von unten nach oben

Zuletzt komme ich zur ausführlichen Erläuterung der Bedeutung dieser revolutionären Strategie von unten nach oben. Dazu möchte ich auf meine früheren Bemerkungen über den defensiven Gebrauch der Demokratie zurückkommen, d. h. den Gebrauch demokratischer Mittel für nicht-demokratische, libertäre, das Privateigentum fördernde Ziele. Zwei vorläufige Erkenntnisse habe ich hier bereits gewonnen.

Erstens: Aus der Unmöglichkeit einer Top-Down-Strategie folgt, dass man wenig oder gar keine Energie, Zeit und Geld für landesweite politische Wettkämpfe, wie etwa Präsidentschaftswahlen, aufwenden sollte. Und auch nicht für Wettbewerbe für die Zentralregierung, insbesondere weniger Aufwand für Senatswahlen als für Wahlen zum Repräsentantenhaus, zum Beispiel.

Zweitens folgt aus der Einsicht in die Rolle der Intellektuellen bei der Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Systems der Schutzgelderpressung, dass man ebenfalls wenig oder gar keine Energie, Zeit oder Geld aufwenden sollte, um das Bildungs- und Hochschulwesen von innen heraus zu reformieren. Wenn man beispielsweise Lehrstühle für freies Unternehmertum oder Privateigentum innerhalb des etablierten Universitätssystems stiftet, trägt man nur dazu bei, genau der Idee Legitimität zu verleihen, die man bekämpfen möchte. Die offiziellen Bildungs- und Forschungseinrichtungen müssen systematisch finanziell ausgetrocknet werden. Und dazu sollte natürlich jede Unterstützung intellektueller Arbeit, als eine wesentliche Aufgabe dieser Gesamtaufgabe, die vor uns liegt, an Institutionen und Zentren gegeben werden, die genau das tun wollen.

Die Gründe für diese beiden Ratschläge liegen auf der Hand: Weder die Bevölkerung als Ganzes noch alle Pädagogen und Intellektuellen im Besonderen sind ideologisch völlig homogen. Und selbst wenn es unmöglich ist, landesweit eine Mehrheit für eine dezidiert antidemokratische Plattform zu gewinnen, scheint es keine unüberwindlichen Schwierigkeiten zu geben, eine solche Mehrheit in ausreichend kleinen Bezirken und für lokale oder regionale Funktionen innerhalb der gesamten demokratischen Regierungsstruktur zu gewinnen. In der Tat scheint die Annahme nicht zu sein, dass solche Mehrheiten an Tausenden von Orten existieren. Das heißt, an Orten, die über das ganze Land verstreut sind, aber nicht gleichmäßig verteilt. Auch wenn die intellektuelle Klasse im Großen und Ganzen als natürlicher Feind der Gerechtigkeit und des Schutzes betrachtet werden muss, gibt es an verschiedenen Orten isolierte anti-intellektuelle Intellektuelle und wie das Mises-Institut beweist, ist es sehr wohl möglich, diese

isolierten Figuren um ein intellektuelles Zentrum zu versammeln und ihnen Einheit und Stärke und ein nationales oder sogar internationales Publikum zu geben.

Aber was dann? Alles andere ergibt sich fast automatisch aus dem Endziel, das man bei all seinen Aktivitäten ständig vor Augen haben muss: die Wiederherstellung des Privateigentums und des Rechts auf Eigentumschutz von unten nach oben; das Recht auf Selbstverteidigung, auf Ausschluss oder Einschluss und auf Vertragsfreiheit. Und die Antwort lässt sich in zwei Teile gliedern.

Erstens: Was ist in diesen sehr kleinen Bezirken zu tun, in denen ein Kandidat, der für das Privateigentum eintritt und gegen die Mehrheit ist, gewinnen kann? Und zweitens, wie man mit den höheren Regierungsebenen umgeht und insbesondere mit der Zentralregierung des Bundes. Als erster Schritt und ich beziehe mich jetzt auf das, was auf lokaler Ebene zu tun ist, sollte der erste zentrale Punkt des Wahlprogramms lauten: Man muss versuchen, das Stimmrecht über lokale Steuern, insbesondere über Grundsteuern und -vorschriften, auf Grund- und Immobilienbesitzer zu beschränken. Nur Grundstückseigentümer dürfen abstimmen und ihr Stimmrecht ist nicht gleich, sondern richtet sich nach dem Wert des Eigenkapitals und der Höhe der gezahlten Steuern. Das ist ähnlich wie das, was Lew Rockwell bereits in einigen Orten in Kalifornien erklärt hat.

Außerdem müssen alle öffentlich Bediensteten – Lehrer, Richter, Polizisten – und alle Sozialhilfeempfänger von der Abstimmung über lokale Steuern und lokale Vorschriften ausgeschlossen werden. Diese Leute werden aus Steuern bezahlt und sollten kein Mitspracherecht haben, wie hoch diese Steuern sind. Mit dieser Plattform kann man natürlich nicht überall gewinnen. In Washington, D.C. geht das zum Beispiel auf keinen Fall, aber ich wage zu behaupten, dass dies in vielen Orten leicht möglich ist. Die Orte müssen klein genug sein und eine ausreichend große Anzahl an anständigen Menschen haben.

Folglich werden die lokalen Steuern und Abgaben sowie die lokalen Steuereinnahmen unweigerlich sinken. Die Grundstückswerte und die meisten lokalen Einkommen würden steigen, während die Anzahl und die Bezahlung der öffentlichen Bediensteten sinken würde. Jetzt, und das ist der entscheidende Schritt, muss Folgendes getan werden und denken Sie immer daran, dass ich von sehr kleinen territorialen Bezirken, Dörfern usw. spreche. In dieser Finanzierungskrise des Staates, die ausbricht, sobald dem Pöbel das Wahlrecht entzogen wurde, muss als Ausweg aus dieser Krise das gesamte Vermögen der lokalen Verwaltung privatisiert werden.

Eine Bestandsaufnahme aller öffentlichen Gebäude – auf lokaler Ebene ist das nicht viel – Schulen, Feuerwehrhäuser, Polizeistationen, Gerichtsgebäude, Straßen und so weiter – und dann sollten Eigentumsanteile oder Aktien an die lokalen Privateigentümer verteilt werden, und zwar in Übereinstimmung mit dem gesamten Lebenszeitbetrag an Steuern – Grundsteuern –, den diese Leute bezahlt haben. Schließlich gehört es ihnen, sie haben für diese Dinge bezahlt.

Diese Anteile sollten frei handelbar sein, verkauft und gekauft werden können und damit würde die lokale Regierung im Grunde genommen abgeschafft werden. Gäbe es keine übergeordneten Regierungsebenen mehr, wäre dieses Dorf oder diese Stadt nun ein freies oder befreites Gebiet. Was würde dann mit der Bildung und, was noch wichtiger ist, mit dem Schutz des Eigentums und der Gerechtigkeit geschehen?

Auf der kleinen lokalen Ebene können wir genauso sicher sein, oder sogar noch sicherer, als wir es vor 100 Jahren bei der Frage hätten sein können, was passiert wäre, wenn der König abgedankt hätte, dass es in etwa so ablaufen würde: Alle materiellen Ressourcen, die zuvor für diese Funktionen eingesetzt wurden – Schulen, Polizeistationen, Gerichtsgebäude – sind immer noch vorhanden, ebenso wie die Arbeitskräfte. Der einzige Unterschied besteht darin, dass sie sich jetzt in Privatbesitz befinden oder im Falle der öffentlichen Bediensteten vorübergehend arbeitslos sind. Unter der realistischen Annahme, dass es weiterhin einen lokalen Bedarf an Bildung, Schutz und Gerechtigkeit gibt, werden die Schulen, Polizeistationen und Gerichtsgebäude weiterhin für dieselben Zwecke genutzt. Und viele ehemalige Lehrer, Polizisten und Richter werden wieder eingestellt oder nehmen ihre frühere Position auf eigene Rechnung als Selbständige wieder auf, nur dass sie von den lokalen „Bonzen“ oder Eliten, denen diese Dinge gehören und die alle persönlich bekannt sind, betrieben oder beschäftigt werden. Entweder als gewinnorientierte Unternehmen oder, was wahrscheinlicher ist, als eine Mischung aus karitativer und wirtschaftlicher Organisation. Lokale „Bonzen“ stellen öffentliche Güter häufig aus eigener Tasche zur Verfügung; und sie haben offensichtlich das größte Interesse an der Erhaltung der lokalen Gerechtigkeit und des Friedens.

Es ist leicht einzusehen, dass dies bei Schulen und Polizisten funktioniert, aber was ist mit Richtern und der Justiz? Erinnern wir uns daran, dass die Wurzel allen Übels die Zwangsmonopolisierung der Justiz ist, d. h. eine Person entscheidet über richtig und falsch. Dementsprechend müssen die Richter frei finanziert werden und der freie Zugang zum Richteramt muss gewährleistet sein. Die Richter werden nicht durch Wahlen be-

stimmt, sondern durch die tatsächliche Nachfrage der Rechtsuchenden. Man darf auch nicht vergessen, dass es auf der hier betrachteten kleinen lokalen Ebene eigentlich nur um die Nachfrage nach einem oder ganz wenigen Richtern geht. Ob dieser oder diese Richter dann beim privaten Gerichtsverein oder der Aktiengesellschaft angestellt sind oder ob es sich um Selbstständige handelt, die diese Einrichtungen oder Büros mieten, dürfte klar sein, dass nur eine Handvoll Einheimischer und nur weithin bekannte und angesehene lokale Persönlichkeiten – also Mitglieder der natürlichen lokalen Elite – überhaupt eine Chance hätten, als Friedensrichter vor Ort ausgewählt zu werden.

Nur als Mitglieder der natürlichen Elite wird ihre Entscheidung Autorität besitzen und durchsetzbar sein. Und wenn sie Urteile fällen, die als lächerlich angesehen werden, werden sie sofort von anderen lokalen Autoritäten, die respektabler sind, verdrängt. Wenn man auf diese Weise auf lokaler Ebene vorgeht, lässt es sich natürlich nicht vermeiden, dass man in direkten Konflikt mit der oberen und insbesondere der föderalen Ebene der Staatsgewalt gerät. Wie geht man mit diesem Problem um? Würde der Bund einen solchen Versuch nicht einfach zunichtemachen?

Er würde es sicher gerne tun, aber ob er es tatsächlich kann, ist eine ganz andere Frage und um das zu erkennen, muss man nur wissen, dass die Mitglieder des Staatsapparates auch unter demokratischen Bedingungen immer nur einen winzigen Anteil an der Gesamtbevölkerung ausmachen. Und noch kleiner ist der Anteil der Angestellten der Zentralregierung.

Daraus folgt, dass eine Zentralregierung ihren gesetzgeberischen Willen oder ihr pervertiertes Recht unmöglich der gesamten Bevölkerung aufzwingen kann, wenn sie dabei nicht auf breite lokale Unterstützung und Kooperation stößt. Dies wird besonders deutlich, wenn man sich eine große Anzahl von freien Städten oder Dörfern vorstellt, wie ich sie zuvor beschrieben habe. Es ist sowohl personell als auch von der Öffentlichkeitsarbeit her praktisch unmöglich, Tausende von territorial weit verstreuten Ortschaften zu übernehmen und ihnen eine direkte Bundesherrschaft aufzuerlegen.

Ohne die Durchsetzung vor Ort, durch willfähige lokale Behörden, ist der Wille der Zentralregierung nicht viel mehr als heiße Luft. Doch genau diese lokale Unterstützung und Zusammenarbeit ist es, die fehlen muss. Solange die Zahl der befreiten Gemeinden noch klein ist, scheint die Sache zwar etwas gefährlich zu sein. Aber selbst in dieser Anfangsphase des Befreiungskampfes kann man recht zuversichtlich sein.

Es scheint in dieser Phase klug zu sein, eine direkte Konfrontation mit der Zentralregierung zu vermeiden und deren Autorität nicht offen anzuprangern oder gar dem Bund abzuschwören. Vielmehr scheint es ratsam, eine Politik des passiven Widerstands und der Nicht-Kooperation zu betreiben. Man hört einfach auf, bei der Durchsetzung jedes einzelnen Bundesgesetzes zu helfen. Man nimmt die folgende Haltung ein: „Das sind eure Regeln und ihr setzt sie durch. Ich kann euch nicht daran hindern, aber ich werde euch auch nicht helfen, denn ich bin nur meinen Wählern vor Ort verpflichtet.“

Konsequent angewandt, keine Zusammenarbeit, keine Unterstützung auf irgendeiner Ebene, würde die Macht der Zentralregierung stark geschwächt werden oder sich sogar auflösen. Und angesichts der allgemeinen öffentlichen Meinung erscheint es höchst unwahrscheinlich, dass die Bundesregierung es wagen würde, ein Gebiet zu besetzen, dessen Bewohner nichts anderes tun, als sich um ihre eigenen Angelegenheiten zu kümmern. Waco, eine kleine Gruppe von Freaks, ist eine Sache. Aber eine große Gruppe normaler, tüchtiger, aufrechter Bürger zu unterwerfen oder auszulöschen, ist etwas ganz anderes und eine viel schwierigere Sache.

Wenn die Zahl der implizit abtrünnigen Gebiete erst einmal eine kritische Masse erreicht hat und jeder Erfolg in einem kleinen Ort den nächsten fördert und nährt, wird sich die Bewegung unweigerlich weiter radikalisieren und zu einer landesweiten Kommunalisierungsbewegung werden, mit explizit secessionistischer Lokalpolitik und offen und verächtlich zur Schau gestellter Missachtung der Bundesbehörden.

Und in dieser Situation wird die Zentralregierung gezwungen sein, auf ihr Schutzmonopol zu verzichten und die Beziehung zwischen den wieder auftauchenden lokalen Behörden und den zentralen Behörden, die im Begriff sind, ihre Macht zu verlieren, kann auf eine rein vertragliche Ebene gestellt werden und man könnte wieder die Macht erlangen, sein Eigentum zu verteidigen.

ZITATE

Anstelle einer Literaturliste finden Sie hier eine Sammlung meiner Lieblingszitate zum Thema Voluntarismus und Ökonomie, von Autoren, deren Werke in eine solche Liste aufgenommen worden wären.

Steuern sind ... auf keiner Ebene der Besteuerung mit der individuellen Freiheit und den Eigentumsrechten vereinbar. Steuern sind Raub. Die Räuber – der Staat, seine Agenten und Verbündeten – versuchen natürlich ihr Bestes, um diese Tatsache zu verbergen, aber führt einfach kein Weg daran vorbei. Offensichtlich sind Steuern keine normalen, freiwilligen Zahlungen für Waren und Dienstleistungen, denn man darf diese Zahlungen nicht einstellen, wenn man mit dem Produkt nicht zufrieden ist. Man wird nicht bestraft, wenn man keine Renault-Autos oder kein Chanel-Parfüm mehr kauft, aber man wird ins Gefängnis geworfen, wenn man aufhört, für staatliche Schulen oder Universitäten oder für Herrn Sarkozy und seinen Pomp zu zahlen. Steuern sind auch als normale Mietzahlungen zu verstehen, wie sie ein Mieter an seinen Vermieter leistet ... denn der französische Staat ist nicht der Vermieter von ganz Frankreich und allen Franzosen. Um Vermieter zu sein, müsste der französische Staat zwei Dinge nachweisen können: erstens, dass ihm und niemandem sonst jeder Zentimeter Frankreichs gehört und zweitens, dass er mit jedem einzelnen Franzosen einen Mietvertrag über die Nutzung seines Eigentums und den Preis für diese Nutzung abgeschlossen hat. Kein Staat – nicht der französische, nicht der deutsche, nicht der US-amerikanische oder irgendein anderer Staat – kann dies beweisen. Sie haben keine entsprechenden Dokumente und können auch keinen Mietvertrag vorlegen. Es gibt also nur eine Schlussfolgerung: Steuern sind Diebstahl und Raub, durch die sich ein Teil der Bevölkerung, die herrschende Klasse, auf Kosten eines anderen Teils, der Beherrschten, bereichert.

– Hans-Hermann Hoppe, Ph.D., *The Great Fiction*
(2021, Mises Institut), S. 519.

Eine Minderheit kann eine Mehrheit nicht auf Dauer allein mit roher Gewalt beherrschen. Sie muss durch „Meinung“ herrschen. Die Mehrheit der Bevölkerung muss dazu gebracht werden, ihre Herrschaft *freiwillig* zu akzeptieren. Das heißt nicht, dass die Mehrheit mit jeder ihrer Maßnahmen einverstanden sein muss. Sie kann durchaus glauben, dass viele ihrer Maßnahmen falsch sind. Aber sie muss an die Legitimität der Institution des Staates *als solcher* glauben und daran, dass, selbst wenn eine bestimmte Politik falsch sein mag, ein solcher Fehler ein „Unfall“ ist, den man im Hinblick auf ein höheres Gut, das der Staat bietet, tolerieren muss.

– Hans-Hermann Hoppe, Ph.D., *The Great Fiction*
(2021, Mises Institute), S. 4.

Die Auffassung von der Notwendigkeit der Institution des Staates als Garant für Recht und Ordnung ist zwar weit verbreitet, sie steht aber in klarem Widerspruch zu elementaren ökonomischen und moralischen Gesetzen und Prinzipien.

Zunächst einmal gibt es unter Ökonomen und Philosophen zwei nahezu universell akzeptierte Thesen:

1. Jedes „Monopol“ ist aus Verbrauchersicht „schlecht“. Monopol wird hier in seiner klassischen Bedeutung als ein exklusives *Privileg* verstanden, das einem einzigen Hersteller einer Ware oder Dienstleistung gewährt wird, oder als das Fehlen eines „freien Zugangs“ zu einem bestimmten Produktionszweig. Nur ein einziges Unternehmen, A, darf eine bestimmte Ware oder Dienstleistung, X, herstellen. Ein solches Monopol ist für die Verbraucher „schlecht“, denn geschützt vor potenziellen neuen Marktteilnehmern wird der Preis des Produkts höher und seine Qualität niedriger sein als im freien Wettbewerb.

2. Die Herstellung von Recht und Ordnung, d. h. von Sicherheit, ist die Hauptfunktion des Staates (wie eben definiert). Sicherheit wird hier im weiten Sinne der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung verstanden: als Schutz des Lebens, des Eigentums und des Strebens nach Glück vor innerer Gewalt (Verbrechen) sowie vor äußerer (ausländischer) Aggression (Krieg).

– Hans-Hermann Hoppe, Ph.D., *The Great Fiction*
(2021, Mises Institute), S. 190.

Der überhöhte Preis des Rechts und die Pervertierung des antiken Rechts durch die Könige waren zu einem großen Teil der Grund für die histori-

sche Opposition gegen die Monarchie. Es herrschte jedoch Verwirrung über die Ursachen dieses Phänomens. Es gab diejenigen, die richtig erkannten, dass das Problem beim Monopol und nicht bei den Eliten oder dem Adel lag. Aber sie waren weit in der Überzahl gegenüber denen, die fälschlicherweise den elitären Charakter der Herrscher dafür verantwortlich machten und die dementsprechend danach strebten, das Monopol des Rechts und der Rechtsdurchsetzung aufrechtzuerhalten und lediglich den König und den sichtbaren königlichen Prunk durch das „Volk“ und die vermeintliche Bescheidenheit und den Anstand des „einfachen Mannes“ zu ersetzen. Darin liegt der historische Erfolg der Demokratie.

– Hans-Hermann Hoppe, Ph.D., *Democracy: The God That Failed* (2001 [2017] Routledge), S. 72.

Sobald die Prämisse der Regierung akzeptiert ist, haben Liberale keine Argumente mehr, wenn Sozialisten diese Prämisse bis zu ihrem logischen Ende verfolgen. Wenn Monopole gerecht sind, dann ist Zentralisierung gerecht. Wenn Besteuerung gerecht ist, dann ist auch mehr Besteuerung gerecht. Und wenn demokratische Gleichheit gerecht ist, dann ist auch die Enteignung von Privateigentümern gerecht (während Privateigentum nicht gerecht ist). Wie kann sich ein Liberaler auch für *weniger* Besteuerung und Umverteilung aussprechen? ...

Ohne moralische Argumente, bleibt einem Liberalen nur das Instrument der Kosten-Nutzen-Analyse, aber jede derartige Analyse muss einen zwischenmenschlichen Vergleich des Nutzens beinhalten und ein solcher Vergleich ist unmöglich (wissenschaftlich unzulässig) ...

Liberale werden anerkennen müssen, dass keine Regierung vertraglich gerechtfertigt werden kann ...

Der Anarchismus des Privateigentums ist einfach ein konsequenter Liberalismus; ein Liberalismus, der bis zu seiner letzten Konsequenz durchdacht ist, oder ein Liberalismus, der zu seiner ursprünglichen Absicht zurückkehrt.

– Hans-Hermann Hoppe, Ph.D., *Demokratie: The God That Failed* (2001 [2017] Routledge), S. 234-236.

... Wir Menschen, als soziale Tiere, brauchen individuelle Freiheit, um uns voll entfalten zu können. Die Gleichung ist einfach: individuelle Freiheit = soziale Kooperation = individuelles und soziales Gedeihen. Daraus ergeben sich viele Folgerungen. Eine davon ist, dass die Freiheit zu wählen, mit wem wir zusammenarbeiten wollen, einen Wettbewerb zwischen denjeni-

gen nach sich zieht, die mit einem bestimmten Individuum zusammenarbeiten wollen.

– Sheldon Richman, *What Social Animals Owe to Each Other* (2020, Libertarian Institute).

Wer erkennt, dass der Handel nicht durch Zustimmung, sondern durch Zwang erfolgt – wer erkennt, dass er, um zu produzieren, die Erlaubnis von Menschen einholen müssen, die nichts produzieren – wer erkennt, dass das Geld zu denen fließt, die nicht mit Waren, sondern mit Gefälligkeiten handeln – wer erkennt, dass Menschen durch Bestechung und Abzocke reicher werden als durch Arbeit und die Gesetze nicht davor schützen, sondern die Täter vor den Opfern – wer erkennt, dass Korruption belohnt wird und Ehrlichkeit zur Selbstaufopferung führt – der weiß vielleicht, dass seine Gesellschaft dem Untergang geweiht ist.

– Ayn Rand, *Atlas Shrugged* (1957, Random House), S. 413.

Jeder, der die Anwendung von Gewalt gegen einen anderen Menschen veranlasst, handelt in diesem Moment wie ein Diktator.

– Ayn Rand, in der „The Phil Donahue Show“.

Der Kapitalismus wurde als ein System der Gier bezeichnet – und doch ist er das System, das den Lebensstandard seiner ärmsten Bürger in Höhen gehoben hat, die kein kollektivistisches System auch nur annähernd erreicht hat und die sich keine Stammesgesellschaft vorstellen kann.

– Ayn Rand, „Globale Balkanisierung“, aus einem Vortrag im Bostoner Ford Hall Forum, Apr. 1977.

Wenn ich „Kapitalismus“ sage, meine ich einen vollständigen, reinen, unkontrollierten, unregulierten Laissez-faire-Kapitalismus – mit einer Trennung von Staat und Wirtschaft, in derselben Weise und aus denselben Gründen wie die Trennung von Staat und Kirche.

– Ayn Rand, „The Objectivist Ethics“, aus einer Vorlesung an der Universität von Wisconsin, Februar 1961.

Amerikas Reichtum wurde nicht durch öffentliche Opfer für das „Gemeinwohl“ geschaffen, sondern durch den produktiven Genius freier Menschen, die ihre eigenen persönlichen Interessen verfolgten und ihr eigenes privates Vermögen erwirtschafteten. Sie ließen die Menschen nicht

hungern, um die Industrialisierung Amerikas zu finanzieren. Mit jeder neuen Maschine, die sie erfanden, mit jeder wissenschaftlichen Entdeckung und jedem technologischen Fortschritt verschafften sie den Menschen bessere Arbeitsplätze, höhere Löhne und billigere Waren – und so bewegte sich das ganze Land vorwärts und profitierte, statt zu leiden, bei jedem Schritt des Weges.

– Ayn Rand, „Was ist Kapitalismus?“
in *Capitalism: The Unknown Ideal* (1966, New American Library), S. 29.

Die kleinste Minderheit auf der Erde ist das Individuum. Diejenigen, die individuelle Rechte leugnen, können nicht behaupten, Verteidiger von Minderheiten zu sein.

– Ayn Rand, „America's Persecuted Minority: Big Business“,
in *Capitalism: The Unknown Ideal* (1966, New American Library), S. 61.

Ein Geschäftsmann kann Sie nicht zwingen, sein Produkt zu kaufen. Macht er einen Fehler, muss er die Konsequenzen tragen. Versagt er, muss er den Verlust hinnehmen. Ein Bürokrat zwingt Sie, seinen Entscheidungen zu gehorchen, ob Sie nun mit ihm einverstanden sind oder nicht – und je weiter der Etatismus eines Landes fortgeschritten ist, desto größer ist der Ermessensspielraum, den ein Bürokrat hat. Macht er einen Fehler, tragen Sie die Konsequenzen. Versagt er, gibt er den Verlust in Form höherer Steuern an Sie weiter.

– Ayn Rand, „From My 'Future File'“,
in *The Ayn Rand Lexicon* (1988, Penguin).

Der freie Handel mit Arbeitskräften, wie auch der Handel mit Waren und Dienstleistungen, gibt den Amerikanern die Freiheit, das zu tun, was in ihrem komparativen Vorteil liegt. Tatsächlich unterscheiden sich die grundlegenden wirtschaftlichen Argumente für den freien Handel mit Arbeitskräften nicht von denen für den Handel mit Waren und Dienstleistungen. Wirtschaftswissenschaftler sind sich nahezu einig, dass freier Handel den nationalen Wohlstand fördert.

– Benjamin Powell, Ph.D., „Ein wirtschaftliches Argument für Einwanderung“,
EconLib, Juni 2010.

Der Libertäre besteht darauf, dass es für das Wesen solcher Praktiken nicht entscheidend ist, ob sie von der Mehrheit der Bevölkerung unterstützt

werden oder nicht: Krieg ist Massenmord, Wehrpflicht ist Sklaverei und Besteuerung ist Raub, unabhängig von der Zustimmung der Bevölkerung.

– Murray N. Rothbard, Ph.D., *For a New Liberty* (1973 [2006], Mises Institute), S. 29.

Der rasche wirtschaftliche Fortschritt, den wir zu erwarten haben, scheint in hohem Maße das Ergebnis dieser Ungleichheit zu sein und ohne sie unmöglich zu sein. Ein so schneller Fortschritt kann nicht gleichförmig erfolgen, sondern muss sich stufenweise vollziehen ...

In jedem Stadium dieses Prozesses wird es immer viele Dinge geben, die wir bereits zu produzieren wissen, die aber noch zu teuer sind, um sie für mehr als nur einige wenige Menschen bereitzustellen ...

Alle Annehmlichkeiten eines komfortablen Heims, unserer Verkehrs- und Kommunikationsmittel, der Unterhaltung und des Vergnügens konnten wir zunächst nur in begrenzten Mengen herstellen; aber dadurch lernten wir allmählich, sie oder ähnliche Dinge mit einem viel geringeren Aufwand an Mitteln herzustellen und sie so der großen Mehrheit zu liefern. Ein großer Teil der Ausgaben der Reichen, auch wenn sie nicht für diesen Zweck bestimmt sind, dient also dazu, die Kosten für die Erprobung neuer Dinge zu decken, die dann später den Armen zur Verfügung gestellt werden können.

– Friedrich A. Hayek, Ph.D., *The Constitution of Liberty* (1978 [2011], University of Chicago Press), S. 96-97.

Damit der Staat funktionieren kann, muss die Masse des Volkes an seine Legitimität glauben. Zu diesem Zweck beschäftigt der Staat eine Klasse professioneller Apologeten und kontrolliert die Propagandamittel, häufig durch die Beherrschung des Bildungssystems. Die Aufgabe des Apologeten des Staates ist es, „... die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass das, was der Staat tut, kein ... Verbrechen gigantischen Ausmaßes ist, sondern etwas Notwendiges und Lebenswichtiges, das unterstützt und befolgt werden muss.“ Im Gegenzug für ihre Dienste werden die Apologeten mit Macht und Status belohnt und dürfen an der Beute teilhaben, die sie von den Massen erhalten.

– Gerard Casey, Ph.D., *Libertarian Anarchy: Against the State* (2012, Continuum International Publishing Group), S. 27.

Wenn alle Menschen von Natur aus machthungrig und wild sind, wie können wir dann unsere Probleme lösen, indem wir einer bestimmten

ZITATE

Gruppe von solch entsetzlichen Tieren die ultimative Befugnis zur Gesetzgebung und Rechtsdurchsetzung geben? ... Die Behauptung der libertären Anarchisten ist nicht, dass die Dinge in der Anarchie perfekt wären, sondern dass sie besser wären als sie es jetzt sind.

– Gerard Casey, Ph.D., *Libertarian Anarchy: Against the State* (2012, Continuum International Publishing Group), S. 74-75.

Das Herzstück der liberalen Philosophie ist der Glaube an die Würde des Individuums, an seine Freiheit, das Beste aus seinen Fähigkeiten und Möglichkeiten nach seinen eigenen Vorstellungen zu machen, unter der einzigen Bedingung, dass er die Freiheit anderer Individuen, dasselbe zu tun, nicht beeinträchtigt. Dies impliziert den Glauben an die Gleichheit der Menschen in einem Sinne, an ihre Ungleichheit in einem anderen. Jeder Mensch hat ein gleiches Recht auf Freiheit. Dies ist ein wichtiges und grundlegendes Recht, gerade weil die Menschen unterschiedlich sind, weil der eine mit seiner Freiheit ganz andere Dinge tun will als der andere und dabei mehr zur allgemeinen Kultur der Gesellschaft, in der viele Menschen leben, beitragen kann als ein anderer.

– Milton Friedman, Ph.D., *Capitalism and Freedom* (1962 [2002], University of Chicago Press), S. 195.

Ich habe keine Angst vor den Maos und den Stalins und den Hitlers. Ich habe Angst vor den Tausenden oder Millionen von Menschen, die sie sich als „Autorität“ einbilden und deshalb ihre Befehle ausführen und für ihre Imperien zahlen und ihre Befehle ausführen. Es ist mir egal, ob es einen Verrückten mit einem dummen Schnauzbart gibt. Er ist keine Bedrohung, wenn das Volk nicht an die Autorität glaubt.

– Larken Rose,
Autor von *The Most Dangerous Superstition*.

Im Lauf der Jahre ist mir klar geworden, dass der beste Maßstab für die politischen Überzeugungen eines Menschen das ist, was sein Blut zum Kochen bringt. Womit zeigen sie, dass sie sich am meisten für sie interessieren? Wenn es sich um böse Tyrannei handelt, sind sie normalerweise Verbündete. Wenn es Unsinn ist, dann sind sie in der Regel nutzlos.

– Dave Smith, Moderator des Podcasts „Teil des Problems“.

Die stärksten Argumente, die gegen den Anarchismus vorgebracht werden, sind immer Beschreibungen des Status quo.

– Michael Malice, Autor von *Die neue Rechte*.

Die These der moralischen Parität

Die Bedingungen, unter denen eine Person zur Selbstverteidigung oder zur Verteidigung anderer einen Mitbürger täuschen, belügen, sabotieren, angreifen oder töten oder privates Eigentum zerstören darf, sind auch die Bedingungen, unter denen ein Zivilist dasselbe mit einem (von Amts wegen handelnden) Regierungsbeamten oder Regierungseigentum tun darf. Die These der moralischen Parität besagt, dass die Rechtfertigung der Selbstverteidigung oder der Verteidigung anderer gegen Regierungsbeamte der Rechtfertigung der Selbstverteidigung oder der Verteidigung anderer gegen Zivilisten gleichgestellt ist.

– Jason Brennan, Ph.D.,
When All Else Fails: The Ethics of Resistance to State Injustice
(2019, Princeton University Press), S. 11.

Dieses Buch befasst sich mit dem grundlegenden Problem der politischen Philosophie: dem Problem der Begründung der Autorität der Regierung. Diese Autorität ist mir immer als rätselhaft und problematisch erschienen. Warum sollten 535 Personen in Washington berechtigt sein, 300 Millionen anderen Befehle zu erteilen? Und warum sollten diese gehorchen?

– Michael Huemer, Ph.D., *The Problem of Political Authority: An Examination of the Right to Coerce and the Duty to Obey*
(2013, Palgrave Macmillan), S. xxvii.

Die Illegitimität des Staates beruht auf der Tatsache, dass er die Kontrolle über Ressourcen ausübt, die seine Vertreter niemals durch ursprüngliche Aneignung oder freiwilligen Tausch erworben haben, und zwar ohne die Zustimmung der rechtmäßigen Eigentümer dieser Ressourcen.

– Christopher Chase Rachels,
Spontaneous Order: The Capitalist Case for a Stateless Society
(2015, CreateSpace Independent Publishing Platform), S. 15.

Dies ist einer der Punkte, an denen die Befürworter des Sozialismus einen großen Fehler begehen. Sie denken, dass Profit eine Sache ist, die man im Kapitalismus findet und nicht im Sozialismus. Profitstreben liegt im menschlichen Wesen. Solange es Menschen gibt, wird es auch gewinnori-

entiertes Verhalten geben. Der Unterschied zwischen Kapitalismus und Sozialismus besteht nicht darin, dass der eine profitiert und der andere nicht. Beide profitieren; der Sozialismus tut nur so, als ob es ihn nicht gäbe, indem er verhindert, dass man ihn misst, aber er ist trotzdem da ... Ich denke, es ist wichtig – und das gilt für beide Systeme, ob Sozialismus oder Kapitalismus –, zwischen freiwilligem und unfreiwilligem Profit zu unterscheiden. Freiwilliger Gewinn entsteht, wenn ich dir als Unternehmer ein Produkt anbiete, das du so sehr haben willst, dass du dazu bereit bist, freiwillig dein Geld im Austausch für das Produkt auszugeben.

Wenn du bereit bist, das zu tun und ich bereit bin, das Produkt anzubieten, sind wir definitionsgemäß beide besser dran; der Gewinn, den ich mache, ist also ein Zeichen dafür, dass ich dafür gesorgt habe, dass du besser dran bist. Woher ich das weiß? Weil du mir das Geld gar nicht erst gegeben hättest, wenn ich dich nicht bessergestellt hätte. Das ist *freiwilliger* Profit.

Unfreiwilliger Profit ist es, wenn ich den Staat dazu bringe, das Geld von dir zu nehmen und es mir zu geben. Nun habe ich hier einen Haufen Dollars – es ist derselbe Haufen, den man als freiwilligen Profit ansammeln kann – aber ich habe ihn auf eine ganz andere Weise erhalten. Ich habe ihn nicht dadurch erlangt, dass ich dir etwas zur Verfügung gestellt habe, das dich glücklich macht, weil ich jemand anderen dazu bringen konnte, dich mit Gewalt dazu zu zwingen, ihn mir zu geben. Unfreiwilliger Gewinn ist ein großes Problem.

– Antony Davies, Ph.D., Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Duquesne University, aus einer Folge des „Don't Tread on Anyone“-Podcasts von Keith Knight.

Was verursacht Armut? Nichts. Sie ist der ursprüngliche Zustand, die Vorgabe und der Ausgangspunkt. Die eigentliche Frage ist: Was verursacht Wohlstand?

– Per Bylund, Ph.D.,
Professor für Unternehmertum an der Oklahoma State University.

Der Kapitalismus stellt die menschliche Kreativität in den Dienst der Menschheit, indem er die unternehmerische Innovation respektiert und fördert, jenen schwer fassbaren Faktor, der den Unterschied zwischen der Art und Weise, wie wir heute leben und der Art und Weise, wie Generationen über Generationen unserer Vorfahren vor dem 19. Jahrhundert gelebt haben ...

Im Kapitalismus geht es nicht nur darum, dass die Menschen auf den lokalen Märkten Butter gegen Eier tauschen, wie es seit Jahrtausenden geschieht. Es geht um Wertschöpfung durch die Mobilisierung menschlicher Energie und Erfindungsgabe in einem Ausmaß, das es in der Geschichte der Menschheit noch nie gegeben hat, um Wohlstand für das einfache Volk zu schaffen, der die reichsten und mächtigsten Könige, Sultane und Kaiser der Vergangenheit geblendet und in Erstaunen versetzt hätte. Es geht um die Aushöhlung lange etablierter Systeme von Macht, Herrschaft und Privilegien und die Öffnung von „Karrieren für Talente“. Es geht um den Ersatz von Gewalt durch Überzeugung. Es geht um die Ersetzung von Neid durch Leistung. Es geht um das, was mein Leben möglich gemacht hat und deines.

Freie Märkte, verstanden als Systeme des freien Austauschs zwischen Personen mit klar definierten, rechtlich gesicherten und übertragbaren Rechten an knappen Ressourcen, sind eine notwendige Voraussetzung für den Wohlstand der modernen Welt. Aber wie Wirtschaftshistoriker, vor allem Deirdre McCloskey, überzeugend gezeigt haben, reichen sie nicht aus. Wir brauchen noch etwas anderes: eine Ethik des freien Austauschs und der Wohlstandsproduktion durch Innovation.

– Tom G. Palmer, Ph.D.,
The Morality of Capitalism: What Your Professors Won't Tell You
 (2011; Jameson Books, Inc.), S. 2, 4.

Nicht vom Wohlwollen des Metzgers, des Brauers oder des Bäckers erwarten wir unser Abendessen, sondern von ihrer Rücksicht auf ihr eigenes Interesse. Wir wenden uns nicht an ihre Menschlichkeit, sondern an ihre Eigenliebe und wir sprechen mit ihnen nie über unsere Bedürfnisse, sondern über ihre Vorteile.

– Adam Smith, *Der Wohlstand der Nationen*,
 Buch IV, Kapitel II (1776).

Leider ist das Informationsproblem in der Politik viel schlimmer als auf dem Markt. Betrachten wir das folgende Beispiel für individuelle Verhaltensanreize bei einer privaten Marktentscheidung: Wenn ich ein Auto kaufe, investiere ich eine gewisse Menge an Zeit und Ressourcen, um mich über neue Autos zu informieren, und zwar aus dem einfachen Grund, dass ich weiß, dass sich ein Fehler direkt auf mich und meinen Geldbeutel, meine Bequemlichkeit und meinen Komfort auswirken wird.

... Kunden sind zwar nicht perfekt informiert, aber zumindest besser als der Wähler.

Wir müssen akzeptieren, dass die Menschen in der Regierung, wie in jeder Form des Handels, ihre privaten Interessen verfolgen und sie werden Ziele, die denen der Unternehmensaktionäre oder der Bürger einigermaßen nahe kommen, nur dann erreichen, wenn es in ihrem privaten Interesse liegt, dies zu tun.

– G. Tullock, A. Seldon und G. Brady,
Government Failure: A Primer in Public Choice
(2002, Cato Institute), S. 6, 10.

Die Norm (...) lautet: Wann immer irgendwie nachgewiesen werden kann, dass die Produktion eines bestimmten Gutes oder einer bestimmten Dienstleistung eine positive Wirkung auf jemanden hat, aber nicht oder nicht in einer bestimmten Menge oder Qualität produziert würde, wenn sich nicht andere an ihrer Finanzierung beteiligen würden, dann ist die Anwendung direkter oder indirekter aggressiver staatlicher Gewalt gegen diese Personen erlaubt und sie können gezwungen werden, sich an der notwendigen finanziellen Belastung zu beteiligen.

– Hans-Hermann Hoppe, Ph.D.,
Eine Theorie des Sozialismus und des Kapitalismus
(2010, Mises Institut), S. 233.

Eine wachsende Zahl von Wissenschaftlern vertritt die Auffassung, dass der Staat beim Schutz vor Verbrechen oder bei der Beilegung von Streitigkeiten keinerlei Rolle spielen sollte. Ihr Argument ist verlockend, denn sie verweisen auf die Vorteile der Wahlfreiheit und des Wettbewerbs, auf die kostenminimierenden Anreize der Gewinnstrebenden, auf die Vermeidung des Problems der Allmende und auf die Vorteile der Spezialisierung. Dieser Standpunkt betont die Effizienz und Effektivität der Versorgung durch private Produzenten *im Vergleich* zur Versorgung durch öffentliche Produzenten.

– Bruce L. Benson, Ph.D., *The Enterprise of Law*
(1990 [2011], Independent Institute), S. 252.

... Politisches Verhalten wird weitgehend von Koalitionstreue bestimmt ... wir wollen gegenüber den Gruppen um uns herum loyal erscheinen ... Es ist in vielerlei Hinsicht auch eine Leistung.

... Politik ist (wie Religion) ein Mannschaftssport.

... Manche betrachten die ausdrucksstarke Stimmabgabe als einen Akt des *Konsums* – etwas, das wir tun, um uns gut zu fühlen, ohne Rücksicht auf externe Vorteile. Aus dieser Perspektive wird die Stimmabgabe als psychologische Belohnung gesehen, als „Bestätigung der eigenen Identität“ oder als „Gefühl der Zugehörigkeit“.

... Nicht die Stimmabgabe an sich erzeugt einen Nutzen, sondern die Aktivitäten rund um die Wahl, wie die Teilnahme an Kundgebungen, das Posten in den sozialen Medien und das Konsumieren der Wahlberichterstattung mit Freunden und Familie.

– Robin Hanson, Ph.D. und Kevin Simler, *The Elephant in the Brain* (2020, Oxford University Press), S. 292, 295.

Ein Wandel in der Art und Weise, wie die Menschen Märkte und Innovationen würdigen, hat die industrielle Revolution und dann die moderne Welt hervorgebracht. Das Althergebrachte bietet keinen Platz für Handel, Innovation und freiheitliches Denken.

Die Menschen mussten anfangen, die „schöpferische Zerstörung“ zu lieben, die neue Idee, die die alte ablöst. Es waren Ideen, oder „Rhetorik“, die unseren Reichtum verursacht haben ...

– Deirdre N. McCloskey, Ph.D., „Liberty and Dignity Explain the Modern World“, in Tom G. Palmer, Hrsg., *The Morality of Capitalism* (2011, Jameson Books), S. 27-30.

Das seelische Elend, der Massenexodus und die endlosen gebrochenen Versprechen, die so typisch für den Sozialismus sind, können nicht einfach als Versagen einiger weniger schlechter Menschen abgetan werden. Es ist etwas faul im System selbst. In der Tat sind die Ideen, aus denen es entspringt, verdorben. Der Kern des Sozialismus ist, dass der Zweck die Mittel heiligt, moralischer Relativismus, anti-individueller und kollektivistischer Unsinn. Schlechte Menschen gibt es überall, aber nichts bringt sie mehr hervor und erlaubt ihnen, Böses zu tun, als konzentrierte Macht und die Unterordnung der Moral unter den Dienst einer staatsorientierten Ideologie. Das ist die Essenz der sozialistischen Vision, die eiserne Faust im Samthandschuh, die all das fröhliche Gerede über das Gegenteil Lügen straft.

– Lawrence W. Reed,
Ökonom, Historiker und Präsident einer Denkfabrik.

Die Linken vom Typ Jimmy Dore (diejenigen, die gegen den Staat sind, aber auch soziale Sicherheitsnetze befürworten) könnten in einer anarchis-

ZITATE

tischen Gesellschaft in Form von Solidargemeinschaften fast alles haben, was sie wollen. Das sind die Arten von Linken, die es wert sind, dass man ihnen die Hand reicht, im Gegensatz zu den Neoliberalen.

– Ace Archist, Gastredner am Libertarian Institute.

Solange es den Staat gibt, wird man die Frage „Wer überwacht die Überwacher?“ nie zufriedenstellend beantworten können.

– Ace Archist.

Die Umwandlung von Wohltätigkeit in einen Rechtsanspruch hat Spender ohne Liebe und Empfänger ohne Dankbarkeit hervorgebracht.

– Antonin Scalia,
Richter am Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten.

Eine der großen Ungereimtheiten ist, dass der freie Markt für die Linken, wenn er nicht perfekt funktioniert, überhaupt nicht funktioniert – und dass die Regierung eingreifen sollte.

– Thomas Sowell, Ph.D.,
Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Cornell University.

Die erste Lektion der Wirtschaftswissenschaften ist Knappheit. Es gibt nie genug von etwas, um alle zu befriedigen, die es haben wollen. Die erste Lektion der Politik besteht darin, die erste Lektion der Wirtschaft zu missachten.

– Thomas Sowell, Ph.D.

Der Grund, warum so viele Menschen so viele Themen missverstehen, ist nicht, dass diese Themen so komplex sind, sondern dass die Menschen keine sachliche oder analytische Erklärung wollen, die sie emotional unbefriedigt lässt. Sie wollen Schurken, die sie hassen und Helden, die sie bejubeln – und sie wollen keine Erklärungen, die ihnen das nicht bieten.

– Thomas Sowell, Ph.D.

Der Wettbewerb schützt die Verbraucher viel effektiver als der Staat.

– Thomas Sowell, Ph.D.

Wenn ein Ausländer ein Jobangebot von einem willigen Arbeitgeber annehmen will ... oder eine Wohnung von einem willigen Vermieter mieten will ... welches moralische Recht hat jemand, ihn daran zu hindern? Das sind Verträge zwischen einwilligenden Erwachsenen, keine Sozialprogramme!

– Bryan Caplan, Ph.D., *Offene Grenzen: The Science and Ethics of Immigration* (2019, First Second Books), S. 16.

Die sozialistische Gesellschaft müsste kapitalistische Handlungen zwischen einwilligenden Erwachsenen verbieten.

– Robert Nozick, Ph.D., *Anarchy, State, and Utopia* (1974 [2013] Basic Books), S. 163.

Von jedem, wie er wählt, zu jedem, wie er gewählt wird.

– Robert Nozick, Ph.D., *Anarchy, State, and Utopia* (1974 [2013] Basic Books), S. 158.

Es ist wahr, dass sich die Menschen am Anfang unter Zwang und mit Gewalt unterwerfen; aber diejenigen, die nach ihnen kommen, gehorchen ohne Bedenken und tun bereitwillig, was ihre Vorgänger getan haben, weil sie es mussten. Deshalb begnügen sich die Menschen, die unter dem Joch geboren und dann in der Sklaverei genährt und aufgezogen wurden, ohne weiteres damit, in ihren heimatlichen Verhältnissen zu leben, ohne sich eines anderen Zustands oder Rechts bewusst zu sein und den Zustand, in den sie hineingeboren wurden, als ganz natürlich zu betrachten ... der mächtige Einfluss der Gewohnheit ist in keiner Hinsicht zwingender als in dieser, nämlich der Gewöhnung an die Unterwerfung.

– Étienne de La Boétie, *Die Politik des Gehorsams: Der Diskurs über die freiwillige Knechtschaft* (1577 [1975], Mises Institute), S. 54.

Der Staat ist zusammengefasst diejenige Organisation in der Gesellschaft, die versucht, ein Monopol für die Anwendung von Gewalt in einem bestimmten Gebiet aufrechtzuerhalten. Insbesondere ist er die einzige Organisation in der Gesellschaft, die ihre Einkünfte nicht durch freiwillige Beiträge oder Zahlungen für erbrachte Dienstleistungen, sondern durch Zwang erhält. Während andere Individuen oder Institutionen ihr Einkommen durch die Produktion von Gütern und Dienstleistungen und durch den friedlichen und freiwilligen Verkauf dieser Güter und Dienst-

leistungen an andere erzielen, erzielt der Staat seine Einkünfte durch die Anwendung von Zwang, d. h. durch den Einsatz und die Androhung des Gefängnisses und des Bajonetts.

– Murray N. Rothbard, Ph.D., *Anatomy of the State* (1974 [2009], Mises Institute), S. 11-12.

Das Problem bei politischen Entscheidungen ist nicht nur, dass die meisten von uns nicht ihren eigenen Willen durchsetzen können. Diese Entscheidungen werden uns gewöhnlich gegen unseren Willen und unter Androhung von Gewalt aufgezwungen ...

Die Demokratie, so wie wir sie praktizieren, ist ungerecht. Wir setzen unschuldige Menschen einem hohen Risiko aus, weil wir ihr Schicksal in die Hände von unwissenden, schlecht informierten, irrationalen, voreingenommenen und manchmal unmoralischen Entscheidungsträgern legen.

– Jason Brennan, Ph.D., *Against Democracy* (2016, Princeton University Press), S. 230, 240.

Jemand hat mich neulich gefragt, ob ich an Verschwörungen glaube. Na klar, hier ist eine. Sie nennt sich das politische System. Es ist nichts anderes als eine riesige Verschwörung, um die Bevölkerung auszurauben, auszutricksen und zu unterdrücken.

– Jeffrey A. Tucker,
Gründer und Präsident des Brownstone Institute.

Unerreichbare Perfektion

Bei der Bewertung der Argumente für und gegen Handlungsoptionen ist es wichtig, daran zu denken, dass die Wahl unter den verfügbaren Alternativen getroffen werden muss. Alle könnten wegen ihrer Unvollkommenheit kritisiert werden, ebenso wie der Status quo. Solange eine der Optionen nicht perfekt ist, sind die Unzulänglichkeiten der anderen kein ausreichender Grund für eine Ablehnung. Der Irrtum der unerreichbaren Perfektion wird begangen, wenn die fehlende Perfektion als Grund für die Ablehnung angeführt wird, obwohl keine der Alternativen perfekt ist.

– Madsen Pirie, Ph.D., *How to Win Every Argument: The Use and Abuse of Logic* (2006, Continuum International Publishing Group), S. 171.

Was in der Privatwirtschaft als Diebstahl gilt, ist eine „Besteuerung“, wenn sie durch den Staat erfolgt. Was im privaten Sektor als Entführung gilt, ist

im öffentlichen Sektor „Einberufung“. Was im privaten Sektor Fälschung ist, ist im öffentlichen Sektor „Geldpolitik“. Was in der Privatwirtschaft Massenmord ist, ist im öffentlichen Sektor „Außenpolitik“.

– Llewellyn H. Rockwell, Jr., *The Left, the Right, and the State* (2008, Mises Institute), S. 42.

Bei freien Märkten geht es nicht nur darum, Gewinne, Produktivität und Effizienz zu erzielen. Es geht nicht nur darum, Innovation und Wettbewerb zu fördern. Es geht um das Recht des Einzelnen, autonome Entscheidungen zu treffen und Verträge abzuschließen, um ein Leben zu führen, in dem er seine Träume realisiert, auch wenn diese Träume nicht von der Regierung gebilligt werden.

– Llewellyn H. Rockwell, Jr., *The Left, the Right, and the State* (2008, Mises Institute), S. 30.

Es wird immer diejenigen geben, die behaupten, besondere Rechte gegenüber dem Rest der Gesellschaft zu haben und der Staat ist der am besten organisierte Versuch, damit durchzukommen. Sich auf diese Menschen als einzigartiges Problem zu konzentrieren, ist keine Besessenheit, sondern die Ausübung einer intellektuellen Verantwortung.

– Llewellyn H. Rockwell, Jr., *The Left, the Right, and the State* (2008, Mises Institute), S. 43.

Was ist der Staat? Er ist die Gruppe innerhalb der Gesellschaft, die für sich das ausschließliche Recht beansprucht, über alle Menschen zu herrschen, und zwar auf der Grundlage einer besonderen Gesetzgebung, die es ihr erlaubt, anderen das anzutun, was allen anderen zu Recht verboten ist, nämlich Angriffe auf Personen und Eigentum.

– Llewellyn H. Rockwell, Jr., *The Left, the Right, and the State* (2008, Mises Institute), S. xiii.

... Es kann keinen krasserem Fall von unfreiwilliger Knechtschaft geben als unser gesamtes System der Wehrpflicht ... Was sonst ist unfreiwillige Knechtschaft, wenn nicht die Wehrpflicht?

– Murray N. Rothbard, Ph.D., *For a New Liberty* (1973 [2006], Mises Institute), S. 98.

Dies ist also das wesentliche Paradoxon der Regulierung: Um eine zunehmende Regulierung zu befürworten, muss man glauben, dass die unorganisierte Masse der Verbraucher, Steuerzahler und der Allgemeinheit im Allgemeinen effektiver in der Lobbyarbeit für ihre Interessen sein wird als organisierte, hoch motivierte spezielle Interessengruppen in Büros in Washington, D.C.

– Jason Brennan, Ph.D., *Why It's Okay to Want to Be Rich* (2021, Routledge), S. 100.

Der Begriff „Eigentumsrechte“ wird verwendet, um ein Bündel von Rechten zu bezeichnen, das das Recht zu verkaufen, zu verleihen, zu vererben usw. umfassen kann. Im Folgenden verwende ich den Begriff in erster Linie für das Recht der Eigentümer, Nicht-Eigentümer auszuschließen. Private Eigentümer haben das Recht, Nicht-Eigentümer auszuschließen, aber das Recht zum Ausschluss ist ein Merkmal von Eigentumsrechten im Allgemeinen und nicht das bestimmende Merkmal von Privateigentum im Besonderen. Der National Park Service beansprucht ein Recht auf Ausschluss. Gemeinden beanspruchen ein Recht auf Ausschluss von Nichtmitgliedern.

– David Schmitz, Ph.D., „Die Institution des Eigentums“, *Social Philosophy & Policy* 11 (1994), S. 42-62.

Politische Autorität (im Folgenden einfach „Autorität“) ist die angenommene moralische Eigenschaft, aufgrund derer Regierungen Menschen auf bestimmte Arten zwingen können, die sonst niemandem erlaubt sind und aufgrund derer Bürger Regierungen in Situationen gehorchen müssen, in denen sie nicht verpflichtet wären, jemand anderem zu gehorchen. Die Autorität hat also zwei Aspekte:

(i) Politische Legitimität: das Recht einer Regierung, bestimmte Arten von Gesetzen zu erlassen und sie durch Zwang gegenüber den Mitgliedern ihrer Gesellschaft durchzusetzen – also das Recht, zu herrschen.

(ii) Politische Verpflichtung: die Verpflichtung der Bürger, ihrer Regierung zu gehorchen, selbst unter Umständen, unter denen man nicht verpflichtet wäre, ähnliche Befehle eines nichtstaatlichen Akteurs zu befolgen.

– Michael Huemer, Ph.D., *The Problem of Political Authority: An Examination of the Right to Coerce and the Duty to Obey* (2013, Palgrave Macmillan), S. 5.

Das wissenschaftliche Problem bei der Erklärung des modernen Wirtschaftswachstums ist sein erstaunliches Ausmaß – ein Anstieg des Realein-

kommens um 3.000 bis 10.000 Prozent, eine „Große Bereicherung“. Investitionen, Umverteilung, Eigentumsrechte, Ausbeutung können dies nicht erklären. Nur die Verbesserung der Verbesserung kann es, die atemberaubende Zunahme neuer Ideen, wie die Schiffschraube oder das Kugellager in Maschinen, die moderne Universität für die Massen und Karrieren, die Talentierte offenstehen. Warum also die neuen und handelserprobten Ideen? Weil die Freiheit, sich auszuprobieren, wie die Engländer sagen und die Würde der Perückenmacher und Telegrafisten, sich auszuprobieren, die Masse der Menschen mutig machte. Gleiche Freiheit und Würde für die einfachen Leute nennt man „Liberalismus“ und er war im 18. Jahrhundert neu in Europa, entgegen der alten Hierarchien. Warum der Liberalismus? Es lag nicht an einer tiefen europäischen Überlegenheit, sondern an vier zufälligen Faktoren: (deutsche) Reformation, (niederländische) Revolte, (amerikanische und französische) Revolution und (schottische und skandinavische) Bildung. Es hätte auch in die andere Richtung gehen können, so dass beispielsweise China die große Bereicherung erst viel später erfahren hätte. Europa und dann die Welt hatten nach 1900 Glück. Jetzt haben China und Indien den Liberalismus übernommen (im chinesischen Fall nur in der Wirtschaft) und holen auf.

– Deirdre N. McCloskey, Ph.D., „The Great Enrichment: A Humanistic and Social Scientific Account“ (2016, *Scandinavian Economic History Review*), S. 1.

Befürworter des Kapitalismus behaupten, dass Märkte – anders als in der Politik – auch dann „funktionieren“, wenn Menschen Eigeninteressen haben, weil die Dynamik des Wettbewerbs schlechte Handlungen begrenzt.

Der Grund, warum wir den Kapitalismus tolerieren oder in manchen Fällen sogar feiern, ist, dass Unternehmer Wege finden, neue Produkte, neue Dienstleistungen oder neue Herstellungsmethoden zu entwickeln, die den Verbrauchern zugutekommen. Viele von uns würden weit mehr als den Ladenpreis für sauberes Wasser, gesunde Lebensmittel, Autos mit einer Laufleistung von 200.000 Meilen oder Handys, die uns mit der ganzen Welt verbinden, bezahlen. Unternehmer denken sich die neuen Waren oder Dienstleistungen aus und der Wettbewerb drückt den Preis. Das Ergebnis ist, dass viele Produkte, die im Jahr 1900 nicht einmal für sehr wohlhabende Menschen erhältlich waren, heute von allen außer den Ärmsten unter uns genutzt werden.

– Michael Munger, Ph.D., „Ist der Kapitalismus nachhaltig?“

(2019, American Institute for Economic Research).

Der Anstoß für dieses Buch ist der Libertarismus. Die Grundprämisse dieser Philosophie ist, dass es illegitim ist, Aggressionen gegen Nichtaggressoren auszuüben. Mit Aggression ist nicht Durchsetzungsvermögen, Streitsucht, Konkurrenzdenken, Abenteuerlust, Streitsucht oder Antagonismus gemeint. Mit Aggression ist die Anwendung von Gewalt gemeint, wie sie zum Beispiel bei Mord, Vergewaltigung, Raub oder Entführung vorkommt. Der Libertarismus impliziert keinen Pazifismus; er verbietet nicht die Anwendung von Gewalt zur Verteidigung oder sogar zur Vergeltung von Gewalt. Die libertäre Philosophie verurteilt nur die Auslösung von Gewalt – die Anwendung von Gewalt gegen eine nicht-gewalttätige Person oder ihr Eigentum.

– Walter Block, Ph.D., *Defending the Undefendable*
(1976 [2018], Mises Institute), S. xiii.

Was die Wähler nicht wissen, könnte eine ganze Universitätsbibliothek füllen. In den letzten Jahrzehnten haben Ökonomen, die sich mit Politik beschäftigen, Öl ins Feuer gegossen, indem sie darauf hinwiesen, dass die Wähler – egoistisch gesehen – keinen Fehler machen. Die Wahrscheinlichkeit, dass eine Stimme das Wahlergebnis beeinflusst, ist so gering, dass ein realistischer Egoist der Politik keine Beachtung schenkt; er entscheidet sich dafür, rational unwissend zu sein, wie es im Wirtschaftsjargon heißt.

– Bryan Caplan, Ph.D.,
„The Myth of the Rational Voter: Why Democracies Choose Bad Policies“
(2007, Cato Institute), S. 3.

Theoretisch ist die Demokratie ein Bollwerk gegen sozial schädliche Politik. In der Praxis jedoch werden in Demokratien häufig Maßnahmen ergriffen und beibehalten, die schädlich sind. Wie lässt sich dieses Paradoxon erklären?

Der Einfluss von Partikularinteressen und die Unwissenheit der Wähler sind zwei der wichtigsten Erklärungen. Ich biete eine alternative Geschichte an, wie und warum die Demokratie scheitert. Der wichtigste Gedanke ist, dass die Wähler schlimmer als unwissend sind. Sie sind *irrational* – und wählen entsprechend. Trotz ihres mangelnden Wissens sind die Wähler keine bescheidenen Agnostiker. Stattdessen machen sie sich selbstbewusst eine lange Liste von falschen Vorstellungen zu eigen.

Die Wirtschaftspolitik ist die wichtigste Aufgabe des modernen Staates. Und wenn es eine Sache gibt, die die Öffentlichkeit zutiefst missversteht, dann ist es die Wirtschaft.

Die Menschen begreifen nicht die „unsichtbare Hand“ des Marktes und seine Fähigkeit, private Gier und öffentliches Interesse in Einklang zu bringen. Ich nenne dies eine *Anti-Markt-Voreingenommenheit*. Sie unterschätzen die Vorteile der Interaktion mit Ausländern. Ich nenne dies eine *Anti-Ausländer-Voreingenommenheit*. Sie setzen Wohlstand nicht mit Produktion, sondern mit Beschäftigung gleich. Ich nenne dies die *Anti-Arbeit-Voreingenommenheit*. Und schließlich neigen sie übermäßig zu der Annahme, dass die wirtschaftlichen Bedingungen schlecht sind und sich weiter verschlechtern. Ich nenne das *pessimistische Voreingenommenheit*.

In den Köpfen vieler Menschen besteht eine Denkbekürzung, die mit Winston Churchills berühmtem Aphorismus „Die Demokratie ist die schlechteste Regierungsform, abgesehen von allen anderen Formen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert wurden.“ gut beschrieben ist. Dieser Spruch übersieht jedoch die Tatsache, dass Regierungen nicht nur in ihrer Form, sondern auch in ihrem Umfang variieren. In Demokratien ist die wichtigste Alternative zur Mehrheitsherrschaft nicht die Diktatur, sondern der Markt. Ein besseres Verständnis der Irrationalität der Wähler rät uns, weniger auf die Demokratie und mehr auf den Markt zu setzen.

– Bryan Caplan, Ph.D.,
 „The Myth of the Rational Voter: Why Democracies Choose Bad Policies“
 (2007, Cato Institute), S. 1.

Sozialismus ... muss als institutionalisierte Einmischung in oder Aggression gegen Privateigentum und private Eigentumsansprüche begriffen werden. Der Kapitalismus hingegen ist ein soziales System, das auf der ausdrücklichen Anerkennung des Privateigentums und des nicht-aggressiven, vertraglichen Austauschs zwischen Privateigentümern beruht.

– Hans-Hermann Hoppe, Ph.D., *A Theory of Socialism and Capitalism*
 (2010, Mises Institute), S. 10.

Diese Idee, dass Individuen für das „Allgemeinwohl“ geopfert werden können und sollten, ist die Essenz der faschistischen/sozialistischen/kollektivistischen Philosophie ... Für viele Intellektuelle besteht die Attraktivität des Sozialismus darin, dass er „rational“ ist. Er ist eine „geplante“ Wirtschaft, die von Leuten wie ihnen geplant wird.

ZITATE

– Thomas J. DiLorenzo, Ph.D., *The Problem with Socialism*
(2016, Regnery Publishing), S. 68, 121.

Einer der großen Vorzüge einer Wirtschaftsordnung, die „selbstsüchtige“ Individuen dazu anleitet, gewinnbringende Beziehungen zu „Fremden“ zu entdecken und zu pflegen, besteht darin, dass das daraus resultierende breitere Netz wirtschaftlicher Beziehungen systematisch die Feindseligkeit untergräbt, die fast alle von uns anfänglich gegenüber Mitgliedern anderer Clans, Kasten, Nationalitäten oder Religionen empfinden. Eine für beide Seiten vorteilhafte wirtschaftliche Interaktion zwischen selbstsüchtigen Individuen fördert die Toleranz – zumindest indem sie die Aufmerksamkeit von den Unterschieden ablenkt, die die Menschen nur schwer tolerieren können. Dieser Punkt, wie Handelsbeziehungen einen toleranten Kosmopolitismus fördern, wurde natürlich am berühmtesten in Voltaires Beschreibung der Londoner Börse wiedergegeben:

... Besuche die Börse von London, diesem Ort, der respektabler ist als mancher Hof und du wirst dort Vertreter aller Nationen sehen, die zum Nutzen der Menschheit versammelt sind. Dort gehen der Jude, der Mohammedaner und der Christ miteinander um, als ob sie dieselbe Religion wären und bezeichnen nur diejenigen als Ungläubige, die bankrottgehen.

– Eric Mack, Ph.D., „In Defense of Individualism“,
in *Ethical Theory and Moral Practice* (1999).

Die direkte Anwendung von physischer Gewalt ist eine so schlechte Lösung für das Problem der begrenzten Ressourcen, dass sie üblicherweise nur von kleinen Kindern und großen Nationen angewendet wird ... Zusammenarbeit findet entweder statt, wenn mehrere Individuen erkennen, dass sie ein gemeinsames Ziel leichter gemeinsam als einzeln erreichen können, oder wenn sie feststellen, dass sie ihre unterschiedlichen Ziele leichter erreichen können, indem sie durch Handel kooperieren, wobei jeder dem anderen hilft, sein Ziel zu erreichen, wenn dieser ihm im Gegenzug hilft, sein Ziel zu erreichen.

– David D. Friedman, Ph.D.,
The Machinery of Freedom: Guide to a Radical Capitalism
(1973 [2015], CreateSpace Independent Publishing Platform), S. 4.

Der Kapitalismus ist im Wesentlichen ein System der Massenproduktion zur Befriedigung der Bedürfnisse der Massen. Er gießt das Füllhorn des Überflusses über den einfachen Menschen aus. Er hat den durchschnittli-

chen Lebensstandard auf ein Niveau gehoben, von dem man in früheren Zeiten nicht einmal zu träumen wagte. Er hat Millionen von Menschen Annehmlichkeiten zugänglich gemacht, die noch vor wenigen Generationen nur einer kleinen Elite vorbehalten waren.

– Ludwig von Mises, Ph.D., *The Anti-Capitalist Mentality* (1956 [2008], Mises Institute), S. 49.

Die Religion der „Autorität“ basiert auf der Illusion und der Unwahrheit, dass die einen Herren sind, die willkürliche Diktate erlassen können, die nicht auf Moral basieren und mit Gewalt durchgesetzt werden, während die anderen Sklaven sind, die die moralische Verpflichtung haben, den willkürlichen Diktaten der Herren zu gehorchen ... Und die größte Manifestation dieser universellen Weltreligion namens „Glaube an Autorität“ ist der „Staat“.

– Mark Passio, Gründer von WhatOnEarthIsHappening.com.

Die schmerzhafteste Wahrheit: Der Befehlsausführende trägt immer MEHR moralische Schuld als der Befehlsgeber, weil der Befehlsempfänger derjenige ist, der die Handlung tatsächlich ausgeführt hat und durch diese Handlung den daraus resultierenden Schaden in die physische Manifestation gebracht hat.

– Mark Passio.

„Warum sind wir es anderen schuldig, sie nicht anzugreifen“, würde ich folgendermaßen antworten: Weil wir als Einzelne andere Personen respektvoll behandeln sollten, d. h. als Zweck an sich und nicht nur als Mittel zum Zweck ... Nicht-Aggression ist eine Implikation der Verpflichtung, Personen respektvoll zu behandeln, als Ziele in sich selbst und nicht nur als Mittel ... Long kommt zu dem Schluss: „Ein wahrhaft menschliches Leben wird also ein Leben sein, das von Vernunft und intelligenter Zusammenarbeit geprägt ist.“

– Sheldon Richman, *What Social Animals Owe to Each Other* (2020, Libertarian Institute).

Es gibt mehrere Möglichkeiten zu beweisen, dass eine Regierung unmöglich legitim sein kann – sie war es nie und wird es auch nie sein. Zum Beispiel können Menschen offensichtlich keine Rechte delegieren, die sie selbst NICHT haben. Wenn du selbst nicht das Recht hast, deinen Nachbarn zu berauben, dann kannst du ein solches Recht auch nicht an einen

Beamten übertragen und das kann auch niemand anderes. Keine Wahl, keine Verfassung, kein politischer Prozess kann Raub und Erpressung moralisch und anständig machen, auch wenn Politiker zuerst einen Haufen komplizierter pseudoreligiöser Rituale vollziehen und den Raub als „Gesetz“ und „Besteuerung“ bezeichnen.

– Larken Rose, Autor von *The Most Dangerous Superstition*.

Wenn man erst einmal das Prinzip der Regierung akzeptiert, nämlich dass es ein Justizmonopol und die Befugnis zur Besteuerung geben muss, wenn man dieses Prinzip fälschlicherweise als gerechtes Prinzip akzeptiert, dann wird jede Idee oder jeder Gedanke zur Beschränkung oder Begrenzung der Regierungsmacht und zum Schutz der individuellen Freiheit und des Eigentums illusorisch. Vielmehr wird unter monopolistischen Vorzeichen der Preis für Recht und Schutz ständig steigen und die Qualität von Recht und Schutz ständig sinken. Eine steuerfinanzierte Schutzbehörde ist ein Widerspruch in sich. Das heißt, er ist ein enteignender Eigentumsschützer.

– Hans-Hermann Hoppe, Ph.D., *Economy, Society, and History* (2021, Mises Institut), S. 174.

Eine Sache, die die Menschen beim Wettbewerb auf dem Markt übersehen, ist der Wettbewerb zur Zusammenarbeit. Die Landschaftsbaufirmen, die in meiner Nachbarschaft werben, konkurrieren natürlich miteinander. Aber sie konkurrieren um die Möglichkeit, zu kooperieren – um für beide Seiten vorteilhafte, wechselseitige Geschäfte mit Menschen in meiner Nachbarschaft zu machen. Es ist ein Wettbewerb, der entscheidet, wer anderen dienen darf.

– Jason Brennan, Ph.D., *Why It's Okay to Want to Be Rich* (2021, Routledge), S. 86.

Wenn es eine allgemein anerkannte Wahrheit in der politischen Ökonomie gibt, dann ist es diese: Dass es in allen Fällen, bei allen Gütern, die der Befriedigung der materiellen oder immateriellen Bedürfnisse des Verbrauchers dienen, im besten Interesse des Verbrauchers ist, dass Arbeit und Handel frei bleiben, weil die Freiheit der Arbeit und des Handels als notwendiges und dauerhaftes Ergebnis die maximale Senkung des Preises hat. Und dies: Dass die Interessen des Verbrauchers einer Ware, gleich welcher Art, immer Vorrang vor den Interessen des Produzenten haben müssen. Folgt man nun diesen Grundsätzen, so kommt man zu dieser strengen

ZITATE

Schlussfolgerung: Die Produktion von Wertpapieren muss im Interesse der Verbraucher dieses immateriellen Gutes dem Gesetz des freien Wettbewerbs unterworfen bleiben. Daraus folgt: Keine Regierung sollte das Recht haben, eine andere Regierung daran zu hindern, mit ihr in Wettbewerb zu treten oder von den Verbrauchern von Sicherheit zu verlangen, dass sie sich für diese Ware ausschließlich an sie wenden.

– Gustav de Molinari, *The Production of Security* (1849 [2009], Mises Institute), S. 23.

Wir sind nicht gegen die Kriege des Staates, weil sie kontraproduktiv wären oder die Kräfte des Staates überfordern würden. Wir lehnen sie ab, weil Massenmord, der auf Lügen beruht, niemals moralisch akzeptabel sein kann.

– Llewellyn H. Rockwell, Jr.

Einen Menschen zu töten, bedeutet, sich eines Kapitalverbrechens schuldig zu machen, zehn Menschen zu töten, bedeutet, die Schuld um das Zehnfache zu vergrößern, hundert Menschen zu töten, bedeutet, sie um das Hundertfache zu vergrößern. Das erkennen die Herrscher der Welt alle an und doch loben sie es, wenn es um das größte Verbrechen geht – einen Krieg gegen einen anderen Staat zu führen! ... Wenn ein Mensch, der etwas Schwarzes sieht, sagen würde, es sei schwarz, aber wenn er viel Schwarzes sieht, sagen würde, es sei weiß, dann wäre klar, dass ein solcher Mensch Schwarz und Weiß nicht unterscheiden kann ... So können diejenigen, die ein kleines Verbrechen als solches erkennen, aber die Schlechtigkeit des größten aller Verbrechen nicht erkennen, nicht zwischen richtig und falsch unterscheiden ...

– Mozi (470-391 v. Chr.), *Condemnation of Offensive War I*, Buch V.

... Das gibt es nicht: „objektive Nachrichten“. ... Wenn ich oder du uns entscheiden, eine Geschichte zu schreiben, dann tun wir das aus einem bestimmten Grund. Es gibt fast unendlich viele Geschichten, die man zu jedem Zeitpunkt des Tages erschaffen könnte. Und man wählt sie aus, weil sie einem bestimmten Ziel dienen.

– Stefan Molyneux, M.A.,
in Mike Cernovichs *Hoaxed: Everything They Told You Is a Lie*
(2018, R.R. Bowker LLC).

So etwas wie Waffenkontrolle gibt es nicht. Es gibt nur die Zentralisierung des Waffenbesitzes in den Händen einer kleinen politischen Elite und ihrer Lakaien.

– Stefan Molyneux, M.A.

Gerechtigkeit ist die Achtung der Rechte von Individuen und Vereinigungen.

(1) Das Recht auf Eigentum bezeichnet das Recht, knappe physische Ressourcen – einschließlich des eigenen Körpers – zu erwerben, zu besitzen, zu nutzen und über sie zu verfügen. Die Ressourcen können auf jede Weise genutzt werden, die die Nutzung und den Genuss der Ressourcen anderer Personen nicht physisch beeinträchtigt. Während die meisten Eigentumsrechte frei veräußerbar sind, ist das Recht an der eigenen Person unveräußerlich.

(2) Das Recht auf Erstbesitz besagt, dass Eigentumsrechte an fremden Ressourcen dadurch erworben werden, dass man als Erster die Kontrolle über sie erlangt.

(3) Das Recht auf Vertragsfreiheit besagt, dass die Zustimmung des Rechtsinhabers sowohl notwendig (Vertragsfreiheit) als auch hinreichend (Vertragsfreiheit) ist, um veräußerliche Eigentumsrechte zu übertragen.

– Randy Barnett, J.D., *The Structure of Liberty: Justice and the Rule of Law* (1998 [2014] Oxford University Press), S. 83.

Die Unwahrheit ist eine anerkannte und äußerst nützliche Waffe in der Kriegsführung und jedes Land setzt sie ganz bewusst ein, um die eigene Bevölkerung zu täuschen, Neutrale auf ihre Seite zu ziehen und den Feind in die Irre zu führen. Die unwissenden und unschuldigen Massen in jedem Land sind sich zu dem Zeitpunkt nicht bewusst, dass sie in die Irre geführt werden und wenn alles vorbei ist, werden nur hier und da die Unwahrheiten entdeckt und aufgedeckt ... Die Behörden in jedem Land greifen zu dieser Praxis und müssen dies auch tun, um erstens sich selbst zu rechtfertigen, indem sie den Feind als einen eindeutigen Verbrecher darstellen und zweitens, um die Stimmung im Volk so lange aufzuheizen, bis es Rekruten für die Fortsetzung des Kampfes entsendet ... Die Menschen dürfen niemals mutlos werden, deshalb müssen Siege übertrieben und Niederlagen, wenn nicht verheimlicht, so doch zumindest minimiert werden und die Stimulanz der Empörung, des Entsetzens und des Hasses muss durch „Propaganda“ eifrig und kontinuierlich in die öffentliche Meinung gepumpt werden ... Die Öffentlichkeit kann durch Scheinideale emotional

ZITATE

aufgeputscht werden. Eine Art kollektive Hysterie breitet sich aus und nimmt zu, bis sie schließlich auch nüchterne Menschen und seriöse Zeitungen übermannt.

– Arthur Ponsonby, *Falsehood in War-time*
(1928, Unwin Brothers Ltd.), S. 13-14.

Protektionismus ist eine falsche Bezeichnung. Die einzigen, die durch Zölle, Quoten und Handelsbeschränkungen protegiert werden, sind diejenigen, die unwirtschaftliche und verschwenderische Aktivitäten betreiben. Der freie Handel ist die einzige Philosophie, die mit internationalem Frieden und Wohlstand vereinbar ist.

– Walter Block, Ph.D.

Sobald man irgendein Recht auf Sezession zulässt, gibt es keinen logischen Haltepunkt außer dem Recht auf individuelle Sezession, was logischerweise Anarchismus bedeutet, denn dann können sich Individuen abspalten und ihre eigenen Verteidigungsorganisationen unterstützen und der Staat ist zerfallen.

– Murray N. Rothbard, Ph.D., *The Ethics of Liberty*
(1982 [2016], New York University Press), S. 182.

Vor dem Kapitalismus erwarben die Menschen großen Reichtum, indem sie ihre Mitmenschen ausplünderten, ausraubten und versklavten. Der Kapitalismus machte es möglich, reich zu werden, indem man seinen Mitmenschen diente.

– Walter E. Williams, Ph.D., „I Love Greed“,
(Jan. 2012, Creators.com).

Jede Gewaltanwendung ist eine Verletzung der Rechte eines anderen, ob sie nun von einer Einzelperson oder vom Staat zum Nutzen einer Einzelperson oder einer Gruppe von Einzelpersonen ausgeht.

– Kongressabgeordneter Ron Paul.

Ist es wirklich eine Überraschung, dass alles im Leben immer hyperpolitischer wird, je größer und größer die Regierung wird?

Wenn man darüber nachdenkt, gibt es so tiefgreifende Unterschiede zwischen den Menschen ... Du sitzt in diesem Moment im Publikum und ... ein Christ sitzt neben einem Atheisten, der tiefgreifende Unterschiede im Glauben hat: Der eine glaubt, dass sein Nachbar für immer in der Hölle

brennen wird und der Atheist sieht zu dir herüber und glaubt, du hättest Wahnvorstellungen.

Aber es geht dir gut. Du ziehst zum Beispiel nicht in den Krieg, weil er von der Politik getrennt ist. Wenn es morgen eine Abstimmung darüber gäbe, ob die Regierung christlich oder atheistisch ist, würden diese Leute in den Krieg ziehen, weil sie sich darum streiten, wer über dich herrschen soll und so ist das Problem mit all dem, mit Comedy und mit allem anderen im Internet – es ist nicht so, dass wir Differenzen haben. Es ist, dass wir politische Differenzen haben. Politik ist Gift und deshalb sollte man den Staat verkleinern ...

– Dave Smith, Moderator des Podcasts „Part of the Problem“, bei einer Podiumsdiskussion auf dem FreedomFest in Rapid City, SD am 22. Juli 2021.

Die Regierung sollte niemals etwas tun dürfen, was wir nicht selbst tun dürfen.

– Kongressabgeordneter Ron Paul.

... Wenn wir wirklich frei sind, bedeutet das nicht, dass das Böse aus der Welt verschwunden ist. Tatsächlich ist eine staatenlose Gesellschaft eine Anerkennung der Tatsache, dass es das Böse gibt und der erste Ort, an den sich Bösewichte wenden, ist der Staat, um Kontrolle über den Staat zu erlangen.

... Im Falle, dass die Menschen alle gut sind, brauchen wir keinen Staat. Wenn die Menschen alle böse sind, können wir uns den Staat nicht leisten. Wenn die Menschen größtenteils böse und nur teilweise gut sind, dann wählen die größtenteils bösen Menschen demokratisch eine Politik, die die guten Menschen überwältigt und unterdrückt. Wenn die Menschen mehrheitlich gut und nur ein wenig böse sind, was ich glaube, dann werden die guten Menschen zum Steuervieh, das von den bösen Menschen kontrolliert wird, die es zum Staat hinzieht, um die Kontrolle über die guten Menschen zu erlangen. Es gibt kein Szenario einer Mischung aus Gut und Böse, das die Existenz des Staates rechtfertigt. Der Staat ist ein riesiger Magnet für Monster in Menschengestalt.

– Stefan Molyneux, M.A.

Hier ist der Unterschied: Im Kapitalismus haben die Menschen ihr Leben riskiert, um ihre Hunde zu retten. Im Sozialismus töten die Menschen ihre Hunde, um ihr eigenes Leben zu retten ... deshalb riskieren die Menschen ihr Leben, um in die Vereinigten Staaten von Amerika auszuwandern.

Und deshalb haben Menschen ihr Leben riskiert, um aus Venezuela, Nordkorea und Kuba auszuwandern.

– Johan Norberg, „Lesson from Sweden“
(2018, The Fund for American Studies).

Die Hälfte des Schadens, der in dieser Welt angerichtet wird, geht auf das Konto von Menschen, die sich wichtig fühlen wollen. Sie wollen keinen Schaden anrichten – aber der Schaden interessiert sie nicht. Oder sie sehen ihn nicht, oder sie rechtfertigen ihn, weil sie in den endlosen Kampf vertieft sind, gut von sich selbst zu denken.

– T.S. Eliot, *The Cocktail Party* (1950 [1974], Faber and Faber), S. 111.

Ich glaube nicht, dass die Menschen verstehen, wie stark veraltet und daher überbeuert „Bildung“ in diesem Land (und eigentlich überall) ist.

Wäre dies nicht die am stärksten vom Staat subventionierte Branche, würde das, was wir traditionell als K-12 oder Hochschulbildung verstehen, vollständig abgeschafft werden. Im Moment ist es nur traditioneller Schwachsinn, der durch den Steuerzahler gestützt wird und nicht wie ein echter Markt funktioniert. Aus diesem Grund sind die Kosten/Ausgaben für diese „Bildung“ so hoch wie nie zuvor, obwohl der Zugang zu Informationen und Kommunikation so einfach ist. Würde man zum Beispiel das Bildungsministerium abschaffen und gleichzeitig die staatlichen Zuschüsse und Darlehen streichen, würde sich die gesamte „Bildungsindustrie“ in einer Weise verändern, die man nicht einmal persönlich wahrnehmen kann.

– Eric July, Gastgeber von „For Canon Sake“.

Man darf auch nicht vergessen, dass die Menschen, wenn sie nicht auf sich selbst gestellt sind, nicht wissen, was für sie möglich ist und was nicht. Wenn die Regierung vor einem halben Jahrhundert uns alle mit Abendessen und Frühstück versorgt hätte, würden unsere Redner heute die Unmöglichkeit unterstellen, dass wir uns selbst versorgen können.

– Auberon Herbert, „State Education: A Help or Hindrance“ (1880).

Was wir Voluntaristen glauben: Der Selbsteigentümer ist Eigentümer seines eigenen Geistes und Körpers und seines Eigentums ... Kein friedlicher Mensch kann der Kontrolle anderer unterworfen werden, es sei denn, er stimmt selbst zu ... Die moralischen Rechte eines beauftragten Organs,

z. B. einer Regierung, können niemals größer sein als die moralischen Rechte der Einzelpersonen, die ihr ihre Macht übertragen haben. Gewalt kann nur zu Verteidigungszwecken eingesetzt werden (ob von einer Einzelperson oder einer Regierung macht keinen Unterschied) – niemals zu aggressiven Zwecken.

– Auberon Herbert, „The Principles of Voluntariyism und Free Life“ (1885).

Wir Voluntaristen glauben, dass kein echter Fortschritt gemacht werden kann, solange wir nicht offen die große Wahrheit anerkennen, dass jedes Individuum, das innerhalb der Sphäre seiner eigenen Rechte lebt, als Selbsteigentümer und nicht selbst zuerst andere angegriffen hat, indem es Gewalt oder Betrug in seinem Umgang mit ihnen anwandte (und sich so selbst seiner eigenen Rechte auf Selbsteigentum beraubte, indem es dieselben Rechte anderer angriff), der einzige wahre Eigentümer seiner eigenen Fähigkeiten und seines eigenen Eigentums ist ... Denn die freien Länder haben schon vor vielen Jahren bekräftigt, dass ein obligatorischer Kirchenzins unmoralisch und bedrückend ist, um der Belastung des individuellen Gewissens willen und indem sie diese Wahrheit bekräftigten, haben sie unbewusst die umfassendere Wahrheit bekräftigt, dass jede Steuer oder jeder Zoll, der einer unwilligen Person gewaltsam abverlangt wird, unmoralisch und bedrückend ist. Das menschliche Gewissen kennt keinen Unterschied zwischen Kirchensteuern und anderen Zwangsabgaben und Steuern. Die Sünde liegt in der Missachtung der gegenseitigen Überzeugungen und wird nicht durch den Gegenstand der Steuer beeinflusst.

– Auberon Herbert, „The Principles of Voluntariyism und Free Life“ (1885).

Es gibt ein einziges Prinzip, auf dem man eine wahre, rechtmäßige, dauerhafte und fortschrittliche Zivilisation aufbauen kann, die allen unterschiedlichen Gruppen und Sekten, in die wir geteilt sind, Frieden und Freundlichkeit und Zufriedenheit geben kann – und dieses Prinzip ist, dass jeder Mann und jede Frau von uns allen heilig und religiös als der einzig wahre Besitzer seiner oder ihrer Fähigkeiten, seines oder ihres Körpers und Geistes und allen Eigentums, ob geerbt oder ehrlich erworben, angesehen werden sollte. Es gibt kein anderes mögliches Fundament – suche es, wo immer du willst –, auf dem du bauen kannst, wenn du ehrlich meinst, diese Welt zu einem Ort des Friedens und der Freundschaft zu machen, wo Fortschritt jeder Art, wie ein voller Fluss, der von seinen vielen Strömen gespeist wird, auf seinem glücklichen, befruchtenden Lauf mit immer

breiterem und tieferem Volumen fließen kann. Verleugnet man diese Selbstverantwortung, diese Selbstbestimmung des Einzelnen, so müssen wir, so gut unsere Absichten auch sein mögen, in einer Welt ohne Rechte früher oder später wie Tiere werden, die sich gegenseitig ausbeuten. Leugnet die Menschenrechte und wie wenig ihr es auch wünschen mögt, ihr werdet euch dabei ertappen, wie ihr unterwürfig zu Füßen des Gottes der alten Welt, der Macht, kniet – des grimmigsten und hässlichsten aller Götter, die sich die Menschen je aus den Begierden ihrer Herzen geschaffen haben. Ihr werdet euch dabei ertappen, wie ihr alle anderen Menschen, die sich von euch unterscheiden, hassen und fürchten. Ihr werdet feststellen, dass ihr durch das Gesetz des Konflikts, in den ihr euch gestürzt habt, gezwungen seid, alle Mittel anzuwenden, um sie zu vernichten, bevor sie euch vernichten können. Ihr werdet feststellen, dass ihr von Tag zu Tag skrupelloser und unduldsamer werdet, dass ihr durch die Angst vor euren Gegnern immer mehr gezwungen werdet, harte und gewalttätige Handlungen zu begehen, von denen ihr einst gesagt hättet: „Ist dein Knecht ein Hund, dass er so etwas tut? Ihr werdet feststellen, dass ihr euch an die Gewalt klammert und sie als die einzige Form des Schutzes begrüßt, die euch bleibt, wenn ihr die Herrschaft der großen Prinzipien zerstört habt.

– Auberon Herbert, „A Plea for Voluntaryism“ (1908).

Daher meine Beschwerde gegen das Urheberrecht: Es verletzt die natürlichen und gewohnheitsrechtlichen Rechte, die wir ansonsten genießen würden, um unsere Stimmen, Stifte und Pressen frei zu nutzen.

– Tom W. Bell, J.D.,
Intellectual Privilege: Copyright, Common Law, and the Common Good
(2014, Mercatus Center at George Mason University), S. 2.

Findest du es gut, Auswahl zu haben, wenn du eine neue Bank, eine Reinigung oder einen Tierarzt suchst? Natürlich tust du das. Schließlich willst du die Dienstleistung finden, die deine speziellen Anforderungen am besten erfüllt und du weißt, dass Banken, Reinigungsfirmen und Tierärzte, die miteinander konkurrieren müssen, einen starken Anreiz haben, dich zufriedenzustellen. Ein Monopol hingegen kann seine Kunden als selbstverständlich betrachten. Mit dem polyzentrischen Recht wird diese Beobachtung einfach von kommerziellen Dienstleistungen auf staatliche Dienstleistungen ausgedehnt. So wie der Wettbewerb das Leben derjenigen verbessert, die Bank-, Reinigungs- und Haustierpflegedienste in An-

spruch nehmen, kann er auch denjenigen zugutekommen, die ein faires und effizientes Rechtssystem suchen. Wettbewerb hilft Verbrauchern und Bürgern gleichermaßen.

– Tom W. Bell, J.D. „What is Polycentric Law?“
(2014, Stiftung für ökonomische Bildung).

Hobbes hatte Unrecht – in zweierlei Hinsicht. Der Einzelne hat den Schutz seines Eigentums und die soziale Zusammenarbeit auch ohne die Regierung sichergestellt und tut dies immer noch. Darüber hinaus hat sich die Regierung in weiten Teilen der Welt als der größte Verletzer von Eigentumsrechten, als Schürer von Konflikten und als Anstifter von Chaos erwiesen, anstatt ein harmloses Gegenmittel für anarchische Leiden zu sein. Regeln – soziale Regeln, die das Eigentum des Einzelnen schützen und Institutionen zu deren Durchsetzung – erfordern keine Regierung, die nur ein Mittel zur Bereitstellung von Herrschaft ist. Hobbes hat die Möglichkeit der Selbstverwaltung übersehen: privat geschaffene soziale Regeln und Institutionen zu ihrer Durchsetzung. Er unterschätzte auch die Möglichkeit wirklich schrecklicher Regierungen.

– Peter T. Leeson, Ph.D.,
Anarchy Unbound: Why Self Governance Works Better Than You Think
(2014, Cambridge University Press), S. 1.

Sie denken, dass „Hey du, vergiss nicht, dass wir in einer Gesellschaft leben“ ein gutes Gegenargument sei ... Natürlich wissen wir, dass wir in einer Gesellschaft leben. Deshalb sind wir gegen den Staat, weil der Staat die normalen, gesunden Interaktionen der Menschen, die die Gesellschaft ausmachen, stört. Weil der Staat von Natur aus die Gesellschaft gegen sich selbst ausspielt ... jetzt werden wir gegeneinander ausgespielt, weil einige Leute Masken tragen und andere nicht. Und jetzt schreien wir: „Ihr hört nicht auf die Wissenschaft!“ Das wäre nicht passiert, wenn das nicht politisiert worden wäre. Oder sie sagen: „Diese Gruppe bekommt eine besondere Subvention und diese Industrie bekommt dies“ und jetzt werden wir deswegen gegeneinander ausgespielt ... Wir sind also gegen den Staat, weil wir die Gesellschaft mögen – wir mögen den Frieden und das normale menschliche Miteinander – und nicht, weil wir gegen die Gesellschaft sind. Natürlich wollen diese Idioten, dass die Gesellschaft mit dem Staat verwechselt wird, weil der Staat die Lorbeeren für all die guten Dinge ernten soll, die wir in der Gesellschaft haben, aber ich weigere mich, ihnen diese Lorbeeren zu geben. Der Staat ist ein Parasit, der erst später auftaucht. Die

ZITATE

Gesellschaft besteht aus all den guten Dingen, die wir spontan tun und der Staat erntet die Lorbeeren dafür und dann wird uns gesagt, wenn wir gegen den Staat sind, sind wir gegen die Gesellschaft!

– Thomas E. Woods, Jr., Ph.D. über „Kibbe on Liberty“ mit Matt Kibbe.

Das Christentum mit seiner Lehre der Demut, der Vergebung und der Liebe, ist unvereinbar mit dem Staat, mit seinem Hochmut, seiner Gewalt, seinen Strafen und seinen Kriegen.

– Leo Tolstoi, christlicher Anarchist und Pazifist.

Ich habe nie verstanden, wie eine Religion, deren Kern darin besteht, dass Gott die Liebe ist und dass wir unseren Nächsten lieben sollen, wie uns selbst, zu Kriegen führen kann, die absolut ungerechtfertigt und in Bezug auf die Offenbarung Jesu inakzeptabel sind.

– Jacques Ellul, französischer Philosoph und christlicher Anarchist.

Die Logik des Marktes beruht auf der allgegenwärtigen und glorreichen Ungleichheit der Menschen. Keine zwei Menschen haben die gleiche Werteskala, die gleichen Talente oder Ambitionen. Diese radikale Ungleichheit und die Freiheit, unser Schicksal selbst zu bestimmen, machen Arbeitsteilung und Austausch möglich. Mit Hilfe von Geld und Verträgen ermöglichen uns die Märkte, Differenzen zu unserem gegenseitigen Vorteil auszugleichen. Das Ergebnis – und das ist der Grund, warum die Menschen den Markt als Wunder bezeichnen – ist ein riesiges, produktives System der internationalen Zusammenarbeit, das eine unvorstellbar große Bandbreite menschlicher Bedürfnisse befriedigt und für jeden eine besondere Rolle bei der Schaffung von Wohlstand vorsieht.

– Llewellyn H. Rockwell, Jr., *The Left, the Right, and the State* (2008, Mises Institute), S. 69.

Der Staat existiert außerhalb der Matrix des Austauschs. Es gibt keine Marktpreise für die Waren und Dienstleistungen, die er zu produzieren versucht. Die Einnahmen, die er erhält, sind keine Belohnung für soziale Dienste, sondern Geld, das der Öffentlichkeit mit Gewalt entzogen wird. Es wird nicht mit Blick auf die Rentabilität der Investitionen ausgegeben. Infolgedessen hat der Staat keine Möglichkeit, seine eigenen Gewinne und Verluste zu berechnen. Die Unfähigkeit, mit wirtschaftlicher Rationalität

zu kalkulieren, ist der Untergang der Staaten überall. Ihre Entscheidungen sind letztlich wirtschaftlich willkürlich und politisch motiviert.

– Llewellyn H. Rockwell, Jr., *The Left, the Right, and the State* (2008, Mises Institute), S. 64-65.

Dauerhafter Wohlstand kann nur durch ein System erreicht werden, das es den Menschen erlaubt, zu ihrem gegenseitigen Vorteil zu kooperieren, in einem Umfeld der Freiheit Innovationen zu erzeugen und zu investieren, Gewinne als Privateigentum zu behalten und von Generation zu Generation zu sparen, ohne Angst haben zu müssen, dass ihr Vermögen durch Besteuerung und Inflation geplündert wird. Die menschliche Anstrengung im Rahmen einer Marktwirtschaft: Dies ist die Quelle des Reichtums. Dies ist das Mittel, mit dem eine wachsende Bevölkerung ernährt, gekleidet und untergebracht wird. Dies ist die Methode, mit der selbst das ärmste Land reich werden kann.

– Llewellyn H. Rockwell, Jr., *The Left, the Right, and the State* (2008, Mises Institute), S. 53.

Was all diese moralischen Kreuzzüge gemeinsam haben, ist die moralische Überhöhung der Gesalbten über andere, deren sehr unterschiedliche Ansichten durch die Ansichten der Gesalbten, die durch die Macht der Regierung durchgesetzt werden, zunichtegemacht und ersetzt werden sollen. Trotz der großen Vielfalt an Themen in einer Reihe von Kreuzzugsbewegungen der Intelligenz während des zwanzigsten Jahrhunderts waren einige Schlüsselemente den meisten von ihnen gemeinsam:

Die Behauptung einer großen Gefahr für die gesamte Gesellschaft, einer Gefahr, der sich die Masse der Menschen nicht bewusst ist.

Ein dringender Handlungsbedarf, um die drohende Katastrophe abzuwenden.

Die Notwendigkeit für die Regierung, das gefährliche Verhalten der Vielen drastisch einzuschränken, als Reaktion auf die vorausschauenden Schlussfolgerungen der Wenigen.

Eine verächtliche Ablehnung von Gegenargumenten als entweder uninformiert, unverantwortlich oder von unwürdigen Absichten motiviert.

– Thomas Sowell, Ph.D.,
The Vision of the Anointed: Self-Congratulations as a Basis for Social Policy (1995, Basic Books), S. 5.

Die Schlacht ist gewonnen, wenn der Durchschnittsamerikaner einen Medienkonzern-Journalisten genauso betrachtet wie einen Tabakkonzernmanager.

– Michael Malice,
Autor von *Dear Reader: The Unauthorized Biography of Kim Jong Il*.

„Autorität“ kann als das *Recht zu herrschen* zusammengefasst werden ...
Mach die Dinge nicht kompliziert. Führe keine Checkliste mit verschiedenen Dingen, die der Etatist glauben soll und denen er zustimmen soll. Hilfe ihm, den Glauben an die „Autorität“ aufzugeben und mit der Zeit wird er die meisten anderen wichtigen Dinge übernehmen.

– Larken Rose, Seminar „Candles in the Dark“ (2017).

Selbst wenn wir nicht erleben, dass unsere Ideen zu Lebzeiten triumphieren, werden wir wissen und ewig stolz darauf sein, dass wir alles gegeben haben und dass wir das getan haben, was jeder anständige und ehrliche Mensch tun musste.

– Hans-Hermann Hoppe, Ph.D.

Wäre es notwendig, dass eine Mehrheit die libertäre Philosophie versteht, wäre die Sache der Freiheit völlig hoffnungslos. Jede bedeutende Bewegung in der Geschichte wurde von einem oder wenigen Individuen mit einer kleinen Minderheit von energischen Anhängern angeführt.

– Leonard E. Read, „How to Advance Liberty“,
aus einer Vorlesung vom 10. März 1965.

Die Gesetzgebung für spezielle Interessensgruppen liegt in der Natur des Staates. Auf dem freien Markt, dem Netzwerk des freiwilligen Austauschs, basiert jede Aktivität auf der individuellen Freiheit und führt zu Ergebnissen, die für beide Seiten vorteilhaft sind. Der wettbewerbsorientierte Gewinn- und Verlustmechanismus bietet dem Einzelnen einen Anreiz, Waren und Dienstleistungen zu produzieren, die von den Verbrauchern nachgefragt werden. Dem Staat, dem legitimen Machtmonopol, fehlt dieser Mechanismus jedoch und er produziert Ergebnisse, die der Gesellschaft schaden. Die Anreizstruktur ist anders: Im Gegensatz zur unsichtbaren Hand des Marktes werden die Individuen, die die sichtbare Zwangshand kontrollieren, ermutigt, Gesetze zu erlassen, die ihnen selbst auf Kosten anderer zugutekommen. Je stärker der Staat ist, desto lukrativer sind

die Belohnungen. Wer den Staatsapparat kontrolliert, kontrolliert die Hebel der Vetternwirtschaft.

– Patrick Newman, Ph.D., *Cronyism: Liberty vs. Power in America, 1607-1849* (2021, Mises Institute), S. 13.

Die Argumente gegen den Anarchismus unterliegen einer starken *reductio ad absurdum*. Wenn die USA notwendig sind, um Smith und Jones davon abzuhalten, sich gegenseitig zu verletzen, was ist dann mit den Regierungen selbst? Müssen sie nicht voneinander ferngehalten werden? Gegenwärtig befinden sich Albanien und Argentinien in einem Zustand der Anarchie miteinander. Das heißt, es gibt keine Weltregierung, die als Schiedsrichter zwischen ihnen fungiert. Die gleiche Situation gilt für Bolivien und Burundi, für Kanada und Chile, für Dänemark und die Dominikanische Republik, für Ägypten und Ecuador, für Frankreich und Finnland, für Griechenland und Ghana, für Haiti und Ungarn, für Irland und Israel, für Japan und Jamaika, für Korea und Kenia, für Luxemburg und Liberia, für Mexiko und Marokko, für die Niederlande und Neuseeland ...

– Walter Block, Ph.D., *Defending the Undefendable III* (2021, Springer Nature), S. ix.

Wir sollten das Ergebnis eines Ereignisses oder einer Politik mit einer alternativen Zeitachse vergleichen, in der dieses Ereignis nie stattgefunden hat oder diese Politik nie eingeführt wurde. Wir sollten nicht nur das Vorher und Nachher vergleichen. Diese alternative Zeitachse, das „was gewesen wäre“, wird als kontrafaktisch bezeichnet. In der Wirtschaftswissenschaft geht es um kontrafaktische Szenarien, denn alles dreht sich um Entscheidungen. Eine Wahl ist die Entscheidung für eine bestimmte Handlungsweise gegenüber allen anderen. Die nächstbeste Handlungsmöglichkeit ist die kontrafaktische (und der Wert dieser nächstbesten Handlungsmöglichkeit wird als Opportunitätskosten der Wahl bezeichnet) ... Außerdem schaffen Steuern und Inflation keine neuen Ressourcen – sie erhöhen nur die Menge unserer Ressourcen, die nach den Präferenzen von Politikern und Bürokraten verbraucht werden.

– Jonathan Newman, Ph.D., *The Broken Window* (2021).

Der „private Sektor“ der Wirtschaft ist in Wirklichkeit der freiwillige Sektor und ... der „öffentliche Sektor“ ist in Wirklichkeit der Zwangssektor. Der freiwillige Sektor besteht aus Gütern und Dienstleistungen, für die die

Menschen freiwillig das Geld ausgeben, das sie verdient haben. Der Zwangssektor besteht aus den Gütern und Dienstleistungen, die ohne Rücksicht auf die Wünsche des Einzelnen aus den Steuern bereitgestellt werden, die von ihm beschlagnahmt werden.

– Henry Hazlitt, Journalist und Autor von *Economics in One Lesson*.

Freie Assoziation ... die einzig wahre Form der Gesellschaft.

– Pierre-Joseph Proudhon, Begründer der mutualistischen Philosophie.

Eine demokratische Abstimmung ist so, als ob der Kapitän eines Schiffes alle Passagiere über den besten Kurs durch einen aufkommenden Sturm befragen müsste.

– The School of Life, *Philosophy in 40 ideas* (2020), S. 13.

Es ist absurd zu glauben, dass eine Behörde, die ohne Zustimmung Steuern erheben kann, das Eigentum schützen kann. Ebenso absurd ist es, zu glauben, dass eine Behörde mit Gesetzgebungsbefugnissen Recht und Ordnung bewahren kann.

– Hans-Hermann Hoppe, Ph.D., *Democracy: The God That Failed* (2001 [2017] Routledge), S. 279.

Für viele Menschen werden auch heute noch hohe Gewinne oft auf hohe Preise zurückgeführt, die von denjenigen verlangt werden, die aus „Gier“ handeln. In Wirklichkeit sind die meisten großen Vermögen in der amerikanischen Geschichte darauf zurückzuführen, dass jemand herausgefunden hat, wie man die Kosten senken kann, um niedrigere Preise zu verlangen und so einen Massenmarkt für das Produkt zu gewinnen. Henry Ford gelang dies mit Automobilen, Rockefeller mit Öl, Carnegie mit Stahl und Sears, Penney, Walton und andere Gründer von Kaufhausketten mit einer Vielzahl von Produkten. Eine Supermarktkette kann in einer kapitalistischen Wirtschaft sehr erfolgreich sein, wenn sie Preise verlangt, die einen klaren Gewinn von etwa einem Penny pro Dollar Umsatz ermöglichen.

– Thomas Sowell, Ph.D., *Basic Economics* (2015, Basic Books), S. 165.

Der Mensch hat eigentlich nur zwei Organisationsprinzipien, oder? Entweder wir kooperieren miteinander und das ist genau das, wonach es sich anhört – wir alle finden einen Weg, um uns Tag für Tag durchs Leben zu

schlagen oder wir nutzen die Macht der Regierung, um uns gegenseitig zu zwingen.

– James R. Harrigan, Ph.D., Autor von *Cooperation and Coercion: How Busybodies Became Busybullies and What That Means for Economics and Politics*.

Krieg zerstört nicht nur das Leben und die Gliedmaßen der Soldaten, sondern verkürzt und verschlechtert durch den fortschreitenden Verzehr des angesammelten Kapitalstocks der kriegführenden Nationen schließlich auch das Leben und lässt die Gliedmaßen der Zivilbevölkerung schrumpfen. Die enorme Zerstörung des produktiven Wohlstands, die ein Krieg mit sich bringt, würde sofort sichtbar werden, wenn die Regierungen keine andere Möglichkeit hätten, als die Steuern sofort bei Beginn der Feindseligkeiten zu erhöhen. Ihre Fähigkeit, die Geldmenge nach Belieben aufzublähen, erlaubt es ihnen, diese Zerstörung hinter dem Schleier steigender Preise, Gewinne und Löhne, stabiler Zinssätze und eines boomenden Aktienmarktes zu verbergen.

– Joseph Salerno, Ph.D., „War and the Money Machine: Concealing the Costs of War Beneath the Veil of Inflation“ (Aug. 2021, Mises.org).

Carl Menger versuchte, Preise als das Ergebnis zielgerichteter, freiwilliger Interaktionen von Käufern und Verkäufern zu erklären, die sich jeweils von ihren eigenen, subjektiven Bewertungen des Nutzens verschiedener Waren und Dienstleistungen für die Erfüllung ihrer Ziele leiten lassen (was wir heute Grenznutzen nennen, ein Begriff, der später von Friedrich von Wieser geprägt wurde). Der Handel ist also das Ergebnis der bewussten Versuche der Menschen, ihr Wohlergehen zu verbessern und nicht eine angeborene „Neigung zum Laster, zum Tausch und zur Tauscherei“, wie Adam Smith meinte. Die genauen Mengen der ausgetauschten Güter – ihre Preise, mit anderen Worten – werden durch die Werte bestimmt, die die Menschen den Grenzeinheiten dieser Güter beimessen. Bei einem einzigen Käufer und Verkäufer werden Güter so lange getauscht, wie sich die Teilnehmer auf ein Tauschverhältnis einigen können, bei dem jeder besser dasteht als vorher.

– Peter G. Klein, Ph.D., „Menger the Revolutionary“ (Nov. 2021, Mises.org).

In gewissem Sinne ist der Anarchismus nichts anderes als die Erklärung: „Du sprichst nicht für mich.“ Alles andere ist nur die Umsetzung ... die Auslagerung der Lieferung von Sicherheit ist nicht anders als die Auslage-

rung der Lieferung von Lebensmitteln ... Anarchismus ist kein Ort. Anarchismus ist eine Beziehung, in der keiner der Beteiligten Autorität über den anderen hat.

– Michael Malice, *The Anarchist Handbook* (2021), S. 1-2.

Ich nenne dies das Drei-Achsen-Modell der politischen Kommunikation. Ein Progressiver wird entlang der Achse Unterdrücker-Unterdrückte kommunizieren und Themen im Sinne der (P) Dichotomie formulieren. Ein Konservativer wird entlang der Achse Zivilisation-Barbarei kommunizieren und die Themen im Sinne der (C) Dichotomie formulieren. Ein Libertärer wird entlang der Achse Freiheit-Zwang kommunizieren und Fragen im Sinne der (L)-Dichotomie formulieren.

– Arnold Kling, Ph.D.,
The Three Languages of Politics: Talking Across the Political Divides
(2017, Cato Institute), S. 5.

In der Privatwirtschaft müssen Unternehmen freiwillige Kunden gewinnen oder sie gehen pleite. Und wenn sie pleitegehen, verlieren Investoren ihr Geld und Manager und Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz. Die Möglichkeit des Scheiterns ist daher ein starker Anreiz, herauszufinden, was die Kunden wollen und es effizient zu liefern. Aber im staatlichen Sektor werden Misserfolge nicht bestraft, sondern belohnt. Wenn eine Behörde eingerichtet wird, um sich mit einem Problem zu befassen und sich das Problem verschlimmert, wird die Behörde mit mehr Geld und mehr Personal belohnt – denn schließlich ist ihre Aufgabe jetzt größer. Eine Behörde, die Jahr für Jahr versagt, die das Problem nicht nur nicht löst, sondern es sogar verschlimmert, wird mit einem immer höheren Budget belohnt.

– David Boaz, *Liberating Schools: Education in the Inner City*
(1991, Cato Institute).

Vielmehr möchte ich nur die Hauptstrategie beleuchten, die alle Etatisten vom späten Mittelalter bis heute verfolgt haben, um ihre etatistischen Ziele zu erreichen, um so auch (wenn auch nur indirekt) einen Einblick in eine mögliche Gegenstrategie zu gewinnen, die uns aus der gegenwärtigen misslichen Lage herausführen könnte. Natürlich nicht zurück ins Mittelalter, denn seitdem haben sich zu viele dauerhafte und unumkehrbare Veränderungen vollzogen, sowohl in Bezug auf unsere geistigen als auch auf unsere materiellen Bedingungen und Fähigkeiten, sondern zu einer neuen Gesell-

schaft, die sich an den Studien des Mittelalters orientiert und den Hauptgrund für seinen Untergang kennt und versteht.

Die Strategie wurde von der quasi-libertären, staatenlosen mittelalterlichen Ausgangssituation diktiert und bot sich „natürlich“ vor allem für die obersten Ränge der gesellschaftlichen Autorität an, insbesondere für die Feudalkönige. Kurz gesagt läuft es auf folgende Regel hinaus: Anstatt nur *primus inter pares* zu bleiben, muss man zum *solus primus* werden und dazu muss man alle konkurrierenden Autoritäten und Hierarchien sozialer Autorität untergraben, schwächen und schließlich beseitigen. Angefangen auf den höchsten Ebenen der Autorität, bei den unmittelbarsten Konkurrenten und von dort aus bis hinunter zur elementarsten und dezentralsten Ebene der sozialen Autorität, die in den Köpfen der einzelnen Familienhaushalte angelegt ist, muss man (jeder Statist) seine eigene anfängliche Autorität nutzen, um jede einzelne rivalisierende Autorität zu untergraben und ihr das Recht zu nehmen, innerhalb ihres eigenen territorial begrenzten Autoritätsbereichs unabhängig zu urteilen, zu diskriminieren, zu verurteilen und zu bestrafen.

Andere Könige dürfen nicht mehr frei bestimmen, wer ein anderer oder der nächste König ist, wer in den Kreis der Könige aufgenommen oder ausgeschlossen wird oder wer vor dir Recht und Beistand finden darf. Gleiches gilt für alle anderen Ebenen gesellschaftlicher Autorität, für adelige Herren und Vasallen sowie für alle einzelnen lokalen Gemeinschaften, Orden, Verbände und schließlich alle einzelnen Familienhaushalte. Niemand darf die Freiheit haben, autonom seine eigenen Regeln für die Aufnahme und den Ausschluss zu bestimmen. Das heißt, zu bestimmen, wer „dabei“ oder „draußen“ sein soll, welches Verhalten von denjenigen zu erwarten ist, die „dabei“ sind und in gutem Ansehen bleiben wollen und welches Verhalten der Mitglieder stattdessen zu verschiedenen Sanktionen führt, die von Missbilligung, Tadel und Geldstrafen bis hin zu Ausschluss und körperlicher Züchtigung reichen.

Und wie erreicht man dies und zentralisiert und konsolidiert alle Autorität in den Händen eines einzigen territorialen Monopolisten, zunächst eines absoluten Monarchen und später eines demokratischen Staates? Indem man die Unterstützung eines jeden gewinnt, der sich darüber ärgert, nicht in eine bestimmte Gemeinschaft, einen Verein oder einen sozialen Rang aufgenommen oder befördert zu werden, oder aus ihnen ausgeschlossen und „ungerecht“ bestraft zu werden. Gegen diese „ungerechte Diskriminierung“ versprichst du, der Staat oder der Mächtegern-Staat, die ausgeschlossenen „Opfer“ aufzunehmen und ihnen zu einer „fairen“ und

„nicht-diskriminierenden“ Behandlung zu verhelfen – als Gegenleistung für ihre verbindliche Verpflichtung und Zugehörigkeit zu dir. Auf jeder Ebene sozialer Autorität, wann immer und wo immer sich die Gelegenheit bietet, ermutigst und förderst du „abweichendes Verhalten“ und „Abweichler“ und wirbst um deren Unterstützung, um deine eigene Autorität auf Kosten aller anderen zu erweitern und zu stärken.

Die wichtigste Gegenstrategie der *Re-Zivilisierung* muss also die Rückkehr zur „Normalität“ durch Dezentralisierung sein. Der Prozess der territorialen Expansion, der mit der Zentralisierung aller Macht in einer monopolistischen Hand einherging, muss rückgängig gemacht werden. Jede einzelne sezessionistische Tendenz und Bewegung sollte daher unterstützt und gefördert werden, denn mit jeder territorialen Abspaltung vom Zentralstaat entsteht ein weiteres separates und rivalisierendes Zentrum der Autorität und Rechtsprechung. Und dieselbe Tendenz sollte im Rahmen eines jeden neu geschaffenen separaten und unabhängigen Territoriums und Autoritätszentrums gefördert werden. Das heißt, jede freiwillige Mitgliedsorganisation, jeder Verein, Orden, Club oder auch Haushalt innerhalb des neuen Territoriums sollte frei sein, seine eigene Hausordnung, d. h. seine Regeln der Aufnahme, der Sanktionen und des Ausschlusses, selbst zu bestimmen, um so das gegenwärtige staatliche System der erzwungenen territorialen und rechtlichen Integration und Uniformierung sukzessive durch eine natürliche, quasi-organische soziale Ordnung freiwilliger territorialer und rechtlich-gewohnheitsmäßiger Assoziation und Dissoziation zu ersetzen.

Um diese Ordnung zunehmend dezentralisierter Zentren, Ränge und Hierarchien natürlicher sozialer Autorität vor interner Korruption oder externen (fremden) Angriffen zu schützen, sollte jede neu (wieder) entstehende soziale Autorität ermutigt werden, ein möglichst weitreichendes Netzwerk mit ähnlich gelagerten und gleichgesinnten Autoritäten in anderen, „fremden“ Territorien und Jurisdiktionen zum Zwecke der gegenseitigen Unterstützung im Bedarfsfall aufzubauen.

– Hans-Hermann Hoppe, Ph.D., *The Great Fiction*
(2021, Mises Institut), S. 484-486.

Lassen Sie mich erklären, warum ich davon überzeugt bin, dass diese Fragen mit Nein beantwortet werden müssen. Deshalb haben wir allen Grund, optimistisch zu sein. Zunächst einmal ist festzustellen, dass das, was wir vor unseren eigenen Augen sehen – nämlich die Sozialdemokratie und der Wohlfahrtsstaat – selbst Ergebnisse einer Revolution sind. Je-

mand, der um die Mitte des 19. Jahrhunderts die Politiken, Gesetze und Institutionen befürwortet hätte, die unsere demokratisch-republikanischen Machthaber, die Massenmedien, unsere sogenannten intellektuellen Eliten und ein Großteil der öffentlichen Meinung heute als normal und selbstverständlich ansehen, wäre vor 150 Jahren als gefährlicher Revolutionär betrachtet worden. Genauer gesagt, wäre er als Kommunist betrachtet worden. Schauen Sie sich zum Beispiel das *Kommunistische Manifest* von 1848 und die darin enthaltenen politischen Grundsätze an. Das meiste von dem, was damals als Programm der Verrückten galt, ist inzwischen politische Realität geworden und was damals als Dreiviertel-Kommunismus bezeichnet worden wäre, nennt man heute Liberalismus. Muss man diesen Wandel nun als Revolution bezeichnen?

Und wenn schon eine sozialistische Revolution möglich ist, warum dann nicht auch eine klassisch-liberale, libertäre Revolution? Nun, wie Murray Rothbard in seinen historischen Schriften gezeigt hat, war die ursprüngliche amerikanische Revolution zu einem großen Teil eine klassisch liberale, libertäre Revolution und etwas, das in der Vergangenheit geschehen ist, kann kaum als unmöglich angesehen werden.

– Hans-Hermann Hoppe, Ph.D., „How America Can Be Saved“,
aus einem Vortrag auf dem Mises Institute Supporters Summit,
San Francisco, Feb. 1996.

NACHWORT

Man braucht sich nur die Beispiele Nord- und Südkorea oder Ost- und Westdeutschland anzuschauen, um zu sehen, dass die Menschen umso wohlhabender werden können, je freier sie sind und je mehr sie freiwillig und zum gegenseitigen Vorteil interagieren. Diese beiden kontrollierten Experimente, bei denen größtenteils freie Märkte mit größtenteils staatlich kontrollierten Volkswirtschaften konkurrierten, haben ein unbestreitbares Ergebnis erbracht: je freier, desto wohlhabender.

Vielleicht war das damals so und heute sind die Dinge völlig anders, weshalb wir einen großen Staat brauchen? Vielleicht haben wir einfach noch nicht die richtige Person oder Gruppe gefunden, die den Staat leiten soll? Vielleicht sollten wir ihnen das Recht geben, alle anderen durch Zwang zu beherrschen wenn sie nur die richtigen Konzepte haben?

Das ist die solipsistische, toxische Denkweise, die der Tyrannei den Spielraum gibt, den sie braucht, um die Köpfe der guten Menschen zu verdrehen. „Mal sehen, ob es funktioniert“ ist so zutiefst lächerlich, dass es nur von Akademikern erdacht worden sein kann. Da es so viele verschiedene Maßstäbe gibt, um den Erfolg zu messen und passenden Daten immer herausgepickt werden können, können sich die Medien immer darauf verlassen, dass sie die Öffentlichkeit täuschen. Alles andere als eine prinzipielle Ablehnung der Initiierung von Gewalt – ohne Ausnahmen für staatliche Akteure – kann unser einziger Weg zum Erfolg sein.

Dr. Murray N. Rothbard sagte einst: „Um die Phrasen der Neuen Linken der späten 1960er Jahre zu verwenden, muss die herrschende Elite ‚entmystifiziert‘, ‚delegitimiert‘ und ‚entheiligt‘ werden.“ Man stelle sich vor, jemand sagt: „Die katholische Kirche sollte das Recht haben, euch eine Zeit lang zu regieren und wir werden sehen, ob das funktioniert. Dann sollte vielleicht Amazonien über Afrika herrschen und wir werden sehen, ob das funktioniert. Dann sollten die Asiaten die Hispanoamerikaner versklaven und wir werden sehen, ob das funktioniert. Dann sollte Russland über Amerika herrschen, bis die Region stabilisiert ist.“

Jeder moralische Relativismus und jede Art von Aggression sollte unapologetisch und unmissverständlich als Versuch einer Person oder Gruppe, über eine andere zu herrschen, indem sie das Eigentum an deren Körper beansprucht (d. h. sie versklavt), zurückgewiesen werden.

Selbsteigentum und dessen Konsequenzen

Die Aussage, dass Menschen Eigentum an ihrem Körper haben, impliziert, dass niemand ein Anrecht auf ihr Geld oder ihre Zeit hat und dass diese ihrerseits auch kein Anrecht auf Geld oder Zeit eines anderen haben. Jetzt, da nachvollziehbar ist, dass es moralisch gerechtfertigt ist, sich von schlechten Akteuren sowohl im persönlichen als auch wirtschaftlichen Leben zu distanzieren, werden Schuldzuweisungen nicht länger eine irrationale Macht ausüben. Die Freiheit, sich zu assoziieren oder zu distanzieren, führt letztendlich dazu, dass unmoralische Akteure, die es in jeder Gesellschaft gibt, in Schach gehalten werden.

Die Menschen werden nicht nur ihre eigenen Standards mit Hilfe ihrer menschlichen Fähigkeiten festlegen, sondern auch Anreize für gutes Verhalten schaffen und sie werden glücklicher sein. Sie werden glücklicher sein, weil sie wissen, dass alles, was sie zu Recht erworben haben, ein Segen und ein Beweis für ihren eigenen Wert ist, da sie keinen Anspruch auf die Zeit, die Arbeit, das Geld, die Ressourcen usw. von anderen haben.

Viele Ideen konkurrieren mit der abolitionistischen Idee, dass Menschen ein Recht auf Eigentum an ihrem eigenen Körper haben. Zu den Alternativen gehören die Herrschaft der freiheitszerstörenden Demokratie, die Herrschaft der Könige, die Herrschaft der Tradition, die Herrschaft der Oligarchie, die Herrschaft der Weisesten, die Herrschaft der Reichsten, die Herrschaft der Ältesten – die Liste ist endlos.

Die Wahrheit ist, dass man entweder an *Selbsteigentum* oder an *Sklaverei* glaubt. Jeder Mensch hat nur ein Leben, also sollte er es in vollen Zügen leben, seine Fähigkeiten und seine Vernunft nutzen und gleichzeitig die Rechte aller anderen respektieren.

Da jedes Recht mit einer entsprechenden Verpflichtung einhergeht, haben die Menschen gleichzeitig die moralische Verpflichtung, ihre Lebensziele durch den Einsatz von Vernunft und Überzeugung zu erreichen und die *initiiierende* Gewaltanwendung abzulehnen. Die Einhaltung dieser Verpflichtung gibt der größtmöglichen Anzahl von Menschen die Möglichkeit, ihr Glück zu finden.

NACHWORT

Das menschliche Leben und das Privateigentum sind viel zu wertvoll, als dass man sie primitiven Gemütern überlassen sollte, die versuchen, friedliches Miteinander durch Gewalt zu zerstören.

GENEHMIGUNGEN

Folgende Kapitel wurden mit Genehmigung der Autoren abgedruckt:

Kapitel 15

Stringham, Edward P. 2015. „How Private Governance Made the Modern World Possible.“ Cato Unbound.

<https://www.cato-unbound.org/2015/10/05/edward-peter-stringham/how-privategovernance-made-modern-world-possible>

Kapitel 16

Woods, Thomas E., Jr. 2012. „The Misplaced Fear of 'Monopoly'.“ The Future of Freedom Foundation.

<https://www.fff.org/explorefreedom/article/the-misplaced-fear-of-monopoly>

Kapitel 22

Long, Roderick T. 2004. „Libertarian Anarchism: Responses to Ten Objections.“ Mises Institute.

<https://mises.org/library/libertariananarchism-responses-ten-objections>

Kapitel 23

Sobran, Joseph. 2015. Subtracting Christianity: Essays on American Culture and Society. FGF Books.

Kapitel 27

Skousen, Mark und Jo Ann Skousen. 1992. „Persuasion vs. Force.“ MSkousen.Com.

<http://mskousen.com/articles/politics-andliberty/persuasion-vs-force-by-mark-skousen>

Kapitel 34

(© INFORMA UK LIMITED) Hasnas, John. 2008. „The Obviousness of Anarchy“. In *Anarchism/Minarchism: Is a Government Part of a Free Country?*, 111-31. Ashgate.

Kapitel 42

Huemer, Michael. 2021. *Knowledge, Reality, and Value: A Mostly Common Sense Guide to Philosophy*. Independently published.

Kapitel 46

Long, Roderick T. 1993. „How Government Solved the Health Care Crisis“. *Formulations* 1 (2).

<https://praxeology.net/libertariannation/a/f12l3.html>

DANKSAGUNG

Vielen Dank an meinen Lektor Ben Parker.

Vielen Dank auch an TopLobsta für die Gestaltung des Umschlags.

Vielen Dank auch an Mike Dworski und Grant F. Smith für ihre Unterstützung bei der Vorbereitung dieses Buches zur Veröffentlichung.

Danke an Scott Horton und meine Kollegen vom Libertarian Institute für die Bereitstellung ihres Fachwissens.

Ich danke Michael Malice, dem Organisator von *The Anarchist Handbook*, für die Inspiration zu diesem Projekt.

Vor allem aber danke ich allen Hörerinnen und Hörern des „Don't Tread on Anyone“-Podcasts.

VOLUNTARISMUS

bedeutet, dass Freiwilligkeit und persönliche Verantwortung Prinzipien jedes individuellen Handelns sind. Im Privatleben ist das eigentlich selbstverständlich. Auf gesellschaftlicher und politischer Ebene wird jedoch das Gegenteil zur Normalität. Aus Gewohnheit und Naivität werden Zwang und Verantwortungslosigkeit immer aggressiver gerechtfertigt, verteidigt und eingefordert. Mit katastrophalen Folgen für das Leben, die Gesundheit und den Wohlstand.

Keith Knight und die Autoren dieses Buches setzen sich gegen die zunehmende Geringschätzung der Freiheit ein. Sie zeigen anhand konkreter Beispiele, dass große Errungenschaften regelmäßig Ergebnis verantwortungsvoller freiwilliger menschlicher Interaktionen sind. Sie antworten auf die am häufigsten gestellten Fragen jener, die sich eine Gesellschaft ohne institutionalisierten Zwang kaum vorstellen können. Und sie berichten darüber, wie sie sich selbst aus der reflexhaften Ablehnung von Freiheit lösen konnten, als sie selbst noch zu diesen Menschen zählten.

Diese Textsammlung bietet eine Fülle von Anregungen, Einsichten und Argumentationshilfen für alle, die Freiheit lieben und die Welt um sich herum aktiv gestalten möchten.

IM HIER UND JETZT.